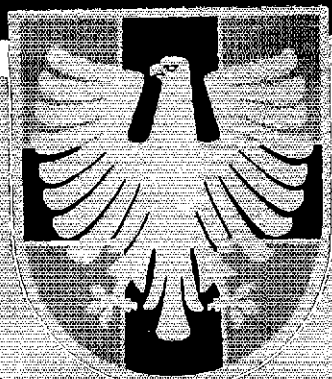
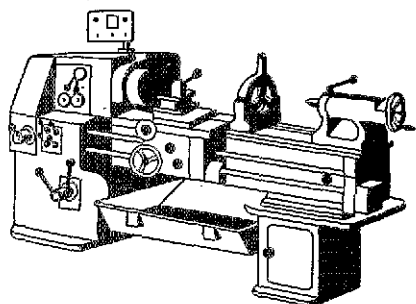


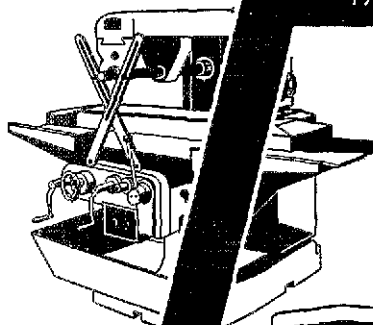
Deutschland, sozialer Rechtsstaat im geeinten EUROPA



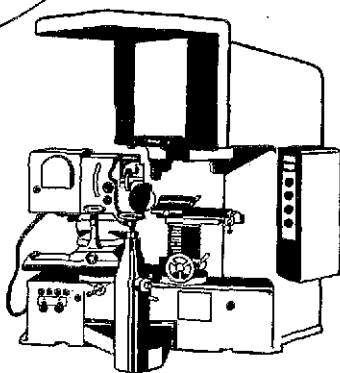
4. BUNDESPARTEITAG DER
CHRISTLICH DEMOKRATISCHEN UNION
DEUTSCHLANDS HAMBURG 1952



1952



1948



1945



Ihr Vertrauen zu Berlin und zu unserer Leistung halfen uns beim Wiederaufbau. Unsere Werkzeugmaschinen liefern wir wieder für viele Millionen DM jährlich in alle Welt.

LUDW. LOEWE & CO. A.G. BERLIN NW 87





Herausgeber: Christlich Demokratische Union Deutschlands, Bundesgeschäftsstelle, Bonn, Nassestr. 2
Redaktion: F. C. Badendieck, Bonn · Gestaltung des Umschlages: Max Sommer BDG, Hamburg
Pressefotos: Brandts, Hamburg-Altona · Druck: Walter Pietzsch, Hamburg 1
Verlag u. Anzeigenverwaltung: Sator Werbe-Verlag Hans Günther Imlau, Hamburg 36, Gänsemarkt 44

CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS

4. Bundesparteitag • 18.—22. April 1953 • Hamburg

Deutschland, sozialer Rechtsstaat im geeinten EUROPA

*Herausgegeben von der Bundesgeschäftsstelle der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands*

S A T O R W E R B E - V E R L A G • H A M B U R G • B O N N

Zum Geleit

Im April dieses Jahres wurde dem deutschen Volk das „Hamburger Programm“ der Christlich Demokratischen Union Deutschlands vorgelegt. Die Forderungen des Programms sind nicht am grünen Tisch entstanden. Sie enthalten unsere Erfahrungen, die im Laufe von vier Jahren erfolgreicher Regierungsarbeit gewonnen wurden, und sollen den Weg der Union für eine künftige Regierungspolitik klar abstecken.

Aus diesem Programm spricht der feste Wille, zu allererst dem deutschen Volk in seiner Gesamtheit zu dienen. Die Christlich Demokratische Union umfaßt in ihren Freunden und Anhängern alle Schichten des deutschen Volkes; sie ist eine Partei des gesamten Volkes. Daher ist die CDU wie keine andere Partei zu einem so umfassenden Ausdruck des politischen Gestaltungswillens berechtigt und befähigt. Wir können noch nicht im Namen unserer Freunde in Ost-Berlin und in Mitteldeutschland sprechen, aber wir wissen durch die letzten Ereignisse mehr denn je, daß sie unsere Politik verstehen und gutheißen.

In gründlicher und verantwortungsbewußter Tätigkeit der Ausschüsse wurden die Leitgedanken des „Hamburger Programms“ erarbeitet. Mit Genugtuung kann festgestellt werden, daß auch diesmal wieder ein abgewogener Ausgleich verschiedenartiger Auffassungen erreicht wurde.

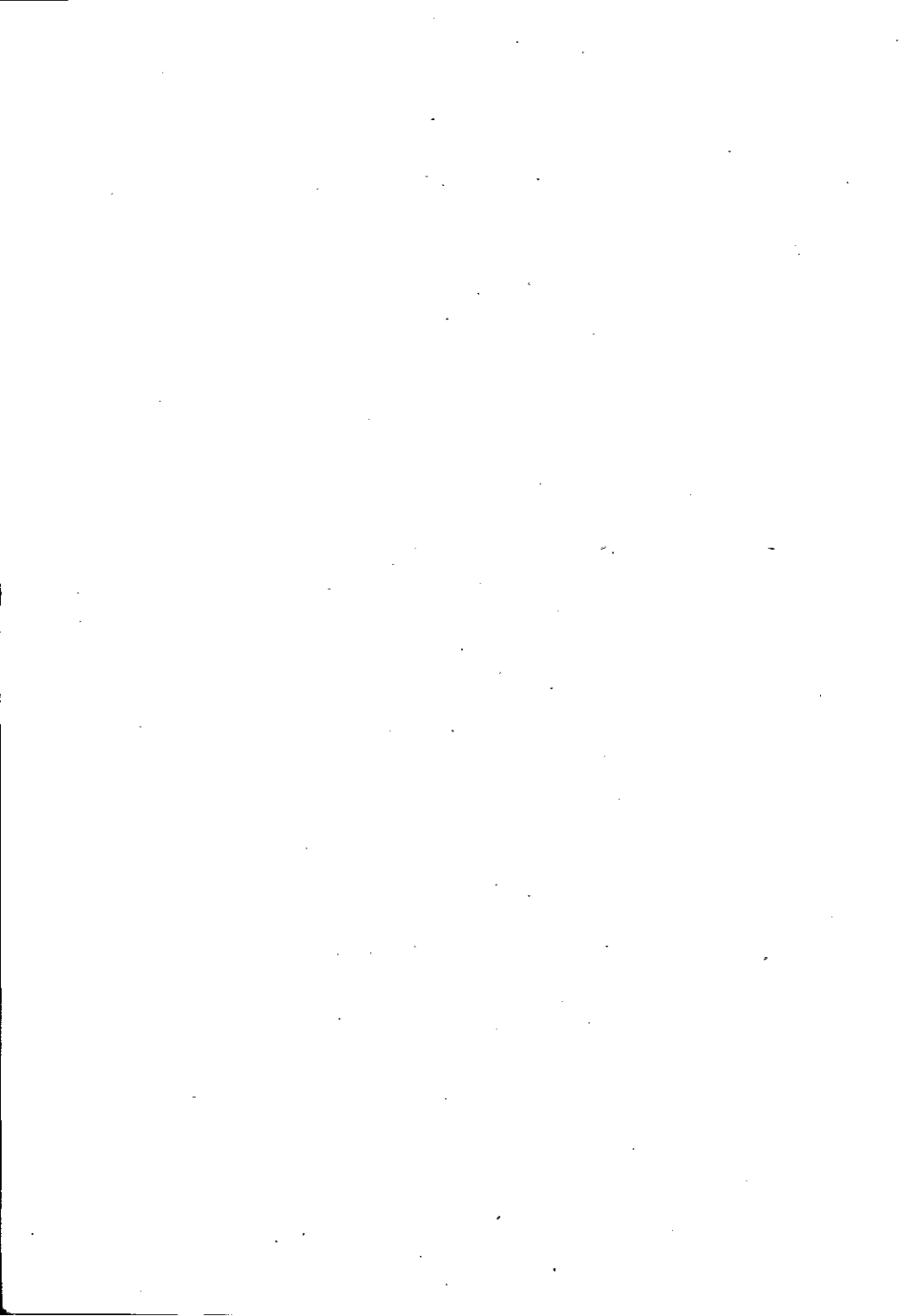
Alle Deutschen sind nun aufgerufen, ihre eigenen politischen Wünsche und Gedanken mit dem „Hamburger Programm“ zu vergleichen. Wer dabei zu dem Ergebnis kommt, sich bei den bevorstehenden Wahlen, die über das Schicksal unseres Vaterlandes und Europas entscheiden, für die Union und ihr Programm zu stimmen, kann sicher sein, daß die gegebenen Versprechen auch erfüllt werden. Das wird genau so geschehen, wie es die Union und die Parteien der Regierungskoalition erreicht haben, aus dem Chaos der Nachkriegszeit einen sozialen Rechtsstaat aufzubauen.

Im Jahre 1949, bei Beginn unserer Arbeit, habe ich in der vor dem Bundestag abgegebenen Regierungserklärung die Ziele unserer Arbeit genannt. Sie sind zum Teil über das Versprechen hinaus verwirklicht worden. Das „Hamburger Programm“ zeigt unseren Weg, wie wir das vollenden wollen, was zu tun noch übrigbleibt. Die Christlich Demokratische Union hat ihre Pflicht in den vergangenen vier Jahren getan. Sie kann darum in fester Siegeszuversicht in den Wahlkampf gehen. Wir haben 1949 niemandem den Himmel auf Erden versprochen, aber wir haben unser Wort gehalten, das Menschenmögliche zu tun. Wir werden unser Wort auch weiter halten. Deutschland soll ein sozialer Rechtsstaat sein in einem geeinten Europa!





Bundeskanzler Dr. Adenauer trifft, vom Staatsbesuch aus den USA kommend, zum Bundesparteitag am Hamburger Flughafen ein. Rechts vom Kanzler Dr. Lotte Adenauer, dahinter Staatssekretär Prof. Hallstein



DEUTSCHLAND

sozialer Rechtsstaat im geeinten Europa

Der Hamburger Parteitag

Von

Bundesgeschäftsführer Dr. Bruno Heck

Der Parteitag in Hamburg erhielt schon durch die Rückkehr des Kanzlers aus den Vereinigten Staaten und durch den mit dieser Reise besonders deutlich gewordenen Erfolg der deutschen Außenpolitik ein staatspolitisches Gesicht. Er zeigte aber auch dem kritischen Blick: Hier ist eine politische Gruppe am Werk, die mehr ist als eine Partei schlechthin. Hier wurde in einem umfassenden Sinne die Union als Zusammenschluß von Deutschen aus allen Schichten des Volkes und das geistige Fundament dieser Union spürbar: Politische Tagesarbeit aus höherer Sicht, verwurzelt in der bewußten Verantwortung für die Zukunft Deutschlands und des christlichen Abendlandes.

Auf früheren Parteitagen war die ideelle Zielsetzung der Union in der Hauptsache in den Referaten in Erscheinung getreten; Hamburg zeigte, daß die ideelle Verantwortung die praktische Arbeit gestaltet hat und den politischen Willen der Union für die Zukunft bestimmt.

In seinem Verlauf und seinen Ergebnissen brachte der Hamburger Parteitag das, was man von ihm erwartet hatte: Zunächst Abschluß einer Arbeitsperiode, an deren Beginn ein ungeordneter Trümmerhaufen, an deren Ende ein solider Neubau mit festen Grundmauern und haltbaren Wänden steht. Auch die Inneneinrichtung ist bereits einigermaßen in Ordnung gebracht, wenn auch noch viel zu bessern und anzuschaffen nötig ist, bis der Zustand behaglicher Wohnlichkeit für das deutsche Volk erreicht ist.

Für diesen Ausbau galt es, in Hamburg den Plan zu entwerfen. Hier haben die Ausschüsse, die mit der Vorbereitung beauftragt waren, gute Arbeit geleistet. Das „Hamburger Programm“ stellt in verständlicher und auch überzeugender Weise diesen Plan dar.

Wenn einige Zeitungstimmen auf diesem Parteitag, abgesehen von der Rückkehr des Bundeskanzlers und seinen ersten Berichten in der Öffentlichkeit, die „große Spannung“ vermißt haben, so war das, richtig gesehen, nur ein Zeichen der beständigen Kraft, der gemeinsamen Verantwortung

innerhalb der Union. Solche Spannungen sind vorhanden, erfreulicherweise, aber im Sinne der Deutung von Dr. Ehlers: Eines wirklichen politischen Lebens in Gegensätzen, das zu guten Lösungen führt, weil es unter einer gemeinsamen Verpflichtung steht, stärker als politische und wirtschaftliche Interessenforderungen dieser Welt. Praktisch sind diese fruchtbaren Spannungen — etwa hier Unternehmer, hier Bauer, dort Konsument, hier ein stark föderatives Bekenntnis, dort eine betontere Neigung zur Stärkung der Bundesgewalt — in den Ausschüssen durchaus wirksam geworden. Es wurde zuweilen sogar heftig gerungen, bis die Einigung im gegenseitigen Verständnis auf Grund der gemeinsamen christlichen und demokratischen Grundüberzeugung gefunden wurde. Es ist von größter Tragweite, daß die von gegnerischer Seite immer mit besonderem Eifer betonte angebliche konfessionelle Spannung in der praktischen politischen Arbeit sich am wenigsten bemerkbar macht. Denn hier herrscht die echte Achtung der persönlichen Entscheidung des einzelnen im religiösen Bereich, von der mit anderen namhaften CDU-Persönlichkeiten der Kanzler auf der einen Seite, Dr. Ehlers auf der anderen Seite immer wieder sprechen. Die CDU hat auf keinem Gebiete Fraktionszwang und Gewissensknebelung nötig, wie sie in der SPD an der Tagesordnung sind, soweit dort nicht schon die funktionelle Abhängigkeit des einzelnen von der Partei Auflehnungen und Sondermeinungen von vornherein unmöglich macht. So konnten denn auch die Forderungen des Hamburger Programms so sehr aufeinander abgestimmt werden, daß nur der Eingeweihte die Herkunft der einzelnen Formulierungen noch kennt.

Der Vorwurf des „Funktionärstaates“, der, wie der Abgeordnete Kie-singer in der Aussprache hervorhob, heute schon von wissenschaftlicher Seite erhoben wird, trifft die CDU nicht, sie kann auch nicht gegen ein Gemeinwesen erhoben werden, das von einer Partei mit der geistigen und organisatorischen Struktur der Union bestimmt wird. Ausdruck dieser Besonderheit der Christlich Demokratischen Union und der eng mit ihr in Gesinnung und Zusammenarbeit verbundenen Christlich-Sozialen Union ist das Hamburger Programm, das allen oberflächlichen Kritikern zu genauem Studium empfohlen sei.

Wenn in Hamburg ein starkes Selbstbewußtsein der CDU und eine gesunde Siegeszuversicht in Erscheinung trat, so war das nicht nur in der zahlenmäßigen Stärke der Anhängerschaft, auch nicht nur in dem Stolz auf die unbestreitbare Leistung in den vergangenen Jahren und auf die stattliche Reihe fachlich-politisch bedeutender Persönlichkeiten, an ihrer Spitze der Staatsmann Konrad Adenauer, begründet, sondern in dem Bewußtsein, einer wirklichen Union im tieferen Sinne des Wortes, einer gewissenmäßig fundierten Gemeinschaft anzugehören. Das Wort, das Dr. Ehlers fand, daß nämlich von dieser Gemeinschaft bereits eine prä-gende Kraft auf unser Volk ausgeht, war eine bedeutsame und hoff-nungsvoll stimmende Feststellung. Hier liegt der Ansatzpunkt zu einer großen Hoffnung auf die Zukunft: Daß unser Volk sich nach so vielen Enttäuschungen über eine ganze Kette falscher Propheten, von Karl Marx bis Hitler, nach so vielen Irrwegen und Umwegen doch noch den Zugang zu einer im tieferen Sinne demokratischen, d. h. auf Verantwortung, innerer Verpflichtung und dem Willen zum Ausgleich gestellten Ordnung findet.

Erster Tag: Samstag, 18. April 1953

Am Samstag, dem 18. April 1953, wurde der vierte Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union mit einer Sitzung des Bundesparteivorstandes um 17 Uhr eröffnet.

Das Curiohaus in Hamburg gab mit seinen repräsentativen Räumen den Rahmen für die Plenarsitzungen, die Ausschusssitzungen und Sonder-sitzungen der Tagung, auch für Empfänge und gesellige Zusammenkünfte.

Vor den Bahnhöfen und auf den Zugangstraßen schon grüßten die Fahnen der Bundesrepublik und der Länder sowie ein neues Signum der Union die zahlreichen Delegierten und Gäste aus dem Inlande und dem Auslande. Ein umfassender Ordnungsdienst, gut organisierte Tagungsbüros, Vervielfältigungsbüros und alle technischen Einrichtungen für die Arbeit der Presse sorgten für einen reibungslosen Ablauf des Parteitages.

Zum Parteitag waren über 1200 Teilnehmer erschienen, darunter 374 stimmberechtigte Delegierte von insgesamt 390 aus dem gesamten Bundesgebiet und über 300 Vertreter der führenden Zeitungen des In- und Auslandes, der Agenturen und aller Rundfunkanstalten der Bundesrepublik.

*

Zweiter Tag: Sonntag, 19. April 1953

Mit den Gottesdiensten begann auch der Hamburger Parteitag. In der St. Marienkirche wurde ein feierliches Levitenhochamt von Prälat Wintermann gehalten. In der St. Michaeliskirche predigte Oberkirchenrat D. Dr. Hertrich.

*

Die Eröffnung des 4. Bundesparteitages

fand in dem festlich gestimmten Raum des Deutschen Schauspielhauses statt. Ein neues Signum der Union, der goldene Adler vor dem schwarzen Kreuz auf rotem Grunde, wurde zum ersten Mal in einer Kundgebung der CDU sichtbar.

Das Philharmonische Staatsorchester Hamburg unter dem Dirigenten Wilhelm Brückner-Rüggeberg brachte das Vorspiel zur Oper „Mathis der Maler“ zum Vortrag.

Bundestagspräsident Dr. Ehlers:

Es gehört zu den Eigenarten eines Hauses, wie es dieses ist, daß seine Veranstaltungen nicht immer das zu halten genötigt sind, was das Programm verspricht. Auf der Tagesordnung dieser festlichen Sitzung steht die Begrüßung durch den Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union. Der Herr Bundeskanzler befindet sich noch auf dem Fluge von Amerika nach Hamburg. Sie müssen also gebeten werden, mit einem der Stellvertretenden Vorsitzenden für diese Begrüßung vorlieb zu nehmen. (Beifall.)

Wir beginnen diesen Parteitag, den zu eröffnen ich die Ehre habe, in dem Gefühl einer tiefen Bewegung, einmal, weil es ein Parteitag ist, von dem wir wissen, daß er für den Wahlkampf, für unseren künftigen Weg und unsere künftige Verantwortung Entscheidendes bedeuten muß; wir beginnen ihn aber auch in dieser Bewegung, weil wir dankbar dafür sind, daß wir immer wieder Gelegenheit haben, uns zusammenzufinden, um uns auf die Kräfte unserer Gemeinschaft zu besinnen und den Weg zu bedenken, den wir in gemeinsamer Verantwortung zurückzulegen haben. Wir sind glücklich darüber, daß wir diesen Parteitag in der alten Hansestadt Hamburg halten dürfen; glücklich insbesondere deswegen, weil wir mit ihm zwei Dinge deutlich machen: einmal, daß wir eine Partei sind, die bei aller Verantwortung, die sie für die unmittelbar deutschen Dinge trägt, weiß, daß diese deutschen Dinge in einer weitweiten Verflochtenheit stehen, und zum anderen sind wir dankbar dafür, daß uns diese Stadt daran mahnt, den Blick in die Weite, den Blick in die Welt und das Einordnen der Notwendigkeiten der Welt in unsere politischen Vorstellungen immer erneut zu lernen.

Wir sind auch dafür dankbar, daß diese unsere Zusammenkunft in Hamburg die gebotene Fortsetzung dessen ist, was wir in Berlin im Oktober des vergangenen Jahres gedacht und getan haben. Berlin ist das Zentrum des Widerstandes im Osten, der Hort der Freiheit; Hamburg ist eine Stadt, deren natürliches Hinterland der Osten und der Südosten ist. Wir bekennen uns in diesem Augenblick zu der Verpflichtung, auch zu unserem Teil dazu zu verhelfen, daß diese Gebiete im Osten und Südosten wieder deutsche Lande werden. (Starker Beifall.)

An der Rückseite dieser Bühne sehen Sie das Zeichen, das für diesen Parteitag und als prägendes Zeichen für die Christlich Demokratische Union geschaffen worden ist. Wir sehen auf ihm den Adler. Es ist der Adler des alten Reiches. Wir haben nicht die Absicht, diesen Adler in irgendeiner Form durchteilen zu lassen; es ist der Adler des ganzen Deutschlands! (Lebhafter Beifall.) Sie sehen auf ihm das Kreuz. Wir werden auf diesem Parteitag keinen Augenblick davon ablassen, deutlich zu machen, daß das Kreuz — ich nehme das auf, was eben in der St. Michaeliskirche gesagt wurde — als das prägende Zeichen des Abendlandes Inhalt und Kraft unserer Bewegung und unserer Arbeit ist. (Beifall.)

Sie sehen, daß dieses Zeichen die Farben schwarz-rot-gold trägt. Wir wollen deutlich machen, daß wir uns mit diesem Parteitag sehr klar und eindeutig zu diesen Farben und Sinnbildern einer neuen und einer überkommenen deutschen Demokratie bekennen. (Starker Beifall.)

Damit ist der Parteitag eröffnet in der Hoffnung, daß wir auf ihm eine nützliche und förderliche Arbeit für Deutschland leisten.

Ich habe die Aufgabe, Ihnen die Wahl des Präsidiums des Parteitages vorzuschlagen. Entsprechend der Übung, die wir auf unseren bisherigen Parteitagen gepflegt haben, schlägt Ihnen der Parteivorstand vor, zum Präsidenten des Parteitages den Vorsitzenden des Landesverbandes

Hamburg der Christlich Demokratischen Union, Herrn Bundestagsabgeordneten Scharnberg, zu wählen. (Beifall.) Ich darf Ihren Beifall als Zustimmung zu dieser Wahl verstehen.

Als Mitglieder des Präsidiums des Parteitages werden vorgeschlagen: Frau Bundestagsabgeordnete Dr. Gröwel (Beifall); Herr Landrat Johnen, Vorsitzender des Landesverbandes Nordrhein der CDU (Beifall); Herr Bundestagsabgeordneter Majonica für die Junge Union (Beifall); Herr Minister a. D. Simpiendörfer, Vorsitzender des Landesverbandes Nord-Württemberg der CDU (Beifall); Herr Bundestagsabgeordneter Dr. Tillmanns, Vorsitzender des Landesverbandes Berlin der CDU und Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der CDU (Beifall); Herr Bundestagsabgeordneter Winkelheide als Repräsentant der Sozialausschüsse der CDU (Beifall).

Um den parlamentarischen Formen zu genügen, die ich zu wahren habe, bitte ich Sie, und zwar die stimmberechtigten Mitglieder dieses Parteitages, wenn Sie diesen Vorschlägen zustimmen wollen, dies durch Erheben der Hand zu bekräftigen! — Ich bitte um die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Ich stelle fest, daß das Präsidium einstimmig gewählt worden ist.

Ich bitte nunmehr Herrn Scharnberg, die Leitung dieser Kundgebung zu übernehmen. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Scharnberg:

Ich danke Ihnen zugleich im Namen der übrigen Mitglieder des Präsidiums für den uns erteilten Auftrag. Als Vorsitzender des Landesverbandes der Christlich Demokratischen Union Hamburg möchte ich zunächst unserer Freude und unserem Dank darüber Ausdruck geben, daß dieser für die Arbeit unserer Partei in den nächsten Jahren richtunggebende Parteitag hier in Hamburg abgehalten wird.

Man sagt von dieser Stadt mit Recht, sie sei das deutsche Tor zur Welt. Ich bin gewiß, daß der weltweite Geist, den die wirtschaftliche und kulturelle Aufgabe dieses Hafens und dieser Handelsstadt auf die Bevölkerung ausstrahlt, auch Sie berühren und unsere Verhandlungen besonders befruchten wird.

Wenn Sie durch die Straßen Hamburgs wandern und sich an den gerade jetzt zur Blüte erwachenden Gärten in der Stadt und in den Vororten erfreuen, wenn Sie auch den Hafen besichtigen, wenn Sie durch die Straßen der Innenstadt mit ihrem pulsierenden Leben gehen, so werden Sie den Eindruck einer geschäftigen Stadt, die eigentlich wenig durch den Krieg erlitten hat oder bei der die Wunden des Krieges schon verheilt sind, gewinnen. Und doch hat diese Stadt in jenen Nächten im Juli 1943 eine Katastrophe erlebt wie wenige andere Städte; und doch hat diese Stadt durch die unselige Zonentrennung einen weiteren furchtbaren Schlag erlitten, indem sie ihr natürliches Hinterland verlor und zunächst fast die Hälfte ihres Handels einbüßte.

Die Erinnerung an diese Schläge und ein Vergleich mit jetzt vermittelt ein lebendiges Bild von dem, was die richtige Politik der Bundesregierung im Verein mit dem Lebenswillen und der Tatkraft der im wirtschaftlichen und kulturellen Raum schaffenden Menschen zu leisten vermag. Dieses Bild darf aber andererseits die Tatsache nicht verdunkeln, daß wenige Kilometer von hier in deutschem Land eine andere Welt beginnt, in der von Wiederaufstieg nicht die Rede ist, in der nach wie vor die bitterste Not der Nachkriegszeit herrscht, in der vor allem aber der Begriff der Freiheit nicht existiert.

So soll mein erstes Grußwort unseren deutschen Brüdern in der Ostzone gelten mit der Versicherung und mit dem heiligen Gelöbnis, daß unser Sinnen und Trachten in jeder Stunde auf die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit gerichtet ist und bis zu der glückhaften Stunde der Befreiung gerichtet bleiben wird. (Beifall.)

Zweitens möchte ich der zahlreichen, noch immer nicht befreiten kriegsgefangenen und internierten Männer und Frauen gedenken. Möge das seelische und körperliche Leid ihrer Gefangenschaft endlich beendet und ihnen bald die Freiheit beschert sein. Dies ist die dringende Forderung, die wir an die Sowjetunion richten! Wir appellieren zugleich an die ganze Welt, uns in dieser Forderung, deren Erfüllung dem einfachsten Gebot der Menschlichkeit entspricht, zu unterstützen. (Beifall.)

Ich bedaure, daß ich heute noch nicht den Ersten Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union, unseren Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer, hier bei uns begrüßen kann. Er wird erst morgen zu uns kommen. Des Kanzlers Besuch in den Vereinigten Staaten und der Verlauf dieses Besuches sind symbolisch für Inhalt und Erfolg einer Politik, die aufs engste verbunden ist mit dem Namen Konrad Adenauer. (Beifall.) Dieser Besuch hat auch kleinstmütigen, verantwortungslosen und neidischen Gegnern seiner Politik gezeigt, daß der Weg, den die CDU unter der Führung von Dr. Konrad Adenauer gegangen ist, der Weg war, der uns aus Not und Erniedrigung herausgeführt und dem deutschen Namen wieder Vertrauen in der freien Welt verschafft hat. Für das, was Konrad Adenauer auf diesem Weg mit unendlicher Geduld, Energie, Klugheit, Zuverlässigkeit, Weitblick und Weisheit getan hat, werden wir ihm morgen, wenn er unter uns ist, noch besonders danken.

Ich möchte nun zunächst die Freunde von der Christlich Sozialen Union, die als Gäste zu uns gekommen sind — vor allem unseren Freund Franz Josef Strauß —, herzlich begrüßen. (Beifall.)

Mein nächster Gruß gilt den Mitgliedern der Fraktionen des Bundestages und der Landtage. Einen ganz besonderen Gruß entbiete ich den Freunden, die von der Saar zu uns gekommen sind, um an unseren Beratungen teilzunehmen. (Starker Beifall.)

Ich begrüße weiterhin die Freunde, die in hohen Ämtern besondere Verantwortung tragen, an ihrer Spitze Herrn Bundestagspräsidenten Oberkirchenrat Dr. Ehlers (Beifall), weiter die Herren Bundesminister Dr. Dr. Lehr, Kaiser, Prof. Dr. Erhard, Storch, Schäffer, sowie den Sicherheitsbeauftragten des Bundeskanzlers, Herrn Theo Blank, den Bundesbeauftragten für Berlin, Herrn Vockel, die Ministerpräsidenten Arnold und Altmeier, Herrn Bürgermeister Dr. Schreiber aus Berlin (Beifall); ein weiterer Gruß gilt dem Regierenden Bürgermeister der Stadt Hamburg, Herrn Brauer. (Beifall.)

Ich begrüße die Vertreter von Presse, Rundfunk und Film, die Vertreterin des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Frau Thea Har-muth, den Vertreter des Deutschen Bauernverbandes, Dr. Freiherr von Manteuffel, den Vertreter des Exekutivkomitees des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung, Herrn Ministerpräsidenten a. D. Dr. Steltzer; ferner die Chefs der in Hamburg ansässigen ausländischen Missionen.

Es ist mir eine Ehre, die Vertreter von befreundeten und mit uns eng verbundenen politischen Parteien der europäischen Länder zu begrüßen, und zwar den Generalsekretär der Schweizer Konservativen Volkspartei, Herrn Dr. Rosenberg (Beifall); den Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei, Herrn Dr. Maleta (Beifall), der in Begleitung von Herrn Staatsrat Eckert zu uns gekommen ist. Ich begrüße weiter Herrn Barthelemy Ott, Ancien Sénateur de la Seine, aus Frankreich (Beifall); Herrn Prof. Dr. L. G. Schlichting, Mitglied des geschäftsführenden

Ausschusses der Katholischen Volkspartei Hollands, und Herrn Dr. I. W. van den Pool, Sekretär der KVP Hollands (Beifall.) Morgen werden noch Vertreter unserer belgischen Freunde zu uns kommen, die ich dann besonders begrüßen kann.

Mein Gruß gilt weiter den hohen Vertretern der Kirchen und der jüdischen Kultusgemeinde. Ich begrüße die Vertreter der politischen Parteien in Hamburg, der gewerkschaftlichen Organisationen und der Wirtschaftsverbände.

Grußtelegramme sind eingegangen von der Democrazia Christiania, eins von dem Generalsekretär Minister a. D. Guido Gonella und eins von Fräulein Lina Moreno. Minister Gonella telegraphiert:

„Bedaure lebhaft, nicht am 4. CDU-Parteitag teilnehmen zu können, weil durch Kampagne für bevorstehende Parlamentswahlen voll beansprucht. Begeistert für die von euch gewählten Kongreßthemen, welche heute im Mittelpunkt der Sorge und Hoffnungen jedes Christen stehen; denn unser ist die ethische Verantwortung und die Verankerung der Menschenrechte in einem vom belebenden Geist aller freien Staatsbürger erneuerten Europa. Entbiete allen Kongreßteilnehmern herzlichste Grüße und brüderliche Glückwünsche seitens der Democrazia Christiania Italiens. Möge das mutvolle und weise Wirken des Bundeskanzlers Adenauer durch ein friedliches Zusammenleben aller Völker Europas und durch ein geeintes Deutschland den verdienten Erfolg finden. Guido Gonella.“ (Beifall.)

Fräulein Moreno telegraphiert: Teilnahme am 4. Bundesparteitag Hamburg absolut unmöglich, weil alle für Wahlkampagne mobilisiert sind. Meine aufrichtigsten Wünsche für erfolgreichen Kongreßverlauf.“

Ein weiteres Telegramm ist eingetroffen von der Litauischen Christlich-Demokratischen Partei im Exil; es lautet:

„Im Namen der Litauischen christlichen Demokraten im Exil grüße ich den Kongreß der CDU Deutschlands und wünsche ihm erfolgreiche Arbeit und Verwirklichung aller seiner Ideale. Ich hoffe fest, daß wir — getragen von denselben Idealen — leicht eine Grundlage für enge Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand finden und nach Behebung der Folgen feindlicher Okkupation freundschaftliche Beziehungen zwischen unseren freien Staaten anknüpfen werden.“ (Beifall.)

Weitere Grußtelegramme sind eingetroffen vom stellvertretenden Bundestagspräsidenten, Herrn Dr. Schäfer, vom Landesverband der Bürgerschaftsfraktion der Deutschen Partei Hamburg und vom Christlich-Demokratischen Hochschulring Berlin. Ferner darf ich noch die freundliche Botschaft verzeichnen, die die Freie Demokratische Partei, Landesverband Hamburg, uns zugestellt hat und die in der Presse veröffentlicht ist. (Beifall.)

Damit ist die Reihe der Begrüßungen zu Ende. Ich darf vorweg um Entschuldigung und um gütige Nachsicht bitten, wenn ich den einen oder anderen Namen nicht ausdrücklich erwähnt habe. Ich schließe sie aber alle ein in den herzlichen Willkommensgruß, den ich den Delegierten der Landesverbände, den Parteifreunden, den Vertretern der Presse und Behörden, den Gästen aus dem In- und Auslande entbiete.

Wir nennen uns nicht deshalb Christlich Demokratische Union, weil wir so vermessen sind, zu glauben, daß wir die einzigen oder besonders gute Christen seien, sondern deshalb, weil wir all unser Handeln auf christliche Verantwortung und auf das Bekenntnis zu den Grundwerten unserer Kultur gründen.

Ich mußte mich im Rahmen meiner politischen Arbeit in Bonn in der letzten Zeit mit dem Studium der unglücklichen Entwicklung der Weimarer Republik befassen, wobei ich zu der Erkenntnis gekommen bin, daß nur große Zusammenschlüsse auf politischer Ebene die Kräfte ent-

wickeln können, die nötig sind, um die Aufgaben unseres Jahrhunderts zu meistern. (Beifall.) Parteien brauchen wir, deren Anhänger sich aus allen soziologischen und beruflichen Schichten zusammensetzen, Parteien, die sich nicht nur Volksparteien nennen, sondern die auch wahre Volksparteien sind, Parteien, die auch keine einseitigen konfessionellen Zusammensetzungen kennen.

Das Dämonische des Nationalsozialismus, die Verneinung Gottes, der Kampf gegen die Kirchen, führte — denn nicht immer gebiert die böse Tat fortzeugend Böses — zum Guten!! Dieses Gute ist der entschlossene, unabhängig voneinander in vielen Teilen Deutschlands nach dem Zusammenbruch gemachte Versuch, gegründet auf den christlichen Grundsätzen, eine politische Partei aufzubauen, die alle Volksschichten und auch beide christlichen Konfessionen umfaßt, eine Partei, die eine wahre christliche Volkspartei, eine Union, ist. In diesem Versuch liegt die historische Aufgabe der CDU. Wir dürfen nicht glauben, daß diese Aufgabe mit der Gründung der CDU und mit dem stolzen Wahlerfolg, den wir vor vier Jahren errungen haben, erfüllt ist.

Dieser Parteitag wird zu beschließen haben, was wir in den nächsten vier Jahren als führende Partei zu tun beabsichtigen. In dem Wahlkampf, der vor uns liegt, wird es sich entscheiden, ob wir die vor vier Jahren errungene Position behalten, ja, ob wir die Aufgabe der politischen Versöhnung der Konfessionen erfüllen.

Wenn wir zur festlichen Eröffnung unseres Parteitages dem Vorschlag des Dirigenten Brückner-Rüggeberg, dem ich ebenso wie seinem Orchester an dieser Stelle von Herzen danken möchte (Beifall), folgten und die Ouvertüre zu Hindemiths „Mathis, der Maler“ zu Gehör brachten, so sollte dies ein Symbol und eine Mahnung zugleich sein. Wir wollten nicht nur des Menschen Hindemith, der mit seiner Kunst verwurzelt ist in unserer christlich-abendländischen Welt, gedenken, sondern wir wollen auch mahnend verweisen auf die Zeit, als vor 400 Jahren zu Zeiten Mathias Grünewalds der konfessionelle Haß der politischen Raum unseres Vaterlandes zu erfassen begann. Wir wollten mahnend verweisen auf die 400 Jahre, in denen Deutschland so viele Wunden geschlagen wurden, weil es nicht gelang, in politischer Beziehung die Konfessionen zu einen. Wir wollten auch eine Bitte an die Gegner unserer Partei richten, unser Bemühen um Aufbau und Erstarkung unserer Christlich-Demokratischen Union nicht parteipolitisch kleinlich, sondern staatspolitisch zu sehen.

An unsere Freunde aber sollten diese Klänge die Mahnung richten, unsere Aufgabe nicht nur darin zu sehen, einen Strich zu machen unter die 12 Jahre nationalsozialistischer Herrschaft und den furchtbaren Zusammenbruch im Jahre 1945, nein, im weiteren Sinne wollen wir einen Strich machen auch unter die 400 Jahre, in denen allzu häufig konfessionelle Streitigkeiten das politische Leben unseres Vaterlandes erfaßt und gestört haben. (Beifall.) Nur wenn uns dies gelingt und nur, wenn unsere Partei der Träger dieser Versöhnung im Politischen ist, wird sie ihren Stand als große Partei, ja als größte Partei in Deutschland bewahren.

Dies soll die Zielsetzung der Arbeit sein, die von diesem Parteitag zu leisten ist. Und diese Zielsetzung hat mich veranlaßt, vorhin zu sagen, daß sie von entscheidender Bedeutung für das Schicksal unserer Partei, aber auch — ich darf das wohl sagen, ohne unbescheiden zu sein — von größter Bedeutung für das Schicksal unseres Vaterlandes sei. Mit diesen Worten grüße ich den 4. Parteitag der Christlich-Demokratischen Union! (Beifall.)

Das Wort hat nunmehr zu einer Begrüßungsansprache der Regierende Bürgermeister, Herr Brauer. (Beifall.)

Bürgermeister Brauer:

Als Präsident des Senats entbiete ich dem Parteitag der Christlich-Demokratischen Union die Grüße der freien Hansestadt Hamburg. Die Grüße zu diesem Parteitag kommen von der gesamten Bevölkerung; ich fasse sie zusammen, indem ich Ihnen ein herzliches Willkommen in Hamburg zurufe. (Beifall.)

In den anderthalb Jahrhunderten deutscher Geschichte ist niemals in Verfassungen oder in Gesetzen davon Notiz genommen worden, daß Parteien existieren. Zum ersten Male sagt das Bonner Grundgesetz in seinem Artikel 21, daß an der politischen Willensbildung die Parteien teilnehmen. Das ist mehr als ein Zufall. Durch Jahrzehnte hindurch galt es in Deutschland als höchste Tugend, unpolitisch zu sein. Man zitierte dann den „Faust“, und zwar den Brander in Auerbachs Keller, der da sagt:

Ein garstig Lied! Pfui! ein politisch Lied!
Ein leidig Lied! Dankt Gott mit jedem Morgen,
Daß Ihr nicht braucht fürs röm'sche Reich zu sorgen!

Diese Haltung, die Goethe dem Manne in Auerbachs Keller in den Mund legte, sollte dazu dienen, festzustellen, daß das Fernhalten von Politik das Beste sei, was der Bürger tun könne.

Welch ein verhängnisvoller Schluß! Man hat natürlich in Deutschland und in Europa andere Stimmen genug gehört. Der Freiheitssänger Herwegh und Gottfried Keller sprachen davon, daß diejenigen, die sich über den Parteien wähnen, oft tief unter ihnen stehen. (Beifall.)

Demokratischer Staat heißt ein Mehrparteienstaat. Sobald das aufhört, wird der Staat totalitär, und mit der demokratischen Freiheit ist es vorbei. Im demokratischen Staat haben Regierung und Opposition beide wichtige Funktionen zu erfüllen. (Beifall.) Demokratie ist die nobelste Form staatlichen Lebens. Demokratie ist die einzig richtige Form eines modernen Großstaates. Für Deutschland, das durch die Katastrophen ging, ist die Demokratie die einzige Hoffnung auf eine glückliche Zukunft. (Beifall.)

Ich möchte den politischen Kampf, der ein geistiges Ringen und ein Ansporn in der Entwicklung der Demokratie darstellt, unter keinen Umständen in Deutschland erlahmen sehen. Was wir nicht zerstören dürfen, ist die Basis, auf der wir alle stehen: das ist unser demokratischer Staat, der nach den Katastrophen geboren wurde und den wir alle für uns und unsere Kinder brauchen. (Beifall.)

Entschuldigen Sie, wenn ich Ihnen sage, daß mir dieser Parteitag zu früh kommt. Es handelt sich um 10 Tage. In 10 Tagen eröffnen wir die Internationale Gartenbauausstellung in Hamburg. Dahin wollte ich Sie alle führen; aber wir haben in diesem Jahr eine Summe von Kongressen hier in Hamburg, bis in den Herbst hinein. Viele von Ihnen werden wahrscheinlich als Teilnehmer dieser Tagungen den Weg nach Hamburg zurückfinden. Ich möchte aber auch wünschen, daß diejenigen, die anläßlich des Parteitages hier in Hamburg sind, den Entschluß fassen, zu dieser Gartenbauausstellung, die bis zum Oktober dauert, nach Hamburg zurückzukommen.

Wir werden uns Mühe geben, bei allen Tagungen ein gastliches Hamburg zu zeigen. Es ist uns oft unsere Weltoffenheit nachgerühmt worden. Wir möchten aber nicht nur Gäste aus dem Ausland, sondern auch deutsche Gäste bei uns haben. Die Ausstellung wird von 15 Nationen getragen. Wir möchten ihnen zeigen, wie wir glauben, die Zukunft einer Großstadt zu gestalten, einer Großstadt, in der man noch im Jahre 2000 anständig leben kann. Das ist der tiefste Grund dieser Ausstellung.

Und nun meine Damen und Herren, hoffe ich, daß Sie eine erfolgreiche Tagung haben werden und Entschlüsse fassen, die dem deutschen Volke helfen, die die Republik festigen und verankern. Ich wünsche Ihnen, daß Sie daneben noch Zeit haben, angenehme Stunden in Hamburg zu verleben. Nochmals willkommen in Hamburg! (Lebhafter Beifall.)

Präsident Scharnberg:

Es sind uns noch einige Begrüßungsansprachen zugesagt worden. Ich darf darum bitten, diese Begrüßungsansprachen in der morgigen Plenarsitzung entgegenzunehmen, weil ab 12.30 Uhr der Rundfunk unsere Tagung überträgt. Aus diesem Grunde darf ich auch vorschlagen, daß zunächst Herr Bundestagspräsident Dr. Ehlers das Wort ergreift.

Die Verantwortung der CDU für Deutschland und Europa

Bundestagspräsident Dr. Ehlers:

Das Thema, das dieser festlichen Kundgebung zu Beginn unseres Parteitages gestellt ist, lautet „Die Verantwortung für Deutschland und Europa — unsere Verantwortung“.

Lassen Sie mich zu Beginn eine Linie vom letzten Parteitag der CDU in Berlin zum heute beginnenden ziehen. Als wir im Oktober in Berlin versammelt waren, stand über jenen Tagen das Leitwort: „Friede und Freiheit für ganz Deutschland“. Das gilt heute wie damals. (Beifall.) In dem seither vergangenen halben Jahr hat sich die Lage unserer Brüder im Osten, über die wir uns in Berlin unterrichten ließen, nur noch verschärft. Mancher von denen, die damals noch in der Zone waren und an dem Geschehen unseres Berliner Parteitages aus der Ferne teilnahmen, hat inzwischen dem Druck weichen müssen und ist nach Berlin und in den Westen geflohen. Wir wissen um die ungeheure Not, die darin sichtbar wird, daß alte und junge Menschen, Menschen aus den Städten und Bauern vom Lande, alles das, was sie sich erarbeitet haben, was oft genug aus Jahrhunderten auf sie überkommen ist, im Stich lassen, um dem Druck der Gewalt zu entgehen und um wenigstens frei atmen zu können. Wir wissen, was wir diesen Menschen, die in Not und Angst zu uns kommen, schuldig sind. Wir denken in dieser Stunde aber besonders an alle Brüder im Osten, die bis heute trotz Terror und Verführung in ihrem Widerstand gegen die totalitäre Gewalt aushalten. (Beifall.)

Unsere Gedanken gehen zu allen, die wegen ihres Freiheitswillens oder ihres Glaubens verfolgt werden, zu den Gliedern der Kirche und der Jungen Gemeinde, die in ständig wachsendem Maße der Bedrohung ausgesetzt sind, zu denen, die in die Gefängnisse geworfen und unter lügenhaften Anschuldigungen verurteilt werden. (Beifall.)

Ich habe in Berlin mit einem Verse Eichendorffs geschlossen, als ich von der politischen Entscheidung der Jugend sprach. Dieser Vers hieß: „Denn eine Zeit wird kommen, da macht der Herr ein End“, da wird den Falschen genommen, ihr unecht' Regiment.“

Das ist auch heute unsere Gewißheit. Wir rufen allen in der Zone, die jetzt Verfolgung leiden, diese unsere Überzeugung zu. Wir verpflichten uns in dieser Stunde erneut, alles in unseren Kräften stehende zu tun, um jenen Tag der Freiheit mit den uns gegebenen Mitteln der Politik herbeizuführen. Ich rufe Sie, meine Freunde, auf, noch etwas anderes zu tun: Wir wollen uns nicht nur eine Gemeinschaft, die aus Christen besteht, nennen, sondern wir wollen das auch beweisen.

Es könnte sein, daß uns heute mehr als in anderen Zeiten nicht nur das politische Tun, sondern auch die Fürbitte für die Brüder befohlen ist. (Beifall.) Eigentlich müßte uns die Not der letzten 30 Jahre aus der Vor-

stellung, daß im öffentlichen Bereich nicht vom Beten gesprochen werden dürfte, herausgeführt und uns deutlich gemacht haben, daß immer dann, wenn wir politisch vor scheinbar unüberwindlichen Schwierigkeiten stehen, uns noch die Weltmacht des Gebets zu Gebote steht. (Beifall.) Wir wollen die Gottesdienste, mit denen wir diesen Tag begonnen haben, nicht als eine isolierte Sache ansehen, sondern als den Ausdruck eines Tuns, das uns ständig neu befohlen ist, wenn wir unsere Verantwortung wirklich voll wahrnehmen wollen.

Wir reden auf diesem Parteitag von unserer Verantwortung. Darum sind wir es uns schuldig zu überdenken, wer denn „wir“ eigentlich sind. Wir sind eine politische Partei. Ich bin dankbar für das, was der Herr Regierende Bürgermeister zu diesem Thema eben gesagt hat. In Deutschland ist es manchmal geradezu peinlich, auszusprechen, daß man einer politischen Partei angehört. (Sehr richtig! im Hause.)

Ich habe nicht die Absicht, mich hier mit den wirklichen oder vorgeschobenen Gründen auseinanderzusetzen, die gegen die Existenz und die Wirksamkeit politischer Parteien ins Feld geführt werden. Manchmal erscheint es einem wirklich so, daß die Aussichtslosigkeit des Versuchs, das Werden einer deutschen Demokratie insgesamt in Frage zu stellen, manche Leute dazu verführt, durch ständig erneute Angriffe auf die Parteien mindestens die ersten Steine im Bau dieser Demokratie wieder zu lockern. (Sehr gut! und Beifall im Hause.) Sie betreiben das gleiche Spiel, das man zunächst mit der generellen und unsubstantiierten Ablehnung jeder staatlichen Organisation in der Bundesrepublik betrieb und das in der Diskreditierung des Namens „Bonn“ zusammengefaßt wurde. Die Arbeit von Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung hat unter Mitwirkung aller verantwortungsbewußten demokratischen Kräfte inzwischen diese allgemeine Ablehnung durchstoßen. Es kann eben niemand leugnen, daß diese vergangenen dreieinhalb Jahre erstaunliche und kaum zu erwartende Ergebnisse bei dem Neubau und der Konsolidierung unseres Staates gebracht haben. (Beifall.)

Da man Bonn insgesamt also nicht mehr mit Aussicht auf Erfolg attackieren kann, versucht man es mit der Anzweiflung der Notwendigkeit und der Legitimation politischer Parteien und findet dabei wieder bei Ununterrichteten und Vorgestrigten ein williges Ohr. Wir kennen die Kräfte, die dieses Spiel betreiben, und ihre Motive sehr genau. Wir beobachten sie mit Aufmerksamkeit, und wir werden, dessen mögen sie sicher sein, nicht noch einmal eine deutsche Demokratie einem sehr vielfarbigem Verein von mäkelnden Intellektuellen, professionellen Verneinern, verantwortungslosen Revoluzzern und kritiklosen Mitläufern zum Opfer fallen lassen. (Starker Beifall.)

Wir wissen, daß, wie die Dinge heute nun einmal liegen, die politische Partei die zweckmäßigste Möglichkeit ist, einen politischen Willen zu formieren und zu organisieren. Natürlich haben wir nicht die Gewähr, daß solche politische Parteien von vornherein und ohne weiteres besser sind als andere menschliche Zusammenschlüsse. Wir geben uns über die Natur der Menschen insgesamt keinerlei Täuschungen hin. (Heiterkeit.) Wahrscheinlich werden die politischen Parteien noch gefährdeter sein als andere Vereinigungen auf dieser Erde, weil sie durch die ihnen gestellten Aufgaben, die in ihnen stattfindende Auseinandersetzung über mannigfache Interessen und die Schwierigkeiten, die aus dem Durchsetzungswillen des einzelnen, ja vielleicht sogar seinem Ehrgeiz entstehen, besonders bedrängt sind. Wir wissen das, aber gerade weil wir es wissen, sind wir gerufen, so politische Partei zu sein, wie wir glauben, es vor unserer deutschen Aufgabe verantworten zu können. (Beifall.)

Dieses „Sosein“ hat zwei Seiten, eine mehr technische und eine innerliche. Die technische Seite fordert, daß die politische Partei der Versuchung des Deutschen, möglichst für jeden Bürger eine eigene Partei zu gründen, entgegenwirkt. Wenn wir gegen Zwergparteien und immer neue Parteigründungen sind, dann nicht etwa aus der Befürchtung einer Konkurrenz heraus. Die läßt sich schon ertragen. (Heiterkeit.) Es zeigt sich zumeist sehr schnell, daß Parteien, die gegenüber den alten die Idealparteien sein wollen, sehr bald alle Mängel der alten in der Potenz haben. (Beifall.)

Wir sind gegen die Parteienzersplitterung im wesentlichen aus zwei Gründen: Erstens, weil es unseres Erachtens geradezu dem Sinn einer politischen Partei widerspricht, wenn sie sich nur als die Vertretung von Einzelinteressen oder als die Repräsentanz von politischen Einzelentscheidungen versteht. (Sehr richtig! im Hause.) Wir meinen, daß die politische Partei die Aufgabe hat, von einer Grundkonzeption her die Möglichkeit zu bieten, die verschiedenen Anliegen und Interessen auf einer Ebene abzustimmen und sie so im politischen Leben des Volkes zur Durchsetzung zu bringen. Das unterscheidet ja gerade unser politisches Wollen von dem einer totalitär geführten Partei, daß es bei uns eben nicht nur eine Meinung gibt, die mit Überredung oder Gewalt durchgesetzt wird, sondern die Vielfalt der aus den verschiedensten Lebensbereichen und — da die Freunde der CSU auch hier sind — sage ich Landschaften kommenden Ansichten, (Heiterkeit und Beifall), die in einem echten, ständigen Integrationsprozeß zu einer gemeinsam zu vertretenden politischen Zielsetzung zusammengeführt werden. Das ist, so zeigt es unsere politisch-parlamentarische Erfahrung, in den meisten Fällen möglich. Wo es einmal nicht möglich ist, geht unseres Erachtens weder die Partei noch das Vaterland zugrunde, weil Menschen der gleichen Partei bei konkreten, ihnen vorgelegten Fragen aus ihrer sachlichen Prüfung heraus einmal zu verschiedenen Entscheidungen kommen. (Sehr gut! und Beifall im Hause.) Wenn wir das nicht zubilligen würden, wären wir auf einem gefährlichen Wege!

Zweitens sind wir gegen die Zersplitterung der Parteien, weil unsere bitteren Erfahrungen uns zeigen, daß die Zersplitterung der demokratischen Kräfte nur denen Vorschub leistet, die weder eine Demokratie noch einen echten Austrag politischer Meinungsverschiedenheiten wünschen. Jeder, der solcher Aufsplitterung der politischen Parteien Vorschub leistet, sollte sich überlegen, ob er nicht im letzten der Zerstörung der Demokratie überhaupt dient.

Wesentlicher ist uns aber für die Beschreibung unserer parteipolitischen Position die innerliche Seite. Gerade wenn wir der Meinung sind, daß unsere Partei Raum für die sachliche Auseinandersetzung und Integration verschiedene Meinungen haben muß, ist die Frage nach der tragenden Grundlage unserer politischen Gemeinschaft entscheidend. Man hat uns im Ausland und auch im Inland gesagt, daß Weltanschauungsparteien im politischen Raum gefährlich seien und darum abgelehnt werden müßten. Man meinte, daß politische und wirtschaftliche Fragen eben nach den ihnen eigenen Gesetzen entschieden werden und daß die parteipolitischen Konstellationen sich danach ausrichten müßten. Es mag sein, daß in anderen Ländern — bei den angelsächsischen insbesondere — bei allen politischen Gruppen ein solches Maß von Übereinstimmung über die Grundfragen des politischen Seins des Volkes besteht, daß die Parteien sich nach anderen Gesichtspunkten zusammenfinden können als in Deutschland. Wir haben insofern wesentlich andere Bedingungen und andere Aufgaben zu erfüllen. Ich will nicht von den Ansätzen dazu im Parlamentarismus des Deutschen Kaiserreiches sprechen.

Jedenfalls hat uns die Hitlerzeit darüber belehrt, daß gegenüber den Bedrohungen der Freiheit durch eine totalitäre Gewalt ein tragfähiges Fundament politischer Entscheidungen vorhanden sein muß. Wir haben in bitteren Jahren, zum Teil in Lagern und Gefängnissen, erfahren, daß die überkommenen Maximen des 19. Jahrhunderts ein sehr fragwürdiges Fundament sind.

Der Marxismus des 19. Jahrhunderts wird von uns nicht als Grundlage unseres politischen Handelns anerkannt. Die auf ihm basierenden politischen Bewegungen unserer Zeit sind im Osten zu den Trägern des brutalsten und mörderischsten Regimes geworden, das die Welt je gesehen hat. (Beifall.) Bei uns sind die aus dem Marxismus des vergangenen Jahrhunderts hervorgegangenen politischen Kräfte demokratischer Prägung die notwendige Verdeutlichung ihrer weltanschaulichen und politischen Grundlage, da offenbar der Klassenkampf nicht mehr sein kann und soll, bisher schuldig geblieben.

Wir lassen auch keinen Zweifel daran, daß ein aus säkularen Freiheitsbegriffen gewachsener Liberalismus uns keine hinreichende Grundlage unseres politischen Weges zu sein vermag. (Beifall.) Das gleiche gilt von jedem Versuch, den unter uns in den letzten zwanzig Jahren bis zum Ausbluten des Volkes übersteigerten Nationalismus in irgendeiner Form als ein hinreichendes Fundament unseres politischen Denkens und Handelns uns wieder schmackhaft zu machen. (Beifall.)

Wir sind beim Neubeginn unseres politischen Weges 1945 nicht aus theoretischen Erwägungen, sondern aus praktischen in Not und Tod bewährten Erfahrungen zu der Überzeugung gekommen, daß es für uns keine andere tragfähige Grundlage unseres politischen Handelns geben kann als die Verantwortung vor dem Worte Gottes. Wir bekennen uns auch heute uneingeschränkt zu dieser Ansicht. (Beifall.)

Wir werden unsere Gegner nicht dazu bringen, uns zu glauben, daß das kein pharisäischer Ausschließlichkeitsanspruch ist. Sie werden uns immer wieder vorwerfen, daß wir damit andere zu schlechteren Christen stempelten, und werden auf unsere eigene, oft genug höchst kümmerliche christliche Existenz verweisen. Das letztere kann uns nur heilsam sein, wenn es uns zu größerem Ernst in der Wahrnehmung unserer Verantwortung zwingt. Man kann eben nicht christliche Politik für möglich halten und einer solche Politik vertretenden Partei angehören, wenn man, wie es mir gerade wieder einmal berichtet wird, aus Gründen glaubensmäßiger Ablehnung, aus Gleichgültigkeit oder aus einer Animosität gegen Kirchensteuern aus der Kirche austritt. Dann mag man meinetwegen irgendeine Politik betreiben, aber bitte nicht unter unserer Firma. (Starker Beifall.)

Uns ist die christliche Grundlage überhaupt nicht irgendeine Firmierung, sondern eine sehr konkrete Weisung für die tagespolitische Entscheidung. Nicht so, daß wir meinten, wir könnten die Bibel als ein politisches Rezeptbuch benutzen, aber doch so, daß wir in jeder einzelnen Frage versuchen, uns an dem Worte und Gebote Gottes zu orientieren. Wenn man es versucht, merkt man, daß das in viel zahlreicheren Fällen möglich und nötig ist, als man gemeinhin annimmt. Ich möchte einmal sagen, daß die „Liebe zum Nächsten“ so zum beherrschenden Leitsatz unserer Politik werden kann, und zwar nicht als eine unverbindliche Allerwelts-gemeinschaft, sondern als eine Verwirklichung der biblischen Forderung auf den verschiedensten Gebieten unseres Lebens. Sozial-, Wirtschafts-, Jugend-, Kultur-, Innen- und Außenpolitik können und müssen von daher ihre Antriebe erhalten. (Beifall.)

Man halte uns nicht entgegen, daß das Selbstverständlichkeiten seien, ja, daß es Grundsätze seien, die von allen — mindestens heute — anerkannt würden. Die tagespolitischen Entscheidungen im Parlament lehren uns, daß das nicht der Fall ist. Mit einer generellen und theoretischen Anerkennung, von Staats wegen sei nichts dagegen einzuwenden, daß es auch Christen gäbe und daß diese etwas merkwürdige und unmoderne Anschauungen hätten, die man notgedrungen tolerieren müsse, ist uns nicht gedient. Eine Haltung von Staat und Parteien, die an der Existenz der Christen und der Kirchen in unserem Volke mit einer uninteressierten Neutralität vorbeigeht und jedesmal dann von der Störung irgendeiner Einheit, etwa der der Kultur oder der Erziehung, redet, wenn diese Christen ihre Forderungen anmelden, reicht uns nicht aus. (Beifall.)

Wir müssen endlich aus der Unverbindlichkeit des Redens und Handelns in diesen Fragen herauskommen. Ich lese in einem Bericht über die Tagung, die im März in Holland auf Einladung holländischer Sozialisten stattfand und sich mit dem Verhältnis von Sozialismus und Religion befaßte, im „Neuen Vorwärts“, es sei zum Ausdruck gekommen, daß Religion und Ethik für die geistige Haltung der Sozialisten mitbestimmend seien; die Frage sei aber offengeblieben und dürfte es auch bleiben, wieweit ethische Grundsätze auf eine bestimmte religiöse Überzeugung gegründet seien. Ich habe nicht die Absicht, vom Sozialismus zu fordern, daß er etwas anderes sagt als das, was er meint, aus den Ereignissen des letzten Jahrhunderts gelernt zu haben. Wir sind aber verpflichtet, auszusprechen, daß uns das als Fundierung unseres Lebens und unserer Politik nicht genügt, sondern daß wir im christlichen Glauben die Begründung für unser menschliches und politisches Existieren sehen und sehen werden. (Beifall.) Man wird das zur Kenntnis nehmen müssen und wird uns nicht damit schrecken, daß man jede Umsetzung dieser Überzeugung in die politische Praxis als Klerikalisierung der Politik bezeichnet.

Wir sind, wie das Christen zu sein vermögen, in unserer Politik merkwürdig undogmatisch und werden es auch bleiben. Wir sind es, weil wir wissen, daß uns im politischen Raum nicht die Entscheidung der Glaubensfragen aufgetragen ist und daß wir ebensowenig den Kirchen ihre Aufgaben wegzunehmen haben wie die Kirchen uns die unsrigen. (Beifall.) Darum können wir auch in einer für viele Leute höchst befremdlichen Weise die politische Gemeinschaft evangelischer und katholischer Christen manifestieren. Wir wollen und werden in unserem Bereich die Konfessionsunterschiede nicht überwinden, aber wir werden mit Zähigkeit an der Erkenntnis festhalten, daß Menschen, die einen Gott, einen Herrn Jesus Christus und eine Taufe haben, in den politischen Fragen des Tages gerufen sind, bis an die Grenze des Möglichen gemeinsam zu handeln. (Starker Beifall.)

Wenn wir es noch nicht gelernt hätten, dann müßten es uns die Gegner einbläuen, die gegen diese Gemeinschaft Sturm laufen, (Heiterkeit und Beifall), um endlich wieder die getrennt marschierenden Haufen vereint schlagen zu können.

Wir wissen genau, daß solche Zusammenarbeit, gerade weil sie fast ein Jahrhundert lang nicht stattgefunden hat und erst seit Jahren erfolgt, nicht ohne Nöte und Schwierigkeiten geschehen kann. Wir haben die Absicht, es deutlich auszusprechen, wenn von der einen oder anderen Seite gegen die Prinzipien der gegenseitigen Achtung und der Parität verstoßen wird. Wir werden auch aufmerksam zuhören, wenn uns das von Außenstehenden gesagt wird; allerdings möchten wir erkennen können, daß es von Menschen gesagt wird, die das aus einer ernsten Sorge tun und die zu einer Mit-

verantwortung bereit sind (Sehr gut! im Hause), und nicht von solchen, die aus oft genug sehr vordergründigen Motiven triumphierend Schwierigkeiten solcher Zusammenarbeit feststellen zu können meinen. Wir erklären gerade hier auf diesem Parteitag, wo wir zur Selbstbesinnung nicht nur über uns, sondern über Deutschland und Europa gerufen sind, mit allem Nachdruck, daß diese Zusammenarbeit sich bewährt hat, daß wir sie um unseres Glaubens und unseres Volkes willen fortzusetzen wünschen und daß wir jeden, der sie kritisiert, mahnen müssen, sich zunächst einmal überhaupt in eine politische Verantwortung hineinzustellen, ehe er von draußen unsachliche Kritik übt. (Sehr richtig! und Beifall im Hause.)

Damit bin ich bei dem Grundprinzip unseres politischen Lebens, das ich diesem Parteitag voranstellen möchte, und das nun im einzelnen auszuführen sein wird. Dieses Prinzip möchte ich beschreiben mit einem Wort eines Mannes, der zwar ein Buch mit einem sehr gefährlichen Titel geschrieben hat — lange vor Hitler! — (Heiterkeit) und auch sonst manches Anfechtbare gesagt haben mag, mit dem Wort Moeller van den Bruck: Wir müssen die Kraft haben, in Gegensätzen zu leben.

Es ist sehr einfach und bequem, ein Leben in der Problemlosigkeit zu führen. Wenn nichts mehr im Streit, wenn nichts mehr fragwürdig ist, dann ist dieser Zustand erreicht. Wir haben erlebt, wohin er den Einzelmenschen und ein Volk führen kann: in die totale Widerstandslosigkeit gegenüber der dirigierenden Meinung eines Führers und einer Gruppe von Gewalthabern. Viele Menschen in Deutschland haben eine merkwürdige Anfälligkeit für die Ansicht, daß alles am besten geregelt sei, wenn es nur eine Meinung gäbe. Sicher gibt es viele Fälle, in denen man sich freuen kann, wenn eine Entscheidung von der Gesamtheit der politisch verantwortlichen Kräfte getragen wird. Wir wünschten, daß das — besonders in außenpolitischen Fragen — öfter vorkäme (Beifall), als es bei uns aus innenpolitischen Gründen öfter der Fall ist. (Erneuter Beifall.) Aber darüber sollten wir nicht vergessen, daß das parlamentarische System im Prinzip — das hat Herr Bürgermeister Brauer vorhin dankenswerterweise auch schon gesagt — auf dem Vorhandensein einer Regierung und einer sie kontrollierenden Opposition beruht. Das mag für die eine und für die andere Seite taktisch und technisch manchmal schwierig sein, insgesamt ist es aber heilsam, weil es vor Unbekümmertheit und Unbegrenztheit bewahrt. Allerdings kann dieses System nur dann funktionieren, wenn beide Teile verstehen, daß sie die gleiche Verantwortung für die Gesamtheit wahrzunehmen haben. (Beifall.)

Wenn sie es verstehen, wird etwas von diesem Leben in Gegensätzen deutlich, ja dann werden diese Gegensätze geradezu zum tragenden und belebenden Element der Politik. Es ist am Tage, daß wir auf dem Wege zu solcher Erkenntnis und Haltung in Deutschland noch einige Kilometer zurückzulegen haben. (Heiterkeit.) Wenn nicht mehr auf dem Spiel stünde, könnte man sogar manchmal wünschen, es gäbe einmal einen Wechsel in der Verantwortung. Denn dann müßte endlich einmal offenbar werden, was von den Parolen einer Opposition in dem Augenblick übrigbleibt, in dem sie selbst in die Verantwortung kommt. (Beifall.) Ich vergesse nicht, daß der Herr Kollege Schoettle vor längerer Zeit einmal — wenn die Zeitungsberichte stimmen, sage ich vorsichtshalber — gesagt hat, auch die Sozialdemokratie könne nur mit Wasser kochen. Genau so ist es! Das ist eine sehr schlichte Umschreibung dessen, was ich mit dem Leben in Gegensätzen im parteipolitischen Raum meine.

Aber lassen Sie uns dieses Prinzip nun anwenden auf unsere Verantwortung für Deutschland und für Europa. Zunächst, obgleich man das eigentlich kaum mehr trennen kann, für Deutschland.

Wir leben in einem Staate, der Bundesrepublik Deutschland, die nur einen Teil Deutschlands umfaßt. Wir sind eine Partei, deren Organisation sich auf die Bundesrepublik und Berlin beschränkt und deren Glieder aus der sowjetisch besetzten Zone entweder im Exil leben müssen oder hinter der Fassade einer vom Kommunismus ausgehaltenen und bestimmten Führerschaft in der Zone selbst zähneknirschend auf den Tag warten müssen, an dem sie sich wieder als christliche Demokraten frei bekennen dürfen. (Beifall.)

Wir stehen in der bedrückenden Spannung, daß wir alle Kräfte an die Errichtung unseres jetzigen begrenzten Staatswesens zu wenden haben und dennoch keinen Augenblick vergessen dürfen, daß unsere Arbeit letztlich nicht diesem Staat, sondern dem ganzen Deutschland dient. Manchmal geht es mir durch den Sinn, ob nicht Männer wie der Freiherr vom Stein oder Scharnhorst vor fast 150 Jahren sich in einer ganz ähnlichen Situation befunden haben. Politik ist nicht eine Aufgabe für Illusionisten, sondern für Realisten. Und Realisten sind nicht Opportunisten, die jeweils den Mantel nach dem Winde hängen, sondern Leute, die von Tag zu Tag neu die vorhandene Lage erkennen und die politischen Möglichkeiten abtasten, die sich aus ihnen ergeben. Ich habe an anderen Stellen von der inneren Rechtfertigung der Vorläufigkeit politischer Entscheidungen gesprochen. Sie ist nicht irgendein schlechter Ausweg, sondern sie ist häufig genug die uns aufgetragene Wahrnehmung unserer politischen Verantwortung überhaupt.

Wir stehen Tag für Tag in der Fragestellung: hier Verantwortung für die Bundesrepublik, hier Verantwortung für das ganze Deutschland. Und weil es so ist, ist der Stachel in unserer Seele jederzeit vorhanden, der aus dieser Gegensätzlichkeit wächst. Wenn wir es irgendwann einmal verlernen, im Nachgeben gegenüber den Schwierigkeiten beides zu vereinen, oder wenn wir die Verantwortung für das Ganze aus irgendwelchen Gründen abzuwerfen trachteten, würden wir aus dem Leben in Gegensätzen herausgefallen sein. Das wäre für das ganze Deutschland tödlich.

Ich habe vorhin von der Liebe zum Nächsten als einem rechten Antrieb für die politische Entscheidung gesprochen. Gerade sie nötigt uns, keinen Augenblick dieser bedrückenden Spannung auszuweichen, die uns auferlegt ist. Weil dieser Antrieb uns an das ganze Deutschland weist, soll in diesem Augenblick klar ausgesprochen werden, daß wir uns von niemand an Willen zur deutschen Einheit und zur Erlösung der Brüder drüben aus ihrer Not übertreffen lassen werden. Wir glauben, daß diese unsere Haltung allerdings zukunftssträchtiger ist als die Ausnutzung solcher Verantwortung für tagespolitische Propaganda oder für Parteibezeichnungen!

Wir meinen also ganz nüchtern, daß die Wahrnehmung unserer Verantwortung für die 50 Millionen Menschen in der Bundesrepublik und in Berlin ein notwendiger, ja ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesamtverantwortung für Deutschland ist. Unsere Kritiker, die mit Worten sich an gesamtdeutscher Aktivität von niemandem übertreffen lassen, sollten sich einen Augenblick überlegen, auf welcher Basis sie überhaupt ihre politische Propaganda betreiben könnten, wenn nicht unter unserer hauptsächlichlichen Verantwortung die Bundesrepublik politisch und wirtschaftlich so gefestigt wäre, daß sie ein lebensfähiges Instrument der Politik und ein Lebensraum für ein halbes hundert Millionen Deutsche sein kann. (Beifall.) Die Verantwortung dafür haben sie uns gern und freudig überlassen. (Sehr gut! im Hause.) Wir haben sie gern und freudig getragen. Aber wir wünschen nun endlich auch einmal deutlich zu machen, daß das, was hier erreicht ist, keine

Selbstverständlichkeiten sind, sondern das Ergebnis einer höchst mühevollen, entsagungsreichen und wagemutigen Politik. (Beifall.)

Wir stehen gerade in diesen Tagen unter dem Eindruck der Reise unseres Ersten Parteivorsitzenden, des Bundeskanzlers Dr. Adenauer, nach den Vereinigten Staaten. Niemand in der Welt kann sich dem Eindruck entziehen, daß die Art und Weise, wie Dr. Adenauer drüben aufgenommen wurde, das zusammenfassende Ergebnis dessen ist, was unter seiner Führung und unter der maßgeblichen Verantwortung der Christlich Demokratischen Union in den letzten vier Jahren in Deutschland erreicht worden ist. (Starker Beifall.) Im Ausland versteht man das offenbar mehr als in Deutschland. (Sehr richtig! im Hause.)

Da wir nun aber auf eine Wahl zugehen, haben wir nicht mehr die Absicht, unsere Bescheidenheit zu übertreiben (Heiterkeit und starker Beifall) oder auf die empfindsamen Gemüter mancher Deutscher, die das alles für Selbstverständlichkeiten halten, zuviel Rücksicht zu nehmen. (Sehr gut! im Hause.)

Wenn wir nicht bereit gewesen wären, in einer sehr wenig aussichtsreichen Situation die Verantwortung für eine neue Außen-, eine neue Wirtschafts- und eine neue Sozialpolitik zu tragen, und wenn diese Arbeit nicht zu den Erfolgen geführt hätte, die außer manchen Deutschen heute alle Welt überraschen, wäre das, was sich in Adenauers Besuch in Amerika niederschlägt, nicht möglich gewesen. (Beifall.)

Wir werden auf diesem Parteitag Gelegenheit haben, uns im einzelnen mit den Stationen dieses Weges in der Vergangenheit zu beschäftigen, Zwischenbilanz zu ziehen und Möglichkeiten der Zukunft aufzuweisen. Darum brauche ich hier Einzelheiten nicht auszuführen. Aber wir sollten doch von Zeit zu Zeit in einer ruhigen Stunde darüber nachdenken, wie alles auch anders hätte kommen können. Es war ja keineswegs selbstverständlich, daß es aus diesem Zusammenbruch einen inneren und äußeren Aufstieg überhaupt noch gab. 1945 hätte ja auch das Ende des deutschen Volkes bedeuten können. Es hätte ja auch so kommen können, daß die Einigkeit unter Verbündeten dieses Mal länger gehalten hätte als sonst, und daß wir, um dieser Einigkeit willen, viel länger und viel gründlicher unter der Herrschaft hätten bleiben müssen, die in Potsdam beschlossen worden ist. Es hätte ja auch sein können, daß wir nicht in kurzen Jahren in der Lage gewesen wären, durch die Steigerung unserer Produktion auf allen Gebieten und unserer Ausfuhr die Lebensmittel und Rohstoffe einzuführen, die wir brauchten, um unser Volk zu ernähren. Womit haben wir es gerade auf dem Gebiet der Ernährung verdient, daß es uns so viel besser geht als unseren gerade jetzt so bedrängten Brüdern in der sowjetischen Zone? (Sehr wahr! im Hause.)

Es hätte ja auch sein können, daß wir nicht eine solche Ausweitung der Produktion erreicht hätten, um mehr als 2 Millionen Arbeitsplätze neu zu schaffen. Es hätte sein können, daß das alles dazu geführt hätte, daß wir einfach das Geld nicht hätten aufbringen können, um in drei Jahren 1,5 Millionen Wohnungen zu bauen. Lassen Sie mich mit dem Aufzählen Schluß machen. Sie wissen — alle kennen das —: unser Volk sollte nicht mehr auf die billige Propaganda hereinfallen, daß das alles von alleine gekommen wäre und daß das eigentlich nur der Tüchtigkeit des deutschen Volkes zu danken sei, aber keineswegs auf das Konto der Regierung und der sie tragenden Parteien komme.

Stellen Sie sich einen Augenblick vor, was wir heute in Deutschland an allen Straßenecken hören würden, wenn die Opposition das alles erreicht hätte, was in diesen Jahren erreicht worden ist.

(Beifall.) Dann wäre es der überragende Erfolg einer sozialistischen Regierung. Was würden wir zu hören bekommen, wenn das alles unter der Kanzlerschaft Adenauers nicht erreicht worden wäre! Dann wäre das nicht ein Versagen des deutschen Volkes, sondern ausschließlich der Bundesregierung. Wir haben wahrlich nicht um unserer Partei willen gearbeitet, aber weil es um Deutschland und die Leistung für Deutschland geht, haben wir keine Veranlassung, die Leistung der Bundesregierung und insbesondere des Bundeskanzlers Dr. Adenauer so unter den Scheffel zu stellen, wie es gemeinhin in Deutschland geschieht. (Beifall.)

Aber auch hier gilt das, was ich von dem Leben in Gegensätzen gesagt habe. Wir würden vor uns selbst unwahrhaftig sein, wenn wir so täten, als ob der Weg, den wir gegangen sind, die völlige Erfüllung aller Ziele und Wünsche wäre, die wir und andere für diese Jahre gehabt hätten. Das ist sicher nicht der Fall. Allerdings meinen wir, daß mehr und anderes im großen und ganzen nicht hätte geschehen können. Politik ist nun einmal die Einordnung des Notwendigen in den Bereich des Möglichen. Vor der Grenze des Möglichen haben wir oft genug gestanden; wenn wir es nicht gemerkt hätten, hätte der Bundesminister der Finanzen es uns bestimmt gesagt. (Heiterkeit.) Es geht also hier nicht um die Auseinandersetzung mit denen, die grundsätzlich und immer nur das sehen, was nicht erreicht ist, und das Erzielte großzügig beiseite schieben. Es geht auch nicht um die Debatte mit jenen, die meinen, ihr politisches Handwerk nur damit betreiben zu können, daß sie sich jeweils zum Einpeitscher der Menschen machen, die das zur Zeit nicht Mögliche fordern.

Es geht um unsere innere Auseinandersetzung und die Erkenntnis, daß wir in jeder Frage, besonders des wirtschaftlichen Lebens, in einem bitteren Ringen mit den auf uns eindringenden Gegensätzen stehen. Wir haben uns in unserer Wirtschaftspolitik nicht um irgendwelcher Gruppen und Klassen willen, sondern um Deutschlands willen, dafür entschieden, die Freiheit wirtschaftlichen Handelns und wirtschaftlicher Gestaltung zuzulassen und zu fördern. Wir haben es getan, weil wir wissen, daß das Handeln in eigener Verantwortung und Selbstentscheidung jeden Menschen zu höheren Leistungen befähigt als den, der nur Maschinenteil in irgendeinem Apparat ist. (Beifall.) Wir haben mit großem Interesse davon Kenntnis genommen, daß wir in dieser Frage offenbar mit manchen Kräften der Opposition, die eine Wettbewerbswirtschaft vertreten, gar nicht so sehr weit auseinander sind; ob allerdings auch in der Praxis, müßte sich erst noch zeigen. Wir verbuchen die Ergebnisse dieser unserer Wirtschaftspolitik mit Genugtuung, weil sie vor aller Augen sind. Aber wir wissen auch, daß jede Freiheit ihre Entsprechung in einer Bindung haben muß, wenn sie nicht verantwortungslos werden soll. Die Erkenntnis, daß solche Bindung notwendig ist und daß sie zu einem bestimmten Verhalten gegenüber dem Volksganzen und dem einzelnen Bürger führen muß, zu festigen und zu verbreiten, ist eine der Hauptaufgaben unserer innenpolitischen Arbeit.

Es wäre unsinnig, aus der Tatsache, daß es faule Arbeiter gibt, schließen zu wollen, daß Arbeiter an sich faul sind. Ebenso unsinnig wäre es, aus der Tatsache, daß es Unternehmer gibt, die ihren Besitz erhalten oder ihn in wenigen Jahren schon wieder beachtlich gemehrt haben und davon in der Öffentlichkeit einen aufreizenden und peinlichen Gebrauch machen, zu schließen, alle Unternehmer seien verantwortungslos. Jede solche Verallgemeinerung ist falsch. Aber wir sollten ständig neu aus unserer inneren Verantwortung an alle, die in der Versuchung stehen, es zu vergessen, appellieren und ihnen sagen, daß ein Volk, in dem es so viele Flüchtlinge — jetzt wieder Hunderttausende neue — in Massenlagern und Baracken gibt, in dem Millionen von Menschen die Vertreibung aus der Heimat und ihre damit verbundenen Verluste nicht oder nur teilweise überwunden

haben, in dem Ausgebombte ebenso auf ihre Entschädigung warten wie politisch Verfolgte, und in dem Millionen von Opfern des Krieges unter Entbehrungen leben müssen, es nicht verträgt, daß Menschen so leben, als ob nichts geschehen wäre. (Beifall.)

Leben in Gegensätzen! Wir haben das Recht, die Freiheit der Wirtschaft und der Gestaltung unseres Lebens zu fordern, nur dann, wenn wir den Stachel dieses Gegensatzes keinen Augenblick vergessen. Wenn es dann doch einer täte, haben wir ihn um unserer Verantwortung willen zur Besinnung zu rufen.

Wir wissen weiterhin, daß es in den verschiedensten Berufsständen unseres Volkes die mannigfaltigsten Interessen gibt, die legitim sind und legitim vertreten werden können. Ich verweise auf das, was ich vorhin über die Funktion der Partei bei der Integration dieser Anliegen gesagt habe.

Aber auch hier geht es um das Leben in Gegensätzen. Wir wissen, daß der Vertriebene dem Einheimischen, der Bauer dem Verbraucher, der Arbeiter dem Unternehmer, der Mieter dem Hausbesitzer gegenübersteht, und wir könnten diese Liste noch unendlich erweitern. Wir wissen, daß jedesmal dieses Gegenüber nicht dadurch gelöst werden kann, daß die Interessen des einen hundertprozentig durchgesetzt und die Interessen des anderen hundertprozentig verworfen werden. Es ist auch keineswegs so, daß das Gerechte oder Mögliche jeweils auf der Mitte liegt. Es kann sein, daß die gegebene Lage sehr wohl eine andere Abmessung der Interessen erforderlich macht. Es ist die Aufgabe unserer politischen Verantwortung, mit diesem Gegeneinander fertig zu werden und es aus einer größeren Weite des Blicks und in Hinsicht auf die Gesamtlage von Volk und Staat zu einem Ausgleich zu bringen.

Wir haben in den vergangenen Monaten mehrfach erlebt, daß das nicht einfach ist, ja wir haben auch erfahren, daß das, was heute richtig zu sein schien, morgen aus irgendwelchen Gründen nicht mehr tragbar war. Hier bewährt sich die Bereitschaft zu einer dynamischen Politik. Aber eines muß unter uns klar sein: Wer in diesem Gegeneinander und in diesem Ringen der Interessen nur sich selbst und sein eigenes Anliegen kennt, ohne auf den anderen Rücksicht zu nehmen und dessen Lage in die Überlegungen mit einzubeziehen, geht an der ihm aufgetragenen Verantwortung vorbei und hat in unseren Reihen keinen Platz. (Beifall.)

Jedes Prinzip, etwa das des Eigentums, hat nur dann sein Recht, wenn es bestimmt wird nicht nur von der Verantwortung für sich selbst, sondern auch für den anderen. Das gilt für den Unternehmer genau so wie für den Bauern, und im Lastenausgleich haben wir exerzieren müssen, daß in einer allgemeinen Not des Volkes die Berufung auf die Heiligkeit des Eigentums allein noch keine ausreichende Begründung für ein bestimmtes Verhalten ist. (Beifall.) Noch einmal spreche ich hier den Hinweis auf die Liebe zum Nächsten aus. Jedes Prinzip, das wir zur Grundlage unseres politischen Handelns machen, wird zum zerstörerischen Element, wenn es nicht die Liebe zum Nächsten oder, konkret gesagt, die Hilfe zunächst für den, der am meisten in Not ist, verwirklichen hilft. (Beifall.)

Unsere Verantwortung für Deutschland ist mitten in allen Gegensätzen und Nöten also die, daß wir in jedem Bereich politischen Handelns dafür sorgen, daß zunächst die in unserem Staate lebenden Menschen so menschenwürdig, wie es überhaupt möglich ist, existieren können. Unsere Verantwortung schließt ein, daß wir mit diesem Handeln in unserem Staat den Konzentrationspunkt schaffen, auf den sich alle Deutschen ausrichten können und der ihnen die Gewißheit gibt, daß eines Tages alle Deutschen in einem Staat ihr Leben wieder

frei und lebenswert gestalten können. Wir sollten uns darüber klar sein, daß die Erfüllung der Aufgaben, die mit einer Wiedervereinigung Deutschlands und darüber hinaus der unausweichlichen Zurückgewinnung der Gebiete jenseits von Oder und Neiße auf uns zukommen, so gewaltige, auch wirtschaftliche Anforderungen, an uns stellen, daß jede Stärkung unseres Staates, besonders auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, die beste Vorbereitung für das Neuwerden Gesamtdeutschlands ist, die wir überhaupt treffen können. (Beifall.)

Schließlich unsere Verantwortung für Europa. Ich habe an dieser Stelle nicht die Aufgabe, von der Notwendigkeit Europas, von seiner geschichtlichen und geistigen Einheit zu sprechen. Das ist oft genug geschehen. In dieser Frage haben wir anderen Völkern wohl etwas voraus, weil uns die Folgen eines bis zum letzten übersteigerten Nationalismus so grauenhaft vor Augen geführt sind, daß wir in der überwiegenden Mehrheit der Glieder unseres Volkes vor einer Fortsetzung des alten Weges gewarnt sind. Wir können aber nicht übersehen, daß das nicht überall der Fall ist, und daß es gegenüber unserer Bereitschaft, die europäische Gemeinschaft voranzutreiben, drinnen und draußen vielerlei Hemmungen gibt.

Lassen Sie mich auch hier von dem notwendigen Leben in Gegensätzen sprechen. Wir wissen aus dem Ringen um die deutsche Einheit vor einem Jahrhundert, daß alle Aufgeschlossenheit und Bereitschaft bei vielen nicht hindert, daß die Schmerzen und Nöte des Geborenwerdens durchgestanden werden müssen. Deutschland ist nicht an einem Tage und mit einem Schlag geworden, und Europa wird es auch nicht. Es wird noch manches Jahr dauern, bis das Ringen zwischen den vorwärtstreibenden und den retardierenden Kräften auf den verschiedensten Gebieten überwunden ist. Aber wir sind gerufen, in diesen Gegensätzlichkeiten nicht müde zu werden und vor den Hemmnissen nicht zu verzagen. Daß es Sinn hat, weiterzugehen, hat uns — wir dürfen das als ein uns besonders befriedigendes Beispiel erwähnen — die Arbeit gezeigt, die der Verfassungsausschuß der ad-hoc-Versammlung unter der glänzenden Leitung unseres Freundes Dr. von Brentano geleistet hat. (Starker Beifall.)

Ich habe eingangs unterstellt, daß alle Zerreißen des Nationalismus, besonders seit 1789, es nicht vermocht haben, die Grundbestände einer europäischen Gemeinschaft zu zerstören. Darauf bauen wir auf. Was wir wollen, ist, diese wesentlich im Kulturellen und Geistigen liegenden Restbestände wieder ins Bewußtsein der europäischen Menschen zu rücken. Wir würden unserer Berufung untreu, wenn wir nicht das christliche Fundament dieses Europa als den wichtigsten und dauerhaftesten Baustein ansehen würden. Dieses Fundament ist ein gemeinchristliches. Dazu gehört St. Peter in Rom genau so wie der Dom zu Upsala, der Dom zu Chartres ebenso wie St. Marien in Lübeck und St. Michaelis in Hamburg, die Westminster-Abtei oder die Schloßkirche zu Wittenberg. (Beifall.)

Man hat kürzlich den Versuch gemacht — nicht von unserer Seite —, dieses Europa aufzuspalten in ein angeblich katholisch-konservatives und ein protestantisch-sozialistisches. Man wird mit diesem Versuch der Scheidung um eines parteipolitischen Zieles willen keinen Erfolg haben. (Starker Beifall.)

Es ist unsere Aufgabe, mit den Menschen, die um diese letzte Gemeinschaft wissen, enge Fühlung zu halten. Daß die Repräsentanten der Parteien, die mit uns in der gleichen Verantwortung stehen wollen, unter uns sind, ist uns darum eine besondere Genugtuung. (Beifall.) Aber wir sind nüchtern genug zu erkennen, daß heute die geistige Gemeinschaft einer politischen Realisierung bedarf. Wir kennen die Hemmungen gegenüber

unmittelbar politischen Fakten, die geschehen sollten. Darum haben wir bewußt die Verantwortung für die wirtschaftliche Gemeinschaft auf den für die beteiligten Länder wichtigsten Gebieten von Kohle und Stahl übernommen. Wir wissen, daß es in einer solchen Gemeinschaft Probleme und Schwierigkeiten gibt — die sollen ja sogar bei politischen Gemeinschaften mit viel älterer internationaler Numerierung vorkommen! (Sehr richtig! und Beifall im Hause.) Aber wir haben die Überzeugung, daß die integrierende Kraft einer solchen Gemeinschaft und die Wirkung wirtschaftlicher Tatsachen dazu helfen wird, unvermeidliche Schwierigkeiten zu überwinden. Außerdem haben wir das Zutrauen zur wirtschaftlichen Kraft und Dynamik unseres Volkes, daß es den ihm gebührenden Platz in einer solchen Gemeinschaft einnehmen wird.

Unser Handeln in dieser Frage geht allerdings von der Überzeugung aus, daß man, wenn man verantwortlich entscheidet, nicht immer nur Europa sagen kann, sondern daß man auch anfangen muß, es dort zu leben, wo es möglich ist. (Beifall.) Man hat uns vorgeworfen, daß wir mit der Gründung der Anfänge dessen, was man polemisch Kleineuropa zu nennen beliebt, die Verantwortung für das ganze Europa verletzen. Dazu ist ein sehr deutliches Wort zu sagen. Wir wissen sehr wohl, was alles zu Europa gehört. Wir wissen auch, welchen Völkern es heute durch brutalste Gewalt verwehrt ist, zu der europäischen Gemeinschaft sich nicht nur innerlich zu rechnen, sondern auch äußerlich zu bekennen. Wir haben sogar — ich wage es hier auszusprechen — nicht vergessen, daß man uns in der Schule gelehrt hat, daß die Grenzen Europas am Ural und in der Manytsch-Ebene liegen. Wir hegen die Hoffnung, daß es den in diesem Raum lebenden Völkern irgendwann geschenkt ist, aus eigener Entscheidung zu Lebensformen zurückzukehren, die denen gleichen, die wir für freie europäische Völker für unerläßlich halten. (Beifall.)

Wir meinen allerdings auch, daß jeder Gedanke daran, dieses Ziel durch einen Krieg zu erreichen, eine verbrecherische Utopie ist. (Beifall.) Angesichts dieser Lage sind wir nicht der Auffassung, daß wir das Recht hätten, nichts zu tun. Das schlägt uns die Opposition ständig vor. (Heiterkeit.) Die wirtschaftliche Kraft und die Bevölkerungszahl der Gebiete, die gern Kleineuropa genannt werden, ist selbst im Vergleich zu den Vereinigten Staaten und zur Sowjetunion so beachtlich, daß es geradezu leichtfertig wäre, nicht alles für die Verbesserung der wirtschaftlichen Kraft dieser Gebiete, die Hebung ihrer sozialen Verhältnisse und damit für die Steigerung ihres politischen Einflusses zu tun. Auch hier gebietet uns das Leben, in der Spannung zwischen dem Erstrebt und dem Möglichen das zu tun, was gerade eben noch erreichbar ist. Das ist geschehen. Sie wissen, daß die Bundesregierung sich gegenüber allen weiteren Plänen zur Verstärkung dieser europäischen Gemeinschaft so aufgeschlossen wie möglich gezeigt hat. Wir sind in dieser Frage auf dem Wege und wollen diesen Weg erst dann beenden, wenn das Ziel eines, soweit es eben möglich ist, geeinten Europas erreicht ist. (Beifall.)

Die Frage Europas kulminiert heute in der Frage der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Wir wollen ruhig aussprechen, daß wir uns in diesem Problem in einer ernsten inneren Spannung befinden. Es ist niemand unter uns, der nicht nach den Erfahrungen, die uns zum 8. Mai 1945 geführt haben, es begrüßt hätte, wenn wir längere Zeit von der Notwendigkeit, wieder militärische Verbände aufzustellen, verschont geblieben wären. Das heißt nicht, daß wir meinten, was man uns hat einreden wollen, Soldaten als solche seien schlecht oder verbrecherisch, oder daß wir der Illusion anhängen, ein Staat dürfe keine Macht haben. Aber wir wären gern noch wesentlich mehr mit dem innerlich

fertiggeworden, was uns begegnet ist. Wir hätten gewünscht, daß alle Fragen, die mit dem, was Potsdam Entmilitarisierung nannte, mit Kriegsgefangenen und sogenannten Kriegsverbrechern zusammenhängen, erst ganz geklärt worden wären, ehe wir wieder vor der Notwendigkeit der Aufstellung militärischer Verbände gestanden hätten. Aber, damit zitiere ich unseren Freund Kiesinger aus der ersten Wehrdebatte: Die Weltgeschichte macht für uns leider keine Pause!

So stehen wir heute in der manchmal unerträglichen Spannung, alles tun zu müssen, um den Frieden unseres Volkes und unseres Erdteils zu wahren, und andererseits vor der Notwendigkeit, uns auf neue deutsche Divisionen vorzubereiten. Manchem Menschen in unserem Volke fällt das nicht leicht. Ich glaube aber, daß viele Deutsche, die zunächst meinten, man könne sich mit Negierungen aus internationalen Verflechtungen heraushalten, inzwischen wesentlich nüchterner geworden sind. Unsere Verantwortung für uns und Europa und nicht irgendwelche „Remilitarisierungswünsche“ oder gar irgendeine Bereitschaft zum Krieg gebieten uns die Schritte, die wir getan haben und die wir auch verantworten wollen. Wir haben dabei ein gutes Gewissen. Niemand kann leugnen, daß wir und das freie Europa uns in einer Bedrohung befinden. Wer behaupten wollte, daß diese Bedrohung durch einige freundliche Worte und Taten Moskaus erledigt sei, hält Träume für Wirklichkeit. Wir wünschten übrigens sehr, daß dieser angebliche Kurswechsel zunächst einmal im eigenen Volk sichtbar würde; davon spüren wir bis jetzt leider gar nichts, und darum müssen wir mit der bestehenden Bedrohung rechnen. Niemand würde sich mehr freuen als wir, wenn in diesem unheilvollen kalten Krieg sich auch nur vorübergehend eine Entspannung zeigen würde.

Wir wollen durch unser und durch Europas Verhalten deutlich machen, daß wir nicht gewillt sind, der totalitären Gewalt des Ostens zum Opfer zu fallen. Wer so tut, als ob das den Willen zum Kriege in sich schliesse, will uns entweder nicht verstehen oder ist nicht fähig, politische Handlungen richtig einzuordnen. (Beifall.) Nun hat man uns monatelang erzählt, daß der Abschluß der europäischen Verteidigungsgemeinschaft den Willen Rußlands zur friedlichen Lösung vernichten würde. Nachdem der Bundestag den Vertrag angenommen hat, berichten uns die gleichen Leute plötzlich, Rußland habe einen entscheidenden Kurswechsel vorgenommen. Es kann also mit der Auswirkung der europäischen Verteidigungsgemeinschaft auf die russische Politik nicht ganz so schlimm sein, wie man uns dauernd hat erzählen wollen. (Sehr richtig! im Hause.)

Unser Handeln dient, wir wiederholen das ständig, dem Frieden und der Schaffung der Voraussetzungen für Verhandlungen der Mächte, die, soweit es Deutschland angeht, für uns nur das Ziel der Herstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit haben können. Daß wir darauf Wert legen, an diesen Verhandlungen beteiligt zu sein, und nicht nur, wie bisher, Objekt solcher Verhandlungen zu bleiben, ist selbstverständlich. Wir sind angesichts der Teilung Deutschlands in einer besonders prekären Lage. Wir übersehen keinen Augenblick, daß sich letzthin ganz Europa in der gleichen Situation befindet und daß seine Interessen völlig mit den unseren übereinstimmen. Wenn es im gegenwärtigen Zustand der militärischen Entwicklung überhaupt eine Möglichkeit der Verteidigung Europas gibt, dann nur, wenn es gemeinsam handelt. Wenn wir, was wir hoffen, aber davor bewahrt bleiben, überhaupt uns mit militärischer Macht verteidigen zu müssen, und wenn die Zusammenfassung der machtmäßigen Möglichkeiten Europas Rußland davon überzeugt, daß es nicht geraten ist, mit Gewalt zu arbeiten, dann tritt jedenfalls der Erfolg ein, daß jede Möglichkeit, an einen Krieg innerhalb Europas auch nur noch zu denken, ausgeschaltet ist. (Beifall.)

Uns ist die Europäische Verteidigungsgemeinschaft das notwendige und geeignete Mittel, um die immer noch nicht ganz ausgerotteten Befürchtungen, Ressentiments und Animositäten in Europa endgültig zum Aussterben zu bringen. Wir haben mit Interesse davon Kenntnis genommen, daß uns als Grund für die Ablehnung der EVG von unserer Opposition gesagt wird, die Gleichberechtigung Deutschlands sei nicht gewahrt. Die Sozialisten Frankreichs erklären gelegentlich, sie könnten nicht zustimmen, weil die EVG die deutsche Hegemonie wieder auferstehen lasse. (Heiterkeit.) Wie sich das innerhalb des Sozialismus zusammenreimt, soll uns gleichgültig sein. Uns macht es jedenfalls deutlich, daß offenbar in den Verhandlungen eine vernünftige Mittellinie gefunden ist.

Ich habe von den Schwierigkeiten auf dem Wege nach Europa gesprochen. Da es um Fragen unserer innersten Verantwortung geht, müssen wir sagen, daß wir jedes Hemmnis und jedes Mißverständnis auf diesem Wege zutiefst bedauern. Wir unterscheiden uns damit von anderen Menschen, die jede Verzögerung und jeden Fehlschlag auf diesem Wege mit einem unverhohlenen Triumphgesang begleiten. Unsere Verantwortung gebietet uns, voranzugehen, weil es unseres Erachtens nicht um irgendwelche machtmäßigen Positionen oder taktischen Vorteile geht, sondern um die Sicherung des Lebens, der Freiheit und der politischen Selbstbestimmung Europas in einer gefährdeten und friedlosen Welt. Darum werden wir in unserem Bemühen, alles zu tun, um die unnatürlichen Grenzen zwischen den europäischen Völkern so weit und so schnell wie möglich niederzulegen, nicht nachlassen. (Beifall.)

Unsere Verantwortung für Deutschland und Europa. Sie wissen wie ich, daß es unmöglich ist, alle sich dabei ergebenden Probleme in einem Vortrag auch nur anzusprechen. Wenn wir auf die vergangenen acht Jahre der Arbeit unserer Partei zurückblicken, wenn wir die vier Jahre unserer Verantwortung in der Bundesrepublik überschauen, dann werden viele positive Ergebnisse von den Sorgen um das überdeckt, was zu erreichen uns noch nicht beschieden war. Es gibt niemanden in Deutschland, der nachträglich aus einem verlorenen Krieg einen gewonnenen und aus einem totalen Zusammenbruch eine herrliche Epoche machen könnte.

Wir werden oft genug von den Gegensätzen, in denen zu leben wir genötigt sind, umgetrieben. Aber wir spüren ebenso oft die belebende Kraft des Auf-dem-Wege-Seins, des Noch-nicht-am-Ziel-Seins. Unser politischer Weg unterscheidet sich in nichts von dem Weg, der uns als Menschen überhaupt aufgetragen ist. Wir überschreiten das Erreichte, um das weiter Erreichbare in die Tat umzusetzen. Von Zeit zu Zeit dürfen wir uns aber die Muße gönnen, einmal nach rückwärts zu schauen. Vielleicht überfällt uns dann das Staunen über das, was uns geschenkt worden ist, und über das, vor dem wir bewahrt geblieben sind. Recht ist es, wenn daraus nicht ein Triumphgefühl wächst, aber eine große Dankbarkeit und ein Gefühl für das rechte Maß, das uns von der Sache her geboten ist.

Wir halten in diesen Tagen solche Einkehr. Wir sagen uns und anderen, wie wir unsere Verantwortung verstanden haben und sie weiter verstehen wollen. Wir rufen alle, die noch müde beiseitestehen und die Verantwortung mitzutragen bisher nicht bereit sind, in unsere Arbeit und Gemeinschaft hinein.

Wir sind eine politische Partei. Aber dennoch — oder wie wir meinen gerade darum — haben wir Deutschland nicht alte verstaubte Ideologien von gestern und vorgestern zu bieten. Mit ihnen könnten wir den Ideologien unserer Gegner nicht standhalten. Wir brauchen Kräfte, die, aus ewigen Quellen kommend, den Neubau unseres Volkes und Staates zu tragen imstande sind.

Wir sind nicht nur den Jahren nach eine junge Partei. Jung ist unsere Bewegung, weil die Verantwortung, die aus dem Glauben wächst, eine immer erneuerte und junge ist. (Beifall.)

Zu Beginn habe ich Joseph von Eichendorff zitiert. Lassen Sie mich auch mit ihm schließen. In dem gleichen Gedicht aus deutscher Notzeit im Jahre 1809 folgen noch zwei Verse. Sie mögen uns auf unserem weiteren Wege geleiten:

Denn wie die Erze vom Hammer, so wird das lockre Geschlecht
Gehaun sein von Not und Jammer zu festem Eisen recht.
Da wird Aurora tagen hoch über den Wald hinauf,
Da gibt's was zu singen und schlagen, da wacht, ihr Getreuen, auf!

(Starker, langanhaltender Beifall.)

Nach dem Vorspiel zu „Euryanthe“ von C. M. von Weber schließt Präsident Scharnberg nach einigen geschäftlichen Mitteilungen die Eröffnungskundgebung um 14 Uhr.

*

Am Abend fand eine Sitzung des Bundesparteiausschusses statt, die sich mit dem Verlauf des Parteitages und den hiermit im Zusammenhang stehenden Fragen befaßte.

Der Bundeskanzler Dr. Adenauer war mit einer Verspätung von fünf Stunden im Hamburger Flughafen Fuhlsbüttel von seiner Reise durch die Vereinigten Staaten von Amerika eingetroffen, herzlich begrüßt von den Mitgliedern des Hauptvorstandes, seinen Mitarbeitern und Vertretern des Hamburger Senates.

Eine große Menschenmenge hatte geduldig die lange Zeit auf den Zufahrtsstraßen gewartet und brachte dem Bundeskanzler als dem erfolgreichen und überall in den Vereinigten Staaten gefeierten Vertreter des deutschen Volkes begeisterte Ovationen dar, die sich in den nächsten Tagen überall wiederholten, wo Dr. Adenauer zu sehen war.

Am Abend noch gab der Parteivorsitzende einen Empfang für geladene Gäste des Parteitages.

Dritter Tag: Montag, 20. April 1953

1. Plenarsitzung

Präsident Scharnberg

eröffnete um 9 Uhr die Plenarsitzung und teilte mit, daß der Kanzler im Laufe des Vormittags in die Sitzung kommen werde.

Wir kommen zum Punkt 1 der Tagesordnung:

„Wahl des Redaktionsausschusses und der Wahlprüfungskommission.“

Der Vorstand schlägt Ihnen als Mitglieder für die Wahlprüfungskommission folgende Herren vor: Dr. Gurk (Leiter), Dr. Fay und von Hassel. Ich kann feststellen, daß der Mandatsprüfungsausschuß in dieser Form gewählt worden ist.

Für den Redaktionsausschuß schlagen Ihnen Parteivorstand und Parteiausschuß folgende Damen und Herren vor: Als Vorsitzenden Kiesinger, dann Albers, Bauknecht, Etzel (Vertreter: Staatssekretär Dr. Strauß), Dr. Gradl, Karsch, Dr. Kather, Dr. Krone, Lünendonk, Majonica, Melzer, Prof. Dr. Stier, Dr. Tillmanns, Frau Dr. Weber, Dr. Wuermeling.

Darf ich fragen, ob die Damen und Herren hiergegen Einwendungen erheben? Das ist nicht der Fall. Dann kann ich feststellen, daß auch dieser Ausschuß gebildet worden ist.

Ich bitte nunmehr, das Wort zu ergreifen zu dem -

Arbeitsbericht des Bundesparteivorstandes

Dr. Tillmanns (M. d. B.)

In der Beurteilung der politischen Parteien durch die Öffentlichkeit spielt die Vorstellung eine erhebliche Rolle, diese Parteien seien zentralgesteuerte Apparate, die aus sich selbst heraus existierten und ohne lebendige Fundierung im Volke ihre politische Arbeit trieben. Es mag sein, daß das für diese oder jene andere Partei zutrifft, jedenfalls stimmt das nicht für die Christlich Demokratische Union.

Schon die Geschichte der Entstehung unserer Partei nach 1945 zeigt, daß sie aus den verschiedensten Anfängen, aus spontanen Zusammenschlüssen von Angehörigen der verschiedenen früheren Parteien, die in den einzelnen Gebieten ohne Fühlung untereinander zustande kamen, sich von selbst gebildet hat. Bei uns jedenfalls stand die lebendige, politische und geistige Bewegung vor der Organisation; diese hat sich sehr allmählich entwickelt. Wenn wir uns einen Vorwurf zu machen haben, dann ist es nicht ein Übermaß an Organisation, sondern eher ein Zuwenig. Der Zusammenschluß unserer Bewegung auf gesamtdeutscher Basis ist überhaupt erst — daran muß man immer wieder erinnern — vor zweieinhalb Jahren auf dem Parteitag in Goslar zustande gekommen.

Das erste Jahr nach der Zusammenfassung der Landesverbände einschließlich des Verbandes Oder-Neiße und der Exil-CDU zur Bundespartei war verständlicherweise ausgefüllt mit der Koordinierung bisher getrennt arbeitender Stellen in Köln und Frankfurt zur Bundesgeschäftsstelle in Bonn. Es ist insbesondere das Verdienst von Dr. Holzappel, daß auf diese Weise eine erste organisatorische Grundlage für die Arbeit der Bundespartei geschaffen wurde.

Auf dem Parteitag in Karlsruhe wurde ein weiterer Schritt getan, nämlich die Bestellung eines dreiköpfigen geschäftsführenden Vorstandes, der die besondere Verantwortung für die Aktivierung unserer politischen Arbeit übernommen hat. Nach ziemlich langandauernden Verhandlungen, die nicht immer ganz leicht waren, ist es gelungen, im April 1952 Herrn Dr. Bruno Heck als Hauptgeschäftsführer der Bundesgeschäftsstelle zu gewinnen. Seitdem haben wir auch neue Mitarbeiter gewinnen können und einen qualifizierten Arbeitsstab geschaffen, der seit einigen Monaten in einem eigenen Haus in Bonn eine angemessene Arbeitsstätte gefunden hat. Heute besteht die Bundesgeschäftsstelle außer einem Sekretariat aus einer Verwaltungs-, Rechts- und Haushaltsabteilung, aus den Abteilungen Wirtschafts- und Sozialpolitik, Presse, Rundfunk, Organisation und aus den in einer Sonderabteilung zusammengefaßten Referaten Außenpolitik, Kultur, Heimatvertriebene, Frauen und Jugend.

Bei diesem Neuaufbau des politischen Arbeitsstabes wurde das Verlags- und Vertriebswesen in selbständiger Form ausgegliedert und der besonderen Betreuung durch den Bundesschatzmeister unterstellt.

Der Bundesvorstand legt größten Wert darauf, daß die Landesverbände, deren eigenständige Aufgaben und selbstverantwortliche Arbeit eine Grundlage unseres Zusammenschlusses sind, zusammen mit der Bundesgeschäftsstelle die gemeinsame Arbeit tragen. Wir wollen auch in unserer Partei gesunde Gliederung von unten nach oben und echte Partnerschaft anstatt zentraler Organisation. Deshalb sind für uns die regelmäßigen Konferenzen der Landesgeschäftsführer mit der Bundesgeschäftsstelle eine wichtige Institution. Wir können feststellen, daß sich in dieser Landesgeschäftsführerkonferenz eine Körperschaft zusammengefunden hat, die in kameradschaftlicher Arbeit fruchtbar zusammenwirkt.

Selbstverständlich mußten daneben technische Hilfsmittel entwickelt werden, die unerläßliche Voraussetzung für straffe und ordentliche Arbeit sind, wie z. B. Formular- und Beitragswesen, zentrale Karteien für die verschiedensten Zwecke, einheitliche Regelung des Mitgliedwesens und dergleichen mehr. Ich erwähne diese an sich selbstverständlichen Dinge deshalb, weil sie meines Erachtens nicht nur in der Vergangenheit, sondern hier und da auch heute noch in unseren Verbänden nicht überall wichtig genug gesehen werden.

Der geschäftsführende Vorstand hat es als eine weitere vordringliche Aufgabe angesehen, die Landesverbände bei dem personellen Aufbau ihrer Organisationen, vor allem in den Kreisen, zu unterstützen und qualifizierte Menschen für hauptamtliche Arbeit zu gewinnen. Die Vorbildung und Auswahl wurde in mehreren Arbeitsgemeinschaften von je achttägiger Dauer vorgenommen. Auf diese Weise konnten weit über hundert hauptamtliche Mitarbeiter neu gewonnen und in ihre Arbeit eingewiesen werden. Es war uns auch möglich, in bescheidenem Rahmen die technischen Voraussetzungen für größere Bewegungsfreiheit dieser Mitarbeiter zu schaffen. Damit ist wenigstens eine solide organisatorische Basis in ihren Anfängen verwirklicht, wenn auch noch keineswegs in allen Landesverbänden gleichmäßig durchgeführt. Wir werden uns insbesondere darum bemühen müssen, ehrenamtliche Mitarbeiter aller Art, vor allem junge Menschen, noch stärker für die Arbeit der kommenden Monate zu gewinnen.

Ich glaube, diese etwas nüchternen Dinge in meinem Bericht nicht verschweigen zu sollen, vor allem auch deshalb, um denjenigen, die diese mühsame Kleinarbeit geleistet haben, in erster Linie unserem Bundesgeschäftsführer, Herrn Dr. Heck, und seinen Mitarbeitern, hier den Dank des Vorstandes auszusprechen, besonders aber auch unserem Bundes-

schatzmeister, an dessen Initiative diese Aufbauarbeit sehr hohe Anforderungen gestellt hat. (Beifall.)

Hand in Hand mit diesem organisatorischen Aufbau ist die aktive Tätigkeit der Bundesgeschäftsstelle kräftig entwickelt worden durch Herausgabe politischen Schrifttums aller Art. Über fast alle grundsätzlichen und aktuellen Fragen ist laufend Rednermaterial, teils in Gestalt von Vortragsentwürfen, teils in Form von Sachinformationen, herausgegeben worden. In dieser Reihe sind im letzten Jahr 58 Veröffentlichungen erschienen, dazu weiter geeignetes Material, das von nahestehenden Verbänden erarbeitet worden ist.

Weiter haben wir für unsere Redner eine umfassende sprachtechnische Schulung durchgeführt, an der in 23 verschiedenen Kursen — darunter einer für eine CDU-Landtagsfraktion — fast 400 Mitarbeiter teilgenommen haben. Diese Kurse haben ein außerordentlich gutes Echo gefunden; sie sollen weitergeführt und durch Aufbaukurse ergänzt werden. Wir sind jetzt bemüht, für Versammlungen in Stadt und Land technische Hilfsmittel in Form von Lautsprecheranlagen, Tonbändern und Filmen zur Verfügung zu stellen und damit wirksame Formen der öffentlichen Unter richtung durchzusetzen.

Neu herausgegeben worden sind täglich erscheinende Presseinformationen zur Unterrichtung der Fraktionsvorstände, Landesvorstände, dazu weitere Mitteilungen über bedeutsame Stellungnahmen im In- und Ausland zu den wichtigsten Tagesereignissen. Daneben sind die allgemeinen Publikationen unserer Partei, die „Union in Deutschland“ und der „Deutschland-Union-Dienst“ verstärkt weitergeführt worden. Ergänzend kommen hinzu die in Zusammenarbeit mit den Sozialausschüssen neu herausgebrachten Betriebsrätebriefe.

Die laufenden Publikationen der Landesverbände, die teils als Wochenblätter, teils als Monatsblätter erscheinen, werden durch einen erheblich ausgebauten Pressedienst der Bundesgeschäftsstelle mit Material versorgt. Bei allen Landesverbänden bestehen heute Pressestellen bzw. Pressereferate.

Über unsere stark erweiterte Propaganda in der Öffentlichkeit brauche ich nicht viel zu sagen. Ihnen sind die ausgezeichneten Flugblätter, um die sich vor allem unser Freund Dr. Wuermeling bemüht hat, bekannt, Sie alle wissen, welche große Hilfe sie uns gewesen sind; vor allen Dingen auch deshalb, weil wir sie nicht nur in Wahlzeiten, sondern regelmäßig herausgebracht haben.

Ich glaube, es ist uns gelungen, in unseren Veröffentlichungen, Flugblättern und Broschüren, die in einer Zahl von vielen Millionen herausgegangen sind, einen Stil zu entwickeln, der unserer Partei geziemt. Wir halten uns fern von propagandistischer Verführung und bemühen uns, durch Tatsachen zu unterrichten, Einsicht und Überzeugung zu wecken. Lassen Sie mich nur eine Bitte anschließen, nämlich die, daß wir uns noch mehr darum bemühen, in den Städten und auch in den kleinsten Orten dieses unser aufklärendes Material wirklich in die Häuser und in die Familien zu bringen.

Die leitenden Parteigremien — Bundesvorstand und Bundesparteiausschuß — konnten im vergangenen Jahr häufiger als früher tagen. Auch das hat die Intensität unserer Arbeit erheblich gestärkt. An den Vorstandssitzungen haben regelmäßig die Landesvorsitzenden und die zu uns gehörenden Ministerpräsidenten der Länder teilgenommen, so daß der Vorstand für den engsten Kreis der in führender Verantwortung Stehenden eine Stätte fruchtbarer gemeinsamer politischer Arbeit geworden ist.

Neben innerparteilichen Fragen haben Vorstand und Parteiausschuß wichtige Angelegenheiten der Bundespolitik zum Gegenstand ihrer Arbeit gemacht. Sie haben durch ihre Entschlüsse die Haltung unserer Partei festgelegt und damit der Bundestagsfraktion Richtlinien gegeben. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß hierbei Bundesvorstand und -ausschuß einerseits und Vorstand der Bundestagsfraktion andererseits eng zusammengearbeitet haben. Ich glaube, daß die letzten Sitzungen des Bundesparteiausschusses, in denen über Grundfragen der Politik — z. B. über die Verträge — in offener Auseinandersetzung eine Klärung der Meinungen erreicht worden ist, erheblich zur inneren Festigung unserer Partei und auch zur Stärkung ihrer Position in Öffentlichkeit und Parlament beigetragen haben.

Eine sehr erfreuliche Entwicklung können wir in der Arbeit der Jungen Union feststellen, deren Bundessekretariat in Bonn mit der Bundesgeschäftsstelle gut zusammenarbeitet. Die Junge Union ist mehr und mehr ein fester Bestandteil der Partei geworden. Die jährlichen Tagungen ihres Deutschland-Rates haben wichtige Impulse für die Arbeit der Gesamtpartei erbracht, vor allem aber leistet die Junge Union in der Erziehung des politischen Nachwuchses eine wichtige und, wie man wohl sagen darf, erfolgreiche Arbeit. Wir beobachten in allen Landesverbänden und auch in den Ausschüssen, daß in wachsender Zahl junge Menschen wichtige Aufgaben übernehmen. Die von der Jungen Union herausgegebenen „Werkhefte“ leisten für die Gewinnung der politisch noch abseits stehenden jungen Menschen wertvolle Dienste. Die politische Arbeit der akademischen Jugend liegt in den Händen des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten. Wir werden uns bemühen, diesen neuen Zweig kräftig zu entwickeln und dazu zu verhelfen, daß gelegentlich auftauchende Schwierigkeiten, die eher auf zu schnelles als auf zu langsames Wachstum zurückzuführen sind, überwunden werden.

Gesamtpartei und Junge Union stehen in engster Verbindung mit befreundeten Parteien der europäischen Länder. In dem Exekutivbüro der Nouvelles Equipes Internationales (NEI) haben sich besonders Dr. Strickrodt und Graf Spreti dieser Aufgabe angenommen. An dem neuerdings halbmonatlich erscheinenden Informationsdienst der NEI arbeiten wir mit.

Die Junge Union steht in fruchtbarer Zusammenarbeit mit der Internationalen Union junger christlicher Demokraten. Gar nicht aufzuzählen sind die vielen Besuche bei Tagungen, Kongressen und dergleichen, die zwischen befreundeten ausländischen Parteien und uns im letzten Jahre durchgeführt worden sind und für die Entwicklung echter europäischer Zusammenarbeit große Dienste geleistet haben.

Das Schwergewicht der vorbereitenden politischen Arbeit hat bei den Fachausschüssen gelegen. Diese Fachausschüsse haben ihre Arbeit seit 1950 — wenn auch in verschiedenem Tempo — kräftig und vielfältig aufgebaut. Was hier in der Stille der Beratungszimmer von Freunden aus allen Landesverbänden geleistet worden ist, kann in diesem kurzen Referat kaum gebührend gewürdigt werden. In unseren Fachausschüssen, ihren Unterausschüssen und Arbeitskreisen, die ich nicht alle aufzählen kann, haben sich Männer und Frauen mit großer Erfahrung und reichen Fachkenntnissen in den Dienst unserer gemeinsamen Sache gestellt und vor allem für die Vorbereitung dieses Parteitag und für seine Hauptaufgabe, nämlich die Verabschiedung des Programms der Christlich Demokratischen Union für den zweiten Deutschen Bundestag, hervorragende Arbeit geleistet. Ich bin sicher, daß unsere Beratungen heute und in den nächsten Tagen ein eindrucksvolles Bild dieser Arbeit geben werden, und kann daher auf eine gründliche Berichterstattung über diese Arbeit der Ausschüsse hier verzichten.



*Der Hamburger Landesvorsitzende Hugo Scharnberg MdB.,
Präsident des 4. Bundesparteitages*



Bundestagspräsident Dr. Hermann Ehlers bei der Eröffnungsansprache



Feierliche Eröffnung des Parteitages im Deutschen Schauspielhaus

Besonders erwähnen will ich nur die Kommunalpolitische Vereinigung, deren Schwergewicht naturgemäß bei den Kommunalpolitischen Vereinigungen der Landesverbände liegt, in ihrer Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden und ihrer kommunalpolitischen Bildungsarbeit. Die Kommunalpolitische Vereinigung bzw. ihr neugebildeter Bundesausschuß ist gleichzeitig die Hauptabteilung der Bundesgeschäftsstelle für alle Fragen der Kommunalpolitik.

Mein Bericht wäre unvollständig, wenn ich nicht drei große Tagungen der vergangenen Monate erwähnte, die gewissermaßen Meilensteine in der Geschichte der Christlich Demokratischen Union darstellen; ich meine unseren Berliner Parteitag im vergangenen Oktober, auf dem unsere Stellung zu den großen Schicksalsfragen Deutschlands und Europas in einer Einmütigkeit und Stärke in Erscheinung getreten ist wie wohl kaum bei einer anderen deutschen Partei. Berlin hat vor allem gezeigt, daß wohl nirgends in Deutschland die Politik der Bundesregierung für ein freies Deutschland in einem geeinten Europa einen so starken Widerhall findet wie in Berlin und bei den Menschen in der sowjetischen Besatzungszone. Das Echo des Berliner Parteitages war in der gesamten Öffentlichkeit, in der in- und ausländischen Presse außerordentlich stark. Wenn guter Wille im politischen Leben ein bestimmender Faktor ist, dann sollte das Gerede von der unklaren Haltung der Christlich Demokratischen Union in der Frage der Wiedervereinigung unseres Landes endgültig verstummen und zu Ende sein! (Beifall.)

Ein zweites bedeutsames Ereignis war die Bundestagung der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft Ende Februar dieses Jahres in Köln. Diese Tagung hat auch denen, die das gerne übersehen möchten, deutlich gezeigt, daß es in Deutschland, und zwar gerade in den Zentren unserer Großindustrie, eine starke christlich-demokratische Arbeitnehmerschaft gibt, die sich uns eng verbunden weiß und die aus geistigen Grundkräften, die tragfähiger und dauerhafter sind als der Materialismus vergangener Zeit, an einer sozialen Neuordnung mitarbeiten will, in der soziale Gerechtigkeit verwirklicht und auch der Arbeitnehmer Vollbürger des sozialen Rechtsstaates wird.

Wir haben unseren Freunden in den Sozialausschüssen, an ihrer Spitze Jakob Kaiser, Johannes Albers und Karl Arnold, zu danken für die große Arbeit, die sie aus der Tradition der früheren Christlichen Gewerkschaften seit 1945 im Aufbau der Sozialausschüsse geleistet haben, der zu dem großen und schönen Erfolg von Köln geführt hat. (Beifall.) Die Entschließungen der Kölner Tagung, die Sie in Ihren Drucksachen finden, stellen für diese Arbeit unseres Parteitages eine wichtige und wertvolle Grundlage dar.

Das dritte Ereignis, das ich erwähnen möchte, ist der diesjährige Parteitag der Exil-CDU gewesen, der Ende März in Bonn stattgefunden hat. Um Mißverständnisse zu vermeiden: die Exil-CDU will keine besondere Organisation innerhalb der Landesverbände der Bundesrepublik sein. Sie ist lediglich die einzige legale Fortsetzung der in den Jahren 1945 bis 1947 in der Sowjetzone aufgebauten Christlich Demokratischen Union. Die Exil-CDU ist die Wahrerin des unverfälschten Willens der früheren Mitglieder und Wähler der Christlich Demokratischen Union in der Sowjetzone. Dieser Wille wird repräsentiert von Männern und Frauen, die zuletzt im Jahre 1947 ein wirkliches Mandat ihrer Kreise und Ortsgruppen erhalten haben, und durch den von ihnen bestellten Vorstand.

Diese Menschen, die in der Zwischenzeit fast alle aus ihrer Heimat vertrieben wurden, nehmen heute in der Exil-CDU stellvertretend für die, die in der Sowjetzone schweigen müssen, politische Verantwortung wahr. Und wenn sie auf ihrem Bonner Parteitag die Politik

der Bundesregierung, die die Wiedervereinigung Deutschlands und das Einfügen des gesamten Deutschlands in ein geeintes Europa zum Ziele hat, bejaht haben, so haben sie das im Namen der Männer und Frauen der sowjetischen Besatzungszone getan. (Beifall.)

In den letzten Monaten sind mit dem verstärkten Flüchtlingsstrom aus der Sowjetzone auch bewährte Mitarbeiter der echten CDU in die Bundesrepublik gekommen. Es gibt unter ihnen viele, die aus ihren besonderen Erfahrungen wertvollste politische Arbeit hier bei uns tun können. Alle Landesverbände sollten es sich angelegen sein lassen, diese Kräfte für ihre Arbeit zu gewinnen. (Starker Beifall.)

Gestatten Sie mir noch einige abschließende Bemerkungen grundsätzlicher Art. Ich kann diese Bemerkungen nach der gestern von Herrn Dr. Ehlers gehaltenen großen Rede sehr kurz fassen; aber ich glaube, sie gehören an diese Stelle. Wir erleben immer wieder, daß das Wort „Christlich“ in unserem Parteinamen mißverstanden, ja, noch häufiger bewußt falsch gedeutet wird. Mit diesem Wort ist nichts anderes gesagt, als daß für uns keine menschliche Doktrin und erst recht keine vom Rationalismus des 19. Jahrhunderts entwickelte Theorie verpflichtend ist, sondern daß für uns als allein verbindlich besteht die Verantwortung, die wir als Christen für die öffentlichen Dinge tragen. Wir beanspruchen für uns kein christliches Monopol in der Politik, noch weniger geht es uns etwa nur um die Wahrung kirchlicher Machtpositionen; es geht uns um eine neue, tiefbegründete Sicht vom Menschen und vom menschlichen Zusammenleben, eine Sicht, die tragfähiger ist als irgendwelche theoretisch entwickelten Systeme oder gar eine vom Machtstreben oder von Interessensgesichtspunkten diktierte Politik.

In der Auseinandersetzung mit den totalitären Mächten der Diktatur werden wir freiheitliche Lebensformen, die den Menschen vor äußerem und innerem Zwang bewahren, nur entwickeln und behalten können, wenn es gelingt, diese Freiheit neu zu begründen, nämlich in ewigen Wahrheiten, die uns im Christentum gegeben sind.

Nun ist dieses Bewußtsein gemeinsamer christlicher Verantwortung im Politischen für den evangelischen Teil unseres Volkes nicht ebenso selbstverständlich wie für die Katholiken. Diese haben in den vergangenen Jahrzehnten feste Traditionen gemeinsamer politischer Arbeit entwickelt. Für die Evangelischen gibt es zwar hierfür auch wertvolle Ansätze in der Vergangenheit, etwa den „Christlichen Volksdienst“, aber für weitere Schichten ist die Erkenntnis unserer politischen Verpflichtung neu zu begründen. Die evangelischen Arbeitskreise, die sich in allen Landesverbänden der Christlich Demokratischen Union gebildet haben, haben diese besondere Aufgabe übernommen. Im März vorigen Jahres haben diese Arbeitskreise in Siegen ihre erste Gesamttagung abgehalten und sich dabei zu der politischen Zusammenarbeit der christlichen Konfessionen in der Christlich Demokratischen Union bekannt. Der in Siegen gebildete ständige Ausschuß des evangelischen Arbeitskreises unter dem Vorsitz von Dr. Ehlers versteht sich nicht als Sondergebilde innerhalb der Partei, sondern als Träger der besonderen Aufgabe, die evangelischen Volkskreise in der gemeinsamen politischen Arbeit der Christlich Demokratischen Union fest zu verankern. Er tut dies auch durch die Herausgabe eines regelmäßig erscheinenden Nachrichtenblattes. Diese Arbeit ist um so notwendiger, als die anderen Parteien nicht aufhören und — ohne etwas voraussagen zu wollen, kann man wohl hinzufügen — nicht aufhören werden, insbesondere bei dem kommenden Wahlkampf, offen oder versteckt immer wieder mit der Behauptung von der katholischen Partei gegen uns zu arbeiten.

Es ist klar, warum sie das tun. Nur wenn es ihnen gelingt, die evangelische Bevölkerung von der Christlich Demokratischen Union zu entfernen,

haben sie Aussichten, ihre Position zu verstärken, d. h. aus rein parteipolitischen Motiven versucht man also, konfessionelle Gegensätze wieder anzufachen. Wir sagen offen, daß wir das für ein Vergehen am deutschen Volke halten! (Starker Beifall.) Gegensätze sind in unserem Volke wahrlich genug da. Anstatt neue, überflüssige hinzuzufügen, sollte man sich bemühen, die Spannungen auszugleichen und zu überwinden. Die evangelischen Arbeitskreise sehen ihre Hauptaufgabe darin, allen klarzumachen, daß die große politische Gemeinschaft der Christlich Demokratischen Union zusammensteht und daß es endgültig aussichtslos ist, dagegen mit konfessionellen Spaltungsversuchen vorzugehen. (Lebhafter Beifall.)

Einstweilen werden wir noch damit rechnen müssen, daß diejenigen, die in ihrem politischen Denken von vergangenen Vorstellungen nicht loskommen, gegen die Christlich Demokratische Union in der Hoffnung angehen, diese einzige neue politische Kraft — wie sie Kiesinger genannt hat — doch noch auseinander zu bringen. Man meint, diese Union sei in der Sondersituation von 1945 aus einer Art innerem Erschrecken zustande gekommen, und nun würden allmählich alte Unterschiede wieder aufbrechen. Diese Gestrigen kommen von dem Gedanken nicht los, daß unsere Partei in das überkommene Schema von rechts und links, fortschrittlich und konservativ, nicht passe, und merken gar nicht, daß dieses Schema selbst überholt ist.

Nach der Katastrophe, die über uns gekommen ist, stehen wir unausweichlich vor den Aufgaben einer echten Neuordnung, also einer fortschrittlichen Lösung, und es gibt — so hat Jakob Kaiser einmal gesagt — keinen wirklichen Fortschritt, wenn nicht auch gesunde konservative Elemente vorhanden sind. Diese Gestrigen gebrauchen ebenso gedankenlos wieder Begriffe wie national und international und wissen nicht, daß das Zeitalter nationalstaatlicher Absonderungen in Europa vorbei ist und daß „national“ und „europäisch“ schlechthin identische Begriffe geworden sind.

Aber das Volk spürt immer mehr, daß wir, die wir uns zur Bewältigung dieser ganz neuen Aufgaben zusammengefunden haben, auf dem richtigen Wege sind. Besonders die Jugend findet immer mehr bei uns ihre politische Heimat. Deshalb ist auch in den letzten Jahren das genaue Gegenteil von dem eingetroffen, was die „Weisen“ prophezeit haben. Nicht die Christlich Demokratische Union ist auseinandergefallen, sondern andere Parteien haben sich mit Richtungskämpfen und Auseinandersetzungen ihrer Flügel zu beschäftigen, während wir in Geschlossenheit unseres politischen Willens zusammenstehen.

Natürlich gibt es auch bei uns politische Diskussionen und Meinungsverschiedenheiten. Das wird hoffentlich immer so bleiben, weil wir eine Partei aller Volksschichten sind. Aber wir müssen und werden gemeinsame Lösungen finden, weil wir auf einer gemeinsamen festen Grundlage stehen. (Beifall.)

Die Wahlen des letzten Jahres sowohl in Baden-Württemberg als auch die Kommunalwahlen und insbesondere die letzten Nachwahlen zum Landtag Nordrhein-Westfalen haben klar gezeigt, wie fest diese unsere Gemeinsamkeit begründet ist. Die wiederholte Behauptung, daß eine Mehrheit des Volkes gegen unsere Politik stehe, ist einfach nicht richtig. Wir haben für unsere große Sache weithin Vertrauen gewonnen. Das verdanken wir nicht zuletzt der großen staatsmännischen Leistung unseres Ersten Vorsitzenden, dessen sichere und klare politische Führung immer mehr Zustimmung findet und der sich im In- und Ausland Ansehen für sich selbst und neues Vertrauen für unser Volk erworben hat. (Starker Beifall.)

Mit ihm stellen wir uns in den kommenden Wahlen dem Votum des deutschen Volkes. Wir tun dies in dem Bewußtsein, daß der gute Dienst, den wir in harter Arbeit für unser Volk geleistet haben, seine Früchte tragen wird. (Erneuter starker Beifall.)

Präsident Scharnberg

dankte Dr. Tillmanns für seinen Bericht über die Arbeit des Bundespartei-vorstandes und erteilte das Wort zu einem

Arbeitsbericht der Bundestagsfraktion

Dr. von Brentano (M. d. B.):

Es sind knapp vier Jahre vergangen, seitdem die erste Regierung der Bundesrepublik Deutschland im Deutschen Bundestag ihr Programm verkündet hat. Die Legislaturperiode steht vor ihrem Ablauf, und die Christlich Demokratische Union wird hier in Hamburg auf ihrem letzten Parteitag vor den Neuwahlen das Programm ausarbeiten müssen, das dem deutschen Volk Klarheit über die Auffassungen und die Ziele geben wird, die die CDU in einer neuen Regierung zu verwirklichen beabsichtigt.

Das kann wohl nicht geschehen, ohne daß wir uns mit den Ergebnissen der politischen Arbeit, die in den vergangenen Jahren geleistet worden ist, auseinandersetzen, und ohne daß wir dem Parteitag der CDU die Voraussetzungen geben, über diese Arbeit zu diskutieren. Eines muß ich gleich einleitend vorausschicken: es ist unmöglich, im Rahmen eines zusammenfassenden Berichtes auf die Arbeiten der letzten Jahre erschöpfend einzugehen.

Wir müssen uns immer wieder daran erinnern und wir sollten auch jeden Menschen im deutschen Volke immer wieder darauf ansprechen, daß wir im Jahre 1949 vor der ungeheuer schweren Aufgabe standen, die zerschlagene staatliche, wirtschaftliche und soziale Ordnung wiederherzustellen und damit das Fundament für eine geistige und sittliche Erneuerung unseres deutschen Volkes zu legen. Die echte existentielle Not, in der damals Millionen von deutschen Menschen standen, die Sorge um den Augenblick und die Angst vor der Zukunft haben bis in die jüngste Zeit hinein die Bereitschaft vieler Menschen in Deutschland gelähmt, am Neuaufbau mitzuarbeiten und mit gläubigem Vertrauen in die Zukunft zu schauen. Das Bewußtsein, daß jeder einzelne Deutsche, gleichgültig wo er stand und lebte, zur tätigen Mitarbeit und zur bewußten Mitverantwortung aufgerufen war, mußte erst neu angesprochen und entwickelt werden; denn die neue demokratische Ordnung war ja in der politischen Vorstellungswelt des deutschen Volkes noch nicht verankert, und die Institutionen und Organe dieser neuen Ordnung mußten zunächst um ihre Anerkennung kämpfen; sie mußten das Vertrauen wieder zu gewinnen versuchen, das in der vergangenen Zeit so schmächtig verspielt worden war, ohne das aber eine lebendige politische Gemeinschaft sich nicht bilden und ihren Aufgaben nicht gerecht werden kann.

Ebenso wie das deutsche Volk erst in diese neue Verantwortung, in diese neue Aufgabe und in diese neue Verpflichtung hineinwachsen mußte, so mußte auch die Fraktion der Christlich Demokratischen Union und der Christlich Sozialen Union, die nach dem 14. August 1949 erstmals zusammentrat, zu einer Gemeinschaft zusammenwachsen. Unsere Fraktion war niemals der verlängerte Arm einer straff organisierten und nach totalitären Grundsätzen aufgebauten Partei. Wie keine andere stellt unsere Fraktion einen Querschnitt durch die soziologische, wirtschaftliche und politische Struktur unseres Volkes dar; aber sie zeichnete sich von der ersten Stunde an dadurch aus, daß alle ihre Mitglieder

sich klar und bewußt zu einer Ordnung bekannten, die nur auf den Erkenntnissen eines lebendigen und gelebten Christentums aufgebaut werden konnte.

Diese gemeinsame Überzeugung war es, die in verhältnismäßig kurzer Zeit aus 151 Abgeordneten eine wirklich arbeitsfähige und geschlossene Fraktion zu bilden in der Lage war. Dieses Bekenntnis ist es und wird es auch immer bleiben, das uns von politischen Parteien und Gruppen rings um uns herum unterscheidet, ohne uns notwendigerweise in der Zusammenarbeit mit diesen Gruppen trennen zu müssen. Seitdem im Jahre 1945 erstmals Frauen und Männer in Deutschland zusammenkamen, um die Christlich Demokratische Union zu gründen, hat sich an dieser Haltung nichts geändert; im Gegenteil, ich möchte sagen, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit dieser großen politischen Bewegung in unserem deutschen Volk seitdem nur gewachsen ist. Ein Blick auf die Entwicklung der letzten Jahre im Bund und in den Ländern scheint mir das zu bestätigen.

Es ist nicht meine Aufgabe, in diesem Rechenschaftsbericht mich in grundsätzlichen Erörterungen mit anderen Parteien auseinanderzusetzen; es genügt, wenn ich feststelle, daß die CDU/CSU, der man bereits im Jahre 1945 ihren baldigen Erschöpfungstod vorausgesagt hat, in den zurückliegenden Jahren an innerer Stärke und Geschlossenheit ständig gewonnen hat. Auch der größte Tor und der schärfste politische Gegner werden heute — wenn auch vielleicht recht ungern — erkannt haben, daß die CDU/CSU als die stärkste tragende politische Gruppe aus der Aufbauarbeit der vergangenen Jahre ebensowenig wegzudenken ist, wie aus der Arbeit der kommenden Jahre, die noch vor uns liegen. (Beifall.)

Vielleicht konnte diese Entwicklung, in der die beiden großen christlichen Konfessionen, in der die Berufsstände, in der Menschen aus Nord und Süd, aus West und Ost zu einer echten politischen Gemeinschaft zusammengewachsen sind, nirgends besser beobachtet werden als in der Bundestagsfraktion und in der schweren Arbeit und Verantwortung, die auf der Fraktion gelastet haben. Darum erfüllt es mich mit ganz besonderer Befriedigung, wenn ich hier als Vorsitzender der Fraktion, aber auch als Sprecher jedes einzelnen Mitgliedes der Fraktion sagen kann, daß wir in der Arbeit und in der Verantwortung zu einer Gemeinschaft zusammengewachsen sind, die weder des organisatorischen Zwanges noch des totalitären Druckes bedurfte, in die der einzelne sich vielmehr aus freiem Willen und aus echter und tiefer Überzeugung eingeordnet hat. (Beifall.)

Das scheint mir auch der überzeugendste Beweis dafür zu sein, daß unsere Fraktion aus den bevorstehenden Wahlen nicht nur ungeschwächt, sondern stärker und mit neuem Mut und neuem Vertrauen in die gemeinsame Arbeit hervorgehen wird. (Beifall.)

Ich sagte, daß wir weder den Zwang der Organisation noch den Druck irgendeiner Führungselite kennen. Niemals wäre es in unserer Fraktion auch nur möglich gewesen, sie vor die Frage des Fraktionszwanges zu stellen. Wenn der einzelne, der aus ehrlicher Überzeugung sich der Meinung der Mehrheit — und möchte die Mehrheit nicht so groß sein — nicht anzuschließen vermochte, so konnte er seine Entscheidung frei fällen und frei vertreten.

Vor kurzem las ich, daß der Deutsche Bundestag bisher 93 namentliche Abstimmungen durchgeführt hat. Es gibt eine Partei, die Sozialdemokratische, die für ihre Fraktion in Anspruch nehmen kann, daß bei allen 93 namentlichen Abstimmungen ihre sämtlichen Mitglieder einheitlich nach dem Willen des Vorstandes gestimmt haben. Wenn man eine solche Notiz liest, dann kann man nur mit tiefer Sorge an die Zukunft unserer Demokratie denken. (Lebhafter Beifall.)

Die Vernunft und die Klugheit unseres deutschen Volkes werden uns, davon bin ich allerdings überzeugt, davor bewahren, daß wir jemals in einer solchen Einheitsdemokratie leben müssen. Der Tag, an dem eine so uniforme Partei die politische Verantwortung übernehmen würde, in der die individuelle Freiheit der Entscheidung, die der verantwortungsbewußte Mensch für sich beanspruchen muß, nicht mehr möglich ist, wäre — ich glaube, daß dieser Vergleich gebraucht werden kann — in seinen Folgen zu vergleichen mit dem Tag der Machtergreifung; denn die junge deutsche Demokratie würde an diesem Tage zu Grabe getragen. (Lebhafter Beifall.)

Ich habe eingangs an die Regierungserklärung erinnert, die unser Bundeskanzler Dr. Adenauer am 20. September 1949 vor dem Bundestag abgegeben hat, und an die Aussprache, die sich an diese Regierungserklärung angeschlossen hat. Ich habe in diesen Tagen diese Diskussion nachgelesen, und ich möchte Sie alle, meine Damen und Herren, darum bitten, die Mühe nicht zu scheuen und diesem Beispiel einmal zu folgen. Weit mehr als das, was der Bundeskanzler damals sehr behutsam und im Bewußtsein seiner Verantwortung vorgetragen hat, konnte in den letzten Jahren verwirklicht werden.

Die sozialdemokratische Opposition, die schon dieser ersten Regierungserklärung mit einer vom schärfsten Mißtrauen diktierten Ablehnung begegnete — einer Haltung, die damals vielleicht aus der Enttäuschung über das unerwartete Wahlergebnis noch psychologisch zu erklären war —, sollte diese Aussprache auch nachlesen und dann nach Ablauf von vier Jahren bekennen: wir haben uns damals geirrt, wie haben sinnlos opponiert, weil wir enttäuscht waren. Mehr als das, was wir als Opposition verlangt haben, ist in Erfüllung gegangen.

Die logische Konsequenz aus einer solchen Erkenntnis wäre die, den aussichtslosen Kampf um die Macht aufzugeben, das destruktive Nein, das man im deutschen Volk nicht mehr hören will, durch den Willen zur konstruktiven Mitarbeit zu ersetzen und über die staatspolitischen Aufgaben einer Opposition nachzudenken, die sich an ihrem Mandat und am deutschen Volk versündigt (Beifall), wenn sie sich nicht bewußt wird, daß auch sie zur Mitverantwortung aufgerufen ist und diese Mitverantwortung bewußt tragen muß. Mit dem Rücken gegen die Wand zu kämpfen, ist bekanntlich gefährlich, weil die freie Bewegung behindert ist. Mit dem Kopf gegen die Wand zu protestieren, ist ein Ausdruck einer wenig überzeugenden Starrköpfigkeit und steht Menschen schlecht an, die sich der Verantwortung für das Ganze bewußt sein wollen.

Ich habe schon eingangs darauf hingewiesen, daß es unmöglich ist, im Rahmen eines kurzen Rechenschaftsberichtes auf die ganze Arbeit der vergangenen Jahre einzugehen.

In den vergangenen Jahren hat der Deutsche Bundestag über 400 Gesetze verabschiedet, etwa 170 Gesetzentwürfe befinden sich noch in den Ausschüssen. Ich glaube, daß ich mich daher darauf beschränken darf, einige Arbeitsgebiete wegen ihrer besonderen und grundsätzlichen Bedeutung zu erwähnen.

Gesetzgebende Arbeit

Diese ungewöhnlich große Gesetzgebungsarbeit war zunächst schon um deswegen nötig, weil die Staats- und Rechtseinheit unseres Vaterlandes zerschlagen war. Sie ist es auch bis zur Stunde noch. Wenn ich von dieser Einheit spreche, dann wird jeder, der diese Worte hört, an die 18 Millionen Menschen denken, die in der sowjetisch

besetzten Zone in der äußersten Unfreiheit und unter dem Druck eines Terrors leben, der gerade in den vergangenen Wochen und Monaten Formen angenommen hat, die Tausende und Abertausende von Menschen zwingen, unter Zurücklassung von Hab und Gut, unter Aufgabe der Existenz, unter Zurücklassung der Angehörigen und Freunde die Grenze zu überschreiten, um sich im Gebiete der Bundesrepublik unter den schwersten Verhältnissen eine neue Zukunft zu zimmern. Ich halte es — und ich unterstreiche das, was unser Freund Tillmanns eben sagte — für unwürdig, in eine Diskussion darüber einzutreten, wem diese Schicksalsfrage unseres deutschen Volkes mehr am Herzen liegt. Es gibt keinen anständigen Menschen, der nicht mit allen Fasern seines Herzens den Tag herbeiwünscht, an dem diese 18 Millionen Menschen wieder in Freiheit mit uns vereint werden. (Starker Beifall.) Weder die Bundesregierung noch die Bundestagsfraktion hat jemals und bei irgendeiner Entscheidung dieses Ziel aus dem Auge verloren. Niemals und zu keiner Stunde haben wir vergessen, daß wir auch nach dem Grundgesetz aufgerufen sind, das deutsche Vaterland in Freiheit zu vereinigen und bis zu diesem Tage stellvertretend auch für die zu arbeiten und zu handeln, denen die Mitwirkung an der Gestaltung der gemeinsamen Zukunft heute noch versagt ist.

Wenn es überhaupt möglich war, die Diskussion in der öffentlichen Meinung der Welt über die Frage der Wiedervereinigung nicht nur wachzuhalten, sondern neu zu beleben, dann ist das ausschließlich ein Ergebnis der zielbewußten deutschen Politik gewesen. Das gilt ebenso für die erste russische Note, die nach jahrelangem Schweigen vor 1½ Jahren die Welt überraschte, wie auch von den Erklärungen, die wir in jüngster Zeit hören. Das gilt aber erst recht von der Tatsache, daß in den Verträgen, die die deutsche Bundesregierung abgeschlossen hat, die gesamte freie Welt mit uns gemeinsam die Verpflichtung übernommen hat, diese Wiedervereinigung eines freien Deutschlands herbeizuführen.

Es war nicht das starre und uneinsichtige Nein der deutschen Opposition, das uns diese Freunde in der schwersten nationalen Not verschafft hat, sondern es war die von der starken Mehrheit des Deutschen Bundestages und von der einmütigen Zustimmung der Fraktion der CDU/CSU getragene Politik der Bundesregierung, die uns das Vertrauen und die Freundschaft in Europa und in allen Ländern der freien Welt wieder geschaffen hat. (Beifall.)

Es ist inzwischen gelungen, auf nahezu allen Gebieten des öffentlichen Lebens diese Rechtseinheit wieder herzustellen, und zwar in der Bundesrepublik und in der Stadt Berlin, die unserer Meinung nach ein untrennbarer Bestandteil des freien Deutschlands ist, ungeachtet aller politischen Schwierigkeiten und Bedenken, die einer völligen Einbeziehung in die Bundesrepublik bisher entgegenstehen.

Das Dritte Überleitungsgesetz vom 20. 12. 1952, das nach schweren Auseinandersetzungen mit den Hohen Kommissaren erlassen wurde, hat eine Vereinbarung zwischen dem Senat der freien Stadt Berlin und der Bundesrepublik sanktioniert, durch das die völlige Rechtsangleichung durchgeführt wurde. Jedes Gesetz des Bundes gilt seitdem auch in Berlin, und praktisch ist die Stadt Berlin ein Land der Bundesrepublik. Dieser Stadt hat auch in den vergangenen Jahren immer die besondere Sorge der Bundesregierung und des Bundestages gegolten. Berlin hat gelitten wie kein anderer Teil unseres deutschen Vaterlandes, wenn ich die Gebiete ausnehme, die noch nicht wieder zu uns gehören.

Im Krieg und in den Tagen des Zusammenbruchs wurde diese Stadt verstümmelt wie keine andere. Sie wurde dann zu einer Insel in dem Strom der roten Flut, der sich über große Teile Deutschlands ergoß. In dieser

Situation mußte Berlin dann noch neun Monate eine unmenschliche Blockade über sich ergehen lassen. In dem Kampfe um die Bewahrung der Freiheit und in dem Kampfe um das Recht gegen den Terror hat die tapferere Berliner Bevölkerung eine Haltung gezeigt, die bereits in die Geschichte eingegangen ist. Damit hat sie um so mehr Anspruch erworben, in ihrem Lebenskampf von der Bundesrepublik gestützt zu werden. Jährlich fließen etwa eine Milliarde DM nach Berlin, um den Haushalt auszugleichen und um der Arbeitslosigkeit — eine Folge der Zerstörung und der Isolierung Berlins — zu steuern.

Um alle Maßnahmen, die im Interesse der Stadt Berlin getroffen werden müssen, aufeinander abzustimmen, hat die Bundesrepublik unseren Fraktionsfreund Dr. Bucerius, der Ihnen in Hamburg ja kein Unbekannter ist, zum Bundesbeauftragten für die Förderung der Berliner Wirtschaft bestimmt. Ich kann ihm auch hier die rückhaltlose Unterstützung der Fraktion und, wie ich glaube, der Gesamtpartei versichern und ihm sagen, daß wir wissen, was wir der Stadt Berlin schuldig sind bis zu dem Augenblick, wo in Berlin, als der Hauptstadt der Deutschen Bundesrepublik, wieder alle Kraftströme Deutschlands zusammenfließen werden. (Starker Beifall.)

Wenn ich mich nun einigen Bereichen des öffentlichen Lebens zuwende, dann möchte ich besonders betonen, daß die Reihenfolge nichts über die Priorität der Aufgabenstellung aussagt. Es gibt keine Dringlichkeitsliste in der politischen Aufgabenstellung, wenn man nicht zu den verbohrteten Theoretikern gehört. Die Frage, welche Aufgabe zunächst angefaßt und gelöst werden muß, stellt sich aus der Lage des Augenblicks, und wer nicht die Elastizität aufbringt, sich der Lage anzupassen, die von unzähligen von außen drängenden und unserer Bestimmung entzogenen Faktoren abhängig ist, wird in der Praxis versagen, auch wenn er vielleicht eine gute Doktorarbeit schreiben kann.

Weiter möchte ich noch besonders hervorheben, daß es unmöglich ist, auf die unübersehbare Thematik einzugehen, die uns in den letzten Jahren beschäftigt hat, und daß mein zusammenfassendes Referat, das ja lediglich eine Aussprache einleiten soll, keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit erheben will. Ich habe mir in den letzten Tagen und Wochen von den Kollegen meiner Fraktion über die Arbeit in den Ausschüssen Berichte geben lassen. Wenn ich dieses Material Ihnen hier zusammenfassend vortragen wollte, dann würde ein solcher Bericht, auch wenn er in der knappsten Form erstattet würde, viele Stunden beanspruchen.

Wirtschaftsaufbau und Sozialordnung

Erlauben Sie mir, einige Worte über die Wirtschaftspolitik zu sagen. Die Regierungserklärung hatte bereits eindeutig bekräftigt, daß wir entschlossen waren, an der sozialen Marktwirtschaft festzuhalten. Die Entwicklung hat uns eindeutig Recht gegeben. Der Gedanke, den Wiederaufbau der Wirtschaft nach einem umfassenden Plan zu lenken, hat sicherlich etwas Verführerisches an sich; aber die Erfahrung der Vergangenheit hat uns gelehrt, daß ein solches Wirtschaftssystem die Initiative, den Leistungswillen und die Verantwortlichkeit ausschaltet, weil es an die Stelle der freien Entscheidung des einzelnen den Befehl des allmächtigen Staates und den Zwang zum Gehorsam setzt. Auch im rein wirtschaftlichen Bereich müssen wir die geistigen und sittlichen Antriebskräfte fördern, die nur in der Atmosphäre der Freiheit gedeihen. Dabei hat eine soziale Marktwirtschaft — und das kann nicht oft genug wiederholt werden — nichts mit Willkür und noch weniger mit Anarchie zu tun. Man sollte doch nicht sagen, daß das eine das andere bedinge oder ausschließe.

Auch in unserem Verfassungsrecht, im Grundgesetz, bekennen wir uns zu der Freiheit als der obersten Form, die das Zusammenleben der Menschen miteinander und ihre Einordnung — nicht etwa ihre Unter-

ordnung — in den Staat bestimmen soll. So bekennen wir uns auch zur Freiheit in der Wirtschaftsverfassung. Aber wie es die Aufgabe des Staates ist, Ordnungselemente zu setzen, die den Mißbrauch der Freiheit verhindern und aufzeigen, daß es die Freiheit an sich nicht gibt, daß die Freiheit vielmehr des notwendigen Korrelats der Bindung bedarf, so muß auch das gleiche in der Wirtschaft geschehen.

Das grundlegende Ordnungsprinzip der Marktwirtschaft als Ausdruck der Freiheit ist der Wettbewerb; doch muß dieser Wettbewerb dort eine Grenze finden, wo die sozialen Bedürfnisse mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Gegebenheiten mit dem Freiheits- und dem Wettbewerbsprinzip im Widerspruch stehen. Was ich meine, wird Ihnen klar sein, wenn ich hier etwa an den Wohnungsbau erinnere und an die besondere Lage der Landwirtschaft. Das sind beispielsweise Bereiche, in denen die konsequente Verwirklichung der Wettbewerbsgrundsätze nicht oder noch nicht möglich ist. In diesen Fällen und immer dann, wenn die Freiheit mißbraucht wird, kann und wird der Staat nicht darauf verzichten, im Rahmen einer echten Wirtschaftsverfassung ordnende und — wenn nötig — auch lenkende Funktionen auszuüben.

Über die Entwicklung der deutschen Wirtschaft viel zu sagen, erscheint mir tatsächlich nicht mehr notwendig; aber ich möchte daran erinnern, daß der damalige Vorsitzende der Opposition, Herr Dr. Schumacher, in der Aussprache über die Regierungserklärung die Wirtschaftspolitik angegriffen und verlangt hat, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß das Produktionsvolumen mindestens um ein Drittel gesteigert werde; nur dann könne die Bundesrepublik ihre wirtschaftlichen, politischen und sozialen Aufgaben erfüllen. Nun, diese Steigerung des Produktionsvolumens gegenüber 1948 beläuft sich auf etwa 60 bis 70 %. Wir haben also die kühnsten Erwartungen und Hoffnungen der Opposition bei weitem übertroffen. (Beifall.)

Das Nettosozialprodukt ist von rund 63 Milliarden auf 100 Milliarden gestiegen, und die Spareinlagen haben sich mit einer Summe von weit über 8 Milliarden DM mehr als vervierfacht. In den Ländern, in denen nicht die strukturellen Voraussetzungen für eine Arbeitslosigkeit vorliegen, die nur mit der Zeit beseitigt werden können, haben wir praktisch die Vollbeschäftigung. Ich erinnere beispielsweise an das größte Land Nordrhein-Westfalen, in dem die Arbeitslosigkeit sich im allgemeinen um 3 % bewegt, während Schleswig-Holstein, das den gewaltigen Strom von Heimatvertriebenen aufnehmen mußte, ohne daß die Voraussetzungen für einen Ausbau der Wirtschaft in gleichem Maße gegeben waren, noch etwa 15 % Arbeitslose besitzt. Daran aber, daß durch die Wirtschaftspolitik mehr als 2 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen worden sind — also mehr als 2 Millionen Menschen mit ihren Angehörigen in den Arbeitsprozeß eingegliedert wurden —, kann auch der uneinsichtigste Kritiker nicht vorübergehen.

Wir wußten, daß wir insbesondere der Wirtschaftspolitik neue Impulse geben mußten, wenn wir die großen sozialpolitischen Aufgaben überhaupt erfüllen wollten. Das gleiche gilt auch, wenn auch mit anderen Vorzeichen, von der Finanzpolitik. Die Aufgaben des Staates und der Gemeinschaft haben gegenüber der früheren Zeit in einem unvorstellbaren Maße zugenommen. In seinem letzten Bericht hat unser Freund, Bundesfinanzminister Fritz Schäfer, darauf hingewiesen, daß das Einkommen aus Einkommen- und Lohnsteuer pro Kopf der Bevölkerung von 23 RM im Jahre 1913/14 auf rund 155 DM im Jahre 1952/53 gestiegen ist, wobei die Veränderung der Kaufkraft bereits berücksichtigt ist.

Parallel zu dieser Entwicklung haben sich die Leistungen der öffentlichen Hand für echte soziale Aufgaben, verglichen mit dem Jahre 1913, mehr als versechsfacht. Allein seit 1949 sind die sozialen Leistungen,

die der Bund nunmehr erfüllt, um 83% gestiegen; sie belaufen sich heute im Jahresdurchschnitt in Bund und Ländern auf annähernd 18 Milliarden DM.

Schon diese wenigen Zahlen, die ich Ihnen als Beispiele gebe, zeigen die ungeheure Verantwortung, die der Bundesregierung bei der Haushaltsführung oblag. Der Bundesfinanzminister Fritz Schäffer hat sicher eine schwere und undankbare Aufgabe. Aber wenn wir an die unvorstellbare Entwicklung der deutschen Wirtschaft in den letzten Jahren denken und uns erinnern, daß sie mit dem Namen Ludwig Erhard untrennbar verbunden ist (sehr starker Beifall), dann müssen wir ebenso offen und klar bekennen, daß der Bundesfinanzminister seine schwere und unpopuläre Aufgabe mit demselben Verantwortungsgefühl und auch mit demselben Erfolg gelöst hat. (Starker Beifall.)

Von vielen Einzelgesetzen abgesehen, haben wir eine große Steuerreform durchgeführt und stehen in der Diskussion der zweiten. Jeder, der sich die Mühe macht, die Auswirkungen dieser Maßnahmen sachlich zu prüfen, kann mit Leichtigkeit feststellen, daß der Zweck dieser Reformen in beiden Fällen der war, Ungerechtigkeiten zu beseitigen, die Arbeitsfreudigkeit anzuspornen und jeweils gerade auf die kleinen Einkommenbezieher besondere Rücksicht zu nehmen. Das verlogene Schlagwort von der Politik, die die Armen noch ärmer und die Reichen reicher mache, kann man mit Aussicht auf Erfolg höchstens noch im Kreml verkaufen. (Beifall.)

Auch die schweren Fragen der deutschen Landwirtschaft haben uns in den letzten Jahren ständig beschäftigt. Die Sowjetzone ist ausgefallen; die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie sind vorübergehend aus dem deutschen Staatsverband ausgegliedert. Mehr als 50% unserer Grundnahrungsmittel müssen wir aus dem Ausland beziehen. Die Grundsätze der Marktwirtschaft auf die deutsche Landwirtschaft anzuwenden, verbietet sich, weil die Produktion viel schwereren Bedingungen unterworfen ist als die einer vergleichbaren Landwirtschaft in einem anderen Lande der Welt.

Unsere Landwirtschaft leistungsfähig zu erhalten und ihre Leistungsfähigkeit zu steigern, ist aber eine echte volkswirtschaftliche Aufgabe; denn jede Erhöhung der Produktion verringert den Einfuhrbedarf. Die meisten Marktordnungsgesetze — ich erinnere an das Getreidegesetz, das Milch- und Fettgesetz, das Vieh- und Fleischgesetz, das Zuckergesetz — waren hier Ausdruck der marktleitenden Funktion des Staates. Subventionen mußten zur Verfügung gestellt werden, Subventionen für den Erzeuger — wie etwa für vorübergehend eingeführte Frühdruschprämien — und Subventionen für den Verbraucher, wie sie beispielsweise in der Errichtung der Vorratsstellen zum Ausdruck kommen, um eine gesunde Manipulation der Preise zu ermöglichen, wenn konjunkturelle Schwankungen in den Importländern zu einer Erschütterung des Preisgefüges führen können.

Auch das schwere Problem der Landarbeiterfrage wurde wenigstens zu einem Teil durch die Jahreslohtarifverträge gelöst. Wir wissen, daß ungeachtet aller staatlichen Maßnahmen, die bereits durchgeführt worden sind, noch ein weites Feld offen ist. Wir müssen unserer Landwirtschaft helfen, um sie weitgehend von dem Mangel an Arbeitskräften unabhängig zu machen. Eine Technisierung und Modernisierung ist mit Aufgaben verbunden, die wir leisten müssen. Wir müssen um so mehr die Voraussetzungen für eine gesunde Entwicklung schaffen, als es sonst niemals möglich sein wird, etwa in einer Agrarunion mit anderen Ländern zusammenzugehen, die von unserem Herrgott und von der Natur besser bedacht worden sind als das deutsche Volk.

Eine der besonders dringlichen Aufgaben des Bundestages war die Gesetzgebung über den Lastenausgleich. Es liegt mir daran, hier auch vor dem Bundesparteitag unserem Freund Johannes Kunze für die ent-

sagungsvolle Arbeit zu danken, die er geleistet hat. (Beifall.) Durch diese Arbeit und durch die Mitarbeit vieler unserer Freunde ist das Gesetz, das ohne Vorgang in der Geschichte der Gesetzgebung der Völker ist, untrennbar mit dem Namen der Christlich Demokratischen Union verbunden. Niemand weiß es besser als wir in der Bundestagsfraktion, daß wir noch nicht in allen Einzelfragen eine vollkommene Lösung gefunden haben. Ich sage es auch offen, daß sowohl der Lastenausgleich wie auch das Problem des Bundesvertriebenengesetzes zu ernsten und schweren Auseinandersetzungen in der Fraktion geführt haben und führen mußten; denn nur, wenn wir gemeinsam in dieser Weise um eine Entscheidung ringen, können wir diese Entscheidung auch gemeinsam vertreten.

Wenn ich vom Lastenausgleich und vom Bundesvertriebenengesetz rede, dann möchte ich ebenso aufrichtig auch der echten und konstruktiven Mitarbeit unseres Freundes Kather gedenken. (Beifall), der mit Leidenschaft für ein Anliegen gekämpft hat, das politisch und sittlich gerechtfertigt ist, der sich aber nie in der endgültigen Entscheidung der Verantwortung entzogen hat und niemals den Weg gegangen ist, den andere gehen, die die Interessenvertretung vor die große politische Aufgabe stellen. (Erneuter Beifall.)

Wir wissen genau, daß wir mit diesen Gesetzen noch nicht die vollkommene Lösung gefunden haben, aber die kritischen Stimmen beginnen zu verstummen, und die Erkenntnis setzt sich durch, daß dieses Gesetzgebungswerk — nehmt alles nur in allem — wohl gelungen ist.

In diesem Jahr stehen bereits mehr als 3 Milliarden DM aus dem Lastenausgleich zur Verfügung. Davon entfallen allein auf die Hausratshilfe zunächst 600 Millionen DM, während in den verfloßenen 4 Jahren zusammen 450 Millionen DM für diese Aufgabe verwendet werden konnten. Das gleiche gilt vom Bundesvertriebenengesetz, das der völligen Eingliederung und Gleichstellung aller Deutschen, auch derer, die in den letzten Jahren Heim und Existenz verloren haben, dienen soll, von dem wir aber auch wissen, daß es noch nicht der Weisheit letzter Schluß ist, wohl aber ein gutes Beginnen, auf dem wir fortfahren wollen. (Beifall.)

Das Gesetz über die Regelung der Ansprüche der Altsparer steht vor dem Abschluß. Es betrifft allein 20 Millionen Sparer bei den Sparkassen; dazu kommen noch die Sparer aus Lebens- und Rentenversicherungen, aus privaten Schuldverschreibungen und aus anderen Rechtsverhältnissen. Die Regelung der öffentlichen Anleihen ist einer besonderen Gesetzgebung vorbehalten. Der Bundesfinanzminister hat uns bereits gesagt, daß diese Vorlage auf unsere Anregung hin in seinem Ministerium ausgearbeitet wird.

Eine besondere Aufgabe ist uns noch gegenüber den Sowjetzonenflüchtlingsen gestellt. Hier wird die Fraktion der CDU/CSU noch vor Abschluß der Legislaturperiode die nötigen Maßnahmen ergreifen müssen, um wenigstens auf dem Weg über den Härtefonds im Lastenausgleich die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen; denn wir sind politisch und sittlich verpflichtet, diesen Menschen zu helfen, und es ist nicht der Ausdruck einer falsch verstandenen Humanität, wie ein Rundfunksprecher vor einigen Wochen zu sagen wagte! (Zustimmung und Beifall.)

Zu den Wünschen, die mit besonderem Nachdruck von der Opposition in der Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung vorgetragen wurden, gehörte die Frage des Wohnungsbaues. Unter dem Vorsitz unseres Freundes Lücke hat der Ausschuß das Wohnungsbaugesetz, das Wohnungsbauprämiengesetz, das Gesetz über Bergarbeiterwohnungen, das Gesetz über Wohnungseigentum und das Gesetz über die Wohnraumbewirtschaftung bearbeitet. Jährlich werden rund 400 000 Wohnungen neu erstellt, in denen Jahr für Jahr etwa 1½ Millionen Menschen neu untergebracht werden. Diese Zahlen sprechen für sich selbst. Ich glaube, daß der blühendste Oppositionelle vor vier Jahren nicht daran gedacht hat, daß wir

nach vier Jahren einen solchen Erfolgsbericht würden erstatten können. Aber wir haben auf diesem Gebiet noch besondere Aufgaben. Ich erinnere an das Gesetz über die Schaffung von Familienheimen — auch eine Initiative unserer Fraktion. Der Gesetzentwurf, den wir eingebracht haben, stellt die Familie in den Mittelpunkt auch der Wohnbautätigkeit. Wir wollen nicht genormte Häuser, die dem Familienstand keine Rechnung tragen! Wir wollen auch die Vorherrschaft der Wohnungsbauunternehmen brechen; denn sie sollen Mittel zum Zweck, aber nicht Selbstzweck sein. (Starker Beifall.) Nach dem Gesetzentwurf soll möglichst weiten Kreisen unseres deutschen Volkes über den Wohnungsbau auch das persönliche Eigentum an Grund und Boden vermittelt werden. Dazu bedürfen wir auch des Baulandbeschaffungsgesetzes, das eine ungesunde Bodenspekulation verhindert. Es ist ein Gesetz, von dem ich auch hoffe, daß wir es möglichst bald verabschieden werden. In dem Ziel, familiengerechte Wohnungen zu bauen und diese Wohnungen mit dem Grund und Boden in das Eigentum der schaffenden Menschen zu überführen, wissen wir uns auch einig mit den großen Sozialverbänden und nicht zuletzt auch mit den Bestrebungen der beiden großen Konfessionen.

Wir haben uns in der CDU schon im Parlamentarischen Rat — ich darf hierbei an die besondere Mitarbeit unseres Freundes Bundesminister Lehr erinnern — ohne Vorbehalt zu einem echten Berufsbeamtentum bekannt, das fachlich gebildet, staatsreu, sauber und verantwortungsfreudig sein muß. In dem vorläufigen Bundesbeamten-gesetz sehen wir einen Niederschlag der bewährten Rechts-tradition und der reichen Verwaltungserfahrung. Wir dürfen aber darüber — und auch das bringt das Gesetz zum Ausdruck — den Schutz der demokratischen Ordnung nicht vergessen. Die CDU hat entscheidend an dem Ausführungsgesetz zu Artikel 131 des Grundgesetzes mitgearbeitet. Auch hier waren tatsächliche und rechtliche Schwierigkeiten vorhanden, die eine vollkommene Lösung auf den ersten Anlauf unmöglich machten.

Ich glaube aber, daß die erzielten Ergebnisse sogar viele weitgespannten Erwartungen übertroffen haben und daß wir klar feststellen dürfen, für Hunderttausende von Menschen wieder die rechtsstaatliche Ordnung hergestellt zu haben. Wir wissen, daß wir noch der Ergänzungsgesetze bedürfen. Ebenso wissen wir auch, daß das Personalvertretungsgesetz, das auch im Ausschuß der Beratung unterliegt, so rasch wie möglich verabschiedet werden muß.

Vor einiger Zeit habe ich die Kritik eines Unbelehrbaren gelesen, der behauptet hat, auf dem Gebiete der Sozialordnung und des Arbeitsrechts habe der Bundestag und die Bundesregierung nichts geleistet. Ein solcher Kritiker muß in den letzten vier Jahren auf dem Mond gelebt haben. Ich erinnere an das Gesetz über die Mindestarbeitsbedingungen, an das Gesetz über die Heimarbeit, an das Gesetz über die Regelung von Lohnzahlungen an den Feiertagen und an das Kündigungsschutzgesetz, um nur einzelne Gebiete des Arbeitsrechts herauszugreifen. In allen diesen Gesetzen haben wir fortschrittliche und soziale Gedanken verwirklicht.

Ich erinnere an das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Unternehmen des Bergbaues sowie der eisen- und stahl-erzeugenden Industrie. Allerdings verschweige ich hierbei nicht — und hier spreche ich für mich persönlich —, daß sich die Erwartungen, die wir an dieses Gesetz geknüpft haben, nicht in vollem Umfang erfüllt haben und daß insbesondere die Reaktion auf das Entgegenkommen, das wir bei der Schaffung dieses Gesetzes gerade auch den Vertretern des DGB gezeigt haben, nicht so gewesen ist, wie erwartet wurde. Das ist eine Kritik — um das eindeutig festzustellen und um möglichst jedes Mißverständnis auszuschalten — an der legitimen Aufgabe des DGB, dessen Existenz und Not-

wendigkeit wir nicht nur nicht bestreiten, sondern anerkennen, und mit dem wir in einer guten und freundschaftlich-vertrauensvollen Atmosphäre zusammenarbeiten wollen; denn wir wissen, daß hier die Organisation von Millionen von Menschen uns gegenübersteht, auf deren Mitarbeit wir niemals zu verzichten wünschen. (Beifall.)

Wir haben weiter das Betriebsverfassungsgesetz in Ab-
lösung der bestehenden Ländergesetze und des Kontrollratsgesetzes 22 ver-
abschiedet. In diesem Gesetz haben wir den Grundsatz anerkannt, daß die
Mitbestimmung des arbeitenden Menschen von den Kräften getragen und
ausgeübt werden muß, die im Betrieb selbst sich entfalten. So wie
wir im politischen Leben den Menschen in den Mittelpunkt des Geschehens
rücken wollen und keine Stellvertretung des Menschen durch ein Kollektiv
anerkennen, gleichgültig ob dieses Kollektiv als Staat oder als Organisation
in Erscheinung tritt, so haben wir auch versucht, diesen Grundsatz bei der
Mitbestimmung zu verwirklichen.

Die leidenschaftliche Kritik, die an diesem Gesetz geübt wurde, ver-
stummt allmählich. Ich glaube, daß sie gänzlich zum Schweigen kommen
wird, wenn dieses Gesetz seinem Sinn und seiner Aufgabe entsprechend
in dem Geiste verwirklicht wird, in dem es bei uns diskutiert und be-
schlossen worden ist. Mit Recht haben diejenigen, die besonders an diesem
Gesetz mitgearbeitet haben — ich darf hier unsere Fraktionskollegen
Sabel und Dr. Schröder nennen —, bei der Verabschiedung darauf
hingewiesen, daß die hemmungslose Kritik auf unsächlichen Erwägungen
beruht und daß wir für uns in Anspruch nehmen können, das fort-
schrittlichste Gesetz auf diesem Gebiet erlassen zu haben,
das überhaupt in einem freien demokratischen Land jemals in Geltung tritt.
(Beifall.)

Auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung haben wir bereits
im Wirtschaftsrat mit dem Sozialversicherungsanpassungs-Gesetz begonnen.
Ungeachtet der schweren Lasten, die Krieg und Nachkriegszeit hinterlassen
haben, haben wir das Äußerste getan, um auch hier unseren sozialen Ver-
pflichtungen gerecht zu werden. Ich möchte nicht auf Einzelheiten eingehen,
Ihnen aber eine Zahl nennen, die mir wesentlich zu sein scheint. Die
Durchschnittsrente aus der Reichsversicherungsgesetzgebung ist
seit dem 1. 6. 1949 von 43,55 DM um 34,75 DM, d. h. um rund 80 %,
auf 78,30 DM erhöht worden; wohlgemerkt, ich spreche von der
Durchschnittsrente. Berücksichtigt man die Hunderttausende von Fällen, in
denen Kleinst- und Grundrenten gezahlt werden, dann wird diese Steige-
rung noch viel eindrucksvoller. Zu der Gesetzgebung auf diesem Gebiet
gehört auch das Kriegsopferversorgungsgesetz. Mit diesem
Gesetz haben wir die Erwartungen der beteiligten Verbände erfüllt. Auch
für dieses Gesetz gilt, daß es kein Land gibt, das die Frage der Kriegs-
opfer — denen wir eine besondere Leistung schuldig sind — in der glei-
chen Weise beantwortet hat.

Wenn ich über diese Gesetzgebungsarbeit kurz berichte, dann soll nie-
mand daraus den Schluß ziehen, daß wir glauben, nun am Ende zu sein.
Wir wissen, daß noch viele Menschen unverschuldet in
Not sind. Wir wissen, daß wir ihnen helfen müssen. Aber jeder, der auf
die Hilfe wartet — und das muß ausgesprochen werden —, sollte sich immer
wieder sagen, daß unsere Hilfe eine Grenze an der Leistungsfähigkeit des
deutschen Volkes findet. Und niemand sollte vergessen, daß nicht wir die
Schuld daran tragen, daß das blühende Deutsche Reich von einer Horde
von Abenteurern und Verbrechern zugrunde gerichtet und an den Rand
des Abgrundes geführt worden ist.

Das sollten allerdings auch diejenigen nicht vergessen, die jetzt eine
hemmungslose Agitation entfalten und die existentielle Not armer Menschen

ansprechen, indem sie Zukunftshoffnungen erwecken, von denen sie wissen, daß sie unerfüllbar sind. Zu den Methoden einer solchen, ebenso unauf- richtigen wie gefährlichen Propaganda gehören auch Briefe, wie sie der sozialdemokratische Parteivorsitzende bei dem Rentenbezug an die Renten- empfänger verteilen ließ. (Hört!-Hört!-Rufe.)

Wenn ich von der Wirtschaft und Sozialordnung spreche, dann scheint mir ein Hinweis auf das jüngst verkündete Gesetz über die Handwerks- ordnung angebracht. Auch diese Gesetzgebung ist ein Ergebnis der Initiative unserer Fraktion. Wir wissen, daß gerade die Kreise der mittel- ständischen Wirtschaft des gesetzlichen Schutzes und der Förderung be- dürfen. Dieses Gesetz konnte mit der maßgeblichen Unterstützung unserer Fraktionsfreunde Schmücker und Stücklen in dieser Weise ver- abschiedet werden. (Beifall.)

Außenpolitik

Ich möchte nun, um das Referat nicht zu lange auszudehnen, nur noch auf die außenpolitische Entwicklung zu sprechen kommen, über die im einzelnen zu berichten ja die besondere Aufgabe unseres Bundeskanzlers und Außenministers sein wird.

Vom ersten Tage an hat sich die Bundestagsfraktion der CDU/CSU zu einer Politik des Friedens und der Verständigung be- kannt. Vom ersten Tage an haben wir auf die Notwendigkeit hingewiesen, den zerrissenen europäischen Kontinent zu einigen. Auch hier sage ich mit allem Nachdruck, daß wir niemals irgendwelche Hinter- gedanken besaßen, als wir diese Politik vertraten. Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß wir, wenn die friedliche Ordnung in der Welt angestrebt wird, mit der friedlichen Ordnung im engeren Lebensbereich beginnen müssen.

Die europäischen Nationen können zwischen den ungeheuren, weit- räumigen Machtgebilden, die die Vergangenheit im Osten und im Westen hervorgebracht hat, nicht mehr bestehen, wenn sie in der selbstgewählten Isolierung beharren. Die abergläubigen Vorstellungen von staatlicher Souveränität als Ausdruck letzter staatsmännischer Klugheit und letz- ter politischer Erkenntnis müssen der Vergangenheit angehören. Länder, die in den Autarkievorstellungen verharren und demgemäß das Gesetz der politischen Unvernunft und der wirtschaftlichen Torheit zur Richtschnur ihres Handelns machen, haben keine Zukunft. Solange wir noch Zoll- und Landesgrenzen zwischen Deutschland und Holland, zwischen Bel- gien und Frankreich, zwischen Luxemburg und Italien kennen, vergeuden wir wertvollste Kraft in einem sinnlosen Widerstreben.

Diese Erkenntnis muß das Handeln eines jeden verantwortungsbewußten Menschen in Europa bestimmen. Hinzu kommt aber, daß wir vom Osten her unter einer lebensgefährlichen Bedrohung stehen, die heute von keinem vernünftigen Menschen mehr bestritten wird. Sollen wir wirklich die Politik der Selbstaufgabe bis zum bitteren Ende betreiben? Wenn uns nicht das Schicksal der Satellitenstaaten in Polen, in der Tschechoslowakei und sonstwo schrecken würde, so sollte es doch das Erlebnis der 18 Mil- lionen Menschen tun, die untrennbar zu uns gehören und die doch nicht mit uns in Freiheit und Frieden leben dürfen.

Zu einer Gemeinschaft der freien Völker haben wir uns bei der Annahme des Grundgesetzes bekannt. Wir sind diesem Grundsatz treu geblieben. Als wenige Monate nach der Errichtung der Deutschen Bundesrepublik die Frage an uns herantrat, ob wir dem Europarat beitreten sollten, war für uns das „Ja“ als Antwort klar. Es blieb dem Sprecher der Opposition, der sich so manches Mal geirrt hat, vorbehalten, damals den Kassandraruf auszustoßen, der Weg nach Europa führe gerade an Europa vorbei.

Wir haben dann als vollberechtigtes Mitglied des Europarates die Verhandlungen über den Schumanplan aufgenommen. Wir haben auch zu diesem Vertrag Ja gesagt, weil wir der Überzeugung waren, daß wahrhaftig der Weltfriede nur durch schöpferische und den drohenden Gefahren angemessene Anstrengungen gesichert werden kann, daß Europa nur durch konkrete Leistungen im Rahmen einer tatsächlichen Verbundenheit und durch die Errichtung gemeinsamer Grundlagen aufgebaut werden kann, und daß die Ausweitung der Grundproduktion zur Hebung des Lebensstandards und zum Fortschritt der Werke des Friedens beitragen wird.

Ich habe hier aus dem Vorspruch des Montanvertrages zitiert, aber dieses Zitat ist nicht vollständig; denn es heißt weiter darin, daß wir an die Stelle der jahrhundertealten Rivalitäten einen Zusammenschluß der wesentlichen Interessen setzen müssen, um den Grundstein für eine weitere und vertiefte Gemeinschaft unter Völkern zu legen, die lange Zeit durch blutige Auseinandersetzungen entzweit waren.

Wenn dieser Vertrag keinen anderen Sinn hätte als den, zu erreichen, daß wir im Herzen des europäischen Kontinents ein für allemal auf die Waffe in der Auseinandersetzung zwischen freien und demokratischem Völkern verzichten, dann allein wäre jeder von uns verpflichtet, diesem Vertrag ohne Einschränkung und mit innerer Überzeugung zuzustimmen. (Beifall.) In dieser Präambel ist das doppelte Ziel, von dem ich sprach, umrissen, nämlich die reichen wirtschaftlichen Möglichkeiten des europäischen Kontinents nicht nebeneinander oder gegeneinander, sondern miteinander auszuschöpfen und der Gemeinschaft der Völker, die sich zusammenschließen, dienstbar zu machen, aber gleichzeitig auch die Voraussetzungen für ein friedliches Nebeneinanderleben zu schaffen, das nicht mehr gestört werden kann.

Ein gerader Weg führt von dort zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Dieser Gemeinschaft ist die Aufgabe gestellt, den Frieden zu sichern, den Frieden unter den beteiligten Völkern und Nationen ebenso wie die Sicherheit dieser Völker gegen einen Angriff von außen. Wir halten es für einen schlechten, ja sogar für einen gefährlichen Weg, nationale Verteidigungskontingente aufzubauen und sie in einer Allianz zusammenzuschließen.

Kein Allianssystem der Vergangenheit war von Bestand; ein jedes war nur der unzulängliche Versuch, entweder einer gemeinsamen Gefahr zu begegnen oder ein gemeinsames machtpolitisches Ziel zu verfolgen. Keine Allianz gab es und wird es geben, die nicht von dem Hegemoniestreben eines der Beteiligten bestimmt ist. Keine Allianz hat länger Bestand, als es dem Unwilligsten unter den Mitgliedern gefällt. Und es gibt keine Allianz in der Vergangenheit und es wird auch in Zukunft keine solche geben, in der nicht nach ihrer Auflösung die Interessen der Mitgliedstaaten hart aufeinander stoßen. Weil es uns um die dauernde Sicherung des Friedens geht, weil wir bewußt neue Wege gehen wollen, glauben wir, daß die überstaatliche Ordnung, wie wir sie in der Montanunion geschaffen haben, der einzig mögliche und der einzig richtige Weg ist, um die europäischen Staaten auf allen Gebieten ihres politischen Wirkens zusammenzuführen.

In dem Artikel 38 des Vertrages über die Verteidigungsgemeinschaft haben die beteiligten Regierungen bereits ausgesprochen, daß eine wirtschaftliche und eine militärische gemeinsame Ordnung auf die Dauer nicht bestehen kann ohne eine politische Ordnung. Es gibt keine wirtschaftliche Entscheidung, die nicht politische Reaktionen auslöst. Noch weniger ist eine militärische Entscheidung in einer Gemeinschaft zu irgendeinem Zeitpunkt und unter irgendwelchen Voraussetzungen denkbar, wenn diese Gemeinschaft diese Entscheidung nicht in sich vorbereitet und gemeinsam trifft. Dieses Erkenntnis hat dazu geführt, daß die sechs Regierungen am

10. September vorigen Jahres der Sonderversammlung in Straßburg die Frage gestellt haben, ob sie bereit sei, die verfassungsmäßige Grundlage für eine politische Ordnung in Europa auszuarbeiten. Die Versammlung hat diesen Auftrag angenommen. Der Verfassungs-Ausschuß der Versammlung, der in meiner Person einem Deutschen den Vorsitz übertragen hat, (Beifall), hat das Projekt ausgearbeitet, das am 10. März in Straßburg mit 55 Stimmen bei 5 Enthaltungen und ohne eine Gegenstimme angenommen wurde.

Zunächst möchte ich mit tiefer Befriedigung feststellen, daß dieser Verfassungsausschuß, in dem die Abgeordneten von 6 Ländern und verschiedener Parteien und Gruppen vertreten waren — nur die deutsche Sozialdemokratie hatte sich freiwillig der Mitarbeit entzogen —, (Pfui-Rufe), in einem Geiste der Freundschaft, des Vertrauens und der Verantwortung gearbeitet hat, der den letzten Zweifelnden hätte überzeugen müssen. Wir alle waren uns darüber einig, daß wir die uns gestellte Aufgabe lösen müssen. Wir waren entschlossen, sie innerhalb der uns gestellten Frist zum Abschluß zu bringen. Daß es uns gelungen ist, ist der hingebungsvollen Arbeit aller Beteiligten zu verdanken, die in diesem Ausschuß eine Atmosphäre der Freundschaft und einen Geist echter europäischer Gesinnung erweckt haben, der sich bewährt hat und der sich in Zukunft bewähren wird.

Gegenüber dem immer wiederholten Vorwand, daß diese Gemeinschaft ein „Kleineuropa“ sei, das andere europäische Staaten von der Mitarbeit ausschließe, genügt der Hinweis darauf, daß wir vom Beginn unserer Arbeiten an diese in enger freundschaftlicher Fühlungnahme mit den Vertretern der anderen Länder durchgeführt haben. Sie alle, insbesondere die Sprecher der drei politischen Parteien Großbritanniens und die Sprecher der skandinavischen Staaten, haben den Entwurf ohne Einschränkung begrüßt und uns beglückwünscht und aufgefordert, auf diesem Wege weiterzugehen. (Beifall.) Unter diesen Umständen noch von einem Kleineuropa oder von dem bewußten Ausschuß anderer arbeitswilliger Kräfte zu sprechen, ist ein Ausdruck entweder einer politischen Unbelehrbarkeit oder einer politischen Unaufrichtigkeit. Wir führen auf diesem Kontinent, in dem wir ein Kerneuropa — nicht ein Kleineuropa — bilden wollen, 155 Millionen Menschen mit ihrem Reichtum an Erfahrungen, mit ihrer Lebenskraft und mit ihrem politischen Willen zusammen. Es wäre naheliegend, einmal die Wirtschaftskraft dieses „Kleineuropas“ mit anderen großräumigen Gebieten zu vergleichen. Unter diesen Umständen noch von „Kleineuropa“ zu sprechen, ist nur der Ausdruck der mangelnden Bereitschaft, sich an diesem Europa zu beteiligen.

Wir haben diese Entwicklung von Beginn an unterstützt. Wir werden in diesem Bundestag und im nächsten Bundestag an der Verwirklichung dieser Ziele weiter arbeiten. Auch von dieser Stelle aus bitte ich die Bundesregierung im Namen der Fraktion, unbeirrbar den Weg zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft weiter voranzugehen und alles zu tun, um aus diesem Plan bald eine reale Wirklichkeit zu schaffen. (Beifall.)

Ich bin davon überzeugt — und Ihr Beifall zeigt es mir —, daß auch der Parteitag dieser Politik die einmütige Zustimmung aussprechen wird und daß der Bundeskanzler als Chef der Regierung von hier weggehen kann mit dem Bewußtsein, daß es das unverrückbare Ziel der Christlich Demokratischen Union ist, das deutsche Volk in einem wahrhaft revolutionären Prozeß der friedlichen Verständigung als freien und gleichberechtigten Partner in die Gemeinschaft der freien Völker Europas einzugliedern. (Lebhafter Beifall.)

Wir wissen, daß wir auf diesem Wege und nur auf diesem Wege auch der Unterstützung aller freien Nationen der westlichen Welt sicher sind. Wir brauchen diese Unterstützung; denn wir allein können die Aufgaben nicht lösen, vor die wir gestellt sind. Wir wollen sie auch nicht allein in

Angriff nehmen; denn es ist unser fester Wille, in Zukunft nur an solchen Entscheidungen teilzunehmen und sie zu fördern und zu unterstützen, die die uneingeschränkte Zustimmung aller Regierungen und aller Völker finden, die mit uns davon überzeugt sind, daß das höchste Gut, das eine staatliche Ordnung den Menschen zu vermitteln vermag, der Frieden ist, daß aber der Frieden auch nur in der Freiheit bestehen kann. (Beifall.)

Ich habe versucht, Ihnen in kurzen Worten einen kleinen Überblick zu vermitteln. Ich nehme nicht in Anspruch, daß dieser Bericht vollständig war. Ich nehme auch für die Fraktion nicht in Anspruch, daß wir in der Vergangenheit alles richtig gemacht haben. Ich bin auch nicht so verwegen, Ihnen zu versprechen, daß wir in Zukunft alles richtig machen werden; aber ich glaube, Ihnen versichern zu können, daß sich die Fraktion der großen Verantwortung bewußt war, die sie nicht nur vor der Partei und ihren Wählern, sondern vor dem gesamten deutschen Volke trägt.

Wir wissen aber auch, daß wir Ihres Vertrauens und Ihrer Unterstützung bedürfen, um unserer Aufgabe auch in Zukunft gerecht zu werden. Ich hoffe und wünsche, daß von diesem Parteitag aus neue Kraftströme ausgehen, die wir in der politischen Tagesarbeit umwandeln wollen in politische Energien. Unsere gemeinsame Arbeit gilt unserem geliebten deutschen Vaterland, das als untrennbarer Teil der freien Welt mitarbeiten will und mitarbeiten muß, um eine echte und beständige Ordnung in Europa zu schaffen, damit dieses Europa mit seiner ungebrochenen Kraft als reife Frucht der neuen Zeit dazu beitragen wird, dem Frieden, der Freiheit und der Gerechtigkeit in der Welt Geltung zu verschaffen. (Starker Beifall.)

Wir wissen aber auch — und lassen Sie mich damit schließen —, daß der stärkste politische Wille und die lauterste politische Überzeugung nicht allein dazu ausreichen werden. Darum erbitte ich auch hier an dieser Stelle den Segen unseres Herrgotts, der unsere Arbeit begleiten und das deutsche Volk in eine bessere Zukunft geleiten möge. (Anhaltender sehr starker Beifall.)

Präsident Scharnberg:

dankte Dr. von Brentano für seinen Arbeitsbericht. Er machte darauf aufmerksam, daß im Hause Sammler sind für die „Konrad-Adenauer-Stiftung“. Es handelt sich hierbei um eine Sammlung für die Ostflüchtlinge. Er erteilte dann das Wort:

Dr. Tillmanns:

Ich bin gebeten worden, als Ergänzung zu meinem Bericht noch folgendes mitzuteilen. Gestern hat im Wahlkreis Leer/Ostfriesland, eine Ersatzwahl für einen verstorbenen Landtagsabgeordneten der SPD stattgefunden. In dieser Wahl haben die Parteien der Bonner Regierungskoalition einen gemeinsamen Kandidaten aufgestellt. Dieser Kandidat hat an Stimmen erhalten 11 678; der Kandidat der SPD 7 303; der Kandidat des BHE 1 728; der Kandidat der KP 308.

Mit dieser Wahl hat zum dritten Mal die SPD bei einer Ersatzwahl in Niedersachsen ein Mandat verloren. (Beifall.)

Präsident Scharnberg

teilte mit, daß in wenigen Minuten der Bundeskanzler eintreffen werde.

Bundeskanzler Dr. Adenauer erscheint im Saal, wo er mit einer langanhaltenden Ovation begrüßt wurde.

Präsident Scharnberg:

Hochverehrter Herr Bundeskanzler! Der Jubel, mit dem Sie soeben hier empfangen worden sind, drückt Ihnen besser aus, als Worte es vermögen, wie dankbar wir Ihnen sind für das, was Sie für unser deutsches Vaterland und für unsere Partei getan haben. (Erneut sehr starker, anhaltender Beifall.)

Einige Worte möchte ich den Delegierten und Gästen sagen über den Empfang, den Ihnen, Herr Bundeskanzler, die Hamburger Bevölkerung gestern bereitet. Man sagt uns so häufig nach, daß wir kühl seien. Sicher ist, daß wir hier im Norden schwer unsere Gefühle zu zeigen vermögen. Wenn aber trotzdem unsere Menschen 5 Stunden lang ausharrten und den langen Weg vom Flughafen bis in die Stadt umsäumten, wenn sie in einen unbeschreiblichen Jubel ausbrachen, die Absperrung der Polizei durchstießen und mit Tüchern winkten und Ihnen zuriefen, wenn das nüchterne Temperament dieser Menschen sich als eine Schale erwies und ihre Herzen Ihnen entgegenschlugen, dann kam damit zum Ausdruck, daß dieses Volk die Tage Ihres Amerikabesuches als das empfunden hat, was sie waren: die Stunde der Befreiung von der Besatzungszeit, daß unser Namen wieder Klang hat und daß wieder Vertrauen in der Welt besteht und wir in dieser Welt des Vertrauens wieder Platz haben. Dafür hat die Hamburger Bevölkerung Ihnen gestern in überzeugender Weise von Herzen gedankt.

Ich bitte Sie nun, Herr Bundeskanzler, das Wort zu ergreifen!

Bundeskanzler Dr. Adenauer:

(Mit langem, stürmischem Beifall begrüßt.)

Meine lieben Parteifreunde! Ich komme erst jetzt zu Ihnen, weil ich mit Rücksicht auf die Pressekonferenz, die ich um 12 Uhr habe, meine Papiere und meine Erinnerungen etwas ordnen mußte. (Heiterkeit.)

Ich sage ausdrücklich: auch meine Erinnerungen; denn diese Tage drüben waren derartig erfüllt und angefüllt, daß wir zu dreien eben versucht haben, an Hand von Notizen das zu rekonstruieren, was sich dort ereignet hat. Ich werde ja die Freude haben, morgen abend vor einem größeren Kreise zu sprechen. Hier in diesem engeren Kreise unter unseren Parteifreunden darf ich folgendes sagen: Ich bin nach drüben gefahren — wie mir drüben auch einmal gesagt wurde — als ein Bote guten Willens. Ich bin in erster Linie hingefahren, um dem amerikanischen Volke und der amerikanischen Administration für all das zu danken, was sie nach dem Zusammenbruch des Krieges am deutschen Volke getan haben. (Starker Beifall.)

Und das, meine Freunde, ist verstanden worden; es ist von dort wieder mit größtem Dank entgegengenommen worden, und zwar von allen Kreisen der Bevölkerung, mit denen ich zusammengetroffen bin. Ich war zweimal in New York, ich war in Washington, in San Franzisko, in Carmel in Kalifornien, in Chicago, in Boston und in Ottawa in Kanada. Und überall, das darf ich Ihnen hier sagen, gilt der deutsche Name wieder etwas. (Starker Beifall.)

Ich habe gestern abend auf dem Empfang, zu dem ich leider wegen der fünfständigen Verspätung erst sehr spät kommen konnte, die Zeremonie eines Tages geschildert, die ich Ihnen auch hier — da ich annehme, daß nur ein Teil der Zuhörer, die gestern dabei waren, hier ist — erzählen möchte. Es war mein offizieller Besuch auf dem Heldenfriedhof von Arlington; ein wunderbares Gelände in der Nähe von Washington, auf dem die alten Soldaten beigesetzt werden. Dort steht auch der Sarkophag des Unbekannten Soldaten. Ich möchte Ihnen nun die Zeremonie im einzelnen erzählen, damit Sie sehen, daß Deutschland wieder etwas gilt.

Es war das erste Mal — leider Gottes —, daß ein aktiver deutscher Kanzler die Vereinigten Staaten besucht hat. Der Bundeskanzler wurde zunächst empfangen mit Salutschüssen. Das hat Herren in meiner Begleitung, die früher aktive Soldaten gewesen sind, das Herz hochgehen lassen. (Heiterkeit.)

Dann empfing mich vor den baulichen Anlagen, die in den Park eingegliedert sind, ein General der amerikanischen Armee und führte mich zu einer Gruppe von drei jungen Fähnrichen der amerikanischen Armee, von denen der mittlere eine deutsche Flagge hielt. Der General und ich salutierten die deutsche Flagge. Dann gingen wir durch die große Anlage zu dem Sarkophag, an dem Abordnungen aller Truppengattungen der Vereinigten Staaten und eine Militärkapelle aufgestellt waren. Die deutsche Fahne wurde hinter mir her getragen bis vor den Sarkophag des Unbekannten Soldaten. Dort salutierten wir wieder, dann stimmte die Militärkapelle das Deutschlandlied an, und nach dem Deutschlandlied spielte sie die amerikanische Nationalhymne. Wir gingen dann in gleicher Weise zurück; die deutsche Fahne wurde wieder hinter mir hergetragen, und zur Abfahrt krachten wieder die Salutschüsse.

Ich hatte danach eine Besprechung mit General Eisenhower. Ich war von dem Ganzen, was ich Ihnen nur mit einigen nüchternen Worten schildern kann — es war auch eine große Volksmenge da —, so im Innersten gepackt, daß ich dem Präsidenten Eisenhower gesagt habe: eine derartige Zeremonie wirkt tiefer und bindet fester als ein beschriebenes Blatt Papier. Und das bejahte er auch.

Ich denke zurück an einen Samstagnachmittag in Kalifornien, wo etwa 800 führende Leute mit dem Gouverneur an der Spitze zu einem Lunch versammelt waren, wo ich eine Rede hielt. Diese Versammlung an einem Samstagnachmittag ist für Kalifornien etwas ganz Unerhörtes. Überall, wo ich auch gewesen bin, namentlich bei den amerikanischen Bürgern deutscher Herkunft, meine Freunde — ich kann es nur nochmals wiederholen —, daß uns Deutschen und der von uns verfolgten und geführten Politik die denkbar größte Wärme und Anerkennung entgegengebracht wurde. (Lebhafter Beifall.)

Der Amerikaner liebt das Tempo, aber der Amerikaner überlegt auch, was er tut und sagt, und wenn eins mich darin bestärkt hat, daß wir mit unserer Politik sowohl im Innern wie nach außen auf dem richtigen Wege sind, dann war es diese Reise durch Amerika. (Starker Beifall.)

Ich weiß nicht, ob hier bei uns in Deutschland die Rede des Präsidenten Eisenhower so genau gelesen und gewürdigt worden ist, wie sie verdient, gelesen und gewürdigt zu werden. Wenn das geschieht, dann werden Sie sehen, daß in dieser Rede Eisenhowers die Fortsetzung dieser Politik als Voraussetzung für die Befriedung der Welt und die Wiedervereinigung Deutschlands betrachtet wird. (Sehr starker Beifall.)

Ich will jetzt keine lange politische Rede halten — obwohl es ja heißt: die Katze läßt das Mäusen nicht —, (Heiterkeit), aber einige Worte möchte ich doch sagen, ohne aggressiv werden zu wollen. Ich wünsche allen denen, die hier in Deutschland unserer Politik diese Schwierigkeiten machen, daß sie hätten dabei sein können, dann würden sie gesehen haben, welche Erfolge diese Politik uns gebracht hat! (Starker Beifall.)

Ich bin dann noch einer Einladung der kanadischen Regierung nach Ottawa gefolgt. Die kanadische Regierung hat schon seit Jahr und Tag Deutschland gegenüber eine äußerst wohlwollende Haltung eingenom-

mén, was wir dankbar anerkennen müssen. Die kanadische Regierung mit ihrem Ministerpräsidenten an der Spitze und den anwesenden Kabinettsmitgliedern — einige Kabinettsmitglieder waren zur UNO-Versammlung in New York — hat immer wieder betont, wie wohlwollend sie uns Deutschen gegenüber sei und wie sehr sie unsere Politik begrüße. Ich habe mit dem kanadischen Ministerpräsidenten auch über die deutsche und die kanadische Außenpolitik gesprochen. Sie wissen ja, daß zur Zeit von den Mitgliedern der Atlantik-Organisation nur Kanada Truppen zur Verteidigung hier in Deutschland stehen hat. Ich habe bei ihm und bei den Mitgliedern seines Kabinetts vollste Anerkennung für alles das gefunden, was wir in Deutschland in diesen Jahren getan haben. (Beifall.)

Ich nehme an, daß die Presse hier vertreten ist. Ich bitte aber die Presse, das, was ich jetzt sage, lieber nicht zu bringen. Die einzige Demonstration gegen mich, die auf der ganzen Reise stattgefunden hat, war in Ottawa — es war mir vorher gesagt worden —, und zwar bestand diese Demonstration in folgendem: 10 Männer trugen stumm und schweigend Schilder vor dem Parlamentsgebäude auf und ab, die mit kommunistischen Inschriften versehen waren. Das letzte Schild in der Reihe hatte eine so schöne Inschrift, daß wir uns veranlaßt sahen, es von einem Fotografen fotografieren zu lassen. Da stand nämlich drauf, sie verlangten „ein freies demokratisches Deutschland“. (Beifall und Heiterkeit.)

Aber, meine lieben Parteifreunde, die Leute waren sehr brav. Dagegen läßt sich nichts sagen. Eines der Kabinettsmitglieder sagte mir nachher, das seien die einzigen Kommunisten, die sie in Kanada hätten. (Erneute Heiterkeit.)

Und nun stehe ich wieder auf heimischem Boden. Ich glaube, wenn man einige Tage hinter sich und die ganzen Eindrücke etwas verarbeitet hat, dann wird man nach dieser Reise mit verstärkter Kraft an die Arbeit herangehen können, die bevorsteht. (Beifall.)

Ich sage Ihnen, meine lieben Parteifreunde, in unserer Hand, in der Hand der Christlich Demokratischen Union und der CSU zusammen mit den beiden anderen Koalitionspartnern, liegt bei den zukünftigen Wahlen in Wahrheit das Schicksal der Welt! (Starker Beifall.)

Wir tragen eine ganz ungeheure Verantwortung. Im Laufe dieser Jahre hat sich die Weltlage so konzentriert, daß die amerikanische Administration in dieser Rede Eisenhowers ihr Aktionsprogramm für die nächsten 4 Jahre festgelegt hat. Dieses Aktionsprogramm — es steht mit klaren und nackten Worten dadrin — hat zum Fundament die Einigung Europas, den Abschluß der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft.

Der Augenblick muß genutzt werden! Jetzt zu sagen, in diesem Vertrag paßt mir dieser und jener Artikel nicht, deswegen wollen wir neu verhandeln, — das heißt die geschichtliche Größe dieser Stunde aber auch absolut verkennen! (Starker Beifall.)

Ich will nicht bitter werden und mich sehr mäßigen, aber die Nachwelt, meine Freunde, wird einmal darüber das Urteil fällen, ob sich in der Bundesrepublik Deutschland in diesem historischen Jahre 1953 die Männer und Frauen zusammenfanden, die erkannt haben, was die Uhr geschlagen hat, die erkannt haben, daß Deutschland jetzt tatsächlich im Mittelpunkt des Weltgeschehens steht und daß es von uns abhängen wird, ob die Welt Frieden bekommt, ob wir eine Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit bekommen oder ob wir es nicht bekommen.

Meine Freunde! Sternstunden der Menschheit sind nur einmal da. Wenn man sie ungenutzt verstreichen läßt, kehren sie nicht wieder!

Darum wollen wir von der Christlich Demokratischen Union, getreu der Überzeugung, die wir haben, getreu der Politik, die wir bisher befolgt haben, fortschreiten auf dem Weg, der — das ist meine felsenfeste Überzeugung, die durch meinen Aufenthalt drüben noch befestigt worden ist — der Welt und uns Frieden und Freiheit bringen wird.

(Stürmischer Beifall, in immer neue Ovationen übergehend.)

Präsident Scharnberg:

Herr Bundeskanzler! Wir wissen, daß die Politik, die von der CDU unter Ihrer Führung gemacht wird, richtig ist. Das große Verdienst Ihrer Reise liegt darin, daß nun auch das deutsche Volk begreift, was vorgeht. Daß diese Reise ein persönlicher Erfolg von Ihnen ist, hat Ihnen aufs deutlichste der Verlauf dieser Reise gezeigt. Daß Sie nun diese Anerkennung erleben konnten, das ist unsere herzliche Freude. (Beifall.)

Begrüßung

Präsident Scharnberg:

Lassen Sie uns entsprechend dem, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat, an die Arbeit gehen! Ich möchte nun weiter fortfahren in der Tagesordnung und Ihnen Kenntnis von zwei Telegrammen geben, die noch eingetroffen sind, und zwar ein Telegramm von der Internationale Social-Chrétiens und ein Telegramm: „Dem Parteitag vollen Erfolg wünschend, unserem Konrad Adenauer Dank, mit Unionsgruß, Mecklenburger Freunde.“ (Beifall.)

Ich möchte heute weiter folgende ausländische Freunde begrüßen:

von Belgien: M. Jozef Deschuyffseier, Viceprésident du Parti Social Chrétien, M. Jan de Spot, Membre du Comité National, M. Rik Vermeire, Secrétaire National du Parti Social Chrétien; (Beifall)

von Frankreich: M. Barthélemy Ott, Ancien Sénateur de la Seine, (Beifall)

von Holland: Prof. Dr. L. G. Schlichting, Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses der Katholischen Volkspartei, Dr. I. W. van den Pool, Sekretär der KVP, (Beifall)

von Österreich: Dr. Maleta, Generalsekretär der ÖVP, Staatsrat Eckert, ÖVP; (Beifall)

von der Schweiz: Dr. M. Rosenberg, Generalsekretär der Schweizerischen Konservativen Volkspartei, (Beifall).

Das Wort hat nunmehr von der CSU

Franz Josef Strauß (M.d.B.):

Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich glaube auch heuer, nun zum dritten Male, als Beauftragter und Bevollmächtigter der Christlich Sozialen Union sagen zu dürfen: Liebe Parteifreunde! (Beifall.)

In Vertretung des Landesvorsitzenden der Christlich Sozialen Union habe ich Ihnen die herzlichsten Grüße des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Ehard und Landesvorsitzenden der CSU zu Ihrem Parteitag zu überbringen und unsere enge Verbindung zwischen CSU und CDU zum Ausdruck zu bringen.

Ich hatte im Laufe der letzten Wochen persönlich Gelegenheit, festzustellen, wie sehr man es drüben in den USA versteht, Höflichkeit und Begeisterung gegenüber europäischen Politikern je nach der politischen Lage zu nuancieren. Bei unseren Eindrücken, die wir gewonnen haben — gleichzeitig mit dem Besuch der französischen Staatsmänner —, glaube ich Ihnen sagen zu dürfen, daß sie alle Nuancierungen über den Haufen geworfen

haben, weil es so etwas in Amerika gegenüber einem Deutschen noch nicht gegeben hat.

Wir von der Christlich Sozialen Union sind keine Koalitionspartei, sondern — lassen Sie mich das ohne allzu großen Ernst sagen — wir sind das, was die CDU wäre oder sein müßte, wenn sie in Bayern gegründet worden wäre. (Lebhafte Heiterkeit.)

Seit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU im Februar 1947, seit der Einrichtung des Frankfurter Wirtschaftsrates im gleichen Jahr und besonders seit dem Zusammentreten des Deutschen Bundestages im September 1949 sind wir in einer engen Arbeits- und Kampfgemeinschaft zu einer Einheit, zu einem Begriff politischer Stabilität, politischer Arbeit und politischen Erfolges in Deutschland geworden. (Beifall.)

Wir haben in diesen Jahren gemeinsam gearbeitet unter Ihrer politischen Führung, Herr Bundeskanzler, um den Wiederaufbau, die Einheit, die Freiheit und in den Tagen, wo es noch nicht so populär war wie heuer, um die Sicherung unseres Vaterlandes. Wir haben bahnbrechend gearbeitet für die Vereinigung Europas, dessen letzte geschichtliche Chance uns heute gekommen zu sein scheint, „letzte“ im wahrsten Sinne des Wortes und mit der Verantwortung, die dieses Wort für uns bedeutet.

Wir haben gearbeitet für ein neues geistiges, politisches und soziales Fundament, indem wir uns bemüht haben, die Grundlehren und Grundwerte unserer christlichen Lebenshaltung ins Politische umzusetzen. Wir sind uns im klaren darüber, wie begrenzt menschliches Stückwerk gerade auf diesem Gebiete ist.

Was bei dieser Arbeit der CDU und CSU erreicht worden ist, das wird objektiver und klarer außerhalb der deutschen Grenzen gesehen. Es wird unsere Aufgabe in den nächsten Monaten vor den Wahlen sein, dafür zu sorgen, daß das, was in Ausland klar und unzweideutig gesehen wird, auch im Inland klar gesehen und anerkannt wird. (Beifall.)

Christlich Demokratische Union und Christlich Soziale Union gehen jetzt gemeinsam in die Entscheidung des Jahres 1953, von dem wir ebenso wissen wie spüren, daß es ein Jahrgeschichtlicher Bedeutung werden wird. In der Hand des Wählers wird es heuer liegen, wie diese Entscheidung ausfallen wird; lassen Sie mich humorvoll sagen, in der Hand des Wählers beinahe noch mehr als in den Wahlrechtsbemühungen meines Freundes Scharnberg. (Heiterkeit.)

Wenn es uns gelungen ist, durch unsere gemeinsame Arbeit einen festen Block des Vertrauens im deutschen Volke zu schaffen und einen klaren politischen Weg mit klaren Zielen aufzuzeigen, dann muß es uns auch in den nächsten Jahren gelingen, unsere gemeinsame große Sorge — die gestern so anschaulich unser Bundestagspräsident zum Ausdruck gebracht hat —, zu überwinden, nämlich dem deutschen Volke den Unheilweg der Parteizersplitterung und der Verwirrung der Geister zu ersparen.

Hoffen wir auf das Wunder, daß in Deutschland allgemein — und ich sage anspruchsvoll: nach dem Beispiel, das CDU und CSU gegeben haben — echte politische Verantwortung in Zukunft vor parteipolitische Nützlichkeitsabwägungen und Popularitätseffekte gestellt werden wird. (Beifall.)

Wir gehen gemeinsam an die Arbeit nach den Wahlen, deren Ergebnis — gerade angesichts der zahlreichen umlaufenden, wenn auch noch so unsinnigen Gerüchte — für uns kein Spekulationsobjekt der Koalitionsparteien ist. Wir gehen an die Arbeit nach den Wahlen unter einer ganz klaren Parole: so stark aus den Wahlen hervorzugehen, daß CDU und CSU gemeinsam den Gang der deutschen Politik weiter bestimmen können.

Wir bitten aber auch, meine lieben Parteifreunde von der CDU, um Ihre Hilfe in einem großen Anliegen. Ich sage es hier in Hamburg mit weniger Herzklopfen, als ich es vielleicht anderswo gesagt hätte. Es ist das Anliegen, daß der Föderalismus das tragende staatspolitische Prinzip der Bundesrepublik bleibt und daß er hoffentlich bald das Prinzip des vereinigten Deutschlands werden möge. (Beifall.)

Der staatliche Aufbau Deutschlands darf nicht vom Standpunkt mathematischer oder rationaler Zweckmäßigkeit her gesehen werden, sondern von der Eigenart und Vielgestaltigkeit der deutschen Landschaft, von dem kulturellen Reichtum ihrer Stämme her und im Lichte der geschichtlichen Erfahrungen, die gerade uns Deutschen so bittere Lehren gegeben haben. Es soll ein sinnvoller und realer Föderalismus sein. Ich betone diese beiden Worte. Ein sinnvoller und realer Föderalismus ist das stärkste Band der deutschen Einheit und der deutschen Stärke auf unserem schweren Wege.

Wir brauchen dazu die Unterstützung unseres „Großen Bruders“. — Ich könnte mir als ehemaliger Karl-May-Leser vorstellen, daß Ihnen ein solcher Beiname, Herr Bundeskanzler, auf Ihrer Amerikareise, wenn Sie ein Indianerreservoir besucht hätten, hätte gegeben werden können. (Lebhafte Heiterkeit.)

Für dieses Prinzip und für seine Durchsetzung brauchen wir die Hilfe unseres großen Bruders — ich meine die CDU —, um die ich Sie namens und im Auftrage meiner ganzen Partei herzlich bitten darf.

In diesem Geiste der Union — die ein Begriff in Deutschland geworden ist —, in der Verbundenheit schwerer Arbeits- und Kampffahre, in dem Stolz, dem deutsche Volke durch unsere gemeinsame Arbeit eine neue Hoffnung und Zukunft gegeben zu haben, wollen wir an die kommenden Entscheidungen im neuen Bundestag herangehen.

Wir haben das Vertrauen und die Überzeugung, daß ohne und gegen uns, ohne und gegen diesen christlich-demokratischen und christlich-sozialen Block in Deutschland nicht mehr regiert werden kann.

Mit dem Ausdruck des Dankes gegenüber dem Bundesvorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Adenauer, für seine Arbeit und seine geschichtlichen Verdienste um Deutschland und Europa wünsche ich im Namen der CSU dem Bundesparteitag der CDU vollen Erfolg. Wir wünschen — und darum beten wir gemeinsam, daß dieser Parteitag der Anfang des Sieges in der deutschen und europäischen Entscheidung des Jahres 1953 werden möge. (Starker Beifall.)

Präsident Scharnberg:

Es spricht nunmehr für unsere Freunde aus dem Saargebiet

Frank (Saargebiet): (Mit starkem Beifall begrüßt)

Lassen Sie mich Ihnen für die Einladung zur Teilnahme am 4. Bundesparteitag der CDU danken und Ihnen die Grüße all der deutschen Menschen an der Saar überbringen, die sich mit Ihnen verbunden fühlen. (Beifall.) Wir sind dieser Einladung besonders gerne gefolgt, weil wir keine Gelegenheit versäumen wollen und auch nicht dürfen, mit Ihnen die Probleme zu erörtern, die Ihnen und uns am Herzen liegen und einer Lösung bedürfen.

Seit dem letzten Bundesparteitag in Berlin haben an der Saar Wahlen stattgefunden, an denen die CDU nicht teilnehmen durfte, weil die Saarregierung seit mehr als 1¼ Jahr es verabsäumt hat, die CDU an der Saar zuzulassen. (Pfui-Rufe.)

Sie weiß wohl, was eine Zulassung für sie bedeutet hätte oder bedeuten würde. Überall hat man an diesen Wahlen Anteil genommen, aber nicht

überall hat man das Ergebnis und sein Zustandekommen objektiv beurteilt. Wer aber ist berufener als wir, die wir an der Saar leben und arbeiten, das Ergebnis dieser Wahlen zu beurteilen. Vor den Wahlen hat man den Wählern eingeredet — übrigens genau nach dem Rezept von 1947 —, daß ihre Stimmabgabe einen rein innenpolitischen Charakter trüge und keinerlei endgültige schicksalhafte Bedeutung hätte. Nach den Wahlen aber haben Saarbrücker Regierungsstellen und sonstige interessierte Kreise das Wahlergebnis umgefälscht in eine Absage gegenüber Deutschland! (Erneute Pfui-Rufe.)

Niemand, der die Wahl und die vorhergehenden Wochen und Monate nicht unmittelbar miterlebt hat, vermag sich ein Bild darüber zu machen, in welcher großen Verwirrung die Saarbevölkerung zur Wahlurne gegangen ist. Eine einseitige und unwahre Propaganda hat der Bevölkerung eingebläut, daß eine Änderung des derzeitigen Zustandes Hunger, Not, Verelendung und Arbeitslosigkeit für die schaffenden Menschen an der Saar bedeuten würde.

Die Hirtenworte der Bischöfe von Trier und Speyer kamen nicht zur Verteilung und durften auch nicht irgendwie verlesen werden. Ja, man scheute nicht davor zurück, einen Wahlauf Ruf des Papstes aus früheren Jahren an die italienische Bevölkerung propagandistisch so zu mißbrauchen, daß in Kreisen der einfachen Bevölkerung der Eindruck entstehen mußte, es sei für sie eine Pflicht des christlichen Gewissens, positiv, d. h. Herrn Hoffmann, zu wählen.

Wer von Ihnen in diesem Saale etwa noch glauben sollte, daß es doch eine demokratische Wahl gewesen wäre, dem darf ich folgendes anführen: Ein Lehrer, der den Hirtenbrief seines Bischofs abgeschrieben und am Kirchenportal verteilt hatte, wurde von seinem Amte suspendiert, und er ist bis zum heutigen Tage noch suspendiert. (Hört-Hört- und Pfui-Rufe.) Nicht suspendiert, aber dagegen amnestiert wurden vier Polizeibeamte der Saarregierung. Was weiten Kreisen, insbesondere aber auch im Saargebiet selbst noch unbekannt geblieben ist, möchte ich heute vor aller Öffentlichkeit feststellen: Diese 4 Polizeibeamten waren am Morgen des 20. Novembers an der Besetzung des Gewerkschaftshauses in Saarbrücken aus Anlaß der Absetzung des Gewerkschaftsvorsitzenden Paul Kutsch beteiligt. Am Abend des gleichen Tages drangen diese Polizeibeamten in die Wohnung eines oppositionellen Stadtratsmitgliedes ein, randalierten dort und nahmen einige dort liegende Flugblätter mit. Sie wissen es vielleicht aus der Tagespresse, daß der Wohnungsinhaber, ein alter, angesehener Saarbrücker Bürger, wenige Stunden danach verstarb.

Es ließe sich noch mehr sagen, aber diese beiden Beispiele mögen Ihnen beweisen, wie es um die Freiheit vor, während und nach der Wahl bei uns im Saargebiet bestellt war.

Ich möchte aber im Rahmen meiner kurzen Ansprache nicht nur kritisieren, sondern auch einen Vorschlag zu unserer heiklen Lage an der Saar machen. Ich erlaube mir daher, Ihnen zu sagen, es wird zwischen Deutschland und Frankreich keine Saarfrage mehr geben, wenn die Bevölkerung Gelegenheit hat, ihre Meinung über ihr künftiges Schicksal ohne Bevormundung wahrhaft frei zu bilden und zu äußern. (Beifall.) Das wäre wahrhaft europäisch, demokratisch und christlich! (Beifall.)

Wir können uns schlecht vorstellen, daß im Osten Deutschlands jemals freie Wahlen möglich sein sollten, wenn sich die Völker der westlichen Gemeinschaft untereinander nicht über die Gewährung der Meinungsfreiheit für die Saarbevölkerung einigen können. (Lebhafter Beifall.)

Wer also freie Wahlen zu verhindern trachtet, versündigt sich an Europa, versündigt sich an den Grundsätzen der Demokratie und versündigt sich gegenüber dem Herrgott, weil er den Menschen entwürdigt!

Die zwischen Deutschland und Frankreich zu klärenden Wirtschaftsfragen können nach unserer Auffassung in allseitig befriedigender Form in internationalen Verträgen geregelt werden, wenn man allseits guten Willens ist. In diesem Sinne glauben wir, daß es den Bemühungen unseres verehrten Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer gelingen möge, uns an der Saar die bisher vorenthaltenen demokratischen und politischen Freiheiten zu erwirken. (Beifall.)

Damit wären nicht zuletzt die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß Frankreich und Deutschland in Freundschaft gemeinsam mit den übrigen Völkern der westlichen Welt einer glücklicheren Zukunft in einem vereinten Europa entgegensehen könnten. In diesem Sinne wünschen wir von der Saar Ihnen einen erfolgreichen Verlauf des 4. Bundesparteitages der CDU. (Beifall.)

Präsident Scharnberg

erteilt das Wort dem Generalsekretär der Schweizerischen Konservativen Volkspartei, zugleich für die Internationale Union Christlicher Demokraten der NEI,

Dr. Rosenberg (Schweiz): (Mit Beifall begrüßt)

Sie werden erstaunt sein und es vielleicht komisch finden, wenn ich Ihnen sage, daß der Schweizer Delegierte über Paris nach Hamburg gekommen ist. Das ist aber der einzige Grund — und deswegen mußte ich ihn anführen — dafür, daß ich als erster der ausländischen Gäste hier zu Wort komme. Ich habe den ehrenvollen Auftrag, Ihnen die Grüße des Präsidenten und des Direktionskomitees der Christlich-Demokratischen Internationalen Union zu überbringen. (Beifall.)

Diese Christlich-Demokratische Internationale hatte am Freitag und Samstag in Paris eine sehr erfolgreich verlaufene Sitzung. Sie hat Stellung genommen zu der neuesten internationalen Entwicklung. Der Herr Präsident läßt sich entschuldigen; er bedauert sehr, nicht hier sein zu können.

Die gefaßte Entscheidung hat insofern eine Bedeutung, als sie ganz in die Linie paßt, die in Deutschland von Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer verfolgt worden ist. Ich habe gesagt, die Christlich-Demokratische Internationale hat Stellung genommen zur neuesten Entwicklung in der internationalen Lage. Darunter verstehen wir die Schwenkung in der russischen Politik und die Stellungnahme, die Herr Präsident Eisenhower dazu genommen hat.

Die Internationale unserer Richtung hat festgestellt, daß die Schwenkung in der internationalen Politik wesentlich beeinflusst ist durch die Erstarkung des Westens, und daß es dementsprechend folgerichtig ist, an dieser Erstarkung des Westens weiter zu arbeiten. (Beifall.)

Die Christlich-Demokratische Internationale hält nach wie vor daran fest, daß der Friedenswille bekundet werden muß, indem man den unterdrückten europäischen Völkern die Freiheit und die Möglichkeit der Selbstentscheidung zurückgibt. Dieser Friedenswille wird dadurch bekundet, daß man zu einer vernünftigen Ordnung auf der ganzen Welt die Hand bietet, weil der Friede der Welt unteilbar ist. Man kann nicht an einem Ende der Welt Krieg führen und am anderen Ende der Welt den Frieden offerieren.

Ich habe auch den Auftrag, im Namen des Direktionskomitees dem Herrn Bundeskanzler Adenauer die herzlichsten Glückwünsche zu seinem ungeheuer großen Erfolg seiner Amerikareise zu überbringen. (Beifall.) Man hat in Paris einmütig festgestellt, daß dieser Erfolg die Frucht seiner unermüdlichen Arbeit ist, die Bundeskanzler Adenauer heute zu einem der „Großen Drei“ Kontinentaleuropas gemacht hat. (Beifall.)

Ich darf Ihnen, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, aber auch versichern, wie sehr das neutrale Ausland Ihre Arbeit, Ihren Einsatz und Ihren Erfolg bewundert. Wenn man heute von einem Wunder Deutschlands spricht, so ist dieses Wunder Ihr Verdienst und das Werk Ihrer Regierung. (Starker Beifall.)

Sie dürfen den Erfolg um so mehr beanspruchen, weil man den Mißerfolg auch auf die CDU verbucht hätte, wenn die Prophezeiungen der Opposition in Erfüllung gegangen wären. Der Erfolg der Regierung Adenauer und der CDU in Deutschland ist so offensichtlich, daß jeder, der das sehen will, es zugeben muß. Wer hätte vor sieben Jahren daran gedacht, daß der deutsche Bundeskanzler im Jahre 1953 als einer der großen Fürsprecher Europas nach den Vereinigten Staaten gehen und dort empfangen würde, wie Bundeskanzler Adenauer empfangen worden ist?!

Gestatten Sie mir noch zum Schluß ein kurzes Wort als Delegierter der Schweizerischen Konservativen Volkspartei. Ich habe Ihnen von allen Seiten recht herzliche Grüße aus der Schweiz zu überbringen. (Beifall.) Ich habe Ihnen vor allem zu sagen, wie sehr man sich auch in der Schweiz bewußt ist, welche ungeheure Bedeutung die kommenden Wahlen für Deutschland, für Europa und für die Welt haben werden.

Wenn die Vernunft entscheidet, dann sind die Wahlen in Deutschland im Jahre 1953 bereits entschieden. Ihre Aufgabe, meine sehr verehrten Anwesenden, ist es, durch Ihre Hingabe an eine große Idee und durch Ihren restlosen Einsatz nach dem bewunderungswürdigen Vorbild Ihres Kanzlers der Vernunft zum Durchbruch zu verhelfen!

Weil der deutsche Wahltag ein Schicksalstag Europas ist, schließe ich mit der schönen und inhaltsreichen Grußformel, die von jeher und auch heute noch üblich ist im Verkehr zwischen der Schweizer Bundesregierung und den kantonalen Regierungen; sie lautet: Wir empfehlen Sie samt uns dem Machtschutze Gottes! (Starker Beifall.)

Ott (Frankreich): (Mit starkem Beifall begrüßt.)

Es ist für mich wiederum eine große Ehre und eine große Freude zugleich, der Parteitagung der CDU Deutschlands beizuwohnen und Sie im Namen der französischen MRP begrüßen zu dürfen. Die Nähe der Kommunalwahlen in Frankreich haben manchen unserer MRP-Parteifreunde daran gehindert, unsere Bewegung bei dieser Tagung zu vertreten. Es ist für mich eine wichtige Aufgabe, sie bei Ihnen zu entschuldigen und ihre Grüße Ihnen zu überbringen.

Schon zweimal ist mir die Ehre zuteil geworden, einer Tagung der CDU beizuwohnen. Ich habe mit jeder Tagung der CDU den Wiederaufstieg und den Wiederaufbau Deutschlands mit Freude feststellen können. (Beifall.)

Wenn Sie die schöne und mächtige Stadt Hamburg bewundern, so können Sie an dem Bild dieser Stadt die Fortschritte messen, welche nach dem Ende des zweiten Weltkrieges schon in Deutschland gemacht worden sind. Das scheint ein glückliches Zeichen für die europäische Zukunft zu sein, denn ich beteuere es, und das scheint vielleicht einige meiner Zuhörer in Staunen zu versetzen, wenn ein solches Wort aus dem Munde eines echten Franzosen kommt — mit Kraft: ohne ein starkes und wieder aufblühendes Deutschland ist Europa ebenso undenkbar wie ohne ein starkes und blühendes Frankreich! (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Mir ist wohl bekannt, daß trotz unserer ehrlichen Bemühungen, eine echte und loyale Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland herzustellen, politische Schwierigkeiten und Hintergedanken fortbestehen, über welche wir aber unter allen Umständen hinweggehen sollen

und müssen. Es ist hier nicht am Platze, in Einzelerörterungen dieser Frage einzugehen, es sei mir aber vergönnt, mit ein paar Worten einige Mißverständnisse und unbegründete Befürchtungen womöglich zu verscheuchen.

Als mein großer und verehrter Parteifreund, Herr Robert Schuman, freiwillig aus der Regierung austrat, um die Bildung des Kabinetts nicht unmöglich zu machen — damals war die politische Lage in Frankreich dergestalt, daß es nur ein Mittel gab, die europäische Politik zu retten, und dieses Mittel war sein freiwilliger Rücktritt —, hat sich überall das Gerücht verbreitet, der außenpolitische Kurs Frankreichs sei jetzt verändert. Ohne Ihnen politische Staatsgeheimnisse — die ich übrigens überhaupt nicht kenne — mitteilen zu wollen, habe ich sehr wichtige und sehr triftige Gründe, Ihnen die Versicherung zu geben, daß diese Gerüchte völlig unbegründet sind. (Beifall.)

Trotz der Verleumdungen wird der Tag kommen, wo sich vor aller Augen die Wahrheit offenbart. Die Gelegenheit wird sich gleich finden, wo auch der gute europäische Wille Frankreichs zutage tritt. (Beifall.)

Es sei mir auch vergönnt, zu sagen, daß der hochgeehrte Bundeskanzler Adenauer eine große Wahrheit ausgesprochen hat, als er vor einigen Tagen im Laufe seiner Amerika-reise vor amerikanischen Zuhörern beteuerte, daß er gewiß sei, daß die Mehrheit des französischen Volkes den echten Willen habe, sich mit den Deutschen ehrlich zu versöhnen. (Lebhafter Beifall.) Ich bin hierhin gekommen, *meine Damen und Herren*, um Ihnen dieses Wort zu bestätigen. (Beifall.)

Der Kampf gegen Vorurteile und böse Erinnerungen an schlimme Zeiten, gegen nationalistischen Dünkel und gegen die Dummheit ist ein harter Kampf! (Starker Beifall.) Die Gegner sind hartnäckig und unerbittlich, aber die Kämpfer für eine bessere Zukunft sind ebenso hartnäckig und willensfest.

Ich möchte zum Schluß an ein einfaches, aber göttliches Wort ermahnen, das unser sittliches Leben beherrscht: Friede sei auf Erden für diejenigen, die guten Willens sind! (Sehr starker Beifall.) Da wir auf beiden Seiten guten Willens sein wollen, so dürfen wir nicht daran zweifeln, daß der echte und schöne Friede der Herzen eines Tages uns gehört. (Starker Beifall.)

(Herr Ott geht zum Bundeskanzler Dr. Adenauer und gibt ihm die Hand, was bei der Versammlung langanhaltenden brausenden Beifall hervorruft.)

Präsident Scharnberg:

Der Herr Bundeskanzler muß uns leider verlassen, weil er eine Pressekonferenz angesetzt hat. Ich möchte ihm nochmals von Herzen danken, daß er zu uns gekommen ist und zu uns gesprochen hat. (Starker Beifall.)

Das Wort hat nun von der Christlich Sozialen Partei Belgiens

Jan de Spot (Belgien): (Mit Beifall begrüßt)

Vor einigen Tagen hat die freie Welt — wozu unsere beiden Völker gehören — zum ersten Mal seit vielen Jahren die Stimme eines Menschen gehört, dem es gelungen ist, dem Verlangen und der Hoffnung von uns allen mit einigen einfachen Worten Ausdruck zu geben. Es war die Stimme des Präsidenten Eisenhower, der in seiner Rede am Donnerstag vor dem amerikanischen Rundfunk seinen Friedensplan entwickelte und die Sowjetunion zu einer konstruktiven Zusammenarbeit einlud.

Als Vertreter einer kleinen Nation, welche zweimal in der neueren Geschichte in einen ihr aufgezwungenen Weltkrieg verwickelt wurde, und als Vertreter Ihrer Schwesterpartei, der Christlichen Volkspartei Belgiens, möchte ich Ihnen beim Übermitteln der herzlichsten Grüße Ihrer belgischen Freunde mit der ganzen Kraft unserer Überzeugung sagen, welch

hohe Hoffnung wir in diesem historischen Augenblick auf unsere Freunde der Christlich Demokratischen Union Deutschlands setzen. (Beifall.)

Sie vertreten zwei Grundsätze, auf denen der Friede und die Zukunft Europas gebaut werden können und müssen. Sie vertreten erstens den christlich-sozialen Gedanken, der das einzige Band ist, welches die Völker unseres alten Kontinents in einer gemeinsamen Weltanschauung verbinden kann. Vor einigen Jahren hat ein führender sozialdemokratischer Staatsmann gesagt: Europa wird sozialistisch sein, oder es wird nicht sein! In dem Augenblick, wo das geeinte Europa eine Wirklichkeit wird, hat sich erwiesen, daß alle Schöpfer dieses Europas — Konrad Adenauer in Deutschland, Bidault in Frankreich, de Gasperi in Italien, Beck in Luxemburg, van den Brink in Holland und van Zeeland in Belgien — christlich-soziale Politiker sind. (Beifall.)

Sie vertreten zweitens eine große Nation. Wir kleinen Länder können bei der Schaffung einer endgültigen internationalen Ordnung Hilfe leisten und unseren Beitrag liefern, aber Sie als große Nation, welche so oft die Geschichte gemacht hat, haben die entscheidende Rolle zu spielen und die schwerste Verantwortung zu tragen.

Es wird in den kommenden Monaten von der CDU abhängen, ob Deutschland diese Rolle — der es sich nach den heutigen Umständen nicht mehr entziehen kann — spielen wird. Seien Sie davon überzeugt, daß nicht nur wir in Belgien, sondern die ganze freie Welt Ihren Kampf um die Aufrechterhaltung eines Deutschlands, wie Sie es gebildet haben, mit leidenschaftlichem Interesse verfolgen werden.

Möge der Allmächtige Ihre Arbeit segnen und lohnen! Ihre Freunde aus der belgischen Christlichen Volkspartei stehen in Gedanken und mit ganzem Herzen an Ihrer Seite! (Starker Beifall.)

Präsident Scharnberg

erteilte das Wort dem Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses der Katholischen Volkspartei Hollands,

Professor Dr. Schlichting (Holland): (Mit Beifall begrüßt)

Es ist für mich ein großes Vorrecht, an Ihrer Tagung teilnehmen zu dürfen und Ihnen im Namen der Schwesterpartei Hollands den besten Erfolg zu wünschen. Wir nehmen sehr lebhaften Anteil an Ihrer Arbeit als Träger der christlichen Demokratie in Deutschland und in der Welt. Vor einem halben Jahr erschien — herausgegeben von der katholischen amerikanischen Notre-Dame-Universität — ein Buch über die christliche Demokratie in Frankreich und Italien, in dem die christliche Demokratie als die verheißungsvollste Erscheinung in Europa nach dem Kriege bezeichnet wurde. Das gilt in noch stärkerem Maße für Ihre Partei als Trägerin derselben christlichen Demokratie in Deutschland, die vor eine noch schwerere Aufgabe gestellt war.

Es ist schon nicht mehr nur Verheißung, sondern die christliche Demokratie ist in der Verwirklichung begriffen. Das gilt insbesondere für die Friedensordnung und die europäische Einigung. Auf diesem Gebiet hat die christliche Demokratie in Deutschland eine Politik gestaltet, die heute ein starkes und tragendes Element in der Neuordnung unserer Welt geworden ist.

Es ist mir aufgefallen, daß in der gestrigen Rede des Herrn Bundestagspräsidenten die Politik Ihrer Partei entsagungsvoll und wagemutig genannt worden ist, — d. h. also, Sie haben nicht den leichtesten Weg gewählt; Sie haben die billigen Mittel verschmäht. Gerade deswegen wird Ihnen heute

— das ist erstaunlich —, wenige Jahre nach dem Kriege, von dem benachbarten Ausland nicht nur Sympathie erwiesen, sondern auch Bewunderung gezollt. (Beifall.)

Gestatten Sie mir noch ein paar persönliche Worte hinzuzufügen, persönlich nicht in dem Sinne, daß ich diese Worte in erster Linie an den Herrn Bundeskanzler richten möchte; denn ich denke nicht daran, zwischen ihm und seiner Partei unterscheiden zu wollen, sondern persönlich von mir aus als Student und Dozent der viel umzweifelten politischen Wissenschaft. Ich möchte nämlich das anerkennen, was Ihre Partei und besonders Ihr Herr Bundeskanzler durch die großzügige politische Führung und den Anteil, den Sie an der europäischen Neugestaltung genommen haben, zur Ehrenrettung, zur Rehabilitierung der Politik überhaupt als Objekt unseres Studiums beigetragen haben. (Beifall.)

Es gibt heutzutage überall einen landläufigen Skeptizismus und Zynismus, was man vielleicht einen reflektierten, einen sozusagen passiven Machiavellismus nennen könnte, einen Machiavellismus nicht der Regierenden, sondern der Regierten, die da von der Politik, von ihrer Regierung nichts anderes mehr erwarten als eine schlechte Geschicklichkeit, als ob Politik nicht gerecht sein könne, ohne auch schwach zu sein, und nicht gewissenhaft, ohne naiv zu sein.

Wenn nun von Mut und Entsagung gesprochen wird, dann tritt uns ein ganz anderes Bild der Politik vor Augen. Ich möchte feststellen, daß es in der Nachkriegszeit gerade das staatsmännische Wirken des Bundeskanzlers Adenauer gewesen ist, das der Politik in der erschütterten Welt nach dem Kriege im allgemeinen wieder eine ehrenhafte Gestalt gegeben hat. (Beifall.)

Er hat gezeigt, daß Politik gewissenhaft und kunstgerecht zugleich sein kann. Damit ist die Verbindung hergestellt zwischen der antiken und altchristlichen Auffassung von der Politik als Tugend und der neuzeitlichen Auffassung von der Politik als Kunst. Diese Auffassungen hat man so oft gegenübergestellt, aber sie bedingen vielleicht einander.

Das soll Ihnen sagen, mit welcher großen Freude und mit welchem Interesse ich an Ihrer Tagung teilnehme. Ich darf Ihnen die herzlichsten Wünsche im Namen Ihrer niederländischen Schwesterpartei aussprechen, die Sie auf Ihrer Tagung begleiten. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Scharnberg:

Zum Abschluß der Begrüßungen durch die ausländischen Gäste darf ich mit besonderer Freude den Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei bitten, das Wort zu ergreifen.

Dr. Maleta (Österreich): (Mit starkem Beifall begrüßt)

Ich darf wohl sagen: Liebe Freunde! Es ist ein symbolischer Brauch, aber von realistischer Außenwirkung, daß wir zu den Parteitagen der Christlich-Demokratischen Parteien Europas die ausländischen Freunde einladen.

Es ist wohl so, daß dieses Europa sein Schicksal nicht wird gestalten und meistern können, wenn wir uns damit begnügen, allein die materiellen, finanziellen und technischen Voraussetzungen zu schaffen. Im Kampf der Geister kann nur die Kraft einer Ideologie Widerstand leisten. Und wer sollte mehr dazu berufen sein als wir christlichen Demokraten aller europäischen Staaten, die sich verbunden fühlen im gemeinsamen Bekenntnis zu den sittlichen Werten unseres christlichen und abendländischen Kulturgutes. (Beifall.)

Deshalb, liebe Freunde, bin ich darüber glücklich, daß ich Ihnen die Grüße der Österreichischen Volkspartei übermitteln kann, insbesondere auch die Grüße unseres Parteivorsitzenden und jetzigen Bundeskanzlers Ingenieur Julius Raab. (Beifall.)

In diesem Jahre fallen in Europa große Entscheidungen. Es werden einige Wahlen in diesem Jahre abgehalten. Wir Österreicher haben den Reigen begonnen. Wir haben eine harte Wahlschlacht geschlagen. Wir haben in langwierigen Regierungsverhandlungen unsere Position voll und ganz behauptet. (Beifall.)

Wenn man hier als Gast Ihrem Parteitag beiwohnt, dann wird einem ganz stark der Eindruck vermittelt, daß von diesem Parteitag aus — auf den heute die Welt blickt — eine ganz große Entscheidung heranreift. Man hat heute in Deutschland erkannt, daß durch die Leistungen Ihres großen Bundeskanzlers Konrad Adenauer, aber auch durch Ihre Mitarbeit, die Voraussetzungen für einen neuen Wiederaufstieg Deutschlands geschaffen wurden. (Beifall.)

Nach acht Jahren harter Kämpfe in einem Aschenbröddel sind Sie wieder zu einem Subjekt und zu einem Faktor der internationalen Politik geworden. Darüber freuen wir uns auch in Österreich; denn wir wissen, daß die Zukunft Europas in Deutschland entschieden wird und daß hier die Würfel fallen.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen auf Ihrem Parteitag einen vollen Erfolg Ihrer Arbeiten, damit er die Voraussetzungen dafür schafft, daß Sie im Herbst im Wahlkampf siegreich die Fahne erheben können. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Scharnberg

erteilte das Wort für den Deutschen Gewerkschaftsbund

Frau Harmuth (DGB): (mit Beifall begrüßt)

Im Auftrage des geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes habe ich die Ehre, Ihnen herzlichst zu danken für die freundliche Einladung, die Sie uns zu Ihrem 4. Bundesparteitag zuteil werden ließen.

Mit diesem Dank verbinde ich die besten Wünsche für einen guten Verlauf Ihrer Tagung, an der ein großer Teil der über sechs Millionen Mitglieder des DGB sowohl in der Bundesrepublik wie jenseits der willkürlich gezogenen Grenzen unseres Vaterlandes Anteil nehmen.

Gestatten Sie mir, daß ich diesen Worten auch gewerkschaftliche Grüße und Wünsche besonderer Art hinzufüge, nämlich die, daß Sie und Ihre Freunde, besonders Ihre Frauen und Männer in den Parlamenten der Länder und vor allem im Deutschen Bundestag, allen zeitberechtigten Forderungen der Arbeitnehmer aufgeschlossen und verständnisvoll gegenüberstehen. Insbesondere möge das Ringen um sozialpolitische Dinge und fortschrittliche Lösungen auf allen Gebieten der Gleichberechtigung der Arbeitnehmerschaft in unserem Staate immer besser und schneller zu einem Ergebnis gebracht werden zum Besten unseres ganzen Volkes.

Zu einer glücklichen Zukunft und zu einem gewerkschaftlichen Frieden in der Welt gehören vor allem freie und zufriedene Arbeiter, glückliche Mütter und eine frohe Jugend. Es geht darum, auf allen Gebieten mit den gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern, mit den Männern und Frauen, die sich nach 1945 insbesondere in der Deutschen Gewerkschaftsbewegung zusammenfanden und die sich bewährten in ihrer Arbeit, die auch heute guten Willens sind, eine gute Zusammenarbeit zu finden.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber nicht versäumen, dafür zu danken, daß der Vorsitzende Ihrer Partei in seiner Eigenschaft als Bundeskanzler auf seiner Reise in den USA durchaus die Arbeit der Deutschen Gewerkschaften anerkannte anläßlich eines Presseinterviews, von dem wir durch die Tagespresse Kenntnis genommen haben.

Ferner möchte ich dankenswerterweise an die Bundestagung der Sozialausschüsse der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft unlängst in Köln erinnern, die erneut erfreulicherweise zum Gedanken der Einheitsgewerkschaftsbewegung Stellung genommen hat. Unser ganz besonderer Dank, meine sehr verehrten Anwesenden, gilt aber dem Bemühen um Verständigung und Überwindung menschlicher Unzulänglichkeiten im gewerkschaftlichen Raum, die ich gerne zugestehen will, vor allem dem Herrn Bundesminister Jakob Kaiser, dem Herrn Ministerpräsidenten Karl Arnold und besonders auch dem Bundestagsabgeordneten Johannes Albers und seinen Freunden.

Wir danken diesen Herren ganz besonders für ihre unermüdliche Bereitschaft, und wir möchten wünschen und hoffen, daß alle diese Bemühungen zu dem Erfolg führen, den wir voraussehen. Ich glaube ferner, daß es an der Zeit ist, noch einmal an die geschichtlichen Dinge zu erinnern, die sich im gewerkschaftlichen Raum im Jahre 1933 und auch nach 1945 abgespielt haben. Aus der gegebenen Situation heraus möchte ich die Bitte anschließen: gedenken Sie bei Ihren Beratungen auch der deutschen Arbeitnehmerschaft, die in der Deutschen Gewerkschaftsbewegung organisiert ist, gedenken Sie ihrer wichtigen Forderungen und Wünsche.

Gerade jetzt ist es an der Zeit, wo die deutsche Wirtschaft wieder aufblüht, so manches miteinander zu besprechen, was sich aus der neuen Situation ergibt. Denken Sie bitte daran, daß christliche Arbeitnehmer, Arbeiter, Angestellte, Beamte, Menschen aus den freien Berufen, Männer und Frauen und unsere Jugendlichen, die berufstätig sind, eine gewerkschaftliche Heimat benötigen, und daß es nicht so sein kann, daß sie keine Gewerkschaft haben. Denken Sie daran, daß häufig im Leben Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit entscheiden und gewerkschaftliche Arbeit wichtig ist auch im vorparlamentarischen Raum.

Wenn ich etwas hinzufügen darf, dann möchte ich sagen, daß es auch Mut bedarf, um in einer Gewerkschaftsbewegung tätig zu sein. Es hat den Anschein, als würde das manches Mal übersehen. Erst durch die tatkräftige Mitarbeit der einzelnen Mitglieder und der einzelnen Freunde, ob Männer oder Frauen, der einzelnen Menschen aus der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft kann die Anerkennung der heutigen Gewerkschaftsbewegung errungen werden, so wie Sie und wir es alle wünschen. Es geht darum, auch in dieser Beziehung Kräfte zu sammeln und unsere Tatkraft unter Beweis zu stellen, ich möchte sagen, erneut unter Beweis zu stellen.

Sie dürfen versichert sein, daß verantwortliche Menschen in der Gewerkschaftsbewegung heute wie damals darum ringen, den aus der Zeit der Tyrannei geborenen Plänen eines Wilhelm Leuschner, Max Habermann und Jakob Kaiser und vieler anderer — die ich nicht aufzählen kann, weil die Zeit nicht dazu reicht — zu entsprechen. Ich bitte Sie, im Interesse auch Ihrer Beratungen an diesen Wunsch zu denken, und möchte meinen, daß ich recht tue, Ihnen zu sagen, daß Millionen Gewerkschaftsmitglieder Ihre Beratungen genau so verfolgen, wie sie vielleicht den Verlauf und den Ausgang des DGB-Kongresses in Berlin verfolgt haben.

Eine Reihe der heutigen Gewerkschafter wartet darauf, daß Freunde aus Ihren Reihen ihnen in ihrer nicht leichten Arbeit zur Seite stehen, daß Sie ihnen helfen, die Schwierigkeiten zu meistern, die eben überall da sind, wo Menschen miteinander arbeiten. Wenn Sie an die Bundestagung der Sozialausschüsse denken, wenn Sie ihren Impuls erlebt haben oder ahnen können, werden Sie sicherlich bei Ihren Beratungen der sozialen und gesellschaftlichen Stellung der Arbeitnehmerschaft den ihr gebührenden Platz einräumen und auch der neuen deutschen gewerkschaftlichen Arbeit gerecht werden.

Wenn ich noch ein Wort zu Schwierigkeiten und Differenzen sagen darf, dann glauben Sie nicht, daß dort, wo christliche Gewerkschaften etwa bestehen, katholische oder evangelische — die gibt es auch —, alles eitel Sonnenschein und Freude wäre! Glauben Sie es nicht; denn es wird immer wieder Spannungen geben. Es wird immer wieder Dinge geben, über die wir uns auseinandersetzen müssen, um uns dann zu finden.

Zum Schluß ein Bekenntnis zu dem Spruch, den Sie hier auf der Rückwand stehen haben, der ja Ihr Ziel ist. Ich möchte meinen, es ist auch das Ziel der freien Deutschen Gewerkschaftsbewegung, einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung, zu helfen, daß ein Deutschland wird, ein sozialer Rechtsstaat in einem geeinten Europa. Das ist mein Wunsch und unser Wunsch an Ihre Tagung. Mögen Sie recht bald Ihre Erfolge sehen können! Mögen überall, in allen Ländern der Deutschen Bundesrepublik und darüber hinaus, Menschen sich die Hände reichen, möge insbesondere der Arbeitnehmerschaft der Weg geebnet werden zu ihrer Gleichberechtigung und zu einem wirklichen Erfolg. — Ich danke Ihnen. (Beifall.)

Präsident Scharnberg:

Ich habe noch anzusagen, daß der Bundesvorsitzende der Deutschen Angestelltengewerkschaft, Herr Rettig, wegen einer Reise verhindert ist, an unserer Tagung teilzunehmen. An seiner Stelle sind eine ganze Reihe von Mitgliedern der Deutschen Angestelltengewerkschaft hier anwesend, an der Spitze der stellvertretende Bundesvorsitzende der Deutschen Angestelltengewerkschaft, unser Parteifreund Georg Schneider, dem ich nunmehr das Wort gebe.

Georg Schneider (DAG): (mit Beifall begrüßt)

Der Bundesvorsitzende der Deutschen Angestelltengewerkschaft, mein Kollege Fritz Rettig, ist auf Wahlreise. Wir haben in den nächsten Wochen Sozialversicherungswahlen. Er war daher leider nicht in der Lage, der Einladung Folge zu leisten. Er bittet um Entschuldigung und dankt herzlich für die Einladung. Nun bin ich als Vertreter des Bundesvorsitzenden der Deutschen Angestelltengewerkschaft beauftragt worden, namens des Vorstandes der DAG Ihnen herzlichen Dank für die Einladung auszusprechen und Ihrer Tagung einen guten Verlauf zu wünschen.

Vieles, was die CDU will, will auch die DAG. Die DAG nimmt gerne die Gelegenheit wahr, um der CDU ihren herzlichen Dank für das große Verständnis auszusprechen, das sie bei ihren Forderungen speziell für die Angestellten bekundet hat. Insbesondere danken wir dem anwesenden Bundesarbeitsminister Storch sehr herzlich. (Beifall.)

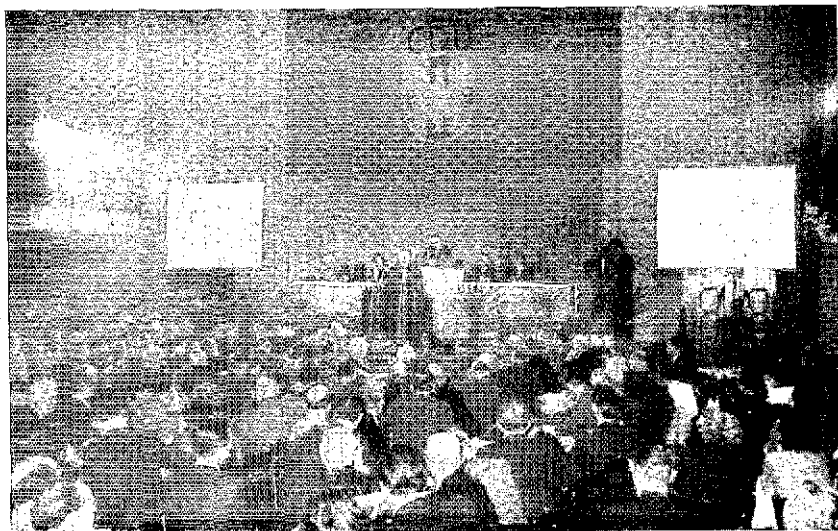
Die Angestellten — wenigstens die in der DAG organisierten — sind der Meinung, daß sie auf Grund ihrer besonderen sozialen und wirtschaftlichen Stellung besondere Forderungen haben, und diese möchten sie in einer eigenen Organisation zum Tragen bringen. Es war immer sehr erfreulich, festzustellen, daß die Bundesregierung und insbesondere der Herr Bundesarbeitsminister Storch sich um den Organisationsstreit im Gewerkschaftsleben nicht gekümmert hat, sondern nach rein objektiven Gesichtspunkten immer die Wünsche entgegennahm, woher sie auch kamen. Sie müssen bedenken, liebe Parteifreunde, die Angestellten sind eine immer mehr relativ und absolut der Zahl nach wachsende Schicht. Wir haben heute in der Bundesrepublik 3,6 Millionen Angestellte. Rechnen Sie noch die Familienangehörigen hinzu, dann sind das immerhin 8 bis 10 Millionen Menschen.

Die Befragung eines demoskopischen Instituts hat ergeben, daß von den Wählern der CDU allein 24% Angestellte sind, also immerhin eine Gruppe von Wählern, wenn Sie rein rationalistisch denken, die man

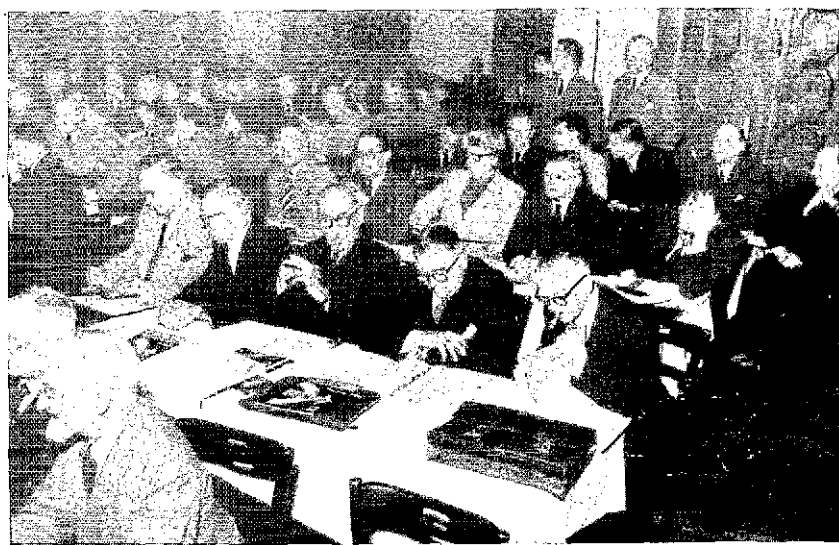
Dr. Heinrich v. Brentano
Vorsitzender der
CDU/CSU-Fraktion
des Bundestages



Dr. Robert Tillmanns
Mitgl. des Bundestages,
berichtet über die Arbeit
der Partei



Bundeskanzler Dr. Adenauer spricht zum Plenum des Parteitages



Blick in den Plenarsaal

nicht übersehen sollte. Um so erfreulicher ist es, daß die CDU immer wieder unseren Wünschen Beachtung geschenkt hat und daß wir in der Fraktion des Bundestages, aber auch in den Länderparlamenten, immer wieder Gehör fanden und unsere Wünsche vielfach berücksichtigt werden konnten. So ist z.B. die Frage des persönlichen Eigentums der Arbeitnehmer — worüber der Parteitag noch wird beschließen müssen — das einzige Mittel, um endlich den Sozialisierungsgedanken den Leuten aus den Köpfen zu nehmen.

Der Hauptvorstand der D A G hat vor einem Jahr einen offiziellen Beschluß nach dieser Richtung gefaßt. Wir möchten hoffen, daß der Parteitag der CDU insbesondere dieser Programmforderung zustimmt und der Forderung nach persönlichem Miteigentum der Arbeitnehmer an den Betrieben Rechnung trägt. Die soziale Frage, soweit sie überhaupt menschlich lösbar ist, kann nur gelöst werden, wenn recht viele Menschen Träger von persönlichem Eigentum werden. Das ist eine ganz große Aufgabe unserer Partei. Die soziale Frage wäre niemals zu einer solchen Schärfe herausgewachsen, wenn nicht in den letzten 150 Jahren infolge der wirtschaftlichen Entwicklung immer mehr Menschen enteignet worden wären. Dieser Prozeß muß wieder rückentwickelt werden. Wir müssen dazu kommen, daß die Menschen eine eigene Wohnung haben; ob das in der Form einer Etagerwohnung oder eines Eigenheims ist, das ist nicht entscheidend. Die Arbeitnehmer müssen an dem Unternehmen, in dem sie arbeiten, persönliches Eigentum haben, um noch mehr interessiert zu sein an dem Fortgang ihres Betriebes.

Ich wollte nur diese Gedanken in die Debatte geworfen haben, um Ihnen zu sagen, wieviel uns in der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft mit dem verbindet, was auch die CDU will. Ich möchte meine Ansprache schließen mit dem wiederholten Wunsch unseres Hauptvorstandes, daß Ihre Tagung reiche Früchte bringen möge. (Beifall.)

Präsident Scharnberg:

Es spricht nun zu uns Herr Fromm, der erst vor wenigen Tagen aus der Sowjetzone zurückgekommen ist.

Fromm:

Liebe Union-Freunde! Als Spätheimkehrer habe ich die Ehre, dem Bundesparteitag die Grüße der Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und politischen Gefangenen zu überbringen. (Starker Beifall.) Ferner ist es mir ein dringendes Bedürfnis, dem Herrn Bundeskanzler namens der Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und politischen Gefangenen herzlichst dafür zu danken, daß er bei seinen Verhandlungen von globaler und säkularer Bedeutung in Amerika dieser Frage einen so hervorragenden Platz eingeräumt hat. (Beifall.)

Ich selbst wurde vier Jahre lang von den roten Machthabern in den Kellern der NKWD und anschließend in Konzentrationslagern festgehalten. Meine politische Arbeit als Landessekretär der CDU brachte es mit sich, daß ich bereits nach kurzer Zeit in Gegensatz zu den kommunistischen Machthabern geriet, vor allem in zwei Punkten: 1. in der Frage des Religionsunterrichts an den Schulen und 2. in der Frage der entschädigungslosen Enteignung und Vertreibung der Landwirte von Haus und Hof. Ich sollte zunächst wegen illegaler Tätigkeit gegen die sowjetische Besatzungsmacht vor ein Tribunal gestellt und verurteilt werden. Doch besann man sich nach ungezählten Vernehmungen schließlich, und ich wurde ohne Urteil in ein Vernichtungslager abgeschoben. Ich habe in den vier Jahren in der Gefangenschaft in den Lagern Menschen der verschiedensten Völker, der verschiedensten sozialen und politischen Richtungen gesprochen. Es befanden sich in den Lagern außer Deutschen noch

Holländer, Belgier, Franzosen und Spanier. Ich lag in einer Baracke mit dem Herzog von Anhalt, den man im Lager verhungern ließ, mit Konsuln und hohen Staatsbeamten bis zum ungelerten Arbeiter; alle Berufe waren vertreten. Ich habe in den Lagern auch eine Reihe von CDU-Freunden getroffen. Sie alle haben ihren Einsatz für ihre politische Überzeugung, für ihren Kampf um die demokratische Freiheit, mit dem Verlust ihrer persönlichen Freiheit bezahlt. Ich kann Ihnen berichten, meine Freunde, daß keiner in den Gesprächen, die wir geführt haben, über sein hartes Los geklagt hat, sondern daß unsere Freunde auch in der Gefangenschaft ihrer Überzeugung treu geblieben sind. (Beifall.)

Diejenigen, die noch in den Lagern zurückgeblieben sind, sagten mir beim Abschied drei Worte, die mich seither nicht zur Ruhe kommen ließen. Gestatten Sie mir bitte daher, meine Freunde, daß ich mich zum Dolmetsch dieser armen, um ihre Freiheit beraubten Freunde, aber auch zugleich zum Dolmetsch aller Kriegsgefangenen und Zivilinternierten mache, indem ich auch Ihnen diese drei Worte zurufe: Vergesst uns nicht! (Beifall.)

Es ist mir daher ein dringendes Herzensbedürfnis, dem Herrn Bundeskanzler und auch dem Bundesparteitag dafür zu danken, daß er der Kriegsgefangenen an so hervorragender Stelle gedacht hat. Ich höre mitunter Stimmen von unseren Freunden, die besagen: das hat doch alles keinen Zweck, der Russe macht ja doch, was er will. — Nun, Freunde, ich kann auf Grund selbst erlebter Tatsachen berichten, daß diese Ansicht falsch ist. Im Vernichtungslager Buchenwald betrug z.B. das Tagessoll an Toten im ersten Jahr meiner Gefangenschaft 100 Tote täglich. Wurde diese Zahl nicht erreicht, so halfen Wachmannschaften mit Kolbenschlägen und Fußtritten nach. Als kirchliche und weltliche Stellen ihre Stimmen erhoben und auf das Massensterben in den sowjetischen Lagern hinwiesen, wurde plötzlich umgeschaltet. Es erging an die Lagerleitung der Befehl, daß der Prozentsatz an Todesfällen nicht höher sein dürfe als bei der Zivilbevölkerung. Es kamen sogar Medikamente ins Lager, und an die Gefangenen wurde auch Seife ausgegeben, was nach asiatischen Begriffen besonders erwähnenswert ist. Vorher gab es keine.

Die größte seelische Belastung bedeutete für uns in der unmenschlichen Haft der Gedanke an unsere Familie. Ich darf daher die Bitte anfügen: helft den Angehörigen unserer bedrängten oder verhafteten Freunde! Gewiß, sie leiden für ihre Überzeugung und haben mit Opfern gerechnet, aber mildern wir die Leiden ihrer Angehörigen, und denken wir stets daran, wie wir die harte Leidenszeit unserer Freunde abkürzen können. Sie sind zum Schweigen verurteilt.

Nun muß es unsere Aufgabe sein, das unseren Freunden zugefügte Unrecht und die unmenschlichen, barbarischen Methoden des Sowjetsystems immer wieder vor der Welt anzuprangern, bis die Stunde der Freiheit auch für sie geschlagen hat.

Freunde! Wir wissen um die Bedrohung der Freiheit Europas! Laßt uns nicht warten, bis die Deiche eingedrückt sind und die rote Flut sich über unser Land ergießt. Neben dem EVG-Vertrag und unserem Beitrag dazu ist der Aufbau der inneren Sicherheit ein dringendes Gebot der Stunde. Wenn jemals die gesamtdeutsche Frage einer Lösung zugeführt werden soll, so kann es nicht ohne eine starke Bundesexekutive geschehen.

Ich möchte daher zum Schluß meiner kurzen Ansprache den Bundesparteitag dringend bitten, sich für die sofortige Verstärkung des Bundesgrenzschutzes und im neuen Bundestag für die Schaffung einer Bundesexekutive in Stärke von mindestens 60 000 Mann einzusetzen. Die

Forderungen der Grenzbevölkerung nach Schutz und die ständigen Grenzwiszenfälle an den Zonengrenzen lassen keinen Aufschub in dieser Frage zu. Es lebe die Freiheit! (Starker Beifall.)

Präsident Scharnberg:

Ich möchte allen Rednern von Herzen danken für ihre Begrüßungsworte. Unseren Freund Strauß darf ich bitten, unsere Grüße der CSU zu übermitteln. Die vier Jahre gemeinsamer Arbeit in Bonn haben uns so miteinander befreundet und verbunden, daß auch diejenigen von uns, die vielleicht ursprünglich für die bayerischen Belange nicht das wünschenswerte Verständnis hatten, nunmehr ein aufgeschlossenes Herz für diese Belange haben.

Mit dem Dank an Herrn Frank verbinde ich die Versicherung unserer Verbundenheit mit der deutschen Bevölkerung an der Saar. Gemeinsam wollen wir dabei helfen, daß auf der Grundlage unveräußerlicher Freiheitsrechte eine Lösung der Saarfrage erreicht wird, die dazu beiträgt, ein einiges Europa aufzubauen.

Danken möchte ich auch den Sprechern des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Deutschen Angestelltengewerkschaft. Auch unsererseits besteht der innere Wunsch auf eine gute und freundschaftliche Zusammenarbeit.

Insbesondere möchte ich danken dem Herrn Fromm für seine Ausführungen. Wir fühlen uns mit Ihren Kameraden, Herr Fromm, verbunden. Wir werden nicht aufhören, die dringende Forderung immer wieder zu erheben, daß die Kriegsgefangenen und internierten Männer und Frauen endlich befreit werden.

Aus den Begrüßungsansprachen der Vertreter der europäischen Länder, die sich zur westlichen Welt bekennen, haben wir mit großer Freude die Anerkennung entgegengenommen, die sie unserem Kanzler und unserer Partei dargebracht haben. Die Vertreter haben deutlich gemacht, daß der Gedanke der christlich-abendländischen Kultur nicht nur in einer dünnen Oberschicht vorhanden ist, sondern daß er in den Ländern Belgien, Holland, Frankreich, Italien, in der Schweiz, in Österreich, an der Saar und nicht zuletzt in der Ostzone lebendig ist. Darum sind wir in dieser Stunde hier in Hamburg glücklich, sagen zu dürfen: es ist gut, daß wir eine Christlich Demokratische Union in Deutschland haben. (Lebhafter Beifall.)

Ich schlage Ihnen nun vor, daß wir die Aussprache über die beiden Referate mit der Aussprache über die Referate, die nachmittag folgen, verbinden.

Ende der Sitzung: 13.10 Uhr.

2. Plenarsitzung

Präsident Simpiendörfer

eröffnete die Fortsetzung der Plenarsitzung vom Vormittag um 15.10 Uhr:

Heute vormittag haben wir vereinbart, daß die Diskussion über die ersten beiden Referate verbunden wird mit der Diskussion über die beiden nächstfolgenden. Ich bitte Wortmeldungen bereits während der Referate vorzubereiten.

Das Wort erhielt zu einem Referat

„Unsere Staatspolitik“

Dr. Franz-Josef Wuermeling, M.d.B.

Vor wenigen Monaten hat unser Parteitag in Berlin die Forderung begründet, den Dienst am Menschen in seiner Freiheit und Würde zur Grundlage aller politischen Arbeit zu machen. Im zeitlichen Hintergrund

dieses Bekenntnisses stand die Vergottung des Staates während der menschenunwürdigen nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Der räumliche Hintergrund war der unsere alte Hauptstadt umschließende Machtbereich des sowjetischen Terrors mit seiner Herabwürdigung des Menschen zur seelenlosen Maschine. Die beiden totalitären Systeme zeigen die gemeinsame Grundhaltung, den göttlichen Auftrag an den Menschen: „Macht Euch die Erde untertan“ in sein Gegenteil zu verkehren. Sie machen den Menschen zum Sklaven des Kollektivs, obschon jedes Kollektiv seinen Sinn nur im Dienst am Menschen finden kann.

Darf ich bitten, mir fünf Minuten für einige wenige ganz grundsätzliche Bemerkungen zur Staatspolitik zu schenken.

Unsere Staatspolitik muß nach dem eben Gesagten naturnotwendig von der Beziehung zwischen Mensch und Staat ausgehen. Gewiß hat der Mensch als Glied und Träger des Staates auch Pflichten gegenüber der staatlichen Gemeinschaft: „Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist!“ Aber die Ansprüche des Staates an den Menschen finden ihre natürlichen Grenzen in den Eigenrechten der menschlichen Persönlichkeit, die in seiner Personwürde und seinem Anspruch auf Respektierung eines unantastbaren Bereichs seiner Freiheit begründet sind. Der Mensch ist nicht in erster Linie Bestandteil des Kollektivs, sondern zu allererst ein von Gott geschaffenes Wesen mit einer über das irdische Leben hinausreichenden Zielsetzung. Im Blick auf dieses Ziel steht und wirkt der Mensch auch im staatlichen und sozialen Leben, wo er nach seinem Gewissen frei muß entscheiden und handeln können.

Der Mensch steht in den natürlichen Gemeinschaften der Familie und des Staates und daneben in der übernatürlichen Gemeinschaft seiner Kirche. Jede dieser drei Gemeinschaften hat — um des Menschen willen — ihren unantastbaren Eigenbereich, wobei dem Staat gegenüber dem einzelnen und der Familie nur eine hilfsweise Rolle zukommt. Die öffentliche Gewalt hat nur die Aufgaben und Zuständigkeiten, die die Einzelperson und die Familien allein nicht erfüllen können. Die primäre Zuständigkeit liegt immer so nahe wie irgend möglich an der Einzelpersonlichkeit und geht nur hilfsweise über die Familie an die Gemeinde, an den Kreis und schließlich an den Staat, also an die jeweils umfassendere breitere Gemeinschaft über. Deshalb unser Bekenntnis zum Selbstverwaltungsrecht, das sich nicht vom Staat von oben her, sondern vom einzelnen und von der Familie, also von unten herauf herleitet. Deshalb übrigens auch im wirtschaftlichen Bereich unser Streben nach Mehrung selbstständiger, unabhängiger Existenzen und unsere Forderung nach Einzeleigentum für viele kleine Eigentümer an Stelle der Eigentumsanhäufung beim Staat oder bei anderen öffentlichen oder privaten Kollektivs.

Die Familie darf in ihren wichtigen Funktionen für den einzelnen wie für die Gemeinschaft nicht gestört werden. Nur lebenswichtige Interessen der einzelnen und der Familien selbst können hier Ausnahmen rechtfertigen, und zwar nur insoweit, als unausweichlich zwingende Notwendigkeiten solche Ausnahmen bedingen.

Was die Kirche angeht, so ist weder der Staat Herr der Kirche, noch die Kirche Herr des Staates. Beide haben ihre Aufgaben, die sie kraft eigenen Rechtes zu erfüllen haben, in die sie sich gegenseitig nicht hereinkommandieren können. Wo sich ihre Aufgaben begegnen — wie z. B. bei Schule und Erziehung —, müssen sie in harmonischer Zusammenarbeit gelöst werden. Das Grundgesetz für diese Zusammenarbeit ist die gottgegebene auf den Menschen bezogene Weltordnung. Als ihr unabdingbarer Bestandteil sind nicht nur die Persönlichkeitsrechte des Menschen, sondern

auch die für alle Völker und Zeiten verbindliche Tafel der 10 Gebote auch von der staatlichen Gemeinschaft anzuerkennen und zu respektieren. Auch die staatliche Gemeinschaft kann nur Bestand haben, wenn sie im Grundgesetz des Dekalogs und der natürlichen Ordnung und in der rechten Wertung des Menschen fundiert ist. Alle anderen Staatsgebäude müssen auf die Dauer an ihrer Naturwidrigkeit zerbrechen, weil Vergewaltigung der rechten Ordnung niemals eine dauernde gesicherte Ordnung schaffen kann. (Sehr gut! im Hause.)

Die Folgerungen aus diesen eben kurz entwickelten Grundsätzen im einzelnen werden in anderen Referaten zu ziehen sein. Hier im staatspolitischen Referat gilt es nur, eine staatspolitische Grundlinie aufzuzeigen, von der alle politischen Entscheidungen ausgehen müssen.

Nun einige Gedanken zur demokratischen Staatsordnung. Zum staatspolitischen Referat gehört natürlich die Antwort auf die Frage nach der inneren Ordnung des Staates, insbesondere nach der Methode und den Trägern staatlicher Willensbildung. Wir verkünden gewiß nichts Neues, wenn wir uns als Christlich Demokratische Union zur demokratischen Staatsordnung bekennen; aber wir möchten einmal sagen, daß unser Bekenntnis zur Demokratie kein Lippenbekenntnis ist, nur weil Demokratie heute Mode ist oder weil es zum guten Ton gehört, Demokrat zu sein. Nein, wir bekennen uns aus innerster Überzeugung und mit der ganzen Wärme unseres Herzens zu unserer demokratischen Staatsordnung, weil die Demokratie die Staatsordnung ist, die der Freiheit und Würde des Menschen am besten entspricht. (Beifall.)

Wenn schon der einzelne mannigfache Verantwortungen größeren Gemeinschaften überlassen muß, so soll und will er doch im letzten ihr Träger und Mitgestalter bleiben. Das ist der Sinn der demokratischen Ordnung, daß der einzelne seine Verantwortung nicht ablädt auf eine fremde Macht oder Kraft, sondern daß er selber gemeinsam mit den anderen Träger dieser Macht und Gestalter dieser Kraft ist und bleibt. Hier kann und darf jeder einzelne als gleichberechtigter und gleichverpflichteter Mitträger dieser Verantwortung an der gemeinsamen sozialen Aufgabe mitwirken und mitbestimmen. Hier verlernt er, die über das kleine Ich oder die eigene Familie hinausgehenden Aufgaben anderen zu überlassen, sie anderswohin abzuschieben und sich womöglich darauf zu beschränken, die von der Gemeinschaft notwendigerweise geforderten Opfer mit allen erlaubten oder unerlaubten Mitteln von sich fernzuhalten. Weil wir nicht zu den asozialen, der demokratischen Ordnung unwürdigen „Ohnemichs“ gehören, deshalb sind wir freudig und aus innerstem Herzen Demokraten. (Beifall.)

Die Demokratie ist ja nicht nur die Ordnung der Freiheit und Menschenwürde, sondern darüber hinaus die Ordnung der sozialen Verpflichtung, unter die wir uns als Christen nach dem „Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst“ gestellt sehen. Es ist unsere staatspolitische Aufgabe, dem Menschen die Entfaltung all seiner Fähigkeiten und guten Eigenschaften im sozialen Dienst an der Gemeinschaft zu ermöglichen, sein Interesse für die Anliegen der Allgemeinheit zu wecken, ihn der hohen Verantwortung bewußt werden zu lassen, die er als berufener Mitgestalter der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung tragen darf. So sehen wir den tieferen Sinn unserer demokratischen Ordnung im Dienst für das Allgemeinwohl aus der Erkenntnis unserer Berufung zur Verantwortung für das Ganze. In dieser demokratischen Haltung und Gesinnung sind wir in den letzten Jahren die tragende Säule unseres Wiederaufbaus geworden, und wir dürfen mit Dank gegen Gott und mit innerer Befriedigung auf die Ergebnisse unseres Wirkens zurückschauen.

Wesentliches Merkmal jeder demokratischen Ordnung ist die gleichberechtigte Mitwirkung aller Staatsbürger an der staatlichen

Willensbildung. Das heißt, daß die Unabhängigkeit des demokratisch von allen gewählten Parlaments gegenüber allen Organisationen des öffentlichen und privaten Lebens gesichert und respektiert werden muß. Keine Organisation und kein Einzelner hat das Recht, die freie Entscheidung des Parlaments irgendwie unter Druck zu setzen. (Beifall.) Jeder derartige Versuch, meine Freunde, von welcher Seite er auch kommen möge, wird uns in entschlossener Abwehr finden. Wo wir die Regierungsverantwortung tragen, sind die Gleichheitsrechte aller Staatsbürger außer Gefahr, da wir ausschließlich im Auftrage des ganzen deutschen Volkes stehen. (Beifall.)

Ein Wort zu den Parteien und ihrer Verantwortung. Das Verantwortungsbewußtsein für das Wohl des Ganzen muß das alles andere überragende Merkmal des demokratischen Parteiwesens sein. Weil es das nicht überall ist, stehen die politischen Parteien bei breiten unpolitischen Wählerschichten — geben wir uns da keinen Illusionen hin — nicht allzuhoch im Kurs. Man betrachtet sie als notwendiges Übel, wobei der Akzent meistens deutlich auf dem „Übel“ liegt. Das könnte anders sein, wenn wenigstens alle größeren Parteien sich stets ihrer großen Aufgabe bewußt blieben, nur dem öffentlichen Wohl verpflichtet zu sein und darüber hinaus unsere demokratische Ordnung durch Weckung und Pflege echten staatsbürgerlichen Verantwortungsbewußtseins immer fester zu verwurzeln. Ein solches Verhalten, das auch für die Opposition staatspolitisch geboten ist, würde den Ruf der Parteien wesentlich verbessern und darüber hinaus das Ansehen der von ihnen getragenen demokratisch-parlamentarischen Ordnung wesentlich erhöhen.

Wenn die demokratische Ordnung den politischen Parteien als den Treuhändern der wahlberechtigten Staatsbürger praktisch die Verantwortung für die Ausübung der Staatsgewalt in die Hand gibt, wenn sie sie zum echten edlen Wettstreit zwischen Regierungsparteien und Opposition um den besten Weg zur Förderung des Gemeinwohls aufruft, dann setzt diese demokratische Ordnung allerdings voraus, daß die Parteien dieses hohen Auftrags würdig und bemüht sind, ihn verantwortungsvoll zu erfüllen. Das bedeutet zunächst einmal, daß die Parteien nicht mit Ludwig XIV. nach dem Satz „L'état c'est moi“ sich mit dem Staat und ihr Parteiinteresse mit dem Staatsinteresse identifizieren, sondern daß sie sich als Diener des Staates, d.h. als nur im Dienst der Wohlfahrt aller Staatsbürger stehend fühlen und sich immer und überall dieser Verantwortung entsprechend verhalten. Darf ich hier am Rande vermerken, daß das natürlich auch für die Abgeordneten und für diejenigen gilt, die es gerne werden möchten.

Bei der Drängerei, die man jetzt erlebt nach künftigen Bundestagsmandaten aus Interessentenkreisen, wollen wir hier einmal einen ganz klaren Satz sprechen. Er lautet: Wir wollen nicht die, die sich drängen, weil CDU-Konjunktur ist, sondern die, die wir drängen müssen, weil sie die Schwere der Verantwortung kennen und Ehrfurcht vor unserem großen Auftrag haben. (Starker Beifall. — Zuruf: Mehrheitswahl!)

Parteien, deren ganzes Tun und Lassen vom Willen zur Macht um jeden Preis bestimmt ist, deren ganze Propaganda nichts wie ein Appell an die Verantwortungslosigkeit, an den Egoismus, an das Neidgefühl oder an andere schlechte menschliche Eigenschaften ist, führen den Namen „demokratisch“ zu Unrecht. Denn Demokratie ist Anruf an die soziale Verantwortung für das Ganze, für die anderen, an das Pflichtbewußtsein, an das „Liebe Deinen Nächsten“, an das Denken, Sinnen und Trachten mit der Allgemeinheit für die Allgemeinheit. Es genügt auch nicht, das Wort „sozial“ vor das Wort „demokratisch“ zu setzen,

um der Verantwortung für die Gesamtheit der Staatsbürger auszuweichen. (Sehr richtig! im Hause.) Denn der Begriff des Sozialen schließt die Verantwortung für alle Mitbürger genau so ein, wie Demokratie immer nur Verantwortung für das Ganze sein kann.

Darf ich diese Gedanken an einem konkreten Beispiel aus der letzten Zeit klar werden lassen: Die Bundesrepublik hat seit ihrem Bestehen unter unsagbaren Anstrengungen erhebliche Erhöhungen der Sozialrenten zur Anpassung an die Preisverhältnisse durchgeführt, gewiß nicht mit dem Ergebnis, daß das Ziel ausreichender Renten etwa schon erreicht wäre, aber es wurde doch wenigstens die Kaufkraft der Durchschnittsinvalidenrente in den 4 Jahren von 1949 bis 1953 um etwa 80 % gesteigert. (Sehr richtig! im Hause.) Die Zuschüsse aus dem Haushalt an die Rentenversicherungen wurden zu diesem Zweck von jährlich $1\frac{1}{2}$ Milliarden DM in 1949 auf jährlich über 2,5 Milliarden in 1953 erhöht. Das ist eine große soziale Gemeinschaftsleistung — eine von vielen — unserer jungen Bundesrepublik auf Grund einer gemeinsamen großen Kraftanstrengung für die am meisten Notleidenden. Sie konnte u. a. nur mit Hilfe der wahrlich nicht unbedenklichen Umsatzsteuererhöhung von 3 auf 4 % (1951) erreicht werden.

Herr Ollenhauer schrieb nun kürzlich einen Brief an alle Rentner, nach dem nur die „unsozialen“ Regierungsparteien daran schuld sind, daß die Renten nicht noch mehr erhöht wurden, wie es die SPD immer wieder im Bundestag beantragt habe. Wahltag sei Zahltag. Herr Ollenhauer verschweigt in diesem Brief, was er natürlich weiß, daß er und die SPD nicht nur keinen gangbaren Weg für die Beschaffung der Mittel für die weitere Erhöhung weisen konnte und kann, sondern daß die SPD sogar die Mittel für die bisherigen Erhöhungen durch Ablehnung der Umsatzsteuererhöhung verweigert hat. (Sehr richtig! im Hause.)

Herr Ollenhauer mobilisiert also ein — gewiß nicht unberechtigtes — Eigeninteresse unserer Rentner gegen ihre staatsbürgerliche Gesamtverantwortung, die auch sie als Staatsbürger für Währung und Finanzen tragen. Ein solches Verhalten ist weder sozial noch demokratisch, sondern eben nur sozialdemokratisch! (Beifall.)

In gleicher Weise verhält sich die SPD gegenüber den Kriegsoffern, für die der Bund den Finanzaufwand in 4 Jahren nahezu verdoppelt hat, deren wirtschaftliche Not aber trotzdem noch nicht behoben ist und uns ständig zu weiterer Hilfe drängt. Ähnlich verhält man sich gegenüber den Heimatvertriebenen, den Bombengeschädigten, den öffentlichen Bediensteten und gegenüber allen Schichten, auf denen die Kriegsfolgen noch besonders lastet. Die SPD erweckt den Eindruck, als sei diese erst zum Teil überwundene vielfache Kriegsfolgennot von denen zu verantworten, die sie in mühseliger Arbeit bereits wesentlich gemildert haben. Dabei weiß man ganz genau, daß man selber, wenn man in die Verantwortung für das Ganze gestellt würde, diese Milliarden auch nicht ohne Inflation herbeizaubern könnte. Das heißt, daß man diese vielen Millionen enttäuschen müßte, wenn man durch ein mit solchen Mitteln etwa gewonnenes Vertrauen in die Verantwortung kommen sollte.

Was werden diese Millionen tun, wenn sie nachher enttäuscht werden müssen? Sie werden die Parteien und die ganze Demokratie für Lug und Trug erklären und dem sich dann bietenden totalitären Führer von links oder rechts nachlaufen, der — wie es 1933 schon einmal war, — mit dem sog. „ganzen demokratischen Schwindel“ aufräumt und „Ordnung“ schafft. Jene Ordnung, die dann wie 1939—1945 in millionenfachen Tränen und Milliardenvernichtung endet, aber keine Chance für ein neues 1949—53 mehr lassen würde.

Warum führe ich dieses Beispiel hier an, meine Freunde? Weil Sie an diesem Beispiel die große Verantwortung der Parteien im demokratischen Staat erkennen. Hier zeigt sich ihre entscheidende Verpflichtung, stets in sozialer Gesamtverantwortung zu handeln und die Staatsbürger, vor allem die eigenen Anhänger, zu lebendigen bewußten Verantwortungsträgern für das Ganze zu machen, ihnen staatsbürgerliche Sachkunde und Urteilsfähigkeit zu vermitteln, auf daß sie Sinn, Aufgabe und Möglichkeiten des Staates, den sie ja selbst tragen, immer tiefer verstehen, damit sie an ihrer staatsbürgerlichen Verantwortung wachsen und so zu einer millionenstarken Phalanx für die demokratische Ordnung werden, die weder von innen noch von außen überwunden werden kann. So fassen wir in der Christlich Demokratischen Union unseren Dienst an der Demokratie auf. In dieser Haltung sind wir anders und mehr als solche Parteien, die um der Macht von morgen willen die Demokratie aufs Spiel setzen, kurzsichtig aufs Spiel setzen, wo sie doch wissen müssen, daß ihr Schicksal mit dem der Demokratie untrennbar verknüpft ist.

Wir müssen es hier einmal offen aussprechen: Wenn die SPD im dargelegten Sinne weiter so verantwortungslos wie in den letzten Jahren handelt, dann wird sie vor der Geschichte Schuld und Makel des Totengräbers an der deutschen Demokratie auf sich laden. (Beifall.)

Es ist kein Zufall, daß immer wieder betont christliche Parteien gerade dann in die politische Verantwortung gerufen werden, wenn verantwortungslose Kräfte das Staatsschiff aussichtslos festgefahren oder zerschellt haben. Daher rührt ja auch jetzt wieder der geschichtliche Auftrag der Christlich Demokratischen Union. Wir sind fest entschlossen, dieses Mal zu verhindern, daß das in diesen Jahren erfolgreich begonnene, unendlich schwere Aufbauwerk erneut verantwortungslosen Kräften in die Hände fällt, um unseres Volkes, um ganz Deutschlands willen, weil wir uns unserer verpflichtenden Berufung zur Sicherung einer glücklicheren Zukunft in Freiheit und Frieden für unsere Kinder und Kindeskiner bewußt sind. (Beifall.)

Somit bedarf unsere ständig wachsame, kompromißlose Abwehrhaltung gegenüber dem Radikalismus von rechts und links keiner weiteren Begründung. An den Verbrechen des Kommunismus beteiligen wir uns auch nicht durch Wahl kommunistischer Funktionäre in verantwortliche Stellen von Verwaltungen und Betrieben. (Beifall.) Wir wählen keinen kommunistischen Bürgermeister in Solingen, weder zum ersten noch zum zweiten Mal (Beifall), auch keinen Leiter einer kommunistischen Parteischule ausgerechnet in den Polizeiausschuß der Stadt Duisburg und keinen Kommunisten zum Betriebsratsvorsitzenden der Grube „Fortuna“, und wir machen auch kein kommunistisches Blatt zum amtlichen Bekanntmachungsorgan der Stadt Herne, um nur einige wenige Beispiele für die kommunistische Anfälligkeit von SPD-Genossen aus neuerer Zeit zu nennen. (Beifall.)

Gerade angesichts solcher Tatsachen verbitten wir uns aber auch ganz entschieden, ausgerechnet von Herrn Heine als einem Vorstandsmitglied der SPD in der belgischen Zeitung „Le Peuple“ als akute Gefahr für die Demokratie wegen rechtsradikaler Anfälligkeit verdächtigt zu werden. (Sehr wahr! im Hause.)

Wenn die Sozialisten so immun gegen Kommunisten wären, wie wir immun gegenüber dem Nazismus sind, wären wohl die kommunistischen Seitensprünge so mancher SPD-Genossen in den letzten Jahren nicht möglich gewesen. (Beifall.)

Wir stehen dem Rechts- und Linksradikalismus mit gleicher erbitterter Feindschaft gegenüber. Wir stellen uns auch weiter eindeutig

den verantwortlich führenden Trägern der national-sozialistischen Gewalt-herrschaft in den Weg, wo sie sich in den politischen Führungs-raum vorwagen sollten, in dem sie nun einmal nichts zu suchen haben.

Im übrigen steht aber über der Entnazisierung für uns längst das Verzeihen und Vergessen für alle, die unsere schwere politische Ver-antwortung mittragen und unsere neue demokratische Ordnung aus sitt-licher Verantwortung und Liebe zu Volk und Vaterland mitzugestalten gewillt sind. Keinem aus diesen Millionen wollen wir noch irgend etwas nachtragen, sondern sie alle als Staatsbürger gleichen Rechts und gleicher Verpflichtung bei unserer Wiederaufbauarbeit willkommen heißen. Das nicht nur, weil wir ihre Mitarbeit bejahen, sondern vor allem, weil wir christlich an ihnen handeln wollen, zumal an manchen von ihnen nach 1945 mehr gesündigt wurde, als sie vor 1945 selbst gesündigt hatten. (Sehr richtig! im Hause.)

Ein Wort zur Koalitionsfrage: Von unseren Koalitionspartnern trennt uns vieles, vor allem auf kulturellem und sozialem Gebiet. Das darf nicht verwischt werden. (Sehr gut! im Hause.) Aber wir sind auf die Zusammenarbeit in dieser Koalition angewiesen, solange keine Parlamentsmehrheit sichtbar ist, die uns eine noch stärkere Durchsetzung unseres staatspolitischen Willens ermöglicht. Eine arbeitsfähige Regierung kann sich nur auf eine Mehrheit des Parlamentes stützen. Solange wir diese Mehrheit allein nicht haben, besteht nun einmal der Zwang zur Koalition mit anderen politischen Parteien.

Unsere jetzigen Koalitionspartner im Bund haben die Möglichkeit erfolg-reicher gemeinsamer Aufbauarbeit in der bisherigen Koalition über alle Gegensätze hinweg seit 4 Jahren eindeutig unter Beweis gestellt. (Beifall.) Die SPD hingegen hat — außenpolitisch und innenpolitisch — nahezu alles Denkbare getan, um den Glauben an ihre Fähigkeit, die Regierungs-verantwortung für Deutschland mitzutragen, zu erschüttern. Schon durch die Art der Führung des Wahlkampfes zum ersten Bundestag hat sie sich 1949 für uns koalitionsunfähig gemacht. Es sprechen viele Anzeichen dafür, daß sie bei der bevorstehenden Bundestagswahl das gleiche zu tun beabsichtigt. Wir warnen in aller Deutlichkeit, nicht unsertwegen, sondern um des An-sehens und des Bestandes der Demokratie willen, die unser gemeinsames Anliegen sein sollte. Wenn man uns zwingt, werden wir wirksam und für jeden unmißverständlich zurückzuschlagen wissen, ohne etwa auch unserer-seits zu den Kampfmitteln verantwortungsloser Hetze und persönlicher Verunglimpfung zu greifen. Wir haben das Vertrauen, daß der Appell an Fairneß und Anständigkeit im deutschen Volke mehr Widerhall findet als verantwortungslose und unfaire politische Kampfmethoden.

Zur Parteizersplitterung: Wir stehen gegen jede parteipolitische Zersplitterung, insbesondere soweit sie zu einer Schwächung des Einflusses der christlichen Kräfte im politischen Raum führt. Angesichts der politischen Macht und Bedeutung des Sozialismus und des Liberalismus — nicht zu reden von noch gefährlicheren Gegnern — scheint es uns unausweichliche Pflicht aller zum Aufbau auf christlicher Grundlage entschlossenen Kräfte beider Konfessionen zu sein, fest zusammenzustehen, um den ge-meinsamen weltanschaulichen Gegnern geschlossen und stark entgegen-zutreten: Wir haben den guten Willen, dieser Forderung von ungezählten Millionen aktiver Christen Rechnung zu tragen und alles, was uns in der Vergangenheit sachlich und persönlich getrennt hat, zurückzustellen. Das christliche Deutschland wartet auf die gleiche Bereitschaft derer, die bis zur Stunde den Weg zur Einigung noch nicht finden konnten. (Beifall.)

Wir warnen aber auch vor politischer Zersplitterung in Interessen-tengruppen, möge sie nun unter berufsständischen Gesichtspunkten erfolgen oder — wie beim BHE oder der früheren Aufwertungspartei —

durch noch so berechnete Interessen anderer Art veranlaßt sein. Solche Zersplitterung hat uns in Verbindung mit der Radikalisierung nach rechts und links schon einmal ans Ende der demokratischen Ordnung gebracht, sie war eine wesentliche Mitursache für Hitlers sogenannte Machtübernahme. Interessentenparteien sind grundsätzlich staatspolitisch gefährlich, da sie den Wähler von seiner Verantwortung für das Ganze ablenken, anstatt ihn zu echten staatspolitischen Wahlentscheidungen anzuhaken. (Sehr richtig! im Hause.) Wer im parlamentarisch-politischen Raum als Interessentenvertreter antritt, verwirkt das Recht, als freier Vertreter des ganzen Volkes im Sinne des Grundgesetzes gewertet zu werden. Ein Interessentenkampf aller gegen alle führt ja nicht zur sozialen Gerechtigkeit, sondern zur Vergewaltigung der Unterlegenen. Darum sind Interessentenparteien tödliches Gift für die parlamentarische Demokratie.

Damit komme ich zum Wahlrecht. Nach dem Gesagten brauchen wir aus staatspolitischen Gründen ein Wahlrecht, das der Parteizersplitterung und dem Radikalismus von rechts und links entgegenwirkt. Das ist das kompromißlos durchgeführte Mehrheitswahlrecht, für das die CDU seit den Tagen des Parlamentarischen Rates stets konsequent eingetreten ist. (Beifall.)

Wir sind die einzige politische Partei Deutschlands, die in dieser Frage dem unbestreitbaren Verlangen der deutschen Wähler nach dem klaren und einfachen Personen- und Mehrheitswahlrecht in kleinen Wahlkreisen und nach Beseitigung der leidigen Kandidatenlisten wirklich zu entsprechen gewillt ist. Dagegen verweigern jetzt alle Abgeordneten anderer Parteien — auch die 29 Abgeordneten der SPD —, die sich vor der Bundestagswahl in aller Form schriftlich zum Eintreten für das Mehrheitswahlrecht verpflichtet haben, leider aus parteipolitischen Erwägungen ihre Stimme zur Verwirklichung dieses Wahlrechts. Ja, die SPD bekämpft sogar den Kompromißentwurf der Regierung als parteipolitisch inspiriert, obschon sie ganz genau weiß, daß der von der Regierung vorgeschlagene Kompromiß zwischen Mehrheits- und Verhältniswahlrecht gerade deshalb nötig wurde, weil insbesondere die 29 SPD-Abgeordneten des Bundestages aus parteipolitischen Rücksichten ihr gegebenes Wort jetzt nicht mehr halten dürfen. Man sollte wirklich seine politischen Gegner nicht immer gerade hinter dem Busch suchen, hinter dem man selbst so eine Art Abonnementsplatz hat. (Beifall.)

Die staatspolitische Notwendigkeit der Einführung des Mehrheitswahlrechts ist von uns in der letzten Zeit so oft und so ausführlich öffentlich begründet worden, daß ich die weitere Behandlung dieses Themas der Aussprache überlassen darf. Wir werden als Treuhänder der deutschen Wähler weiterhin unentwegt für das Mehrheitswahlrecht kämpfen, nicht aus parteipolitischen Gründen, sondern um der Sicherung unserer parlamentarisch-demokratischen Ordnung willen. Die parlamentarische Demokratie braucht — niemandem zu Liebe und niemandem zu Leide — klare Mehrheitsverhältnisse im Parlament, wie sie das Mehrheitswahlrecht mit sich bringt. Unsere gegenwärtige Mitarbeit am Wahlgesetz im Bundestag steht deshalb unter dem Leitgedanken, so viel Mehrheitswahlrecht wie nur irgend möglich durchzusetzen, und das Listen- und Verhältniswahlrecht auf das geringstmögliche Maß zu beschränken. Die Wähler draußen müssen aber wissen, daß nicht wir die Schuld an der Notwendigkeit eines natürlich unbefriedigenden Kompromisses tragen, sondern ausschließlich die anderen Parteien, denen parteipolitische Rücksichten wichtiger sind als der Wille der Wähler und die staatspolitische Notwendigkeit. (Beifall.)

Zur Rechtsordnung: Eine wichtige Aufgabe des neuen Bundestages ist die weitere Ausgestaltung unserer Rechtsordnung. Aufgabe des ersten Bundestages war zunächst die Wiederherstellung der deutschen

Rechtseinheit, die Säuberung des Rechts von nationalsozialistischen Bestandteilen und der Abbau der Kriegs- und Nachkriegsnotgesetzgebung.

Wir wollen uns im neuen Bundestag für die Verwirklichung der seit Jahrzehnten erörterten Reform des Strafrechts einsetzen. Wir wollen dem deutschen Richter durch ein Richtergesetz die ihm nach dem Grundgesetz gebührende Stellung verschaffen und im Zusammenhang damit Verfahren und Organisation der Gerichte verbessern. Bei der Anpassung des Familienrechts — im einzelnen wird diese Frage morgen behandelt — an die von uns bejahte Gleichberechtigung von Mann und Frau ist die natürliche Ordnung der christlichen Familie und Ehe für uns Ausgangspunkt und Richtschnur.

Zum Berufsbeamtentum: Unsere Verwaltung soll von oben bis unten von Mitarbeitern getragen werden, die aus innerer Überzeugung zu unserer demokratischen Ordnung stehen. (Sehr richtig! im Hause.) Das bewährte selbstlose deutsche Berufsbeamtentum wollen wir auf der Grundlage des vor der Verabschiedung stehenden neuen Bundesbeamtengesetzes fördern und seine fachliche Leistungsfähigkeit steigern. Nirgends darf ein Parteibuch Ersatz für sachliche und charakterliche Qualifikation sein. (Beifall.)

Die wirtschaftliche Existenz des Berufsbeamtentums muß nach den bisherigen Notmaßnahmen vom neuen Bundestag durch eine Besoldungsreform gewährleistet werden, die der Verantwortung jedes einzelnen und der Sicherung ihrer Familien — insbesondere auch in der jüngeren Generation — gerecht wird. Das noch geltende Besatzungsrecht über die Personalvertretung im öffentlichen Dienst muß umgehend durch ein deutsches Personalvertretungsgesetz abgelöst werden, das dem besonderen Charakter des öffentlichen Dienstes Rechnung trägt, ohne die Beamten, Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes irgendwie zu benachteiligen.

Zum Soldatentum: Wir bejahen das gute deutsche Soldatentum, das sich in sittlicher Verpflichtung seiner Überlieferung bewußt ist und, vom Vertrauen des ganzen Volkes getragen, ein wesentlicher Bestandteil der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft werden soll. (Beifall.)

Das den pflichttreuen deutschen Soldaten nach dem Zusammenbruch von 1945 geschehene Unrecht hat seine Ehre nicht antasten können. Die gerechte Bereinigung der Kriegsverbrecherfrage ist uns ein besonders dringendes Anliegen. Für die gerechte Versorgung der alten Berufssoldaten, besonders auch der Berufsunteroffiziere, ist eine Ergänzung des Gesetzes zu Artikel 131 zur Beseitigung von Unbilligkeiten und Härten eine sofort zu lösende Aufgabe.

Die geistigen Berufe haben für unseren Wiederaufbau in den letzten Jahren einen vielfach nicht genügend bewerteten großen Beitrag geleistet. Es droht die Gefahr der Verkümmern der geistigen und künstlerischen Berufe, vor allem auch des Nachwuchses. Wir müssen die wirtschaftliche Stellung dieser Berufe stärken und festigen, um dieser Gefahr zu begegnen. Das gilt sowohl für Ärzte, Künstler und andere freie Berufe als auch für Lehrer, Hochschullehrer und den gesamten wissenschaftlichen Nachwuchs. Hier obliegt uns zweifellos eine Aufgabe von besonderer Wichtigkeit. Ihr Erfolg ist die Voraussetzung für den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt aller anderen Berufsstände, über deren Bedeutung morgen zu sprechen sein wird.

Ich komme zum Schluß. Ausgangspunkt und Ziel aller staatspolitischen Arbeit der CDU sind die vom Christentum ausstrahlenden Lebenswerte, denen wir uns gemeinsam mit den beiden christlichen

Kirchen im letzten verpflichtet wissen. Die Verfolgung der beiden christlichen Kirchen durch den Nationalsozialismus hat den Christen beider Konfessionen wieder die echte Brüderlichkeit und den Willen geschenkt, gemeinsam das bedrohte abendländische Kulturerbe in christlicher Verantwortung für unser Volk und darüber hinaus für ganz Europa zu verteidigen, neu zu verwurzeln und als beständige Grundlage unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung zu erhalten. (Beifall.)

Alle Versuche anderer politischer Parteien, den überwundenen konfessionellen Hader neu zu entfachen, werden uns in geschlossener und entschlossener Abwehr finden. Denn wir können der großen den in unserer Union verbundenen Konfessionen gestellten vaterländischen und abendländischen Sendung nicht untreu werden, weil wir wissen, daß unsere Einigkeit und Stärke das tragende Fundament ist für ganz Deutschland, unseren sozialen Rechtsstaat im geeinten Europa. (Starker, langanhaltender Beifall.)

Präsident Simpfendorfer:

Die Referate des heutigen Nachmittags und alle folgenden stellen alle grundsätzliche Darlegungen für unser Hamburger Programm dar. Unser Parteifreund Dr. Wuermeling hat einen ersten fundamentalen Beitrag dazu geleistet. Wir danken ihm sehr dafür. (Beifall.)

Wir fahren fort und kommen an die

Probleme der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen.

Durch Beschluß des Parteiausschusses ist dieses Referat geteilt worden. Es spricht zunächst Herr Dr. Kather und nachher Dr. Nahm.

Dr. Linus Kather, M. d. B.:

Wenn der heutige Parteitag dazu bestimmt ist, ein Programm aufzustellen für die Arbeit des kommenden Bundestages, so ist das sicher gut und notwendig. Aber über eins sollten wir uns klar sein: Für die Wahlen kommt es nicht so sehr darauf an, was wir tun wollen, als auf das, was wir getan haben. Der Wähler ist mit Zukunftsversprechungen nicht so sehr zu beeinflussen, insbesondere auch dann nicht, wenn sie mit der Haltung in der Vergangenheit nicht in Einklang stehen.

Wir waren in der Vergangenheit allzusehr genötigt, von der Zukunft zu sprechen. Ich habe auf den bisherigen Bundesparteitagen und auch auf ihren Vorläufern in der britischen Zone im Jahre 1948/49 den Auftrag gehabt, über das Problem der Vertriebenen zu referieren. Immer waren die großen Fragen noch ungelöst, immer standen wir in mehr oder weniger großer Entfernung vor der Bewältigung der großen gesetzgeberischen Aufgaben, vor die dieses gewaltige Problem uns gestellt hatte.

Heute ist es zum ersten Male anders. Wenn auch die Zukunft noch manche Arbeit für uns bereithält, so glaube ich doch sagen zu können, daß wir die für die Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge wichtigsten Gesetze verabschiedet haben. (Beifall.)

Ich nenne das Gesetz zu Artikel 131, von dem auch schon unser Freund Dr. Wuermeling sprach, das Lastenausgleichsgesetz mit dem Feststellungsgesetz und das Bundesvertriebenen-gesetz. Es steht für jeden urteilsfähigen Beobachter der parlamentarischen Arbeit außer Zweifel, daß, wenn auch viele Wünsche unerfüllt geblieben sind, wenn auch manche Verbesserung notwendig ist, der deutsche Bundestag mit diesen Gesetzeswerken eine große Leistung vollbracht hat. (Beifall.)

Es wird unsere Aufgabe sein, im kommenden Wahlkampf diese Erfolgsgeschichte zu machen, auch den großen Anteil, den unsere Partei an diesen Erfolgen gehabt hat. Das Gesetz zu Artikel 131 haben wir in seinen entscheidenden Bestimmungen ebenso gegen die sozialdemokratische Partei durchsetzen müssen wie das Feststellungsgesetz und das Lastenausgleichsgesetz im ganzen. Auch das Bundesvertriebenengesetz wäre ohne unsere Mitwirkung nicht zustandgekommen. Dadurch, daß bei der 2. und 3. Lesung nur der landwirtschaftliche Teil in Streit war, ist der falsche Eindruck entstanden, als ob der Wert des ganzen Gesetzes von diesem heißt umstrittenen Paragraphen abhängig. Dabei wurde im Eifer des Gefechts völlig übersehen, welche große Zahl von wertvollen Bestimmungen in diesem Gesetz ohne Debatte angenommen worden waren.

Wir hätten in unserer Fraktion bestimmt besser taktieren können. Heute wird jeder der Beteiligten einsehen, daß es besser gewesen wäre, sich vorher zu einigen, aber andererseits haben wir dann doch bei der Schlußabstimmung bewiesen, daß wir uns nicht auseinander-, sondern zusammengerauft hatten. Bei uns ist niemand, und insbesondere auch nicht die Bauern, auf den Gedanken gekommen, zu diesem für die Vertriebenen und Flüchtlinge gleich wichtigen Gesetz aus propagandistischem Bedürfnis heraus nein zu sagen. Ich halte es für meine Pflicht, heute und hier hervorzuheben, daß bei diesen vier Eingliederungsgesetzen in den schwierigen und entscheidenden Phasen der Bundeskanzler jeweils die ganze politische Tragweite der Situation erkannt und sich eindeutig zu dem, was politisch notwendig war, bekannt hat. (Beifall.)

Ich danke ihm dafür und fühle mich um so mehr dazu angetrieben, als ich weiß, daß er im Kabinett es insofern nicht immer gerade leicht gehabt hat. Ich danke auch allen Freunden unserer Fraktion, die unsere Arbeit unterstützt haben, insbesondere dem Vorsitzenden, Herrn Dr. von Brentano, bei dem wir immer volles Verständnis gefunden haben. (Lebhafter Beifall.)

Mit diesen Gesetzen sind die Grundlagen geschaffen für eine schnelle Eingliederung der Vertriebenen auf gesunder wirtschaftlicher Grundlage. Es war das Hauptanliegen der Vertriebenen, daß der Lastenausgleich so geschaffen sein sollte, daß wenigstens in den ersten Jahren für die produktive Eingliederung eine Milliarde DM pro Jahr zur Verfügung stehen sollte. Als wir bei der 3. Lesung das bekannte Abkommen zwischen der Bundesregierung, den Regierungsparteien und den vertriebenen Abgeordneten der Koalition zustandebrachten, bin ich von der Überzeugung ausgegangen, daß durch diese Vereinbarung das gesteckte Ziel in etwa erreicht werden würde. Sie wissen, welche negative Ovationen mir von der Opposition wegen dieser Haltung dargebracht wurden. Die SPD sprach von dem Unfall, der BHE vom Reinfall Dr. Kathers. Ich kann es mir nicht versagen, auf die Ausführungen des SPD-Abgeordneten Seuffert einzugehen, die dieser am 16. Mai bei der Debatte über die von mir vereinbarte Vorfinanzierung gemacht hat. Er sagte wörtlich: „Man muß leider feststellen, daß diese Lastenausgleichsdebatte an ihrem Schluß in eine Atmosphäre der Beiläufigkeit, Schludrigkeit und Nur-schnell-Wegerledigens kommt, die mir außerordentlich bedauerlich erscheint“. Er fuhr dann fort: „Eine derartige Rechnung als Milchmädchenrechnung zu bezeichnen, wäre ja weiß Gott eine Beleidigung des ehrenwerten Berufsstandes der Milchmädchen.“

Es war damals nicht ganz leicht, gegen das Trommelfeuer seitens der Opposition anzukämpfen, zumal die entscheidende Wendung etwas plötzlich und überraschend kam. Hier in Hamburg darf ich daran erinnern, daß der Ausschluß des Landesverbandes der Vertriebenen aus dem Z. v. D. gerade auch deshalb erfolgte, weil seine leitenden Männer,

bar jeder Sachkunde und frei von dem Willen, überhaupt eine sachliche Prüfung vorzunehmen, in der Presse immer wegen meiner Haltung in dieser Frage meinen Rücktritt als Vorsitzender des Z. v. D. auch dann noch verlangten, als der Gesamtvorstand sich bereits hinter mich gestellt hatte. Heute bezweifelt niemand mehr ernstlich, daß wir damals das einzig Richtige getan haben, denn auch die Opposition, die im Bundestag Nein sagte, hat im Bundesrat Ja gesagt, nur ein einziges Land hat gegen dieses Gesetz gestimmt, nämlich das Land, in dem wir uns zur Zeit befinden.

Heute sind wir auch in der Lage festzustellen, wie unsere Rechnung aufgegangen ist. Der Kontrollausschuß beim Bundesausgleichsamt hat am 21. 10. 1952 für das Jahr 1953 insgesamt 3,085 Milliarden DM verplant, davon rund 1 Milliarde DM für die produktive Eingliederung. Unsere Rechnung ist also voll aufgegangen und die Milchmädchen können ruhig schlafen.

Trotz dieser Feststellungen haben wir keine Veranlassung, auf unseren Lorbeeren auszuruhen. Es kommt nicht nur auf die gesetzlichen Grundlagen an; die Ausführung ist nicht minder wichtig. Bis heute ist noch kein Pfennig Kriegsschadenrente gezahlt worden. Es hat also, obwohl nun doch schon etliche Monate ins Land gegangen sind seit der Verabschiedung des Gesetzes, noch niemand von der Erhöhung seines Rechtsanspruches etwas gehabt. Das trifft besonders unsere Alten. Es ist geradezu alarmierend, aus der stetig steigenden Flut von Briefen, die mich gerade aus diesen Kreisen erreicht, die große und sehr begründete Sorge herauszulesen, daß man die Segnungen dieses Gesetzes nicht mehr erleben werde. Gewiß, bei der Hausratenschädigung hat man darauf Rücksicht genommen. Aber das genügt nicht. Hier muß ich eine wichtige und dringende Aufgabe für die Zukunft aufzeigen: Wir müssen auf Mittel und Wege sinnen, wie wir diese Sorge von unseren Alten und Kranken nehmen und sicherstellen, daß sie selbst noch etwas von ihrem Anspruch haben.

Wir stehen überhaupt vor der großen Kalamität, daß die vorhandenen und bewilligten Mittel nicht schnell genug abfließen. Darauf allein ist der zeitweilig hohe Kassenbestand beim Bundesausgleichsamt zurückzuführen. In einer Entschließung vom 28. 3. hat unser Bundesvertriebenenausschuß darauf hingewiesen, daß aus diesem Sachverhalt nur eine Konsequenz möglich ist, nämlich die, für schnelleren Abfluß der Mittel zu sorgen. Schärfstens müssen Versuche zurückgewiesen werden, aus diesem Anlaß dem Fonds neue Lasten aufzubürden oder ihm zustehende Mittel vorzuenthalten. Zur Zeit beträgt der Kassenbestand 375 Millionen DM, hat also fast die normale Höhe erreicht, denn auch das Hauptamt für Soforthilfe hat immer mit einem Bestand von 2—300 Millionen DM gewirtschaftet. Trotzdem muß alles getan werden, um den schnelleren Ablauf des Geldes zu sichern.

Wir haben uns sehr bemüht, die Ursachen der Stockung festzustellen. Es kann mit Sicherheit gesagt werden, daß der schleppende Abfluß darauf zurückgeht, daß hauptsächlich auf der Kreisebene der Lastenausgleichsamter zahlenmäßig und vielfach auch qualitätsmäßig nicht hinreichend besetzt sind. Ich freue mich, daß ich Gelegenheit habe, diese Sorge unseren Freunden aus den Kreisen ans Herz zu legen. Wir wollen nicht aus den Augen verlieren, daß jede Mark, die wir auf diesem Wege vor den Wahlen an den Mann bringen, ein Plus für uns bedeutet. (Beifall.) Deshalb bitte ich Sie alle, dieser Frage Ihre ganz besondere Aufmerksamkeit zu schenken und für Abhilfe zu sorgen.

In dem Betrag, der verplant ist, sind bereits 550 Millionen DM aus der Vorfinanzierung enthalten. Die Beträge sollen über Anleihen der Lastenausgleichsbank und durch steuerbegünstigte Darlehen aufgebracht werden.

Das Gesetz über die steuerbegünstigten Darlehen, das vom Bundestag einstimmig angenommen wurde, ist im Bundesrat gefährdet und konnte in der letzten Sitzung nur durch eine Vertagung vor der Ablehnung bewahrt werden. Das Gesetz kommt am 24. 4. 1953 erneut zur Verhandlung. Es handelt sich um einen Teil unseres Abkommens vom 15. Mai 1952. Die Beträge sind nahezu vollständig verplant. Es würde einen schweren politischen Rückschlag für uns bedeuten, wenn das Gesetz, weil CDU-Regierungen dagegen gestimmt haben, der Ablehnung verfiel. Ich habe deshalb die dringende Bitte an unsere Regierungen, etwaige Bedenken zurückzustellen. Ebenso muß ich an den Bundesfinanzminister die Mahnung richten, die Voraussetzungen für die Auflegung der Anleihe zu schaffen.

Wenn ich gefragt werde, welches die wichtigste und vordringlichste Aufgabe auf unserem Gebiet ist, dann antworte ich: Die Wiederansetzung unserer Bauern. Was bedeutet es für einen Bauern, wenn er nun schon im 9. Jahr fern von seiner Scholle lebt! Von den 300 000, die gekommen sind, sind nur 10% erst wieder angesetzt und davon mehr als die Hälfte auf Kleinbäuerlichen oder Nebenerwerbsstellen. In diesem atemberaubenden Tempo können wir nicht weitermachen, sonst verlieren wir das Rennen um die bäuerliche Substanz des deutschen Ostens. Wir brauchen sie dringend, wenn wir einmal den deutschen Osten wieder besiedeln wollen. Wenn wir so heiß um die Vorfinanzierung und um die Landbeschaffung gestritten haben, so war der Gedanke an unsere Bauern unser stärkster Antrieb. Ich glaube und hoffe, daß wir wenigstens für die ersten Jahre die wichtigsten Voraussetzungen, Land und Geld, sichergestellt haben. Hoffentlich hapert es nicht auch hier wieder mit der Durchführung. Ich habe ernsteste Sorgen in dieser Hinsicht, ich vermissem jeden Versuch einer großzügigen Planung und Koordinierung auf der Bundesebene. Für dieses Werk können wir nicht verzichten — das habe ich schon im Bundestag gesagt — auf die Mithilfe der heimischen Landwirtschaft. Es muß die Solidarität aller Bauern zum Tragen kommen. Wir brauchen sie, wir werden sie auch dann brauchen, wenn wir wirklich einmal vor der Aufgabe stehen, unseren heimatlichen Boden wieder in Kultur zu bringen. Auch dieses Werk werden die Vertriebenen nicht mehr allein vollbringen können. (Beifall.)

Auch die vertriebene gewerbliche Wirtschaft wird uns noch manche Nuß zu knacken geben. Der Mangel an Eigenkapital macht sich bei der kleinsten Krise stark bemerkbar. Die dankenswerten Steuervergünstigungen im Zusammenhang mit dem Bundesvertriebenengesetz reichen nicht aus. Es muß dafür gesorgt werden, daß der Anspruch auf Hauptentschädigung möglichst bald aktiviert werden kann und eine großzügige und unbürokratische, aber sinnvolle Kreditgewährung die bleibenden Lücken schließen. Hier ist ein Betätigungsfeld für eine gute Zusammenarbeit zwischen Bundesausgleichsamt und Lastenausgleichsbank.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist besonders dringlich wegen des unverhältnismäßig hohen Anteils der Vertriebenen und Flüchtlinge. Sie kann aber nicht dem Lastenausgleichsfonds allein oder vorzugsweise aufgebürdet werden. Die Koalition hatte sich bereitgefunden, für diese Aufgabe Mittel in gewissen Grenzen zur Verfügung zu stellen. Es ist der Opposition gelungen, über den Vermittlungsausschuß diese Grenzen zu beseitigen. Wenn aber im Bundesausgleichsamt und Kontrollausschuß Tendenzen immer stärker hervortreten, den nicht geschädigten Betrieben im Einzelfall Millionenbeträge zur Verfügung zu stellen, so müssen wir dagegen protestieren. Das ist eine Zweckentfremdung der Lastenausgleichsmittel. Ich muß leider feststellen, daß wir in einer Weise, die auf der anderen Seite unmöglich gewesen wäre, zugelassen haben,

daß sich bei diesen Stellen Einflüsse durchsetzen, die gegen uns gerichtet sind.

Ein Wort zum Problem der Sowjetzonenflüchtlinge vom Standpunkt der Vertriebenen aus. Das Vertriebenengesetz bringt die volle Gleichstellung. Ich selbst habe schon vor Monaten mit meinen vertriebenen Kollegen ein Gesetz eingebracht, das die Vorteile des Lastenausgleichs in weitestem Umfange auf die Flüchtlinge erstrecken will. Was ich vor einiger Zeit in Berlin gesagt habe, wiederhole ich hier: „Die Vertriebenen sind notfalls bereit, das Letzte mit den Flüchtlingen zu teilen.“ (Beifall.) Diese Stellungnahme bedeutet aber nicht, daß wir damit einverstanden sind, daß man der Einfachheit halber diese Last den Vertriebenen aufbürdet, indem man den schmalen Kuchen noch einmal teilt. Nein, erst kommt die Allgemeinheit und vor dieser kommen die Besatzungsmächte. Auch auf die Gefahr, mich hier oder dort unbeliebt zu machen, muß ich immer wieder darauf hinweisen, daß hier eine echte Rechtsverpflichtung der Alliierten vorliegt. Sie sind im Besitz der Staatsgewalt, sie wollten eine Einheit sein und sind es auch. Ob sie an dem Tatbestand, der uns diesen täglichen und gefährvollen Zuwachs bringt, ein Mitverschulden tragen, kann dahingestellt bleiben, ihre Mitverantwortung steht außer Zweifel. Die Bereitschaft zur Mithilfe muß auch aus der Bereitschaft zur Integration Europas kommen, denn hier droht eine europäische Gefahr. Ich möchte auch diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne der Königin von Holland zu danken dafür, daß sie nun schon zu wiederholten Malen so hochherzig sich auch unserer Schicksalsfrage angenommen hat. (Beifall.)

Wir wollen niemals übersehen, daß alles, was wir für die Vertriebenen und Flüchtlinge tun, letzten Endes doch auch der Gesamtheit zugute kommt. Erst vor wenigen Tagen hat der bayerische Wirtschaftsminister Seidel erklärt: „Die Vertriebenen haben Bayerns Wirtschaft wertvoll befruchtet, sowohl als Unternehmer wie als Fachkräfte. Sie haben alles verloren und praktisch mit nichts den Neuaufbau begonnen. Ich habe großen Respekt vor dieser Leistung.“

Die Vertriebenen haben noch eine andere große Leistung aufzuweisen. Ihnen ist es wesentlich mit zuzuschreiben, wenn die Bundesrepublik sich so widerstandsfähig gegenüber dem Kommunismus gezeigt hat wie kaum eine andere westliche Demokratie. (Beifall.) Auf Grund ihres Schicksals sind sie die getreuesten Gefolgsleute der Außenpolitik unseres Bundeskanzlers. (Beifall.)

In der zweiten Lesung des Vertragswerkes habe ich diesen positiven Standpunkt vertreten, während zwei Abgeordnete des BHE ihre ablehnende Meinung vertraten. Die Reaktion aus den Kreisen der Vertriebenen war völlig eindeutig, und es ist sicherlich auch darauf mit zurückzuführen, daß Herr Kraft inzwischen seinen Standpunkt überprüft hat.

Die Vertriebenen werden sich auch durch die neue Entwicklung nicht irre machen lassen, während es mir nicht so sicher erscheint, ob es nicht sonst viele geben wird, die auf die neuen Sirenenklänge hereinfallen, eine Gefahr, die durch die Haltung der SPD nicht vermindert wird. Es gibt nur eine Haltung gegenüber dem neuen Kurs aus Moskau: Jede Verhandlungsmöglichkeit wahrnehmen, sich aber keine Sekunde dadurch abhalten lassen, das Notwendige zu tun. (Beifall.)

Aber eins muß ich doch vorbringen. Wenn von der Wiedervereinigung Deutschlands gesprochen wird, darf niemals der Eindruck erweckt werden, als ob sie sich auf das Gebiet diesseits der Oder-Neiße-Linie beschränken könnte. So sehr die Vertriebenen es ablehnen, mit Gewalt die Heimat wiederzugewinnen, so wenig wollen sie einen Zweifel aufkommen lassen, daß sie niemals auf ihr Heimatrecht verzichten werden. (Beifall.)

In der von mir beantragten Entschlieung des Bundestages bei der 2. Lesung des Vertragswerkes heißt es: „Ein dauerhafter Friede kann nur begründet werden auf der Anerkennung der allgemeinen Menschenrechte, insbesondere des Rechts der persönlichen Freiheit, die auch das Recht umfaßt, in der angestammten Heimat zu leben und über Staatsform und Staatsangehörigkeit selbst zu bestimmen.“ Daran werden wir unverbrüchlich festhalten und wir fordern von der Bundesregierung, daß sie sich mit Nachdruck für unser Recht einsetzt.

Zum Schluß noch ein Wort zu den Bundestagswahlen. Wenn hier und da die Meinung auftaucht, die Vertriebenen werden doch in ihrer überwiegenden Mehrheit in die politische Absonderung gehen, so muß diese Auffassung als unrichtig und als gefährlich bekämpft werden. Sie wird auch vom Bundesvorstand und vom Parteiausschuß einmütig abgelehnt. Der gesamtdeutsche Block hat bisher noch bei keiner Wahl mehr als 50% der heimatvertriebenen Stimmen auf sich ziehen können. Mein Referat hat, glaube ich, dargetan, daß keinerlei Tatsachen vorliegen, die ein für uns ungünstigeres Ergebnis erwarten ließen. Im Gegenteil! Es ist meine aufrichtige Überzeugung, daß die Aussichten gut sind, allerdings müssen gewisse Voraussetzungen erfüllt werden. Es dürfen keine Fehler mehr gemacht werden, die die erlangten Erfolge in Frage stellen würden. Die gemachten Zusagen müssen eingehalten und es muß mit aller Kraft darauf hingewirkt werden, daß die Wirkungen der verabschiedeten Gesetze in möglichst großem Umfange noch vor den Wahlen zum Tragen kommen.

Der Wahlkampf muß nach einheitlichen Grundsätzen im engsten Einvernehmen der maßgeblichen Parteistellen und der Vertriebenenausschsse geführt werden. Es kann nicht weiter hingenommen werden, daß jeder auf eigene Faust Vertriebenenpolitik macht, auch wenn er keine Verantwortung trägt und über die notwendige Sachkunde nicht verfügt. Die Vertriebenenausschsse sind dazu da, die Partei in diesen Fragen zu beraten und sie müssen bei wichtigen Entscheidungen vorher gefragt werden. Ein anderes Verfahren muß zu politischen Rückschlägen führen.

Jetzt das Wichtigste: Bei der Kandidatenaufstellung müssen die berechtigten Wünsche der Vertriebenen berücksichtigt werden. Es handelt sich im ganzen um mehr als 6 Millionen Wähler, und zwar um Wähler, die nicht in dem Maße parteipolitisch festliegen wie die übrigen Bewohner der Bundesrepublik. Man beachtet nicht genügend, welche ungeheure Zahl von Stimmen hier zu gewinnen, aber auch zu verlieren ist. Ganz besonders bitte ich zu bedenken, welche ausschlaggebende Rolle den Vertriebenen bei der Stchwahl, die in Aussicht genommen ist, zufallen wird. Um sich das klar zu machen, muß man sich vergegenwärtigen, daß es sogar linksrheinische Wahlkreise gibt, in denen 20 000 Vertriebene und mehr ansässig sind, während es sich in den stark belegten Ländern noch um ganz andere Zahlen handelt. Man kann die Bedeutung dieser Frage gar nicht überschätzen.

Die Vertriebenen werden nicht bereit sein, Parteien zu unterstützen, die ihren Wünschen ablehnend gegenüberstehen. Schon bei der vergangenen Bundestagswahl sind aus diesem Grunde über 1 Million Flchtlingsstimmen verloren gegangen. Ich darf ferner daran erinnern, daß Herr Loritz, den Sie aus dem Bundestag alle gut kennen, mit Vertriebenenstimmen in den Bundestag eingezogen ist. Er hatte die Lizenz, aber keine Stimmen, bei jenen Vertriebenen war es umgekehrt, und so kam diese unnatürliche Verbindung zustande, die 12 Abgeordnete in das Parlament brachte. Solchen Experimenten sollte durch eine vernünftige Kandidatenaufstellung entgegengewirkt werden.

Es ist zu begrüßen, daß auch die überparteilichen Organisationen, insbesondere der Zentralverband der vertriebenen Deutschen,

nicht alles auf eine Karte zu setzen bereit sind, sondern den Willen haben, ihre Vertrauensleute über möglichst viele Wege in den Bundestag zu bringen. Eine Verständigung sollte bei beiderseitigem gutem Willen möglich sein. Die Parteien haben das Recht, Kandidaten aufzustellen, die sich zu ihnen bekennen und ihr Vertrauen haben, und umgekehrt wird bei den Vertriebenen der die größte Zugkraft ausüben, der ihnen aus jahrelanger Arbeit für seine Schicksalsgefährten bekannt ist.

Es ist das zur Zeit wichtigste Anliegen der Vertriebenen in der CDU, daß diese Grundsätze bei der Auswahl der Kandidaten überall beachtet werden. Wenn das geschieht, wenn wir einig und geschlossen und mit klarer Zielsetzung in den Wahlkampf gehen, wenn die Vertriebenen wissen, daß ihre Stimmen auch Männern zugute kommen, auf die sie sich verlassen können, dann brauchen wir um den Ausgang der Wahl nicht besorgt zu sein.

Wir von den Vertriebenen aus werden uns dann mit ganzer Kraft im Wahlkampf für die Sache der Christlich Demokratischen Union einsetzen und dazu beitragen, sie zu dem Erfolg zu führen, den wir im Interesse Deutschlands haben müssen. (Starker Beifall.)

Das Wort nahm zum gleichen Thema

Ministerialdirektor Dr. P. P. Nahm:

Wenn ich von der Sicht des Vertriebenenministeriums aus zu der gleichen Frage Stellung nehme, so geschieht das, weil der Vertriebenenminister infolge schwerer Krankheit in Davos weilt. Ich möchte ihm — wohl auch in Ihrem Namen — einen Gruß nach Davos senden und ihm baldige Genesung wünschen. (Lebhafter Beifall.)

Wenn ich als Einheimischer zu dieser Vertriebenenfrage Stellung nehme, so geschieht das in besonderem Auftrag auch zu dem Zweck, um augenfällig zu machen, daß die Vertriebenenfrage Aufgabe des gesamten Kabinetts und aller Vernünftigen in der einheimischen Bevölkerung ist. (Beifall.)

Alle, die sich aus Schicksal, Pflicht oder Neigung in den letzten Jahren der Vertriebenenfrage verschrieben haben, dürfen heute mit Genugtuung feststellen, daß wir sie aus dem deutschen Ghetto erlöst haben und aus der einfachen charitativen Betrachtung hineingeführt haben in die Sphäre sozialer, wirtschaftlicher und internationaler Überlegung. Es wurden in gemeinsamer Arbeit 6 Wege gefunden und — so möchte ich sagen — fast zwangsläufig für die Zukunft festgelegt:

1. den Wohnungsbau für die Vertriebenen. Ihn galt es zu finden und zu fundieren. Hier möchte ich mir einen kommentierenden Satz gestatten. Wir müssen mehr denn je Wert darauf legen, daß besonders aus den Lastenausgleichsmitteln, die zur Wiederherstellung von Privateigentum bestimmt sind, nicht Kollektivvermögen, sondern tatsächlich Privateigentum gebildet wird. (Beifall.)
2. Ein weiterer schwerer Weg ist der der Kreditbeschaffung, um wieder selbständige Existenzen zu gründen.
3. Die Arbeitsbeschaffung,
4. die landwirtschaftliche Siedlung,
5. die Umsiedlung aus den überbelasteten, Ländern kleinerer wirtschaftlicher Potenz,
6. die soziale Versorgung derer, die für die Eingliederung nicht mehr in Frage kommen.

Das Ganze wird gekrönt von dem Lastenausgleichsgesetz und dem Vertriebenengesetz.

Diese sechs Wege wurden im In- und Ausland kritisch geprüft. Grundsätzlich neue Wege wurden nicht gefunden. Man kann andere Prioritäten

herausstellen, die Gewichte verlagern, aber Neues ist wohl nicht mehr herauszustellen. Wenn wir unserer Bundesregierung einen Vorwurf nicht ersparen können, dann ist er der, mit diesen positiven Leistungen viel zu wenig Propaganda gemacht zu haben. (Sehr richtig! und Beifall im Hause.)

Ich stütze mich hier auf ein Schreiben des internationalen Roten Kreuzes vom 23. März dieses Jahres, in dem es heißt, daß der Anteil an dem Erreichten viel zu bescheiden dargestellt wird.

Lassen Sie mich 4 Aufgaben und Zahlen nennen, die zugleich Leistungen enthalten. Wir haben bis zur Stunde 375 000 Vertriebenenfamilien in Neubauwohnungen untergebracht. Noch befinden sich aber 300 000 in Lagern und Elendsquartieren, so daß wir 5 Jahre Fortsetzung des sozialen Wohnungsbaues gebrauchen, um die Parität zwischen Flüchtlingen und Einheimischen in der Wohnung herzustellen.

43% der ehemals Selbständigen sind wieder selbständig geworden, wenn auch einige Stufen tiefer. Rechnen wir nun jene herein, die sich durch Einheirat selbständig zu machen wußten — vom Pantoffelheld abgesehen — (Heiterkeit im Hause), oder jene, die infolge Alters nicht mehr für die Eingliederung in Frage kommen, dann brauchen wir noch 30% einzugliedern — der Rest ist immer das Schwierigste —, um die volle Aufgabe bewältigt zu haben. Vergessen wir hier aber nicht das eine dringende Anliegen: Wenn wir nicht bereits den bestehenden selbständigen Existenzen dadurch zu Hilfe kommen, daß wir sie aus der drückenden Zinslast des Fremdgeldes befreien, wird viele Eingliederungsarbeit wieder in sich zerbrechen.

Am 1. Januar 1951 stellten die Vertriebenen 36,5% unter den Arbeitslosen, am 1. 3. 1953 noch 29%. Wir sehen die Degression, zugleich aber auch die Tatsache, daß die Vertriebenen die Hauptlast der Arbeitslosigkeit tragen. Hier möchte ich einem generellen Einwand begegnen, der da sagt: Bewegt sich unsere Wirtschaft nach oben, nehmen ja die Vertriebenen ohne weiteres an der Aufwärtsentwicklung teil. Das, meine lieben Parteifreunde, gilt nur relativ. Sie nehmen zur Hälfte an der Aufwärtsentwicklung teil, aber doppelt an jeder Krise!

Auf Grund des Umsiedlungsgesetzes waren bis zum 1. März d. J. 492 579 aus Schleswig-Holstein, Bayern und Niedersachsen umgesiedelt. 257 421 Personen bleiben noch auf Grund der Bundestagsbeschlüsse umzusiedeln.

Man begegnet vielfach der Auffassung, daß die Lastenausgleichsabgabe und der Steuerzettel von der eigenen Arbeit bei der Eingliederung, überhaupt von der eigenen sozialen Verpflichtung, entbinde.

Das wäre in einer christlichen Partei traurig, wenn das Allgemeingut werden würde. Das erlösende Verhältnis von Mensch zu Mensch darf nicht in der behördlichen Papierflut versinken. (Bravo-Rufe im Hause.) Für die persönliche Initiative bei der Hilfeleistung und Eingliederung bleibt noch genügend Spielraum. Der Initiative des Gewissens kann durch keine gesetzliche Abgabe eine Grenze gesetzt werden.

Wir bewundern die großen Leistungen, die unsere Parteifreunde Dr. Schäffer und Prof. Erhard vollbracht haben. Aber wir dürfen doch auch einmal sagen — ich sage es bewußt als Einheimischer —: Hätten nicht unsere Vertriebenen und das ganze Heer der Kriegsgeschädigten auch in den kritischsten Tagen so viel Disziplin gehalten und damit viele echte nationale Haltung gezeigt, wären diese Leistungen wohl nicht möglich gewesen. (Beifall.)

Ich darf aber auch feststellen: Ohne daß der Bundesfinanzminister allen Lockungen zum Trotz die Deutsche Mark zu einer Edelvaluta gemacht

und die Bundesfinanzen eisern in Ordnung gehalten hätte — ohne daß es dem Bundeswirtschaftsminister gelungen wäre, die erstarrte Wirtschaftsform zu brechen und der deutschen Wirtschaft die Impulse der Initiative und der Kapitalbildung wiederzugeben —, wäre der größte Teil der Leistungen für Vertriebene und Kriegsgeschädigte nie möglich geworden. So müssen wir die große innere Verpflichtung erkennen, die ich in einem Satz zum Ausdruck bringen möchte: Die beste deutsche Politik ist auch immer die beste Vertriebenenpolitik.

Die Position und die Leistungen des Vertriebenenministeriums sind umstritten. Ich will mich als Partei dazu nicht äußern. Nur folgendes: Die Existenz eines Vertriebenenministeriums bedeutet für die anderen Ministerien keine Entlastung von der Verantwortung für die gesamte Vertriebenenfrage. (Beifall.) Auf der anderen Seite bedeutet sie für das Vertriebenenministerium keinen Monopolanspruch. Alle Fachministerien müssen stets das besondere Mandat aus der Vertriebenenfrage für das Gesamtkabinett erkennen. Sie werden sich alle der Stimmen erinnern, die 1945 bis 1947 wieder laut wurden: Mein Gott, wenn diese Woge über uns bricht, sie wird uns unter sich begraben, wir werden uns nie mehr von dieser Last erheben können. Heute dürfen wir sagen: Wären die Vertriebenen nicht zu uns gekommen — wir wollen die Dinge auch einmal positiv sehen —, fehlten uns 2—2½ Millionen Arbeitskräfte, um unser heutiges Sozialprodukt überhaupt zu erzeugen!

Es hat sich an dieser Frage gezeigt, daß eine kühne soziale Haltung zugleich eine kluge volkswirtschaftliche Tat ist. Ich möchte Sie bitten, diese Lehre auch auf den verbleibenden schwierigsten Teil der Vertriebenenfrage anzuwenden. Ich wiederhole das, was Herr Dr. Kather hier soeben eindringlich vor Sie hingetragen hat: Wenn wir nicht die Bauernfrage allen Ernstes angreifen und zu einer Lösung führen, dann werden wir manches Bekenntnis zu Gesamtdeutschland und zur Heimkehr und Wiederbesiedlung des deutschen Ostens gefährden. Hier ist die Aufgabe mit den größten objektiven Schwierigkeiten. Hier ist aber auch die Aufgabe mit der größten nationalen und europäischen Pflicht.

Sollte einmal die Wiederbesiedlung des alten deutschen Bodens im Osten möglich werden, dann kehrt nicht der Beamte, Kolonialwarenhändler oder Hofschmied zuerst dorthin zurück, sondern der Bauer. (Beifall.)

Es wurde auch von Meinungsverschiedenheiten innerhalb von Partei und Fraktion in der Vertriebenenfrage gesprochen. Ich habe in diesen Meinungsverschiedenheiten nie ein beklagenswertes Symptom gesehen. Wir haben ja keine gedruckten Hörigen eines anonymen Parteiapparates, sondern Persönlichkeiten. Wir haben ja keine Waschlapfen, sondern Kerle. Weil wir uns den Luxus der Persönlichkeiten leisten können, deshalb haben wir es auch nicht notwendig, Gegensätzliches zu kaschieren, sondern auf der höheren ethischen Ebene, der Gemeinschaft, zu binden.

Nun ein Wort zu den Flüchtlingen aus der sowjetischen Besatzungszone. Eine Rundfrage bei dem Institut für Demoskopie in Allensbach hat auf die Frage, „wer ist für und wer ist gegen die Aufnahme der Flüchtlinge aus der Sowjetzone“ von 85% der Befragten eine Zustimmung erhalten. (Bravo-Rufe im Hause.) Damit hat sich unser Volk eine Note gegeben, wie sie günstiger gar nicht gestaltet werden kann. Ich möchte hier einmal sagen: Unser Volk ist viel besser als der Ruf, den wir ihm mitunter selbst geben. (Sehr richtig! im Hause.) Wäre nicht das Gute millionenfach seit 1945 immer wieder aus unserem Volke still hervorgebrochen, dann säßen wir nicht hier, sondern wir wären in einem Chaos versunken. (Beifall.) Wir dürfen mit Stolz und

Genugtuung zur Kenntnis nehmen, daß die Zahl der Böswilligen und Destrukturen verschwindend gering ist. Sie kommen nur durch jene zur Herrschaft, die sich absolutieren zu können glauben. Die „Ohne-mich-Parole“ ist die gefährlichste politische Parole unserer Zeit, weil sie den Zubringerdienst für die Destruktion versieht.

Unsere Haltung gegenüber der gesamtdeutschen Frage wurde oft verdächtigt. Man hat uns unterschoben, daß wir aus parteipolitischen Gründen dieses Gesamtdeutschland gar nicht wollten. Wer die Stimmen aus Mitteldeutschland hört und sich mitten unter die Begebenheiten hat, die in Verzweiflung fliehen mußten, der weiß, daß wir parteipolitische Befürchtungen überhaupt nicht zu hegen brauchen. (Beifall.)

Nirgends ist die klare und entschiedene Außenpolitik unseres Kanzlers so klar verstanden worden wie von diesen Leuten, die den Lug und Trug so vor Augen haben, daß sie nicht mehr auf ihn hereinfallen. (Beifall.)

Wenn aber noch ein Rest von Zweifel geblieben sein sollte, so hat die schnelle und entschlossene Hilfe, die unser Bundeskanzler für Berlin und die Sowjetzonenflüchtlinge einleitete und durchführte, bei gutwilligen Leuten den letzten Zweifel zerstört. Wir haben seit 1. Januar d. J. über 100 000 Personen aus Berlin ausgeflogen und in der Bundesrepublik aufgenommen. Wir sind der akuten Bedrohung Berlins innerhalb von 8 Wochen Herr geworden, indem wir Ordnung und Klarheit in ein Zahlengebäude gebracht haben und in dem die Länder, Kreise und Gemeinden des Bundesgebietes wiederum ein glänzendes Beispiel der Hilfsbereitschaft geboten haben. (Beifall.)

Wir müssen jedoch hier einigen Gefahren begegnen. Die erste ist die, die mitunter gestützt wird durch Darstellungen, daß diese Aufgabe mit dem Auszug aus Berlin beendet ist. Nein, meine Damen und Herren, damit beginnt der schwierigste Teil der Aufgaben.

Die zweite Gefahr, die Massenflucht aus der sowjetischen Zone, hat sich derart in die Optik des eigenen Volkes und der Welt gespielt, daß die Gefahr besteht, die noch ungelösten Teile des Vertriebenenproblems in den Hintergrund zu drücken und zum Verblassen gebracht werden. Wir bejahen die Optik, müssen aber auf der Hut sein, daß die 8 Millionen Vertriebenen und die 2 Millionen Geflüchteten aus der sowjetischen Zone für uns ein einziges Problem sind und ein einziges Mandat an unserer gesamten Nation darstellen. (Sehr richtig! im Hause.)

Wer hier den Vorspann macht, das soll uns gleich sein. Die Hauptsache ist, daß gezogen wird. Diese 10 Millionen sind auch das unteilbare Objekt für jede internationale Hilfeleistung. Unsere Hilfe für die Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone ist eine Folge unserer Auffassung von unserem gesamtdeutschen Mandat. Wenn wir im Grundgesetz den Anspruch darauf erheben, die Repräsentanz für Gesamtdeutschland darzustellen, dann bedeutet das in der Praxis, daß wir für jeden, der in Not und Bedrängnis die Zone verläßt, jederzeit dazusein haben. (Beifall.)

Wir werden die Beruhigung nicht drüben in die Zone dadurch hineinragen, daß wir vom sicheren Ort aus sagen: ihr habt dazubleiben, — hinterm Ofen läßt sich trefflich raten, — sondern nur dadurch, daß wir sagen: ohne akuten Grund braucht keiner zu fliehen, denn wir werden jederzeit für euch dasein und wir werden die Grenzen niemals schließen.

Wenn mitunter die Frage an mich gestellt wird, warum machen denn die Russen nicht auch noch Berlin dicht, so möchte ich darauf mit einem Satz antworten, daß der Wunsch, der hinter dieser Frage zu erkennen ist, bereits ein Verbrechen an Gesamtdeutschland darstellt. (Beifall.)

Ein Wort zur Frage der Jugend, die aus der Zone zu uns flüchtet. 3 — 5000 sind es allmonatlich, die im Alter zwischen 16 und 24 Jahren allein ohne familiären Anschluß zu uns kommen, mit einer schwerverwundeten oder völlig ausgebrannten vom Materialismus zerstörten Seele. Diese jungen Menschen werden uns, weil sie wohnraum- und arbeitsmäßig ohne größere Reibung unterzubringen sind, nur so aus der Hand gerissen. Ich aber möchte sagen: Wir sollten uns reiflich überlegen, ob wir diese Jugendlichen allein nach dem Gesichtspunkt der bequemerer Unterbringung und nach den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes einfach den Gefahren einer nicht verstandenen totalen Freiheit aussetzen? (Sehr wahr! im Hause.) Oder haben wir nicht die primäre Pflicht der Fürsorge an dieser Jugend, um sie heranzubilden zu wichtigen und tragenden Mitgliedern unserer demokratischen Gesellschaft? (Beifall.)

Unsere Landwirtschaft hat einen großen Kräftebedarf und sieht sich überall nach diesen Jugendlichen um. Gebe Gott, daß der Bauer, der sich einen solchen Jugendlichen holt, in ihm nicht die saisonbedingte Arbeitskraft sieht, die er nach Einbringen der Hackfruchternte wieder auf die Straße jagt, sondern daß er an diesem Jugendlichen Vaterpflichten ausübt, daß er Nachsicht mit ihm hat, ja, daß er Seelsorger ist. Bedenken wir, daß dieser Jugendliche sein Urteil über Demokratie und Freiheit nach dem Antlitz und dem Betragen dieses seines ersten Arbeitgebers bildet. (Beifall.)

In der Jugendfrage überhaupt, über die morgen in Extension zu reden sein wird, gilt es, Vorurteile zu opfern. Es ist völlig falsch zu glauben, der Jugendliche lehne eine Belastung ab. Nein, er schreit nach ihr. Wenn wir oft fragen, wie gelingt es denn den totalitären Staaten, die Jugend — sagen wir es doch offen — „echt“ zu begeistern, dann liegt es nur darin, daß man ihnen Aufgaben, wenn sie auch falsch sind, zu übertragen und sie so zu binden weiß. Unsere Jugend will nicht bei den großen Aufgaben nebenher laufen. Die Zustimmung, die die Außenpolitik unseres Kanzlers gerade bei der Jugend findet, sollte uns eine Lehre in mehr als einer Beziehung sein.

Ich bin überzeugt, daß die Vertriebenen- und Flüchtlingsfrage uns geschickt ist, um zu beweisen, daß wir auch jenseits von Parade und Lippenbekenntnis am Karfreitag unserer Nation eine echte Volksgemeinschaft darzustellen wissen. Noch nie haben wir eine solche Last getragen, aber auch noch nie solche Chancen gehabt, aus dieser Last ein neues Antlitz der Welt zu formen. Ich glaube, wir können uns weiter hinter diese Aufgabe stellen, denn wir fühlen in uns die ungebrochene Kraft, die Bewährungsprobe auch weiterhin bis zu ihrer Vollendung zu tragen. (Starker, langanhaltender Beifall.)

Aussprache

Präsident Simpfendorfer:

dankte Dr. Nahm, der einen wesentlichen Beitrag zur Gestaltung des Programms lieferte, und eröffnete die Aussprache:

Diese Aussprache soll ein wesentlicher Teil unseres Beisammenseins sein. Sie soll deshalb möglichst ausführlich und gründlich sein; viele sollen sich daran beteiligen. An sich haben wir zur Diskussion unbegrenzte Zeit. Es soll sich nachher niemand beklagen können, wir hätten keine Zeit zur Aussprache gegeben. An die Diskussionsredner habe ich aber eine Bitte. Wir wollen zeigen, daß wir diskutieren können; die Diskussionsbeiträge sollen möglichst kurz sein, also keine neuen Referate, auch keine Wiederholungen. Deshalb wollen wir uns alle Mühe geben, einen guten Beitrag zu liefern.

Als erster hat das Wort

Ernst Lemmer, M.d.B., Berlin:

Einen echten Diskussionsbeitrag zu leisten ist sehr schwierig. Einmal, weil schon so viel Richtiges, Erschöpfendes gesagt worden ist, daß man Gefahr läuft, Wiederholungen auszusprechen. Es ist außerdem schwierig, weil der Sinn dieses Parteitages der geistige Aufmarsch für die große Wahlentscheidung dieses Jahres ist. Das Argument, das der Gegner gegen uns erhebt, es sei hier nur ein Parteitag der Deklamation, ist wohl nicht stichhaltig. Wir haben schon aus dem Gesprochenen seit gestern diese reiche Variiierung und Nuancierung unserer politischen Gedanken so feinhörig vernehmen können, daß wir fühlen, daß über unserer gänzlich neuen Partei — wie es Ehlers formulierte — ein sehr weiter Bogen gespannt ist. Wer in den Fraktionen der Partei irgendwo wirkt, der weiß auch, daß uns, weil wir keine Klassen- und Interessentenpartei sind, jede politische Entscheidung schwerfällt, weil sie vor unserem Gewissen aus der Vielgestaltigkeit unserer Parteizusammensetzung heraus gewissermaßen erkämpft werden muß. Wir haben Spielraum und geistige Bewegungsfreiheit, weil wir keine formelle oder informelle Generallinie kennen.

So darf ich nun, von diesen Bemerkungen ausgehend, einige Ausführungen als echte Diskussion zu dem machen, was wir bereits gehört haben. Unter dem Eindruck der Ausführungen unseres Freundes Wuermeling, habe ich sehr stark empfunden — ich glaube, ich habe ihn nicht mißverstanden —, daß er meine Meinung teilt, daß wir zwar in einer natürlichen Bundesgenossenschaft mit den politischen Gruppen in den Wahlkampf gehen, die mit uns gemeinsam die Verantwortung für das Geschehen zu tragen haben und auch freudig tragen wollen, daß freundschaftliche Beziehungen sich daraus zwangsläufig ergeben, daß wir dabei aber nicht vergessen wollen, daß Koalitionen stets nur Zeitgebilde sein können und nicht zu Dogmen erhoben werden dürfen. Eine zielsichere, selbstbewußte und starke Partei muß dahin streben, mit den Mandaten der Wähler die Dinge einmal allein zu machen. (Beifall.)

Lassen Sie mich das auch einmal andersherum sagen. Ich habe meine schwerwiegenden Gründe gehabt, in dieser furchtbaren Zeit des Frühjahrs vor 8 Jahren, als wir uns überlegten, die politische Neuformung durchzuführen, den Weg zur FDP oder SPD nicht finden zu können. Ich habe ein Empfinden für die Notwendigkeit dieser unserer Partei gehabt und kann deshalb im Wahlkampf nur für diese allein mit ganzem Herzen eintreten. (Beifall.)

Mit dem Blick auf den künftigen Bundestag lassen Sie mich auch etwas ansprechen. Ich weiß nicht, ob mein Freund Franz Josef Strauß im Saale anwesend ist. Das Grundgesetz ist für mich ein Provisorium; es ist gut. Wir sind glücklich, auf seiner Grundlage wirken zu können. Aber die große Aufgabe nach der Zurückgewinnung der Souveränität unseres Volkes wird die sein, nicht von heute auf morgen, nicht einmal von einem Jahr in das andere, sondern auf sehr weite Sicht, erst die endgültige Verfassung unseres nationalen Lebens ohne indirekte oder direkte Einwirkung oder Begrenzung durch andere vorzunehmen. (Beifall.)

Dann werden wir vielleicht in unseren Reihen, weil wir eine echte demokratische Partei sind, geistige Diskussionen zu führen haben. Zum Föderalismus bekennen wir uns programmatisch. Also muß ich das dann auch tun. Aber es gibt verschiedene Vorstellungen von Föderalismus. (Sehr gut!) In Erinnerung an die beschwörenden Worte unseres Freundes, des Bundesfinanzministers Dr. Schäffer, vor der Fraktion des

Bundestages lassen Sie mich dazu folgendes sagen: Schäffer ist alter Föderalist. Niemand wird seine föderalistische Gesinnung und Grundanschauung anzweifeln können. Er beschwor die Fraktion und über die Fraktion unsere Freunde in den Länderregierungen, zu begreifen, daß der Föderalismus auch von denen zerstört werden kann — nicht nur von den Zentralisten, die wir bekämpfen —, die nicht begreifen, daß das Oberste immer noch bleibt: „Gebt dem Bunde, was des Bundes ist.“ (Starker Beifall.)

Wir gehen den Weg in ein Europa hinein. Ich stelle fest, wohl übereinstimmend mit unseren Freunden der CSU: In Europa kann nur der Bund, das heißt Deutschland, als Ganzes integriert werden. Wir warnen vor Spekulationen, hier Schritte zu tun, die wir aus nationalen Notwendigkeiten leidenschaftlich ablehnen müssen. (Beifall.) Ich glaube, daß dies gegenüber manchen besorgten Wählern ausgesprochen werden darf, die hier Befürchtungen haben und denen wir versichern dürfen, daß unser Föderalismus eine dienende Auffassung am gesamten Vaterland ist und niemals anders gemeint werden kann.

Noch ein Drittes. Wir stehen unter der überragenden Autorität einer Persönlichkeit, wie Konrad Adenauer. Wir fühlen uns nicht nur miteinander in der Gesinnung verbunden, um das große Wort „Weltanschauung“ einmal zu vermeiden, sondern wir fühlen uns auch verbunden in der Überzeugung, daß diesem Mann auf seinem schicksalhaften geschichtlichen Weg redlich zu folgen; nur eine politische Tugend genannt werden kann. (Beifall.)

Ich will freilich nicht verhehlen, daß ich im Blick auf unsere noch junge Partei manche Besorgnisse habe, daß zum Beispiel dieser Konrad Adenauer uns allzusehr an Haupteslänge überragt und ich infolgedessen eine leichte Sorge habe, daß diese demokratische Entwicklung in unserer Partei von dem Gewicht der großen Autorität dieser Persönlichkeit für die Zukunft erdrückt werden könnte. Denken wir an Bismarck, die geschichtliche Erfahrung, als Bismarck das Steuer des Reichsschiffes nicht mehr in der Hand hatte. Da war, wie ich glaube, zunächst einmal eine Unsicherheit entstanden. Ich will mit diesen Worten sagen — ich bedauere, daß der Bundeskanzler es nicht hört, weil ich weiß, daß er mit mir einverstanden ist, wenn ich sage —, daß wir nun auch geistig es uns nicht so leicht machen dürfen und daran zu arbeiten haben, im Geiste des nun schon Geschichte gewordenen großen Mannes unsere ideologische und programmatische Entwicklung weiterzutreiben.

Ich darf hier sagen, wie tief uns die Worte des Bundeskanzlers auf dem letzten Exil-Parteitag in Bonn bewegt haben. Wer Konrad Adenauer — ich wiederhole es, es ist schon einmal gesagt worden, möchte es aber aus meinem Munde aussprechen — unterstellt, daß sein innigstes und heiligstes Anliegen nicht die Vereinigung aller Deutschen in einem Staatsverband ist, der ist unmoralisch mit solchen Behauptungen. (Beifall.)

Diese Wiedervereinigungspolitik setzt voraus, daß ein lebensfähiger geachteter deutscher Teilstaat wenigstens existiert. Es ist das Verdienst der Politik der Bundesregierung, des Kanzlers und aller Männer und Frauen, die geholfen haben, daß eben dieser deutsche Teilstaat heute ein Instrument der internationalen Politik geworden ist. Nur die Gesundung, wenigstens des einen, des freien Teiles Deutschland, schafft doch überhaupt erst die Voraussetzung, um unseren Brüdern jenseits der Demarkationslinie in Frieden eines Tages auch unsere Freiheit schenken zu können. (Beifall.)

Lassen Sie mich schließen; es soll ein Diskussionsbeitrag sein. Die CDU und CSU ist sich, das darf ich versichern — nicht Ihnen, sondern anderen,

die zuhören —, einig darin, daß unser Weg nach Europa nicht bedeutet etwa eine Abkehr von den uns national gestellten Problemen, die Einheit unseres Vaterlandes wiederherzustellen. Auch unsere Freunde in der Welt haben ja durch die klaren Ausführungen des Kanzlers zur Kenntnis nehmen müssen, daß wir Deutsche uns niemals mit einer Politik des *Modus vivendi*, die manchem bequem sein könnte, abfinden werden, daß wir — so sagte ich in Bonn — vielmehr von einer heiligen Unruhe beseelt sind, bis der Tag der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes da ist. (Starker Beifall.)

Ernst Majonica, M.d.B. (Junge Union, Westfalen):

Es scheint mir kein Zufall zu sein, daß die Weimarianer aller Schattierungen, alle restaurativen Kräfte, die sich im Augenblick in der Bundesrepublik tummeln, gegen die Außenpolitik des Bundeskanzlers und der CDU eingestellt sind. Das gilt von Herrn Wirth, dem Spesenkommunisten mit seinem Rapallokomplex, bis zur SPD mit ihrer „Nationalarmee“. Daraus ergibt sich, daß das neue Europa nur geschaffen werden kann, wenn wir ein neues Deutschland bauen. Dieses neue Deutschland setzt Europa voraus. Dieses Deutschland muß neu sein nach seinen Institutionen und neu dem Stile nach. Wenn ich von den Institutionen spreche, denke ich beispielsweise an das von Herrn Dr. Wuermeling angesprochene und aufgegriffene Mehrheitswahlrecht. Dieses Wahlrecht, das von der Jungen Union gefördert wird mit seinem engen Kontakt zwischen Wählern und Gewählten, mit seiner persönlichen Verantwortung, mit der Verbindung von Freiheit und Verantwortung bei den Abgeordneten, wollen wir als eine neue Institution in unsere junge Demokratie einbauen. (Beifall.)

Wir wollen aber nicht nur neue Institutionen schaffen, sondern auch einen neuen Stil. Demokratie ist uns, auch wenn es oft nicht so scheinen will, im wesentlichen Einzelverantwortung. Diese Verantwortung, dieser neue Stil, den wir von der Jungen Union wollen, wird uns in einem hervorragenden Maße vorgelebt in der Person unseres Bundeskanzlers. Politik nach diesem Stile kann aber nur dann betrieben werden, wenn sie nach großen Leitbildern gestaltet wird. Interessenvertretung ist sicherlich wichtig. Sie wird aber eingeordnet sein in ein großes weltanschauliches Gesamtbild. Sie muß sich dem ganzen Volk in seiner Haltung verpflichtet fühlen. Daß dies bei der Christlich-Demokratischen Union der Fall ist, ist es eben gewesen, was uns, die junge Generation, zu dieser Partei geführt hat. Für uns ist die Christlich-Demokratische Union aber nicht Selbstzweck, sondern die große Brücke zu unserem Staate.

Zu diesem unserem Staate bekennen wir uns und sind ihm verbunden, weil er weit über Weimar hinaus nicht mehr wertneutral ist. Dieser Staat mit seinen Werten muß von uns allen, vor allen Dingen von der jungen Generation dieses Volkes, gelebt werden. Dieser Staat — damit komme ich zu einer Frage, die ganz besonders uns, die Jugend, angeht — erlebt nun seine große Bewährungsprobe bei der Errichtung des deutschen Kontingents im Rahmen der europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Diese Bewährungsprobe, vor der wir stehen — vor allen Dingen die deutsche Jugend — verlangt von uns Opfer und echte Staatsgesinnung.

Die Junge Union hat sich maßgeblich eingesetzt, um im deutschen Volke das Bewußtsein der geschichtlichen Notwendigkeit der Verteidigung zu wecken. Das gibt ihr ein Recht und ein hohes Maß an Verantwortung. Wir wenden uns gegen eine Verfälschung unserer gesamten Politik durch die ewig Gestrigen und ein ewig gestriges Denken über den deutschen Soldaten, dessen Wert, aber auch dessen Gefährdung wir kennen. Der deutsche Soldat, so wie wir ihn uns vorstellen im Rahmen der europäischen Verteidigungsgemeinschaft, muß ein Staatsbürger in Uniform

sein. Die Junge Union wird auf ihrem Deutschlandtag gerade dieses Problem in den Mittelpunkt ihrer Beratungen stellen. Ich weise deshalb darauf hin, weil diese Verfälschung des deutschen Soldatenbildes schon heute wieder beginnt. Ich meine, daß die Ramckes und eine Fülle ungezählter gefährlicher Literatur aus der öffentlichen Diskussion zu verschwinden hat. (Bravo-Rufe im Hause.) Wir wünschen uns in diesem Zusammenhang einen harten Staat mit harter Hand, der gegen diese Gefährdung unseres politischen Willens mit ganzer Entschiedenheit und Kraft vorgeht. (Beifall.)

Mit Nationalisten, die zudem zum Kreml noch hinschielen, läßt sich nur eine Katastrophe, aber nie eine zukunftskräftige Politik vorbereiten. In diesem Zusammenhang — wenn ich auf die Gefahren hinweise, die aus dem Nationalismus und Nationalsozialismus da und dort wieder hervortreten — muß ich darauf hinweisen, daß hier die SPD ein gerütteltes Maß von Schuld hat. Gerade durch ihre Angriffe auf die heutige Bundesregierung und ihre Politik tut sie so, als wenn das tausendjährige Reich mit seinen Verbrechen gar nicht gewesen sei und daß an allen Schwierigkeiten, mit denen wir uns heute auseinander zu setzen haben, diese Bundesregierung schuld sei. Aber trotz all der Gespenster aus der Vergangenheit wird die deutsche Jugend — ich glaube, das kann man feststellen nach den Ergebnissen der vergangenen Wochen — auf dieses neue Deutschland und das neue Europa, das wir bauen wollen, zugehen. Wir, die Junge Union, stützen und tragen die Politik der CDU. Die CDU ist für uns eine junge Partei und eine Partei der Jugend. Wir werden ihr dienen. (Starker Beifall.)

Oskar-Hubert Dennhardt, Schleswig-Holstein:

Mein Freund Majonica hat eben hier die Frage des deutschen Soldaten angeschnitten und der Gefahren, die sich unter Umständen einmal ergeben könnten. Herr Staatssekretär Dr. Wuermeling hat in seinem umfassenden Referat ebenfalls über den deutschen Soldaten gesprochen. Ich bin ihm außerordentlich dankbar, daß er in diesem Referat des deutschen Soldaten gedacht hat. Er hat gesprochen von der Ehre des deutschen Soldaten, von der Notwendigkeit der Bereinigung der sogenannten Kriegsverurteiltenfrage, von einer gerechten Versorgung unserer ehemaligen Kameraden, insbesondere des ehemaligen Unteroffiziers.

Lassen Sie mich versuchen, Ihnen in großen Zügen ein Bild des deutschen Soldaten zu zeigen, wie er uns in der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft vorschwebt. Der deutsche Soldat soll im Falle der Not als Europäer und als Bürger seines Landes gemeinsam mit Kameraden anderer westlicher Länder einen etwaigen Angriff des Bolschewismus aus dem Osten abwehren. Sein Dasein allein aber — das scheint mir die Hauptaufgabe zu sein — soll dem Bolschewismus bereits das Risiko offensichtlich machen, das er eingeht, wenn er sich überhaupt auf militärische Auseinandersetzungen einlassen sollte. Damit soll der deutsche Soldat in erster Linie den Krieg verhindern und dem Frieden dienen.

Diese Aufgabe wird er nur dann erfüllen können, wenn es uns gelingt, im Rahmen dieser Europäischen Verteidigungsgemeinschaft eine schlagkräftige deutsche Truppe aufzubauen. Der Bolschewismus wird keinen Respekt vor einer mangelhaft ausgebildeten, schlecht disziplinierten, nicht von Idealen beseelten Truppe haben. Die europäischen Soldaten anderer Länder werden eine solche Truppe verachten, sie werden sie vielleicht sogar als Belastung empfinden. Eine schlagkräftige Truppe aber kann nur dann aufgebaut werden, wenn es gelingt, auch dem künftigen deutschen Soldaten die unvergänglichen, den Soldaten aller Länder und zu allen Zeiten eigenen Tugenden wieder zu erwecken, die Tradition des echten — nicht des verfälschten — deutschen Soldaten-

tums wieder zu erhalten und wirksam werden zu lassen, auch in der europäischen Gemeinsamkeit. Der deutsche Soldat muß wieder zu einem Meister in seinem Fach, seiner Waffe, seinem Gerät und seinem Fahrzeug gemacht werden. Er muß angepaßt werden an die Erfordernisse der heutigen Zeit, um Fehler, Auswüchse und Entartungserscheinungen, wie sie uns insbesondere in der Zeit des Dritten Reiches vor Augen traten, zu beseitigen und möglichst nie wiederkehren zu lassen. Der deutsche Soldat muß wieder eingeführt werden in die Verantwortung des echten Staatsbürgers, die ihn zum Vorkämpfer für die Idee von Recht und Freiheit, zum Kämpfer für Deutschland und Europa macht. Zu allen Zeiten waren Gottesfurcht, Verantwortungsbewußtsein, Tapferkeit, Opferbereitschaft, Kameradschaft, Zivilcourage, Wahrhaftigkeit, Ritterlichkeit, Selbstdisziplin und Bescheidenheit die Tugenden eines Soldaten. Diese Tugenden wieder lebendig werden zu lassen auch im Soldaten der deutschen Zukunft, ist die Aufgabe des Erziehers. Das äußere Bild des Soldaten wird sich wandeln. Manche Form wird fallen. Es gilt, die in der langen Geschichte des deutschen Soldatentums gewachsenen Grundsätze der Erziehung und Ausbildung weiter zu entwickeln, auszubauen und an die modernen Erfordernisse anzupassen.

Das moderne Heer verlangt das Ideal des selbständig Denkenden und Handelnden sowie entschlußfähigen Einzelkämpfers, der ein Meister in seinem Fach ist. Diese Ausbildung erfordert ein derartiges Höchstmaß an Vielseitigkeit, an Wissen und Können, daß einfach keine Zeit mehr bleibt für zeitraubendes Exerzieren oder für irgendwelche Kasernenhofmätzchen. Trotzdem hat es zu allen Zeiten und in allen Armeen Paraden gegeben. Auf Marsch und Griffe — das muß einmal ausgesprochen werden — verzichten heute weder Russen noch Schweizer, noch Amerikaner. Auch wir werden diese wenigen Formen im Interesse des Ansehens der deutschen Divisionen beibehalten müssen.

Die Belastung des modernen Krieges kann nur von einer Truppe überwunden werden, die ein in sich einheitlich aus gleichem Geiste geformter, auf eiserner Disziplin, Befehl und Gehorsam aufgebauter Körper ist. Gerade die Erfahrungen des letzten Krieges verlangen eine harte Ausbildung. Wenn auch der Kasernenhofdrill verschwindet, auf den Gefechtsdrill, das Training zur Beherrschung der Waffe und des Geräts, wird man nicht verzichten können. Letzte und höchste Anstrengung im Gelände zu jeder Jahreszeit bei Tag und Nacht müssen einfach verlangt werden. Der Einsatz einer Truppe gibt nun einmal keine Zeit mehr zu einem Abwägen der verschiedenen Meinungen, zu einem Ausreifenlassen der Entwicklungen und Entscheidungen. Nur eine nüchterne Beurteilung der Lage, ein klarer Entschluß und blitzschnelles Handeln können einen Erfolg erreichen. Aus diesem Zwang heraus muß eine Wehrmacht auf parlamentarische Formen und Gepflogenheiten des politischen Lebens verzichten. Aus ihrer Aufgabe muß sie ihre eigenen Gesetze und Formen entwickeln. Daß diese freiwillig befolgt und getragen werden von dem Vertrauen, von der Kameradschaft zwischen Untergebenen und Vorgesetzten, muß das Anliegen eines zukünftigen Offizierskorps sein. Auch die politische Führung wird diese Grundsätze anerkennen und beachten müssen. Das zukünftige Führungskorps, der Offizier und Unteroffizier, muß nach Vorbildung, Ausbildung und Persönlichkeitswert auch schärfster Kritik standhalten. Er muß sich dieser Kritik stellen und darüber klar sein, daß er Vorbild zu sein hat, also vorleben muß. Er muß selbst überzeugt sein von den Grundwerten des heutigen Staates.

Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs fand der Soldat kein inneres Verhältnis zur bestehenden Staatsform. Es war bedauerlich, daß er sie zum Teil ablehnte, schon wegen ihres äußeren Erscheinungsbildes. Diese Tatsache

führte zu einer starken Zurückhaltung gegenüber dem damaligen Parlamentarismus. Sie führte zu einer gewissen Isolierung. Diese damalige Entfremdung zwischen militärischer und politischer Führung scheint mir eines der bedauerlichen Zeichen der damaligen Zeit gewesen zu sein. Wir wissen, daß insbesondere in der Zeit des Dritten Reiches sich diese Entfremdung immer mehr und mehr auswuchs. Hier liegt — meiner Auffassung nach — ein notwendiger Zwang zur Umstellung, eine der Kernaufgaben der zukünftigen Erziehung. Hier bedarf es auch zum Teil absolut neuer Wege.

Die Entwicklung seit 1948 hat andere, bessere Voraussetzungen geschaffen. Das Vertrauen in die heutige politische Führung, nicht nur in die Außenpolitik, sondern überhaupt in die heutige Staatsform, ist gewachsen. Sie wächst von Tag zu Tag, gerade auch unter meinen ehemaligen Kameraden. In lebendiger Unterrichtung, in freimütiger offener Aussprache über die politischen Ereignisse, ist der Soldat hineinzuführen in die Aufgaben des öffentlichen Lebens, in die Verantwortung des freien Staatsbürgers. Der zukünftige Soldat muß in seinem Volke verwurzelt sein. Er muß enge Verbindung mit den Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Sozialpolitik halten. Die Parteipolitik allerdings muß vor der Kaserne haltmachen.

Ich könnte mir denken, daß das Hineintragen von Parteipolitik in die Truppe zu einer Gefährdung der inneren Geschlossenheit des Geistes der Truppe führen würde, insbesondere, wenn man bedenkt, wie heute das Stadium der politischen Entwicklung in Deutschland ist, wie stark die Gegensätze heute zwischen den politischen Parteien noch sind. Ich bin der Auffassung, daß diese Wehrmacht nicht Objekt der parteipolitischen Auseinandersetzungen sein sollte. Die Aufgabe der Wehrmacht ist auf das ganze Volk gerichtet. Aus ihrer Aufgabenstellung heraus aber kann sie unter Umständen, wenn sie ihre Aufgabe richtig sieht, zum verbindenden Element des ganzen Volkes werden, aus dem heraus sich die heutigen parteipolitischen Gegensätze und Zerrissenheiten überwinden lassen, indem aus dem persönlichen Zusammenleben die Achtung vor dem Andersdenken der Sinn von der Gemeinsamkeit des deutschen Schicksals erwächst. (Beifall.)

So gilt es, den Soldaten zum überzeugten Befürworter der erhaltenden Kraft unserer heutigen Staatsform zu erziehen. Gerade durch den freiwilligen Verzicht auf Teile der persönlichen Freiheit, sollte er die unvergänglichen Werte der Demokratie, die Freiheit, die Toleranz, sowie die Verantwortung des einzelnen schätzen lernen und damit zum vorbildlichen Demokraten und Träger unseres Staates heranreifen.

Selbst überzeugt von diesen Werten hat der Vorgesetzte hier selbstverständlich besonders Vorbild zu sein. In den Formen des modernen Heeres, des Zusammenseins zwischen Offizier und Mann, der Art der Behandlung, der Fürsorge für die Untergebenen, aus der die Achtung vor der Würde jedes Menschen spricht, sowie im Dienste und der Ausbildung, hat sich diese Weltanschauung widerzuspiegeln. Diese Form ist geprägt durch den Geist, der den deutschen Soldaten von morgen formt und immun sein läßt gegen alle Anfechtungen des Radikalismus, der ihn werden läßt zum Bannerträger eines neuen aus dem Geiste heraus demokratischen Deutschlands, eines einigen Europas, und ihn damit macht zum ersten Diener am Frieden in der Welt. (Beifall.)

Präsident Simpfendorfer:

Es ist vorhin der Zwischenruf gefallen: Ein Referat! Ich habe den Eindruck, daß dieser Beitrag hart an der Grenze eines Referates war. Aber ich glaube doch, daß er als ein persönliches Wort eines ehemaligen Soldaten auch ein wesentlicher und guter Beitrag war. (Beifall.)

Dr. Gradl, Exil-CDU (Berlin)

Unser Freund Brentano hat in seinem heutigen Bericht noch einmal das scheußliche Wort von der „selbstmörderischen Humanität“, das in München gefallen ist, aufgegriffen. Er hat es deutlich zurückgewiesen. Ich glaube, ich kann gerade im Namen meiner engeren Freunde feststellen, daß die beiden Referate, die wir heute nachmittag gehört haben, das Referat unseres Freundes Kather und insbesondere auch die — für uns jedenfalls — zu Herzen gehenden Worte unseres Freundes Nahn gezeigt haben, daß für uns in der Christlich-Demokratischen Union diese Humanität gegenüber den Flüchtlingen und Vertriebenen nicht Selbstmord, sondern Selbstverständlichkeit ist. (Beifall.)

Unseren Freunden von der Christlich-Sozialen Union — leider ist unser Freund Strauß nicht hier — glaube ich bei dieser Gelegenheit die Bitte aussprechen zu dürfen, man möge endlich in München dafür sorgen, daß ein solcher Mann nicht mehr die Möglichkeit hat, über den Rundfunk zum deutschen Volke zu sprechen. (Sehr richtig! und Beifall im Hause.)

Daß für uns, die wir für die Sowjetzone sprechen, solche Worte besonders bitter sind, werden Sie verstehen. Sie werden deshalb auch verstehen, daß wir damals, als die Worte gefallen waren, uns mit bestimmten Münchenern in Verbindung gesetzt haben, um herauszubekommen, wie es überhaupt möglich war, daß das gesagt wurde. Bei dieser Gelegenheit haben wir die nicht uninteressante Feststellung gemacht, daß manch einer glaubt, seine Zurückhaltung gegenüber dem Flüchtlingsstrom damit tarnen zu können, daß er darauf hinweist, unter diesen Flüchtlingen seien asoziale Elemente. Jeder von uns weiß, wenn eine große Zahl von Menschen in Bewegung gesetzt wird, daß man dann nicht jeden einzelnen bis ins letzte daraufhin kontrollieren kann, ob seine bürgerliche Weste sauber ist. Selbstverständlich ist in diesem Massenstrom auch der eine oder andere asozial. Es wäre aber ein Verbrechen gegenüber der Masse dieser Flüchtlinge, die aus Gewissensnot dem politischen Terror entflohen sind, wenn man sie in Bausch und Bogen den asozialen Elementen gleichstellen wollte. (Beifall.)

Mir scheint, daß hier in Westdeutschland manchmal das innere Urteil über die Flüchtlinge auch zu sehr beeinflusst wird von dem äußeren Eindruck, den die Flüchtlinge machen. Uns hier im Westen geht es seit fünf Jahren so gut, daß wir schon wieder einigermaßen gut angezogen über die Straßen gehen können. Wenn wir dann jemand herumlaufen sehen, der zerschlissene Kleidung trägt, dann berührt uns das merkwürdig. Man vergißt, daß die Menschen in der Sowjetzone heute noch genau so leben, wie wir in den Jahren 1945/48 leben mußten. Wenn man sich daran erinnert, wie wir damals ausgesehen haben, dann wird man verstehen, warum diese Flüchtlinge aus der Sowjetzone heute so aussehen wie wir damals. Sie sind nicht asozial, genau so wenig wie wir es früher waren. (Beifall.)

Ich glaube, daß auf diesem Parteitag auch ein kurzes Wort zum jüngsten Geschehen in der Sowjetzone gesagt werden muß. Sie haben vielleicht aus Pressemeldungen entnommen, daß das Terrorsystem in der Sowjetzone jetzt so weit gegangen ist, daß es ganzen Schichten der Bevölkerung die Lebensmittellkarten ab 1. Mai entzieht. Für unsere Freunde in Westdeutschland, die seit Jahr und Tag von Karten verschont sind, sei noch einmal gesagt, daß man drüben auf Lebensmittellkarten leben muß und so winzige Rationen hat, daß man eigentlich davon nicht leben kann. Diese Lebensmittellkarten werden nun breiten Schichten, Bauern, Handwerkern, Einzelhändlern, Hausbesitzern, freien Berufen, entzogen mit der zynischen Begründung, daß es in der Sowjetzone wirtschaftlich so aufwärtsgehe, daß diese Leute in den HO.-Läden ihren direkten Bedarf decken könnten. (Pfui-Rufe im Hause.)

Dieser Parteitag muß einen leidenschaftlichen Protest dagegen erheben, daß es einem solchen System in Deutschland möglich ist, acht Jahre nach dem Kriege mit den Mitteln des Hungers und Terrors den Klassenkampf bis zum bittersten Ende durchzuführen. (Lebhafter Beifall.)

Unser Freund Nahn hat vorhin ein mahnendes Wort zur Behandlung der jugendlichen Flüchtlinge aus der Sowjetzone gesprochen. Er hat gesagt, daß im Monat etwa 3000 bis 5000 junge Leute im Alter von 16 bis 24 Jahren hierherkommen, die ohne jeden Familienanhang sind. Er hat dabei darauf hingewiesen, daß diejenigen, die sich um diese Arbeitskräfte bemühen — zum Beispiel die Landwirtschaft —, nicht vergessen mögen, daß dieser Jugendliche für sie nicht einfach Arbeitskraft sein darf, sondern daß sie damit eine besondere sittliche Verantwortung übernommen haben.

Ich will noch ein Wort hinzufügen. Es darf nicht sein, daß diese Jugendlichen ohne Rücksicht auf ihre bisherige Tätigkeit — der eine oder andere hat schon einmal in Arbeit gestanden — in Bausch und Bogen in Mangelberufe — Bergbau und Landwirtschaft — geschoben werden, sondern es ist notwendig, daß man sich ihrer schon am Anfang individuell annimmt, um einen geordneten Berufs- und Lebensweg zu sichern. Vergessen Sie doch bitte nicht bei alledem, um was es hier geht: Die meisten Jugendlichen sind aus der Zone herausgegangen, weil sie den Terror nicht ertragen konnten und keine militärische Ausbildung zu einem Dienst gegen Deutschland über sich ergehen lassen wollten. (Beifall.)

Unser Freund Kather hat eben gesagt, daß Gefahr bestehe, die bauerliche Substanz des deutschen Ostens zu verlieren. Dieses Wort hat mich besonders angesprochen, weil ich heute morgen in dem roten Nachrichtendienst, der uns freundlicherweise übermittelt wird, einen Satz gelesen habe aus einer kanadischen Zeitung, die im Zusammenhang mit dem Besuch des Herrn Bundeskanzlers sehr freundliche und gute Worte geschrieben hat, dann aber fortfährt: „Die Kanadier könnten zur Lösung des Deutschlandproblems beitragen, denn Kanada benötige mehr Einwanderer.“

Dieser Satz war gut gemeint. Ich glaube, keiner von uns hat etwas dagegen, wenn dem einen oder anderen jungen Menschen aus der Landwirtschaft der Weg geebnet wird, um drüben sich neue Kenntnisse zu erwerben. Eine Lösung des Deutschlandproblems aber ist eine Auswanderung für uns nicht. (Beifall.) Wenn wir uns darauf einließen, dann würde das bedeuten, daß wir zu unseren Lasten eine Auswanderung der besten Kräfte unseres Volkes vor sich gehen ließen. Denn nur die werden genommen; die anderen läßt man hier bei uns. Wir aber brauchen, wenn wir in die Zone zurückwollen, diese tätigen und aktiven Kräfte lebensnotwendig. Wiederum ist es richtig, was heute vormittag gesagt worden ist: wir haben eine gigantische Aufgabe zu lösen, wenn der Tag der Wiedervereinigung gekommen ist.

Noch ein Wort des Dankes. Wir wissen, daß für die Flüchtlinge aus der Sowjetzone noch sehr viel geschehen muß. Wir wollen diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne ausdrücklich unseren Dank zu sagen für das, was die Deutschen im Bundesgebiet für die Flüchtlinge aus der Sowjetzone schon getan haben. (Beifall.)

Es ist in bestimmten Kreisen der Opposition aller Schattierungen, nicht zuletzt auch in der Sozialdemokratie, üblich geworden, diese Leistungen zu verkleinern und so zu tun, als ob manche Stellen des Auslandes mehr Aufgeschlossenheit zeigen und mehr leisten, als wir selbst für unsere Flüchtlinge tun. Wir haben nichts dagegen, wenn zum Beispiel nach der Reise eines prominenten Sozialdemokraten nach Nordamerika mit Freude festgestellt wird, daß er einen beachtlichen Betrag von 1 Million Dollar als

Spende der Amerikaner mit nach Deutschland gebracht hat. Wir wissen es zu schätzen, was es heißt, daß das Ausland sich in dieser Weise für unsere Flüchtlinge und damit für uns insgesamt einsetzt. Man soll es aber nicht so darstellen, als ob das, was von den Bürgern des Bundesgebietes geschieht, dahinter zurücktritt, oder zu sagen: Bonn hat hier und da versagt. Es sind außerordentliche Ansprüche, die in den letzten drei Monaten an die Bundesregierung und ihre aufnehmenden Stellen gestellt worden sind. Wir haben gar keine Veranlassung, diese Leistungen zu verkleinern.

Im übrigen — das hat Freund Lemmer schon gut und richtig gesagt — wollen gerade wir aus der Sowjetzone, wenn wir in den Wahlkampf gehen, mit aller Deutlichkeit sagen: Die ganze Hilfe und die Tatsache, daß wir wieder eine geordnete Aufnahme und Asyl gefunden haben, verdanken wir letzten Endes der Leistung, daß hier seit 1948 unter der Verantwortung unserer Partei eine Politik betrieben worden ist, die uns überhaupt erst in die Lage versetzt hat, die Hunderttausende von Sowjetzonenflüchtlingen einigermaßen anständig zunächst einmal unterzubringen. (Beifall.)

Ein letztes Wort zu dem Diskussionsbeitrag unseres Freundes Majonica. Er hat gesagt, das neue Deutschland setze Europa voraus. Wir haben eigentlich eine andere Vorstellung. Wenn man den Begriff „Voraussetzung“ gebrauchen will, dann sind wir der Ansicht, daß man eher sagen müßte: nicht das neue Deutschland setzt Europa voraus, sondern das neue Europa setzt Deutschland, nämlich das ganze Deutschland, voraus. Ich bitte, nicht zu glauben, daß das nur eine theoretische Bemerkung ist. Es gibt den einen oder anderen, der in dem Eifer der Zusammenfassung der jetzt freien europäischen Völker in der Hauptsache Westeuropa sieht und in der Gefahr steht, zu vergessen, daß die eigentliche Aufgabe weit darüber hinausreicht. Wir müssen immer daran denken, daß es niemals ein wirklich geeintes Europa, das in Frieden und Freiheit zusammenhält, geben kann, solange das kommunistische System mitten im Herzen Europas bei Eisenach, Weimar oder sonst irgendwo steht, oder 60 Kilometer von Hamburg entfernt, eine Strecke, die ein Panzer in einer Stunde zurücklegt. Diese Situation wird erst beseitigt, wenn wir das ganze Deutschland wieder haben, wie wir es als erstes Ziel unserer Partei herausgestellt haben. (Lebhafter Beifall.)

Landwirtschaftsminister a. D. Lühke:

Bei der Lösung des Vertriebenenproblems stoßen wir seit Jahren auf die schwierigste Frage, nämlich die Ansiedlung der vertriebenen und heute flüchtigen Bauern. Dieser Frage ist von Dr. Kather, Dr. Nahm und Dr. Gradl im einzelnen behandelt worden. Wir sind uns darüber einig, daß das Wort des Kanzlers, das er in Berlin sprach, immer wieder beachtet werden muß: Eine Wiederbesiedlung des deutschen Ostens ist nur möglich, wenn wir das vertriebene Bauerntum zu erhalten wissen.

Aus diesem Grunde bemühen sich Hunderte und Tausende von Freunden der Vertriebenen — oder Vertriebene selbst — oder in den Ministerien um diese Aufgabe. Es ist bisher für die etwa 200 000 bis 250 000 altvertriebenen Bauern insoweit etwas geschehen, als etwa 35 000 neue Stellen geschaffen wurden, zum Teil aus Bodenreformland, Pachtland und sonstigen Quellen. Das reicht aber, nachdem der neue Zuzug gekommen ist, weder für die alten noch für die neuen aus. Es müssen unter allen Umständen durch die Zusammenarbeit, vor allen Dingen durch die Koordinierung der Ministerien, neue Wege gefunden werden. Man hat hierbei vielfach den Eindruck, daß der Berufsstand, der hier am meisten mitwirken müßte für die Kollegen aus dem gleichen Berufsstand, die ohne eigene Schuld aus dem Osten vertrieben wurden, nicht in genügend starkem Maße mitwirkt. Am Sonntag vor acht Tagen habe ich ein sehr eindrucks-

volles Erlebnis gehabt. Ich nahm an einer Zentralaussschußsitzung der gesamten Landwirtschaft teil. Die vier Spitzenverbände waren zusammen und berieten über diese Frage der Ansiedlung der vertriebenen Bauern im Westen.

Die Möglichkeiten sind gar nicht so groß, das wird jedem von Ihnen klar sein. Aber die positiven Vorschläge, die in dieser Sitzung gemacht worden sind, haben selbst in mir, der ich mich seit Jahren mit diesen Dingen herumschlagen muß, einen sehr tiefen Eindruck hinterlassen und haben mir gezeigt: Wenn es uns gelingen würde, mit den vertriebenen und hiesigen Bauern die Koordinierung durch weitzügige und großzügige Planung der hiesigen Ministerien zustande zu bekommen, würden wir das Mehrfache von dem leisten können, was wir bisher geleistet haben. Auf welche Weise soll das gehen? Die Vorschläge, die ich Ihnen hier nenne, sind nicht ganz neu, wurden aber im Zentralaussschuß ausdrücklich von Leuten aus der Landwirtschaft nochmal eingehend erörtert.

Der erste Weg. Wir haben in der deutschen Landwirtschaft im Westen vielleicht 60 000 bis 80 000 zweckentfremdete Landarbeiterwohnungen, das heißt Wohnungen, die von Industriearbeitern besetzt sind. Bei uns in Nordrhein-Westfalen haben wir folgenden Weg angewandt, um diese zweckentfremdete Besetzung zu beseitigen: Der Wiederaufbauminister gibt denjenigen industriellen Betrieben, die für die Industriearbeiter Unterkünfte bauen, das Landesbaudarlehen, wenn gleichzeitig damit eine landwirtschaftliche Werkwohnung freigemacht wird. Das kostet also dem Herrn Finanzminister keinen Pfennig mehr, sondern geht zurück auf eine sinnvolle Lenkung der Landesbaudarlehen. Voraussetzung dafür, daß der Bauer sich an der Lösung dieser Aufgabe beteiligt, ist folgende: Wenn etwa der neu hineingesetzte Vertriebene Landarbeit bei ihm verrichten soll, sich aber der Industrie zuwendet, also eine Zweckenfremdung herbeiführt und in der Wohnung sitzen bleibt, dann wird der ganze Erfolg aufs Spiel gesetzt. Wie verhindert man das? Das ist sehr schwierig. Man kann es so machen, daß der Industrielle, der diesen Mann beschäftigen will, gleichzeitig verpflichtet ist, ihm eine Wohnung zu stellen. Das wäre die humanste Lösung. Da aber vielleicht 60 000 im Lager bleiben müssen, wenn diese Art der Lösung nicht angefaßt wird, wäre zu überlegen, daß derjenige Landarbeiter, der diese Werkwohnung bezieht und einen landwirtschaftlichen Arbeitsvertrag abschließt, sich damit abfinden müßte, daß er diese Wohnung unter allen Umständen zu räumen hat, wenn er andere Arbeit übernimmt. Wenn er den Vertrag nicht hält, dann gefährdet er Zehntausende von Vertriebenen, die im Lager bleiben.

Der zweite Weg. Es gibt vielleicht in Deutschland 60 000 bis 80 000 — davon allein in Hessen etwa 15 000 bis 20 000 — kleine und mittlere Betriebe von 20 bis 50 Morgen, die von alten Leuten bewirtschaftet werden, Alleinstehende und andere, die nicht mehr den notwendigen Ertrag bringen und gerne verpachten würden, wenn der Pachtpreis den alten Besitzern das Leben ermöglichen würde. Da der Pachtpreis von 20 bis 30 Morgen das nicht zuläßt, muß man andere Wege gehen. Ich habe diesen Fall im Ministerium bei unserem Freunde Arbeitsminister Storch und Staatssekretär Sauerborn besprochen, die auch für die vorher von mir genannte Lösung weitestgehendes Verständnis hatten. Ich habe gesagt: kann man das dem Finanzminister oder der Bundesregierung zumuten, daß hier für die Verpächter bei nachgewiesener Unmöglichkeit des Lebensunterhaltes etwas getan wird? Staatssekretär Sauerborn sagte: Da ja derjenige, der diese Pachtung nicht bekommt, andernfalls im Lager unterhalten werden müßte, so wäre es schon möglich, dem Verpächter zu der Pacht einen Teil dieser Unterstützung zu geben. Dann hätte der Finanzminister bei der Sache immer noch einen Nutzen.



*Bundesminister Jacob Kaiser spricht
zum Thema „Der soziale Rechtsstaat für ganz Deutschland“*



*Kurt Georg Kiesinger MdB. verkündet das
„Hamburger Programm der CDU Deutschlands“*



Der Bundeskanzler betritt das Curio-Haus in Begleitung des Bundesgeschäftsführers Dr. Heck und Landesgeschäftsführers Zettel



Das Präsidium (v. links n. rechts): Ernst Simpfendörfer MdL., Dr. Marg. Gröwel MdB., Hugo Scharnberg MdB., Dr. Robert Tillmanns MdB., Landrat Johnen MdL., Ernst Majonica MdB.

Wir hätten hier einen Weg, selbständige Bauern, die als Unternehmer auf einem Pacht Hof bleiben, anzusetzen. Damit hätten wir eine ungeheure Möglichkeit, die Zahl der angesetzten Betriebe zu verstärken. (Beifall.)

Wenn wir durch die Zusammenarbeit der verschiedenen beteiligten Ministerien mit den Flüchtlings- und den hiesigen landwirtschaftlichen Organisationen diese Dinge klar in die Hand nehmen, dann glaube ich, wird durch die Koordinierung der Ministerien und eine großzügige Finanzierung nicht nur Geld gespart, sondern es wird auch Volkskraft erhalten. Die Leute gehen sonst in den Lagern allmählich seelisch und körperlich zugrunde. (Beifall.)

Ein dritter Weg ist ähnlicher Art. Es wurde vorgeschlagen, Arbeiterpachtstellen zu errichten. Hier haben wir aber das gleiche Elend wie bei den reinen Landarbeiterstellen. Da würde auch der Arbeiterpächter berechtigt sein, etwa die Arbeiterpachtstelle liegenzulassen und in die Industrie arbeiten zu gehen, weil die industrielle Arbeit wesentlich besser bezahlt wird. Wenn also hier der Bauer nicht die Gewißheit hat, daß er damit einen festen Landarbeiterbestand auf seinem Hofe hat, dann wird auch diese Art der Lösung von ihm nicht in Angriff genommen. Voraussetzung ist also, daß hier mit Hilfe der verschiedenen Ministerien der Landwirtschaft ein Weg gezeigt wird, der beschritten werden kann.

Im Zentralausschuß wurde noch von einem größeren Besitzer der Vorschlag gemacht, man sollte allen den Gemeinden, denen man es zumuten könnte, wo zum Beispiel viel Kirchenland ist und sonstige Betriebsgrößen da sind, eine einzige Familie zuweisen, der auf einer Fläche von 2 bis 3 Morgen über die Siedlungsgesellschaften eine eigene Stelle gebaut wird. Dieser könnte dann über das Kirchenland oder andere verfügbare Ländereien Pachtland zugewiesen werden. Auch das wäre noch ein Weg.

Sie sehen, es ist auf diesem Gebiete noch etwas zu machen. Ich glaube, daß in diesem entscheidungsreichen Jahr, das wir vor uns haben, vor den Wahlen bei schnellem Handeln die effektive Hilfe, die dadurch geschaffen würde, wahrscheinlich mehr ins Gewicht fallen würde als die großen Programme anderer Parteien. Denn das sind Versprechungen, aber hier liegen tatsächliche Hilfsmöglichkeiten.

Lassen Sie mich dazu noch ein Wort zur Landwirtschaft sagen. Ich werde morgen bei der landwirtschaftlichen Debatte leider nicht anwesend sein, da ich nach Bonn zurück muß. Unser Freund Dr. von Brentano sprach heute morgen einige Worte über die Landwirtschaft. Dabei sagte er, über 50% des Lebensmittelbedarfes müßten wir einführen. Er hat dabei vielleicht einen falschen Zungenschlag gehabt. Wenn das wahr wäre, dann möchte ich nicht in der Haut von Wirtschaftsminister Erhard stecken. Denn er wüßte nicht, wie er diese Menge von Lebensmitteln bezahlen sollte.

Tatsächlich wird in Deutschland auf heimischem Boden erzeugt ein Wert von 12,5 Milliarden DM Lebensmittel. Wir führen vom Ausland etwa für 5,5 Milliarden Lebensmittel ein, in runden Zahlen gesprochen. Das sind zusammen 18 Milliarden. Davon erzeugen wir etwas mehr als zwei Drittel selbst und ein Drittel wird eingeführt. So ist die Situation: Wenn wir also für 5,5 Milliarden DM Lebensmittel einführen, statt dessen aber etwas mehr als die Hälfte von 18 Milliarden, nämlich für etwas mehr als 9 Milliarden DM, einführen müßten, d.h. also rund 3,5 bis 4,5 Milliarden DM mehr, wer sollte sie bezahlen? Wo sollte der Exportüberschuß herkommen, um diese Lebensmittel abzudecken?

Darin liegt nämlich das Geheimnis, daß man in England noch rationiert, Lebensmittelmärkte hat und in Deutschland nicht. Die Dinge liegen daran,

daß die deutsche Landwirtschaft ein Mehr von 15 % leistet. Diese Leistung ist es, die es dem deutschen Volke ermöglicht, sich ohne Sorgen sattessen zu können. Gegenüber dieser Landwirtschaft — ich komme wohl nicht in den Verdacht, mich berufsmäßig an die Klagemauer zu stellen — muß man immerhin sagen, daß sich bis in die jüngste Zeit viele Schwierigkeiten entwickelt haben. Wenn wir in diesem entscheidungsreichen Wahljahr wirklich unsere alten Freunde mit Erfolg aufrufen wollen, müssen wir unsere zuständigen Ministerien — das ist nicht nur das Landwirtschaftsministerium, sondern auch das Finanz- und Wirtschaftsministerium — dringend darum bitten, kurzfristig zusammenzutreten und hier zu helfen. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Simpfendorfer:

Es entspricht der Bedeutung der Flüchtlingsfrage, daß sie in der Diskussion ziemlich stark angesprochen wurde und die andere Frage — Staatspolitik — etwas zu kurz zu kommen droht. Ich darf die Bitte aussprechen, sich möglichst kurz zu fassen, damit wir uns der anderen Frage noch etwas stärker zuwenden können.

Johannes Kunze, M.d.B.:

Es ist dem, was unser Freund Kather entwickelt hat, nichts hinzuzufügen, als die eine Erklärung, daß wir in dem Wissen, daß die Hilfe schnell kommen muß, als Fraktion einiges getan haben, um auf Grund der Erfahrungen bei der Durchführung des Lastenausgleichs demokratische Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen.

Nun zu dem, was Dr. Nahm gesagt hat. Ich glaube, daß die CDU für sich in Anspruch nehmen darf, daß sie nicht den Vertriebenen die Vertretung ihrer Interessen allein überlassen hat, sondern daß wir alle miteinander die Verpflichtung erkannt haben und erkennen, an dieser Frage zu arbeiten, um das beste an Kraft und Fähigkeit daranzusetzen.

Erlauben Sie mir aber auch noch, etwas zu ergänzen, was nicht angesprochen worden ist. Es ist im Rahmen der Lastenausgleichsgesetzgebung das Vertriebenenproblem angesprochen sowie im Rahmen der Gesamtaustragungen des Kollegen Dr. Kather und Dr. Nahm das Problem der Ostzonenflüchtlinge angeschnitten und in der Debatte weiter dargestellt worden. Wovon nicht die Rede war und ein kurzes Wort gesagt werden muß, das sind die Fragen der Kriegssachgeschädigten, Evakuierten und Währungsgeschädigten. Wenn das nicht gesagt wird, könnte bei den Millionenkreisen, die damit erfaßt werden, der Eindruck entstehen, als ob die Christlich-Demokratische Union auf diesem Parteitag an diesen Nöten vorüberginge oder die Bundestagsfraktion hier nichts getan hätte.

In der vorletzten Woche ist das Evakuiertengesetz endlich über die Bühne gegangen und jetzt zur beschleunigten Beratung dem Ausschuß überwiesen worden. Wir haben die Verpflichtung erkannt und sind bereit, ihr als Gesetzgeber Rechnung zu tragen, um den Hunderttausenden von Evakuierten, die zum Teil vor den Toren der Heimat leben, das Recht zu geben, nach Hause zu kommen. (Beifall.)

Dabei haben wir uns bewußt leiten lassen von der Tatsache, daß wir nicht immer nur den Menschen als Objekt oder Subjekt der Wirtschaft betrachten dürfen, sondern daß der Mensch in erster Linie als Mensch behandelt werden muß. Ich kann nicht sagen: Laßt doch die evakuierten alten Leute ruhig draußen in den Dörfern sitzen; ob sie da verpflegt oder versorgt werden oder in der Heimatstadt, das spielt ja keine Rolle. Wir würden gerade als Christlich-Demokratische Union uns versündigen, wenn wir diesen materialistischen Standpunkt einnehmen wollten.

Das zweite, was in einem Nebensatz von Herrn Dr. von Brentano heute morgen in seinem Rechenschaftsbericht angeklungen ist und was eine wirkliche Bedeutung hat, ist folgendes. Sie wissen, daß unser Bundeskanzler in der Regierungserklärung im September 1949 die Prüfung und Regelung der Frage der währungsgeschädigten Altsparer angekündigt hat. Bitte, nehmen Sie mir das eine ab, daß diese Frage sich sehr leicht als Frage aufwerfen läßt, daß es aber schwer ist, sie zu lösen. Wir haben die Frage gelöst. Es geht dem Bundestag für die Lesung am 6. oder 7. Mai die Vorlage über ein Altsparergesetz, welche einstimmig im Ausschuß für den Lastenausgleich verabschiedet worden ist, zu. Damit helfen wir 20 bis 25 Millionen Menschen. Allerdings, wir möchten ehrliche und redliche Leute bleiben und nicht mehr versprechen, als wir heute mit gutem Gewissen halten können. Wir stehen vor Wahlkämpfen. Darum möchte ich feststellen, daß die Opposition an diesem Punkte in allen Fragen mit den Regierungsparteien übereingestimmt hat. Das ist für uns sehr wichtig und ich glaube, es ist für unsere Partei durchaus etwas Gutes, wenn wir sagen können: auch hier haben wir die Zusage unseres Bundeskanzlers rechtzeitig erfüllt. (Lebhafter Beifall.)

Hermann Ehren, M.d.B.:

Ich glaube, daß die Behandlung der Vertriebenenfrage unserem bevorstehenden Wahlkampf bestimmt nichts schaden wird. Es wurde heute morgen von Herrn von Brentano und auch von Herrn Dr. Kather ausgeführt, daß in der Vergangenheit, vor allen Dingen im letzten Jahre, wirklich positive Arbeit für die Ostvertriebenen geleistet worden ist. Wir sollten diese Tatsache viel mehr als in der Vergangenheit herausstellen. Vor allen Dingen, daß die gesetzgeberische Leistung der maßgeblichen Arbeit unserer Männer und Frauen im Bundestag zu verdanken ist. Wir sollten uns — das liegt im Interesse des bevorstehenden Wahlkampfes — mit aller Entschiedenheit gegen Hetzer wenden, die das Ostvertriebenen-dasein als Hauptthema nehmen und nur alles kritisieren und es so hinstellen, als sei bis heute noch gar nichts geschehen. (Beifall.)

Wir als Ostvertriebene haben auch einmal alle Veranlassung, den einheimischen Menschen zu danken, die es überhaupt ermöglicht haben, daß 8 Millionen heimatlose Menschen 1947 bzw. 1945 nicht verhungert sind. (Lebhafter Beifall.) Ohne diese rechte Hand, die nicht weiß, was die linke tut, wären die Ostvertriebenen heute nicht in der Situation, in der sie sich befinden. Ich sage sehr oft, wenn ich so manche radikale ostvertriebene Propagandaredner höre: Lieber Freund, wo warst du denn 1932, als ein Brüning aufforderte, den armen Landlosen etwas Land zu geben? (Beifall im Hause.) Die Ostvertriebenen sollten sich die Menschen, die heute radikale Reden halten, auch einmal in Bezug auf ihre Vergangenheit etwas näher ansehen. Ich glaube, daß wir uns der Arbeit, die wir geleistet haben, nicht zu schämen brauchen.

Ich habe mich gefreut, daß heute morgen von unserem Kollegen Dr. von Brentano die Arbeit von Herrn Dr. Kather anerkannt worden ist. Wir sollten das als Parteifreunde allgemein mehr tun im Interesse der CDU, auch wenn einem einheimischen Bauern die Rede des Herrn Dr. Kather nicht immer gefallen sollte. Im Interesse der CDU kommt es doch letzten Endes darauf an, daß die Rede den Ostvertriebenen gefällt und diese der Auffassung sind, daß sich in der CDU Ostvertriebene befinden, die ehrlich bemüht sind, ihnen zu helfen (Beifall im Hause.)

Wir haben als Ostvertriebene in den letzten Tagen sehr einträchtig zusammengessen, um in Eintracht dafür zu sorgen, daß die Ostvertriebenen mehr noch als in der Vergangenheit zu der CDU stehen und gemeinsam dafür sorgen, daß das Banner der CDU bei der kommenden Bundestagswahl wieder siegreich über unserem Lande flattern wird. (Beifall.)

Präsident Simpfendorfer:

Zum ersten Referat spricht:

Dr. Gurk, M.d.B., Nordbaden:

Es ist mit Recht gesagt worden, daß das Entscheidende für uns die allgemeine Staatspolitik sei. Ich möchte das nachdrücklich unterstreichen. Jegliche soziale Arbeit, auch das Vertriebenenproblem und was es auch sei, hängt letzten Endes davon ab, daß die allgemeine Staatspolitik in Ordnung geht.

Wir stehen heute unter dem Eindruck der großen Erfolge des Kanzlers. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß wir trotz aller Begeisterung und Freude über das, was geschehen ist, den Ernst der Lage nicht verkennen dürfen. Ich kann mir nicht denken, daß die Feinde des Bundeskanzlers nicht danach sinnieren würden, sein Werk zu zerstören. Was am heutigen Tage die höchsten Spitzen in Stuttgart zusammenbrauen werden, das wissen wir nicht. Wir wissen aber, daß die Sozialdemokratische Partei laut Pressemeldungen herausgegeben hat, daß ihre sämtlichen Minister sich gegen die EVG-Verträge stellen sollten. (Pfeif-Rufe.)

Unter diesen Umständen müssen wir neben der Freude über die Erfolge des Kanzlers in den Blickpunkt des Parteitagess auch die Vorbereitung für die Zukunft in bezug auf eine starke propagandistische Tätigkeit, vielleicht schon in den nächsten Tagen, stellen, die die Erfolge unserer Partei auf allen Gebieten — sie sind angedeutet worden — klar herausstellt. Aber noch stärker müssen wir herausstellen die schwere Verantwortung derer, die aus parteipolitischen Gründen mehr oder weniger leichtfertig um das Heil und die Zukunft des Volkes feilschen.

Es sind gute Worte gesprochen worden über das Soldatentum. Das, was in der Diskussion gesagt wurde, kann man unterstreichen. Ich möchte aber, wenn wir von dem deutschen Soldatentum in der Zukunft sprechen, darauf hinweisen, daß die Entschließung des Bundesausschusses für ehemalige Berufssoldaten vielleicht noch einer bestimmten Unterstreichungsbedarfe. Das ist die Folge, daß ein für allemal feststehen muß, daß das militärische Kommando unter der politischen Führung steht oder stehen muß. (Beifall im Hause.) Wenn das nicht ganz klar und eindeutig von vornherein festgestellt ist, so wie es etwa in der Schweiz geklärt ist, wo es was anderes gar nicht gibt, dann ist das Soldatentum wieder in der Gefahr, daß es der Vergangenheit erliegt. Ich bitte den Bundesausschuß, diese Dinge klarer und schärfer zu formulieren. (Lebhafter Beifall.)

Kurt G. Kiesinger, M.d.B.:

Erlauben Sie mir, daß ich zurückkehre zum Thema, das unser Freund Wuermeling behandelt hat. Ich will diese Gelegenheit benutzen, um Ihnen eine große Sorge, die mich in den letzten Monaten beschäftigt hat, vorzutragen.

Es ist in diesen Tagen des öfteren von der Stellung der politischen Parteien die Rede gewesen. Es ist auch von unserem Bundestagspräsidenten mit Recht darauf hingewiesen worden, daß die Stellung der politischen Parteien heute eine andere ist, als sie jemals war. Es ist auch gesagt worden, daß die allgemeine Parteienfeindschaft, die von gewissen Kreisen propagandistisch betrieben wird, eben einfach destruktiver Art ist.

Ich möchte aber auf einen umgekehrten Vorgang aufmerksam machen, der von außerordentlicher Bedeutung ist. In den zwanziger Jahren tauchte die Formulierung auf: Parlamentarismus, was sonst? Damals nämlich, als gewisse Kreise sagten, das parlamentarische System sei am Ende. Wir wissen,

wie dann die Dinge gelaufen sind. Der Parlamentarismus selbst konnte seine inneren Schwierigkeiten nicht voll überwinden. Die Gegner des Parlamentarismus haben davon schrecklich profitiert. Es ist nun außerordentlich kennzeichnend, daß heute eine parallele Formulierung auftaucht. Sie können sie nicht nur in der Tagespresse — das ist sehr wichtig —, sondern in den wissenschaftlichen Veröffentlichungen, wie damals, bereits wieder lesen. Heute heißt die Formulierung: Parteienstaat, was sonst?

Damit ist folgendes gemeint. Es wird behauptet, daß sich in unseren Tagen der Akzent vom Parlament verschoben habe auf die politischen Parteien. Es wird behauptet, daß in der Konsequenz dieser Akzentverschiebung die Abgeordneten nicht mehr wie bisher im parlamentarischen System unabhängige, nur ihrem Gewissen und der Gesamtheit des Volkes unterworfenen Menschen, sondern gehorsamsverpflichtete Funktionäre der Parteien seien.

Diese Auffassung wird in mehr oder weniger starker Betonung von einer Reihe von Staatswissenschaftlern vertreten. Der Gedankenkomplex, um den es dabei geht, hat auch bei Entscheidungen unseres Bundesverfassungsgerichtes bereits eine Rolle gespielt. Es handelt sich um den angeblichen Gegensatz zweier wichtiger Bestimmungen des Grundgesetzes, des Artikels 21 und des Artikels 38. Wir haben im Artikel 38 des Grundgesetzes den überkommenen Grundsatz von der Unabhängigkeit des Abgeordneten. Im Artikel 21 haben wir — zum ersten Male in der deutschen Verfassungsgeschichte — die Erwähnung der politischen Parteien als zur politischen Willensbildung berufener Institutionen. Nun wird behauptet, der Grundgesetzgeber sei sich bei der Aufstellung dieser beiden Bestimmungen über ihre prinzipielle Unvereinbarkeit nicht im klaren gewesen. Es gelte also nun über diese offen vorhandene Schwierigkeit sich irgendwie hinwegzubringen. Dabei wird von der einen Seite gesagt: letzten Endes bedeutet der Artikel 21 die praktische Außerkraftsetzung des Artikels 38. Auf der anderen Seite — in einer solchen Formulierung hat sich das Bundesverfassungsgericht bewegt — wird gesagt, man müsse von Fall zu Fall entscheiden, welcher der beiden Artikel den Vorrang habe.

Ich habe im Bundestag anlässlich einer der jüngsten Debatten Stellung genommen insbesondere gegen eine wissenschaftliche Veröffentlichung des Professors für Staatsrecht und Bundesverfassungsrichters Leibholz. Ich will hier nicht etwa eine politische Polemik gegen Professor Leibholz eröffnen. Ich respektiere seine wissenschaftliche Arbeit durchaus. Er hat sich dann in einem Schreiben an mich darüber beklagt, daß ich seiner Auffassung nicht voll gerecht worden sei; er habe immerhin zugegeben, daß der Artikel 38 noch da sei und man die letzten Konsequenzen noch nicht ziehen könne.

Aber, das Wichtigste dieser Schrift und ähnlicher Auffassungen ist ja, daß gesagt wird, das zertrenne die allgemeine Richtung der Entwicklung und führe lediglich zur Betonung des Parteienvorganges. Professor Leibholz sagt in seiner Schrift ausdrücklich, daß der Artikel 31, wie er jetzt noch im Grundgesetz und in einer kommenden Verfassung nicht mehr enthalten sei, nur dazu erhalten würde, gerade eben noch die äußersten Konsequenzen des Parteienstaates abzuwehren; aber nur noch diese. Es habe gar keinen Zweck, dagegen anzugehen, man müsse sich mit der Tatsache dieser Akzentverlagerung abfinden, alles andere sei reaktionäre Gesinnung, politische Romantik, Utopie.

Ich bin der Meinung, das Gegenteil ist wahr! Es steht einer politischen Partei wie der unseren — ich knüpfe an das an, was unser Freund von Brentano gesagt hat — sehr wohl an, gerade auf einem

Parteitag dazu Stellung zu nehmen. Wenn ich zu jenem Typus des politischen Parteifunktionärs gehöre, der auch in diesen Schriften angesprochen ist, dann will ich ganz besonders stark auf diese Differenz hinweisen. Nicht unsere Partei war es, die in diesen 92 — oder wieviel — Abstimmungen des Bundestages jedesmal uniform und unisono abgestimmt hat. Es war die Sozialdemokratische Fraktion. Was aber ihr Recht ist, und wenn man dort gewillt ist, die Konsequenzen des Parteienstaates tatsächlich zu ziehen, so stehe ich für meine Person nicht an zu erklären: Ich würde mich weigern, in ein neues Parlament einzuziehen, bei dem dieser Grundsatz der Funktionszugehörigkeit des Abgeordneten zu seiner Partei gelten würde! (Beifall)

Wir haben das nicht nötig. Die Christlich-Demokratische Union ist die schwierigste und differenzierteste aller politischen Parteien in Deutschland. Sie hat eine erstaunliche Spannweite, konfessionell, soziologisch, landschaftlich und berufsständisch. Gerade bei uns müssen die Dinge sehr viel hartnäckiger, zäher und geduldiger ausgekämpft werden als anderswo. Wir sind die einzige, echte, große Volkspartei in diesem Land. 50% unserer Wähler sind Arbeiter und Angestellte. Die anderen 50% werden durch Bauern, durch Selbständige des Mittelstandes, durch Beamte und durch freie Berufe gestellt. Da ist alles beisammen. Wir, die einzige echte und große Volkspartei in unserem Lande, das ist keine Übertreibung. Wir haben wohl das Recht, uns dagegen zu wehren, daß wir nun schon wieder einmal in eine unheilvolle Einseitigkeit abgetrennt werden sollen.

Wohl weiß ich, daß die Partei eine große und starke politische Macht im heutigen Leben darstellt; wohl weiß ich, daß eines neben dem anderen steht. Die Unabhängigkeit des Abgeordneten muß aber weitergelten. Ebenso sehen wir aber auch seine Zugehörigkeit zur politischen Partei, die ja nichts anderes ist als der Sachwalter der Interessen, Wünsche und Anliegen der Wählerschaft. So sehen wir uns als Abgeordnete, meine ich, hineingestellt in die Spannung zwischen diesen beiden Forderungen, einmal, da wir politische Realisten sind, in die Zugehörigkeit zu einer politischen Gruppe, die Einheit und Geschlossenheit verlangt, zum anderen aber vor unser Gewissen, dem wir gerade als christliche Politiker einfach nicht ausweichen können.

So, wie der Mensch selbst ähnlich zwischen den Gesetzen des Seins und des Sollens steht, so wie er niemals das Sollen hundertprozentig erreicht, so werden auch wir immer mit der Spannung zu tun haben. Aber das kann bewältigt werden. Es ist ganz klar, daß bloßes querulantenhaftes Besserkennen, nur mit dem Kopf durch die Wand wollen, weil wir eine eigene kostbare Meinung haben, nicht viel wiegt, wenn es um große Angelegenheiten geht. Wie oft haben mir Freunde gesagt: na ja, ich habe eine andere Meinung in der Sache, aber so kostbar ist sie mir nicht, daß ich sie nicht zugunsten der Schlagkraft unserer Fraktion zurückstellen könnte. Aber es gab auch Augenblicke in diesem Parlament, wo diese Freunde oder ich selbst sagte: hier können wir keinem anderen Ruf als dem Ruf unseres eigenen Verstandes und unseres eigenen Gewissens folgen; wir werden so entscheiden, wie wir es verantworten können. Nur eine Partei, in der Abgeordnete dieses Schlages sitzen, wird den parlamentarischen Aufgaben der Zukunft gerecht werden können. Dazu gehört eine gewisse Unabhängigkeit, die auch durch das entsprechende Wahlverfahren gesichert werden muß. Dieselbe Frage hängt wieder aufs engste mit dem von Freund Wuermeling geforderten Mehrheits- und Personalwahlssystem und jedenfalls mit der möglichst starken Herausholung an menschlicher Substanz dieser Art zusammen.

Es erschien mir wichtig, auf diesem Parteitag den Herren Professoren der Staatswissenschaft, die ja keine politische Meinung haben, sondern die

politische Wirklichkeit studieren, also auch in Wirklichkeit den politischen Parteien Stoff zum Studium geben, zu antworten. In künftigen politischen Seminaren, so hoffe ich, wird daher diese Äußerung auf dem Parteitag der stärksten deutschen Partei dazu helfen, daß man nicht so leicht hin feststellt: die Zukunft gehört dem sogenannten Parteienstaat und dem bloßen Funktionär der Partei in den Parlamenten. (Starker Beifall.)

Scharnberg, M.d.B., Hamburg:

Freund Kiesinger hat eben schon die Wahlrechtsfrage angeschnitten. Ich glaube, es wird für Sie alle von Interesse sein, wenn ich einmal kurz versuche, den Stand der Angelegenheit, so wie er sich im Ausschuß für Wahlrecht des Bundestags darstellt, vorzutragen.

Die Regierungsvorlage ist, wie ich annehme, Ihnen im allgemeinen bekannt. Wir haben diese — ohne damit zunächst Stellung zu nehmen zu dem politischen Inhalt der Vorlage — zur Grundlage der Verhandlung gemacht, auf unseren Antrag hin, der mit 14 gegen 13 Stimmen angenommen wurde. Das ist das Stimmenverhältnis, das im Wahlrechtsausschuß besteht. Dann wurde über einen Antrag unseres Freundes Jäger von der CSU abgestimmt, der besagte, 400 Abgeordnete in relativer Mehrheitswahl zu wählen. Dieser Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt worden bei zahlreichen Stimmenthaltungen.

Weiterhin wurde über einen Antrag unseres Freundes Wuermeling abgestimmt, die absolute Mehrheitswahl in 400 Wahlkreisen einzuführen. Auch dieser Antrag verfiel der Ablehnung. Dann wurde über einen Antrag der SPD abgestimmt, das alte Bundestagswahlrecht wieder einzuführen. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Alsdann kam ein Antrag des Herrn Onnen von der FDP zur Abstimmung. Dieser sah vor, daß das alte Bundestagswahlrecht wieder eingeführt würde, aber anstatt mit 400 Abgeordneten mit 484 Abgeordneten. Auch dieser Antrag wurde mit der schwächsten Mehrheit, nämlich 14 gegen 13 Stimmen, also dem Stammabstimmungsverhältnis im Ausschuß, abgelehnt.

Dann habe ich beantragt — auch im Namen unserer Freunde von der CDU und CSU, im Namen der Deutschen Partei und weiteren 2 Abgeordneten der FDP (4 Abgeordnete der FDP sind in dem Ausschuß, 2 stehen gewissermaßen auf unserer Seite und 2 stehen auf seiten der SPD), eine Abänderung des Regierungsentwurfs dahin vorzunehmen, daß 242 Abgeordnete in Wahlkreisen gewählt werden, wie es im Regierungsentwurf vorgesehen ist, aber nicht mit der Einrichtung der Hilfsstimme, sondern mit der absoluten Mehrheit, also dergestalt, daß ein zweiter Wahlgang erfolgt in den Wahlkreisen, in denen der betreffende Kandidat nicht die Mehrheit der abgegebenen Stimmen im ersten Wahlgang erreicht. In dem Falle findet ein Stechen statt zwischen den besten. Der zweite Wahlgang findet 8 Tage später statt. Alsdann werden, wie in der Regierungsvorlage vorgesehen, gleichzeitig 242 Abgeordnete nach dem Verhältniswahlsystem gewählt, wobei die Listenverbindung möglich ist mit der bekannten Wirkung des internen Prozesses, über die ich hier keine weiteren Erläuterungen mehr zu geben habe.

Neu ist in dem Antrag, den wir gestellt haben, daß im Gegensatz zu der Regierungsvorlage nunmehr jeder Wähler 2 Stimmen hat, und zwar nicht etwa — um keine Verwechslung aufkommen zu lassen — die Einrichtung der Hilfsstimme, also eine zweitrangige Stimme, sondern zwei gleichwertige Stimmen. Die eine Stimme gilt für den Kandidaten im Wahlkreis, die andere geht auf die Listenwahl, die Verhältniswahl, über. Es ist also nicht so, wie es im Regierungsentwurf vorgesehen war, daß eine Stimmenkoppelung vorhanden ist; also so: Wenn ich einen Abgeordneten, der der CDU angehört, gewählt habe, bin ich automatisch gezwungen, damit

die Liste der CDU zu wählen. Ich könnte zum Beispiel meine Stimme für den Kandidaten Adenauer abgeben, aber gleichzeitig eine andere Partei wählen. Das ist die Einführung der zweiten Stimme, die auf Wunsch einer Reihe von unseren Freunden eingeführt worden ist, die gewisse Vorteile und Nachteile hat, von denen aber wahrscheinlich zu sagen ist, daß die Vorteile überwiegen.

Nun kurz zu den Zielen der Anträge, die von der Regierung vorliegen und in modifizierter Form nunmehr von uns vorliegen. Ich darf auf die Rede verweisen, die ich im Bundestag gehalten habe und die, glaube ich, den Herren Delegierten zugestellt worden ist. Hier sind nach meiner Ansicht die Dinge schon eindeutig klargestellt. Ich möchte aber ganz kurz stichwortweise einmal wiederholen, worum es sich im wesentlichen in der Zielsetzung dieses Entwurfes handelt. Das erste Ziel ist eine Bekämpfung der — so wollen wir es einmal ausdrücken — politisch isolierten Parteien. Unter politisch isolierten Parteien wäre zu verstehen einmal eine Interessentenpartei, die nicht koalitionswillig ist, sondern die Zünglein an der Waage spielen möchte, sich aber nicht nach der einen oder anderen Seite politisch binden möchte, sondern sich gewissermaßen bestmöglich nach Abschluß der Wahl verkaufen möchte.

Weiter wendet sich der Entwurf gegen die koalitionsunwürdigen Parteien, mit anderen Worten: die radikalen Parteien. Die koalitionsunwilligen Parteien (Interessentenparteien) und die koalitionsunwürdigen Parteien (radikale Parteien) sollen, wenn sie ihre Haltung beibehalten, durch den Regierungsentwurf getroffen, das heißt verkleinert werden. Wenn sie allerdings aus ihrer politischen Isolierung herausgehen, dann wird ihnen kein Schaden erwachsen. Sie können dadurch herausgehen, daß sie sich als Interessentenpartei vor dem Wahlkampf schon politisch orientieren und sagen, wir gehören entweder nach rechts oder nach links. Als radikale Partei können sie auch sagen, wir entradikalisieren uns und schließen uns zur Mitte zu an. In dieser Zielsetzung liegt, im großen gesehen, eine Zentripetalkraft im Gegensatz zu einer Zentrifugalkraft, die durch das Verhältniswahlssystem entwickelt wird. Diese Wirkung wird technisch in der Weise ausgeübt, daß eine Partei, die im Wahlkampf isoliert marschiert — wenn sie eine kleine oder eine mittlere Partei ist —, nur eine Chance in der Verhältniswahl hat. Da nach dem alten Bundestagswahlrecht und nach dem SPD-Entwurf auf der Basis von 480 Abgeordneten eine solche Partei, wenn sie zum Beispiel 10^o Wähler aufbringt, genau 48, nämlich $\frac{1}{10}$ der zu vergebenden Mandate, hält, würde im Gegensatz dazu bei uns diese Partei, die ja kaum Chancen hat, Mandate in der direkten Wahl zu erringen, nur 24 Mandate bekommen, weil wir ja nur 240 Mandate nach der Verhältniswahl haben. Hierin liegt der Anreiz zum Zusammenschluß mit einer größeren Partei, sei es rechts oder links. Wenn die betreffende Partei sich mit einer anderen größeren Partei zusammenschließt, dann entgeht sie der Gefahr dieser Halbierung.

Die zweite Wirkung des Gesetzes beruht darin, daß die größte Partei durch die Technik des Gesetzes, oder die größte Parteiengruppe — gewissermaßen einen Bonus erhält. Dieser Bonus bildet einen weiteren Anreiz zum Zusammenschluß, zur Versöhnung und zur Integration. Die Einwände, die gegen die Regierungsvorlage gemacht worden sind, sind im wesentlichen folgende. Man hat gegen die Hilfsstimme polemisiert. Diesen Einwänden haben wir dadurch den Wind aus den Segeln genommen, daß wir von der Hilfsstimme umgeschaltet haben auf die absolute Mehrheitswahl, wogegen ja wohl aus irgendwelchen Gründen der Gleichheit usw. des Wahlgesetzes nichts einzuwenden ist.

Weiterhin macht man den Einwand — wenn auch nicht sehr laut, aber immerhin etwas leise — gegen den internen Proporz. Dieser

Einwand ist ein glatter Unsinn. Der interne Proporz ist nichts anderes als das, was bei dem bisherigen Wahlrecht, über das Ganze gesehen, gemacht wurde. Jetzt wird dieser Proporz nur unter den Parteien gemacht, die sich dadurch, daß sie eine Listenverbindung miteinander eingehen, zu diesem internen Proporz bekennen. Es entsteht durch den internen Proporz kein einziges Mandat zusätzlich oder es geht keinem ein Mandat im Wahlkreis durch diesen Proporz verloren. Es gewinnt auch die ganze Gruppe, die sich zusammenschließt, sowohl im Wahlkreis wie auf der Liste kein einziges Mandat, sondern der Gewinn entsteht nur dadurch, daß natürlich die Gegenleistung des internen Proporz ein Zusammengehen im zweiten Wahlgang im Wahlkreis ist. Dadurch entsteht natürlich für die Parteien, die einen internen Proporz miteinander vereinbaren, ein zusätzlicher Gewinn. Er entsteht aber nicht durch den internen Proporz, sondern nur durch das Gegengeschäft, ohne daß sich natürlich unsere Partei entschließen würde, den internen Proporz zuzugestehen.

Man sagt nun, daß der Gesetzentwurf verfassungswidrig sei. Lassen Sie sich von diesem Einwand bitte nicht ins Bockshorn jagen. Das ist eine glatte Unverschämtheit von der Sozialdemokratie, zu behaupten, dieser Gesetzentwurf sei verfassungswidrig. Wir haben im Innenministerium mit der größten Gewissenhaftigkeit diese Dinge geprüft, und zwar deswegen, weil wir natürlich in einen grauenhaften Staatsnotstand hineinkommen, wenn es tatsächlich gelingen würde, einen Gesetzentwurf, den wir vorgelegt und beschlossen haben, vor dem Verfassungsgerichtshof zu bekämpfen. Wir haben bei sorgfältigster Prüfung festgestellt, daß von einer Verfassungswidrigkeit dieser Entwürfe überhaupt nicht die Rede sein kann. Das ist auch klar, denn kein Mensch in der Welt hat je behauptet, daß eine absolute Mehrheitswahl den Grundprinzipien, die im Grundgesetz für die Wahl festgelegt sind, widerspricht. Wir haben früher in der Kaiserzeit immer die absolute Mehrheitswahl gehabt. Gegen die Verhältnisswahl läßt sich wohl auch vom verfassungsmäßigen Standpunkt nichts einwenden. Gegen den internen Proporz aus den Gründen, die ich eben dargelegt habe, auch nichts.

Es ist weiterhin gesagt worden, daß das ein Koalitionssicherungsgesetz sei und eine unfaire Angelegenheit im Verhältnis zu der Opposition. Auch das ist eine glatte Unwahrheit. Dieses Gesetz gibt ja, wie ich sagte, nichts anderes als nur der stärksten Gruppe einen Bonus. Es ist jedem unbenommen, bei der Wahl sich darum zu bemühen, die stärkste Gruppe zu werden. Wenn es der Sozialdemokratie gelingt, die stärkste Gruppe zu werden, dann bekommt sie den Bonus. Es sind also hier absolute Gleichheitsprinzipien für alle.

Warum ist diese Lösung so außerordentlich wichtig? Sie ist deswegen wichtig, weil wir zweifellos in sehr labilen Mehrheitsverhältnissen gearbeitet haben und weil die Tendenz der Zersplitterung — wir haben sie in der Weimarer Zeit genau kennengelernt und deren Ergebnis tragischerweise erlebt — nur allzuleicht dazu führen kann, daß sich die Mehrheitsverhältnisse so verschieben, daß weder rechts noch links eine regierungsfähige Mehrheit da ist und dann tatsächlich eine Interessentenpartei Zünglein an der Waage ist und sich bestmöglich nach rechts oder links verkaufen kann. Wenn wir in solche Zustände hineinkommen, dann können wir getrost schon jetzt die Demokratie wieder so zu Grabe tragen, wie es in der Weimarer Zeit gewesen ist. Damals nämlich haben diese Dinge letzten Endes den Anstoß dazu gegeben, daß wir zum Schluß zwei Flügelparteien radikaler Art gehabt haben, die zusammengenommen die Mehrheit im Reichstag hatten.

Damit hatten wir einen Zustand herbeigeführt, von dem der seinerzeitige Reichskanzler von Papen gesagt hat: Was geht mich noch der Reichstag

an, der hat überhaupt nichts mehr zu sagen, 1. kann er nichts sagen, und 2. wenn er was sagt, dann löse ich ihn eben einfach auf. Es wird dann neu gewählt und diese Neuwahlen werden wieder so töricht ausfallen, wie sie gewesen sind.

Weiter möchte ich noch auf die Stellungnahme von Professor Hermanns hinweisen, den Sie ja alle kennen und der wohl als der erste Sachverständige der Welt auf dem Gebiete des Wahlrechts anzusehen ist. Herr Professor Hermanns hat uns hier besucht, um uns in dem Kampf um die Wahlrechtsfrage zu helfen. Er hat in verschiedenen Städten darüber schon Vorträge gehalten. Im Gegensatz zu der Wählergesellschaft, die aus unbegreiflichen Gründen sich gegen dieses Gesetz gewandt hat, weil sie es in ihrer Zielsetzung nicht verstanden hat, hat Prof. Hermanns mit allem Nachdruck ausgeführt, daß dieses Gesetz eine immerhin sehr deutliche Tendenz zum Mehrheitswahlrecht hat. Er hat das Wort aufgegriffen, das ich in meiner Rede geprägt habe, vom mehrheitsbildenden Wahlrecht, und hat es für richtig erklärt, daß man diesen Weg weiter verfolgt.

Ich darf Ihnen vielleicht noch kurz sagen, daß die Dinge im Ausschuß stehen. Wir arbeiten im Ausschuß, wie ich Ihnen schon sagte, mit einer Mehrheit von 14 zu 13 Stimmen. Das ist natürlich immer sehr schwierig; es müssen sämtliche Mitglieder anwesend sein, denn wir müssen jederzeit mit Abstimmungen rechnen. Das, worauf es ankommt, wenn wir dieses Gesetz durchbringen wollen, ist, daß wir die gesamte CDU hinter dieses Gesetz, welches nun einmal eine Kompromißlösung ist, bringen. Es ist nicht ein vollständiger Erfolg nach der Richtung, wie es Freund Wuermeling und auch meine Person von ganzem Herzen angestrebt hat. Wenn es uns gelingt, unsere ganze Fraktion hinter dieses Gesetz zu bringen — sie steht dahinter nach den Informationen, die wir haben —, dann können wir die gesamte Verantwortung dafür, ob wir entweder dieses Gesetz oder das alte Bundestagswahlgesetz bekommen, der FDP-Fraktion zuschieben. Ich glaube, daß dann die Meinung in der FDP-Fraktion doch etwas aufgeschlossener sein wird und nicht gewillt ist, die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß wir zu dem alten Bundestagswahlrecht, das ein reines Verhältniswahlrecht ist, zurückkehren. So sehen die Dinge aus. Es ist ein erbitterter Kampf. Ich glaube aber doch, daß wir ihn gewinnen werden. Es geht hier in der Tat um das Schicksal unserer deutschen Demokratie. (Starker Beifall.)

Präsident Simpfendorfer:

Ich glaube, in Ihrem Sinne zu sprechen — vor allem im Sinne der Landesvorsitzenden —, wenn ich unsere Bundestagsfraktion sehr herzlich bitte, daß nun endlich überhaupt einmal das Wahlrecht geschaffen wird. (Beifall.)

Brück:

Gestatten Sie mir, daß ich für die Berufsbeamten auch noch einige Wünsche und Bitten vortrage. Ich habe mich zunächst einer angenehmen Pflicht zu erledigen. Ich danke im Namen der Beamtenschaft des Rheinlandes, der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen unter der Führung ihres Ministerpräsidenten, für die Schrittmacherdienste, die sie bisher auf dem Wege der Beamtenpolitik getan hat. Insbesondere möchte ich aber unserem Landesvorsitzenden und gleichzeitigen Sprecher unserer Landtagsfraktion, Landrat J o h n e n, herzlichen Dank sagen. (Beifall.)

Darüber hinaus habe ich am Samstag den Auftrag bekommen von unserem Verband, den beiden Bundestagsabgeordneten, Herrn Staatssekretär Dr. Kleindienst, den wir wohl als echten Berufsbeamten bezeichnen können, wie Herrn Dr. Wuermeling aufrichtigen Dank zu sagen.

Es wurde heute morgen von Herrn Dr. von Brentano wie auch von Herrn Dr. Wuermeling, gesagt, daß das Personalvertretungsgesetz recht bald — so sagte der eine, der andere sagte umgekehrt — durch den Bundestag verabschiedet wird. Die Beamtenschaft ist hier etwas mißtrauisch und zwar deshalb, weil in den letzten Tagen die gegnerische Presse und unsere Gegner überall die Behauptung aufgestellt haben, daß die Zeit gar nicht mehr dazu reicht, um dieses Personalvertretungsgesetz noch rechtzeitig vor den Bundestagswahlen zu verabschieden. Bei aller großen Politik vergessen wir bitte nicht, daß sie auch auf der bürokratischen Ebene fest verankert werden muß, und daß es dort Beamte geben muß, die in unserem Sinne diese Politik zur Ausführung bringen. Es ist unbedingt notwendig, daß für die rund 2 Millionen Bediensteten des öffentlichen Dienstes — darunter rund 800 000 Beamte — das Personalvertretungsgesetz nicht nur recht bald und nicht nur umgekehrt, sondern möglichst im Telegrammentempo über die Bühne geht, damit die Möglichkeit besteht, für die Beamten, die in unserem Geiste arbeiten, sich innerhalb der Beamtenschaft für die rechten Belange der CDU mit Tatkraft einzusetzen. Das ist mein dringlicher Wunsch. (Beifall.)

Präsident Simpfendorfer:

Abschließend zu dem Vertriebenenthema wird Stellung nehmen

Frau Dr. Broekelschen, M.d.B.:

Ich möchte Sie noch einmal zurückführen in das Zentrum der Not, in der wir augenblicklich stehen. Wir haben heute verschiedentlich gehört von der Verantwortung, die wir stellvertretend für das ganze Deutschland haben. Auf der anderen Seite haben wir sehr viel gehört von der wirtschaftlichen Entwicklung, die wir seit 1949 durchgemacht und von den Erfolgen, die wir zu buchen haben. Wenn ich mir nun vorstelle, daß in den letzten Tagen in unserer Presse auf der ersten Seite eine große Überschrift stand: „Hungersnot in Deutschland“, dann zeigt das, in welch grauenhaftem Gegensatz unsere Zone zu den Verhältnissen steht, in denen wir uns befinden.

Aus christlicher Verantwortung heraus betonen wir immer wieder, daß der Staat subsidiär einzutreten hat und an erster Stelle unsere christliche Verantwortung steht. Ich glaube, die Situation in der Zone ruft diese christliche Verantwortung mit aller Deutlichkeit wach. Es fehlen nach vorsichtigen Schätzungen bis zur neuen Ernte über 1 Million Tonnen Kartoffeln in der Zone, 98 000 t Zucker sowie ungefähr $\frac{1}{2}$ Million t Brotgetreide. Das in einer Situation, in der unserer Regierung die Hände gebunden sind. Wir wissen, daß jede offizielle Aktion, die von hier aus gemacht wird, drüben gerade das Gegenteil von dem erreicht, was wir erreichen wollen. Deshalb kommt es mir darauf an, heute am Schlusse unserer Tagung die Verantwortung jedes einzelnen CDU-Mitgliedes aufzurufen, nun in privater Hilfe in den nächsten Monaten zu verhindern, daß drüben eine Katastrophe eintritt. Wir schicken bis jetzt ungefähr 2 Millionen Pakete und Päckchen im Monat. Es muß möglich sein, vor allen Dingen auch in unserer CDU, in jedem einzelnen Falle dafür zu werben, daß aus den 2 Millionen mindestens 4, 5 oder 6 Millionen werden, damit wir keine Verzweiflung unter unseren Mitmenschen groß werden lassen. (Lebhafter Beifall.)

Diese Aktion aufzurufen, fühle ich mich als Mitglied des gesamtdeutschen Ausschusses verpflichtet. Ich fühle mich um so mehr verpflichtet, weil ja durch unglaubliche Verordnungen der Regierungen drüben nur noch individuell gepackte Päckchen und Pakete überhaupt ihren Empfänger erreichen, da die großen Wohlfahrtsorganisationen lahmgelegt sind.

Das Wort „Wohlfahrt“ hat eine unglückselige Entwicklung durchgemacht. Es galt eine Zeilang als nicht ganz in der Ordnung, wenn man Wohlfahrt empfing. Ich glaube, wir haben gerade als Christliche Union die Verpflichtung, diesem Begriff der Wohlfahrt einen neuen Inhalt zu geben in einem Augenblick, wo 18 Millionen Menschen in der Zone in Not sind, um aus dieser christlich gefaßten Wohlfahrt heraus zu der Aktion zu kommen, die wir von unserer christlichen Partei aus unserer ganzen letzten politischen, sittlichen und religiösen Einstellung nach finden müssen. (Starker Beifall.)

Präsident Simpfendörfer:

Wir sind am Ende der Aussprache. Eines darf ich sagen: sie ist mit großer Disziplin durchgeführt worden. Es ist mir eine große Freude, festzustellen, daß ich keine Redebeschränkung fordern mußte. Ich danke allen, die sich an dieser Diskussion beteiligt haben.

Zum Schluß spricht jetzt unser Freund

Dr. Robert Tillmanns, M.d.B.:

Ich möchte die sehr ernsten Worte von Frau Dr. Broekelschen durch folgende Mitteilung ergänzen. In dem sowjetischen Sektor Berlins werden nach dem neuesten Stande folgende Lebensmittellrationen verteilt. Die Zahlen, die ich nenne, sind Monatszahlen:

Die Grundkarten enthalten monatlich 1350 g Fett, davon 230 g Butter. Diese Ration ist im März ausgefallen; 460 g Schlachtfett und 460 g Margarine. Die Fleisch- und Fischration beträgt pro Monat 1950 g. Die Zuckerration pro Monat 1500 g. Die Arbeiterkarten enthalten: Fettration 1600 g, davon $\frac{3}{8}$ Butter, $\frac{2}{8}$ Schlachtfett und $\frac{1}{8}$ Margarine. Fleisch- und Fischration 2600 g, Zucker 1800 g. Dazu kommt eine Schwerarbeiterkarte, bei der die Fettration unverändert ist. Lediglich die Fleisch- und Fischration beträgt 3500 g und die Zuckerration 1850 g.

Ich glaube, es ist gut und nützlich, daß wir uns alle diese Zahlen wieder einmal klarmachen, damit uns zum Bewußtsein kommt, wie die Situation unserer Menschen in dem sowjetisch besetzten Gebiet Deutschlands ist.

Nun erlauben Sie mir zu dieser Diskussion bzw. zur Arbeit dieses unseres Parteitages noch eine kleine allgemeine Bemerkung zu machen. Das Ziel unserer Arbeit ist die Verabschiedung des Programms der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands für den zweiten Deutschen Bundestag, das heißt, unsere Grundforderungen für die Wahl und für die künftige Arbeit in den nächsten 4 Jahren. Wir haben diese Arbeit dadurch vorbereitet, daß vor allen Dingen die Ausschüsse in den letzten Monaten sich ausschließlich der Vorbereitung dieser unserer Arbeit gewidmet haben. Das Material liegt Ihnen in den Tagesdrucksachen vor. Die Referate, die wir heute gehört haben und die morgen gehalten werden, sollen nichts anderes sein als eine kurze Erläuterung dieses Materials für das endgültig zu verabschiedende Programm. Die Grundsätze sollen gemeinsam erarbeitet und im Wahlprogramm verabschiedet werden. Der von Ihnen heute morgen eingesetzte Redaktionsausschuß tagt während der Plenarsitzungen, um das endgültige Programm so rechtzeitig in seinem Grundentwurf feststellen zu können, daß morgen abend, so hoffen wir, dieser Entwurf in den Händen der Delegierten sein kann. Ich darf dazu nochmals bemerken, daß dieser Entwurf in sorgfältigster Arbeit durch die Ausschüsse auch in seiner letzten Gestaltung und vollständiger Übereinstimmung und Mitarbeit der Ausschußvorsitzenden zustande gekommen ist, so daß wir wohl die gute Hoffnung haben können, daß es uns gelingt, am Mittwochvormittag dieses Programm dann als einmütigen Willen dieses Parteitages zu verabschieden.

Wir haben diesmal den Versuch gemacht, das Schwergewicht der Arbeit dieses Bundesparteitages in die Diskussion zu legen und uns

darum bemüht, die Referate so kurz wie möglich zu halten. Es ist uns nicht voll gelungen. Da es uns heute nicht voll gelungen ist, deshalb sollte es uns ein Ansporn sein, es morgen besser zu machen. Es ist auch so, daß aus unseren Kreisen immer wieder der dringende Wunsch kommt, eine lebendige Diskussion zu führen. Ich glaube, wir haben heute nachmittag damit einen guten Anfang gemacht. Es steht aber in einem gewissen Widerspruch zu diesem immer wieder erhobenen Wunsch, daß in dem Augenblick, wo die Diskussion beginnt, die Reihen in diesem Saal sich verhältnismäßig stark lichten. (Sehr richtig! und Beifall.) Ich glaube und bitte dieserhalb um Ihre Zustimmung — ich sage das als eine Bitte an uns alle gemeinsam —, daß wir versuchen sollten, morgen in einer noch geschlosseneren Weise diese unsere gemeinsame Arbeit durchzuführen.

Sachlich möchte ich noch einen einzigen Punkt zum Abschluß unserer Diskussion zum Thema „Staatspolitik“ darlegen, das ist unsere Stellungnahme zu den nationalistischen-radikalistischen Tendenzen, die sich in unserem Volke bemerkbar machen. Es gibt wieder viele, die das Wort „national“ oder auch nur „deutsch“ benutzen, um irgendwelche Gefolgschaften zu sammeln für Zwecke, die entweder nicht ganz durchdacht sind, oder die bewußt im dunkeln gehalten werden. Zunächst möchte ich dazu folgendes sagen:

Es geht uns allen — ich glaube, das ist eine Grundvoraussetzung, wenn wir darüber überhaupt ehrlich diskutieren wollen — schlechthin um unser Volk, um die Wohlfahrt dieses Volkes, das gemeinsame Vaterland und seine Zukunft. Es ist keine Kunst, so scheint mir, sich national zu gebärden in Zeiten sogenannten nationalen Glanzes und äußerer Machtstellung. Aber sich zu seinem Volke zu bekennen in Zeiten der Not und der allertiefsten Erniedrigung, wie in einer Zeit, wo wir durch nationalistische Parolen ins tiefste Elend gestürzt sind, da Hand anzulegen und für das Volk zu arbeiten, weiter dafür zu dienen, daß das Volk wieder zu einem gesunden gemeinsamen Leben kommt, das scheint mir sehr viel mehr nationales Bewußtsein zu sein, als das ganze Geschwätz, was wir heute wieder über nationale und sonstige Dinge draußen in unserem Lande hören. (Lebhafter Beifall.)

Wenn wir unter uns Meinungsverschiedenheiten haben — ich meine jetzt nicht hier unter unseren Parteifreunden, sondern das deutsche Volk — über den Weg, der zu diesem Ziele führt, dann sollten wir nicht wieder die alten schlechten Gewohnheiten aufnehmen, die einen national und die anderen anational zu nennen und ihnen sozusagen den Makel mangelnden Nationalbewußtseins anzuhängen. Wir sollten alles tun, um diese unselige Spaltung zu vermeiden. Meine Freunde! Was heißt denn überhaupt heute 1953 in der Gegenwart unseres Volkes „national“? Was heißt denn überhaupt „national“ in einer Situation, wo der eine Teil unseres Landes schlechthin im Besitze der Sowjetunion ist und wo der andere Teil — ich füge hinzu Gott sei Dank — noch unter der Obhut der westlichen Alliierten steht. (Sehr gut!) Es kann doch nur eins „national“ bedeuten, nämlich daß wir uns einmal sorgfältig überlegen, ob und inwieweit man in einer solchen Situation das Wort überhaupt noch mit wirklicher Verantwortlichkeit gebrauchen kann. Drüben in der Sowjetzone wird dieses Wort „national“, das aus allen propagandistischen Rohren jeden Tag geschossen wird, doch nur zu einem einzigen Zweck mißbraucht, nämlich um die Machtposition der Sowjetunion in dem östlichen Teil Deutschlands endgültig zu festigen und zu stärken. Drüben wird dieses Wort gebraucht als ein großer Versuch der Verführung im Sinne und im Interesse der Politik der Sowjetunion. Es gibt unzählige ehemalige Nationalsozialisten und SS-Leute, die heute drüben in der Sowjetzone im Dienste dieser Politik stehen (Pfui-Rufe) und sich dafür mißbrauchen lassen. (Zurufe: Und bezahlen lassen!)

Das kann doch für den Westen, das heißt für den glücklicheren und besseren Teil unseres Landes, nur eins bedeuten, nämlich daß wir uns sehr hüten, etwa das Wort „national“ wieder leichtfertig in den Mund zu nehmen, zumal dann, wenn es doch nur zu einem Zweck gebraucht wird: Zwiespalt zu säen zwischen uns, den westlichen Nachbarn und den hiesigen Besatzungsmächten. Mit diesem Versuch tun wir doch gar nichts anderes, als das Geschäft der Sowjetunion zu betreiben, die nicht umsonst solche Kreise, die in diesem Sinne, nämlich einer Gegnerschaft gegen die westlichen Besatzungsmächte und unserer europäischen Nachbarn, das Schlagwort „national“ benutzen, mit allen Mitteln zu stärken, fördern und kräftigen versuchen. Das, was die Situation besonders erschwert, ist, daß in dem großen Ringen um die Einigung Europas eine Partei, die es eigentlich vor ihrer eigenen Geschichte nicht verantworten kann, nämlich die Sozialdemokratie, sich heute zur Trägerin einer solchen falsch verstandenen nationalen Parole macht. Uns allen geht es wahrhaftig um die Gleichberechtigung. Ich weiß auch, daß die SPD es ablehnt, sich etwa heute als nationalistische Partei bezeichnen zu lassen. Ich gebe sogar zu, daß sie das nicht will. Aber sie sollte sich einmal sehr sorgfältig überlegen, ob sie sich nicht doch durch ihre Parolen, die sie gegen unsere Politik zur Einigung Europas anwendet, in eine vielleicht nicht von ihr gewollte, ungeheuerlich enge und gefährliche Nachbarschaft zu solchen falschen nationalistischen Tendenzen begibt. Die Gleichberechtigung wird nach dem furchtbaren Fall unseres Volkes nicht erreicht durch Reden vor der Tribüne des deutschen Bundestages — auch nicht durch so rednerisch begabte Leute wie Carlo Schmid —, sondern nur dadurch, daß wir durch Zusammenarbeit wieder Vertrauen erwerben. Auf diesem Vertrauen wird sich dann die Gleichberechtigung aufbauen als Ergebnis unserer gemeinsamen europäischen Politik.

Ich habe den Wunsch, noch unseren Gästen etwas zu sagen, die aus den anderen europäischen Ländern zu uns gekommen sind. Wenn wir so über falschen Nationalismus sprechen, dann bitte ich Sie, uns eins zu glauben — ich darf das sagen als Vorsitzender des Landesverbandes Berlin und als Vorstandsmitglied der Exil-CDU: Wenn wir Deutsche von der Wiedervereinigung sprechen, meine Freunde, glauben Sie uns bitte eins: das hat nichts zu tun mit altem Nationalismus oder gar mit deutschem Machtstreben nach irgendeiner Position. Wir tun nichts anderes, als daß wir letztem Sehnen nach unseren drüben unterdrückten Menschen Ausdruck geben. Was wollen wir denn, wenn wir Wiedervereinigung wünschen? Wir wollen zu Europa! Unsere Menschen drüben wollen nichts anderes, als endlich einmal in Freiheit und Frieden zu arbeiten und mit den anderen europäischen Völkern für den Frieden und die Wohlfahrt zu sorgen.

Noch ein Zweites an unsere Gäste aus den anderen Ländern. Überschätzen Sie doch bitte nicht die Lautstärke dieses falschen Nationalismus, der sich heute hier und da wieder in Deutschland zeigt. Wer hat denn ein Interesse daran, daß im Ausland wieder das Bild eines nationalistischen Deutschlands entsteht? (Zuruf: Niemand!) Doch nur die Sowjetunion!

Bitte lesen Sie die gestern erschienene Botschaft der Volkskammer aus Pankow an das britische Unterhaus. Dort heißt es wörtlich, daß in der Bundesrepublik wieder in zunehmendem Maße eine Nazi Herrschaft errichtet wird und daß in den Bonner Ämtern sich wieder Tummelplätze aufgetan haben für die Feinde des Friedens und der Demokratie. Was wird damit bezweckt? Doch nur das eine: bei unseren europäischen Nachbarn Mißtrauen gegen diese junge deutsche Demokratie zu säen und damit das Zusammenkommen Europas endgültig zu verhindern. Wir alle haben ein dringendes Interesse daran, die Situation so zu sehen wie sie ist. Wenn wir sie so sehen wollen, dann wollen wir vor allem auf unsere Jugend schauen.

Mir scheint ein ganz großer Unterschied zwischen der Situation der zwanziger Jahre und heute zu sein. Damals haben nationalsozialistische Tendenzen einen starken Nährboden unter unserer akademischen Jugend in den Hochschulen gefunden. Wenn Sie heute in unsere Hochschulen und Universitäten blicken, dann werden Sie das genaue Gegenteil sehen. Dort ist am wenigsten etwas von solchen reaktionären Tendenzen zu spüren. Wenn irgendwo in unserem Volke, dann hat in den Hochschulen und Universitäten, das heißt in der heranwachsenden Jugend, die morgen über morgen bei uns die Verantwortung übernehmen wird, die Politik zur Einigung Europas wohl die festeste Grundlage in unserem Volke. Ich meine, das sollte uns hoffnungsvoll stimmen. (Lebhafter Beifall.)

Nationalismus lebt heute im wesentlichen in falsch verstandener Form höchstens bei alten, vielleicht auch bei jenen — sagen wir es ganz offen —, die in den letzten Jahren seit 1945 schwere persönliche Lasten, oder auch sehr oft ungerechte Behandlungen auf sich nehmen mußten. Diesen Menschen möchte ich noch einmal erklären: Wir sind bereit, einen Schlußstrich zu ziehen. Aber das muß gegenseitig geschehen. Schlußstriche kann man nicht denen gegenüber machen, die ihrerseits nicht den Willen dazu haben, (Sehr richtig!) sondern die nur mit der Behauptung vom Schlußstrich ihr zerstörerisches Werk wieder aufbauen wollen. Wenn wir aber gegenseitig bereit sind, Schlußstriche zu ziehen, das heißt, wenn auch diese Menschen sich gemeinsam mit uns zusammenschließen wollen zu einer positiven Aufbauarbeit eines neuen Staates und neuen europäischen Ordnung, dann machen wir alle einen Schlußstrich und arbeiten gemeinsam an diesem großen Werk.

Unser Freund N a h m hat heute in seinem ausgezeichneten Referat etwas gesagt, was mir sehr nachgegangen ist: daß unser Volk in seiner großen Mehrheit wahrscheinlich sehr viel besser sei, als wie wir es uns selbst darstellen und oft auch im Ausland dargestellt wird. Ich glaube, das gilt auch für diese Frage. Auf der letzten Tagung der Jungen Union in Berlin ist das Wort zitiert worden: Der Unsinn ist immer lauter als der Sinn. Wollen wir doch nicht soviel auf den lauten Unsinn hören, sondern mehr uns dem Sinn der Stillen zuwenden. Mir scheint es, daß es eine Grundaufgabe unserer Christlich-Demokratischen Union ist, uns zum Sprecher dieser Stillen im Lande zu machen, die nicht so viel herumreden. Mit denen müssen wir unsere Stimme erheben, die gesund denken und am Aufbau unseres Landes mitarbeiten wollen, auch in dem vor uns stehenden Wahlkampf.

Meine verehrten Freunde aus dem Ausland! Hört mehr auf die Stillen in Deutschland und nicht so sehr auf die Lauten. Habt Vertrauen dazu, daß ein schwer heimgesuchtes Volk in seiner weit überwiegenden Mehrheit sich innerlich gewandelt hat und bereit ist, gemeinsam mit den europäischen Nachbarn für den Frieden und die Wohlfahrt dieser Welt zu arbeiten. (Starker Beifall.)

Präsident Simpfendorfer:

schloß die Tagung um 19.25 Uhr.

Die Presse war bereits am Vormittag durch den Bundeskanzler über seine Amerikareise und ihre Ergebnisse informiert worden. Am Abend fand ein Presseempfang statt, an dem der Bundeskanzler und seine Tochter, Fräulein Dr. Lotte Adenauer, der Bundespresseschef, Herr von Eckardt, und sein Vertreter, Herr Krüger, sowie die Mitglieder des Hauptvorstandes der Union, Landesvorstandsmitglieder, zahlreiche Minister, Abgeordnete und andere Persönlichkeiten des politischen Lebens teilnahmen.

Vierter Tag: Dienstag, 21. April 1953

3. Plenarsitzung

Präsident Simpendörfer:

eröffnete um 9 Uhr die dritte Plenarsitzung des Parteitages. Er erteilte das Wort zu einem Referat

Unsere Wirtschaftspolitik

Vizepräsident Franz Etzel:

(Mit Beifall begrüßt.)

Ich habe heute morgen den Auftrag, die Diskussion durch ein einleitendes Referat einzuleiten. Erwarten Sie nicht von mir, daß ich in diesem einleitenden Referat in der Lage sei, das ganze Thema zu behandeln; ich kann mich nur darauf beschränken, das Thema anzuschlagen in der Hoffnung, daß die Diskussion dann anschließend das Gesamtbild unseres wirtschafts- und sozialpolitischen Willens geben wird.

Alles das, was ich sagen werde, ist nicht etwa nur das Ergebnis meiner eigenen Gedanken — ich stehe natürlich dazu —, aber es ist das Ergebnis zunächst einmal von Gedankengängen und Diskussionen, es ist das, was wir gemeinsam in den Jahren seit 1946 erarbeitet haben; es ist aber auch das Ergebnis von Arbeiten, die im Ausschuß für Wirtschaftspolitik, in anderen Ausschüssen, in Arbeitsgemeinschaften und nicht zuletzt auch in Unterausschüssen herausgestellt wurden.

Christentum und Wirtschaft

Lassen Sie mich zunächst einige Bemerkungen über unser Verhältnis zwischen Christentum und Wirtschaftspolitik machen; denn ich bin der Meinung, daß auch die Wirtschaftspolitik in einem besonderen Verhältnis zu dem Wort „christlich“ im Rahmen der CDU zu stehen hat. Unsere Gegner haben uns ja bekanntlich im allgemeinen politischen Gebiet sogar die Berechtigung dieses Wortes bestritten. Ich bin aber in diesem Kreise nicht in die Notwendigkeit versetzt, das Falsche eines solchen Tuns im einzelnen darzulegen; das wissen Sie alle so gut wie ich.

Christliche Werte und christliche Gebote gelten über alle Zeiten und Räume hinweg. Das gilt auch gegenüber der jeweiligen Wirtschafts- und Sozialordnung. Christliche Werte und christliche Gebote haben daher in allen Wirtschafts- und Sozialordnungen einen Zuständigkeitsanspruch nämlich in dem Sinne, daß sie in diesen Ordnungen ein Gestaltungsfaktor sind, wobei einmal die Annäherung und ein andermal eine Entfernung stattfindet.

Werner Sombart, der große Nationalökonom und Wirtschaftsphilosoph, hat einmal gesagt, daß die Wirtschaft ein Teilbereich der Gesamtkultur eines jeden Volkes ist. Es ist richtig, daß sie ebenso wie alle anderen Teilbereiche den Geist der jeweiligen Epoche beeinflusst. Die Richtigkeit dieses Gedankens ist uns außerordentlich eindrucksvoll bestätigt durch das, was wir feststellen mußten, als der Mensch und nicht der Herrgott diesen großen technischen Apparat der Industrialisierung in die Welt stellte. Sie alle wissen, welche Dämonien, welche Probleme durch diesen technischen Apparat in diese Welt gekommen sind und wie diese Dinge unsere ganze Gesellschaftsordnung und unser gesellschaftliches Leben entscheidend beeinflusst haben.

Wenn das Christentum in der jeweiligen Wirtschafts- und Sozialordnung aber ein Gestaltungsfaktor ist, wenn es andererseits die Wirtschaftsordnun-

gen und die Sozialordnungen grundsätzlich als einen autonomen Bereich anerkennt, dann liegen in der Realisierung christlicher Werte in der Wirtschaft einerseits die Aufgaben der Christen als Individuen, andererseits aber auch die Grenzen der Freiheit, den Rahmen einer wirtschaftlichen und sozialen Ordnung zu bestimmen. Die Wirtschaft unterliegt also — und das scheint mir unsere Absage an den Liberalismus zu sein — nicht einer absoluten Eigengesetzlichkeit.

Es gibt natürlich eine Menge Eigengesetze, wirtschaftliche Bedingtheiten, außerwirtschaftliche Faktoren, die wir sehen müssen und die mit christlichen Werten und Geboten an sich absolut nichts zu tun haben, die aber dennoch unsere Wirtschaftsordnung und Sozialordnung mitgestalten und beeinflussen. Aber sie sind eben in ihrer Einwirkungsmöglichkeit von unserer christlichen Schau der Dinge her begrenzt und erhalten von dort her ihre spezielle und besondere Ordnung.

Gehen wir daher in unseren Überlegungen und Entschlüssen gegenüber den Problemen des Tages im Raum und Wirtschaft von solcher Bindung auch der Wirtschafts- und Sozialordnung an letzte christliche und sittliche Werte aus, dann müssen nach unserer Auffassung von einer richtigen Wirtschafts- und Sozialordnung bestimmte Ideen dieser Ordnungen zugrunde liegen. Im Verhältnis zwischen der Gemeinschaft und dem Menschen ist der Mensch nach unserer Auffassung der Mittelpunkt der Dinge nach dem Wort: Gott schuf den Menschen sich zum Bilde, zum Bilde Gottes schuf er ihn.

Wir geben damit dem Menschen in der Wirtschaft eine Subjektstellung, und er kann niemals zum Objekt, zum Glied, zum Mittel degradiert werden, wie wir das in einer erschreckenden Weise in nationalsozialistischen Wirtschaftsvorstellungen erlebt haben. In dieser Betrachtung liegt aber auch die Grundlage für die von uns auch in der Wirtschaft gewollte Selbstverantwortlichkeit des einzelnen. In dem von unserem Wirtschaftspolitischen Ausschuss vorgelegten Programm sehen Sie auf der ersten Seite drei Gesichtspunkte:

Selbstverantwortlichkeit des Menschen, Selbstordnung der Gesellschaft und Ordnungsfunktion des Staates.

Hier liegt die letzte Begründung für unsere Forderung nach der Freiheit, der wirtschaftlichen Initiative, der Berechtigung eines wirtschaftlichen Erwerbstrebens und demzufolge nach einem Wettbewerb in der Wirtschaft, der Freiheit der Konsumwahl, dem Recht auf Eigentum für jeden Menschen. Das sind die natürlichen Forderungen, die schon in unserer christlichen Grundvorstellung begründet sind und die wir von dorthin in der Wirtschaft unter allen Umständen zu verteidigen haben.

Staat, Mensch, Wirtschaft

Der Mensch ist aber nicht nur ein Individuum, sondern auch ein Gemeinschaftswesen. Er ist in seiner natürlichen Beschaffenheit auf andere Menschen angelegt und auf sie angewiesen. Er ist dazu bestimmt, in verschiedenen Gemeinschaften zu leben, wie in der Ehe, in der Familie, im Berufsverband, in Volk, Staat, Kirche usw. Er hat daher auch diesen Gemeinschaften gegenüber natürliche Verpflichtungen.

Es gibt also in dem Raum zwischen dem Einzelindividuum und dem Staat natürliche und nach Zwecken und Interessen organisierte kleinere und größere Gemeinschaften, die aber entsprechend ihrer natürlichen Anlage, nach dem Prinzip der Selbstverantwortlichkeit und der Selbstverwaltung außerhalb aller Eingriffe des Staates, jedoch im Rahmen der Gesetze dieses Staates sich selbst ordnen sollen.

Es gibt also neben dem Staate Lebensgemeinschaften, die in der natürlichen Ordnung selbst begründet sind und die nicht nur durch die allgemeine Politik, sondern auch durch die Wirtschafts- und Sozialpolitik mit den gestaltenden Kräften, die uns aus unserer christlichen Verantwortung entstehen, gefördert werden müssen. Unsere Forderungen nach Familienausgleichskassen, nach einer Steuerbegünstigung entsprechend der Größe der Familie, aber auch die Gewerkschaften und Unternehmerverbände finden in solcher Sicht ihre Rechtfertigung.

Schon aus unserer weltanschaulichen Sicht heraus muß es uns daher auf die Erhaltung dieser natürlichen vorstaatlichen Gemeinschaften entscheidend ankommen. Neben der Selbstverantwortung der einzelnen entsteht daher in unserem Vorstellungsbild das Recht zur Selbstordnung der Gesellschaft. Hier liegt gleichzeitig eine Begrenzung der Individualrechte des Menschen durch ordnende und bindende Kräfte der Gesellschaft. Das Zusammenspiel von Freiheit und Bindung, Selbsttätigkeit des einzelnen und Ordnung der Gemeinschaft ist daher im Wirtschaftsgeschehen bereits in der Struktur des christlichen Menschen und seines Wirtschaftsbildes begründet. Das bedeutet auf unsere Wirtschaftsordnung, die wir in der sozialen Marktordnung niedergelegt haben, angewandt, daß der Marktmechanismus in dieser Sicht durch gesellschaftliche Ordnung und Kontrolle nach dem Satz ergänzt wird: Soviel Freiheit wie möglich und soviel Bindung wie notwendig.

Aus dieser Vorstellung ergeben sich zugleich die richtigen Beurteilungsmaßstäbe für ein wichtiges Problem unserer Zeit, nämlich die Abgrenzung der individuellen und der organischen Rechte in der Massendemokratie. Hier sind wichtige Unterschiede zum Liberalismus und zum Kollektivismus festzustellen. Der Liberalismus löst das Leben in einer übersteigerten Freiheit auf; der Kollektivismus vernichtet die Freiheit und damit die Einzelpersönlichkeit und so die Grundlagen unseres Lebens. In der Rangordnung des Verhältnisses des Individuums zur Wirtschaft steht grundsätzlich an erster Stelle die individuelle Einflußnahme und Beteiligung in der Wirtschaft und Gesellschaft vor der kollektiven. Organisationen können nie Selbstzweck sein; sie sind immer nur Mittel zum Zweck und haben die Aufgabe, dem Menschen zu dienen.

In dieser Vorstellung liegt beispielsweise begründet unsere Auffassung vom primären Mitbestimmungsrecht des einzelnen Arbeitnehmers im Betrieb vor dem kollektiven Recht seiner Organisation und die Vorrangstellung geeigneter Formen des Mitbesitzes des einzelnen Arbeitnehmers vor jeder schematischen Sozialisierung. Der einzelne steht aber nicht nur in einer Beziehung zu einer vorstaatlichen Gemeinschaft, sondern auch in einem Verhältnis zum Staat, ebenso wie die Wirtschaft in einem Verhältnis zum Staat steht.

Der Staat hat nach unserer Auffassung die Eigenständigkeit und die Eigenwirksamkeit des Wirtschaftssubjektes und der berechtigten Organisationen — d. h. also aller Wirtschaftskräfte — anzuerkennen, und er soll nur dann koordinierend, leitend, fördernd und kontrollierend eingreifen, wenn es um des Gemeinwohls willen notwendig ist.

Auf der anderen Seite ist jede Vergewaltigung der freien Wirtschaftsinitiative abzulehnen, ebenso wie wir jegliche Form des *laissez-aller* und des *laissez-faire* verneinen. Der Nachtwächterstaat liberalistischer Prägung und der Mammutstaat totalitärer Prägung haben in einer Wirtschaft und Wirtschaftsordnung, in der nach christlicher Vorstellung der Mensch der Mittelpunkt der Dinge ist, keinen Platz.

Der Staat ist daher verpflichtet, in einer Wirtschaftsordnung den Rahmen der Handlungsfreiheiten des einzelnen, den Rahmen seiner vorstaatlichen Selbstordnungsformen und auch den Rahmen der staatlichen wirtschafts-

politischen Eingriffsmöglichkeiten festzusetzen. Wirtschaft und Staat stehen so in einem gegenseitigen Unterstützungsverhältnis, wobei das Maß der Eingriffsberechtigung des Staates abhängig ist von der Möglichkeit bzw. der Fähigkeit des einzelnen, die eigenen Angelegenheiten selbst zu ordnen.

Soziale Marktwirtschaft

In der sozialen Marktwirtschaft, in der das Wort „sozial“ nicht irgendein Tarnungsbegriff ist, wie uns unsere Gegner so gerne vorwerfen, hat das Wort „sozial“ eine weite Vorstellungswelt und auch eine sehr weite Verpflichtungswelt. Wir sind aus solcher Überlegung heraus für Freiheit im Käufermarkt, für einen Wettbewerb und für einen funktionierenden Preismechanismus. Doch dafür sind die Liberalen schließlich auch, und insofern unterscheiden wir uns in der Wirtschaft noch nicht von ihnen. Aber darüber hinaus sehen wir gleichzeitig die Verpflichtung des Staates, mit marktkonformen Mitteln den Ablauf der Wirtschaft zu beeinflussen.

Hier ist die Situation so, wie ich sie bei der Bekanntgabe der D ü s s e l d o r f e r L e i t s ä t z e vor vier Jahren in einem Bild verglichen habe. Auch der Gärtner in der Wirtschaft hat nicht das Recht, den Wuchs der Pflanze als solche zu beeinflussen, aber er hat das Beet zu bereiten. Das ist die Vorstellung, die wir haben vom Recht der Selbstverantwortlichkeit, der Selbstordnung. Insoweit haben diese Kräfte in sich selbst zu wirken. Daneben aber hat der Staat die Aufgabe des Gärtners. Und das ist es, was uns vom Liberalismus echter Prägung unterscheidet.

Nach unserer von der christlichen Schau her bestimmten Sicht der Dinge sind in der Wirtschaft Arbeit und Kapital aufeinander angewiesen. In der modernen Wirtschaft nennt man das Sozialpartnerschaft. Sie ist das natürliche Verhältnis von Kapital und Arbeit im Gegensatz zur Störung des natürlichen Verhältnisses durch den Beherrschungswillen des einen über den anderen. In einer Sicht, die eine Selbstordnung der Kräfte in einem vorstaatlichen Raum anerkennt, dürfen aber nicht nur die Kräfte der Sozialpartner gesehen werden; es gibt weitere Wirtschaftsfaktoren, die ein Einflußrecht geltend machen. Hierhin gehören insbesondere die Verbraucher, deren entscheidende Funktionen in einer gesellschaftsgebundenen Marktwirtschaft von den Sozialpartnern allein nicht vertreten werden können.

Wir sind aus der Anerkennung des Menschen und seiner Mittelpunktstellung gegen Machtzusammenballung in der Wirtschaft, und wir haben sehr früh den Gedanken des machverteilenden Prinzips aufgestellt. Jeder Anhäufung wirtschaftlicher Macht bei einzelnen oder bei Gruppen folgt die Gefahr der Unterdrückung der Freiheits- und Lebensrechte wirtschaftlich schwacher Kräfte auf dem Fuß.

Aus solcher Überlegung kommen wir zu unserer Forderung nach einer größeren Streuung des Besitzes, nach Schaffung kleineren und mittleren Eigentums und nach der Ablehnung übermäßiger Konzentrationen von Macht in den Händen des Staates, von Wirtschaftsgruppen und auch von einzelnen.

Wir lehnen daher von hier aus die Sozialisierung, eine Mitbestimmung mit ferngesteuerter Machtausübung und eine Wohnungszusammenballung in der Hand übergroßer anonymer Gesellschaften ab.

Wir sind leidenschaftliche Anerkenner der Verteidiger des Eigentums. Wir sehen aber daneben auch den Wert der menschlichen Arbeit, und wenn wir beide miteinander in eine Ordnung bringen wollen, so sehen wir die Notwendigkeit ein, dieses Ordnungsverhältnis zwischen Kapital und Arbeit

richtig zu gestalten, d. h. die Arbeit muß zum gleichwertigen und gleichberechtigten Faktor im Wirtschaftsprozess gemacht werden, wobei die bisher aus dem Eigentum fließenden Rechte allenfalls einzuschränken sind, auf keinen Fall aber aufgehoben werden dürfen. Der Zugang möglichst vieler zum Eigentum ist die sicherste Garantie für seine Verteidigung wie auch für die Sicherheit des einzelnen in Staat und Wirtschaft.

Im wirtschaftlichen Raum heißt Selbstverantwortung des einzelnen: Freiheit der Konsumwahl, Freiheit der Berufswahl und des Arbeitsplatzes, angemessenes Erwerbsstreben, Leistungswettbewerb, Eigentum, Anerkennung der Selbstordnung der Gesellschaft heißt: Hilfe für die Familie, für die Kirche und andere Selbstordnungsgemeinschaften, wirtschaftliche und soziale Selbstverwaltung im Sinne einer Ordnung und Bindung aller aus der Selbstverantwortung fließenden persönlichen Freiheitsrechte, Ordnungsmäßigkeit des Staates heißt: daß das aus der Selbstverantwortung des einzelnen und der Gemeinschaft entstehende Streben nach Eigentum, nach Erwerb, nach freier Entfaltung der Wirtschaftskräfte usw. sich nicht selbst überlassen bleiben darf. In einer richtig verstandenen Freiheit und Bindung bedarf dieses Streben, der Bindung und Bändigung durch gesellschaftliche Kontrollen und bei deren Versagen sogar des staatlichen Eingriffes.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einige Worte zu der Frage der Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie sagen. Im Rahmen der Selbstordnung der Gesellschaft sind hier mannigfache Betätigungsmöglichkeiten. Wirtschaftsdemokratie kann aber niemals bedeuten, daß neben den parlamentarischen Organen und den marktwirtschaftlichen Institutionen ein dritter Apparat geschaffen wird, der — ohne das Sozialprodukt zu vermehren — der politischen Verantwortung der Parlamente und der Funktion des marktwirtschaftlichen Ablaufes nicht nur ausweicht, sondern sich in vielen Fällen ihnen sogar entgegenstellt.

Wirtschaftliche und soziale Selbstverantwortung kann nur heißen, geeigneten Raum für alle Kräfte zu schaffen, ohne aber den zuständigen Organen der parlamentarischen Demokratie die letzte Entscheidung zu nehmen. Diese wiederum haben für eine Entfaltung der individuellen und gemeinschaftlichen Wirtschaftskräfte in Freiheit Sorge zu tragen, und zwar möglichst immer mit marktkonformen und nur da, wo dies nicht möglich ist, evtl. auch mit anderen Mitteln.

Ich wäre daher sehr dankbar, wenn die Diskussion dieses Tages aus solch christlicher Verpflichtung und christlicher Sicht der Dinge heraus geführt werden würde. Es ist einfach unwahr, wenn behauptet wird, daß der wirtschaftliche Ablauf und der Ablauf des gesellschaftlichen Lebens sich der Vorstellungswelt christlicher Werte entzöge. Wir haben uns jedenfalls seit 1946 bemüht, unsere Wirtschaftsordnung aus diesem Gedanken heraus aufzubauen und unsere Arbeit unter sie zu stellen.

Ein Parteitag ist ein Tag der Kritik und der Selbstbesinnung. Wenn wir hier solches tun, dann wollen wir aber gerecht sein. Wenn man nur in die Zukunft schaut und nicht sieht, was bisher erreicht wurde, dann ist eine richtige Kritik nicht möglich. Der Blick muß sich zurückwenden und feststellen, wo der Ausgangspunkt war, was erreicht wurde und was zu tun bleibt. Man darf also nicht in den Fehler verfallen, lediglich das Erreichte mit dem Gewünschten zu vergleichen; denn dies gibt nur Auskunft über das, was in der Zukunft noch zu erreichen ist, es vermittelt aber nicht den Wert und den Umfang dessen, was bisher auf dem schwierigen und dornenvollen Weg erreicht worden ist.

Die CDU hat seit den Tagen des Frankfurter Wirtschaftsrates — hier insbesondere seit der Stabilisierung der Währung — und dann in der

Deutschen Bundesrepublik die Verantwortung für die Wirtschafts- und Sozialpolitik als die größte Partei entscheidend getragen. Sie steht seitdem immer wieder vor gigantischen Problemen. Die Wirtschaftskraft unseres Volkes befand sich damals, als wir die Verantwortung übernahmen, auf einem unvorstellbaren Tiefstand. Die Teilung des Wirtschaftsraumes, Zerstörungen durch Kriegereignisse und Kriegsfolgen, Abschnürung von der Außenwelt, Verlust des Auslandsvermögens und der damit verbundenen Rechte, die Trennung in vier Zonen sowie der Zustrom von rund 10 Millionen Flüchtlingen und der Raubbau am deutschen Boden machten für uns die Situation schier hoffnungslos.

Wichtigste Aufgaben

Die erste und wichtigste Aufgabe, vor der wir standen, war die, die Produktion zu steigern. Zu diesem Zweck mußten die Produktionsstätten wieder aufgebaut, Arbeitsplätze geschaffen, der Außenhandel in Gang gesetzt und die Währung gesichert werden. Planwirtschaftliche Vorstellungen waren hier nach unserer tiefsten Überzeugung in den damaligen Tagen völlig aussichtslos. Die CDU und die von ihr verantwortlich getragene Bundesregierung wußten, daß nicht auf allen Gebieten sofort die unserer Vorstellung nach allein richtige Wettbewerbswirtschaft eingeführt werden konnte.

Man beschränkte sich daher zunächst darauf, das System der sozialen Marktwirtschaft dort einzuführen, wo es am schnellsten zur Leistungssteigerung und zur Produktion führte. Das war das Gebiet der Verbrauchs- und Investitionsgüterindustrien. Die Förderung dieser beiden Industrien — zunächst noch nicht der Grundstoffindustrien — war aus drei Gründen entscheidend:

1. Das Vordringlichste war damals die Hebung der Versorgung und die Ernährung der Bevölkerung. Es mußten also die Industriezweige gefördert werden, die dem Konsum nächstehen, und das sind die Verbrauchsgüter- und Investitionsmittelindustrien.
2. Mit der Währungsreform tauchte sogleich die große Frage der Arbeitslosigkeit auf, weil die Entblößung der Wirtschaft von flüssigen Mitteln und der Mangel an langfristigem Kapital ebenso wie die riesige Vernichtung von Arbeitsplätzen ein rapides Ansteigen der Arbeitslosigkeit erwarten ließ. Die SPD-Politiker haben uns das damals in hinreichender Weise prophezeit; mir klingt noch immer in den Ohren, wie sie uns eine Zahl zwischen 4 und 6 Millionen Arbeitslosen voraussagten. Diese Gefahr und ihre Verhinderung zwang zur Förderung der Investitionsmittel- und Verbrauchsgüterindustrien. Der Ausbau eines Arbeitsplatzes in der Grundstoffindustrie verlangte den Einsatz von 12 000 bis 15 000 DM, während in der Verbrauchsgüter- und Investitionsmittelindustrie lediglich 5000 bis 7000 DM erforderlich waren; mit anderen Worten: mit denselben Mitteln konnten in der Verbrauchsgüter- und Investitionsmittelindustrie doppelt so viel Arbeitsplätze geschaffen werden wie in den Grundstoffindustrien.
3. Zur Ausweitung unserer Produktion waren große Importe von Rohstoffen und Lebensmitteln erforderlich. Die Bundesrepublik besitzt, abgesehen von Kohle, keinerlei Bodenschätze, und sie muß im wesentlichen ihre Arbeitskraft exportieren. Um die Einführung der Rohstoffe und der Lebensmittel zu ermöglichen, war — wie man bald errechnete — ein Export von 13 bis 14 Milliarden DM nötig. Diese Exporterträge konnten nur erreicht werden — entsprechend der Struktur unserer Wirtschaft —, wenn möglichst viel Fertigwaren mit hohem Arbeitsanteil ausgeführt wurden. Das ergab wiederum die Notwendigkeit, die Verbrauchsgüter- und Investitionsmittelindustrie zu fördern.

Aus allen drei Faktoren ergibt sich, daß die wichtigste Aufgabe der Wirtschaftspolitik war, zur besseren Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Hebung des Außenhandels zunächst vornehmlich die Verbrauchsgüter- und Investitionsmittelindustrie zu fördern. Das war keineswegs so selbstverständlich, wie das heute dargestellt wird; denn wir stellten damit gewissermaßen die Pyramide auf den Kopf, indem wir nicht mit den Grundstoffindustrien begannen, sondern mit den Konsumgüter- und Investitionsmittelindustrien. Ich darf darauf hinweisen, daß diese Maßnahmen harte Kritik auslösten und daß wir hier sehr hart sein mußten, um unsere Vorstellungen durchzusetzen.

Diese unsere Ziele wurden entscheidend durch zwei wirtschaftspolitische Maßnahmen erreicht: durch die Freigabe der Preisbildung und Bewirtschaftung in den meisten Bereichen der Wirtschaft und durch steuerliche Hilfen in den verschiedenen Situationen der letzten Jahre; ich denke an 7c- und 7d-Gelder usw. Beide Maßnahmen bewirkten zusammen mit Maßnahmen der Geld- und Kreditpolitik das sogenannte deutsche Wirtschaftswunder, um das uns die Welt heute noch beneidet.

Schon beim Ausbruch des Koreakrieges im Juli 1950 hatte unsere industrielle Produktion den Vorkriegsstand überschritten, was einer Verdoppelung der Produktion gegenüber dem Stand vom Juli 1948 entsprach. Der Reallohn der Industriearbeiter hatte damals bereits den Vorkriegsstand erreicht. Export und Import hatten sich bedeutend entwickelt. Diese Entwicklung wurde durch den Ausbruch des Koreakrieges unterbrochen. Hier entstanden durch mannigfache Ursachen Schwierigkeiten, die sich insbesondere in den Grundstoffindustrien zeigten. Diese hatten aus den geschilderten Gründen nicht die Möglichkeit, in dem Maße aufzubauen wie die anderen Industrien; außerdem waren zahlreiche besatzungsbedingte Hindernisse eingeschaltet worden. Es wurde daher erforderlich, nunmehr durch entsprechende Maßnahmen diesen Grundstoffindustrien Kapital zuzuführen.

Investitionshilfegesetz, Steuererleichterungen bei den Abschreibungen und auch direkte Maßnahmen der Regierungen haben hier zu Erfolgen geführt, die zu einem erstaunlichen Tatbestand gehören. Noch vor einem Jahr war die gesamte öffentliche Diskussion davon erfüllt, daß wir nicht genügend Kohle, Eisen und Stahl hätten. Wir sind jetzt in der Diskussion darüber, ob wir nicht von diesen Dingen schon zuviel haben. Kokskohle, Anthrazit und einige Sorten Flachstahl sind im Augenblick noch Mangelprodukte, wobei wir nicht wissen, wie lange dieser Zustand überhaupt noch andauert.

Die Wirtschaftspolitik, die wir verantwortet haben und die durch die Bundesregierung realisiert wurde, brachte insgesamt Erfolge, die niemand erwartete und die vom Auslande her als das deutsche Wirtschaftswunder angesprochen werden.

Das Sozialprodukt stieg von 81,3 Milliarden DM im Jahre 1949 auf 125 Milliarden DM im Jahre 1952. Der Produktionsindex erhöhte sich von 51 im Juni 1948 — als wir die Verantwortung übernahmen — auf 167 im November 1952. Die Zahl der Arbeiter stieg von 13,45 Millionen im Jahre 1948 auf 15,5 Millionen im September 1952, so daß die direkten Arbeitsplätze um mehr als 2 Millionen vermehrt wurden.

Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß nach der Stabilisierung in der Land- und Forstwirtschaft, in der Verwaltung und in anderen Bereichen eine große Anzahl von Arbeitskräften frei wurden, für die zusätzliche Arbeitsplätze in Industrie, Handwerk und Verkehr geschaffen worden sind. Wir haben also insgesamt nicht nur keine Erwerbslosen be-

kommen, sondern zusätzlich mindestens 0,5 Millionen Arbeitsplätze geschaffen. Das sind zusammen mit den oben erwähnten Plätzen 2,5 Millionen neuer Arbeitsplätze. (Beifall.)

Wenn wir trotzdem heute noch Erwerbslose in größerer Anzahl haben, so ist die Ursache in den bekannten strukturellen Schwierigkeiten zu sehen, daß man in den Flüchtlingsgebieten im wesentlichen keine Arbeitsplätze schaffen kann, und in dem ständigen Zustrom von Flüchtlingen aus der Ostzone.

Der Außenhandel entwickelte sich wie folgt:

	1948	1952
Einfuhr	3,2 Milliarden	16,2 Milliarden
Export	1,8 Milliarden	16,9 Milliarden.

Wenn Sie die Ziffern vergleichen, sehen Sie, daß wir mit 700 Millionen aktiv in der Ausfuhr des Jahres 1952 sind. Das ist ein stolzes Ergebnis, mit dem wir zufrieden sein können. (Beifall.)

Die Reallöhne der Industriearbeiter ergeben eine Steigerung von 115 gegenüber 1938. Damit liegt der Reallohn der industriellen Arbeitnehmer im Durchschnitt um 15 % über dem Vorkriegsstand. Wir sind darüber sehr froh.

Der soziale Aufstieg, der ermöglicht wurde, zeigt sich am besten in der Entwicklung des Verbrauchs auch der breitesten Schichten des Volkes. Der Verbrauch je Kopf der Bevölkerung stieg wie folgt:

	1948/49	1951/52
Fleisch	18 kg	38,2 kg
Fett	9,5 kg	20,8 kg
Obst	23,4 kg	51,9 kg

Andererseits ging der Verbrauch an billigeren Nahrungsmitteln zurück. Diese wenigen Zahlen zeigen Ihnen in klarer Weise die ganze Entwicklung der Dinge.

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten, welche für die Einkommen der Industriearbeiter nach oben hin um 15 % ausgeglichen wurden, verlangte eine Hebung der Rentenbezüge bei der Gruppe der Menschen, die am stärksten auf der Schattenseite des Lebens stehen.

Die Erhöhung der Rentenbezüge sowohl in der Invaliden- und Angestellten- wie auch in der Unfallversicherung führte dazu, daß die durchschnittliche Höhe z. B. der Invalidenrenten, die sich im Jahre 1938 durchschnittlich auf monatlich 36,— DM belief, bereits vor Erhöhung der Grundrenten im Dezember 1952 auf 78,— DM angestiegen war. Das bedeutet, daß — absolut gemessen — die Invalidenrente mehr als verdoppelt wurde. Wir wissen, daß auch diese Leistung nicht ausreicht, um den Rentnern einen gesunden Lebensstandard zu sichern, aber es scheint mir doch eine feststellenswerte Leistung zu sein, daß in der Bundesrepublik trotz aller Schwierigkeiten die sozialen Aufwendungen von 11 Milliarden DM im Jahre 1949 auf 18 Milliarden DM im Jahre 1951 — also um 7 Milliarden DM — gestiegen sind. (Beifall.)

Diese Leistung wird noch klarer, wenn man berücksichtigt, daß bei der Zunahme der Bevölkerung gegenüber 1939 um 21 % der Anteil der produktiv tätigen Kräfte bei weitem nicht im gleichen Umfange, sondern lediglich um 8,5 % gestiegen ist. Der Bundesfinanzminister konnte kürzlich mit Recht feststellen, daß Deutschland mit seinen Rentenleistungen nicht hinter den Nachbarländern zurücksteht, obwohl es — verglichen mit anderen — eine ungeheure Zahl von Kriegsoffern und Kriegszerstörungen hat.

Wir können behaupten, daß wir in unserer Bereitschaft, für die Rentner und die Kriegsoffer das Möglichste zu tun, von keinem anderen Volke in irgendeinem europäischen Lande übertroffen worden sind. (Beifall.)

Ich will es bei dieser Leistungsschau bewenden lassen, weil ich das Thema nur anschlagen darf. Aber ich möchte die eine Feststellung treffen: sie ist das Ergebnis des Fleißes und der Fähigkeiten der deutschen Menschen; aber sie ist das nicht allein. Wenn in anderen Ländern, die den Krieg nicht verloren haben, unter wesentlich günstigeren Voraussetzungen schlechtere wirtschaftspolitische Ergebnisse vorliegen, so muß hier ein Weiteres hinzukommen. Dieses Weitere ist eine richtige Wirtschaftspolitik, die wir als CDU aus unserer christlichen Verantwortung und aus den sich daraus ergebenden Überlegungen getragen haben und die von der Bundesregierung durchgeführt wurde. (Beifall.)

Ich kann an dieser Stelle nicht daran vorbeigehen, ohne hier zunächst unseren Dank unserem Parteivorsitzenden, Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer, sowie auch unseren Ministern und hier in erster Linie unserem Wirtschaftsminister, Herrn Professor Dr. Erhard, auszusprechen. (Starker Beifall.)

Wenn man, wie ich das in meiner jetzigen Stellung tun kann, in internationaler Sicht arbeitet, dann weiß man, wieviel Mut, Kraft, Entscheidungsfähigkeit, Persönlichkeitswert und Können immer wieder von diesem Mann eingesetzt werden mußten, um diese Ergebnisse zu erzielen. (Beifall.)

Die kommende zweite Phase

Damit bin ich am Ende des zweiten Gedankens, den ich meinem Thema zugrunde gelegt habe, nämlich: Leistungsschau in die Vergangenheit. Mit dem Ende der Arbeitsperiode des ersten Deutschen Bundestages und damit ungefähr zeitlich zusammenfallend mit diesem Parteitag haben wir die erste Phase unseres wirtschaftspolitischen Einsatzes und unserer sozialpolitischen Bemühungen beendet. Damit sind wir nicht am Ende, sondern wir treten jetzt in die zweite Phase ein.

Gestützt auf einen leistungsfähigen Produktionsapparat werden wir in dieser zweiten Phase folgende Aufgaben lösen:

1. eine weitere Steigerung, Verbesserung und Verbilligung der Gütererzeugung; das scheint mir der Ausgangspunkt aller weiteren Tätigkeit zu sein.
2. Eine weitere Erhöhung des Lebensstandards des deutschen Volkes.
3. Das wird sehr wichtig und entscheidend sein: Eine starke Beteiligung bisher zurückstehender Bevölkerungsteile (Rentner, Pensionäre, Kriegsoffer, Beamte, Angestellte, bäuerliche Bevölkerung, freie Berufe) an den Erfolgen der Marktwirtschaft; denn es gibt eine ganze Menge von Menschen, die an dieser stolzen Leistungsschau nicht den Anteil haben, der ihnen von unserer Sicht der Dinge her zukommt.
4. Bildung von privatem Eigentum für möglichst breite Volksschichten. (Beifall.)

Ich denke, wenn wir nach vier Jahren wiederum irgendwo zu einem Parteitag zusammenkommen und sich bis dahin auf diesem Gebiete bedeutende Fortschritte gezeigt haben, dann haben wir in dieser Zeit unserer Pflicht und unserer Verantwortung Genüge getan.

In dem Ihnen vorliegenden Text hat der Ausschuß für Wirtschaftspolitik mit seinen Unterausschüssen teilweise in Zusammen-

arbeit mit anderen Ausschüssen und Arbeitsgemeinschaften diese Aufgaben im einzelnen beschrieben. Ich kann mich hier nur auf eine ganz kurze Skizzierung dieser Vorlage beschränken:

Der Weg zur Verstärkung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion, zur Verbilligung der Verbrauchsgüter und zur Verbesserung der Qualität führt über einen echten Leistungswettbewerb in Verbindung mit einer aktiven und bewußten Verbraucherpolitik. Wir sind daher entschlossen, die Grundsätze unserer Wirtschaftspolitik, nämlich die der sozialen Marktwirtschaft, auch in dieser zweiten Phase anzuwenden. Wir sehen aber die Notwendigkeit, hier den Verbraucher noch stärker anzusprechen; denn die soziale Marktwirtschaft kann nur dann richtig spielen, wenn sich der Verbraucher seiner besonderen Rolle hinsichtlich der Freiheit bewußt wird. (Beifall.)

Zur Unterstützung einer solchen Verbraucherpolitik wird die CDU die Marktübersicht fördern, damit der Verbraucher sehen kann, wo er die beste Ware zum billigeren Preise kaufen kann. Hiermit wird verbunden sein müssen eine Kennzeichnungspflicht, ein verbesserter Schutz des Verbrauchers gegen unlauteren Wettbewerb, Beratung, Aufklärung usw.

Rationalisierung von Anlagen und Fabrikationsmethoden, Begrenzung von Typen, Normung und Standardisierung in der Gütererzeugung sind wichtige Wege zur Kostensenkung. Der technische Fortschritt ist in diesem Sinne zu fördern und steuerlich zu begünstigen. Rationalisierung und Produktivitätssteigerung sind dabei Voraussetzungen für eine echte Mengenkonjunktur, die wir anstreben nach dem Satz: Großer Umsatz bei kleinem Nutzen.

Ich möchte hier, um nicht mißverstanden zu werden, darauf hinweisen, daß ich vor kurzer Zeit eine Statistik las über den Handelsnutzen in den westlichen Ländern. Hierbei wurde festgestellt, daß der Handelsnutzen in der Bundesrepublik gegenüber den Nachbarländern sehr niedrig ist. Ich darf zu Ehren des Mittelstandes sagen, daß er hier eine wichtige Aufgabe im Rahmen des Leistungswettbewerbs bereits realisiert hat.

In unserer Vorstellung haben Berufsverbände und Wirtschaftsverbände eine wichtige Aufgabe für das Funktionieren der Marktwirtschaft und müssen sich ihrer Mitverantwortung bewußt sein. Sie werden als wichtige Ordnungsfaktoren anerkannt.

Die Gewerkschaften können sich nach unserer Vorstellung und nach den realen Gegebenheiten am besten in einem marktwirtschaftlichen System betätigen. Die CDU erkennt das Existenzrecht der Gewerkschaften an; sie erkennt ihnen darüber hinaus eine gesellschaftspolitische Aufgabe zu, an einer gerechten Eingliederung der Lohn- und Gehaltsabhängigen in einer von allen Volksgruppen getragenen Gesellschaftsordnung mitzuwirken.

Die Behinderung des Leistungswettbewerbs durch Kartelle und Marktabsprachen wird abgelehnt und die Verabschiedung des Kartellgesetzes noch im gegenwärtigen Bundestag gefordert. (Beifall.)

Erwerbsunternehmen und Regiebetriebe der öffentlichen Hand sind gleichfalls zum Leistungswettbewerb zu verpflichten. Machtstellungen auf dem Markt müssen der öffentlichen Kontrolle unterliegen.

Mit dem Wesen der Marktwirtschaft und des Leistungswettbewerbes ist eine weitere Ausdehnung der Betriebe der öffentlichen Hand unvereinbar. (Lebhafter Beifall.)

Ein Hauptanliegen der CDU ist die weitere Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Schaffung weiterer Arbeitsplätze, nachdem seit 1949 bereits 2,5 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen wurden.

Die CDU hat bereits in den Düsseldorfer Leitsätzen darauf hingewiesen, daß Wirtschaftskrisen keine Naturereignisse, sondern Folgen falscher Entschlüsse und Handlungen im Betrieb und in der Wirtschaftspolitik sind. Sie können und müssen durch eine sachverständige und elastische Wirtschaftspolitik — z. B. durch eine konstruktive Kredit- und Währungspolitik, ferner durch eine richtige Investitionspolitik — verhindert werden. Auch das ist kein leeres Wort; denn in den letzten Jahren haben wir durch gewisse Restriktionen und vor dem Koreakrieg auch durch Kreditausdehnungen diesen Weg erfolgreich beschritten, wobei ich — um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen — darauf hinweisen möchte, daß wir dabei nicht an ein Defizit-Dumping denken.

Es wäre eine Sünde wider den Geist, in Hamburg nicht von der Exportförderung und der weltwirtschaftlichen Verpflichtung zu sprechen. Ich kann dieses Thema auch nur andeuten in der Erwartung, daß es in der Diskussion vertieft wird. Lebensstandard und Beschäftigungsstand des deutschen Volkes hängen vom Umfang seines Handels ab. Wichtigste Aufgabe ist die Steigerung des Anteils Deutschlands am Import und Export. Die CDU hat die Liberalisierung Deutschlands gefördert, zum Teil im Widerstand zu ihren Kräften und zu den Besatzungsmächten — sie beträgt heute 90 % — und hat hierdurch entscheidend den Außenhandel und den Konsum erhöht. Der deutsche Export muß aber darüber hinaus die gleiche wettbewerbsmäßige Basis erhalten wie der Export der übrigen Länder. Zu diesem Zweck sind die Möglichkeiten zur Sicherung des Kursrisikos, ein ausreichender Versicherungsschutz, eine genügende Kreditversorgung, eine Rückvergütung überhöhter Steuern und der Ausbau des außenwirtschaftlichen Informations- und Konsulatsdienstes sicherzustellen.

Die CDU hat zur Verkehrspolitik umfassende Arbeiten in einem Unterausschuß unter Vorsitz von Präsident Brand eingeleitet, um eine Gesamtkonzeption der Verkehrswirtschaft zu verwirklichen, die es bis heute in Deutschland überhaupt nicht gibt. Das planlose Neben- und Gegeneinander von Eisenbahn, Straßen- und Binnenschiffahrts-Verkehr muß beseitigt und jeder unnötige Verkehrsaufwand vermieden werden. Dazu ist notwendig, auch in der Verkehrswirtschaft echte Wettbewerbsverhältnisse herzustellen. Die verschiedenen Verkehrsmittel müssen aber gleichmäßig zu den Gemeinschaftsaufgaben des Verkehrs beitragen. So wird eine echte Wettbewerbsbasis hergestellt. In der zweiten Phase werden wir diese Arbeiten entscheidend vorwärtstreiben.

Der Mittelstand hat bereits in der ersten Phase durch die Steigerung der Produktion, durch die Erhöhung des Volkseinkommens und der volkswirtschaftlichen Umsätze in gleicher Weise wie die anderen Berufsstände an den Erfolgen der sozialen Marktwirtschaft teilgenommen. Zahlreiche selbständige Existenzen sind neu entstanden; zahlreiche Betriebe konnten wieder aufgebaut werden. Auch das muß angesichts der Klagen, die wir immer wieder hören, einmal ganz klar herausgestellt werden. Es gilt jetzt, den erreichten Stand zu festigen und auszubauen und eine gesunde Mischung zwischen Groß-, Mittel- und Kleinbetrieb zu erhalten. Wir werden in der zweiten Phase des Aufbaues dafür sorgen, daß langfristige Kreditmöglichkeiten für die Kapitalversorgung der kleinen und mittleren Betriebe bei gleichzeitiger Herabsetzung der Zinslasten erschlossen werden.

Wir werden ferner sorgen für eine verstärkte Beteiligung an öffentlichen Aufträgen, für eine Unterbindung eines wettbewerbsverfälschenden Belegschafts- und Behördenhandels und der Schwarzarbeit (Beifall), für Einschränkung der öffentlichen Regiebetriebe und Verhinderung ihrer weiteren Ausdehnung. (Beifall.)

Die Agrarpolitik ist an sich nicht von mir darzustellen. Es gibt einen besonderen Ausschuß für Agrarpolitik. Agrarpolitik ist aber ein Teil der Wirtschaftspolitik. Darum sei hier gesagt, daß nach der Meinung der CDU die Landwirtschaft in der Bundesrepublik teilhaben muß an der Leistungssteigerung, die im nationalen wie im internationalen Wettbewerb erzielt wird. Die CDU strebt eine umfassende Förderung der Landwirtschaft an, und zwar mit dem Ziel einer Steigerung der Agrarproduktion in rentablen Betrieben. Die Finanzierung unseres Agrarprogramms wird erfolgen mit Einsatz staatlicher Mittel.

Daneben ist die Förderung der Flurbereinigung, die Regelung des Wasserhaushalts und der Bodenmellorationen vorgesehen. Agrarkredite für Investitionszwecke, steuerliche Begünstigung rationalisierungswilliger Betriebe, Entlastung der Bäuerin durch Mechanisierung, Entwicklung des Landarbeiters zum Facharbeiter, Schaffung von Dauerarbeitsplätzen in der Landwirtschaft werden hier wichtige Mittel sein.

Wir werden ein Rationalisierungsprogramm für die Landwirtschaft ausarbeiten, wobei wir an eine Neuordnung des Vertriebswesens denken. Schließlich muß ein Agrarprogramm im europäischen Raum gemacht werden; denn die Sorgen, die man vom wirtschaftlichen Standpunkt her haben muß, sind die, daß im Rahmen eines vereinigten Europa die Agrarwirtschaft der europäischen Länder noch nicht eine solche Angleichung erfahren haben wird, daß bei einem endgültigen Fortfall der Zollgrenzen usw. hier schwere Störungsfaktoren auftauchen.

Zum inneren und äußeren Wiederaufbau nach dem Zusammenbruch trug wesentlich die selbstlose Leistung der geistigen Berufe bei. Das deutsche Volk zehrt indessen seit Jahren — das muß hier einmal ganz deutlich herausgestellt werden — von seiner geistigen Substanz. Die CDU ist sich bewußt, daß in der ersten Phase noch nicht alle berechtigten Wünsche erfüllt werden konnten; aber in der zweiten Phase muß alles geschehen, um die wirtschaftliche Stellung der geistigen Berufe zu heben und zu fördern. (Beifall.) Das gilt sowohl für die freien Berufe und Angestellten wie auch für Lehrer, Hochschullehrer und andere öffentliche Beamte.

In Westdeutschland fehlen zur Zeit noch 4 Millionen Wohnungen. Die Schaffung familiengerechter Wohnungen ist auf Jahre hinaus Volksaufgabe Nummer 1. In der ersten Phase sind Fehlentwicklungen im Wohnungsbau entstanden. Sie müssen beseitigt werden. Der Kollektivismus im öffentlichen Wohnungsbau muß verschwinden. (Beifall.) Einer möglichst großen Anzahl von Wohnungssuchenden muß ein Eigentum am eigenen Haus oder eine eigene Wohnung beschafft werden. Die private Bautätigkeit ist durch zusätzliche Anreizmittel zu fördern; diese sollen vor allem in der steuerlichen Begünstigung derjenigen Mieter bestehen, die durch hohe Mieten im frei finanzierten Wohnungsbau im Verhältnis zu ihrem Einkommen außergewöhnlich belastet sind, weil wir glauben, daß diese Begünstigung der Mieten einen sehr viel geringeren Kapitalaufwand notwendig macht, als wenn wir die Kapitalien für den Wohnungsbau selbst ansetzen.

Angleichung der Altbauwohnungen an die veränderten Kosten, Löhne und Preise wird die Wirtschaftlichkeit des Hausbesitzes wiederherstellen. Wir dürfen nicht den Fehlweg gehen, den die Franzosen gegangen sind. Wenn man heute durch Frankreich fährt und den Verfall des Wohnungsbaues sieht und von den gänzlich unzulänglichen Mieten hört, dann kann einem angst und bange werden. Wir denken uns die Angelegenheit so, daß den einkommensschwachen und kinderreichen Familien durch Zahlung von Miet- und Lasten-Beihilfen ein Beitrag zur Miete gezahlt wird, so wie es im Lande Nordrhein-Westfalen bereits durchgeführt wird.

Von entscheidender Bedeutung wird die Durchführung einer großen Steuerreform in der zweiten Phase des Wirtschaftsaufbaues der Bundesrepublik sein. Die CDU wird eine solche Steuerreform durchführen! (Beifall.) Sie wird wirtschaftlich sinnvoll sein.

In einem Grundsatzprogramm ist das Fundament für diesen Schritt bereits gelegt worden. Aus ihm ergibt sich folgendes:

1. Der Schutz der Währung bleibt eine unverrückbare Verpflichtung.
2. Die Voraussetzungen für einen Ausgleich der öffentlichen Haushalte müssen bestehen bleiben.
3. Die Steuerreform mit dem Ziel einer kräftigen Steuersenkung ist durchzuführen mit Hilfe folgender Maßnahmen:
 - a) Laufende Überwachung der Ausgaben der öffentlichen Verwaltung zwecks Lastensenkung. Dieser Gesichtspunkt ist in Deutschland verlorengegangen. (Beifall.) Wo wird in den Gemeinden, wo in den Ländern, wo überhaupt in der öffentlichen Hand noch eine echte Korrektur der Ausgaben durch eine entsprechende öffentliche Kontrolle durchgeführt? Senkung der Ausgaben muß der erste Schritt sein für diese Steuerreform.
 - b) Einschränkung der Kapitallenkung der öffentlichen Hand scheint mir das zweite zu sein. Wenn man sich die hohen Guthaben ansieht, die die öffentliche Hand heute bei den Banken unterhält, dann kann einem angst und bange werden. (Zuruf: Der Bund!) — Nicht der Bund! (Beifall.) Der Parteivorstand und die Länderminister streiten sich darüber, ob Bund oder Länder. Ich finde, es trifft bei beiden zu.
 - c) Anpassung unserer Verpflichtungen aus der europäischen Verteidigung an unsere stark vorbelastete Leistungsfähigkeit.

Auf dieser Basis muß eine zweckmäßige wirtschaftsfördernde und sozial gerechte Neuverteilung der Steuerlasten herbeigeführt werden. Eine Neuverteilung der Steuerquellen zwecks Wiederherstellung der finanziellen Selbständigkeit des Bundes und der Selbstverantwortung wird dazu kommen müssen.

Eine der wichtigsten Aufgaben wird in der zweiten Phase eines von uns zu tragenden Wiederaufbaues die weitere Entproletarisierung durch Schaffung von Eigentum für die breitesten Schichten unserer Volkes und die Förderung der Familie sein. (Beifall.)

Die Herbeiführung eines sozialen Ausgleichs im Wirtschaftsleben durch echte Partnerschaft macht es notwendig, alle in den verschiedensten Bereichen der Volkswirtschaft Tätigen an der Vermehrung des Volksvermögens in angemessener Weise teilhaben zu lassen. Die Arbeitnehmer müssen an dem Teil des Volksvermögens beteiligt werden, der der Natur der Sache nach zum augenblicklichen Verbrauch nicht geeignet ist, aber der das Volksvermögen vermehrt. (Beifall.)

Ich weise an dieser Stelle auf die vorgelegten Ausführungen über Bildung von Miteigentum hin, die meines Erachtens ausgezeichnet sind und denen sich der Ausschuß für Wirtschaftspolitik vollinhaltlich angeschlossen hat. Er ist an der Ausarbeitung beteiligt gewesen. Die in diesen Ausführungen gemachten Vorschläge werden in einer sofort zu bildenden Arbeitsgemeinschaft gesetzestreu gemacht werden.

Die breite Streuung von Kleineigentum ist ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Problem erster Ordnung. Der Lebensstandard eines Volkes besteht aus zwei Teilen, von denen einer die Höhe des Verbrauches und der andere die Eigentumbildung ist. Unser Volk ist heute für diese Einsicht reif.

Wenn der Unternehmer seinen Mitarbeitern neben dem normalen Lohn — also dem „Konsumentengeld“ — auch „Produzentengeld“ in Form von Miteigentum zur Verfügung stellt, wenn der Arbeitnehmer so zum Mitsparen für die Investitionsbedürfnisse angeregt wird und wenn der Staat ein solches Tun steuerlich begünstigt, dann wird sich sowohl ein steigender Lebensstandard als auch eine Sicherung durch Eigentum entwickeln. (Beifall.)

Die Förderung der Familie ist eine der vornehmsten Aufgaben jeder sozialen Politik. Durch Steuervergünstigungen ist das Einkommen für Familien mit mehreren Kindern zu verbessern. (Beifall.)

Die Schaffung von Familienausgleichskassen ist sofort zu verwirklichen. Es müssen weiter familiengerechte Wohnungen geschaffen werden. Die rechte Wohnreform für die Familie ist das familien-gerechte Heim mit eigenem Garten.

Die CDU unterstützt daher mit aller Kraft den Kampf der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag um das Zweite Wohnungsbaugesetz zur Schaffung von Familienheimen. Sie verlangt weiter die Verabschiedung des Baulandbeschaffungsgesetzes und eines Bodenbewertungs-gesetzes. In innerstädtischen Bezirken müssen größere Möglichkeiten zur Schaffung eigener Wohnungen im Rahmen des Stockwerkeigen-tums geschaffen werden. Ich habe den Eindruck, daß man in der deutschen Öffentlichkeit an der Tatsache, wieder ein Stockwerkseigentum kaufen zu können, weitgehend vorbeigegangen ist.

Hier ist eine wichtige Voraussetzung geschaffen worden, auch dort ein Eigentum zu erwerben, wo es nicht ein Haus sein kann.

Der Beitrag der Wirtschaftspolitik der CDU zur gesamtdeutschen Aufgabe der Wirtschaft ist der Aufbau einer gesunden und leistungsfähigen Wirt-schaft in der Bundesrepublik. Sie allein wird in der Lage sein, die bei der Wiedervereinigung Deutschlands erforderliche Leistungsfähigkeit herzu-stellen. (Beifall.)

Wir stellen uns mit Nachdruck hinter alle Maßnahmen zur Stärkung und Gesundung der Wirtschaftskraft Westberlins. (Beifall.)

Wir geben aber auch ein Bekenntnis zur Vereinigung Europas ab. Wir haben dieses Bekenntnis realisiert durch unsere Liberalisierung des Außenhandels. Damit haben wir einen wesentlichen Beitrag zur wirt-schaftlichen Kräftigung Europas geleistet. Die Liberalisierungspolitik wird fortgesetzt werden mit dem Ziel, in absehbarer Zeit auch zum Abbau der nationalstaatlichen Devisenzwangswirtschaft, zur Beseitigung unechter und unstabiler Wechselkurse und zu einer echten Austauschbarkeit der Währungen zu gelangen, so wie die Völker vor 1914 schon einmal zueinander in Beziehungen standen.

Wir haben im Rahmen der Einigung Europas durch unsere führende Beteiligung an der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl einen großen Beitrag geleistet. Auch hierfür gebührt Dank der Bundesregierung und besonders dem Herrn Bundeskanzler. Die Montan-Union ist ein erster Schritt auf dem Wege nach Europa und ein souveränes Teilstück eines zukünftigen supranationalen Europa. Auch hier scheint mir eine Tat-sache noch nicht genügend in das öffentliche Bewußtsein eingedrungen zu sein, daß nämlich die Montan-Union, die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, in sich Träger souveräner Rechte ist. Zu einem neuen Staat gehört neben dem Staatsgebiet und dem Staatsvolk auch die Inne-habung eigener Souveränität. Hier ist auf einem begrenzten Gebiet, nämlich dem der Grundstoffindustrien von Kohle, Eisen und Stahl, bereits eine Souveränität auf eine europäische Organisation übergegangen. Das ist ein Faktum, glaube ich, das man nicht hoch genug bewerten kann.

Es ist unsere tiefste Überzeugung, daß eine erfolgreiche wirtschaftliche Einigung Europas durch Herstellung eines totalen Marktes sich nur auf der Grundlage der Marktwirtschaft vollziehen kann. Die planwirtschaftlichen Abschliefungen der einzelnen Volkswirtschaften vom internationalen Austausch haben sich als das stärkste Hemmnis gegenüber der Steigerung der produktiven Kräfte und darüber hinaus der wirtschaftlichen und politischen Einigung Europas erwiesen. Alle Maßnahmen der Montan-Union auf den Gebieten der Produktions- und Preispolitik, der Verkehrstarife, der Steuern und Zölle, des Außenhandel und der Währungsfragen werden diesem einen Ziele dienen: Einigung im größeren Wirtschaftsraum Europa auf marktwirtschaftlicher Grundlage unter Bejahung eines echten Leistungswettbewerbs nicht der Nationen, sondern der Unternehmer in den Nationen.

Ich habe in kurzen Strichen den Versuch gemacht, aus einer Rechtfertigung unseres Tuns von unserer christlichen Grundhaltung her einen gedrängten Überblick über eine Leistungsschau dessen zu geben, was wir bisher getan haben. Ich habe dann die Aufgaben aufgezeigt, die wir tun werden. Dieses „Tun werden“ ist nicht nur eine Versprechung, sondern ist eine Tat, so wie die Leistung in der Vergangenheit eine Tat war. (Starker Beifall.)

Unsere Sozialpolitik

Johannes Albers, M.d.B.:

Herr Etzel konnte mit Recht auf die außerordentliche Erfolgsbilanz unserer Wirtschaftspolitik verweisen. Wenn ich nun die Aufgabe habe, zu dem sozialen Wollen unserer Partei zu sprechen, dann muß ich freilich eine andere Seite unseres Hauptbuches aufschlagen. Dort steht die erschütternde soziale Bilanz aufgezeichnet, die uns das nationalsozialistische Regime als unheilvolles Erbe hinterlassen hat. Erinnern wir uns: 10 Millionen Vertriebene und Flüchtlinge, rund 4 Millionen Kriegsoffer und Hinterbliebene, Millionen Ausgebombter!

Für die deutsche Politik gab es in der schwersten Lage unseres Volkes nach 1945 nur eine Aufgabe: zu helfen, einzugreifen und jede politische und wirtschaftliche Maßnahme auf die Behebung der ungeheuren Notlage abzustellen. So war uns aufgegeben, ohne Zögern alle Kräfte für die politische Freiheit unseres Volkes, für seinen wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg einzusetzen. Wir haben uns wahrhaftig nicht ohne Erfolg bemüht, die Lage der breiten Schichten unseres Volkes erträglicher zu gestalten. Wir haben es ermöglicht, daß Millionen wieder ein menschenwürdiges Leben führen können. Der Wohnungsbau, das Bundesversorgungsgesetz, die Sicherung der Sozialrenten, die Hilfe für die Vertriebenen und Entwurzelten, der Lastenausgleich sind Zeugen für unser erfolgreiches Mühen.

Die Wirtschaft konnte in den vergangenen Jahren wieder aufgebaut werden. Was wir nicht können, ist, daß wir die Gefallenen wieder zum Leben erwecken, den Beschädigten die Gesundheit, der Witwe ihren Mann und den Waisen den Vater wiedergeben, aber was wir können — und dazu sind wir verpflichtet — ihre Sorgen zu unseren Sorgen zu machen. Wir hätten nicht das Recht, uns Christen zu nennen, wenn die Sorge für die Notleidenden und Bedrängten nicht die vordringlichste Aufgabe unserer Politik gewesen wäre. Das muß und wird auch unsere vornehmste Aufgabe für die Zukunft bleiben. (Beifall.)

Wenn trotz aller Anstrengungen noch 5 Millionen Wohnungen fehlen, wenn noch viele Notstände zu beheben sind, dann dürfen wir dabei nicht vergessen, daß dies nicht nur die Auswirkungen des Krieges, sondern auch die Auswirkungen des angewandten Marxismus in

der Sowjetzone sind, welcher täglich Tausende zur Flucht und zur Aufgabe von Heimat und Existenz zwingt.

Wir werden immer wieder dem deutschen Volke diese Tatbestände aufzeigen müssen. Es muß auch dem letzten Menschen klar werden, daß er persönlich Verantwortung und Mitsorge tragen muß zur Überwindung der noch vorhandenen und der kommenden Notstände. (Beifall.) So haben wir denn auch unseren politischen Standort nicht nur gegenüber der sozialdemokratischen Opposition abzugrenzen; unser Standort muß auch festliegen gegenüber jenen, die zwar mit schönen Worten schnell bei der Hand sind, aber dann oft auffällige Zurückhaltung zeigen, wenn es darauf ankommt, Opfer zu bringen. (Beifall.)

In jenen Kreisen hört man, daß die sozialpolitischen Anforderungen das Maß des Tragbaren überschritten hätten. Aber dieselben Kreise finden nichts dabei, von den ihnen gegebenen wirtschaftlichen Freiheiten zu ihrem eigenen Nutzen mehr als ausgiebig Gebrauch zu machen. (Beifall.) Alle aber, die für sich die Kriegsfolgen bereits abgeschrieben haben, sollen wissen, daß sie aus der Verantwortung für das Schicksal des ganzen Volkes nicht entlassen werden können.

Wir mußten unsere politische Arbeit unter dem Zwang der Not des Tages beginnen. Diese Not des Tages bestimmte weitgehend unser Handeln. Aber wir haben nicht nur die dringlichen Notstände behoben, sondern wir haben auch durch unsere weitere Arbeit die Grundlage zu einer besseren Ordnung gelegt.

Lassen Sie mich daher die Fragen behandeln, die für die Gestaltung unseres Gesellschaftslebens besonders bedeutungsvoll sind und die auch in diesem Wahlkampf eine besondere Rolle spielen werden. Ich muß zum Teil auf die Ausführungen des Kollegen Etzel zurückgreifen, aber es liegt in der Natur der Sache, daß sich hier verschiedene Überschneidungen ergeben.

Familien- und Wohnungspolitik

Ich darf mit der Familien- und Wohnungspolitik beginnen. Die gesunde Familie ist die entscheidende Kraft gegenüber allen Auflösungserscheinungen unserer Zeit. Dabei sind wir uns vollkommen im klaren darüber, daß es zunächst die Kirchen sind, die der Familie die moralische Grundlage zu geben haben. Deren Mühen wird aber fruchtlos bleiben, wenn es uns nicht gelingt, der Familie den Lebensraum zu sichern, dessen sie zu ihrer Entfaltung und Gesundung bedarf. Darum hat die Gesetzgebung in besonderem Maße die Aufgabe, die notwendigen rechtlichen und materiellen Voraussetzungen zu schaffen für die Sicherung und Entfaltung der Familien. Dabei kann es nicht allein um bloße Schutzbestimmungen gehen. Es ist vielmehr eine durchgreifende Erneuerung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Stellung der Familie erforderlich.

Die kinderreiche Familie hat auf Grund ihrer Leistung für Staat und Volkswirtschaft Anspruch auf eine gerechtere Entlohnung des Ernährers, als dies heute der Fall ist. (Beifall.)

Ein erster Schritt auf diesem Wege wird mit der gesetzlichen Familienhilfe zu tun sein. Sie soll über die im öffentlichen Dienst Stehenden hinaus allen Berufsschichten und Berufsgruppen zuteil werden. Das Gesetz über die Familienausgleichskassen ist noch nicht verabschiedet worden. Ich meine, daß wir von hier aus fordern müssen, daß noch dieser Bundestag dieses Gesetz zum Abschluß bringt. (Beifall.)

Aber auch steuerrechtlich müssen weitere Maßnahmen ergriffen werden, die den Eltern kinderreicher Familien die Sorge und Verantwortung um Erhaltung und Erziehung der Kinder erleichtert. Was heute

zur wirtschaftlichen Besserstellung der Familie getan wird, kommt morgen und übermorgen dem Staat und der Wirtschaft zugute.

In der Familienpolitik ist die Wohnungsfrage von größter Bedeutung. Hierbei gilt unsere erste Sorge der entfallungswilligen und kinderreichen Familie. Ihren Ansprüchen auf ausreichenden Wohnraum ist mehr als bisher Rechnung zu tragen. Zeitbedingte Schwierigkeiten im Wohnungsbau können nicht allein durch vermehrten Bau von Kleinstwohnungen behoben werden. Für uns ist die Wohnung nicht nur eine gelegentliche Unterkunft, sondern der Lebensraum der Familie. Der Familie ausreichenden Wohnraum zu schaffen, ist die eine Aufgabe.

Millionen mußten ihre Heimat verlassen, Millionen sind ausgebombt, Millionen müssen wieder gleichberechtigt in das Volksganze eingebaut werden. Damit ist die andere Aufgabe aufgezeigt, nämlich die, in steigendem Maße für alle Eigentumswilligen und Eigentumsfreudigen Wohneigentum zu sichern. Tragende Pfeiler unserer Weltanschauung und Kultur sind persönliche Freiheit und persönliches Eigentum. Sie haben die Bildung echter Persönlichkeitswerte ermöglicht und gesundes Familienleben gefördert. Der Sinn des Familienheim-Gesetzentwurfes der CDU ist der, daß die für den Wohnungsbau zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel in stärkerem Umfange zum Bau von Eigenheimen und sonstigem Wohneigentum verwendet werden. Der Kollege Lücke hat für dieses Gesetz verantwortlich gezeichnet; er wird in der Aussprache zu diesen Fragen noch eingehende Darlegungen zu machen haben.

Die ungeheure Wohnungsnot zwingt uns aber, insgesamt den Wohnungsbau zu verstärken. In den letzten Jahren wurde schon Außerordentliches geleistet. Mehr als 1,5 Millionen Wohnungen wurden erstellt. Bei dieser Leistung wollen wir aber nicht stehen bleiben. Sie muß in den kommenden Jahren noch übertroffen werden. Dazu muß beitragen — wie auch Dr. von Brentano gestern gefordert hat — die baldige Verabschiedung des Baulandbeschaffungsgesetzes und ein Bodenbewertungsgesetz, das der Bodenspekulation einen Riegel vorschieben soll.

Nicht nur die private Wohnungswirtschaft, sondern auch die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen hatten in den vergangenen Jahren hervorragenden Anteil an dem Geschaffenen. Es wird richtig sein, wenn wir allen — der privaten und der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft — ein Wort der Anerkennung sagen. Trotz aller zeitbedingten Schwierigkeiten haben sie durch ihre Initiative die großen Leistungen im Wohnungsbau gesichert. Die große Zahl der erstellten Wohnungen hat es aber mit sich gebracht, daß sich in großem Umfange Wohnungseigentum als Gesellschaftseigentum bei den Wohnungsunternehmen ansammelte. Es kann aber nicht Aufgabe einer öffentlich geförderten Wohnungswirtschaft sein, vorzugsweise Gesellschaftseigentum zu bilden. (Beifall.)

In der Vergangenheit war die gemeinnützige Wohnungswirtschaft Bahnbrecherin einer neuen Wohnkultur. Heute sollten die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen ihre besondere Aufgabe darin sehen, in verstärktem Maße die mit öffentlichen Mitteln gebauten Wohnungen in das Eigentum der Wohnungsmieter oder Wohnungsinhaber zu überführen. Damit würden sie nicht nur einen wesentlichen Beitrag zu dem gesellschaftspolitischen Ziel der Bildung von persönlichem Eigentum leisten, sondern auch eine neue Form gemeinnützigen Wirkens entwickeln. (Beifall.)

Mitbestimmung, Miteigentum

Lassen Sie mich nun Stellung nehmen zu den Fragen der Mitbestimmung und des Miteigentums. Im Ahlener Programm haben wir vor Jahren die Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeit-



*Der Bundeskanzler beim Presseempfang; links der Publizist Ernst Friedlaender
und Chefredakteur Eggeling (DPA)*



Sicherheitsbeauftragter Theodor Blank MdB. spricht mit jungen Journalisten



*Dr. Adenauer im Gespräch mit dem Reg. Bürgermeister Brauer.
Rechts Bundesschatzmeister der CDU Ernst Bach*



Empfang im Hotel „Vier Jahreszeiten“: Paul Bausch MdB., Dr. Wuermeling MdB.

nehmern uns zur Aufgabe gestellt. Mit dem Mitbestimmungsrecht bei Kohle und Eisen und mit dem Betriebsverfassungsgesetz haben wir wesentliche Forderungen des Ahlener Programms erfüllt. In einem noch zu schaffenden Bundeswirtschaftsrat müssen die Arbeitnehmer und Verbraucher neben dem Unternehmer und Wissenschaftler gleichberechtigt Sitz und Stimme erhalten. In der Verwirklichung des betrieblichen Mitbestimmungsrechts ist es noch nicht möglich gewesen, das Personalvertretungsgesetz für den öffentlichen Dienst zu verabschieden. Es wird aber unsere Aufgabe sein, für die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst ein gleichwertiges, der Situation im öffentlichen Dienst angepaßtes Recht baldigst zu schaffen. (Beifall.)

Die Mitbestimmung wird aber erst dann ihren vollen Sinn erhalten, wenn sie über den Weg der Ertragsbeteiligung am Unternehmen und durch Miteigentum der Arbeitnehmer in der Wirtschaft unterbaut wird. Das ist unser besonderes Anliegen. Wer sozialistischen Vorstellungen mit Erfolg entgegengetreten will, hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß das Eigentum möglichst weit gestreut wird und auch in der Wirtschaft insbesondere denen zukommt, die es durch ihrer Hände Arbeit mit geschaffen haben. (Beifall.)

Löhne und Gehälter können nicht alle gerechten Ansprüche abgelden. Die Arbeitnehmer leisten ihren Beitrag nicht nur in der Schaffung von Wirtschaftsgütern; sie tragen auch ihren Teil bei am Zustandekommen des Unternehmerngewinns, der in Investitionen seinen Niederschlag findet. Über die Realisierung dieser Forderungen haben Sachverständige der Partei gemeinsame Vorschläge ausgearbeitet, welche dem Parteitag zum Beschluß vorliegen.

Ich möchte an dieser Stelle ein herzliches Wort des Dankes den Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses sagen, die mit uns gemeinsam die Ihnen vorliegende Entschließung erarbeitet haben, aber auch Dank den Sozialausschüssen, die durch ihre Tagung vor Wochen in Köln für diesen Parteitag erfolgreichste Vorarbeit geleistet haben.

Ich habe in den letzten Tagen gelegentliche Meinungsäußerungen der Opposition gelesen, wonach es auf diesem Parteitag zu großen Auseinandersetzungen kommen soll. Ich stelle fest, daß wir mit dem Wirtschaftsausschuß — mit dem „wir“ meine ich die Sozialausschüsse — gelegentlich verschiedene Auffassungen haben, aber in dem einen Punkt waren wir uns einig, daß wir nämlich das tun müssen, was heute erforderlich ist: den breiten Schichten unseres Volkes auch zu einem persönlichen Eigentum verhelfen. (Starker Beifall.)

Ich darf in diesem Zusammenhang auch auf den sogenannten Arnold-Plan hinweisen. Beide Vorschläge — der Vorschlag des Freundes Arnold und der Vorschlag unseres Sachverständigenausschusses — werden sicherlich für die im Bundestag zu schaffende Rahmengesetzgebung eine bedeutende Rolle zu spielen haben. Was aber notwendig ist, ist unser fester Entschluß, einen Anfang zu setzen: Wenn wir auf diesem Weg, der freilich lang sein wird, zum Ziele kommen, dann wird der bedeutendste Teil des Ahlener Programms seine Verwirklichung gefunden haben. Das schließt allerdings nicht aus, daß bei Großigentum die Monopolstellung die Frage der Überführung in Gemeinwirtschaft im Sinne des Ahlener Programms offen bleiben muß.

Die christlich-demokratische Arbeitnehmerschaft hat seit Jahren den Kampf nicht nur um die Mitbestimmung, sondern auch um Mitbeteiligung und Miteigentum in der Wirtschaft geführt. Heute wird über ihren Kreis hinaus dieses Anliegen als eine der vordringlichsten Aufgaben der sozialen Neuordnung angesehen.

Jetzt werden Sie mich fragen: was sagen die Gewerkschaften dazu. — Ich habe eine grundsätzliche Ablehnung bei den Gewerkschaften zu diesen Fragen noch nicht gefunden. Ich habe wohl gefunden, daß in einigen Gewerkschaftsblättern, insbesondere in der Metallarbeiterzeitung, doch eine etwas zu oberflächliche Haltung zu diesem Anliegen festzustellen ist. Ich weigere mich zu glauben, daß die Meinung der Metallarbeiterzeitung, die das Mit Eigentum als soziale Quacksalberei bezeichnet, die Meinung des DGB sein soll. (Zurufe: Sehr gut!) Ich bin dazu um so mehr berechtigt, als ich weiß, daß diese Frage bei den Gewerkschaften eine ernste Überlegung auslöst. Die Gewerkschaften müssen erkennen, daß es nicht nur gilt, Funktionen im Großeigentum wahrzunehmen und Personen vorzuschlagen und einzusetzen — denn es geht nicht um die Schaffung neuen Kollektiveigentums —, sondern es geht darum, daß den breiten Schichten des arbeitenden Volkes gerechter Anteil an dem Ertrag und dem Eigentum in der Wirtschaft gegeben wird. (Beifall.)

Neuordnung der Sozialversicherung

Eines der aktuellsten Probleme der Sozialpolitik ist die Frage der Neuordnung der Sozialversicherung. Die SPD hat dazu einen eigenen Sozialplan bekanntgegeben. Dazu möchte ich etwas sagen. Der Plan der SPD bedeutet in der Praxis nicht mehr und nicht weniger als die Ablösung der bisherigen Sozialversicherung durch ein System staatlicher Hilfen, das sich an den englischen Beveridgeplan anlehnt. England hat sicherlich, mit der Durchführung des Beveridgeplanes eine große soziale Leistung vollbracht. Was die Engländer in ihrem Lande für richtig halten, braucht aber für uns noch nicht Vorbild zu sein. England stand nach dem Kriege vor der zwingenden Notwendigkeit, lange Versäumtes nachzuholen. Es mußte hier sozusagen von vorn anfangen und stand nicht in der Gefahr, Wesentliches zerschlagen zu müssen.

Wir haben aber seit 70 Jahren eine umfassende Sozialversicherung, die im Volk verwurzelt ist und die sich über Kriege und Krisen hinweg bewährt hat. Wir wollen darum das Gute dieser Sozialversicherung erhalten, aber aus dem Guten das Bessere machen. Wir wollen die Sozialversicherung aus ihren gesunden Grundlagen heraus weiter entwickeln und an die veränderten Verhältnisse anpassen. Wir glauben aber nicht, daß der Sozialplan der SPD den deutschen Notwendigkeiten und Bedürfnissen Rechnung trägt. Wir wollen aufbauen und nicht zerstören! Wir wollen in der Sozialversicherung die Kräfte der Selbsthilfe stärken und nicht einer allgemeinen Staatsbürgerversorgung Vorschub leisten. (Beifall.)

Der Vorsitzende des Bundesausschusses für Sozialpolitik, der Kollege Lünendonk, wird noch besonders die Probleme der Neuordnung der Sozialversicherung behandeln; er hat Ihnen im Auftrag des Ausschusses für Sozialpolitik entsprechende Unterlagen unterbreitet.

Eine besondere Stellungnahme zu den die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen besonders berührenden Fragen ist vom Bundesausschuß für Kriegsofferversorgung dem Parteitag unterbreitet worden. Hierin wird gewünscht, daß die Kriegsofferverwundeten ein größeres Sozialprodukt stärker beteiligt werden, ein gesundes Verhältnis der Einkommensfreigrenze zum Lohn- und Preisgefüge geschaffen wird, eine Verbesserung der Witwenversorgung und eine stärkere Anpassung an die Sozialversicherungsgesetze erfolgt.

Lassen Sie mich noch ein Wort zu den Gewerkschaften sagen. Die deutschen Gewerkschaften haben sich große und unbestreitbare Verdienste um unser Volk und unsere Wirtschaft erworben. Wir

stellen diese Tatsache um so überzeugter fest, weil wir — nicht nur die Freunde, die aus der früheren christlichen Gewerkschaftsbewegung kommen, sondern alle, die sich überhaupt noch ein klares Bild und eine klare Meinung erhalten haben — wissen, was 1945 war und was durch die Mithilfe der Gewerkschaften nach 1945 geschaffen wurde. Ich sage dies in dieser bestimmten Art, weil alle diese leichten Kritiker, die heute durch die Lande gehen und mit erhobenem Zeigefinger auf die Gewerkschaften und ihr Versagen hinweisen, in den Jahren von 1945 bis 1948 beim Aufbau unserer Wirtschaft nirgends zu finden waren. (Beifall.)

Wir wollen die Leistungen der Deutschen Gewerkschaften anerkennen. Es kann allerdings nicht verkannt werden, daß innerhalb der Gewerkschaften letzte Klarheit über Weg und Ziel gewerkschaftlicher Betätigung noch nicht erreicht ist. Es ist nicht Aufgabe des Parteitages, in die internen Auseinandersetzungen der Gewerkschaften einzugreifen. Weg und Ziel der Gewerkschaften zu bestimmen, ist Aufgabe der Arbeitnehmerschaft selbst. Die christliche Arbeitnehmerschaft wird die ihr dabei erwachsenden Aufgaben zu erfüllen wissen. Wir haben auch vor einigen Wochen in Köln zu der Frage der Deutschen Gewerkschaftsbewegung alles das gesagt, was gesagt werden mußte. Gewisse unerfreuliche Erscheinungen bei den Gewerkschaften im Vorgeplänkel zu dem bevorstehenden Bundestagswahlkampf geben mir aber Veranlassung, auch von dieser Stelle aus den Gewerkschaften ein Wort mit auf den Weg zu geben.

Bei der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes war der Grundsatz der parteipolitischen Neutralität eine der ersten Voraussetzungen für eine Betätigung der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft in der einheitlichen Gewerkschaftsbewegung. Heute müssen wir aber leider feststellen, daß Grundsatz und Praxis nicht übereinstimmen. Viele Gewerkschaftler vermögen nicht ihre parteipolitische Einstellung von ihrer gewerkschaftlichen Haltung zu unterscheiden. (Beifall.)

Die SPD mag in ihrer Opposition gegen die Bundesregierung und die Christlich-Demokratische Union alle Register ziehen. Wir sehen dem mit Ruhe entgegen. Aber wir werden nicht zugeben, daß die Gewerkschaften in diesem Wahlkampf Aufgaben der Opposition übernehmen. (Beifall.)

Eine solche Haltung würde auch weiteste Kreise ihrer Mitglieder, die ihre parteipolitische Heimat bei uns haben, in Oppositionsstellung zum Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Organisationen bringen. Die Gewerkschaften werden doch zugeben müssen, daß wir auf große Leistungen in unserer Arbeit in den letzten drei Jahren verweisen können. Ohne uns gäbe es kein Mitbestimmungsrecht bei Kohle und Eisen, kein Kündigungsschutzgesetz und kein Betriebsverfassungsgesetz, kein Mutterschutzgesetz und auch nicht die anderen Gesetze; die die Arbeiter und die Gewerkschaften so stark gefördert haben. Ohne uns wäre unser Volk auf dem Wege des wirtschaftlichen und sozialen Aufstieges nicht so weit, wie wir tatsächlich sind.

Die Gewerkschaften wären gut beraten, wenn sie diese Tatsachen anerkennen und in ihren kommenden Entscheidungen und in ihrer Presse berücksichtigen würden. (Beifall.)

Was wir vor Jahrzehnten unseres gewerkschaftlichen Bemühens — es sitzen hier so viele Kameraden, Jakob Kaiser, unser Freund der Arbeitsminister Storch, Karl Arnold und viele andere — als Fernziel erstrebten, ist gerade in den letzten Jahren durch unsere Arbeit seiner Verwirklichung nähergebracht worden. (Beifall.)

Ich vermag nicht zu glauben, daß die parteipolitische Neutralität, die im Jahre 1945 Christen und Sozialisten im Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeführt hat, heute nur noch ein Lippenbekenntnis sein soll. Ich meine, es müsse die Aufgabe der Gewerkschaften sein, den Grundsatz der parteipolitischen Neutralität in den bevorstehenden Auseinandersetzungen der Parteien im Bundestagswahlkampf entsprechend zu respektieren und auch praktisch danach zu handeln. (Beifall.)

Im Geiste der christlich-sozialen Bewegung

Die Christlich Demokratische Union ist der politische Standort der vielen, die vom Geiste der christlich-sozialen Bewegung beseelt sind. Sie ist aber mehr. Sie ist die Hoffnung jener, die der Hilfe der Gemeinschaft bedürfen und die ihre Sorgen und ihre Anliegen vertrauensvoll in unsere Hände gelegt haben. Und so erwächst für uns immer wieder die Verpflichtung, nie zu erlahmen in der Sorge für alle, die noch auf der Schattenseite des Lebens stehen. Wir wollen ihre Sorgen zu unseren Sorgen machen. Wir wollen uns bemühen, unsere Verpflichtungen so zu erfüllen, wie es für uns als Christen Gewissenspflicht ist.

Die soziale Entwicklung in der Bundesrepublik trägt die Züge eines Mannes, den wir in der christlichen Arbeitnehmerschaft mit Stolz zu uns zählen, der unserer Art ist; es ist der Bundesarbeitsminister Storch. (Beifall.) Ich glaube in Ihrem Namen zu handeln, wenn ich ihm ein Wort des Dankes und der Anerkennung auf diesem so bedeutungsvollen Parteitag übermittele und dabei den Wunsch zum Ausdruck bringe, daß er noch lange Jahre an der verantwortungsvollen Stelle für unser Volk und für die Arbeitnehmerschaft wirken möge.

Ich habe auch ein Wort des Dankes an die Fraktion zu sagen. Wir haben uns innerhalb der Fraktion bemüht, das, was uns aufgegeben war, auch zu erfüllen. Voller Rührung denke ich über manches nach, was vor acht Jahren vor uns stand. Der Bundeskanzler und seine Frau kamen aus Brauweiler zurück, Herr Pferdenges meldete sich nach langer Inhaftierung in Köln bei seinen Freunden, mit denen er früher zusammengestanden hat. Herr Dr. Pünder saß mit mir irgendwo, wo nicht immer das Beste für uns gesichert war. Unser Freund Jakob Kaiser mußte irgendwie und irgendwo acht Monate lang in der Verborgenheit leben. Dasselbe gilt für Karl Arnold, Eugen Gerstenmeier und so viele, die bei uns stehen und Opfer des Naziterrors wurden.

Als wir dann 1945 an die politische Arbeit herangingen, waren wir von der Überzeugung durchdrungen, daß wir etwas für unser Volk tun mußten. Ich glaube, wir haben diese Aufgabe zu erfüllen versucht. Dieser Wille, für unser Volk das Beste zu schaffen, war in unserer Fraktion immer lebendig. Ich darf an dieser Stelle feststellen, daß es in der Fraktion über Fragen, die gelöst werden mußten, im Grundsätzlichen nie eine Meinungsverschiedenheit gegeben hat. (Beifall.)

Dieser Parteitag steht unter der Parole: Deutschland — sozialer Rechtsstaat im geeinten Europa! Ich glaube daran, daß wir in einigen Jahren — wenn wir wieder auf einem Parteitag Rückblick zu geben haben, auch über die sozialen Leistungen — feststellen können, daß auf diesem Parteitag hier in Hamburg die neuen Grundlagen geschaffen wurden zu einem noch ernstlicheren Bemühen, um allen denen zu helfen, für die wir zu sorgen haben, um unser Volk zu retten und um Deutschland wieder den Platz in der Welt zu sichern, auf den es Anspruch hat. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Johnen:

Es haben sich 20 Damen und Herren zur Diskussion gemeldet. Diese Zahl bedingt die Sitte, daß sich jeder möglichst kurz faßt. Ich darf in Form

einer Bitte sagen, daß nach Möglichkeit niemand eine Redezeit von 5 Minuten überschreiten sollte.

Die Diskussion wird eröffnet durch

Erik Blumenfeld, Hamburg:

Ich möchte mit einigen grundsätzlichen Ausführungen zur Wirtschaftspolitik beginnen und dann etwas Spezielles zu unserem Außenhandel und zur Schifffahrtssituation sagen. Lassen Sie mich zunächst ein Bekenntnis zum Ausdruck bringen, und zwar möchte ich ausdrücklich betonen, daß unsere Sozialausschüsse und unsere Freunde der Sozialpolitik für den Hamburger Parteitag nach meiner Auffassung etwas ganz Entscheidendes geleistet haben.

Die Leistungen haben ihren Niederschlag gefunden in den Entschließungen, die Ihnen vorgelegt worden sind. Ich schätze mich besonders darüber glücklich, in den vergangenen Monaten im Wirtschaftspolitischen Ausschuß mitgearbeitet zu haben. Ich darf hier feststellen, wie fruchtbringend und konstruktiv diese Zusammenarbeit mit den Freunden von den Sozialausschüssen gewesen ist.

Herr Etzel hat davon gesprochen, daß es unsere große Aufgabe ist, von der Sicherung der Massenversorgung zur Hebung des Massenwohlstandes zu kommen und daß der höhere Lebensstandard des gesamten Volkes unser großes wirtschaftspolitisches Ziel ist. Ich will mich hier an dieser Stelle nicht mit dem wirtschaftspolitischen Programm der SPD auseinandersetzen, aber eines möchte ich ausdrücklich feststellen: das Liebeswerben der Sozialdemokratie um den Mittelstand und um die Wirtschaft insgesamt kann meiner Meinung nach nicht zum Ziele führen; denn es ist doch wohl bekannt, daß man, wenn man um jemandes Hand anhält, auch seine Verhältnisse darlegen muß. Um die Verhältnisse darzulegen, fehlt es in dem Programm der SPD an drei grundsätzlichen Dingen bzw. es werden drei grundsätzliche Pferdefüße sichtbar. Zunächst fehlt die große Konzeption, der Durchbruch zum Übernationalen; sie bleiben verhaftet in der Enge ihres wirtschaftlichen und sozialistischen Denkens. Zweitens stellen wir fest, daß die Planungsbürokratie und die Zwangswirtschaft wieder ihr Haupt erhebt, die wir durch die Marktwirtschaft unseres Bundeswirtschaftsministers überwunden haben. (Beifall.) Drittens ist die Einkommenskontrolle, die im wirtschaftspolitischen Programm der SPD zum Ausdruck gebracht wird, eine sehr gefährliche Angelegenheit, vor der wir unser Volk bewahren müssen.

Ich möchte nun das aufgreifen, was Herr Etzel zur Landwirtschaft und zur Agrarpolitik gesagt hat. Die großen wirtschaftlichen und politischen Aufgaben, die uns bevorstehen, können nur erfüllt werden, wenn die landwirtschaftliche Produktion erhöht wird. Das ist nicht die Aufgabe einer konjunkturellen Agrarpolitik, sondern eine strukturelle Aufgabe und kann nur über ein langfristiges Agrarprogramm gelöst werden; es ist eine Aufgabe der gesamten Volkswirtschaft.

Die Rationalisierung verlangt von uns eine weltwirtschaftlich ausgerichtete Wirtschaftspolitik. Daß wir den Durchbruch nach der großen europäischen Wirtschaft durchführen wollen, das macht gerade unsere große Konzeption aus.

Ich komme jetzt auf einige spezielle Fragen der Handels- und Außenpolitik zu sprechen. Im allgemeinen wird Handelspolitik im Westen nach den Begriffen der klassischen Nationalökonomie betrieben, d. h. günstigste Verteilung der gegebenen Produktionsmittel. Das ist aber ein ebenso falsches Denken in staatlichen Begriffen wie der Versuch, sozialpolitische Spannungen durch Umverteilung von Eigentum oder Vermögen zu lösen. Nur das Wachstum ist die Quelle der sozialen Entspannung.

nung und auch der Ausgangspunkt für unsere Handelspolitik. Die Investitionen beim Güterexport sind nur langfristig lösbar, und nur so kann das nationale Gleichgewicht zwischen den Ländern wiederhergestellt werden.

Gestatten Sie mir, einige Ausführungen zur Außenhandels-situation vom hamburgischen Standpunkt aus zu machen. Es ist kein Zweifel, daß die deutsche Ausfuhrwirtschaft seit Monaten rückläufig ist, insbesondere in bezug auf die überseeischen Länder. Das liegt an der allgemeinen Marktlage. Es wäre aber verfehlt, etwas mit staatlichen Förderungsmaßnahmen erzwingen zu wollen. Leider ist es in Deutschland weit verbreitet, bei jeder wirtschaftlichen Flaute sofort nach der Hilfe des Staates zu rufen. Andererseits ist aber ein Wettlauf unter den europäischen Industrieländern um ein Maximum an Opfern oder um versteckte Exportsubventionen unbedingt zu vermeiden.

Wir können bisher den Anspruch erheben, unter der Marktwirtschaft unseres Bundeswirtschaftsministers bei den Förderungsmaßnahmen niemals die Grundsätze der Anwendung marktkonformer Mittel verletzt zu haben. Ich kann nur hinzufügen, daß bislang eher zu wenig als zu viel geschehen ist im Vergleich zu anderen Staaten.

Ich möchte ein Wort sagen zu dem Handel mit den Staaten hinter dem Eisernen Vorhang. Die Bundesrepublik hat in der Vergangenheit durch strikte Anwendung von Vorschriften, die andererseits nicht so beachtet worden sind, sich an diese Abkommen gehalten und wurde dadurch wirtschaftlich benachteiligt. Eine gleichmäßige Behandlung soll nunmehr gesichert sein. Um so mehr muß ich mich jedoch an dieser Stelle dagegen aussprechen, daß die Freihäfen von Hamburg und Bremen — in völliger Verkennung der hier bestehenden strikten Überwachungsmaßnahmen und Gepflogenheiten eines Freihafens — von einem besessenen Auslandsberichterstatter als Transitplatz für unerlaubte Ostgeschäfte großen Stils hingestellt werden. (Pfui-Rufe.)

Die Außenhandels-situation erfordert von uns, daß wir uns an den großen Aufgaben der überseeischen Länder beteiligen, am Export der Investitionsgüter. Das darf aber nicht dazu führen, daß die Kreditwünsche dieser Länder als Anleihen verstanden werden. Bei aller Beachtung dieser Länder darf unser Konsumgüterexport nicht vernachlässigt werden. Dem Defaitismus, der in der letzten Zeit in dieser Hinsicht aufgetreten ist, möchte ich energisch widersprechen.

Ich möchte nun einige Ausführungen zu der Frage der Handels-schifffahrt und der Seehafenpolitik machen, weil dies ein besonderes Hamburger Anliegen ist. Ich glaube, wir müssen auf diesem Parteitag aussprechen, daß die Förderung der Handelsschifffahrt nicht das Verdienst bestimmter Gruppen oder politischer Parteien gewesen ist, sondern das Verdienst des ganzen deutschen Volkes. (Beifall.)

Deswegen liegt mir besonders daran, daß dieser Parteitag folgende Ent-schließung annimmt, die ich mit Genehmigung des Herrn Präsidenten vorlesen möchte:

Handelsschifffahrt:

Der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte als besonders wichtiger Devisenbringer hat durch die gemeinsamen Anstrengungen aller Beteiligten in wenigen Jahren einen beachtlichen Anfangserfolg erzielen können. Jetzt handelt es sich darum, diesen Erfolg zu sichern und aus-zubauen. Zur Erreichung dieser beiden Ziele ist erforderlich:

1. Ersatz überalterter Schiffe, insbesondere mittels steuer-licher Förderungsmaßnahmen.

2. Die stetige Fortsetzung der Neubautätigkeit im Anschluß an das Programm 1952/54, damit ein organischer Ausbau der deutschen Handelsflotte in allen ihren Teilen gewährleistet wird.
3. Die weitere Bereitstellung von Wiederaufbaudarlehen nach unveränderter Maßgabe der Vorschriften des Gesetzes vom 27. September 1950.
4. Die Erschließung von öffentlichen oder privaten, steuerlich begünstigten Finanzierungsquellen, aus denen der durch Wiederaufbaudarlehen nicht gedeckte Teil der Neubaukosten entnommen werden kann.
5. Wettbewerbsfähige Preise für den Schiffbau im Vergleich zum internationalen Stand.
6. Kapitalmäßige Stärkung der Schiffsverkehrsunternehmen, damit sie im internationalen Konkurrenzkampf bestehen können.
7. Eine Sozialpolitik, die der besonderen Lage und Eigenart der Seeschifffahrt gerecht wird.

Noch ist die deutsche Handelsflotte nicht groß und modern genug, um in jedem Falle die Befriedigung der seewärtigen Verkehrsbedürfnisse der deutschen Volkswirtschaft gewährleisten zu können. Ohne unbedingte Sicherung der Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen und der Ausfuhr von Fertigwaren aber ist die Existenz des deutschen Volkes nicht gesichert.

Ich halte es für wichtiger und wesentlicher, daß der Parteitag der CDU ein Sieben-Punkte-Programm für die deutsche Handelsschifffahrt annimmt, das praktische Maßnahmen enthält, als daß mit großen Ziffern und Zahlen im Wahlkampf um sich geworfen wird.

Ich bitte, dem Parteitag eine weitere Entschließung über Seehäfen vorlegen zu dürfen.

Seehäfen

Eine aktive deutsche Seehafenpolitik ist die weitere Voraussetzung für den Aufbau der Handelsflotte. Ohne Basishäfen und entsprechend großes Ladungsaufkommen ist ein wirksamer und rentabler Einsatz der deutschen Handelsschifffahrt nicht möglich.

Die Aufgaben der größten deutschen Seehäfen Hamburg und Bremen sind europäischer Natur. Aus der gesamtpolitischen Entwicklung heraus hat sich die verkehrspolitische Situation Hamburgs und auch Bremens grundlegend geändert. Sowohl der Bund als auch das übrige Europa werden diesen Tatsachen Rechnung tragen müssen. Der Hafen Hamburg muß sich mit europäischer Unterstützung bereithalten, für den Augenblick der Wiedervereinigung mit dem Osten und damit der Aufnahme normaler Handelsbeziehungen.

Ich bitte Sie, eingedenk der Worte des Herrn Bundeskanzler von gestern, wo er von den Sternstunden der Menschheit sprach, auch bei unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik daran zu denken, daß wir vor einem entscheidenden Augenblick in unserer wirtschafts- und sozialpolitischen Geschichte stehen. Wir sind als Christlich Demokratische Union dazu berufen, diese für unser Volk so entscheidenden Aufgaben nunmehr zu verwirklichen. (Beifall.)

Bundesarbeitsminister Anton Storch:

Wir werden in diesem Jahr einen sehr harten Wahlkampf zu führen haben. Die Opposition wird sich vielleicht die Mühe machen, festzustellen, daß wir zwar auf wirtschaftspolitischen Gebieten Fortschritte gemacht haben, aber sie wird dem Volke draußen sagen, daß auf sozialpolitischem Gebiet nicht alles getan worden sei, was hätte geschehen können. Lassen Sie

mich deshalb ein kleines Panorama von dem geben, was wir seit der Zeit, wo wir die Verantwortung übernommen haben, durchgeführt haben.

Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik sind auf Ge-
deih und Verderb miteinander verbunden. Ohne eine
gute und leistungsfähige Wirtschaft ist keine Sozialpolitik möglich. Als
wir im Frankfurter Wirtschaftsrat vor der Aufgabe standen, aus einem
Trümmerhaufen wieder ein bewohnbares Heim in Deutschland zu machen,
haben wir die sozialpolitischen Fragen in den Vordergrund gerückt. Wir
waren uns darüber klar, daß eine wirkliche Sozialpolitik nur unter der
Schaffung der wirtschaftlichen Voraussetzungen möglich sei. Ich als Arbeits-
minister sage Ihnen in aller Offenheit: Die größte sozialpolitische
Tat hat die CDU begangen, als sie im Wirtschaftsrat
den Mut aufgebracht hat, die Zwangswirtschaft zu
beseitigen und der freien Marktwirtschaft wieder zur
Wirksamkeit zu verhelfen. (Stürmischer Beifall.)

Wir waren uns bewußt, daß wir mit einem Wirtschaftsprodukt, das 50%
desjenigen von 1936 betrug — außerdem damals nur für 36 Millionen
Menschen auszureichen brauchte —, nicht für 48 Millionen Menschen eine
bessere Lebensbasis schaffen konnten. Wir waren uns darüber klar, daß
man aus einer Zwangswirtschaft, die sich kaum von einer Planwirtschaft
unterscheiden läßt, nicht ein vergrößertes Wirtschaftsprodukt bekommen
konnte.

Als wir in Frankfurt die ersten Früchte unseres mutigen Tuns ge-
sehen haben, da haben wir an die sozialen Probleme unserer arbeitenden
Menschen sehr wohl gedacht. Hier sitzt Herr Oberdirektor Dr. Pünder,
der mitbestätigen wird, daß wir uns damals alles Ernstes mit der Frage
beschäftigt haben: Wie können wir, nachdem Wirtschaftsprodukt im Steigen
ist, dem arbeitenden Menschen ein besseres Sozialrecht geben? Es war
niemand in unserer Fraktion in Frankfurt, der nicht freudig zugestimmt
hat. Wir haben damals etwas gemacht, was die Opposition gar nicht für
möglich gehalten hat. Wir haben im Sozialversicherungs-
anpassungsgesetz den gewerblichen Arbeitern dasselbe Recht ge-
geben, wie es vorher die Angestellten hatten.

Man hat mir damals in der Opposition in Frankfurt gesagt: Das kannst
du gar nicht! Mach es dir nicht so schwer, drücke die Leistungen in der
Angestelltenversicherung etwas herunter, hebe sie etwas in der Invaliden-
versicherung, und dann findest du den mittleren Weg. Wir haben uns auf
den Standpunkt gestellt, daß man in einer Notzeit nicht soziale Rechte ab-
bauen kann, sondern daß man dazu übergehen muß, diejenigen, die zurück-
geblieben sind, auf einen höheren Stand zu bringen.

Wir haben es durchgesetzt, was man in der ganzen Weimarer Zeit nicht
gekonnt hat. Diese Dinge werden immer schnell vergessen. Heute tut
man so, als ob das nur eine Bagatelle gewesen wäre. Ich frage aber, warum
hat man denn die Dinge nicht anders gestaltet in der Zeit, als man die Ver-
antwortung trug?

Ich bin auf der sozialpolitischen Tagung der Sozial-
demokratischen Partei gewesen. Einer der dortigen Redner hat
sehr stark an uns herumkritisiert. Der alte Wissel, der alte sozialdemokra-
tische Arbeitsminister aus der Weimarer Zeit, saß dabei, und ich habe ihm
gesagt: Kollege Wissel, es muß Ihnen doch sonderbar zu Gemüte gewesen
sein, als man die Unfähigkeit der Arbeitsminister herausgestellt hat. Sie
waren es ja vor mir. Sie haben es ja nicht gekonnt. Wir haben es getan,
weil wir wußten, daß wir für diesen Aufbau und für die Vergrößerung des
Wirtschaftsvolumens Menschen in den Betrieben haben mußten, die die
Überzeugung hatten, daß aus dem größeren Wirtschaftsprodukt auch für
sie eine bessere Stellung für die Wechselfälle des Lebens gesichert war.
Aber daran geht man vorüber.

Als wir nach Gründung der Bundesrepublik daran gingen, unseren Kriegsoffern wieder ein besseres Lebensniveau zu geben, standen wir vor der Frage, die bisher von den Ländern aufgebrachte Summe in Höhe von 1,9 Milliarden auf über 3 Milliarden zu erhöhen. Kollege Schäffer hatte damals seine liebe Not, die Gelder für derartige soziale Maßnahmen zur Verfügung zu stellen; aber er hat es getan, und alle Minister dieses Kabinetts haben einer Erhöhung der Ausgaben auf 3,2 Milliarden zugestimmt.

Wir haben dafür gesorgt, daß die Renten der Sozialversicherungsrentner erhöht wurden. Hier mußte der Bundesfinanzminister wiederum 860 Millionen zur Verfügung stellen. Wir haben das Gesetz durchgesetzt. Ich sehe noch, wie unsere Freunde den Antrag stellten, die Renten der Sozialversicherungsrentner um 25% zu erhöhen. Da hat einer aus der Opposition gerufen: was sagen denn dazu der Arbeitsminister und der Finanzminister? — Ich habe ihm gesagt: jawohl, das Gesetz ist bereits fertiggestellt und wird in kürzester Frist ins Parlament gebracht. Da gab es eine gewisse Verwunderung, daß wir derartige soziale Maßnahmen beabsichtigten. Man hat natürlich nachher viele Zusatzanträge gestellt, und zwar hat man einen zusätzlichen Kostenaufwand von 6 Milliarden gefordert. Bei solchen Anträgen muß man sich alles Ernstes fragen, ist das nun ehrlich gewollt, oder ist es nichts anderes als Agitation. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß wir für breiteste Volksschichten und vor allen Dingen für diejenigen, die auf der Schattenseite des Lebens stehen, zu sorgen haben. Wir dürfen aber niemals Versprechungen machen, die aus dem Sozialprodukt nicht erfüllt werden können. (Beifall.)

Bei allen unseren Maßnahmen hatten wir immer die Sorge, ob wir unsere Währung halten konnten. Viele Leute haben gesagt: so eine kleine Inflation, so eine Konjunkturspritze von einigen Milliarden, kann gar nichts schaden. Sogar Ausländer haben uns gesagt: seid ihr denn wirklich der Meinung, daß ihr in einer derartigen Situation ohne irgendwelche Abwertung eure Währung durchbringen könnt! — Wenn man in einer späteren Zeit aus einer objektiven Schau heraus die Geschichte schreiben wird, dann wird man feststellen, daß es das Verdienst unseres Finanzministers Schäffer ist, die Währung stabil zu halten, weil er wie ein Engel mit dem flammenden Schwert vor unserer Währung gestanden hat. (Beifall.)

Wir wollen uns keiner Täuschung hingeben; nicht nur mit sozialen Mehrleistungen können wir die sozialen Probleme unserer Zeit lösen, sondern dazu gehört eine andere geistige Einstellung aller Menschen zum Wirtschaftsleben selbst.

Wir haben durch das Kündigungsschutzgesetz eine Ordnung in Deutschland geschaffen, wie sie in keinem anderen Lande der Erde gegeben ist. Wir haben den arbeitenden Menschen ein Heimatrecht im Betrieb gegeben. Wir haben das Betriebsverfassungsgesetz verabschiedet. Wir haben festgestellt, daß die Probleme, die hier zu lösen waren, von der anderen Seite gar nicht gesehen worden sind.

Durch die industrielle Entwicklung des letzten Jahrhunderts ist ein großer Teil unseres Volkes wirtschaftlich abhängig geworden. Das hängt mit der technischen Entwicklung zusammen und hat mit dem Wollen des einzelnen gar nichts zu tun. Wir sollten deshalb nicht der einen Gruppe in unserem Wirtschaftsleben wegen der Entwicklung des vergangenen Jahrhunderts Vorwürfe machen. Über eines waren wir uns klar: Hier handelte es sich nicht darum, wirtschaftliche Macht an die Organisationen zu verteilen, sondern darum, dem einzelnen Menschen im Wirtschaftsleben wieder seine Würde zu geben. (Beifall.)

Diese Frage ist aufgeworfen worden durch den Katholikentag in Bochum und durch die Erklärungen der evangelischen Kirche, die die Menschenwürde gegenüber dem Kollektivismus — der schon bis zur Elbe reicht — hervorgehoben und herausgestellt haben.

Wir haben uns nicht irre machen lassen, auch nicht durch die Proteste der Massenorganisationen auf den Straßen. Wer spricht heute noch von diesen Dingen? Dieselben Kreise, die damals die Dinge bekämpft haben, kommen heute und sagen: es ist doch manches Gute in diesen Gesetzen. — Wir stehen in einer sehr ernsten Zeit. Wenn wir den Weg zum Kollektiv gehen, dann enden wir im Kommunismus, so bestimmt wie zweimal zwei vier ist. (Beifall.)

Lassen Sie mich kurz auf die Dinge verweisen, wie sie sich im vorigen Jahrhundert entwickelt haben. Vor gut 100 Jahren haben Marx und Engels ihre programmatischen Grundlagen entwickelt und der Menschheit gesagt, nach dieser Epoche gibt es nur eine Möglichkeit, wieder eine gerechte Ordnung zu schaffen; das ist die soziale Revolution.

Zu derselben Zeit stand in Mainz auf der Kanzel der Bischof Emanuel von Ketteler, der schon damals die gefährliche Entwicklung des damaligen Wirtschaftssystems gesehen hat. Er hat zu Reformen aufgerufen. Wenn heute Marx und Engels wieder unter uns ständen und sähen, was dort geschehen ist, wo ihre Konzeption restlos angewendet wurde, dann würden sie verzweifeln an der Menschheit. (Beifall.)

Und wenn Bischof Emanuel von Ketteler wieder vor uns stände, würde er sagen: Die Menschen haben mich verstanden; es hat zwar eine gewisse Zeit gedauert, aber die Menschen haben ihre Freiheit behalten!

Wir sollten uns über eines klar sein: wir können in unserer Zeit nicht alle Probleme durch die Politik lösen. Gestern hat Dr. Naumbach ein sehr ernstes Wort über die seelische Not der jugendlichen Menschen gesprochen, die heute aus der Ostzone zu uns kommen. Wir hören immer wieder die Forderung: was hat der Staat getan, um diese jungen Menschen in unsere Denkweise einzuführen? Es ist wiederum die Zeit gekommen, wo Männer da sein müßten wie der alte Gesellenvater Kolping, der Häuser für die Menschen errichtet hat, die keine Heimat hatten und als Handwerksburschen auf der Straße lagen. Die Stunde für solche Organisationen ist gekommen. Wenn ein Adolf Kolping nicht vor hundert Jahren gewirkt hätte, dann müßte er heute wirken. Glauben Sie doch nicht, daß man diesen jungen Menschen, die nicht auf einem festen Fundament stehen, so ohne weiteres helfen kann.

Ich habe im vergangenen Jahr in Hannover mit dem Oberbürgermeister darüber gesprochen, eins der beiden Häuser, die früher dem Gesellenverein gehörten, ihm wieder zurückzugeben. Der Oberstadtdirektor, der herbeigerufen wurde, sagte, das brauchen wir gar nicht. Wir haben 4 Jugendheime in der Stadt, die nicht besetzt sind. Ich habe ihm gesagt, sie sind deshalb nicht besetzt, weil kein gesunder Geist dort herrscht. Geben Sie eines dieser Häuser dem katholischen Gesellenverein und eines dem Christlichen Verein Junger Männer, und Sie werden sehen, daß die Räume nicht groß genug sein werden, um die Menschen, die eine Heimat suchen, unterzubringen. (Lebhafter Beifall.)

Es wird die Aufgabe meines Kollegen Lehr sein, bei der Vergebung der Mittel aus dem Bundesjugendplan an diese Arbeiten heranzugehen. (Beifall.)

Wir brauchen nicht mit Furcht und Angst den kommenden politischen Auseinandersetzungen entgegenzusehen, sondern wir können mit offenem Gesicht in diese Feldschlacht ziehen. Ich wünsche nur eins: daß wir mit einer einheitlich ausgerichteten Parole in diesen Wahlkampf gehen und

daß wir unseren deutschen Menschen plausibel machen, daß Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht getrennt werden können, sondern eins auf dem anderen aufgebaut werden muß. Daran mitzuarbeiten ist Ihre Aufgabe so gut wie unsere, die wir in der Regierung sitzen. (Starker Beifall.)

Bundswirtschaftsminister Prof. Dr. Erhard:

Sie haben der sozialen Marktwirtschaft schon allenthalben zugestimmt. Sie werden sich deshalb wundern, daß ich nicht die Absicht habe, über die soziale Marktwirtschaft zu sprechen, sondern über die Marktwirtschaft von links. Das ist die neue Parole der Sozialdemokratischen Partei. Ich glaube, es ist ein ernstes Anliegen, nicht nur für uns, sondern für das ganze deutsche Volk, wenn wir neben der Rechenschaftslegung zugleich aufzeigen, welche Bewandnis es mit der Marktwirtschaft von links — ich würde lieber sagen „Marktwirtschaft mit Linksdrall“ — hat. (Heiterkeit.)

Die Parole wurde deshalb ausgegeben, weil man mit Ideen von Plan- und Zwangswirtschaft in der deutschen Öffentlichkeit keine Geschäfte mehr machen kann. Sie haben eingesehen, daß damit eine Bankrottsankündigung erfolgt, wenn sie bei ihrem alten Programm bleiben. Wir müssen aber fragen: kann denn diese Politik der SPD ehrlich gemeint sein? Wenn ich das annehmen müßte, dann kann ich nur zu dem Ergebnis kommen, daß alle Kritiker, die mich so getreulich durch 5 Jahre begleitet haben, eigentlich nichts anderes waren als Hanswurst. Es ist unmöglich, daß man 5 Jahre mit solcher Geschlossenheit und Konsequenz eine Wirtschaftspolitik angreift, sie schlecht macht, das ganze deutsche Volk verhetzt, um dann in der entscheidenden Stunde sich selbst zu dem gleichen Prinzip zu bekennen. (Beifall.) Ich nehme also dieses Programm nicht ernst. Ich glaube, das deutsche Volk wird gut daran tun, sich auch entsprechend zu wappnen.

Was ist der äußere Gegensatz, der zwischen der Marktwirtschaft von links und unserer sozialen Marktwirtschaft bestehen soll? Die Sozialdemokraten werfen uns vor, wir seien monoman in unserem marktwirtschaftlichen Denken, obwohl ich der Meinung bin, daß es gerade die Konsequenz war, die uns die Früchte dieser Politik hat ernten lassen. Demgegenüber setzt die Sozialdemokratie die These: so viel Marktwirtschaft als möglich und so viel Planwirtschaft als nötig. Es ist die Frage: wer entscheidet das? Etwa die Tausende von Funktionären, die die SPD dauernd ausbildet und die am lüsternten sind, sich zu betätigen? Wir haben immerhin einige Anhaltspunkte, wieviel Planwirtschaft die SPD für notwendig hält. Ich zitiere ihre prominentesten Vertreter, wenn ich zum Beispiel auf Herrn Agartz verweise, der bei der Verlängerung des Bewirtschaftungsnotgesetzes Ende 1949 sagte, das wäre Scharlatanerie, wenn man es heute aus parteipolitischer Taktik so hinstellen wollte, als ob auch nur die allergeringste Chance bestehen sollte, bis Ende 1949 von der Zwangswirtschaft und der Rationierung loszukommen. Wir würden sie noch viel länger aufrechterhalten müssen. Herr Schöttle hat sich mit allen Mitteln gegen die Auflösung der Zwangswirtschaft und Rationierung gestemmt. Wenn diese von uns verfolgte Wirtschaftspolitik sich durchsetze, würde der Mangel zu einer permanenten und ewigen Erscheinung werden. Herr Kreisig sagte: die Preise werden um das drei- bis vierfache steigen und der deutsche Arbeiter wird sich dann vielleicht ein paar Socken, oder, wenn es hoch kommt, ein Hemd kaufen können. Aus einer solchen geistigen Haltung kann man ungefähr ablesen, wieviel die Sozialdemokratie an Planung und Planwirtschaft für nötig erachten würde, wenn ihre Marktwirtschaft von links zum Zuge käme.

Diese Zwitterpolitik, die hier getrieben wird, bedeutet eine wirtschaftspolitische Falschmünzerei. Ich kann nur hoffen,

daß das deutsche Volk auf dieses Gaukelspiel nicht hereinfallen wird. (Starker Beifall.)

Im übrigen scheint die Regie dort nicht ganz zu stimmen. Denn in dem gleichen Augenblick, wo der Wettbewerb und die freie Preisbildung verkündet wird, äußert der führende Politiker, Herr Ollenhauer: die Verteilung des Sozialprodukts über den Preis wäre die brutalste Methode der Rationierung.

Wenn das Sozialprodukt nicht über den Preis, über die Funktion des Geldes zur Verteilung kommen soll, dann gibt es nach Adam Riese nur eine Methode: den Bezugschein, die Verteilung über die Bürokratie. Es wäre also nützlich, wenn neben den vielen Schulungskursen der SPD die hohen Funktionäre einmal in die Geheimnisse der Marktwirtschaft eingeweiht würden. (Beifall im Hause.)

Wir lesen dann noch mehr über diese Marktwirtschaft von links. Da sagte zum Beispiel mein besonderer Freund und Gönner, Herr Professor Nöbling (Heiterkeit): Wir wollen die Hand am Stellwerk der Wirtschaft halten, um Blutdruck und Gangart dieses Wirtschaftsmechanismus in der Hand zu behalten.

Weil diese Politik zweifellos dahin führt, würde es sehr viel richtiger gewesen sein, wenn er gesagt hätte: Wir wollen die Hand an der Gurgel des wirtschaftenden Menschen halten, um ihm gerade so viel Luft zuzuführen, daß er in der abhängigen Stellung des Staates verbleiben muß. (Beifall.)

Was wir erreichen wollten und haben, ist die Befreiung des wirtschaftenden Menschen aus der Fron der Staatswirtschaft und die Befreiung von einer übermütigen Bürokratie. Ich glaube, wir können diesen Weg nicht weit genug gehen und ihn entsprechend verfolgen. Die SPD — um das Programm der Marktwirtschaft von links noch einmal zu beleuchten — ist der Auffassung, das Schwergewicht, das Rückgrat der Kapitalbildung und Investitionstätigkeit müßte beim Staat liegen. Sie sagen das in dem gleichen Augenblick, in dem sie sich mit halbem Herzen zum Eigentum bekennen. Nein, wer der Meinung ist, daß die Kapitalbildung eine Funktion des Staates sein müßte und daß selbst die Verwendung des dann noch schmalen Restes von privatem Kapital unter staatliche Kontrolle gestellt werden müßte, der löst den tieferen Inhalt des Eigentums eigentlich völlig auf. Wir haben gehört, daß das Eigentum kein geheiligter Begriff sei; man könnte es nicht so darstellen, meint die Sozialdemokratie, sondern müßte den Eigentumsbegriff „fortentwickeln“. Das ist ein neuer technischer Ausdruck für Diebstahl. (Große Heiterkeit.) Wenn ich in Zukunft jemand etwas aus der Tasche ziehe, dann werde ich sagen: ich habe es Ihnen fortentwickelt! (Beifall und Heiterkeit.)

Um den Widerspruch dann noch voll zu machen, wendet sich heute die Sozialdemokratie ganz bewußt an den deutschen Mittelstand. Das ist kein Zufall. Während wir uns bemüht haben, den deutschen Arbeiter aus einem materiellen Proletariatsdasein immer mehr herauszuheben, ihm selbst auch den Wert der Persönlichkeit, seine Leistung und Würde zurückzugeben, in dem Augenblick also, wo der materielle Lebensstand es nicht mehr begünstigt, Proletariat zu züchten und proletarischen Geist aufrecht zu erhalten, wendet sich die Sozialdemokratie an den Mittelstand, ganz offenkundig deshalb, weil berechnete oder nicht berechnete Klagen oder Wünsche von dieser Seite vorgebracht werden. Weil Proletariatsdasein nicht mehr materiell begründet werden kann, sondern aus der geistigen Sphäre heraus nur noch eine Lebensmöglichkeit haben könnte, deshalb glaubt die Sozialdemokratie im Mittelstand die Grundlage zu finden für eine Proletarisierung des Geistes dieser Schichten.

Hier liegt ein Phänomen vor, das durchaus ernst zu nehmen ist. Wir sind seit 30 Jahren etwa — nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen demokratischen Welt — in eine Entwicklung hineingeraten, in der der einzelne Mensch besorgt sein muß, ob es durch eigene Arbeit möglich sein könnte, noch das eigene Dasein zu gestalten, um die Zukunft und das Alter zu sichern. Wir erlebten das selbst aus Kreisen, die vor 20 Jahren noch es als eine persönliche Beleidigung empfunden hätten, wenn man ihnen hätte zumuten wollen, der Staat oder irgendeine kollektive Einrichtung möchte die Sicherung des Lebens übernehmen. Immer wieder werden Gedanken dieser Art laut: Wie können wir es sichern und gewährleisten, daß wir trotz unserer ehrlichen Arbeit und aller Anstrengungen für unsere Zukunft und unser Alter ein Mindestmaß an Sicherheit erhalten.

Ich glaube, die Ursache liegt darin, daß in einer langfristigen Entwicklung, die etwa mit dem ersten Weltkrieg eingesetzt hat, der Staat in immer weitere Bereiche des privaten Lebens eingedrungen ist, und zwar immer unter sozialen Vorzeichen und Begründungen, er hätte öffentliche Aufgaben zu erfüllen, um der Wohlfahrt willen müßte er so handeln. Ich habe persönlich nicht den Eindruck, daß in dem gleichen Ausmaß, als die öffentlichen Haushalte in aller Welt sich aufgebläht haben, das Gefühl der persönlichen Sicherheit und Beruhigung gewachsen ist, sondern ein umgekehrter Prozeß hat eingesetzt. Je mehr sich der Staat um den einzelnen Menschen, das private Schicksal und Leben gekümmert hat — ich spreche damit gewiß nicht von den unbedingt notwendigen Sozialleistungen, die ich ebenso bejahe wie Herr Albers und Herr Storch —, desto schlechter hat es sich für ihn gezeigt. Hier müssen wir wieder zurückgehen, auch um der sozialen Konsequenzen willen. Wenn etwa der Freiberufliche nicht mehr in der Lage ist, für sich selbst zu sorgen, wenn der Gewerbetreibende — ob Händler, Handwerker oder Industrieller — nicht mehr aus seiner eigenen Leistung die volkswirtschaftlichen Funktionen erfüllen soll und kann, die er erfüllen müßte, wenn er bei allen Anliegen zur Steigerung der Produktivität oder menschlich und individuell gesprochen zur Sicherung seiner Zukunft den Staat braucht, in dem Augenblick muß er notwendig wieder vom Staatsbürger zum Untertan werden und gerät damit wieder in die Abhängigkeit des Staates. (Beifall.)

Warum bemühen wir uns denn so, in der Expansion zu bleiben, das Sozialprodukt auszudehnen und das Volkseinkommen zu erhöhen? Weil nur aus der höheren produktiven Leistung, aus der besseren Ergiebigkeit unserer Arbeit das gewonnen werden kann, was hinreicht, um dem Staat gewährleisten. Nach meiner Auffassung würde die beste Staatspolitik die die Erfüllung seiner legitimen Aufgabe, die Sicherung der Währung, sein: Wenn wir über die weitere Ausdehnung unserer Volkswirtschaft immer weitere Kreise in den Produktionsprozeß einbeziehen, sie dort arbeiten lassen mit einem ausreichenden würdigen Einkommen, den Staat also auf der Ausgabenseite zu entlasten und über das größere Volumen der Volkswirtschaft dann auch auf organischem Wege zu einer Senkung zu gelangen.

Heute ist der Staat an der Kapitalinvestition der Volkswirtschaft mit 42 % beteiligt. Unsere Investitionsrate in Deutschland ist so hoch wie in den anderen modernen Industriestaaten. Es wird also investiert, weil das so sein muß, und die Sicherung der Arbeitsplätze unsere wichtigste und vornehmste Aufgabe sein muß. Aber warum müssen 42 % über die öffentlichen Haushalte gehen? Warum der Staat so viel Kapital bilden? Ich bin der Meinung, daß in der Investition privatwirtschaftlicher Art der Staat grundsätzlich nichts zu suchen hat. (Sehr richtig und Beifall.)

Der Staat hat auch seine Investitionsausgaben, wie die Erstellung von Schulen, Instandhaltung von Verkehrswegen und dergleichen mehr. Dar-

über ist kein Wort zu verlieren. Aber es ist etwas nicht in Ordnung, wenn der einzelne Staatsbürger, der seine Steuern entrichtet, dann nicht mehr in der Lage ist, sein eigenes Unternehmen, für das er der Volkswirtschaft verbürgt und verpflichtet ist, nur dann aufrechtzuerhalten, wenn er staatliche Hilfe erhält. (Sehr richtig.)

Es ist ein grotesker Widerspruch — ich spreche ganz bewußt die Kreise des Mittelstandes an —, wenn sie auf der einen Seite nach immer mehr staatlicher Hilfe und Unterstützung verlangen, auf der anderen Seite sich über überhöhte Steuern beklagen. (Beifall.)

Was wir in unserem öffentlichen Leben brauchen, das ist nicht mehr Staat, sondern das ist weniger Staat! (Beifall.) Hölderlin sagte einmal: Die haben den Staat zur Hölle werden lassen, die ihn zu ihrem Himmel machen wollten.“ Ich glaube, darin liegt ein sehr wahres Wort. Rufen Sie also nicht nach mehr staatlicher Hilfe, sondern begnügen Sie sich mit wenig staatlicher Hilfe. Damit wird die Möglichkeit eröffnet, den Staat aus den illegalen Bereichen seiner Betätigung wieder zurückzudrängen, um ihm dann auf Grund der eigenen Leistung die breiteren und besseren Lebensmöglichkeiten zu eröffnen. Es ist unwürdig, wenn der Staatsbürger sein Dasein nur dann fristen kann, wenn der Staat entweder für sein Alter sorgt, oder wenn der Gewerbetreibende staatliche Unterstützungen fordert, die der Staat ihm ja nicht geben kann, weil ihm diese Mittel nicht irgendwo vom Himmel herunterfallen. Der Staat kann sie nur geben, wenn er sie vorher dem Staatsbürger abgenommen hat.

So wird dem Staatsbürger eigentlich zuviel genommen. Es ist nicht richtig, wenn er sich nachher verschulden muß für das, was ihm eigentlich nach Recht und Moral zusteht. Das ist jener verhängnisvolle Weg, auf den die ganze Welt in den letzten 35 Jahren mehr oder weniger gekommen ist. So wie wir in der Wirtschaftspolitik das Steuer um 180 Grad herumrissen, so müssen wir, glaube ich, auch in dieser Beziehung eine entscheidende Wendung vollziehen. (Beifall.) Der Boden für unser Denken, unsere Haltung und unser Fühlen wird um so besser bereitet sein, je mehr wir wieder dem einzelnen Menschen zu seiner Würde, zum Werte seiner Persönlichkeit und seiner freien Entfaltung verhelfen.

Wir haben uns bemüht, diese Freiheit auch über die Grenzen unserer eigenen Volkswirtschaft und des Staates hinauszutragen. Wir haben die gleichen Prinzipien, die wir in der inneren Wirtschaft durchführten, auch in der Außenwirtschaft anzuwenden versucht. Es ist schon zum Ausdruck gekommen, als mein Freund Etzel hier von der Liberalisierung sprach. Aber wir werden hier nicht zum Erfolg kommen — es ist ein ernstes Anliegen auch dieses Parteitages — wenn wir nicht die Verkrampfung und Verkrüstung im zwischenstaatlichen Verkehr der Volkswirtschaft und die persönlichen Beziehungen der Menschen über die Grenzen hinaus auflösen.

Die Devisenzwangswirtschaft ist im Kriege entstanden aus der Entartung des Denkens und Handelns, der einzelnen Menschen und der Staaten untereinander. Daß im Krieg Unordnung herrschen muß — je brutaler der Krieg, desto stärker wirkt er sich aus —, bedarf, glaube ich, keiner Begründung. Um so wichtiger und notwendiger aber ist es in dem Augenblick, wo wir wieder die Volkswirtschaft den sozialen Zwecken des Volkes zuwenden, daß wir dann wieder gesunde wirtschaftliche Prinzipien zur Anwendung bringen. Heute ist der zwischenstaatliche Güter- und Leistungsaustausch völlig gestört. Es gibt eigentlich in der Volkswirtschaft, soweit sie mit anderen in Verbindung steht, auf den Weltmärkten heute keinen Preis mehr. Der Preis ist zu einer nichtsagenden Größe geworden und ein Gestrüpp von handelspolitischen Maßnahmen wird da aufgebaut, um im Endergebnis wenigstens noch so etwas

wie einen Äquivalenzttausch bewerkstelligen zu können. Wir sind so furchtbar stolz auf die modernen Errungenschaften. Sehr viel weiter sind wir auch nicht gekommen. Wir tauschen heute Kontingente und Lizenzen miteinander aus, und über falsche Währungen müssen Manipulationen der verschiedensten Art durchgeführt werden, um wenigstens noch das Gefühl der Sicherheit den einzelnen zu geben, daß nicht wirklich betrügerische Manipulationen die zwischenstaatlichen Beziehungen vergiften. Deshalb ist nichts notwendiger, als daß wir die Devisenzwangswirtschaft überwinden und zu einer freien Konvertierbarkeit der Währungen gelangen. (Beifall.)

Warum ist das so schwer? Warum können wir das Ziel so schlecht erreichen? Nur darum, weil die einzelnen Volkswirtschaften in Europa allenthalben noch in Unordnung sind, weil sie durch sozialistische Wirtschaftsideale völlig entartet und verzerrt worden sind. Im Krieg schien es so, als ob man jedem Unfug treiben könnte. Denn durch die völlige Reaktionsunfähigkeit, die Ausschaltung des Preises, die Erstarrung der Wechselkurse, durch die Beseitigung des wirtschaftlichen Gleichgewichts war Tür und Tor offen für alle Scharlatane und Gaukler, die sich auf diesem Felde betätigen wollten. (Sehr richtig!)

Wir haben uns in Deutschland bemüht, zu guter Ordnung zurückzukehren. Andere haben noch nicht den Mut oder vielleicht die Kraft gefunden, dasselbe zu tun. Ihre Volkswirtschaften sind noch nicht erstarkt. Die Grundlage zu einer größeren Freizügigkeit im weltweiten Denken und Handeln erfordert zunächst einmal die Einkehr bei sich selbst, die Herstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Stabilität innerhalb der eigenen Nationalwirtschaft.

Solange aber noch sozialistisches Denken irgendwo in Spuren in den Volkswirtschaften auch nur noch übrig bleibt, solange kommen wir nicht zu einem Europa. Der Sozialismus und die sozialistische Wirtschaftsdeologie sind der Schaffung größerer Wirtschaftsräume, der friedlichen Zusammenarbeit der Menschen untereinander geradezu feindlich. Wir haben diese spitzen Widersprüche in der sozialistischen Doktrin immer wieder erlebt. Früher haben sie den Staat gelehrt und in einer anarchistischen Gesinnung die klassenlose Gesellschaft verwirklichen wollen. In dem Augenblick, wo sie selbst die Verantwortung zu tragen hatten und ihre Wirtschaftsdeologien in die Tat umsetzen wollten und gescheitert sind, in dem Augenblick mußten sie sich von der übrigen Welt abkapseln. Sie mußten im Egoismus und Protektionismus dafür sorgen, daß der Unfug, den sie in der inneren Wirtschaft angestellt hatten, nicht von von außen her allzu sichtbar demonstriert wird. (Dr. Wuermeling: Ausgezeichnet!)

Deshalb können wir über die engeren Grenzen hinaus zu größeren Gemeinschaften nur dann finden, wenn wir das sozialistische Denken nicht nur im eigenen Raum, sondern auch in der übrigen Welt überwinden. Ich bin wahrhaft glücklich, daß es nach meiner festen Überzeugung heute keine Frage sein wird, wie dieses künftige Europa einmal beschaffen sein wird. Würde sozialistische Wirtschaftspolitik in Geltung bleiben, dann könnte dieses künftige Europa nur ein zentralistischer Überstaat werden, der mit dirigistischer Gewalt über die einzelnen Nationalwirtschaften wieder hineinregiert in die einzelnen menschlichen Schicksale und Unternehmungen. Davor behüte uns der Himmel! Daher ist es auch ein so ernstes Anliegen von mir, daß in dem Weg zur politischen Formung Europas Schritt gehalten werden muß mit der Schaffung der wirtschaftlichen Entsprechungen. Sonst könnte es im schlimmsten und tragischsten Falle dahin kommen, daß 150 Millionen freie Menschen in Europa von dem Ideal eines freien Zusammenschlusses, einer freien Gemeinschaft beseelt sein werden und daß aus der Unzulänglichkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse

zum Schluß doch nichts anderes herauskommen könnte als eine europäische Zwangswirtschaft. Das ist unsere Verpflichtung; sie ist außerordentlich ernst!

Wir ringen im Augenblick um die Realisierung der Verträge, die Europa schaffen soll. Sie kennen die Haltung der SPD, sie ist sehr einfach. Sie sagt zu allem nein, also sagt sie auch zu den Verträgen nein. Dann soll aber auch einmal der deutsche Arbeiter wissen, was das in letzter Konsequenz für uns bedeuten würde, „nein“ zu sagen. Wenn Deutschland in dem politischen Zwielicht bliebe und die übrige freie Welt nicht sicher wäre, ob wir vorbehaltlos und mit freiem Herzen uns zur freien Welt bekennen, in dem Augenblick könnte die Wirtschaft der Bundesrepublik nicht mehr auf dieser Grundlage weiter handeln, geschweige denn ausgedehnt werden. Wir haben ein Leben nur in engster Verbindung mit der übrigen Welt. Heute industrialisiert und technisiert sich die übrige Welt — ein Prozeß, der überall wahrnehmbar ist — und daraus erwachsen unserer Produktions- und Investitionsgüterindustrie besondere Chancen. Sie würde sofort in sich zusammenfallen, wenn draußen in der Welt der Eindruck entstehen würde: Was ist da über Deutschland für ein diffuses Licht; sind die denn wirklich bereit, zu uns zu stehen?

Dann würden wir zweifellos unserer Absatzchancen verlustig gehen. Wer die Erstausrüstung besorgt, bleibt auch im Geschäft für die Zukunft. Auf der anderen Seite: wie sollten wir in dem Ringen um die Rohstoffe der Welt auf lange Sicht die Sicherung erhalten, wenn wir wieder im Zwielicht stehen würden gegenüber der freien Welt. Das könnte sich in einem Schrumpfungsprozeß unserer Volkswirtschaft auswirken, begleitet von zunehmender Arbeitslosigkeit. Darum muß dem deutschen Arbeiter gesagt werden: Die Haltung der Sozialdemokratie ist in höchstem Maße geeignet, eure Tätigkeit für die Zukunft aufs ernsteste zu gefährden! Das müßten ja gerade die Menschen in Bremen und Hamburg wissen, wo die Verbindung mit der übrigen Welt an jedem Tag sichtbar wird. (Beifall.)

Aber das politische Leben der SPD ist schablonisiert. Unser Fraktionsvorsitzender von Brentano sagte gestern etwas von den 93 Abstimmungen, die alle bei der SPD völlig einheitlich gelaute haben. Auch das gehört zur Demokratie, daß die Freiheit der Entschließung des einzelnen gewahrt bleibt. Sonst braucht man ja keinen Abgeordneten zu wählen, keine Menschen und keine Persönlichkeiten, sondern dann genügt es, wenn man von dem Posten soundsovieler Klischeeabzüge anfertigt. Sie tun den gleichen Dienst. (Beifall.) Wir haben schon einmal erlebt, wie man in den Kollektivismus und den totalitären Staat hineingeraten kann. Das ist der andere Weg. Den wollen wir nicht gehen.

Ich darf nochmals zusammenfassen: Wo liegt denn eigentlich die Rettung? Wie kommen wir zu der notwendigen Befreiung des einzelnen Staatsbürgers auch auf materiellem Gebiet? — im Geistigen haben wir den Durchbruch vollbracht — damit er sein Leben und seine Zukunft selbst gestalten kann, das heißt in dem weiteren wirtschaftlichen Fortschritt, in der Expansion. Darüber brauche ich nichts weiter zu sagen; das ist deutlich geworden. Aber auch hier ist die Haltung der SPD interessant. Als ich zum Beispiel sagte, man müsse breitere Schichten an den gehobenen Konsum heranzuführen, da wurde von der Presse der SPD gesagt: wo lebt der Mann eigentlich? Dann ist ausgeführt worden, wie hoch die Einkommen der ärmsten Schichten unseres Volkes sind mit der Fragestellung: wie sollten sich diese Leute etwa ein Auto, einen Kühlschrank oder eine Waschmaschine oder andere schöne Dinge leisten können? Ich glaube, diese Betrachtung ist so dumm wie nur irgend möglich. Das ist selbstverständlich: Die ersten Autos, die in der Welt produziert worden sind, sind nicht von Sozialrentnern gefahren worden, sondern von besser situierten Menschen. Aber wenn nicht der Anfang gemacht wird und sich der Fortschritt entzünden kann, nicht die Wohlfahrt langsam anwachsen

kann und das, was heute Luxus ist, morgen bereits breiter zerstreutes Gebrauchsgut und übermorgen zur allgemeinen Lebenshaltung aller gehört, wenn wir darauf verzichten, wenn jeder, der den Kopf etwas höher über die Decke streckt, sofort wieder untergetaucht wird, wenn wir in einer öden Gleichmacherei und in der Vermassung das Ideal erblicken, dann werden wir alle nur in der Armut untergehen. (Beifall.) Dann leben wir zwar in einer Harmonie so wie von 1945 bis 1948, aber in der Harmonie der allgemeinen Verelendung. Das ist das schlimmste, was es geben kann. Darum ist es so gefährlich, wenn so viele Menschen, die in Deutschland am Werk sind, es immer wieder wagen, neue Neidkomplexe zu wecken und das deutsche Volk von einer Lebensangst in die andere zu jagen. Ein Volk, das nicht den Mut hat zur Wohlfahrt und zu einem bescheiden hohen Stand, ein solches Volk wird auch nicht die Kraft entwickeln zur Arbeit, die notwendig ist.

Sehen Sie, die Leute, die Autos und Kühlschränke produzieren, produzieren ja nicht nur diese Güter, sondern auch gleichzeitig Einkommen. Wenn wir auf diesen Konsum verzichten, dann verzichten wir auch auf die Einkommen, die aus unserer Arbeit entstehen. Die ganze Geschichte der Zivilisation ist ein einziger Beweis dafür, daß man nur auf solchen Wege weiterkommen kann. Warum hat dann Amerika einen so unwahrscheinlich hohen Lebensstandard? Doch nicht, weil dort besonderes Klima herrscht, sondern weil die Leute die richtige Wirtschaftspolitik treiben. Warum kann Amerika soviel zur Verteidigung der freien Welt tun? Nicht, weil es einen hohen Lebensstandard hat. Wenn wir auch das Ziel haben, den Lebensstandard des deutschen Volkes zu verbessern, dann deshalb, um das deutsche Volk hochzuziehen in seinen Lebensmöglichkeiten, zugleich aber auch, um uns als Land und Staat in die Lage zu versetzen, die Dienste und die Leistungen zur Verteidigung der freien Welt zu geben, ohne die unser Dasein so sehr gefährdet sein müßte.

Deshalb lassen wir uns nicht irre machen. Hoffentlich läßt sich das deutsche Volk auch nicht blenden von den Verlockungen dieses Zwielichtes, der Marktwirtschaft von links. Unsere Marktwirtschaft ist etwas ganz anderes. Aber wir haben es nicht notwendig, mit Phrasen und Verlockungen vor das deutsche Volk zu treten, sondern wir sind in der angenehmen Lage, den Beweis anzutreten für das, was die Marktwirtschaft vermag. Deshalb werden wir auch zu kämpfen wissen. Ich werde den Herrschaften keine Antwort schuldig bleiben. Das kann ich versichern. (Starker, langanhaltender Beifall.)

Präsident Johnen:

Ich hoffe, Sie alle sind vom gleichen Geiste erfüllt. Wir werden also kämpfen und siegen! (Erneuter, anhaltender Beifall.)

Dr. Heyn, Hamburg:

Ich habe hier eine Entschließung des Landesvorstandes Hamburg zu begründen. Da kann man es natürlich nicht ganz kurz machen. Diese Entschließung des Landesvorstandes Hamburg wäre ja nicht notwendig gewesen, wenn wir auf die Eingabe des Landesvorstandes Hamburg vom 4. Dezember an die Parteileitung irgendeine Antwort bekommen hätten. (Hört-Hört-Rufe.)

Da ich die Aufgabe habe, eine etwas rückblickende Kritik mit wenigen Worten zu begründen, möchte ich zunächst einmal einem Kritiker das Wort geben, Professor Preller; der über unseren Bundesarbeitsminister Storch urteilte. Er appelliert an den christlichen Gewerkschaftler Storch, er hätte sich zum Vorkämpfer sozialpolitischen Fortschritts machen können. Wie anders haben sich christliche Gewerkschaftler, wie Dr. Heinrich Brauns und Adam Stegerwald verhalten, die beide gerade in rechtsgerichteten Koalitionen in der Weimarer Zeit für den damaligen sozialpolitischen

Fortschritt sorgten, indem sie sich auf die Gewerkschaften, auch auf die freien Gewerkschaften, stützten.

Ich habe mir sagen lassen, daß in dem Zimmer des Herrn Ministers die Bilder von Brauns und Stegerwald hängen. Vor diesen Bildern braucht dieser Mann, das haben wir ihm heute bekundet, nicht zu erröten. Ich habe als aktiver Politiker vor dem zweiten Weltkrieg die damaligen Verhältnisse zur Zeit Brauns und Stegerwalds verfolgt. Vor den Aufgaben, die wir nach dem zweiten Weltkrieg hatten, sind sie bewahrt worden. Wenn ich das sage, dann wird Herr Minister Storch auch wissen — er betrachtet mich, glaube ich, als armen theoretischen Narren, den man auch hinnehmen muß —, daß ich auch eine gewisse Kritik geübt habe an der Politik, die seit dem Zusammenbruch durchgeführt wurde und zwar an der allgemeinen Rentenzulage. Ich betonte der „allgemeinen“.

Im Bundestag scheint man nicht die Worte von Minister Storch zu verstehen, wenn er von einem versicherungstechnischen Defizit — er sagt es zwar nicht direkt, aber es haben andere gesagt — von 50 Milliarden DM spricht und seine Mitarbeiter sagen, dann müßten die Beiträge in 2 Jahren um 50 % erhöht werden. Es geht der Wettlauf, der zum Wahlkampf immer stärker und schärfer wird, immer weiter. Man hört nur: Rentenzulagen, Rentenzulagen usw.

Der Clou des ganzen ist der Sozialplan. Er verdeutlicht das, was Minister Erhard gesagt hat. Man geht nicht nur mit einem Wirtschaftsplan mit Linksdrall vor, sondern Professor Preller hat gesagt: Auf in den Wahlkampf mit dem Sozialplan der SPD. Ich habe die Aufgabe, in einigen Tagen im Landesausschuß Hamburg zu referieren über den Sozialplan, da manche unserer Freunde nicht so auf Abwehr gewappnet sind. Ich darf das ausführen, was ich am Freitag in einem Leitartikel im „Hamburger Anzeiger“ gesagt habe: Sozialplan gegen soziale Marktwirtschaft. Es dürfte vielleicht Herrn Professor Erhard interessieren, daß nicht nur vom Wirtschaftsplan Gefahren für eine soziale Marktpolitik drohen, sondern gerade von dieser Seite. Professor Preller sagt, daß die fortschrittliche sozialistische Sozialpolitik im Zusammenhang mit einer Wirtschafts- und Kapitallenkungs politik und einer sozialistischen Wirtschafts- und Finanzpolitik stehen. Es wird hier die Sozialpolitik mißbraucht, um das, was man wirtschaftspolitisch nicht mit seinen Plänen erreichen kann, auf diesem Umwege zu erreichen. Man sagt zwar, man wolle keine Einzelversicherung schaffen, ebenso keine Staatsbürgerversorgung. Es hat sich ja inzwischen herumgesprochen, was damit los ist. Gestern ist gesagt worden, daß die Lebensmittellkarten in der Ostzone den Kapitalisten entzogen würden. Ich habe eine Pressenotiz gelesen, daß alle Rentenempfänger der Sowjetzone, die arbeitsfähige Kinder oder Enkel haben, vom 1. Mai an keine Unterstützung mehr erhalten. Sie sind im Lebensunterhalt demnächst ganz auf den Unterhalt durch ihre Angehörigen angewiesen.

Das ist Einheitsversicherung, Staatsbürgerversorgung, die zwangsläufig dahin führen wird, daß der Rechtsanspruch auf die Leistungen aufgegeben wird. Da sage ich folgendes zu den Zulagen: Gesund gemacht haben sich an den Zulagen die Länder. Minister Albrecht, der christliche Interpret des Sozialplanes, hat den Ministern der Bundesregierung den Vorwurf gemacht, sie verabschiedeten nicht das vom Bundestag beschlossene Gesetz über die Grundbetragserhöhung, um damit den Nachweis zu führen, daß sie doch noch 42 % Anteil von den Ländern hätten. Ich bin dem Minister Albrecht, der das in der „Welt am Sonntag“ geschrieben hatte, in der nächsten Woche entgegengetreten und habe gesagt, er solle sich an seine eigene Brust schlagen. Denn den Ärmsten der Armen, nämlich jenen, die kleine Sozialversicherungsrenten haben und deshalb zusätzlich Wohlfahrtsunterstützung bekommen, ziehen die Länder quetschvergnügt die Zulagen ab. Dr. von Brentano hat erwähnt, es sei gesagt worden, in unserer Politik

würden die Armen ärmer und die Reichen würden reicher. In mancher Hinsicht stimmt es insofern, als die Ärmsten nicht wohlhabender geworden sind, weil die Länder sich an der Verminderung der Wohlfahrtslasten bereichert haben und Abstriche durchführten. Ich bescheinige dem letzten Gesetz — dem Grundbetragserhöhungsgesetz — daß es wenigstens diese Fehler nicht mehr macht und keine Anrechenbarkeit der Wohlfahrtsunterstützung vornimmt.

Senator Neuenkirch hat auch inzwischen der Bundesregierung mitgeteilt, daß Hamburg in den verschiedensten Sektoren Abzüge auf Grund der Erhöhungen der Renten um die kleinen Beträge von 5, 4 und 2 DM gemacht hat, die dem Bund aber 300 Millionen DM neu ausmachen.

Das ist das, was uns immer bei unserer Arbeit in Hamburg bewegt hat. Wir haben hier, glaube ich, in unserem Landesverband als einzige einen Versicherungsausschuß. Er erfreut sich der Mitarbeit des bedeutendsten Versicherungswissenschaftlers Deutschlands, der internationalen Ruf hat, Professor Möller. Wir sind in unserem Landesverband in Erkenntnisse vorgedrungen, konnten sie aber nicht bei der Zusammenarbeit mit der Bundesleitung verwerten.

Ich habe mit Freude das Referat von Herrn Albers gehört. Er ist mir in unvergeßlicher Erinnerung aus der Tagung, die am 17. September 1947 in Köln stattfand, wo wir über die Sozialversicherungsleitsätze der CDU beraten haben. An der ganzen Tagung nahm von morgens bis abends der Herr Bundeskanzler teil. Aber als ich in Siegen dem Herrn Bundeskanzler vorgestellt wurde — er hatte mich vor 5 Jahren zuletzt gesehen — sagte ich: ja, ich bin zwar ein begeisterter Anhänger Ihrer Außenpolitik, Herr Bundeskanzler, als früherer Stresemann-Anhänger — ich bekenne mich noch heute zu ihm —, aber die Leitsätze, die damals beschlossen wurden, würden nicht so ganz gehalten und niemals auf irgendeinem Parteitag erwähnt.

Ich glaube, ich habe genug an Einzelkritik ausgeführt. Es könnte noch viel vorgetragen werden. Ich möchte nur warnen, in der Entschlie ßung über die Sozialversicherung zu sehr auf die Einzelheiten einzugehen. Ich vermisse einen absoluten aktiven Vorstoß gegen den Sozialplan der SPD, da mit diesem ganz andere Ziele verfolgt werden. Daß diese aber nicht allein wirtschaftspolitisch sind, das darf ich Ihnen mit einigen Sätzen aus dem Sonntagsblatt des Landesbischofs Lilje belegen. „Die Sozialversicherung“, so heißt es hier — das gilt für das, was Herr Minister Erhard gesagt hat, ohne daß hier Einzelkritik geübt worden ist — „ist auf dem besten Wege, ein Feind der Eigenverantwortung und der Initiative des einzelnen zu werden, je mehr sie sich zur Einheits- und Pflichtversicherung entwickelt. Wer die Sicherheit seiner Existenz einer staatlichen Einheit anvertraut, unterwirft sich der allmächtigen Bürokratie. Der totale Staat kehrt so über den Weg des Krankenscheins zu ihm zurück.“

Ich glaube, diese Begründung dürfte genügen, um Ihnen hier mit Zustimmung des Herrn Präsidenten die Entschlie ßung des Landesvorstandes Hamburg vorzulesen, die eine rein interne Entschlie ßung ist, gewisse Folgerungen in bezug auf die Notwendigkeit einer echten und besseren Zusammenarbeit schaffen soll und nicht irgendwie weiter für die Öffentlichkeit bestimmt ist:

„Der Landesvorstand Hamburg der Christlich Demokratischen Union lenkt besonders nachdrücklich die Aufmerksamkeit des Bundesparteitages auf den von der SPD herausgegebenen Sozialplan, der im diametralen Gegensatz zu der von der Bundesregierung so erfolgreich durchgeführten sozialen Marktwirtschaft steht. Unsere Partei hat sich in Übereinstimmung mit den anderen Parteien der Regierungskoalition schon in der Bundestagssitzung vom 21. Februar 1952 mit erfreulicher Deutlichkeit gegen die — nunmehr auch im Sozialplan zutage getretenen —

Absichten der SPD auf Umwandlung der in zwei Weltkriegen hervorragend bewährten deutschen Sozialversicherung in eine allgemeine Staatsbürgerversorgung und einen allgemeinen Gesundheitsdienst ausgesprochen. Das ist aus der Erkenntnis geschehen, daß unsere Sozialversicherung als Versicherung mit Rechtsanspruch vernichtet werden würde, wenn die Unterschiede zwischen Versicherung, Versorgung und Fürsorge beseitigt werden unter Ausweitung des Versorgungszwanges auf das ganze Volk."

Das ist die einzige vorsichtige Kritik:

„Leider scheinen uns aber in dem vom Bundestag verabschiedeten Sozialversicherungsgesetz wie schon im Sozialversicherungs-Anpassungsgesetz des früheren Wirtschaftsrats nicht diese konstruktiven Gedanken enthalten zu sein. Wir bitten deshalb, zur Klarstellung der von unserer Partei im neuen Bundestag zu vertretenden Sozialversicherungspolitik den Bundesparteitag folgenden Beschluß zu fassen:

- a) Es ist unverzüglich ein Ausschuß aus den in der CDU in Frage kommenden sachverständigen Persönlichkeiten zu bilden, die außer von der Bundesparteileitung von den Landesverbänden zu nominieren sind.
- b) Bei der Auswahl der Sachverständigen sollen neben den Sozialpolitikern auch die Wirtschafts- und Finanzpolitiker unserer Partei berücksichtigt werden, da der Verlauf der Gesetzgebung gezeigt hat, daß durch die Vorgänge auf dem Gebiete der Sozialversicherung auch die Wirtschafts- und Finanzpolitik des Bundes ganz erheblich berührt werden."

Ich danke Ihnen und dem Herrn Vorsitzenden, daß Sie mir zugehört haben.

Präsident Johnen:

erteilt das Wort dem Vorsitzenden des Sozialpolitischen Ausschusses

Heinrich Lünendonk:

Nachdem unser Freund Albers als der prononcierte Vertreter der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft heute morgen grundsätzliche Ausführungen über unsere Sozialpolitik gemacht hat, gestatten Sie mir, daß ich in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bundesausschusses für Sozialpolitik noch einige Gesichtspunkte hinzufüge.

Über die Arbeit, die wir zu leisten haben, haben wir im Bundesausschuß das Wort gesetzt: Zwischen dem Ideal und der Wirklichkeit, zwischen dem Ziel und den Möglichkeiten muß der Politiker sich mühsam einen Weg suchen. Entscheidend ist, den richtigen Weg zu finden und zu gehen.

Der Sozialplan der SPD hat die Gemüter vor einiger Zeit sehr aufgerüttelt. Es war meine vornehmste Aufgabe, nicht nur schlagwortartig, sondern in minutiöser Arbeitsweise mich mit diesem Sozialplan der SPD zu befassen und Herrn Professor Preller, als dem Vorsitzenden des Sozialpolitischen Ausschusses der SPD, dazu meine Meinung zu sagen. Bei näherem Zusehen handelt es sich bei dem Sozialplan der SPD um einen Rohentwurf; das muß hier einmal eindeutig und klar ausgesprochen werden. Und wenn ich jetzt sage, daß der Sozialplan der SPD lediglich einen Grundriß darstellt, auf dem man evtl. einmal ein Gebäude errichten kann, so gebe ich damit lediglich das wieder, was Herr Prof. Preller am 23. und 24. Januar ds. Js. auf der Tagung des Sozialpolitischen Ausschusses der SPD in Hannover zum Ausdruck brachte. (Hört-Hört).

Wörtlich sagte er dann folgendes: „Wir stehen nicht an, zu erklären, daß wir dann, wenn wir die Regierungsmöglichkeit zur Verwirklichung unserer Vorstellungen haben, diese unsere Vorarbeit zunächst noch einem Kreis von Sachverständigen und Vertretern der Beteiligten zur Überprüfung und

Vertiefung übergeben werden. (Dr. Zimmer: Das war sehr klug.) Es entspricht der Methode von Karl Marx, gesellschaftliche und politische Fragen wissenschaftlich zu durchleuchten."

Ich habe Professor Preller mitgeteilt, daß ich den Sozialplan der SPD auch nicht anders beurteilt hätte. Ich sei nur der Meinung, daß der Marxismus, insbesondere der wissenschaftliche, durch die Wissenschaft selbst und durch die Tatsachen des Lebens widerlegt ist. (Beifall.) Ich darf Ihnen weiter mitteilen, daß ich die Ehre hatte, im Januar etwa 3 Wochen an einer deutsch-englischen Konferenz in London teilzunehmen über das soziale Sicherungssystem in England. Auch Professor Preller hat an dieser Konferenz teilgenommen. Das Ergebnis wird in einem offenen Briefwechsel zwischen Herrn Preller und mir im „Sozialen Fortschritt" veröffentlicht. Ich habe Herrn Preller schon damals gesagt, daß ich den Eindruck habe, daß die Originalität des Sozialplans der SPD zu wünschen übrig lasse, da eine gewisse Analogie mit dem englischen System vorliege. Professor Preller ist nun auch der Überzeugung — das hat er ausdrücklich zum Ausdruck gebracht —, daß das englische soziale Sicherungssystem, das aber in gewissen Nuancen in seinem Plan wiederkehrt, auf die deutschen Verhältnisse nicht übertragbar ist. Insofern besteht also ein Widerspruch.

Wir können ja schließlich auch nicht übersehen, daß wir in Deutschland schon allerlei haben. Es ist nicht so, als wenn nichts vorhanden wäre. Wir haben eine Sozialversicherung. Wir können die Vielgestaltigkeit des Lebens nicht einfach durch eine uniformierte und legalisierte Sozialordnung ersetzen, so wie man aus einem Garten, wo sehr Vieles und Gutes wächst, eine Apfelsinenplantage macht, die eben bei uns nicht wächst.

Weiter möchte ich zum Ausdruck bringen, daß in der heutigen Situation kein Mensch da ist, der behaupten könnte, daß sich in 100 Jahren die wirtschafts- und sozialpolitischen Verhältnisse nicht entscheidend gewandelt hätten. Die Wandlung ist nicht — das muß ganz klar und eindeutig ausgesprochen werden — so, daß alle berechtigten Forderungen der Arbeitnehmerschaft erfüllt sind. Aber ebenso deutlich muß ausgesprochen werden, daß unbestreitbar die Lage des Arbeiters von heute nicht mehr verglichen werden kann mit seiner Lage vor rund 100 Jahren. Wenn man heute auf die Frage antworten soll, wem es in unserem Volke am schlechtesten ginge, dann könnte man nicht die Antwort geben, daß ausschließlich die Arbeitnehmerschaft es sei. Sicher gibt es noch zahlreiche Arbeitnehmer, denen es wirtschaftlich sehr schlecht geht. Wer aber auf der Suche nach dem untersten Stand in unserem Volke ist, der muß zu der Erkenntnis kommen, daß sich der Arbeiter als Stand nicht mehr auf der untersten Stufe der wirtschaftlichen Skala befindet. Das ist eine erfreuliche Feststellung, die aber in sich eine Unsumme von Kraft, Energie und Leistung trägt, um einmal die Anerkennung der sozialen Mündigkeit zu erhalten. Er hat sie heute. Damit ist er als gleichberechtigter Partner im Staats- und Wirtschaftsleben einfach nicht mehr wegzudenken. Haben wir denn — das ist die entscheidende Frage — noch einen Stand, der schwach ist, oder vielleicht einen, der der schwächste ist?

Die Frage ist mit „Ja" zu beantworten. Der Flüchtling, Heimkehrer und der Fürsorgeempfänger, alle diejenigen, die nicht einmal Arbeiter sind, sind unsere größte Sorge. Ihre Zahl ist nicht klein. Das große Heer der Vertriebenen, der noch nicht in Arbeit stehenden, der vielen Kriegerwaisen und -witwen ist eine schwerwiegende Hypothek, die das deutsche Volk zu tragen hat. Sicherlich sind durch die sozialen gesetzlichen Bestimmungen alle irgendwie erfaßt, eine mehr oder weniger zahlenmäßige Erfassung. Ein jeder weiß, daß diese soziale Hilfe in sich ungenügend bleiben muß, nur deshalb, weil die Not unseres Volkes eine ungeheuerliche ist. Wenn man vom fünften Stande spricht, meint man den

Stand der Armut. Wenn man aber versucht, eine genaue Größenordnung der Armut in unserer Gesellschaft geben zu wollen, fehlen bis heute entsprechende exakte Unterlagen. Wenn man an die Frage herangeht, wieviele Bruttoeinkommen unter 250 DM im Monat liegen, so müssen wir 2 Gruppen unterscheiden: Menschen, die in den Arbeitsprozeß eingegliedert sind, deren sogenanntes Leistungseinkommen besonders niedrig ist, und Bezieher von Renten und Unterstützungen. Gerade auf die letzteren möchte ich kurz eingehen.

Die Bezieher von Renten und Unterstützungen machen eine Untersuchung in Anbetracht der fehlenden Unterlagen sehr schwierig. Unser Rentensystem — das muß ebenfalls ausgesprochen werden — ist so kompliziert — um hier einmal mit den Worten des Herrn Professor Polligkeit zu sprechen —, daß höchstens 8—12 unserer besten Fachleute in Deutschland nach der Richtung hin sich einigermaßen durchfinden können. Aus dem vorhandenen Zahlenmaterial kann man aber immerhin einiges entnehmen. Die Zahl von 12,2 Millionen Unterstützungsempfängern ist eine erschreckend hohe Zahl. Nach der Richtung hin fehlt aber eine Analyse. Deshalb ist es erforderlich, daß wir unter allen Umständen eine Sozial-Enquete durchführen.

Wenn wir wirklich die wirtschaftlich schwächsten Gruppen unserer Gesellschaft erfassen und kennenlernen wollen, dann müssen wir unsere Feststellungen und Untersuchungen nicht nur auf das Individuelle, sondern auch auf die Familien und Haushalte ausdehnen. Das Familieneinkommen setzt sich nicht nur aus verschiedenen Arbeitseinkommen zusammen. Vielfach liegen auch Kombinationen mit Renten und Unterstützungen vor. Genauere Zahlen kennt man hier nicht. Ich will mich bei der Betrachtung der Dinge nur auf diese Feststellungen beschränken. Der Erwerbsprozeß, die Familie, das Geschlecht und das Alter müssen bei der Beurteilung der Frage berücksichtigt werden. Das Ergebnis zeigt uns, wie sehr sich die Verhältnisse in den letzten 100 Jahren gewandelt haben. Vor 50 und 100 Jahren war das wichtigste Merkmal der Armut die Lohnarbeit. Wer damals zur Lohnarbeit gezwungen war, lief Gefahr, der Armut anheimzufallen. Heute ist vor allem gefährdet, wer nicht arbeiten kann. Unsere Sozialpolitik muß sich in Ergänzung zur Wirtschaftspolitik als ein integrierender Faktor der sozialen Marktwirtschaft zeigen. Um den gut verdienenden Arbeitnehmern ihren Lebensstandard zu sichern und den schlechtverdienenden Arbeitern und Angestellten zu helfen und ihr Los zu verbessern, bedarf es einer gut koordinierten Wirtschafts- und Lohnpolitik. Über dies hinaus wird eine schon längst fällige aktive Familienpolitik ihre Verwirklichung finden müssen. Erhöhung der Produktivität, Steigerung des Sozialprodukts, Möglichkeiten der Bildung von Eigentum wirken als Grundelemente der sozialen Sicherung. Dringlich ist eine grundlegende Reform des gesamten Renten- und Unterstützungswesens. Aller Sozialaufwand muß aus dem laufenden Volkseinkommen gedeckt werden. Je höher das Volkseinkommen, desto größer können die Sozialaufwendungen sein. Da sich aber das Volkseinkommen nicht x-beliebig steigern läßt, ist der Ausweitung des Sozial Etats eine Grenze gesetzt. Was man aber ändern kann und muß nach dieser Richtung, ist die Art der Verteilung.

Das ist eine Forderung! Die einzelnen Renten um geringe und geringste Beträge zu erhöhen, ist kein Heilmittel, sondern ein Beruhigungsmittel. Das bewirkt nicht im Endeffekt eine gerechtere Rangordnung. Sie muß aber erreicht werden. Dabei muß im Mittelpunkt unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik die Familie stehen. Ich leugne keinesfalls, daß die geforderte Umstellung des Sozialsystems sehr viele technische und an-

dere Schwierigkeiten in sich birgt. Aber ein sorgfältig ausgearbeiteter Zeitplan mit entsprechenden Zwischenstufen würde zunächst die Garantie dafür geben, den Besitzstand zu wahren. Voraussetzung für die Einleitung einer solchen Politik ist die Erstellung einer Sozial-Enquete, die die CDU hiermit zur Forderung erhebt. Mit Zähigkeit und Mut muß diese Arbeit begonnen werden. Unter Berücksichtigung aller wirtschaftlichen und soziologischen Verhältnisse ist die rechte Grenze zwischen der sozialen Sicherung durch den Staat und der Freiheit und Pflicht des einzelnen, für die Wechselfälle des Lebens selbst entscheidend vorzusorgen, zu finden und zu setzen. Nur dann ist eine natürliche und lebendige, in sich gerechte soziale Sicherung möglich, wenn der einzelne vordringlich bemüht ist, zur Sicherung seiner Familie selbst vorzusorgen und wenn man die Schutzbedürftigen, die aus eigener Kraft die verschiedenen Wechselfälle des Lebens nicht überwinden können, insgesamt mit Hilfe der größeren Gemeinschaft eindeutig und ausreichend sichert, aber nicht diejenigen, die dieses Schutzes nicht bedürfen.

Wir reden heute immer von der sozialen Sicherheit. Ich selbst habe immer gebeten, dieses Wort möglichst zu vermeiden und von sozialer Sicherung zu sprechen. Verlieren wir aber nicht den Blick für die Wirklichkeit, denn der Mensch lebt im Stande der Wanderschaft. Die immer wieder geforderte Sicherheit erzeugt nicht Sicherheit, sondern ein Schweben über dem Abgrund von Angst und Furcht. Der Wanderer ist viel sicherer. Er hat ein Ziel und wandert in der Richtung zu diesem Ziel. Jeder von uns ist ausgerichtet auf dieses Ziel. Das ist ihm auf Erden aber nicht das zum Besitz gegebene, doch das stets aufgegebene. Die Richtung zu ihm darf er nicht verlieren, sonst gerät er in Wirrsal und stürzt in die Tiefe. Unsere Sozialpolitik ist schließlich und letztlich auf dieses letzte Ziel gerichtet. Dieses letzte Ziel ist Gott. Dieses ist unsere absolute Sicherheit. (Lebhafter Beifall.)

Frau Dr. Steinbiß, Nordrhein-Westfalen:

Über die Sozialpolitik ist heute schon sehr viel und sehr viel Gutes gesagt worden. Lassen Sie mich doch eine Frage stellen, die scheinbar in dieses Gebiet hineingehört und, wie ich auszuführen gedenke, doch ein ganz anderes und selbständiges Gebiet ist.

Wenn wir mit vollem Recht in unserer Christlich Demokratischen Union das Sozialprogramm des Staates so gut vertreten, so lassen Sie mich die Frage stellen, ob wir auch eine gute Gesundheitspolitik treiben und nicht in der Gefahr sind, die Gesundheitspolitik in der Sozialpolitik aufgehen zu lassen.

Ich frage weiter: erkennen wir noch die Unterschiede, die zwischen diesen beiden Gebieten bestehen, oder sehen wir die Gesundheit heute schon — wie die SPD — als ein Unterprogramm der Sozialpolitik an, und sogar noch weitergehend, als die SPD in ihrem Programm tut, als eine Funktion der Arbeit. Glauben Sie mir, daß wir damit einen gefährlichen Weg beschreiten würden. In Rationalismus und Technik würden wir enden. Auf der ganzen Welt ist man auf dem gefährlichen Wege, Gesundheit und Sozialpolitik als eine Einheit zu betrachten. Es scheint mir, als wenn sich auch in Deutschland diese bedenkliche Entwicklung anbahnt. Die öffentliche Gesundheitssicherung, die seit jeher in allen Kulturen, besonders aber in der abendländischen, ein eigenes, selbständiges Arbeitsgebiet darstellt, wird von großen politischen Kreisen neuerdings als ein Untergebiet bzw. als eine technische Arbeitsform der Sozialpolitik angesehen.

In Deutschland haben wir seit Jahrhunderten den Begriff der Gesundheitsfürsorge. Fürsorge ist ein deutsches Wort, das, wie so manches andere, z. B. das der Hingabe, das Heimweh, nicht in andere Fremdsprachen übersetzt werden kann. Das Wort „Gesundheitsfürsorge“ enthält sowohl die Begriffswelt der erkennenden, aufbauenden und kritisch beobachtenden

Fürsorge, wie auch der sich verpflichtet fühlenden, betreuenden, helfenden Sorge für die Mitmenschen, und zwar für den Einzelmenschen wie auch für die Gesamtheit. Schon das Hauptwort „Sorge“ enthält alles das in sich. Diese Gesundheitsfürsorge erfüllt auch gewiß manches aus der Sozialpolitik. Aber sie bedeutet und beinhaltet weit mehr und geht von anderen Gesichtspunkten aus. Sozialpolitik im weitesten Sinne ist natürlich alles Handeln des Staates, wenn man darunter die Sorge für die menschliche Gesellschaft schlechthin versteht. Sozialpolitik im Sinne der üblichen Arbeitsteilung und der darin gegebenen Aufgaben der Sozialministerien, Sozialabteilungen, Sozialämter usw. berührt sich mit der Gesundheitspolitik und Gesundheitssicherung, ist aber dem Grundsatz und der praktischen Arbeit nach etwas anderes. Diese Vergewaltigung des begrifflichen Denkens, von der ich eben sprach, haben bestimmte Kreise aufgenommen, und zwar schon über die Politik der sozialdemokratischen Kreise hinaus. Daß der Kommunismus diese Form der Gesundheitspolitik, wie ich Sie Ihnen vortrage, negiert, ist selbstverständlich. Aber der Kern dieses Denkens reicht weit in andere politische Gruppen hinein.

Es scheint mir charakteristisch zu sein, daß zum Beispiel die gesundheitspolitische Sektion der europäischen Bewegung eine Untergliederung der sozialpolitischen Sektion ist und unter Negierung der Weltgesundheitsorganisation und jeder europäischen Gesundheitssektion die unmittelbare Eingliederung in das internationale Arbeitsamt diskutiert.

Lassen Sie mich noch ein anderes weiteres Beispiel dafür anziehen, wie heute die Bedeutung der Gesundheitspolitik eingeschätzt wird. Auf einer Kommission des deutschen Städtetages, die aus Wohlfahrtsbeamten, Finanzdezernenten und jungen Juristen bestand, wurde ohne Hinzuziehung eines einzigen Medizinalbeamten oder eines Mediziners ein Gutachten erstattet, nach welchem den Kommunalverwaltungen die Zusammenlegung des Wohlfahrts-, Jugend- und Gesundheitsamtes in einem einheitlichen Dezernat empfohlen wird. Dieses so entstandene Sozialamt unter der Leitung eines reinen Verwaltungsbeamten ist eine politische Forderung einer bestimmten Gruppe von Wohlfahrtsdezernenten einer parteipolitischen Richtung. Ich will nicht weiter auf die Sache eingehen, da die Zeit hierfür zu kurz ist. Ich möchte nur sagen, daß wir in einem medizinischen Arbeitskreis, dem ich vorzustehen die Ehre habe, Thesen ausgearbeitet haben über die Bedeutung oder Nichtbedeutung des Sozialamtes, die ich mir erlauben werde, meinem Vorstand in der Christlich Demokratischen Union vorzulegen.

Lassen Sie mich aber doch noch ganz klar und kurz definieren, wohin meines Erachtens die Auffassung geht, die von Bremer und Auerbach vertreten wird. Bei ihnen ist Gesundheitssicherung, wie die Gesundheit des Menschen selbst, eine Funktion des Arbeitsprozesses. Das Ziel ist die Erhöhung des Sozialproduktes und des Anteils an ihm für den einzelnen Menschen. Die Gesundheit ist die wichtigste Vorbedingung für diese Erhöhung des Sozialproduktes. Vom Gesichtspunkte der SPD gesehen gehört also ihre Erhaltung zur Arbeitspolitik. Organisation und damit Blickrichtung ist somit das soziale Arbeitsamt und aufgebaut wird in philosophischer Basis auf dem utilitaristischen Materialismus. Das Ganze läuft auf Verneinung des Menschenverhältnisses zueinander hinaus, auf Rationalismus und Technik. unter Verleugnung alles individuellen, seelischen und alles abendländischen und führt zwangsläufig zu dem Wohlfahrtsstaat.

So steht es bei uns in der Christlich Demokratischen Union nicht. Wir in der CDU vertreten als Weltanschauung das christliche Abendland und eine selbständige Gesundheitspolitik, wie seit jeher, auch heute. Lassen Sie mich unsere Ansicht dahin zusammenfassen, daß ich sage: Dem christlichen Abendland eigentümlich und damit Grundlage seiner Kultur ist die

Erkenntnis und seelische Verankerung des Mitmenschen und der Menschengemeinschaft. Gesundheitsschaden jeder Art ist Not des betroffenen Mitmenschen, dem zu helfen ist. Diese Hilfeleistung, sei sie dem einzelnen, sei sie einer größeren Gruppe gegenüber, ist in allererster Linie ein Gegenüber von Mensch zu Mensch. Sie ist im Wesen daher frei von Utilitarismus; sie ist Menschentum. Ihre Auswirkung ist daher auch eine Mensch-Menschliche.

Gesundheitspolitik ist somit keine Wirtschaftspolitik, noch weniger Politik des Sozialproduktes, sondern Kulturpolitik. Wie fassen wir die so uns gestellte Aufgabe an? Gesetzgeber und Verwalter dürfen dem eigentlichen Träger dieser Aufgabe, nämlich dem Arzt — dem freien wie dem beamteten — nicht den Einfluß und die Möglichkeit entziehen, sondern müssen ihm im weitesten Maße stützen, daß er diese Aufgabe in der freien Begegnung von Mensch zu Mensch lösen kann. Arzt, Gesetzgeber und Verwaltung müssen zusammenarbeiten, damit dabeibit, was Professor Schröder (Berlin) in einer seiner Göttinger Thesen gesagt hat: Gesundheit ist die schöpfungsmäßig bedingte Harmonie des Lebens, die Ordnung der leib-seelischen Kräfte. Die Gesundheit ist im irrationalen Sinne wesentlicher Bestandteil der Menschenwürde und im rationalen Sinne Träger aller Werte im Einzelleben. Bei dieser Auffassung von Gesundheit und Gesundheitspflege stellt die Christlich Demokratische Union neben diese notwendige und von uns so mit Recht gepflegte Sozialpolitik eine gute, unabhängige Gesundheitspolitik. (Lebhafter Beifall.)

Bundesinnenminister Dr. Lehr:

Mein lieber Kollege und Mitarbeiter auf dem Gebiete der Jugendwohlfahrtspflege, Anton Storch, hat mich zu meiner Freude besonders apostrophiert. Ich darf versichern, daß, wenn heute der Gesellenvater Kolping wieder unter uns weilte, er ganz sicher von mir aufgefordert würde, in das Kuratorium des Bundesjugendplanes einzutreten. (Beifall.)

Aber es bedarf auch dessen nicht. Jene Kolpings — katholischer und evangelischer Prägung — arbeiten heute im Kuratorium des Bundesjugendplans. Wir haben in den 3 Jahren, in der wir uns um die Wohlfahrt unserer Jugend bemühen, sie von der Straße hinweg in Heime zu bringen, ihnen eine Berufsausbildung mit Aussicht auf ein geordnetes Fortkommen in der Zukunft zu sichern, inzwischen 167 Millionen DM bereits für diese Zwecke aufgewandt.

Zu meiner großen Freude hat zu Beginn des Monats der Haushaltsanschau, als wir über die gefährdete Jugend in den Gebieten sprachen, in denen besonders umfangreiche Besatzungsbauten vorgenommen werden, noch einen zusätzlichen Betrag von 10 Millionen DM zu den bereits vorgesehenen 20 Millionen DM bewilligt. Diese 167 Millionen DM, die wir aufwenden, geben wir in erster Linie als Kredite für den Bau von Lehrwerkstätten, Werklehrlingsheimen, Jugendwohnheimen, auch von studentischen Jugendwohnheimen, für die Einrichtung von Grundausbildungslehrgängen, Jugendgemeinschaftswerken und Jugendpflege in Notgebieten. Wir begnügen uns nicht mit der Errichtung solcher Heime und der Abhaltung von Kursen, sondern wir geben für laufende Kosten in Jugendwohnheimen, Grundausbildungslehrgängen, Jugendgemeinschaftswerken allein laufend 73 Millionen DM aus. Es ist also das Werk, was Kolping einst für die wandernden Handwerksburschen in die Wege leitete, in vollem Umfange für die Gesamtheit unserer Jugend aufgenommen.

Nun haben wir etwa 9,3 Millionen Jugendliche zwischen 10 und 25 Jahren, 44% etwa dieser 9,3 Millionen sind organisiert. An sie kann man gut heran durch die Organisationen. Aber darüber hinaus gibt es noch einen großen Teil nichtorganisierter Jugendlicher, der sehr schwer zu erfassen ist. Hier bemühen wir uns vor allem durch die Förderung von Jugendpflege-

arbeit in den Notstandsgebieten, durch Unterstützungen des Jugendherbergswerks und durch Institutionen, in welchen staatspolitische Lehrgänge von allen interessierten Seiten abgehalten werden und die wir fördern.

Ich möchte die Gelegenheit benutzen, Ihnen noch ein weiteres Wort zu sagen. Durch alle Reden des heutigen Tages hat es sich wie ein roter Faden durchgezogen, daß ein Staat eben nur das Geld ausgeben kann, daß er im geordneten Finanzwege flüssig machen kann und daß davon der Umfang der Fürsorge abhängt. So haben wir auch im ständigen Zusammenwirken mit dem Bundesfinanzminister das Maß dessen, was wir für unsere Jugend bereitstellen konnten, in verständiger Würdigung des Ganzen erreicht. Es ist aber auch hier noch ein Punkt zu erwähnen. Ein Staat lebt nicht nur von seiner Wirtschaft und von den sozialen Verhältnissen, die er durch eine geordnete Wirtschaft schafft, sondern es ist ein Drittes nötig, das diese Komponenten ergänzen muß, damit wirklich ein sozialer Rechtsstaat im geeinten Europa entstehen kann. Das ist, daß der innere Frieden gesichert wird. Ein Staat braucht innere Stärke. Ich sage das deshalb, weil wir zu leicht vergessen, in Anbetracht des wirtschaftlichen Aufschwungs, den wir im Westen erreicht haben und noch weiter erreichen werden — daß das Maß unserer Bedrohung im Innern vielfach verkannt wird. (Beifall.) Es sieht oft noch so aus, als wäre das alles selbstverständlich. Es ist nicht selbstverständlich. Wir leben noch in einem auf das äußerste verstärkten kalten Krieg. Wenn irgend etwas berufen war, weiten Kreisen die Augen über die Zustände zu öffnen und das Maß der Unterwühlung und Agitation gegen unseren Staat zu erkennen, dann war es die Aufdeckung einer dritten großen Spionageorganisation innerhalb eines Jahres. (Beifall des Hauses.)

Seien Sie versichert, daß die Regierung nicht müde wird, für ihre innere Stärke und Sicherheit zu sorgen trotz aller Schwierigkeiten, die ihr sowohl im Innern wie leider auch von außen her bereitet werden. Ich bin der Meinung, daß das, was wir zur inneren Sicherheit nötig haben, eine Angelegenheit der deutschen Regierung und des deutschen Parlaments ist. (Beifall), und daß wir eine Einmischung von draußen in diese inneren Angelegenheiten nicht dulden können, weil wir selbst verantwortlich sind für unsere Sicherheit im Innern. (Beifall.)

Wir werden alles tun, diese innere Stärke weiter anwachsen zu lassen. Ich kann dem Herrn Vorredner vom gestrigen Tage, der gebeten hat, in den bedrohten Gebieten an unseren Ostgrenzen mehr Sicherheit zu schaffen, versichern, daß es mein unablässiges Bemühen sein wird, diese Wünsche zu erfüllen und unsere Stärke an der Grenze auf das Maß zu bringen, das uns zukommt. (Starker Beifall.)

Dr. Karl Müller, M.d.B., Nordrhein:

Der Agrarausschuß der Partei hat mich beauftragt, auf dem Parteitag das Wort zu nehmen und sein Bedauern darüber auszudrücken, daß es nicht möglich gewesen ist, im Rahmen dieses Parteitages vor der Wahl neben der Wirtschafts- und Sozialpolitik sich auch einmal über die Agrarpolitik zu unterhalten.

Ich muß deshalb in aller Kürze versuchen, die Auffassungen, die wir im Agrarausschuß erarbeitet haben, Ihnen darzulegen. Die Landwirtschaft bejaht die soziale Marktwirtschaft und bejaht die Sozialpolitik, die seitens der Partei angeregt und durch das Parlament verwirklicht worden ist. Die Landwirtschaft ist sich aber auch darüber klar und befindet sich da in voller Übereinstimmung nicht nur mit der Landwirtschaft, sondern auch mit dem Wirtschaftsminister, daß die Stellung der Landwirtschaft im wirtschaftlichen Geschehen von anderen Gesetzen abhängig ist als die gewerbliche Wirtschaft. Wir wollen aber für uns soviel Freiheit als möglich und soviel Zwang, wie nur unbedingt nötig ist.

Wir sind der Auffassung, daß auch die durch die Marktordnungsgesetze geordnete Wirtschaft, die Landwirtschaft — jeder einzelne für sich — nicht in die Konkurrenz der Preise schlechthin, sondern in die Konkurrenz der Preise, der mengenmäßigen und qualitätsmäßigen Erzeugung gestellt ist. Wir sind aber der Auffassung, daß endlich die Zeit gekommen ist, wo die Marktordnungsgesetze sich ihrer Aufgabe entsprechend voll auswirken können. Leider haben wir in den letzten Jahren feststellen müssen, daß die Gelder, die erforderlich waren, nicht zur Verfügung standen. Ich freue mich, sagen zu können, daß der Herr Finanzminister in einer Besprechung, die vorige Woche stattfand, seine grundsätzliche Bereitschaft erklärt hat, mit uns einen Weg zu erarbeiten, daß die Einfuhrvorratsstellen zur vollen Auswirkung kommen können.

Weiter sind wir der Auffassung, daß durch eine abgewogene Handelspolitik die Einfuhr von Nahrungsgütern zeit- und mengenmäßig in dem erforderlichen Rahmen des echten Bedarfs gehalten werden muß. Auch muß in der Liberalisierungspolitik, die jetzt auch das Gebiet der Milchwirtschaft angepackt hat, eine Änderung kommen. Wir sind der Überzeugung, daß in dem Augenblick, wenn wir an die Zahlung und Abdeckung unserer alten Schulden nach dem Londoner Abkommen herangehen müssen und unsere Guthaben bei der EZU schwächer sind, auch der Moment gekommen ist, wo man sich aus handelspolitischen Gründen über die Frage der Liberalisierung unterhalten muß.

Man wird es der Landwirtschaft nicht verdenken, wenn sie in ihren sozialen und wirtschaftlichen Arbeiten eine Gleichstellung mit den anderen Berufsständen erstrebt, nicht nur für den Selbstwirtschaftenden, sondern auch für den Arbeiter auf dem Lande. Wir haben vermieden, das Wort „Parität“ zu gebrauchen, das heute so als Schlagwort durch die Lande geistert. Diejenigen, die fortwährend von Parität reden, sollen uns zuerst einmal sagen, welche klare Grundlagen diese Parität haben soll, welcher Weg gegangen wird und welche Finanzmittel erforderlich sind und beschafft werden können. Wenn das klar ist, sind wir im Parlament bereit, mit allem Nachdruck die Arbeit nach der Richtung hin aufzunehmen.

Ich muß noch ein Wort sagen zum Vertriebenen-Gesetz. Es ging der Ruf durch das Land, daß hier auf der landwirtschaftlichen Seite, d. h. bei der einheimischen Landwirtschaft, der Besitzegoismus sich sehr breit gemacht habe. Wir haben in der Fraktion wochenlang in kleinem Kreise debattiert und gerungen, um auf allen Gebieten, die in diesem Gesetz die Landwirtschaft berührt, eine Verständigung herbeizuführen. Auf den meisten Gebieten ist das gelungen; einiges blieb offen und darüber war eine Verständigung nicht möglich. Dann ist im Plenum die Entscheidung gefallen.

Ich darf hier aber feststellen, daß auch alle landwirtschaftlichen Vertreter der Fraktion — bis auf einen — in der Schlußabstimmung für das Gesetz gestimmt haben. (Beifall.) Sie haben dafür gestimmt aus der politischen Einsicht heraus, daß, nachdem der Kampf zu Ende war, nunmehr auch nach außen hin in dieser Demonstration der Abstimmung das Vertrauen geäußert wurde, daß nun nach dem Erlaß des Gesetzes Flüchtlinge und Einheimische loyal in der Ausführung zusammenarbeiten werden.

Herr Albers hat heute morgen darauf hingewiesen, daß wir in der Fraktion in allen grundsätzlichen Fragen volle Einigkeit erzielt haben. Es wird auch draußen hier und da geredet, daß der sogenannte linke Flügel der Fraktion, wenn es sich um die Landwirtschaft handele, nicht mit dabei sei. Ich habe hier festzustellen, daß, wenn es um die ersten Belange der Landwirtschaft ging, auch unsere Arbeitervertreter mit uns gegangen sind. (Beifall.) Ich habe auch hierfür der Gesamtfraktion dafür den Dank auszusprechen.

Professor Erhard werden nach dieser Richtung hin Vorwürfe gemacht. Er hat es ja nicht leicht, ebensowenig wie der Landwirtschaftsminister. Aber ihm geht auch das Verständnis für die Landwirtschaft nicht ab. Eins darf ich sagen: Seine Arbeit, ein hohes Sozialprodukt zu schaffen, hat auch weitgehende wirtschaftliche Folgen für die Landwirtschaft. Nur wenn viele Menschen ein hohes Einkommen haben, dann können sie auch Veredelungsprodukte der Landwirtschaft in größeren Mengen kaufen und damit den landwirtschaftlichen Markt erweitern. (Beifall.)

Bernhard Bauknecht, M. d. B.:

Nur noch stichwortartig einige Sätze zu den Ausführungen meines Kollegen im Ernährungsausschuß, unseres Freundes Müller. Er hat Ihnen mit Deutlichkeit gesagt, daß die Landwirtschaft bisher in der sozialen Marktwirtschaft durchaus mitgezogen hat. Sie hat bisher der Landwirtschaft auch nur Nutzen gebracht. Im Augenblick aber läßt es sich nicht leugnen, daß eine Krise entstanden ist, die nun schon seit Monaten andauert und an der wir von der CDU — weil die Masse der Landwirte unsere Wähler sind — nicht stillschweigend vorübergehen können. Diese Krise ist auf einem Gebiete entstanden, das der kleinen Landwirtschaft bisher ihr Einkommen gebracht hat, nämlich in der Veredelungswirtschaft, der Milch- und Viehwirtschaft. Diese Dinge haben deswegen über den Kreis der Landwirtschaft hinaus ihre Bedeutung, weil wir auf die Viehwirtschaft in unserem Lande nicht verzichten können. Die Viehwirtschaft mit ihrer Humusversorgung ist die Grundlage zur Fruchtbarkeit unserer Böden.

Das ist jetzt in Amerika auch erkannt worden. Während wir unsere Landwirtschaft amerikanisieren wollen durch die Einschaltung der Technik, sind die Amerikaner auf dem besten Wege, ihre Landwirtschaft zu europäisieren, weil sie einsehen, daß durch die viehlose Wirtschaft die Fruchtbarkeit des Landes derart herunterkommt, daß sie nicht mehr weitermachen können. Wir sollten — das ist unsere Pflicht — hier Vorsorge treffen, daß diese Krisenerscheinungen baldmöglichst beseitigt werden. Man wirft immer der Landwirtschaft vor, sie sei rückständig und verstehe es nicht, durch die nötige Technisierung und Rationalisierung ihre Betriebe rentabel zu machen.

Wenn heute der Index der Produkte der Veredelungswirtschaft sich zwischen 160 und 180 bewegt gegenüber dem Jahre 1938 und die Grundstoffe, die wir beschaffen müssen für unsere Erzeugung sich zwischen 240 und 280 bei Düngemitteln bewegen und 260 bis 340 bei Maschinen, dann erhebt sich die Frage: wer hat rationalisiert, wer hat die Produktion verbilligt? War es die Landwirtschaft oder die Industrie? (Beifall.)

Wir haben alle Veranlassung, diesen Dingen unsere Aufmerksamkeit zu schenken. Wir sind an und für sich durchaus der Meinung von Minister Dr. Erhard, wenn er heraus will aus dem Gestrüpp der Subventionen durch Export- und Importmaßnahmen. Ich darf aber darauf aufmerksam machen, daß es so natürlich nicht geht, wenn andere Länder tun und lassen dürfen, was ihnen behagt, und wir müssen hübsch und brav in unserer Landwirtschaft das tun, was eben notwendig ist im Gesamtrahmen. Das kann man einmal ein paar Monate machen. Aber auf die Dauer geht so etwas nicht. Es geht nicht, daß beispielsweise die Dänen das Benzin um ein Viertel dessen, was es bei uns kostet, in der Produktion ansetzen können und dann ihre billigen Rinder auf den deutschen Markt werfen und damit unsere Preise kaputtschlagen. Das kann man eine Zeitlang hinnehmen, aber auf die Dauer nicht. Dann muß man mit entsprechenden Maßnahmen antworten.

Ich glaubte, auf diese Dinge aufmerksam machen zu müssen, und zwar allein deswegen, weil am Ende eine Erzeugungsminderung der Landwirtschaft oder die Armut des Volkes steht. Wenn wir für die kleinen Existenzen eintreten, dann dürfen wir das nicht der SPD überlassen, die gewaltige

Anstrengungen macht, in das Gebiet des Kleinbauernums einzubrechen. Das sind Alarmzeichen, auf die wir hordchen müssen.

Ich möchte Ihnen diese Dinge zur Überlegung mitgeben. Ich glaube, wir werden Wege und Mittel finden, uns einen Ausgang zu verschaffen, damit wir die Landwirte dort behalten können, wo sie ihre politische Heimat haben. Sie kann nirgends anders sein als in der christlichen Demokratie. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Johnen:

schloß mit herzlichem Dank um 13.10 Uhr.

4. Plenarsitzung

Präsident Johnen:

eröffnete 14.30 Uhr die Plenarsitzung in Fortsetzung der

Aussprache

Dr. Rupprecht Dittmar, Hamburg:

Ich möchte Ihnen einige Worte zum Thema Miteigentum sagen. Es gibt kleine Gemeinden, die sehr wirkungsvoll sind. Das ist in der CDU häufig auch der Fall. Wir machen immer wieder die Erfahrung, daß die Aktiven in der CDU nicht im Größenverhältnis zur Wählerschaft der CDU stehen.

In der Gegenwart betreiben Kulturvölker ihre Eroberung nur noch im Bereich von Wissenschaft und Technik. Alles andere, was sie vollbringen würden, wäre ein Rückfall in die Barbarei. Wir haben in den letzten 20 Jahren erlebt, was in dieser Richtung alles möglich ist. Die Aufwendungen, die für diese Eroberungen gemacht werden, dienen der Schaffung von Kapitalgütern.

Es ist heute schon angesprochen worden, daß die sozialistische Freiheit, wie sie von links versprochen wird, nicht zu dem führt, was wir uns vom freien Menschen vorstellen, sondern sie führt in den Sklavenstaat hinein. Das wäre eine schöne „Sicherheit“, die wir unserem deutschen Volke ersparen wollen. Wir halten es mit Goethe: „Das ist der Weisheit letzter Schluß, nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß.“

Ein altes griechisches Wort, daß vor den Erfolg die Götter den Schweiß gesetzt haben, ist in der Wirtschaft zu ergänzen durch die Worte: Entbehrung und Sparen. Eine Erweiterung des Konsums wird nie möglich sein, wenn nicht zuvor die entsprechenden Produktionsmittel geschaffen wurden. Es kommt bei aller Verbesserung der Volkswirtschaft darauf an, daß wir Kapitalgüter schaffen, d. h. neue Produktionsmittel und neue Wohnungen. Wenn wir dies verwirklichen, dann dienen wir der Auffassung des Thomas von Aquino von der Tauschgerechtigkeit.

Die Konzeption des Miteigentums, wie sie vom Wirtschaftspolitischen Ausschuß, von den Sozialausschüssen und vom Sozialpolitischen Ausschuß vorgelegt worden ist, nimmt auf diese Notwendigkeit der Tauschgerechtigkeit volle Rücksicht. Das hat Professor Erhard heute auch gesagt, daß wir eine falsche Ordnung hätten, wenn es dem Produzenten nicht mehr möglich wäre, die Bedürfnisse seines Betriebes und seiner selbst ausreichend zu decken. Diese Tauschgerechtigkeit steht nicht im Widerspruch zur Forderung der Lohngerechtigkeit, wie sie von uns erhoben wird. In diesem Sinne sind die Worte „Produzentengeld“ und „Konsumentengeld“, wie sie in der Entschließung des Wirt-

schaftspolitischen Ausschusses verwendet worden sind, zu verstehen. Sie entsprechen sichtbar den Vorstellungen des Thomas von Aquino hinsichtlich der Tauschgerechtigkeit und der Lohngerechtigkeit.

Es kommt uns beim Miteigentum darauf an, daß wir dafür sorgen, daß nicht neue Pfründe, neue Sinekuren geschaffen und auch nicht neue Lehnsherrschaften begründet werden, die an verdiente Angehörige starker Parteien vergeben werden. Wir müssen gewisse Voraussetzungen dafür schaffen, daß in der Rechtsordnung einige Wandlungen eintreten, damit Flaschenhälse ausgeweitet werden, die dem sozialen Fortschritt dienen.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß die Wirtschaftswissenschaft und die Rechtswissenschaft eine dienende Aufgabe in der Volkswirtschaft haben, daß sie uns zu den Ordnungen verhelfen müssen, die wir benötigen. Es war die gesetzliche Ordnung, die es bislang verhinderte, trotz aller Korrekturen, die man in den letzten 20, 30 Jahren vorgenommen hatte, daß eine gerechte Streuung neu sich bildenden Eigentums erfolgte. Gesellschaftsrecht und Arbeitsrecht, die hierfür vorzugsweise bestimmend sind, sind ja letzten Endes Kinder des Liberalismus.

Wir haben dieser Entwicklung ein Ende zu bereiten und eine neue evolutionäre Entwicklung anzubahnen. In den Düsseldorfer Leitsätzen ist bereits herausgestellt worden, daß die soziale Marktwirtschaft der Schaffung möglichst vieler Eigentümer in den breitesten Schichten unseres Volkes dienen soll. Es ist in der Vergangenheit erreicht worden, daß neues Eigentum im Werte von vielen Milliarden geschaffen wurde. Wir müssen feststellen, daß die eigentumsbildende Kraft der Marktwirtschaft im gesamten Volke noch nicht zum Ausdruck gekommen ist, wie es hätte sein müssen. Dies war infolge gewisser Mängel der Rechts- und Gesellschaftsordnung noch nicht möglich.

Wir wissen aber, daß die Entwicklung in der Vergangenheit nicht entbehrt werden konnte. Wir haben dieser Entwicklung zu verdanken, daß wir auf das Bestehende ganz erhebliche soziale Hypotheken legen konnten. Ich denke allein an die 6%ige Vermögensabgabe zum Lastenausgleich und andere Dinge mehr. In dem Ihnen vorliegenden Programm über die Bildung von Miteigentum sind verschiedene Einzelheiten breit behandelt worden. Z. B. wurde von der Werks-genossenschaft gesprochen, die wir unbedingt als Rechtsträger benötigen, wenn eine breite Eigentumsstreuung bei den Arbeitnehmern des Betriebes — wo ein Produzentengeld gebildet werden soll — erfolgen soll.

Ich selber bin Mitglied der DAG und darf mit Stolz feststellen, daß es in dieser Organisation über die Frage des Miteigentums nur eine einheitliche Meinung gibt, nämlich eine bejahende. Was bei der Deutschen Angestelltengewerkschaft möglich gewesen ist, das sollte auch bei den übrigen Gewerkschaften möglich sein. Es darf nicht so sein, daß man sich bei den übrigen Gewerkschaften von sozialistischen Gesichtspunkten leiten läßt.

Wenn in der Zeitschrift „Sozialer Fortschritt“ davon die Rede war, daß man gespannt sein dürfe, wie der Parteitag die Forderung nach Miteigentum aufnehmen würde, so wird die Zeitschrift darüber auf Grund der heutigen Plenarsitzung eine ausreichende Belehrung erfahren haben. Wir brauchen uns nicht über die Formulierungen zum Miteigentum zu streiten, sondern man muß schon mit der Lupe suchen, wenn man einen Unterschied in der jetzigen Fassung zum Miteigentum gegenüber der Kölner Fassung der Sozialausschüsse finden will. Ich möchte Sie auf folgende Formulierung aufmerksam machen:

„Die Verbindung von Mitbestimmung und wachsendem Miteigentum, insbesondere des betriebsbezogenen Miteigentums der Arbeitnehmer, erscheint als die beste Verwirklichung des machtsverteilenden Prinzips bei den Großbetrieben.“

Dieser Grundsatz bezieht sich auf das Ahlener Programm. Das Ahlener Programm ist in einer ständig fortschreitenden Verwirklichung begriffen. Der Weg zum Miteigentum ist eine gerade Linie; er geht aus vom Goslarer Parteitag. Ich darf in diesem Zusammenhang Ihren Blick auf unser Nachbarland Holland lenken, wo man sogar einen Minister für Eigentumsbildung geschaffen hat und wo man im Begriff ist, die Konzeption des Miteigentums zu verwirklichen.

Wir werden uns abzugrenzen haben von den Forderungen des Liberalismus. Es wird uns gelingen, eine Konzeption zu entwickeln, die tatsächlich jeden Arbeitnehmer zu dem werden läßt, was er zu sein berechtigt ist, zu einem gleichberechtigten Staats- und Wirtschaftsbürger.

Es wird in Deutschland noch hart zu kämpfen sein, bis der Geist des Klassenkampfes überwunden ist. Wer wollte bestreiten, daß die CDU vorzugsweise dazu berufen ist, diesen Kampf zu führen. Es kann hier nur eine Meinung geben: die CDU wird auch hier Vorkämpferin des echten sozialen Fortschritts sein.

Kurt Schmücker, M. d. B.:

Wir können diesen Parteitag nicht vorübergehen lassen, ohne einige Worte zum Problem des Mittelstandes gesagt zu haben. Ich möchte das nicht tun als ein Interessenvertreter. Interessenvertreter haben in der Politik sowieso nichts zu sagen, bestimmt aber nicht in der Christlich Demokratischen Union. Wir sollten es tun als Menschen, die davon überzeugt sind, daß unser Mittelstand eine große soziale Aufgabe zu erfüllen hat, nämlich die Aufspaltung der modernen Gesellschaft in Klassen zu verhindern und in dieser vielgliedrigen modernen Gesellschaft eine verbindende Kraft zu sein. Solange kleine Unternehmungen in der Wirtschaft existieren können, hat jeder tüchtige und verantwortungsfreudige Mensch eine Möglichkeit, in einem eigenen Betrieb seine Initiative erfolgreich entfalten zu können.

Wir wissen, daß die soziale Marktwirtschaft im wesentlichen erreicht hat, den Mittelstand aus seiner lebensgefährlichen Lage, in die er durch die Zwangswirtschaft gekommen ist, zu befreien. Damit hat diese soziale Marktwirtschaft erneuernd im Sinne unseres Gesellschaftsbildes gewirkt. Aber es bleibt noch eine große Anzahl von Aufgaben nachzuholen; nicht daß es Versäumnisse wären, nein, einfach Aufgaben, die man noch nicht hat bewältigen können. Von diesen Aufgaben möchte ich einige anführen. Ich werde nicht in den Fehler verfallen und den Mahnruf von Professor Erhard überhören, daß wir nur immer mit Forderungen an den Staat kommen. Wenn der Staat in dieser Notzeit so viele Aufgaben treuhänderisch übernimmt, dann muß er darauf achten, daß er durch seine Sonderaufgaben nicht eine Strukturwandlung innerhalb der deutschen Gesellschaft bewirkt.

Nehmen Sie allein den Sektor des Wohnungsbaues. Heute treten die Großunternehmen massiert auf und wenden sich an Generalunternehmer. Wenn diese Aufgaben auch für 5 oder 6 Jahre vom Staat übernommen werden, so können sie doch zur Folge haben, daß unsere Gesellschaftsordnung durcheinander geworfen wird. Wenn wir also Forderungen an den Staat stellen, dann die, daß dort, wo er treuhänderisch im Wirtschaftsleben eingreifen muß, er darauf zu achten hat, daß die Entwicklung ihren normalen Gang weitergeht. (Beifall.)

Hierüber ist schon oft diskutiert worden; ich kann mich also darauf beschränken, stichwortartig zu Ihnen zu sprechen. Die mittelständischen Berufe haben einen Anspruch darauf, daß ihnen eine Ordnung gegeben wird, die das ständische Gemeinschaftsgefühl pflegt und die fachlichen Leistungen steigert. Die vor kurzem verabschiedete Handwerksordnung kann hier als Beispiel gelten.

Im Wettbewerb müssen die gleichen Startbedingungen ohne Rücksicht auf die Betriebsgröße herrschen. Das wird immer wieder von allen Seiten bejaht, aber ich stelle auch hier fest, daß diejenigen, die am lautesten schreien, sich in dieser Situation den freien Wettbewerb am besten leisten können. Der Staat hat die Aufgabe, hier unechte Verhältnisse zu beseitigen. Das hat nichts mit Dirigismus zu tun oder mit anderen Fremdwörtern, sondern das ist einfach seine Aufgabe, diese Gesellschaft zu erhalten, die doch nichts dafür kann, daß diese Zeiten über uns gekommen sind und der Staat nun als dieser mächtige Wirtschaftsfaktor aufzutreten hat. Das gilt besonders für unser Steuersystem. Wir meinen, daß von diesem Steuersystem her kein Zwang zur Konzentration der Betriebe ausgehen darf. Dieser Zwang ist fraglos vorhanden, aber nicht durch die Schuld unserer Regierung, die sich durch zwei große Reformen bemüht hat, steuerliche Erleichterungen auch zugunsten des Mittelstandes zu schaffen, sondern das liegt in der gesamten deutschen Steuergeschichte begründet.

Nehmen Sie doch nur die Umsatzsteuer, die einwandfrei eine Bevorzugung für die Großwirtschaft darstellt. Wir möchten gern, daß dieser Zwang zur Konzentration beseitigt wird. Wir möchten die besonderen Verhältnisse, die aus dem Zusammenfallen von persönlichem und betrieblichem Einkommen entstehen, berücksichtigt haben. Daß bei der Steuerpolitik die Investitionspolitik gefördert werden und eine vernünftige Kreditpolitik betrieben werden muß, ist klar.

Ein wesentliches Anliegen ist uns die Beteiligung des Mittelstandes in einer artgerechten oder entsprechenden Form an den öffentlichen Aufträgen. Ich habe es schon anklingen lassen, möchte es aber nunmehr als das Kernstück meiner Ausführungen noch einmal herausstellen: Der Staat ist in den großwirtschaftlichen Unternehmungen, an denen er beteiligt ist, nur Treuhänder, und er hat dafür zu sorgen, daß alle entsprechend ihrer Wirtschaftskraft und ihrer Bedeutung sowie fachlichen Eignung beteiligt werden.

Vielleicht hat sich der Herr Bundeskanzler in Amerika berichten lassen, wie der Ausschuß „small business“ dieses Bestreben überwacht. Dort wird dafür gesorgt, daß das mittlere Gewerbeanteilsgerecht an den öffentlichen Aufträgen beteiligt wird. Wir möchten etwas Ähnliches. Man soll uns nicht sagen, daß das dirigistisch sei, nein, das ist nur eine Antwort auf das jetzige Verhalten der öffentlichen Hand, die es sich leider allzu häufig bequem macht, ihre wirtschaftlichen Aufgaben zu erledigen. Das gilt nicht so sehr für den Bund, aber noch mehr für die Länder; das gilt aber auch für die Gemeinden.

Die nächsten Punkte verlangen, daß der Belegschafts- und Börsenhandel wie jede andere Schwarzarbeit zu unterbinden ist und daß die Regiebetriebe eingeschränkt werden müssen.

Hinsichtlich der Sozialgesetzgebung möchten wir, daß die Bedürfnisse der kleineren selbständigen Unternehmer berücksichtigt werden. Wir stehen doch häufig in der Gefahr einer glatten sozialpolitischen Überwindung; die müssen wir auf jeden Fall beseitigen. Darum meinen wir, daß es im Interesse der kleinen selbständigen Unternehmer liegt, wenn wir sie auch am Familienlastenausgleich beteiligen.

Am Schluß unseres Arbeitsprogramms für den nächsten Bundestag haben wir festgelegt, daß wir von der auszubauenden Gewerbeförderung eine Unterstützung in der Ausbildung der Nachwuchskräfte für den Mittelstand, insbesondere für das Handwerk, erwarten. Ich möchte auch hier ein Wort des Dankes unserer Partei sagen. Wir sprechen heute immer von Lehrlingswohnheimen und Lehrlingsausbildungsstätten; das ist richtig, aber es ist Tatsache, daß 500 000 junge Menschen vom deutschen Handwerk und 200 000 vom Einzelhandel ausgebildet werden. Das sind über



*Dr. Hermann Ehlers, Präsident des Deutschen Bundestages
und stellv. Vorsitzender der CDU Deutschlands, hielt das Hauptreferat der
Eröffnungssitzung*



Ernst Friedlaender, Bundespressechef von Eckardt, Bundesminister Jacob Kaiser und Staatssekretär Strauss beim Empfang im „Vier Jahreszeiten“



Oberkirchenrat Prof. Dr. D. Hertrich und Oberkirchenrat Gillien, Landesvorsitzender der CDU Niedersachsen

80 %. Wenn wir an diese zusätzlichen Maßnahmen herangehen, dann sollten wir sagen, daß es zusätzliche Maßnahmen sind und daß wir denjenigen danken und eine materielle Stütze geben wollen, die seit altersher in guter Tradition die Ausbildung unserer Jugend übernommen haben. (Beifall.)

Es erscheint das rote Licht. Da fällt mir die Sozialdemokratie ein, die vor einigen Tagen einen Mittelstandtag veranstaltet hat. Sie hat dort einen Ausschuß für selbständige Unternehmer gebildet. Ich glaube, das ist typisch genug. Wenn eine Partei es nötig hat, einen besonderen Ausschuß für selbständige Unternehmer zu bilden, dann weiß man, was man von ihrem Programm zu halten hat. Das ist ungefähr so, als wenn Atheisten einen Klub für Theologen einrichteten. (Beifall.) Auf diesem Mittelstandtag hat Herr Ollenhauer in dankenswerter Weise seine Meinung über den gewerblichen Mittelstand ausgedrückt. Wir kennen diese Meinung der SPD; denn wir haben in den Unterausschüssen des Wirtschaftsausschusses bei der Beratung der Handwerksordnung Gelegenheit gehabt, festzustellen, mit welchen Gedanken man an eine Mittelstandsarbeit herangeht.

Wenn der NWDR richtig berichtet hat — und das soll er ja meistens tun —, dann hat Herr Ollenhauer gesagt, daß die Handwerker sich immer mehr von selbständigen Erzeugern in Vollbringer von Dienstleistungen verwandelt hätten. Das ist genau das Gegenteil von dem, was wir vom deutschen Mittelstand halten. Wir sehen in ihm das schöpferische Element der deutschen Wirtschaft, die Vorschule der Großindustrie und die Garantie für unseren Facharbeiter, seinem Chef zu sagen: Ich mache nicht mehr mit, ich mache mich selbständig. Wir sehen in diesem Mittelstand die Garantie für die bürgerliche Freiheit schlechthin.

Weil das so ist, meinen wir, daß wir als christliche Demokraten verpflichtet sind, dieser sozialen Aufgabe des deutschen Mittelstandes unsere besten Dienste zur Verfügung zu stellen. (Starker Beifall.)

Dr. Josef Bock:

Auch eine Wirtschaftspolitik, die funktionieren soll, braucht einen entsprechenden seelischen Kredit im Volk. Sie braucht mit anderen Worten das Vertrauen der breiten Schichten des Volkes. Wir stellen dabei in Deutschland etwas sehr Eigenartiges fest. Auf Grund der sozialen Entwicklung der letzten hundert Jahre ist es wohl so, als ob jene Wirtschaftsordnungen, die immer überstark von Bindungen, Lenkungen und Planungen sprechen, ohne weiteres Sicherheitsgarantien für die breiten Schichten des Volkes darstellten, während die Wirtschaftsordnungen, die für die Freiheit der Menschen eintreten, Unsicherheit und Gefahr bedeutet hätten. Das sind seelische Ressentiments in unserem Volk, die — global gesprochen — sich auf die beiden Gruppen der Arbeitnehmer und Unternehmer aufteilen.

Was uns Herr Etzel heute als das Wirtschaftsprogramm der CDU vorge tragen hat, ist der erste große Versuch, die beiden Wirtschaftsauffassungen des linken und des rechten Flügels in der CDU wirksam und systemgerecht zu koordinieren. Ich glaube, die Arbeitnehmer in unserer Partei quittieren dankbar, daß im ersten Teil der Ausführungen von Herrn Etzel die Anliegen, die sie besonders bewegen, zum Ausdruck gekommen sind. Das ist das eine, was ich zum Ausdruck bringen möchte.

Das andere ist aber das, daß es die Arbeitnehmerorganisationen meines Erachtens nicht ausreichend verstanden haben, sich in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung so einzufügen, daß das Beste für die arbeitenden Menschen daraus entspringen konnte. Es ist schon so, daß der Effekt von sogenannten Sozialisierungsmaßnahmen minimalist. Sagen Sie mir den Effekt von Sozialisierungen! Sie brauchen nicht nur in den totalitären Osten zu schauen. Schauen Sie auf die Sozialisierung des Westens. Wer die Presse liest, kennt die Kritik der englischen

Gewerkschaften am Laboursystem. Ich glaube, wir müssen einen Appell an das Vertrauen zu einem Wagnis im wirtschaftspolitischen Leben machen. Die Arbeitnehmerschaft bekennt sich heute zu unserer Wirtschaftsordnung. Damit ist der Vertrauensfundus für unsere Wirtschaftspolitik geschaffen, der notwendig ist. Heute morgen hat Professor Erhard von dem Versuch der Sozialdemokraten gesprochen, Wettbewerb und Planung zu koordinieren. Es ist nicht so, als ob diese beiden fundamentalen Ordnungsmittel zu koordinieren seien. Es kommt für uns entscheidend darauf an, daß die wichtigsten Ordnungsmittel so angesetzt werden, daß sie das Primäre — nämlich die Funktion des Marktes und des Leistungswettbewerbs — nicht stören. Darum können wir diese Ordnungsmittel nur soweit ansetzen, als sie mit unserem Marktprinzip und mit dem Leistungswettbewerb zu vereinbaren sind.

Ich bin davon überzeugt — und wir sollten es auch in der gesamten Union sein —, daß mit institutionellen und organisatorischen Neuregelungen nicht das Letzte in dem Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu klären ist. Es wird für uns entscheidend darauf ankommen, daß wir die soziale Chance unserer Zeit darin sehen, daß die menschlichen Verhältnisse zwischen beiden Gruppen besser werden müssen, damit sich nicht das Wort bewahrheitet, das einmal ein Franzose gesprochen hat: Es gab bisher zwei Formen, die Wirtschaft auf den Hund zu bringen. Die eine war die, nicht zu wissen, wie man produziert, und die andere, nicht zu wissen, wie man absetzt. — Es gibt heute noch eine dritte Form: Nicht zu wissen, wie man mit Menschen umgeht! (Beifall.)

Präsidentin Dr. Gröwel:

Es liegen noch 15 Wortmeldungen vor. Wir haben heute nachmittag noch zwei Referate entgegenzunehmen. Hoffentlich lernen wir aus diesem Parteitag, daß wir in Zukunft unser Programm nicht so stark mit Referaten vollpacken, daß kein Raum und keine Zeit mehr da ist für eine freie Diskussion. (Beifall.) Durch die Zeitnot wird der Präsident in eine unangenehme Lage gebracht, weil er den Diskussionsrednern nur 5 Minuten Redezeit zugestehen kann. Es tut mir leid, aber ich muß es trotzdem tun. Bitte ersparen Sie mir als Frau und Hamburgerin und damit als Vertreterin des gastgebenden Landes, härtere Mahnungen auszusprechen.

Willi Lulay, Nordbaden:

Ich habe mich außerordentlich darüber gefreut, daß der Herr Bundesarbeitsminister auf die besonderen Leistungen hingewiesen hat, die im sozialpolitischen Raum in den vergangenen Jahren durch die Regierung und unsere Partei erzielt worden sind; insbesondere gilt das für die Kriegsopferversorgung.

Ich möchte in diesem Zusammenhang an den Herrn Bundesarbeitsminister die Bitte richten, sich mit besonderer Aufmerksamkeit der Verwaltung der Kriegsopferversorgung zu widmen. Wenn es gelungen ist, nach der Verabschiedung des Kriegsopferversorgungsgesetzes die Kriegsofopfer raschestens vorläufig zu befriedigen, dann haben wir das in erster Linie der entscheidungsvollen Arbeit der Beamten und Angestellten dieser Verwaltung zu verdanken, die bis an den Rand des Möglichen oft mehrere Überstunden am Tage geleistet haben und dafür praktisch oft nur Undank ernten mußten, weil trotz ihrer großen Arbeit die Dinge nicht so rasch geschehen konnten, wie man das schlechthin erwartet hat. Sie können feststellen, daß der Krankheitsanfall bei den Beamten und Angestellten der Versorgungsämter infolge der Überbeanspruchung tatsächlich 40 % ausmacht. Das ist ein Beweis dafür, hier nach dem Rechten zu sehen, um eine Entlastung dieser Verwaltung herbeizuführen.

Ich möchte noch einige Worte zur Frage der Mitbestimmung sagen. Es ist bezeichnend, daß ausgerechnet die Gegner des Betriebsverfassungs-

gesetzes nach seiner Verabschiedung sehr rasch den Wert dieses Gesetzes erkannt haben und nun bemüht sind, es mit ihrem Geiste zu erfüllen, während wir in den Betrieben feststellen können, daß unsere Menschen, die die Berufensten wären, dieses Gesetz mit dem Geist zu erfüllen, aus dem heraus es geschaffen worden ist, sich einer ungeheuren Bescheidenheit befleißigen. Es ist an der Zeit, daß unsere Menschen in den Betrieben endlich einmal erwachen, aus ihrer Bescheidenheit heraustreten und sich bemühen, Betriebsrätarbeit zu leisten, auch dann, wenn sie nicht dankbar ist. Sonst ist es tatsächlich so, daß wir diesen ganzen Raum den „Genossen“ allein überlassen. Es ist doch auch so, daß das Christentum nicht allein in der Kirche, sondern nach meiner Auffassung heute auch weitgehend im Betrieb verteidigt werden muß.

Das oben Erwähnte trifft auch für die Gewerkschaftsbewegung zu. Es ist bedauerlich und erfreulich zugleich, daß gerade unsere alten führenden christlichen Gewerkschaftler nach 1945 berufen waren, weitgehend im politischen Raum tätig zu sein. Sie sind deshalb in der Gewerkschaftsbewegung vollständig ausgefallen. Ein Nachwuchs war leider in dem Maße nicht da, wie er notwendig gewesen wäre.

Früher hatten die Menschen, die im politischen Raum neben ihrer gewerkschaftlichen Arbeit tätig waren, den Schutz durch unsere Christlichen Gewerkschaften. Das können wir heute von der Einheitsgewerkschaft nicht erwarten. Um so mehr wird es notwendig sein, daß unsere Menschen, die in der Gewerkschaftsbewegung tätig sind und im politischen Raum innerhalb der CDU aktiv mitwirken — also nicht mehr den Schutz der Christlichen Gewerkschaften hinter sich haben —, mehr als in der Vergangenheit durch unsere Partei geschützt werden, sonst laufen wir Gefahr, daß die ehemaligen christlichen Gewerkschaftler infolge Angst und Sorge um ihre Stellung sich ebenfalls aus dem politischen Raum zurückziehen. Dafür sollte unsere Partei in Zukunft mehr Verständnis haben als in der Vergangenheit. (Beifall.)

Dr. Kohl:

Die Diskussion um die Eigentumsbildung beweist, in welchem Maße die Christlich Demokratische Union bestrebt ist, ihr Wirtschafts- und Sozialprogramm in die Tat umzusetzen. Sozialausschuß und Wirtschaftsausschuß sind, wie Sie gehört haben, auf verschiedenen Wegen unabhängig voneinander zu einem übereinstimmenden Vorschlag gelangt, die Bildung neuen Eigentums für jedermann zu betreiben.

Nachdem eine Reihe von Vorrednern die Gedanken der Sozialausschüsse vorgetragen hat, gestatten Sie mir, daß ich namens der Vertreter der im Wirtschaftsausschuß tätigen Unternehmer einige Worte vom Unternehmerstandpunkt aus hinzufüge.

Längst bevor die Staaten selbst zu wirtschaften und damit ihre eigenen Aufgaben zu vergessen begannen, entwickelten sich die Unternehmen auf der Grundlage des Wettbewerbs und auf der Grundlage des der Erhaltung und Mehrung des Privateigentums entspringenden unternehmerischen Könnens und der unternehmerischen Initiative. Der sittlich-ethische Ausgangspunkt dieses im einzelnen von den Vätern überkommenen oder durch eigenen Sparsinn erworbenen Privateigentums steht außer Frage. Das durch eigene Leistung immer wieder neu zu erwerben, was man ererbt von seinen Vätern hat, ist nur die dichterische Abwandlung der christlichen und rechtlichen Erkenntnis, daß das Eigentum eine starke Wurzel segenspendender Kräfte darstellt.

Wir halten deshalb an diesem privaten Eigentumsbegriff fest, gleichviel, ob er sich niederschlägt im Eigentum des unternehmerischen Mittelstandes, oder ob er im Eigentum der Aktiengesellschaft seinen Ausdruck findet, deren Anteilseigner oft Tausende und Abertausende kleine und kleinster Aktionäre sind, und zwar größtenteils — wie ich selbst an

Hand der neugeschaffenen Namensaktien der Montanindustrie festzustellen Gelegenheit hatte — Rentner, Pensionäre, also Kreise, die heute zu den gegenüber dem allgemeinen Niveau materiell am meisten zurückgebliebenen Volksschichten gehören. Auch ihnen gebührt der gesetzliche Schutz des Eigentums, sowohl was die Substanz wie auch den Nutzen daraus anbelangt.

Nachdem im übrigen in der Verteilerindustrie die Entflechtung durchgeführt und in Kohle und Eisen das Mitbestimmungsgesetz erlassen ist, liegt auch bei diesen Betrieben zu weitergehenden Eingriffen in das Eigentumsrecht kein Anlaß vor. Ich bin darüber erfreut, aus dem Munde unseres Parteifreundes Albers gehört zu haben, daß dies die einheitliche Auffassung aller unserer Parteifreunde ist und daß die wesentlichen Forderungen des Ahlener Programms damit als erfüllt zu gelten haben.

Um so befriedigter ist die Unternehmerschaft über das erneute einmütige Bekenntnis der Partei zum Eigentum. Gerade wegen ihrer grundsätzlichen Einstellung zum Eigentum, wegen ihrer Bejahung des Eigentumsbegriffes, begrüßt die Unternehmerschaft das ideologische Prinzip, das dem Arbeitnehmer in irgendeiner Form Eigentum vermittelt. Unter den möglichen Eigentumsbildungen, wie Eigenheim, Sparkonten, Wohnungseigentum usw., spielen jene Formen des Eigentums eine bedeutsame Rolle, die wir unter dem Stichwort „Partnerschaft im Betrieb“ zusammenfassen.

Die Substanzbeteiligung der Arbeitnehmer im eigenen Betrieb dient der Überwindung des von der Sozialdemokratischen Partei praktisch geforderten Kollektivs und bedeutet eine Absage an die Klassenkampfpapieren. Diese Konzeption schreitet fort auf dem vom Betriebsverfassungsgesetz vorgezeichneten Wege. Kein verantwortungsbewußter Unternehmer kann und wird sich heute der Mitwirkung seiner Arbeitnehmer in betrieblichen Angelegenheiten entziehen, im Gegenteil, die Pflege der vertrauensvollen Zusammenarbeit im Betrieb ist eine der vornehmsten Aufgaben des Unternehmers, der damit zu seinem Teil dazu beiträgt, die nun einmal in hochindustrialisierten Ländern bestehenden sozialen Spannungen zu überbrücken. Den Rahmen hierzu bietet das vom Bundestag verabschiedete und nun in der Praxis anlaufende Betriebsverfassungsgesetz.

Im Geiste dieses Gesetzes ist die Unternehmerschaft dringendst an der Entkollektivierung ihrer Arbeiter interessiert; nicht als ob es nicht bisher wesentliche Ansätze für die Eigentumsbildung der Unternehmerschaft gegeben hätte, was aber die Unternehmerschaft begrüßt, ist die Initiative unserer Partei, für die Partnerschaft im Betrieb eine Rahmengesetzgebung zu schaffen durch Erlaß der erforderlichen handelsrechtlichen Vorschriften und durch Einräumung von steuerlichen Vergünstigungen. Freilich eine allgemeine gesetzliche Schablone zu schaffen wäre wirklichkeitsfremd. Was dem einen Unternehmer — z. B. im Großbetrieb — frommt, das paßt nicht für den kleinen oder mittleren Unternehmer. Man sollte sich daher vor der Anwendung gesetzlichen Zwanges hüten. Wegen der Vielgestaltigkeit der wirtschaftlichen und rechtlichen Erscheinungsformen der Beteiligungsmöglichkeiten sollte jede Schematik vermieden und der Initiative der Unternehmer breiter Spielraum eingeräumt werden.

Herr Schmücker hat bereits auf die Tagung der Sozialdemokratischen Partei in Essen verwiesen, in der Herr Ollenhauer diese Arbeitsgemeinschaft selbständig Schaffender in der SPD gegründet hat. Herr Ollenhauer hat dazu gesagt, der selbständige Erwerbstätige habe die gleichen Sicherungsbedürfnisse wie der Arbeiter, da Besitz und Vermögen als Grundlage der Altersversorgung in Wegfall gekommen seien. Wir wollen in der Christlich Demo-

kratischen Union genau das Gegenteil. Durch Eigentumsbildung in allen Bevölkerungsschichten wird dem Bedürfnis nach Sicherheit besser Rechnung getragen als durch zweifelhafte Sicherheit des Kollektivs, das immer wieder in Vermassung und Klassenkampf enden muß.

Unser Wunsch ist es, daß auch die Gewerkschaften, mit denen wir von der Unternehmerschaft als soziale Tarifpartner jederzeit zusammenarbeiten werden, sich diesen Gedankengängen anschließen mögen. Wie wir die Partnerschaft im Betriebe verwirklichen, das wird in der nächsten Zeit in irgendeiner Form geschehen müssen; am Ende steht aber auch hier das geistige Ziel — gleichgültig, ob der Betreffende Unternehmer oder Arbeitnehmer ist —: Freiheit des einzelnen und volle Entfaltung seiner Persönlichkeit. (Beifall.)

Dr. Strickrodt:

In der gebotenen Kürze muß ich ein leidiges Thema behandeln, das uns draußen im Lande fast jeden Tag beschäftigt: das Thema der Steuerreform. Da unser Bundesfinanzminister heute nicht zu uns sprechen kann — er ist zu wichtigen Verhandlungen nach Paris gefahren —, will ich als Vorsitzender des Spezialausschusses der Partei, „Finanzen, Steuer, Geld und Kredit“ Ihnen kurz berichten über die Arbeit, die wir geleistet haben. Wir haben sehr viele bedeutsame Anregungen aus dem Kreise unserer Mitglieder bekommen.

Zu den Forderungen zur Steuerreform möchte ich sagen: es ist ein besonderes Zeichen für den Geist unserer Partei, daß diese Forderungen niemals einen einseitigen oder gar intoleranten Charakter angenommen haben. Es ist wirklich bezeichnend, daß bis zu dieser Nachmittagsstunde hier von diesem Platz aus niemand steuerliche Forderungen für bestimmte Schichten oder Berufskreise unseres Volkes angemeldet hat.

So werden auch wir fortfahren in der Arbeit, einen gerechten Ausgleich herbeizuführen. Wir stehen dabei in einem echten Zwiespalt. Wir sehen auf der einen Seite, daß die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen durch die Besteuerung in eine echte Notlage gekommen sind. Das gilt besonders für die freien Berufe, wo die Menschen an ihre Altersversorgung zu denken haben, und auch für den Mittelstand. Wir sehen aber auf der anderen Seite, wie die Wirtschaftskraft unserer Unternehmer in einer ganz gefährlichen Weise durch das Übermaß der Besteuerung bedroht ist. Die Rationalisierung, die uns auferlegt ist, um Schritt zu halten mit dem Konkurrenten im Ausland, legt dem einzelnen große finanzielle Verpflichtungen auf. Es muß immer wieder gesagt werden: wer sich in diesem Konkurrenzkampf nicht immer wieder zu stärken weiß, der wird auf der Strecke bleiben.

Es ist kein egoistisches Anliegen, wenn aus diesen Kreisen eine Kapitalbildung im Unternehmen verlangt wird, sondern es ist einfach eine Notwendigkeit dieser sozialen Gebilde. Wir müssen einen Weg finden in der Steuerreform, der sowohl die echten sozialen Anliegen und das Eigenleben der Familie steuerlich unterstützt und entlastet, aber auch auf der anderen Seite die unternehmerische Kraft stärkt. Es kann kein „entweder oder“ für uns geben — entweder Stärkung des Konsums und soziale Leistungen mit Hilfe der Steuerreform oder auf der anderen Seite die Stärkung der Kapitalkraft der besitzenden Schichten —, sondern ein Miteinander echter Konsumförderung und Kapitalstärkung ist unsere Aufgabe. Es ist sicher, daß eins dem anderen helfen will. Wenn wir den Konsum stärken, regen wir damit die Kapitalbildung an, und stärken wir die Kapitalbildung, dann kommen wir zu einem höheren Lohn und damit zu einem größeren Sozialprodukt.

Ich darf nun ein kurzes Wort zur Finanzpolitik sagen, weil unser Freund Schäffer nicht hier ist. Die Finanzpolitik der Bundesregierung ist nur zu einem kleineren Teil heute eine Finanz-Innenpolitik; sie ist weit darüber hinaus ein Bestandteil der Außenpolitik geworden. Es ist nicht von ungefähr, daß Herr Schäffer schon tagelang in Paris sitzt und sich mit den Partnern, die nun an unserer Steuerkraft mit partizipieren — sei es durch die Besatzungslast, sei es durch die Europäische Verteidigungsgemeinschaft — auseinandersetzen muß. In diesem Kreis kann man nicht nur Nein sagen. Nur wer bereit ist, dieser werdenden überstaatlichen Gemeinschaft auch in finanzieller Hinsicht etwas zu geben, der hat ein Recht darauf, Forderungen zu stellen, daß ihm aus dieser Gemeinschaft heraus geholfen wird.

Wir als Parteitag müssen sowohl der Regierung als auch unseren Freunden im Bundestag eine Weisung mit auf den Weg geben. Die Kleine Steuerreform, die schon seit Monaten in Parlamenten anläuft und über die öffentlich diskutiert wird, ist in Gefahr, zu versanden. (Zurufe: Hört, Hört!). Die Gegner auf der Linken wollen durch immer neue Anträge und Zweifelsfragen diese Reform einfach nicht zu einem Ergebnis kommen lassen in dieser Legislaturperiode. Wir müssen unsere Freunde im Parlament bitten, daß sie nunmehr unter Verzicht auf manches durchaus ernste Anliegen hier versuchen, die Kleine Steuerreform zu verabschieden. (Beifall.)

Wenn wir sie haben, dann werden wir aus ihr sehr viel lernen können für die Große Steuerreform. Wir werden dann überhaupt die ganze wirtschaftssteigernde Kraft dieser steuerlichen Entlastungen — mögen sie auch zunächst bescheiden sein — kennenlernen und damit den Mut finden, auch die außenpolitische Freiheit zu gewinnen. Dann wollen wir die große, uns allgemein kräftigende deutsche Steuerreform durchführen. (Beifall.)

Präsidentin Dr. Gröwel:

bittet die Diskussionsredner, in freier Rede zu sprechen.

Egon Endres, Berlin:

Nachdem unsere gastgebenden Freunde aus Hamburg heute morgen ihre eigenen Sorgen, die ihnen die Stadt Hamburg verursacht, vertrauensvoll — so darf ich einmal sagen — in den Schoß des Parteitages gelegt haben, wollen wir von Berlin auch das gleiche tun. Wir haben auch unsere großen und ernstesten Sorgen in dem politischen Existenzkampf unserer Stadt Berlin. Ich möchte aber in aller Öffentlichkeit dieses Parteitages im Namen von Berlin unseren Dank zunächst abstaten dem Bundeskanzler, der Bundesregierung, auch der Fraktion, allen Freunden, die Verständnis und Hilfe für die Notlage Berlins gefunden haben. (Beifall des Hauses.)

Diese Hilfe — materiell für uns unendlich wichtig, psychologisch gar nicht abzuschätzen — hat dank der Anstrengungen, die wir in Berlin damit verwirklichen konnten, dazu geführt, in der Stadt über 100 000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Aber die Flüchtlingswelle, die immer wieder erneuten Schwierigkeiten unserer insularen Lage, fordern, daß wir uns immer wieder mit dem Problem befassen. Die Schwierigkeiten wachsen immer noch von Tag zu Tag.

Wir haben die Bitte, daß wir unsere Wünsche für die Hilfe Berlins dem Bundesparteitag auch in den Schoß legen dürfen, wobei wir in den Vordergrund stellen, daß es uns in Berlin darauf ankommt, zunächst in Eigenhilfe die Stadt Berlin wirtschaftlich und politisch freizumachen. Auf die Eigenhilfe legen wir deshalb Wert, weil so viele Kräfte da sind, die wir mobilisieren können, für die wir aber gesetzgeberische Hilfe und Maßnahmen brauchen.

Mein Herr Vorredner hat sich vorhin gewundert, daß über steuerpolitische Dinge nicht gesprochen wurde. Wir wollten das! Wir wollten die

Frage eines steuerpolitischen Förderungsprogramms für Berlin mit allem Ernst hier dem Bundesparteitag vorlegen. Wir wollten die Frage des Hilfsprogramms von Berlin mit allem Ernst dahin darstellen, daß nicht die einzelne Maßnahme als solche, sondern Maßnahmen mit weiter wirtschaftlicher Streuung das Entscheidende für die Hilfe Berlins, aber auch das Entscheidende für alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen sein sollte.

Ich halte Ihnen kein vorbereitetes wirtschaftspolitisches Referat über Berlin. Ich darf mir aber erlauben, alle diese Sorgen, Anregungen und Wünsche, die wir haben, in einer kurzgefaßten Entschlie ß u n g vorzutragen, um deren Annahme ich Sie herzlichst und dringend bitte. Ich glaube, daß diese Entschlie ß u n g das, was wir sagen wollen, kürzer sagt als ein Referat. Ich bitte also um die Erlaubnis, diese Entschlie ß u n g verlesen zu dürfen.

Wir bitten, daß der Bundesparteitag folgende Entschlie ß u n g annimmt:

„Der Bundesparteitag dankt dem Kanzler und der Bundesregierung für die bisherige Hilfe, die Berlin in seinem Existenzkampf gestützt hat.

Zur dringend nötigen, weiter verstärkten Hilfe gehört es, die Konsumkraft Berlins zu erhöhen, die Eigenmittel seiner Unternehmen zu verstärken, einen zusätzlichen Anreiz für die Betätigung von Unternehmen und qualifizierten Arbeitskräften in Berlin zu bieten, um dadurch die drückende Arbeitslosigkeit zu lindern.

Der Parteitag setzt sich für diese Forderung ein und erbittet daher die baldige Vorlage eines steuerpolitischen Förderungsprogramms, welches die Einkommen- und Lohnsteuer in Berlin gleichermaßen und wesentlich senkt; die Einführung der Frachtbasis Helmstedt und die Erstreckung des Altbankengesetzes auf Berlin.

Berlin hat Schäden erlitten, die schwerer sind als die Schäden der Notstandsgebiete des Westens. Trotz dieser unvergleichlichen Belastung sind Berlin politische Aufgaben gesetzt, für deren Erfüllung das deutsche Volk dankbar ist. Deshalb bitten wir, daß ein Weg beschritten wird, der es Berlin ermöglicht, seinen Kampf um die Freiheit aus eigenen Kräften weiterzuführen und zu bestehen.“ (Beifall.)

Frau Ebersoldt, Westfalen:

In der Eröffnungsfeier am Sonntag morgen im Schauspielhaus sprach unser verehrter Bundestagspräsident Dr. Ehlers uns daraufhin immer wieder an, in der Liebe zum Nächsten nicht zu erlahmen. Er ermahnte uns wiederholt, denjenigen Menschen zu helfen, die dringend unserer Hilfe bedürften.

Ich hörte gestern abend leider zu spät, daß unser verehrter Abgeordneter Kunze das Problem der Fliegergeschädigten, Wohnungsgeschädigten und Evakuierten mit sehr warmem Herzen hier vorgetragen hat. Ich möchte, da wir in der Christlich Demokratischen Union so viele Gruppen zu betreuen haben, diese Gruppe einmal ganz besonders herausstellen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich ganz besonders denjenigen danken, die im vergangenen Jahr gerade zu dem Problem der letztgenannten Gruppe, der Evakuierten, dazu beigetragen haben, besonders im Land Nordrhein-Westfalen, daß das Evakuiertengesetz am 21. März in Kraft getreten ist. Damit ist das Recht auf Rückführung dieser Menschen gesichert. Es ist vorgesehen, Wohnungen für diese Menschen zu bauen. Ich bedauere es aber außerordentlich, daß unsere Vorlage — ich durfte mitarbeiten als Mitglied im Evakuiertenbeirat des Sozialministeriums Nordrhein — die sozial-wirtschaftliche Betreuung für die Evakuierten, nicht zustande gekommen ist. Ich habe durchaus Verständnis bei der großen finanziellen Notlage unserer Bundesrepublik, daß wir für diese Zwecke vielleicht kein Geld auswerfen können.

Ich möchte aber doch recht herzlich diejenigen bitten, die bei der Vorbereitung des Bundesevakuiertengesetzes mit tätig sind, die sozial-wirtschaftliche Lage gerade dieser Kreise berücksichtigen zu wollen. Bedenken Sie, daß diese Menschen bereits zehn Jahre draußen irgendwo sitzen und im allgemeinen ältere Menschen sind, die dringend dieser Fürsorge bedürfen. Wir wollen sie nicht zum Wohlfahrtsamt schicken.

Zum Lastenausgleich möchte ich keine weiteren Ausführungen machen, weil diese Angelegenheit schon besonders besprochen worden ist, obschon das Lastenausgleichsgesetz sehr viele Mängel aufweist.

Ich bitte diejenigen, die in Zukunft an dem Bundesevakuiertengesetz mitwirken, doch alles daran zu setzen, unsere Sorgen, die wir aus der Betreuung an Sie heranbringen, berücksichtigen zu wollen. (Beifall.)

Präsidentin Frau Dr. Gröwel:

unterbrach die Diskussion, um zunächst einmal die beiden Redner des Nachmittags, deren Vorträge für 15 Uhr angesetzt waren, sprechen zu lassen.

Das Wort nahm zum Thema

„Familie und Erziehung“

Frau G. Praetorius, M.d.L.:

Nachdem wir in den letzten Tagen so verschiedene und ausgezeichnete Referate über die Grundsätze unserer Politik und ihre praktischen Folgerungen gehört haben, möchte ich Sie bitten, mit mir jetzt einmal einen anderen Weg zu gehen. Ich möchte Sie zum Schluß der Referate einen Weg der Besinnung führen und Sie hiermit bitten, mir auf diesem Weg zu folgen.

Ich soll über Familie und Erziehung sprechen. Die zerreißende Zweispieltigkeit unseres modernen Lebens wird uns am eindeutigsten an der Krisis von Ehe und Familie deutlich. Wir spüren, was hier zerstört wird, geht an die Wurzeln unseres Seins und macht den Boden schwankend, auf dem wir stehen. Wenn wir nach der Familie fragen, so ist das keine langweilige Angelegenheit neben vielem sonst, über die wir alles Notwendige wissen. Wir rühren damit an den Lebensnerv. Wir wüßten den Schlüssel zur Lösung aller unserer gesellschaftlichen Probleme, wenn wir das Lebensgesetz der Familie recht kennen und ihm Geltung verschaffen könnten als Leitbild auch unseres gesellschaftlichen Lebens.

Aber die Familie steht heute neben der Gesellschaft. Die Grundtendenzen dort, ihre Formen, ihr Aufbau, die Kräfte ihres Funktionierens, kommen aus anderen Wurzeln. Die Beziehung zu Staat und Gesellschaft wird heute vom Individuum verwirklicht. Seit der Renaissance läuft der Strom der Entwicklung hin zum sich selbstverantwortlichen und sich selbst dienenden Menschen, dessen Kraft und dessen irdisches Glück Maß und Sinn allen Schaffens geworden ist. Zur Durchsetzung seiner Ansprüche mußte er die Gleichheit aller Wesen proklamieren, die Menschenantlitz tragen. Dabei merkte er zunächst nicht, daß er mit dem Gleichheitsgrundsatz im Letzten die Erfahrung der Gemeinschaft preisgegeben hat. Denn Gemeinschaft entsteht unter Ungleichen, wo man weiß, daß man der Ergänzung, der Hilfe des Anderen bedarf. Unter Gleichen gibt es höchstens Konkurrenz, oder Interessenverbände. (Beifall.)

Das Ergebnis der ungeheuren Kraftentfaltung des liberalen Zeitalters ist Ausbreitung und grenzenlose Isolierung des Menschen, der sich durch die Flucht in die Masse und ins Kollektiv, das ihm Schutz geben soll, zu retten versucht. Das funktioniert aber nur durch rücksichtsloses Absehen vom Besonderen, durch Zurichten auf ganz bestimmte Zwecksetzungen. So verliert der Mensch in der Masse sein ihm eigentümliches Antlitz. Das aber ist die Krisis. In dieser Krisis des Menschen fragen wir ganz neu nach der Familie; weil es hier um echte Gemeinschaft geht.

Das Sinnen nach Wiederherstellung der Gemeinschaft ist vielleicht zu allererst in der jungen Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts erwacht. Dann ließ die Todeserfahrung des ersten Weltkrieges unter den Menschen die Frage nach dem „wir“ wieder ganz neu aufbrechen. In der Jugendbewegung ist dieses Ahnen und Ringen um die Gemeinschaft tief und lebendig fortgesetzt worden, bis der Nationalsozialismus dieses Ringen mißbrauchte und es in Formationen und Parolen paraphierte. Nun stehen wir neu nach der Frage der Gemeinschaft. Dabei wenden wir uns der Familie zu.

Werfen wir einen Blick auf die tatsächlichen Verhältnisse der Familie. Bemerkenswert ist bei allem Zerfall im einzelnen, wie sich die Familie auch in der modernen Gesellschaft behauptet. Ja, man kann sagen, je mehr der Mensch, der noch ein Gefühl für innere Gesundheit hat, den kollektiven Mächten und ihrem totalen Anspruch ausgesetzt ist, desto fester hält er die Familie hoch als einsame Insel, wo er sich bergen kann. Der „ohnehin“-Standpunkt gegenüber außerberuflicher Beanspruchung ist daher manchmal schon positiv zu werten. Die Familie hat ihre Festigkeit ohne die Stützen der Gesellschaft in der charakterlichen Qualität der beiden Eheleute, wobei gerade die Bewährung der inneren Selbständigkeit der modernen Frau eine nicht zu übersehende tragende Rolle spielt.

Es ist ein Geheimnis um die Ehe, dem wir einen Augenblick nachsinnen müssen, um wirklich die Voraussetzungen für das zu gewinnen, was uns hier beschäftigen muß. Nämlich die Frage: Warum Ehe und Familie Grundlage und Leitbild gesunden menschlichen Lebens ist. Es geht eben um mehr, als nur Familienpolitik neben anderem. Wir stehen mit dieser Frage an der entscheidenden Wendung unserer Zeit, nämlich der: wie überwinden wir die Renaissance, soweit sie die göttlichen Bindungen lockerte und verleugnete, die französische Revolution und in deren Folge den Kollektivismus? Richtige Familienpolitik ist praktische Antwort und der Angelpunkt all unserer Politik überhaupt. Darum gestatten Sie mir auf diesem Parteitag, der ja die Grundlinien unserer zukünftigen Politik aufzeigen soll, eine Besinnung — ich bitte um Genehmigung, daß ich das tun darf —, die ins Theologische vorstößt und wenigstens skizzenhaft eine geistige Fundierung dessen, was uns bewegen soll, aufzuzeigen versucht. Denn die Grundlagen können nicht aus herkömmlichen Rezepten und nachgesprochenen Ideologien gewonnen werden, sondern müssen tief gelegt sein und mit bewegtem Herzen, nämlich im Glauben, erkannt werden.

Ich will es so knapp wie möglich sagen: Gott schuf den Mensch als Mann und Frau. Es ist also das Wesensmerkmal des Menschen, daß er Mann und Frau ist. Wir können nicht Mensch sagen, ohne entweder Mann oder Frau und ohne zugleich Mann und Frau zu sagen. Der Mensch — Mann und Frau — muß erkennen, daß er nur in Gemeinschaft mit dem, der anders und doch gleich ist — Er und Sie — vollkommen Mensch sein kann. Wir müssen zurück zu der Erkenntnis, daß die Gemeinschaft, das heißt die Abhängigkeit voneinander, die Grundlage unserer Existenz ist. Das Angewiesensein an das Du des Mitmenschen macht uns erst zum Menschen. Diesem Menschen, als Mann und Frau, hat Gott die Weisung gegeben, fruchtbar zu sein, sich zu mehren und sich die Erde untertan zu machen. Also: sowohl die Familie mit der Aufgabe der Kinderaufzucht, als auch die Gestaltung des Erdenlebens und Schaffens, sind Werke beider, ohne unterscheidende Arbeitsteilung nach der Verschiedenartigkeit des Geschlechts. Diese Einsicht neuerer Theologen muß von unabsehbarer Bedeutung für alle Bereiche des Lebens sein. In der entstehenden Formulierung der Forderung nach Gleichberechtigung bricht dies an sich echte Anliegen durch. Gerade die Christen hätten die Aufgabe, im vorurteilsfreien Hören auf das Gebot Gottes diese Formulierung der Gleichberechtigung aus der hilflosen Säkularisierung zu befreien, und es an seine rechte Stelle zu rücken. (Beifall.)

Es geht immer um das Wir gottgewollter Gemeinschaft. Die Frau ist des Mannes Gehilfin. Der Mann ist der Erste. (Lebhafter Beifall.) Bitte hören Sie weiter, was das bedeutet. Ihm gehört das Primat, nämlich des Dienstes, (Aha-Rufe und Heiterkeit) der Führung. Aber seine Schwäche ist seine Ergänzungs- und Hilfsbedürftigkeit. (Erneute Heiterkeit.)

Das ist eine ganz ernste Angelegenheit. So stehen Mann und Frau einander ebenbürtig und gleichwertig gegenüber. Das Geheimnis ist groß, nämlich Abbild zu sein von Christus und seiner Gemeinde. Paulus führt dies Verhältnis näher aus. Es ist ein gegenseitiges sich Untertansein in der Furcht Gottes. Dies ist das Lebensgesetz der Ehe, das die Familie trägt. Zum Schaden der rechten Erkenntnis wird das Gegenseitigkeitsverhältnis ineinander sein, aber nach Eph. V. Vers 21 leider so oft vergessen. Der Frau sagt Paulus im besonderen, daß sie ihrem Manne untertan sei in dem Herrn. Die Frau bringt dem Manne das Geschenk der Hingabe ihres ganzen Seins in freier Entscheidung mit Freuden, weil der Mann ihr seine Liebe entgegenbringt — wie Christus seine Gemeinde geliebt hat, nämlich bis zum Tode am Kreuz. Diese Liebe schließt alles Opfern in sich, dessen ein Mensch fähig ist. Wenn der Mann sich diese Würde des Hauptseins eigenmächtig nimmt und die Frau zwingt, sein Körper zu sein, so ist schon alle Gemeinschaft aufgelöst. Denn kein Mensch hat das Recht, Gewalt über einen anderen zu beanspruchen. Der Mann übt das Amt recht aus, der das Liebesgebot befolgt und der vergift, daß er die Krone des Hauptseins trägt, wie es einmal eine bedeutende Frau gesagt hat. Beiden sind die Kinder anvertraut. Der Gehorsam und die Ehrfurcht der Kinder wird gegenüber beiden gefordert. So ist die Ehe ein Sanctum, weil sie Gottes Stiftung und sein Vorbild des Sichopfern und -hingebens ihre Grundkraft ist. Von da aus verstehen wir, wie ernst die Frage um die rechte Neufassung der Familienrechtsparagrafen ist. Denn gerade weil Ehe und Familie als das konkrete Vorbild und Urbild echter menschlicher Gemeinschaft nicht gefährdet und die besondere Bestimmung der beiden Geschlechter nicht verfälscht werden darf, muß jede vorschnelle oder vordergründige Lösung, aus der der einzelne ein egoistisches Recht für sich herleiten kann und damit die gemeinsame Aufgabe zunichte macht, vermieden werden. (Beifall.) Darum sollten wir in Geduld die Beratungen ansreifen lassen und berücksichtigen, daß unter uns der eine Partner nicht die Stütze eines verbindlichen Gesetzes der kirchlichen Institution hat, sondern allein an das Gebot Gottes und sein Gewissen gebunden und von daher entscheidend ist.

Die Quintessenz dessen, was wir über das Wesen und die Bedeutung der Familie auszusagen haben, scheint mir am treffendsten die Junge Union des Rheinlandes formuliert zu haben, wenn sie sagt: „Das für alles irdische Gemeinschaftsleben richtungsweisende Prinzip der Solidarität des Zueinanderstehens und des gegenseitigen Beistands ist in der Familie Grundgelegt. Sie ist der Quell aller natürlichen Autorität; der Schutzpflicht des Mannes für Frau und Kind, der Fürsorgepflicht von Mann und Frau für alle unmündigen und altersschwachen Familienglieder. Sie ist zugleich die Wurzel der Kontinuität in der Folge der Generation.“ Alle anderen Autoritätsbereiche — das scheint mir wichtig zu sein: Lehrer — Schüler, Meister — Lehrling, Vorgesetzter — Untergebener, sind aus der Familie abgeleitet und haben lediglich Hilfsfunktionen im Sinne einer echten Auftragsverwaltung. (Sehr richtig!)

Alles, was die Familie aus eigener Kraft leisten kann, hat sie in gegenseitigem Verantwortungsgefühl ihrer Glieder selbst zu erfüllen. Nur das, was ihre Kräfte übersteigt, muß ihr von anderen Gemeinschaften und vom Staat abgenommen werden. Die in Ehe und Familie gestifteten Grundsätze der Personalität, der Solidarität und der Subsidiarität gelten durchgängig für alle anderen irdischen Gemeinschaften, bis hinaus zur Völkerfamilie. Sie sind das entscheidende Kriterium dafür, ob die Gemein-

schaftsformen der Schöpfungsordnung entsprechen oder sie zerstören. (Beifall.)

Welche Forderungen ergeben sich daraus für die Familie. Ich will sie hier kurz anführen, weil meine Vorredner, Herr Dr. Etzel und Herr Albers, heute morgen die Dinge mehrfach haben anklingen lassen.

Zum Negativen möchte ich sagen: Wir haben eine falsche Sozialpolitik abzubauen, die vornehmlich am materiellen Ausgleich individueller Schäden ausgerichtet ist und die Selbsthilfe zurückdrängt. (Sehr gut!)

Wir haben alle Überbeanspruchung durch Beruf und öffentliche Verpflichtung abzuwehren und sollten auch daran denken, einem Einzelnen nicht mehr Ämter aufzuladen als er wirklich erfüllen kann. (Beifall.) Wir sollten abwehren die Befriedigung überhöhter Lebensansprüche, wenn sie nur durch die Berufsarbeit der Ehefrau unter Verzicht auf Kinder erreicht werden können. Wir haben abzuwehren eine falsche Jugendhilfe, die zur Verwöhnung der Jugend führt, (Beifall), und zur Lähmung eigener Initiative und Verantwortlichkeit.

Zum Positiven möchte ich das, was schon gesagt worden ist, zusammenfassen: Wir fordern eine möglichst breite Streuung von Eigentum, so daß eine Vielzahl von Familien zu Besitz und Erbe kommt. An dieser Stelle erinnere ich an den Plan zur Gewinnbeteiligung. Wir fordern Familienausgleichskassen, so daß Kinderreichtum nicht mehr bestraft wird, (Beifall), sondern durch eine gesetzliche Sicherung eines ausreichenden Lohnes der Mut und die Freude an einer wachsenden, blühenden Familie entsteht.

Wir fordern eine gerechte Besteuerung der Familie, Zuschüsse bei Renten usw., die die erhöhten Lasten in der kinderreichen Familie vernünftig ausgleicht.

Wir fordern eine familiengerechte Wohnungspolitik. Das Heim muß so sein, daß sich die Familie in allen Phasen des Lebens gesund entfalten kann. Nicht die kleine oder Kleinstwohnung ist das Ideal, sondern die familiengerechte Wohnung, in der mehr als zwei Kinderbetten stehen können und der entsprechende Raum zum Spielen für die Kinder vorhanden ist. Dabei ist es nicht gerechtfertigt, daß bis jetzt 80% der öffentlichen Mittel an große Wohnungsbau-träger-Gesellschaften geflossen sind. (Sehr richtig und Beifall.) Die Forderung muß umgekehrt auf das Eigenheim zielen, am besten in einem Stock Boden zur zusätzlichen Ernährung und Freude der Familie. (Beifall.) Darum unterstützt der Bundesparteitag das von der CDU/CSU eingebrachte zweite Wohnungsbaugesetz und bejaht die Verabschiedung des Bauland-Beschaffungsgesetzes.

Um die Bodenspekulation zu wehren, und damit Überteurung zu verhindern, fordern wir ein Bodenbewertungsgesetz. Wo in innerstädtischen Bezirken die Erstellung von Eigenheimen nicht möglich ist, begrüßen wir eine gesetzliche Regelung zum Erwerb von Wohnungseigentum.

Ein weiterer Weg zur Förderung dieses Zieles ist die Anregung der Spartätigkeit durch die Steuerbegünstigung, den wir noch ausgebaut wünschten. Ich denke da z. B. an den jungen Menschen in einem Wohnheim, der spätestens mit der Erreichung des 25. Lebensjahres beim Verlassen des Heimes einen ersparten Grundstock zur Gründung einer Familie und eines eigenen Heimes haben sollte. (Beifall.)

Familienpolitik ist als durchgängiges Programm aller Innenpolitik an die Spitze zu stellen. (Beifall.) Wirtschafts- und Sozialpolitik usw. ist nach ihr auszurichten. Ich wünsche, daß man auch den Bundesjugendplan und Landesjugendpläne unter diesen Gesichtspunkt stellte. Gute Staatsbürger gewinnt man nicht an erster Stelle durch Aufklärung.

Ein guter Familienvater oder eine Mutter sind gute Staatsbürger und ein in der Autorität des Elternhauses groß werdender Sohn wird ein guter Staatsbürger.

Die Institution der Familie ist vor Zersetzung durch Presse, Funk und Film zu schützen. Wir begrüßen das Gesetz über den Jugendschutz, wünschten aber, daß es auch angewendet wird, sowie eine Erweiterung des Schutzes und Schundgesetzes, so daß auch die Jugendlichen über 16 Jahre nicht alle Filme, wie es jetzt der Fall ist, besuchen dürfen. (Beifall.)

Die Verantwortung der Eltern für die religiös-sittliche Erziehung kann ihnen durch kein staatliches Schulmonopol genommen werden. (Beifall.) Dieses Grundrecht kann auch nicht durch Mehrheitsbeschluß eines Parlaments aufgehoben werden. (Beifall.)

Mit diesen Forderungen sind wir schon bei den Zielen unserer Kulturpolitik angekommen, dem Fundament unserer Politik schlechthin. Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Gegen die Vergewaltigung des Menschen durch den Materialismus und gegen seine Bedrohung durch den Kollektivismus setzen wir Freiheit und Selbstverantwortung. Für sie gibt es echte Sicherung nur im christlichen Sittengesetz. Um des Menschen willen müssen christliche Grundsätze Grundsätze des öffentlichen Lebens werden. In allen Kräften ist dafür zu sorgen, daß unsere Jugend aufwächst in einer sittlich sauberen Umwelt, in gesunden Wohnungen und einer vom lebendigen Geiste und den 10 Geboten erfüllten Familie und in Schulen, denen die Eltern freudig ihre Kinder anvertrauen können. Wir lehnen die Einheitsschule ab und fordern ein organisch gegliedertes Schulwesen, das auf der vierjährigen Grundschule aufbaut (Beifall) und jeder Schulform ihr eigenes Gepräge läßt. Volksschulen, mittlere Schulen, 9jährige Gymnasien sind ebenso zu fordern wie das Berufsbild des Schulwesens. In praktischen und Organisationsfragen muß eine Einheitlichkeit zwischen den Ländern erreicht werden.

Bei den mir zur Verfügung stehenden 30 Minuten Redezeit ist es mir leider nicht möglich, die ganze Fülle unseres Kulturprogramms zu entfalten. Aber gestatten Sie mir, daß ich noch 2 Schwerpunkte setze. Wir fordern den Ausbau unseres berufsbildenden Schulwesens, nicht nur, weil wir uns dadurch einen erhöhten Leistungsstand der breiten Massen versprechen, sondern vor allem aus sozial-pädagogischen Gründen. Unsere heranwachsende Jugend, die so früh den zersetzenden Gefahren unseres modernen öffentlichen Lebens ausgesetzt ist, braucht einen breiten Strom von Erzieherinnen, die nicht nur eine hervorragende Ausbildung haben, sondern begabt sind mit gesunder Menschlichkeit, Güte und charakterlicher, weltanschaulicher Klarheit, damit sie dieser Jugend Helfer und Förderer sein können. Für die Mädchen brauchen wir neben solchen Schulen andere Möglichkeiten, um auf ihren künftigen Beruf als Hausfrau und Mutter vorbereitet zu werden. Ich freue mich, daß die Junge Union des Rheinlandes in ihren Leitsätzen auch an diese Frage gedacht hat.

Jetzt verweise ich auf das, was ich zu Anfang über die Ungleichheit von Mann und Frau gesagt habe: Wer wollte das Geheimnis dieser Unterschiedlichkeit aussagen, und dennoch — wir wissen darum. Aber in Erziehung und Bildung haben wir bisher so getan, als ob es schlechthin nur die Gattung Mensch gleich Mann gäbe, wenn ich von der Unterrichtung der Kinder nach Geschlechtern getrennt, absehe. Glauben Sie nicht auch, es könnte unser geistig-seelisches Leben unerhört bereichern, wenn wir das Eigentümliche des Wesens der Frau auch in Bildung und Erziehung stärker zur Entfaltung bringen würden? Sie spüren, ich drücke diese Frage in Frageform aus, weil es noch tastende Versuche sein werden auf Wegen, die aber gegangen werden müssen. Wir fordern deshalb eine eigenständige Frauenbildung. Wir wissen, daß im

Begehen dieses Weges uns die richtigen Erfahrungen zufließen werden. Wir brauchen eine höhere Frauenbildung, die zwar andersartig aber gleichartig ist für Berufe, die gerade das Besondere der fraulichen Eigenart verlangen.

Dazu noch ein Letztes, was vielleicht manche erstaunen wird. Wir brauchen die gebildete Hausfrau. (Beifall.) Dieses Ziel ist nicht mit einem „nur“ zu versehen, wie es manchmal geschieht. Das ist kein Ideal von 1914; das ist nach meiner Überzeugung die Aufgabe der Frau von heute und morgen, wenn es wahr ist, daß die Familie das Leitbild der Gesellschaft sein sollte. In der Familie hat die Frau ihre spezifische Aufgabe. Was ihr hier zufließt an Erfahrung und Einsicht in der geistigen Bewältigung dieser Aufgaben und Probleme, muß sie als Bürgerin über die Schwelle des Hauses hinaus in die übrigen Bereiche des Lebens tragen — verstehen, helfen, heilen und wegweisen. (Beifall.)

So schließt sich der Kreis. Und das Zentrum? Ich möchte diese Frage beantworten mit einem Wort von Max Picard: „Ein Mann, eine Frau, ein paar Kinder und ein paar Dinge. Sie sind beieinander in einer Welt, in der alles auseinanderfällt. Die letzten scheinen sie zu sein, die noch beieinander sind. Aber vielleicht sind es auch die ersten, die ersten in einer Welt, in der alles wieder beieinander ist, was zusammengehört.“ (Starker, langanhaltender Beifall.)

Frau Präsidentin Dr. Gröwel:

Frau Praetorius hat das Thema „Familie und Erziehung“ nicht nur entwickelt in seiner Problematik, sondern Sie hat für den Parteitag — ich glaube auch für die Zukunft — Wege aufgezeigt, die uns aus den Schwierigkeiten herausführen können. Wir sind uns darüber klar, es geht ja letzten Endes um Gott, auch bei der Polarität von Mann und Frau. So wollen wir die Sinndeutung dieses Referates als Auftrag in unsere Arbeit mit aufnehmen: Ich darf Ihnen noch einmal ganz herzlich danken, (Beifall.)

Das Wort nimmt zu einem Referat:

Unsere Forderungen für die Jugend

Emil Kemmer, M.d.B.:

Nach diesem ausgezeichneten Referat, das so viel Grundsätzliches auch für unsere Jugend enthalten hat, fällt es mir nun leichter, über die praktischen Forderungen, die wir für unsere Jugend zu stellen haben, zu reden. Da die Referate die Zusammenfassung des in den Arbeitskreisen Erarbeiteten und dementsprechend kurz sein sollen, ist es selbstverständlich nicht möglich, unsere Forderungen für die Jugend in einer an sich notwendigen Ausführlichkeit zu behandeln. Ich will daher versuchen, nur die wichtigsten Punkte, auf die es ankommt, in möglichster Kürze hervorzuheben.

Zuerst aber einige Vorbemerkungen. Über die Vorzüge und Nachteile der jungen Generation von heute ist viel geschrieben und noch mehr geredet worden. Aber man muß sich dabei vor Täuschungen hüten. Die heute 25jährigen waren 1933 5 Jahre, bei Kriegsbeginn 11 Jahre, beim Zusammenbruch 17 Jahre alt. Die heute 20jährigen wurden 1933 erst geboren, waren bei Kriegsausbruch 6 Jahre und erlebten das Kriegsende als 11jährige. Das bedeutet, daß man sich hüten muß, heute unter der deutschen Jugend eine Generation zu verstehen, die einheitlich geprägt ist von den Erlebnissen der Nazi-Zeit, vom Krieg daheim oder an der Front, von Zusammenbruch, Flucht und politischer Enttäuschung. Es besteht ein wesentlicher Erlebnisunterschied zwischen den 20- und 25jährigen und erst recht zwischen den 20- und 30jährigen. Das gilt für alle Altersschichten. Wir müssen den Fehler vermeiden, diese Altersschichten völlig gleich als junge Generation anzusprechen und zu behandeln, als ob die Eigenart

einer dieser Altersschichten, z. B. politisches Desinteresse, Gleichgültigkeit, schöpferische Sterilität, ebenso auch zutreffe auf die anderen Altersschichten. Man muß sehr sorgfältig differenzieren, wenn man in Rede und Schrift bei den einzelnen Altersschichten dieser Jugend von heute richtig ankommen will.

Eine zweite Vorbemerkung. Immer wieder treffen wir auf die Behauptung, die Jugend sei unansprechbar, gleichgültig, unentschlossen und entscheide sich nicht. Diese Behauptung wird dann immer gern aufgestellt, wenn man mit seinen Wünschen und Forderungen an die Jugend nicht auf Anhieb Glück hat. Ich möchte sagen, diese Behauptungen sind nicht wahr. Der junge Mensch von heute ist ungewöhnlich aufgeschlossen, ansprechbar und interessiert. Nur gilt es dabei, ein paar Grundregeln zu beachten. Mit Phrasen, Sprüchen, pathetischen Beteuerungen, Propaganda, stößt man die Jugend eher ab als daß man sie gewinnt. Sie ist allerdings sehr wirklichkeitsnah und nüchtern und verabscheut propagandistisches Feuerwerk.

Weil sie ein Kind unserer modernen Zeit ist, muß sie auch mit modernen Mitteln und Sprachformen angesprochen werden. Sie liebt keine Abstraktion, aber versteht eine bildhafte Sprache leichter als viele tote Begriffe. Der Junge von heute ist begeisterungsfähig, wenn man ihm Werte vermittelt, die begeistern können. Man kann allerdings nicht von ihm Begeisterung für Dinge verlangen, ganz einfach schon deswegen, weil ihm gesagt wird, daß man doch früher traditionsgemäß für solche Dinge in Deutschland begeistert war.

Ich möchte also sagen, die deutsche Jugend des Jahres 1953 ist wie kaum eine Jugend in der Vergangenheit für die hohen Werte von Heimat, Volk und Staat zu gewinnen — insbesondere dann, wenn die europäische Einigung, die ein echtes Anliegen der Jugend ist, weitere Fortschritte macht. (Beifall.) Die Aufgeschlossenheit der Jugend darf aber nicht für taktische Ziele ausgenützt werden. Die Parteien dürfen sich nicht kurzschlüssig überlegen, welchen Erfolg eine geschickte Propagandawelle über die Köpfe dieser Jugend hinweg für die Demokratie oder für ihre eigene Partei bedeuten würde. Wir müssen vielmehr durch unsere ganze Politik insgesamt Sorge dafür tragen, daß dieser Jugend die Chance geboten wird, die großen Werte von Glauben, Kultur und Familie zu erleben. Man muß ihr den wirtschaftlichen Start zu einem menschenwürdigen Leben erleichtern und Schutz vor einer Welle der Sittenlosigkeit und des Nihilismus in unserer Zeit bieten. Wenn wir für die Jugend eigene Forderungen aufstellen, dann nicht, weil die junge Generation eine Extra-Wurst will, oder weil wir gar die Jugend verhätscheln wollen.

Unsere Gesamtpolitik, vor allem unsere Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Kulturpolitik muß so gestaltet werden, daß die Jugend durch Berufsausbildung und Arbeit sich eine Existenz aufbauen und eine gesunde Familie gründen kann, und ihre Rechte und Werte vom Staat geschützt und gefördert werden. Wir brauchen bei diesen Forderungen auch nicht den Beispielen der Diktaturen zu folgen, die Unsummen für die Jugend nur deshalb auswerfen, weil sie sich die Jugend hörig machen will, um sie dann besser mißbrauchen zu können.

Trotzdem hat es zu allen Zeiten echte Jugendprobleme materieller und geistiger Art gegeben, die eine besondere Aufmerksamkeit des Staates erforderten. Das gilt besonders für unsere Tage.

Die Lage unserer Jugend

Nach diesen Vorbemerkungen einige Zahlen, die etwas aussagen über die wirtschaftliche und berufliche Not unserer Jugend. Von den in den vergangenen Jahren aus der Volksschule Entlassenen

haben bis heute 99 000 noch keine Lehrstelle. In diesem Jahr sind inzwischen 894 000 Jugendliche aus der Schule entlassen worden, 1954 kommen 920 000, 1955 890 000 Jugendliche aus der Volksschule. 1956 729 000. Dann kommen die schwachen Kriegsjahrgänge, die ein unerhörtes Absinken dieser Kurve zur Folge haben. 1960 ist der Tiefpunkt mit 579 000. Hier ist vor allem auf dem Gebiet des Facharbeiternachwuchses zur Zeit ein großes Kräfte-reservoir, das es sofort zu nutzen gilt.

Zu denen, die in den letzten Jahren und in diesem Jahr aus den Volksschulen entlassen wurden und noch keine Lehrstelle haben, kommen aber noch 180 000 jugendliche Arbeitslose unter 25 Jahren.

Aus dieser Berufsnot und Arbeitslosigkeit der Jugend ergibt sich heute eine große Fluktuation. Bei den Jüngeren, zum Teil wegen falscher Berufsvermittlung; bei den älteren Jugendlichen, weil sie berufsfremd untergebracht wurden und zu ihrer äußeren Heimatlosigkeit noch innere Heimatlosigkeit hinzukommt. Hier bildet ein eigenes Problem die Jugend aus der Sowjetzone. Ich darf an das erinnern, was Herr Dr. Nahn uns gestern gesagt hat. 1952 wurden 18 903 männliche und 6 061 weibliche Jugendliche in den Bundesauffanglagern der Bundesrepublik gezählt. In diesem Jahre waren es im Januar 2069, im Februar 2257, im März 4400 Jugendliche, in der Hauptsache zwischen 18 und 22 Jahren, die in den Jugendlagern Sandbosten und Westertimke gezählt wurden.

Es könnten auf anderen Gebieten noch viele Beispiele und Zahlen und erschütternde Einzelschicksale vor Augen geführt werden. Ich darf nur an das Problem der Fremdenlegion, an die Jugendkriminalität, Prostitution und andere Erscheinungen erinnern. Das alles ist kein Verwaltungs- und kein Jugendfürsorgeproblem, es ist in erster Linie eine sozialpädagogische Aufgabe, die nach dem letzten Kriege eine ganz besondere Bedeutung gewonnen hat.

Weder die äußere und erst recht nicht die innere Heimatlosigkeit, von der weiteste Kreise der Gesamtjugend betroffen sind, kann mit den überlieferten Vorstellungen der Jugendfürsorge behoben werden. Als wir vor ein paar Jahren den Bundesjugendplan geschaffen haben, ist zweifellos in dieser Hinsicht ein erster Schritt gemacht worden. Vor allen Dingen haben wir durch ihn die notwendigen Erfahrungen sammeln können und wissen heute, was möglich ist und wo die Grenzen der Leistungsfähigkeit der Jugend selbst, der Jugendverbände und anderer Trägergruppen liegen. Der Bundesjugendplan hat bei der Behebung der Berufsnot gewisse beachtliche Teilerfolge erzielt, aber dafür den überwiegenden Teil der Mittel aufgebraucht. Das mit dem Bundesjugendplan erstrebte Ziel der wirtschaftlichen Existenzsicherung und vor allem der staatsbürgerlichen Integration der Jugend ist demzufolge nur teilweise erreicht worden. Neben der Unzulänglichkeit der Mittel hat sich zudem als verfehlt erwiesen, daß die sozialen Leistungen des Bundesjugendplans an die Maßstäbe der Fürsorge gebunden sind. Hilfsbedürftige Jugendliche, die nicht unter die Kriegsfolgenhilfe fallen, wurden dadurch z. T. von den Leistungen des Bundesjugendplans ausgeschlossen; für Jugendliche, die auf Kriegsfolgenhilfe angewiesen sind, waren infolge der zu engen Maßstäbe der Fürsorgerrichtsätze notwendige Hilfen nicht ausreichend zu leisten.

Die Hauptaufgaben

Zur Lösung der mit dem Bundesjugendplan gestellten Gesamtaufgaben sind folgende drei Hauptaufgaben vordringlich und unaufschiebbar: Die erste Hauptaufgabe ist die Beteiligung der Jugend am sozialökonomischen Aufstieg der Bundesrepublik. Es gibt nichts schlimmeres für unsere Jugend, als wenn sie berufs- und arbeitslos ist und dadurch nicht an diesem Aufstieg teilnehmen kann. Aus den Zahlenangaben über die Schulentlassenenjahrgänge der letzten Jahre ergibt sich als zwingende

Notwendigkeit, zu den aus dem Bundesjugendplan geschaffenen 60—70 000 Heimplätzen in den kommenden Jahren noch weitere Lehrlingswohnheime zu bauen, und zwar nach sorgfältiger Planung und nach arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten. (Beifall.)

Wo Jugendliche nicht am eigenen Heimort und auch nicht durch die Aufnahme in Jugendwohnheime an anderen Plätzen in Beruf und Arbeit gebracht werden können, ist die verstärkte Einrichtung von Grundausbildungslehrgängen erforderlich, mit denen wir als Vorbereitung auf den Beruf, die auch auf die Lehrzeit angerechnet wird, in den vergangenen Jahren gute Erfahrungen gemacht haben.

Zur Berufsfindung für Jugendliche zwischen 18 und 25 Jahren ist durch Schaffung von Jugendgemeinschaftswerken im Rahmen öffentlicher Arbeitsbeschaffung eine Brücke zu bauen. Hier ist nun eine Erläuterung notwendig. Wer bei dem Wort „Gemeinschaftswerk“ oder, wie immer man diese Art gemeinsamer Arbeit als Eingliederungsmaßnahme zur Berufsfindung nennen mag, sofort Gespenster sieht und glaubt, daß jetzt der Arbeitsdienst alter Prägung fröhliche Urständ feiert, der ist eben mit verschlossenen Augen in den letzten Jahren durchs Land gegangen und hat übersehen, daß durch die Initiative vernünftiger Menschen aus der Not der Jugend heraus neue Formen entwickelt wurden, die mit dem, was einmal war, aber auch nichts zu tun haben. Wir sollten froh und dankbar sein, daß es noch junge Menschen gibt, die mit Phantasie und Idealismus in den Jugendgemeinschaftswerken eine Einrichtung geschaffen haben, die in kleinen Gruppen unter sozialpädagogisch geschulten und erfahrenen Leitern eine Brücke zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Eingliederung bauen.

Ziel der Jugendgemeinschaftswerke ist und kann nur sein: Sofortige Sicherung von Unterkunft, Arbeit und Entlohnung in Verbindung mit sozialpädagogischer Anleitung und Führung sowie berufliche und menschliche Vorbereitung zur endgültigen Eingliederung in die staatsbürgerliche Gesellschaft.

Merkmale der Jugendgemeinschaftswerke sind: Freiwilligkeit, geeignete Arbeit, Erzieherpersönlichkeiten als Leiter, echte Erziehung, kleine voneinander unabhängige Gruppen, keine staatliche, sondern freie Initiative und freie Trägerschaft. Wir meinen, daß solche unabhängige Gruppen von 35 Jugendlichen die Höchstzahl darstellen. Beheimatung und Verwurzelung, Einordnung zu Beruf, Familie und Gesellschaft, muß Sinn und Ziel der Jugendgemeinschaftswerke sein. Solche Jugendgemeinschaftswerke fordern wir also für selbsthafte, aber noch arbeitslos gebliebene Jugendliche in Notstandsgebieten und für bisher nicht selbsthaft gewordene und darum wandernde Jugend — oder streunende Jugend genannt —, die vor allem im Bereich der Großstädte, der Verkehrszentren und den Meldestellen der Fremdenlegion in Erscheinung tritt.

Wenn wir auf dem Gebiete nichts tun und uns nicht dazu entschließen, das auf breiter Basis in unserem Volke durchzuführen, werden wir eines Tages, wenn die Jugend auf der untersten Stufe der sozialen Lage angekommen ist, diese Jugend auf den Bahnhöfen oder Meldestellen der Fremdenlegion auflesen und ein vielfaches von dem ausgeben müssen, was es uns heute kostet. (Beifall.)

Um Jugendlichen, die ihre Lehre beendet haben, und Jungarbeitern die Möglichkeit eines Arbeitsplatzes zu geben, wenn dieser nicht am Heimort zu finden ist, ist verstärkt durch Schaffung von Jungarbeiter-Wohnheimen in Schwerpunkten des Gewerbes und der Industrie sowie durch Schaffung von Knappenheimen im Bergbau Abhilfe zu schaffen.

Die Sowjetzonenflüchtlinge

Die zweite Hauptaufgabe, mit der ich mich ganz bewußt etwas ausführlicher befassen will, ist die Eingliederung der aus der Sowjetzone geflüchteten und weiterhin flüchtenden Jugend. Ich habe vorhin die Zahlen genannt, die in den ersten 3 Monaten des Jahres in den Bundesauffanglagern Sandbostel und Westertimke festgestellt worden sind. Der Flüchtlingsstrom aus der Ostzone stellt das deutsche Volk und die Völker der freien Welt vor eine neue Aufgabe und Bewährungsprobe. Da täglich Hunderte von alleinstehenden Jugendlichen sich unter den Flüchtenden befinden, ist ein akuter Jugendnotstand gegeben. Ihre Einsamkeit und Unerfahrenheit und ihre Erlebnisse in der Ostzone zwingen zu Maßnahmen, die über die bisherigen Bemühungen hinausgehen und tatsächlich geeignet sind, eine menschliche, berufliche und gesellschaftliche Eingliederung zu bewirken. Wir möchten, daß der Eingliederung in folgende 3 Stufen besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird.

1. Die Lagerstufe. In den Aufnahmelagern begegnet der Jugendliche aus der SBZ zum ersten Male der freien Welt. Diese Tatsache muß für alle Maßnahmen in den Auffanglagern bestimmend sein. In Berlin muß durch Beschränkung des Verfahrens auf einfache Registrierung, kriminelle und gesundheitliche Überprüfung eine schnelle Durchschleusung vor allem der Jugendlichen gewährleistet sein und durch einen verstärkten Betreuungsdienst der Jugend überzeugend der Weg in den Westen gewiesen werden. In den Bundesauffanglagern Sandbostel und Westertimke müssen die Betreuungskräfte zahlenmäßig verstärkt werden und Berufsberater und Jugendvermittler in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen, die nicht nur nach arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten vorgehen. (Beifall.)

Was sich auf diesem Gebiet in den Bundesauffanglagern zum Teil noch tut, ist einfach unerträglich. Man kann die Jugend nicht einfach je nach ihrer körperlichen Konstitution entweder in die Landwirtschaft, Bergbau oder wo sonst gerade eine Stelle ist, einweisen, ohne daß sich dann nachher noch jemand um sie kümmert. (Beifall.)

Wir hatten das Glück, daß wir in den Auffanglagern einen ausgezeichneten Mann in der Person des Herrn Schütz haben, der Vorbildliches leistet. Aber die Kräfte, die heute in den Auffanglagern sind, sind einfach zu schwach. Es fehlen mindestens 80 Leute, die dort zur Betreuung der Jugend noch angesetzt werden müssen, wenn die geringe Zahl, die da ist, nicht zusammenbrechen soll und dann die Not durch das Fehlen der Betreuungskräfte noch vergrößert wird.

Als zweite Stufe möchte ich eine Zwischenstufe nennen, die mit dem zusammenhängt, was ich eben schon zum Jugendgemeinschaftswerk skizziert habe. Im Anschluß an den Lageraufenthalt braucht der Jugendliche eine Eingliederungshilfe, die nach den nachhaltigen Erlebnissen und Prägungen im Sowjetsystem — ein großer Teil der Jugendlichen ist schon durch zwei Diktaturen gegangen — seine freie Selbstentfaltung fördert und sein Wissen zur Berufsausbildung, zum Arbeitsplatz und damit zur dauerhaften Existenzbegründung erschließt. Die Möglichkeiten der Trägergruppen, die vorhanden sind, müssen voll ausgeschöpft werden, um mit deren Hilfe für alle Jugendlichen eine zuverlässige Eingliederung zu sichern. Es sind also gerade für die aus der Sowjetzone kommenden Jugendlichen, die Jugendgemeinschaftswerke als Zwischenstufe von besonderer Bedeutung. Es müssen daher neue Jugendgemeinschaftswerke auf der Basis gemeinnütziger Arbeitsvorhaben außerhalb der Landwirtschaft sowie Jugendgemeinschaftswerke mit Familien- oder Heimunterbringung für die berufsfremd in der Landwirtschaft tätige SBZ-Jugend geschaffen werden. Für die aus der Landwirtschaft stammende Jugend, die, wie wir gestern gehört haben, dem Bauerntum erhalten bleiben soll, ist die Schaffung von

dauerhaften Arbeits- und Wohnplätzen sowie die geistige und fachliche Einführung in das bäuerliche Leben mit Hilfe von Heimvolkshochschulen und ähnlichen Einrichtungen eine vordringliche Aufgabe.

Von der Zuweisung in Jugendgemeinschaftswerke ist grundsätzlich abzusehen bei Vermittlungen, die der Familienzusammenführung dienen und bei echter fachberuflicher Vermittlung, sofern zugleich eine Unterbringung in Jugendwohnheimen gewährleistet ist. Alle übrigen sollten nach Möglichkeit über ein Jugendgemeinschaftswerk individuell endgültig in Beruf und Arbeit vermittelt werden. Den Kritikern an diesem Vorschlag, deren es eine Reihe, selbstverständlich auch in unseren Reihen, gibt, muß von vornherein gesagt werden, daß das wahllose Vermitteln der Jugendlichen aus den Auffanglagern in berufsfernde Arbeit, insbesondere in den Bergbau und in die Landwirtschaft, wohin der größte Prozentsatz verschickt wird, zu unerträglichen Zuständen und insbesondere zu einer ungeheuren Fluktuation führt. Der Jugendliche arbeitet gern in einem Jugendgemeinschaftswerk, ganz gleich, ob es sich um ein landwirtschaftliches oder um ein anderes mit öffentlicher Notstandsarbeit handelt, wenn er weiß, daß er spätestens nach einem halben Jahr in den gewünschten oder zum mindesten in einen ihm zumutbaren Beruf kommt. Auch für die in der Landwirtschaft arbeitenden und bei Familien untergebrachten Jugendlichen — hier wollen wir uns nichts vormachen — muß ein sozialpädagogisch geschulter und erfahrener Leiter auf etwa 20 bis 30 Jugendliche kommen, der die Verbindung zur Arbeitsverwaltung und zum Bauern hat und den Jugendlichen mit Rat und Tat zur Seite steht. Das gleiche gilt für die Mädchen, die ja auch zu einem großen Prozentsatz in die Hauswirtschaft vermittelt werden. Der Anteil der Mädchen unter den jugendlichen Sowjetzonenflüchtlingen ist ständig im Steigen begriffen und liegt heute bei 31 %.

Zur Sicherung der Berufs- und Arbeitsvermittlung von Jugendlichen in Gemeinschaftswerken müssen unter allen Umständen die Landesarbeitsämter durch Aufstellung einer zentralen Kartei für diesen Personenkreis sowie durch Bestellung eines eigenen Berufsberaters bzw. Jugendvermittlers zur Aktivierung der örtlichen Vermittlung und der Möglichkeit des zwischenbezirklichen Ausgleichs beitragen. Wir sollten hier nicht über die Kosten erschrecken, die daraus entstehen. Wir haben sie ausgerechnet. Sie stehen in keinem Verhältnis zu dem Erfolg, den wir haben, wenn wir diese Forderungen durchführen.

Eine ganze Reihe Sonderprobleme entstehen für Schüler und Studenten, für Jugendliche mit abgebrochener Lehrausbildung, für weibliche Jugend und für reine Sozialfälle. Für diese Gruppe müssen die bisherigen Richtlinien weiter gefaßt werden, um auch ihre Ausbildung oder Weiterbildung zu sichern. Vor allen Dingen müssen sich hier die Kultusminister der Länder zusammensetzen und mit diesen Problemen befaßen. (Lebhafter Beifall.)

Höheren Schülern — besonders der oberen Klassen — muß in Internatsoberschulen die Möglichkeit zum Abitur gegeben werden, da in den meisten Fällen kein Schulsystem und kein Lehrplan in der Bundesrepublik auf sie anwendbar ist. Hier muß ein Weg für die Bezahlung der Lehrkräfte gefunden werden. Abiturienten, die nach 1951 absolvierten, haben die Schwierigkeit, daß ihr Abitur von verschiedenen Hochschulen und Universitäten einfach nicht anerkannt wird. Hier muß ebenfalls durch besondere Einrichtungen Gelegenheit zur Erlangung der Universitätsreife gegeben werden. Für die Studenten haben wir besondere Schwierigkeiten, weil niemand da ist, der die Studenten in den ersten zwei Semestern bei uns in der Bundesrepublik in irgendeiner Weise finanziert. Erst nach dem zweiten Semester können sie Stipendien und ähnliche Dinge erlangen.

Die dritte Stufe ist die berufliche und gesellschaftliche Eingliederung am Ort. Hier liegen eine Reihe von Vorschlägen vor, die ich im einzelnen nicht aufführen kann. Es handelt sich im wesentlichen um die Zurverfügungstellung eines gewissen Prozentsatzes der vorhandenen 60—70 000 Wohnheimplätze für die SBZ-Jugend, um Familienaufnahme, um Hilfestellung durch Jugendverbände, Kirchen und andere Organisationen. Hier müssen wir alle Stellen, die Gewerkschaften und wer sonst noch alles dazu gehört, aufrufen und meines Erachtens eine Art Jahresparole herausgeben, die dieser gesellschaftlichen Eingliederung der Sowjetzonenjugend dient. Es darf uns kein Heim und kein Heimleiter zu vornehm sein, sich vor dieser Aufgabe zu drücken, weil vielleicht die jungen Leute noch etwas nach Karbol aus dem Lager riechen oder man Angst hat, daß sie mit der eigenen Jugend zusammenkommt. (Beifall.)

Demokratische Integration

Die dritte und Hauptaufgabe, die wir mit dem Bundesjugendplan erreichen wollten und die erreicht werden muß in Zukunft, ist die demokratische Integration der gesamten deutschen Jugend als Träger eines sozialen Rechtsstaates im geeinten Europa. Bei diesem Aufgabenkreis geht es darum, die Jugend an den Staat heranzuführen und ihr zu helfen, daß sie den richtigen Standort im Staate findet. Das Leben im Staat ist nicht eine Pfründe, sondern eine gottgegebene Aufgabe. (Beifall.)

Die Jugend will auch keine Renten, sie sucht neben Beruf und Existenz Aufgaben und Verantwortung, nicht nur in staatspolitischer Schulung, sondern vor allem im mitbürgerlichen Tun bildet sich der verantwortungsbewußte Staatsbürger. Wir müssen daher mit einem möglichst großen Angebot von Möglichkeiten zur Jugend kommen. Wo immer es uns gelingt, die Spontanität der Jugend zu wecken und ihr Spielraum zu geben, ist uns der Erfolg sicher. Hier ist trotz all der Millionen, trotz des ungeheuren Aufwandes, den die Diktaturen alter und neuer Prägung im Kampf um das Herz der Jugend anstrengen, die Demokratie überlegen, weil sie der Eigeninitiative der Jugend Raum gibt, während Diktaturen, wenn auch sorgfältig und raffiniert getarnt, gegen die eigene Willensentfaltung der Jugend und damit im Prinzip jugendfeindlich sind.

Um die Jugend aber nicht zu unbeteiligten Zuschauern zu machen, sondern als Träger des Staates zu gewinnen, müssen wir folgende Forderungen stellen:

1. Hinführung der Jugend zu demokratischer Mitarbeit und Leistung in den Schulen, in den Jugendverbänden und bei der nicht-organisierten Jugend. Wir begrüßen die Mannigfaltigkeit und Vielfältigkeit der im Bundesjugendring zusammengeschlossenen Verbände und Organisationen als einen wesentlichen Beitrag zur Erziehung und zur Einordnung und Mitarbeit in Gemeinschaft und Staat. Wir müssen aber wirklich hier eine stärkere Förderung vornehmen, die über das bisher Geleistete hinausgeht.
2. Förderung von beispielgebenden Initiativen und Aktionen der jungen Generation in staatsbürgerlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben. Wir müssen neben dem, was ich eben gesagt habe und was ich wirklich aufrecht erhalten möchte, über den Verbandsegoismus hinauskommen und dürfen nicht nur nach Kopffzahl und Verbandsstärken den Leuten Geld geben, sondern vor allen Dingen dorthin, wo echte Initiative und Aktionen von der Jugend selbst durchgeführt werden. (Beifall.)
3. Verstärkte Förderung des internationalen Austausches, wobei es notwendig ist, daß die Richtlinien — in diesem Jahre ist es schon geschehen — etwas enger und strenger gefaßt werden. Ich kann nicht ein-

sehen, daß es sinnvoll ist, den Jugendlichen Geld zu geben, um ins Ausland zu fahren, wenn sie nur eine Kur mitmachen und z. B. am Gardasee die Sonne auf ihren Körper scheinen lassen und dabei vielleicht noch Volksschüler sind, die die Eifel, den Spessart oder den Taunus noch nicht einmal gesehen haben, aber bereits im Ausland herumkurven. (Sehr richtig!)

Da wir aber in diesem Zusammenhang nicht nur Forderungen an den Bund zu stellen haben, müssen gerade in diesem Zusammenhang auch einige Forderungen an die Länder bzw. an die Gemeinden gestellt werden. Wir hoffen sehr, daß es uns gelingt, noch in dieser Legislaturperiode den § 4 des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes durch die Novelle dazu wieder in Kraft zu setzen. Damit wird die Jugendpflege Pflichtaufgabe der Gemeinden, bzw. über den Finanzausgleich Pflichtaufgabe der Länder. (Beifall.) Aber, ich habe etwas Sorge, daß das auf dem Papier stehen bleibt. Was wir daher als dringende Ergänzung zum Bundesjugendplan fördern, ist der Jugendplan auf Landesebene und auf örtlicher Basis. (Beifall.)

Wir wollen als föderalistische Partei keinen zentralen Jugendplan, der alles von oben regelt und kommandiert. Das erfordert aber dann, daß zur Erfüllung dieser Aufgaben, die der Bund zuständigkeitshalber nicht lösen kann, auf der Länder- und auf der kommunalen Ebene notwendige Ergänzungen kommen.

Bisher haben nur zwei Länder einen eigenen Landesjugendplan entwickelt. (Zurufe: Wer denn?) — Ich glaube Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. (Dr. Zimmer: Rheinland-Pfalz auch!)

Vorschläge zur Durchführung

Zur Durchführung der bisher genannten Aufgaben werden folgende Vorschläge gemacht:

1. Die Mittel des Bundesjugendplanes müssen wesentlich erhöht werden oder, um einmal die Meinung des Herrn Bundesfinanzministers hier zu vertreten, die Mittel, die zur wirtschaftlichen und sozialen Eingliederung der Jugend bisher aus dem Bundesjugendplan genommen werden, müssen aus den Mitteln gegeben werden, die durch die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen für solche Zwecke schon vorhanden sind, damit für die unmittelbare Jugendarbeit Gelder aus dem Bundesjugendplan freierwerden; (Beifall)
2. brauchen wir neue Richtlinien, die den hier dargestellten Aufgabenschwerpunkten entsprechen und eine zuverlässige Steuerung gewährleisten, um Fehldispositionen zu vermeiden.
3. Nun sage ich vielleicht etwas ketzerisches, aber das kann man ja auch mal sagen: Um die gesamten Jugendaufgaben in eine echte Koordinierung zu bringen sowie eine unbürokratische Verwaltung und Verteilung der Mittel zu gewährleisten, soll eine Körperschaft analog der Bundeszentrale für den Heimatdienst oder durch die zur Zeit beratene Novelle zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz das Bundesjugendamt wieder errichtet werden, so wie es im Reichsjugendwohlfahrtsgesetz früher vorgesehen war. (Beifall.)

Für die Jugendgesetzgebung sind folgende Gesetze noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden oder vorzubereiten:

1. Ein Jugendhilfsgesetz, das allen Jugendlichen, ohne Rücksicht auf ihre wirtschaftliche Lage, die ihrer Begabung entsprechende Ausbildung und Erziehung ermöglicht. Das bedeutet also gleiche Behandlung der Jugendlichen — über die Erziehungsbeihilfen des Bundesjugendplanes hinaus — gleichgültig, ob die Hilfsbedürftigkeit des Vaters wegen

Kriegsbeschädigung, als Spätheimkehrer, Flüchtling, Ausgebombter, Kinderreicher oder aus anderen Gründen gegeben ist. Hier gibt es eine derartige Verschiedenheit in den Möglichkeiten bei den Jugendlichen — sagen wir, eine höhere Schule zu besuchen —, daß dieses Jugendhilfsgesetz dringend notwendig ist.

2. Ein modernes Berufsausbildungsgesetz, das dem jungen Menschen eine fachlich qualifizierte Ausbildung sichert.
3. Ein neues Jugendarbeitsschutzgesetz, das den Jugendlichen vor körperlicher, geistiger und seelischer Gefährdung durch die Arbeit schützt.
4. Rasche Verabschiedung der bereits im Ausschuß beratenen Novelle zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz.
5. Unser Schmerzenskind: Rasche und hoffentlich endgültige Verabschiedung des schon zum zweitenmal dem Vermittlungsausschuß zugeleiteten Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften. (Beifall.)

Es wäre überhaupt nicht auszudenken, wenn gerade dieses Gesetz jetzt fallen würde, nachdem die Verlage und Produzenten sich bereits mit der Tatsache dieses Gesetzes abgefunden hatten und zum Teil ihre Produktion umgestellt haben. (Heiterkeit.)

Der Bundesfinanzminister hat bei der Etat-Rede seine Finanzpolitik mit einer Gratwanderung verglichen, zu der Mut, ruhiges Blut, ein fester Tritt und Schwindelfreiheit gehöre. Ich bin der Meinung, das gilt heute für unsere gesamte Politik. Der weitaus größte Teil der deutschen Jugend verfolgt mit Spannung die Politik des Kanzlers und ersehnt mit heißem Herzen das vereinte freie Deutschland in einem vereinigten Europa. (Beifall.)

Die junge deutsche Generation ist daher bereit und hat den Mut, diese Gratwanderung mitzugehen. Dazu gehört aber eine gute Ausrüstung. Diese Ausrüstung geben wir ihr, wenn wir diese Forderungen, die unter Vermeidung von Pathos und Schwärmerei ganz aus der Praxis geboren sind, ohne Zögern erfüllen. (Starker Beifall des Hauses.)

Präsident Majonica, M. d. B.:

dankt dem Abgeordneten Kemmer von der Christlich-Sozialen Union und der Jungen-Union Deutschlands:

Freund Kemmer hat hervorgehoben, daß es nicht angehe, durch eine Propagandawelle die Jugend mitzureißen, sondern daß eine echte Begegnung stattfinden müsse. Diese Begegnung kann aber nur stattfinden, wenn die Jugend die Gewißheit hat, daß ihr Hilfe zuteil wird und man auf ihre Wünsche eingeht. Das ist hier in einer derartig guten Form geschehen, daß meines Erachtens zum ersten Male eine Partei ein eigenes Jugendprogramm entwickelt hat. Dafür will ich unserem Freund Emil Kemmer nochmals recht herzlich danken. (Beifall.)

Es ist ein Telegramm eingegangen.

„In unserer Hansestadt Hamburg begrüßen wir Sie herzlich.

Wir wünschen Ihrer Tagung einen guten Verlauf.

Reichsbund der Kriegs- und Zivilbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen, Landesverband Hamburg.“ (Beifall.)

Aussprache

Präsident Majonica, M. d. B.:

Ich will jetzt vorschlagen, daß wir — damit überhaupt eine Kontinuität in der Diskussion gewahrt werden kann — zunächst einmal die Diskus-

sion über das Familienrecht und die Jugendprobleme durchführen, und im Anschluß daran die Diskussion über die Sozial- und Wirtschaftsprobleme weiterführen. Wenn wir jetzt wieder abschweifen, werden wir keine zusammenhängende Diskussion bekommen.

Das Wort hat:

Paul Lücke, M. d. B.:

Ich stehe noch tief unter dem Eindruck der Worte unserer verehrten Vorrednerin, Frau Praetorius. Ich spreche nicht als Abgeordneter des Deutschen Bundestages oder als Vorsitzender des Ausschusses für Wiederaufbau und Wohnungswesen, sondern, wenn Sie es so wollen, als Familienvater. (Beifall.)

Mein erster Wunsch an den Bundesparteitag wäre, daß er das, was heute begonnen wird, fortsetzt und die künftige Politik der Union der Christen unter den Mittelpunkt: „Die Familie“ stellt und eine echte Familienpolitik durchführt. (Beifall.)

Erste Voraussetzung für die Existenzgrundlage einer Familie ist die Wohnung, das Heim. Darum habe ich schon seit Jahren den Kampf um die Verwirklichung einer familiengerechten Wohnungspolitik geführt.

Wenn wir uns die Größenordnungen klarmachen, die der Wohnungsbau für unsere gesamte Sozial- und Wirtschaftsordnung, vor allem aber für die Ordnung und Existenzgrundlage der Familie darstellt, wird uns sicherlich klar, daß wir dieses Thema nicht oft genug anschneiden können. Während ich hier spreche, wird jede Minute eine Wohnung fertig. Das seit 4 Jahren! In diesem Jahr, verehrte Anwesende, kann der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung den Erfolg melden, daß 500 000 Wohnungen, also die Halbe-Million-Grenze, erreicht wird. (Beifall.)

Wenn dann Abend geworden ist, habe ich mir oft überlegt, können diese 1,5 Millionen Wohnungen, die wir gebaut haben, 1,5 Millionen deutsche Familien beherbergen. In diesen Wohnungen ist aber in vielen Fällen kein Platz für Kinder. Man hat nicht nur nach der Familie gebaut, sondern überwiegend nach wirtschaftlichen, finanziellen und sonstigen Gründen. Darum lautet die Forderung, die wir der Familie wegen nicht verschweigen dürfen: In dem Mittelpunkt der Wohnungsbaupolitik hat die Familie zu stehen, und zwar in allen ihren Lebensphasen. Es ist schon so, daß die Forderung, daß Platz für ein zweites und drittes Kinderbett in der Wohnung vorhanden sein muß, eine eminent wichtige Forderung ist, was nicht oft genug ins Land hinausgerufen werden kann. Sehen Sie sich diese Wohnblöcke von 12 bis 15 Stockwerken an, ins freie Gelände gesetzt, ohne Rücksicht darauf, daß die Mutter mit ihren Kindern an die Erde gehört. Darum hat die Wohnungswirtschaft, die weitgehend diese Entwicklung mitgetragen hat, eben kein Recht auf Selbstzweck. Sie hat eine dienende Funktion, die vom Leben der Familie her bestimmt wird.

Darum ist die Forderung, die wir für unsere Familie vom Bundesparteitag aus besonders ins Land rufen möchten, die, daß das Gesetz zur Schaffung von Familienheimen — es liegt im Augenblick in unserem Ausschuß zur Beratung — noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden wird. Wir möchten nämlich, daß die täglich über 1000 Wohnungen, die gebaut werden, künftighin Raum bieten für Familien. Diejenigen, die Mütter sind, wissen, daß die Frau 85 % ihres Lebens in einer Wohnung verbringt. Wenn in der Statistik der vergangenen Jahre steht, daß über 70 % 1½- bis 3-Raum-Wohnungen einschließlich Küche waren, frage ich: wie sollen dort unsere Familien leben? Weil diese Forderung so wichtig ist, stelle ich voran, daß Klein- und Kleinstwohnung nur für Alleinstehende und für kinderlose Ehepaare gebaut werden sollen. Sie müssen gebaut werden, wir brauchen sie. Daß aber

auch für junge Ehepaare Raum geschaffen werden muß, ist selbstverständlich. Auch muß der Unfug aufhören, daß diese jungen Leute, weil sie nur 2 Leute sind, in ein oder zwei Räume gepfercht werden. (Sehr richtig!) Dann kommt das Kind und man hat keinen Platz mehr. Darum unsere Forderung, auch für junge Familien Wohnungen zu schaffen, die Platz für ein zweites und drittes Kinderbett haben.

Ich habe in einer Statistik der letzten Tage nachgelesen, daß der Eigentumsverlust, den wir durch den Krieg erlitten haben — vor allem der Vertriebenen —, im deutschen Jahrbuch von 1952 mit 60 Milliarden Reichsmark bezeichnet wird. Wir haben in den letzten Jahren im Wohnungsbau über 20 Milliarden DM investiert. Davon sind keine 18 % der Wohnungen Eigentum der Familien geworden; das heißt, von 5 Wohnungen ist vielleicht eine Familie Eigentümer geworden. Die restlichen über 80 % befinden sich im Besitz von Wohnungsunternehmen, von denen ich einige kenne, die 85 000 Wohnungen verwalten. Wir wollen nicht, daß die Koppelung des Mietbuches mit dem Parteibuch in die Wirklichkeit fortgesetzt wird. (Beifall.)

Wir sind uns der Forderung, die wir hier zu stellen haben, ganz bewußt. Es ist sehr wohl möglich, durch das neue Gesetz über das Wohnungseigentum auch in den Städten Einzeleigentum zu schaffen. Draußen im Lande sollte angestrebt werden, daß bei Reihenhäusern, Einfamilien- und Siedlungshäusern die Form durchgeführt wird, die wir als familiengerecht bezeichnen. Das ist das Haus mit Garten im Eigentum der in ihr lebenden Familie.

Ich sagte, daß der Eigentumsverlust so groß sei. Zwischen den beiden Weltkriegen waren 26 % des deutschen Volkes eigentumslos. Durch die Zerbombung von 2,3 Millionen Wohnungen und die Ausweisung von 10 Millionen Vertriebenen beläuft sich diese Ziffer heute auf über 50 %. Da ist es hohe Zeit, daß wir ernst mit unserer Forderung machen, daß wir die einmal gebotene Chance wahrnehmen, über den Wohnungsbau eine möglichst große Schicht mit einem persönlichen Eigentum zu versehen. (Beifall.)

Dann sagt man mir, unsere Arbeiter wollten kein Eigentum! Wenn ich nachforsche, woher diese Zweckpropaganda kommt, dann wundert es mich nicht, daß diese Dinge laufend boykottiert werden. Der Wille zum Eigentum, zum Sachwert und zur Sicherheit war nie so groß wie jetzt. Unsere Arbeiter, Angestellten und Beamten wollen Sicherheit und Eigentum; vor allem im Wohnungsbau. Wir wollen sie ihnen geben. Darum hat die CDU heute hier keine Proklamation zu verkünden. Nein, wir haben ein Gesetz geschaffen, um dessen Unterstützung ich Sie bitte: das Gesetz zur Schaffung von Familienheimen, das jeder Familie ein eigenes Heim sichert, wenn sie guten Willens ist.

Die Jugend, das wurde hier gesagt, soll durch Spartätigkeit, Prämiensparen und andere Möglichkeiten, die wir geschaffen haben, angeregt werden, auch nach einem Eigentum zu streben. Wenn der nächste Bundesparteitag stattfindet, möchte ich, daß die Zahl derer, die im Wohnungsbau zu einem Eigentum gekommen sind, das umgekehrte Verhältnis hat, also 80 % Eigentümer und 20 % Mieter geblieben sind. (Beifall.)

Um das durchsetzen zu können, brauchen wir das Baulandgesetz. Nirgendwo wie in Europa ist die Frage der Ordnung des Bodenrechts so dringend wie bei uns. Wir brauchen Land zu gerechten Preisen. Es ist eine schöne Sache, daß beide Kirchen und die Familienverbände sich hinter diese Forderung gestellt haben, die sich im Baulandbeschaffungsgesetz so ausdrückt — wir erwarten, daß es im Mai verabschiedet wird —, daß jedem der Zugang zu Grund und Boden beschafft werden soll, der guten Willens ist.

Wenn wir keine neue Ordnung des Bodenrechtes durchführen, dann werden die Wohnungen weiter so gebaut werden, wie einst im Berliner Wedding in jener unglückseligen Zeit, die die Gründerzeit genannt wird. Sie klagen uns auch heute noch an in dem nichtverstandenen Wohnungsbau, in jenen Wohnblöcken in den Händen einzelner Wohnungsunternehmungen, die ebenso wenig Rücksicht nehmen auf die Familie, wie es jene getan haben, die im Berliner Wedding mit 7 Hinterhöfen uns heute noch vor Augen stehen.

Darum sollte dieser Bundesparteitag den mutigen Schritt, den die Fraktion getan hat, unterstützen, damit das Gesetz zur Schaffung von Familienheimen Wirklichkeit wird, vor allem aber im Lande getragen wird von den jungen Menschen und von unseren Familien. Fangen wir dort an, schaffen wir hier unseren Familien den Anfang der Existenzgrundlage, dann glaube ich, werden wir durch diese neue Schicht der Klein- und Kleinstigentümer gute Staatsbürger heranziehen, die als lebendiger Wall dem Osten gegenüberstehen. Denn der wirkliche Feind in uns und der aus dem Osten ist der Kollektivismus. Ihm gilt es, den Kampf anzukündigen.

Darum: Kampf dem Kollektivismus im Wohnungsbau in jeder Form und Kampf für die Verwirklichung einer familiengerechten Wohnungsbaupolitik. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Verdriewen:

Ich habe die Ehre, Ihnen im Namen der Jungen Union Deutschlands zum Thema „Familie“ das Folgende zu unterbreiten. Ich freue mich, dabei anknüpfen zu können an die hervorragenden Ausführungen, die Frau Praetorius zu diesem Thema bereits geleistet hat, auch anknüpfen zu können in wohnungs- und sozialpolitischer Hinsicht, an die Worte, die heute morgen von Herrn Albers und Herrn Lücke gesprochen worden sind.

Die Junge Union hält den Schutz und die Förderung der Familien — insbesondere der kinderreichen Familien — für das zentrale Problem unserer gesamten Innenpolitik. Wir sind uns dabei im klaren, daß die Familie von zwei Seiten her aufs äußerste gefährdet ist, auf der einen Seite sittlich, auf der anderen Seite wirtschaftlich-materiell. Wir sind aus dieser Erkenntnis heraus der Ansicht, daß sowohl sittliche als auch materielle Gegenmaßnahmen ins Auge zu fassen sind. Ich glaube, daß in unserem Volk weitgehend das sittliche Ordnungsbild von Ehe und Familie verlorengegangen ist. Wir stehen vor der Situation, daß die Ehe nicht mehr als das von Gott unmittelbar gestiftete grundsätzlich unauflösbare besiegelte Treuband engster Lebensgemeinschaft begriffen wird, sondern daß von vielen die Eheform anders aufgefaßt wird als ein auf Probe geschlossener Gesellschaftsvertrag. Daß ein so fadenscheiniges Eheband keine Grundlage bieten kann für eine kinderreiche Familie, liegt auf der Hand.

Wir haben weiterhin gehört, daß die Familie bedroht ist durch die Vermassung und das Tempo der modernen Berufswelt und daß vor allem der Sinn für eine kinderreiche Familie weitgehend verloren ist. Wir müssen feststellen, daß dies nicht nur begründet ist durch eine teilweise echte wirtschaftliche Notlage, sondern leider weitestgehend durch Eigennutz der beiden Ehepartner. Leider ist diese Bedrohung durch die gegenwärtig geltende Gesetzgebung in vielen Punkten nicht verhindert worden, sondern wird teilweise geradezu vermehrt. Wir glauben daher, daß insbesondere im Hinblick auf die kommende Familienrechtsreform Maßnahmen ergriffen werden müssen, die sich nicht nur in Wirtschaftlich-Materiellem erschöpfen, sondern darüber hinaus geeignet sind, das sittliche Ordnungsbild von Ehe und Familie wiederherzustellen bzw. zu erneuern.

Ich darf mich hier auf die Ausführungen von Frau Praetorius beziehen und darlegen, daß die Zitate aus den Emmericher Leitsätzen der

Jungen Union Rheinland verlesen worden sind, und die allgemeine Meinung der Jungen Union Deutschlands darstellen. (Beifall.)

Wir glauben, daß für die Familienrechtsreform folgende unabdingbare Leitsätze aufgestellt werden sollten:

Wir müssen eine Rückbesinnung vornehmen auf die natur- und gottgewollte Aufgabe von Ehe und Familie im sozialen Leben. Danach hat die Familie Vorrang vor allen anderen Gemeinschaften im Volke. Sie hat ihre eigenen Aufgaben, die ihr vom Staat nicht abgenommen werden können und dürfen. Dieser Vorrang der Familie vor dem Staat bedingt eine innere Ordnung der Familie, die die Erfüllung ihrer Aufgaben ermöglicht. Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ehegatten sind grundsätzlich innerhalb der Familie und nicht durch staatlichen Eingriff auszutragen. (Beifall.)

Damit kommen wir zur Frage der Stellung der beiden Ehegatten zueinander, also zu dem aktuellen Ausgangspunkt des Artikels 3 des Grundgesetzes. Wir sind der Meinung, daß dieser Gleichberechtigungartikel nur im Zusammenhang mit Artikel 6, nämlich dem Schutz von Ehe und Familie, auszulegen ist. Gleichberechtigung ist nicht als schematische Gleichsetzung — das wäre naturwidrig —, sondern unter dem Leitsatz: „Jedem das Seine“ zu erfüllen. (Beifall.)

Daher muß nach unserer Auffassung bei Meinungsverschiedenheiten das letzte Entscheidungsrecht beim Mann als dem verantwortlichen Haupt der Familie liegen. (Beifall.)

Es ist nach christlicher Auffassung untragbar, daß eine staatliche Stelle, etwa das Vormundschaftsgericht, hier die Entscheidung fällt, es sei denn, daß der Familienvater unter gröblicher Mißachtung der Interessen der Familie Willkürentscheidungen fällt.

Hinsichtlich des Ehescheidungsrechtes fordern wir eine starke Einengung der Ehescheidungstatbestände, insbesondere den sogenannten Zerrüttungstatbestand auszuschließen. (Beifall.)

Weiter muß im neuen Familienrecht niedergelegt werden, daß die natürliche Aufgabe der verheirateten Frau in der Familie und nicht in einem außerhäuslichen Beruf liegt. (Beifall.)

Zusammenfassend legt die Junge Union Deutschlands dem Bundesparteitag folgenden Antrag zur Familienrechtsreform vor:

„Durch die Familienrechtsreform darf das natürliche Ordnungsbild der Familie nicht angetastet werden. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist nicht als schematische Gleichsetzung, sondern unter dem Leitsatz „Jedem das Seine“ zu verwirklichen. Zum Schutz der Familie ist die Stellung des Mannes als verantwortliches Familienhaupt zu verankern.“

Hinsichtlich der sozialpolitischen Maßnahmen, auf die ich mich voll beziehen kann auf das bereits Ausgeführte, wünschen wir folgenden Zusatz:

„Diese Maßnahmen zur Unterstützung und Förderung der Familien müssen mit besonderer Dringlichkeit für die jungen Familien ergriffen und durchgeführt werden.“ (Beifall.)

Lassen Sie uns die Voraussetzungen schaffen, daß die sittliche und materielle Gesundheit unserer Familien unser ganzes Volk erfaßt. (Lebhafter Beifall.)

Fräulein Elberskirch:

Ich kann mich in Anbetracht der Ausführungen, die vorangegangen sind, kurz fassen. Ich möchte aber nochmals zurückkommen auf das Referat von Frau Praetorius und zu einigen Formulierungen Stellung nehmen, weil ich von einer anderen Sicht her zu diesen Fragen komme.

Es ist gesagt worden: Das Lebensgesetz der Familie kennen, ihm Geltung verschaffen — und wir haben den Schlüssel zu gesellschaftlichen Problemen, aber die Familie steht neben der Gesellschaft.

Man kann wohl die Bedeutung der Familie erkennen und ihr Geltung verschaffen. Aber das Gesetz der Familie ist nie und wird nie zu erkennen sein, weil es das Gesetz jeder einzelnen Familie selbst ist. Wenn gesagt wurde, daß die Familie heute neben der Gesellschaft steht und man vergleicht die gesetzliche Stellung der Familie in der Weimarer Verfassung mit der des Grundgesetzes, dann ist feststellbar, daß die Familie heute bereits nicht mehr neben der Gesellschaft steht, sondern unter der Gesellschaft, weil man der Gesellschaft bereits den Vorrang gegeben hat. In der Weimarer Verfassung hieß es, daß die Familie Grundlage allen staatlichen und gesellschaftlichen Lebens ist. Im Grundgesetz heißt es, daß sie noch den Schutz des Staates genießt.

Frau Praetorius sagte: Die Gestaltung des Erdenlebens und Schaffens sind Werke beider, ohne unterscheidende Arbeitsteilung nach der Verschiedenheit der Geschlechter. An anderer Stelle wurde gesagt: Wer wollte über das Geheimnis der Unterschiedlichkeit etwas aussagen. Und dennoch bitten wir darum.

Das sind für mich zwei verschiedene Gedankengänge, von denen ich mich nur dem letzteren anschließen kann. Die physische und psychische unterschiedliche Veranlagung von Mann und Frau führen doch notwendigerweise zu einer Arbeitsteilung. Physisch: Man kann wohl sagen, daß durch die Technik Erleichterungen geschaffen worden sind, so daß die Frau heute Arbeiten übernehmen kann, die früher vom Mann geleistet worden sind. Aber eine völlige Angleichung, ein Aufheben dieses Unterschiedes, wird niemals möglich sein, es sei denn zwangsweise. Dann kommt das, was in der Ostzone ist, daß wir heute bereits weibliche Schlosser, Schweißer, Traktorenfahrer, Kranführer und Frauen im Untertagewerk haben.

Weiter ist gesagt worden: Die Familie hat ihre Festigkeit im Charakter der Eheleute. Selbständigkeit der modernen Frau ist eine nicht zu übersehende Kraft.

Was formt, was entwickelt und was festigt im Charakter ist die Erkennung des Auftrages, den die Frau und der Mann hat. Auftrag der Frau heißt doch, wenn sie eine Ehe schließen will, den Lebensbereich, den sie bisher innegehabt hat — Berufsleben — freiwillig aufzugeben, verzichten und opfern können im Dienst der Familie von Mann und von Kindern. (Beifall.)

Der Mann ist der Erste, ihm gehört das Primat des Dienstes und der Führung. Aber ich möchte auch nicht auf die zweite Hälfte dieses Satzes verzichten, nämlich die Ergänzungsbedürftigkeit. Ich glaube, daß man auch nicht von einer Ergänzungsbedürftigkeit des Mannes sprechen kann, auch nicht von der Frau, sondern von der Ergänzungsnotwendigkeit, die einfach für eine Einheit von Mann und Frau die Voraussetzung ist.

Ein letztes Wort zur Familienpolitik. Ich scheue mich fast, das Wort „Familie“ mit „Politik“ in Verbindung zu bringen, weil „Politik“ sofort in Verbindung gestellt wird zum Staat. Ordnung, das Gesetz in der Familie, so ist eben mehrmals betont worden, ist die Aufgabe jeder Familie selbst. Der Staat kann Voraussetzungen schaffen, auch Erleichterungen. Er kann aber weder dem Menschen, noch der Familie, die Aufgabe abnehmen, die sich in und aus der Familie ergibt.

Die Bedeutung der Familie für den Staat: Ich glaube, daß es die Familie ist, nicht die Schule, in der die erste Berührung der Kinder, der Heranwachsenden, mit politischen Fragen stattfindet. Hier wird die Grundlage gelegt zur Toleranz und zu einer demokratischen Erziehung. In

der Familie lernt das Kind kennen, daß Freiheit nicht möglich ist ohne Einordnung, ohne Bindung an die Gemeinschaft, daß die Erfüllung aller Wünsche nicht möglich ist, sondern daß sie in Zusammenhang gebracht werden müssen mit der Forderung, die ich aus der Gemeinschaft heraus ersehe. Aus einer solchen Erziehung heraus werden dann eines Tages die Jugendlichen fähig sein, selbst zu entscheiden und Verantwortung zu tragen und auch selbst Entscheidungen treffen zu können für andere. (Beifall.)

Dr. Hofmann, M.d.B., Rheinland:

Sie haben in Ihren Tagungsmappen eine längere Ausarbeitung des Kulturpolitischen Ausschusses der Bundespartei gefunden. Ich möchte hierzu nur noch eine Nebenbemerkung machen. Durch ein bedauerliches Versehen ist es vorgekommen, daß die letzte Seite unserer Ausarbeitung nicht vervielfältigt worden ist. Die Freunde des Sportes, die wohl noch gleich hier sprechen werden, können also beruhigt sein: wir haben auch an diese Fragen gedacht.

Nun zu dem, um dessentwillen ich mich zum Wort gemeldet habe. Wenn wir in die weitgespannten und feinsinnigen Ausführungen der Frau Praetorius noch einmal die Frage „Schule“ stellen, dann ergeben sich zwei Fragekreise. Der eine ist die Frage nach dem religiös-weltanschaulichen Charakter der Schule. Hierüber gibt es bei uns, wie Frau Praetorius schon sagte, keine Diskussion. Es ist das Recht der Eltern, die religiös-weltanschauliche Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen. Dieses Recht kann ihnen vom Staate nicht genommen und darf ihnen auch vom Staate durch Gesetze nicht eingeschränkt werden. (Beifall.)

Deshalb unterstreiche ich auch den Satz, der über die Privatschulen gesprochen wurde: Dort, wo Eltern die private Schule der staatlichen vorziehen, muß dieser privaten Schule die gleiche finanzielle Förderung wie der öffentlichen Schule zuteil werden. (Beifall.)

Der zweite Fragenkreis geht aus von der Frage nach den Bildungszielen und -aufgaben, die selbstverständlich Schritt mit den Erfordernissen der Zeit zu halten haben. Hier ist die Antwort nicht so leicht, obgleich wir mit Befriedigung feststellen dürfen, daß die ersten geistigen Schäden des Nationalsozialismus und der vom Nationalsozialismus verschuldeten Kriegszeit dank der Arbeit gerade der von uns gestellten Kultusminister in den Ländern überwunden werden konnten. Wenn wir an das Jahr 1945 zurückdenken, wo jede der 4 Besatzungsmächte das Schulwesen nicht in Gang brachte nach gesamtdeutschen Gesichtspunkten, sondern wo sie ausgingen von Schulgestaltungen in ihrem Lande und das auf deutsche Verhältnisse zu übertragen versuchten, dann dürfen wir auch feststellen, daß eine erhebliche Koordinierung zwischen den Ländern, dank der Arbeit der Länder, erreicht worden ist. Allerdings muß diese Arbeit fortgesetzt werden.

Dabei ergibt sich eine wichtige Frage, nämlich die Erkenntnis, daß eine bloß äußere Schulreform kein Heilmittel und vor allen Dingen kein Allheilmittel sein kann. Deshalb unterstreiche ich die Worte von Frau Praetorius, daß wir die Einheitsschule, die zur Zerstörung unserer höheren Schulen und Realschulen (Mittelschulen) führt, ablehnen und daß wir eine echte Verzweigung des Schulwesens in eigenständigen Formen und einer organischen Gliederung fordern. Diese eigenständigen Formen müssen sich aufbauen auf einer 4jährigen, nicht auf einer 6jährigen Grundschule. (Beifall.)

Notwendig ist eine geistige, eine innere Reform sowohl von Schulen, wie von Hochschulen. Wenn Sie nun fragen: Hat die CDU ein solches Bild über das hinaus, was Ihnen der Kulturausschuß vorgelegt hat, dann muß ich trotz der fruchtbaren Arbeit, die von den Kultusministern der einzelnen Länder geleistet worden ist, sagen: sie hat es nicht.

Deshalb meine Frage an den Parteitag: Wäre es nicht notwendig, daß dieser Parteitag den Kulturpolitischen Ausschuß der Bundespartei beauftragte, durch ein kleines Arbeitsgremium in einer Arbeit auf längere Sicht hinaus und unter Hinzuziehung und Heranziehung erster und bester Sachverständiger die Grundlinien eines Erziehungs- und Bildungsprogramms für Schule und für Hochschule zu erarbeiten? Damit soll die Zeit der Unruhe und des Experimentierens beendet werden durch wirklich echte, neue Formen, um der Jugend zu helfen, die auf sie zukommenden Aufgaben zu bewältigen.

Meine Bitte ist die: Geben Sie uns durch diesen Parteitag den Auftrag. (Beifall.)

Wilhelm Selgen, Rheinland-Pfalz (Junge Union):

Nach den grundlegenden Ausführungen, die wir heute über die Familienpolitik gehört haben, habe ich fast Hemmungen, Ihre Aufmerksamkeit auf ein kleines und materielles Problem zu lenken, nämlich auf das der Familienbesteuerung.

Unser heutiges System der Lohnsteuer mag zwar, als es gebildet wurde, der Familie Rechnung getragen haben. Es ist eine Staffellung nach Kinderzahl usw. vorhanden. Aber wie jedes Gesetz und System hat es sich inzwischen verbraucht. Es verbraucht sich um so mehr, je mehr man versucht, durch Änderungsgesetze, Ausführungsbestimmungen usw. hier eine neue Grundlage zu schaffen.

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf das amerikanische System der Lohnsteuer richten. Wir haben so vieles von drüben übernommen, warum soll es auch hier nicht einmal der Fall sein. In Amerika wird die Familie insgesamt versteuert, d. h. das Familieneinkommen, wenn es etwa 800 DM beträgt, wird versteuert als ein Einkommen von 2×400 DM ohne Rücksicht darauf, ob das Einkommen vom Ehemann allein oder von beiden Ehegatten eingebracht wird.

Dieses System wäre nach meiner Auffassung auf die Familie in Deutschland noch zu erweitern, indem die Besteuerung je nach Kinderzahl, durch 3, 4 oder 5 dividiert, erfolgt, so daß dadurch der Familie ständig Rechnung getragen wird. Ich bin mir darüber im klaren, daß ein derartiges System etwas ganz anderes bedeuten würde, also etwas ganz Neues darstellt. Aber ich glaube, es ist besser, statt Altes auszubessern oder zu reformieren, hier einmal etwas grundlegendes Neues zu schaffen.

Das Zweite, auf das ich hinweisen möchte, ist die indirekte Steuer, die ich für familienfeindlich halte. Das, was durch die Einkommensteuer mit der einen Hand der Familie gegeben wird, wird mit der anderen wieder genommen. Es fängt beim Kleinen schon an und klingt fast lächerlich, wenn ich es sage, daß etwa die junge Mutter mit mehreren Kindern schon in dem Mehrverbrauch an Streichhölzern, um das Gas anzuzünden, in der indirekten Steuer mehr zahlt als derjenige, der das eben nicht notwendig hat. Dasselbe gilt für Zucker, Salz und alle sonstigen Gebrauchsgüter. Wer also eine größere Familie hat, wird entsprechend stärker besteuert. Es müßte von Fachleuten einmal errechnet werden, was durch die Steuererleichterung auf dem Gebiete der Lohnsteuer da noch übrig bleibt. Mir selbst fehlen Unterlagen. Ich weiß nicht, wie die Verhältnisse sind.

Ich wollte Ihnen das kurz vortragen, auch auf die Gefahr hin, daß unsere Finanzsachverständigen darüber vielleicht mitleidig lächeln, weil es nicht möglich ist. Immerhin sollten wir einmal daran denken. (Beifall.)

Präsident Majonica, M. d. B.:

Wir danken Freund Selgen. — Das Wort hat Fräulein Pietz, Hessen.

Frau Pietz, M. d. L., Hessen:

Ich möchte zunächst folgendes richtigstellen: Ich bin verheiratet und Mutter von 4 Kindern. (Beifall.)

Ich habe mich gefreut, daß durch die Ausführungen von Frau Praetorius der richtige Zusammenhang der Dinge zunächst einmal aufgezeigt worden ist und Sie zurückgeführt worden sind auf die Grundlage, von der wir ausgehen müssen: Familie und Erziehung. In dieser Rangfolge wurden die Dinge gebracht. Die Familie ist die Gemeinschaft, aus der der Mensch lebt, in der der junge Mensch seine Geborgenheit hat, in der er heranwächst zu einem tatkräftigen Menschen und einem vernünftigen Mitglied der Gemeinschaft. Wir können aber diese Gemeinschaft nicht gestalten durch ein Gesetz; wir können sie nur abschirmen.

Ich kann nicht zu diesem Thema, da ich noch andere Anliegen habe, sehr weitgehend sprechen. Ich kann aber auch nicht mit allen Ausführungen, die hier gemacht worden sind, in vollem Umfange einverstanden sein. Der Punkt, an dem wir ansetzen müssen, wenn wir schon einmal zur Reform des Familienrechts sprechen, ist die Lücke im BGB, die den Wert der Frau, ihre Arbeit und Leistung in Haushalt und Familie nicht sieht und bewertet. Wir müssen davon ausgehen, daß beide in der Ehe das Beste leisten und daß Mann und Frau die Gemeinschaft tragen. Nicht der Mann unterhält durch seiner Hände Arbeit die Frau, sondern Mann und Frau unterhalten die Gemeinschaft. Dadurch hat die Frau hinsichtlich des Unterhaltes gewisse Verpflichtungen, das Beste zu tun im Rahmen ihres Bereiches, was ihr an Pflichten zufällt. Sie hat allerdings daraus folgend auch das Recht, stellvertretend für die Gemeinschaft — nicht stellvertretend für den Mann — aufzutreten. Was über den Unterhalt hinaus der Familie durch die Leistung beider Ehegatten zufällt, wird Vermögen. An diesem Vermögen, an dem Wohlstand ist die Frau — immer vorausgesetzt, daß beide im besten Sinne ihre Aufgaben erfüllen — im selben Maße beteiligt wie der Mann. (Beifall.)

Von hier ausgehend ist eine Reform des Güterrechts unbedingt erforderlich. Hier muß die Leistung der Frau als gleichberechtigt neben der Leistung des Mannes anerkannt werden. Kommen wir zu diesem Resultat, dann bauen wir damit gleichzeitig eine Barriere gegen die Scheidung. Das in allen Konsequenzen ausgedacht, ist ein erhebliches Hemmnis gegen eine leichtfertige Scheidung hinsichtlich der Trennung einer Ehe. Wir kommen auch noch zu einer anderen Konsequenz, nämlich zu der, daß der Beruf, den die Frau im Hause übernimmt, den sie mit ihrer Ehe vielleicht eintauscht gegen einen anderen Beruf, ein vollgültiger Beruf ist. Deshalb verstehe ich nicht ganz das Wort vom Opfer. Nicht die Übernahme der Pflicht als Ehefrau als solche ist ein Opfer. Damit würden wir ja zugeben, daß der Beruf, den sie vorher ausgeübt hat, höher zu bewerten ist als der Beruf der Ehefrau. (Beifall.) Ob der Beruf der Ehefrau in sich Opfer mit sich bringt wie jeder andere Beruf, ist eine ganz andere Frage. Ich glaube, wir würden eine nichtgewünschte soziologische Entwicklung fördern, wenn wir die Frau in ihrem Bereiche schmälern würden. Die Entwicklung geht weitgehend zum Beruf, nicht allein aus Erwerbsstreben der Frau. Es spielt auch die Frage der Anerkennung des außerhäuslichen Berufes eine Rolle und des Berufes im Hause. Nur die richtige Würdigung des Berufes der Frau im Hause behütet uns vor einer falschen soziologischen Entwicklung. Darum müssen wir den Beruf der Frau im Hause, dem Herzbereich, mit Bedeutung, Verantwortung und mit Rechten ausstatten.

Ein dritter Grundsatz: Der Staat hat hinsichtlich der Gemeinschaft der Ehe nur das Recht, abzuschirmen gegen die Gefahren von außen. Nach meiner Auffassung hat aber der Staat kein Recht, weder als Gesetzgeber noch als entscheidende dritte Instanz, in den internen Bereich einer Ehe und Familie einzugreifen, es sei denn im Falle einer Gefährdung des Kindes durch die Familie selbst.

Ich glaube, wir können in diesem Kreise ausgehen vom Standpunkt der Unauflöslichkeit der Ehe. Wir werden das auch in jeder Beziehung ver-

teidigen, sei es hinsichtlich des Scheidungsrechtes oder des Unterhaltsrechtes, und sei es auch hinsichtlich der Dinge, die uns aus der öffentlichen Meinung entgegengebracht werden. Ich habe in einer Debatte erlebt, daß mir eine Frau — eine Sozialistin — entgegenhielt: Ihr Standpunkt ist falsch! Niemand habe heute mehr einen Anspruch auf Dauer-Ehe und Unterhalt. Das ist die andere Meinung.

Der Staat hat also nicht das Recht, als Gesetzgeber und entscheidende Instanz in die Ehe hineinzureden. Von diesem Problem kommen wir ohne weiteres auf das der Erziehung. Vorweg noch etwas. Wir haben das Idealbild der Ehe von unserem Standpunkt aus in der öffentlichen Meinung hochgehalten. Danach können wir gewisse Fehlentwicklungen in unserer Renten- und Versorgungspolitik nicht gutheißen. Wir können nicht einer Herabsetzung des Ansehens der Institution der legalen Ehe in der Schundpresse, Film und anderen üblen Erscheinungen draußen, die die öffentliche Meinung beeinflussen, wirksam entgegenreten, wenn wir noch länger dulden, daß in der Konstruktion unseres Renten- und Versorgungswesens Gefahren liegen, die illegale Verhältnisse fördern (Beifall) und damit auf dem Umwege der von uns gewünschten in der öffentlichen Meinung verankerten Institution der Ehe mehr schaden als die anderen Dinge, die wir vielleicht bekämpfen können durch ein Gesetz gegen Schmutz und Schund. (Beifall.)

Zur Frage der Erziehung: Gewiß hat der Staat kein Recht auf ein Monopol in Schulfragen. Ich habe auch eben begrüßt, daß man für die Privatschule eintritt und die Freiheit dieser Schule dadurch gesichert wissen will, daß man Zuschüsse gesetzlich verankert und in gleichem Maße fordert, wie das für die öffentlichen Schulen nötig ist. Wir haben aber gar keine Handhabe, mit diesem Antrag uns durchzusetzen, wenn wir nicht zunächst die Grundvoraussetzung schaffen, alle diese Dinge, den Religionsunterricht in der Schule, die Bekenntnisschule, private Schule usw., festzulegen. Das ist doch alles im Elternrecht verankert. Wir wollen doch, daß von hier aus diese ganzen Dinge ihren Ausgang nehmen.

Das Elternrecht ist in vielen Verfassungen verankert, auch im Grundgesetz. Aber ohne ein Ausführungsgesetz in den Ländern kommen wir nicht durch. Ich komme aus Hessen. Hier wird die private Schule im Augenblick auf kaltem Wege über die Ablehnung von Zuschüssen und über die Weigerung eines Parlamentes, Zuschüsse im Gesetz zu verankern, erledigt. Wir sind die einzige Partei, deren Anliegen und Aufgabe es in erster Linie ist, kulturpolitische Konzeptionen zu entwickeln. Wir müssen, wenn wir schon nicht in der Lage sind, ein Bundesgesetz über die Verwirklichung des Elternrechts durchzusetzen, Modellgesetze in einer Ausschubarbeit entwickeln, die in den Ländern auf Initiative der CDU vorge tragen werden müssen. (Beifall.)

Die beiden Dinge möchte ich hier zum Antrag erheben hinsichtlich des Schulaufbaues. Wir können nicht in einzelnen Ländern Reformen des Schulaufbaues vornehmen und damit die Kinder, deren Eltern den Wohnsitz wechseln, in Gefahr bringen, nun nicht mehr den Anschluß im anderen Lande zu finden. (Beifall.) Diese Arbeit, so wie ich sie mir denke im Rahmen unserer Partei, soll die Koordinierung aller Bestrebungen in unseren einzelnen Ländern darstellen. Wir sind dann diejenigen, die mit einem festen Konzept in beiden Fragen vorgehen und in den Ländern, wo wir unsere Partei vertreten, die Initiative ergreifen.

Es ist das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz erwähnt worden. Wir warten schon lange auf die Verabschiedung der Reform des Bundesjugendgesetzes, der Ablösung des früheren Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes. Es hat sich neben der Fürsorge die Notwendigkeit einer gesunden Jugendpflege entwickelt. Wir warten in der Jugendpflege auf eine bindende Ver-

pflichtung zu einer fest umrissenen Ausbildung des Jugendpflegers. Solange das nicht vorliegt, solange wir nicht wissen, wie die Zusammensetzung der Jugendausschüsse nach der neuen Gesetzesvorlage sein wird, geht die Entwicklung ihren Weg weiter. Gerade die Jugendpflege, ein neues und empfindliches Gebiet, könnte, wenn eine Bestimmung über die Ausbildung des Jugendpflegers fehlt, zu einer Domäne parteipolitischer Funktionäre werden in den Ländern, wo die Gefahr dazu besteht. Binden wir die Dinge in eine feste Form, dann erreichen sie uns zum Segen. Lassen wir aber den Dingen freien Lauf, wie sie durch die Lücke im Gesetz augenblicklich besteht, dann glaube ich, gehen wir Zuständen entgegen, die wir nachträglich durch ein Gesetz nicht mehr ändern können.

Zum Schluß möchte ich sagen: Der Ruf nach der Hilfe des Staates ist gut und richtig. Aber besinnen wir uns, gerade aus unserer christlichen Grundhaltung heraus, darauf, daß wir mit eigenen Kräften unseren Weg gehen müssen und soviel wie möglich aus uns heraus tun müssen und nicht dadurch, daß wir uns in Fürsorge, Jugendpflege und all diesen Dingen allzusehr an den Staat anlehnen. Vergeben wir nicht die so wertvolle Freiheit auf dem Gebiete von Erziehung und Schule. (Lebhafter Beifall.)

Frau, Dr. Gröwel, Hamburg, M. d. B.:

Frau Pietz hat eben am Ende gesagt, wir sollen uns das Recht der Freiheit im Schulwesen nicht nehmen lassen. Ich bin Hamburgerin und lange im Hamburger Schulwesen tätig gewesen. Wir sind in einer Stadt, wo frischer Wind weht. Ich kann Ihnen nur sagen: bewußt haben wir in diesen Tagen den frischen Wind etwas abgestellt und für Sie den Sonnenschein reserviert. (Beifall.) Aber es ist gut, einmal etwas von dem frischen Wind hier im Norden und von der interessanten Schulpolitik hier in Hamburg zu erfahren. Wir sind ein Land, das sozialistisch regiert wird und eine sozialistische Schulpolitik hier in der Schulbehörde betreibt. Aber trotzdem haben wir hier in dem demokratischen Hamburg die Freiheit eigentlich uns immer und immer wieder erobert. Wir haben sie uns in dem Augenblick erobert, als wir 1945 nach der Zerstörung alles Schullebens hier in Hamburg uns sofort wieder gemeldet haben und unsere katholischen Volksschulen in Hamburg, neun bis zwölf sind es, glaube ich, wieder einrichten konnten. (Beifall.)

Diese katholischen Volksschulen gehören der katholischen Gemeinde. In jeder Haushaltsdebatte wird der Zuschuß neu erkämpft und er ist bis jetzt Gott sei Dank jedes Mal für die Schulen neu bewilligt worden. Lehrmittel und Lehrkräfte werden von der Hamburgischen Schulbehörde bezahlt.

Wir haben auf der anderen Seite den beklagenswerten Zustand in Hamburg — aus Ihrem Mißfallen habe ich das vorhin schon erfahren, welche Auffassung Sie haben über die sogenannte sehr problematische 6jährige Grundschule. Wir haben sie hier seit einigen Jahren. Schleswig-Holstein hat sie nach dem Regierungswechsel wieder abgeschafft. Ein schwieriges Problem ist dann nach 6 Jahren das System und die Methode des Ausleseverfahrens. Ich sage Ihnen diese Dinge nicht deshalb, um Ihnen einen Vortrag zu halten über die Entwicklung des hamburgischen Schullebens, sondern um Ihnen zu sagen, welches Recht die Eltern sich, wenn sie tapfer und mutig sind, in jedem Augenblick, jeder Stadt und jeder Regierung erkämpfen können. Wir haben hier in Hamburg in diesen Tagen einen Prozeß abgeschlossen, den ein Vater angestrengt hatte, dessen Junge bei dem Ausleseverfahren von dem Prüfer dafür bestimmt war, nicht in die wissenschaftliche Oberschule gehen zu dürfen, sondern nur in die technische. Der Vater hat die Schulbehörde verklagt. Die Schulbehörde hat den Prozeß mit Auferlegung der Kostenbezahlung verloren. Der Vater hat seinen Einspruch motiviert mit dem

Anspruch auf den Artikel im Grundgesetz, daß den Eltern das Recht zusteht, die Schulart zu bestimmen, die das Kind besuchen soll. (Beifall.)

Es wird natürlich Berufung eingelegt beim Verwaltungsgericht. Das würde man sonst auch gerade von der Hamburger Schulbehörde mit Befremden entgegennehmen, wenn sie ohne Widerspruch das Urteil annehmen würde.

Wir haben vorhin in dem Referat von Frau Praetorius gehört, wir brauchen die kluge Hausfrau in der Politik. Wir brauchen aber auch die klugen und tapferen Väter, die sich das Elternrecht in jedem Augenblick und in jedem Land erkämpfen. (Lebhafter Beifall.)

Schirmschar:

Darf ich in Ergänzung der Ansage mich weiter als einen Sprecher der Jungen Union bezeichnen. Ich tue es deshalb, weil ich sehr glücklich darüber bin, daß meine Kreispartei, obwohl sie nur einen Vertreter hatte, den der Jungen Union, hierher geschickt hat. Ich tue das auch mit Blickrichtung auf meine jungen Freunde rechts und links auf den Tribünen, weil ich Ihnen damit den Mut machen will, daß sie eines Tages ebenfalls den Sprung von da oben nach unten tun werden. Ich will nicht mißverstanden werden: sie dürfen dafür die Treppe benutzen.

Nur der Redner kommt in das Wagnis, mißverstanden zu werden, vor allen Dingen dann, wenn er in eigener Sache spricht oder wenn er sich darüber beklagt, daß ihm nicht die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Ich darf aber trotzdem — vielleicht finde ich dabei Zustimmung —, mein Bedauern darüber aussprechen, daß die Bänke rechts und links in diesem Augenblick leer sind (Beifall) und auch während des Ablaufes der Plenarsitzung nicht immer besetzt waren.

Ich wollte etwas zum Thema der Erziehung sagen und zwar insoweit, als es sich um den Erzieher selbst handelt. Es ist heute morgen in den Referaten die Forderung ergangen, sich der Jugend mit besonderer Wärme und Aufmerksamkeit anzunehmen. Darf ich sagen, daß meine Bitte dahin geht, sich auch des Erziehers mit besonderer Wärme und Aufmerksamkeit anzunehmen. (Beifall.)

Ich gehöre zu den jungen Erziehern, die nach dem Kriege unmittelbar in die Ausbildung hineingegangen sind und dann in sogenannten Sondernotlehrgängen das Wissen vermittelt bekamen, mit dem sie nun auf die Jugend, darf ich sagen, losgelassen wurden. Ich habe nach Abschluß meiner Ausbildung meinem Akademiedirektor mit Bedauern gesagt, daß ich das Gefühl hatte, man habe mir den Becher der Wissenschaft an den Mund gesetzt und in dem Augenblick, wo ich beginnen wollte zu trinken, habe man mir ihn wieder weggenommen.

Ich sage das, um darauf aufmerksam zu machen, daß wir jungen Erzieher, die wir unmittelbar nach dem Kriege in den Dienst hineingekommen sind, eine recht unvollständige Ausbildung haben und daß wir alles, was wir als Rüstzeug für unseren Beruf brauchen, uns jetzt noch nachträglich aneignen müssen, oder wir bleiben in unserem Handwerk Stümper und Leute, die es nur mit halber Kraft tun können. Ich sage es deshalb, weil Sie nach den vorangegangenen Ausführungen des Herrn Dr. Hofmann und Frau Dr. Gröwel den Eindruck gewinnen konnten, daß in unserer Bundesrepublik die schulischen Dinge doch noch sehr durcheinanderlaufen. Wenn der Herr Dr. Hofmann gesagt hat, es habe sich im Laufe der Zeit einiges getan in der Ausrichtung und Koordinierung, so scheint mir das von meinem Gesichtspunkt aus als Erzieher durchaus zu wenig zu sein. Ich bedauere, daß auch meine Frau Kultusminister in diesem Augenblick nicht hier ist. Sonst würde ich an sie die herzliche Bitte richten, gerade auf dem Gebiet der Koordinierung des Erziehungswesens noch mehr zu tun, als es bisher schon geschehen ist.



Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Ludwig Erhard am Rednerpult



*Bundesarbeitsminister Anton Storch spricht in der Großkundgebung
zur Hamburger Bevölkerung*

Es fällt das vielleicht in das Gebiet des Föderalismus hinein. Aber die Tatsache besteht, daß in einem Land ein Lehrer auf dem Seminar, in dem anderen auf der Akademie seine Ausbildung erfahren hat und in einem dritten Land Hochschulausbildung hinter sich hat oder gar Universitätsausbildung. Ich weiß nicht, wohin das im Grunde genommen führen soll. Ich bin der Meinung, ganz gleichgültig, welche Form die Länder für die Ausbildung ihrer Erzieher wählen, sie sollen versuchen, eine Ausbildung so gründlich und gut wie möglich zu gewährleisten. (Beifall.)

Je besser wir den Volksschullehrer ausbilden, um so bessere Möglichkeiten stehen dem Land zur Verfügung für sein schulisches Wirken. Ich habe nicht die Absicht, in irgendeiner Form als Interessenvertreter der Lehrerschaft in bezug auf die Besoldungsreform aufzutreten. Wenn ein Lehrer dieses Wort für sich immer wieder in den Mund nähme, dann wäre er ein schlechter Erzieher. Bei unserer Erziehung gehen wir in erster Linie davon aus, daß wir die Kinder, mit denen wir zu tun haben, lieben und in zweiter Linie dann auch noch dafür sorgen müssen, daß wir uns im Leben recht und schlecht durchsetzen. Wenn die Eltern das Gefühl haben, daß wir für ihre Kinder genügend tun, sollten sie auch hingehen und die Forderung erheben, daß die Erzieher ihrer Kinder auch besser bezahlt werden. Ich wollte nur sagen, daß unsere Lehrerverbände sich hier etwas Reserve auferlegen sollten, damit sie nicht mißverstanden werden als Erzieher.

Ein Letztes. Der Erzieher, der hier angesprochen wird, der seine Aufgabe an der Jugend zu erfüllen hat, vor allen Dingen an den Jugendlichen, die aus der Schule entlassen worden sind, ist doch im Grunde genommen auch immer derjenige, der auch mit besonderer Hingabe in seiner schulischen Arbeit steht. An ihn treten die verschiedensten Organisationen heran und bitten ihn um seine Mitarbeit. Damit dehnt sich wieder einmal das Gebiet der Erziehung weit über den Rahmen dessen hinaus, in dem der Erzieher einmal ausgebildet worden ist.

Wenn also unsere jungen Lehrer über den Rahmen der Jugendarbeit hinaus eingesetzt werden sollen und an den jungen Menschen wirken sollen, die die Schule verlassen haben oder gar als Flüchtlinge von irgendwoher kommen oder als Arbeitsuchende vor den Arbeitsämtern stehen, dann würde ich vorschlagen, dem Lehrer auch dort noch Bildungsmöglichkeiten zu geben. Das kann in Form von Lehrgängen geschehen, aber auch in Form von anderen Materialien, z. B. Broschüren.

Der Lehrer von heute wird immer wieder vor die Forderung gestellt, die Jugend im staatspolitischen Sinne zu erziehen. Ich habe oft den Eindruck, daß meine Kolleginnen und Kollegen manchmal selber noch nicht genügend staatspolitisches Gefühl haben, um diese Aufgabe zu erfüllen. (Beifall.) Ich habe ihnen das selber schon in meiner Praxis häufig genug gesagt. Was ist aber hier für die CDU zu tun? Wir haben mit der CDU den Kampf um die konfessionelle Schule geführt, darüber hinaus den Kampf um die konfessionelle Lehrerbildung. Wir sollten auch im politischen Raum sehen, daß wir diesen jungen Lehrer oder Lehrerin für unsere Parteiarbeit gewinnen. Wenn uns das gelingt, dann werden wir sie durch die Arbeit in der Partei und durch die Begeisterung für unsere politische Sache auch dann zu Erziehern machen, die in der Lage sind, die Jugend selbst für staatspolitische Dinge zu begeistern. (Beifall.)

Frau Präsidentin Dr. Gröwel:

Ich glaube, daß alle Väter, Mütter und Erzieher für diese Ausführungen dankbar sind. Die Zentrale für Heimatdienst in Bonn, die wir gegründet haben, hat in der Schulung der Lehrer in staatspolitischer Hinsicht außerordentlich viel Gutes getan und tut es auch weiter.

Ich darf jetzt das Wort erteilen:

Josef Rick, M.d.L., Rheinland:

Sie werden vielleicht erstaunt sein, daß jetzt hier am laufenden Bande junge Menschen sprechen. Es sieht so aus, daß, wo der Vorstand tagt, hier die Jugend regiert. Das ist aber nicht deshalb, weil der Vorstand tagt. Die Tage in Hamburg haben gezeigt, daß unsere Partei keine Partei der Greise ist, sondern hier der Jugend das Tor weit geöffnet wurde.

Zu den Ausführungen unseres Freundes Kemmer wäre sehr viel hinzuzufügen. Lassen Sie mich das aber auf einen einzigen Satz beschränken: Wir wollen niemals wieder eine Staatsjugend haben, aber eintreten für eine staatsbewußte Jugend. (Beifall.)

Ich will mich hier beschränken auf die Instrumente der öffentlichen Meinungsbildung: Presse, Funk und Film, die im Leben der Jugend eine bedeutsame Rolle spielen. Sie können aufbauen oder zersetzen, Werkzeuge der Liebe und der Wahrheitsbildung sein. Was sind sie im heutigen Deutschland, in unserem Deutschland der Meinungsfreiheit? Erfüllen sie die Erwartung, die wir an sie stellen? Erfüllen sie die Erwartungen in publizistischer Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit, Toleranz und Objektivität, in wahrheitsgetreuer Unterrichtung mit Wort und Bild, in moralischer Verantwortung? Ein großer Teil der Presse sieht diese Aufgaben und beachtet sie. Ein anderer Teil tut das Gegenteil, ob böse Absicht, politische Unbelehrbarkeit, Gewinnsucht oder Spekulation hier die Feder führen, lasse ich dahingestellt. Manchmal hat man den Eindruck, daß alle diese Gründe sich vereinen, um die im Grundgesetz verbürgte Freiheit schamlos zu mißbrauchen. Auch der freieste Staat kann sich eine solche Großzügigkeit auf die Dauer nicht leisten. Das kommende Pressegesetz muß die anständige Presse schützen und die rücksichtslosen Geschäftemacher in ihre Schranken zurückweisen. Um so dankbarer sind wir den Verlegern und Journalisten — aller Richtungen, das möchte ich hier betonen —, die den Grundsatz einer sauberen Presse, selbst unter Opfern, aufrechterhalten und ihm dienen.

Das gilt auch für den Rundfunk. Sicherlich vermittelt er großartige Erlebnisse. Doch so manches Wort, mancher Scherz, den man im kleinen Kreise vielleicht noch gelten lassen kann, atmet, wenn er an eine Hörerschaft von Millionen ausgestrahlt wird, nicht den Geist der Freiheit, Wahrheit und des Anstandes. Wir sollten allerdings auch dankbar anerkennen, daß die Rundfunkanstalten ausgezeichnete Beiträge zur staatsbürgerlichen Bildung und Erziehung leisten. Damit keine Unklarheit besteht: Ich für meine Person — ich glaube, daß ich mich mit den meisten meiner Freunde darin einig weiß — lehne ebenso einen Parteifunk wie einen Staatsfunk ab. Das ist aber nur möglich, wenn der Rundfunk ebenso dem Staate und der staatlichen Gemeinschaft dient, wie es jeder Staatsbürger als seine Pflicht und als sein Recht üben soll, die Parteien dagegen zur Sprache kommen nach Gebühr und Gewicht.

Ein Wort zum Film. Kann man davon sprechen, daß das durchschnittliche Programm unserer Filmtheater zur Erziehung unserer Jugend beiträgt? Ich höre schon die Antwort: der Film soll unterhalten und er soll ja gar nicht mehr tun. Selbst wenn wir mit diesem Einwand einverstanden sind, gibt die gegenwärtige Lage zu denken Anlaß. Am bedenklichsten ist aber das Niveau der augenblicklichen deutschen Filmproduktion. Ich wage hier zu behaupten: schlechter könnte sogar eine staatliche Filmproduktion nicht sein. Es ist ja aber gar keine staatliche Filmproduktion, wie vielleicht mancher auf der gegnerischen Seite in falschem Bezug auf die Filmbürgschaften meinen könnte. Da wir eine staatliche Produktion ablehnen, richten wir hier ebenso einen herzlichen wie dringenden Appell an die Bundestagsfraktion und die Bundesregierung, alle guten Ansätze zu för-

dem. Scheitert etwa der deutsche Film daran, daß es keinen Stoff gibt? Nein! Den bietet sogar die Gegenwart mit reichlicher Anregung. Fehlen etwa die Mittel? Sicherlich zum Teil. Aber das Ergebnis der Bundes- und Länderbürgschaften läßt doch eigentlich die staatliche Hilfe, die bisher gewährt worden ist, fragwürdig erscheinen. Vielleicht — das möchte ich hier einmal ganz offen sagen — tragen Geltungsdrang, Egoismus, Mangel an Phantasie und Mut ein gewichtiges Teil dieser Schuld.

Wie dem auch sein: Der Film läßt sich nicht aus unserem Kulturleben fortdenken. Aufgabe unserer Kulturpolitik muß es daher sein, die Ursache der gegenwärtigen Situation zu erfahren, um den Weg für ein deutsches Filmschaffen zu ebnen, das nicht nur die Achtung unseres gesamten Volkes verdient, sondern auch mit Erfolg draußen in der Welt im deutschen Namen angeboten werden kann. (Beifall.)

Frau Präsidentin Dr. Gröwel:

Ich glaube, daß es sehr wichtig wäre, wenn wir auf einer der nächsten Arbeitstagungen einmal das Thema des Films behandeln würden. Die Fragen, die eben angeschnitten wurden, sind so schwerwiegend, daß wir sie in der Form einer Diskussionsrede von fünf Minuten nicht einmal summarisch nennen können.

Kochmann, Hannover:

Ich möchte ein Wort zur Jugendpflege sagen. Zunächst aber einige Vorbemerkungen. Ich möchte meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß es heute nachmittag hier zu einer wirklich echten Diskussion gekommen ist. (Beifall.) Daß diese Diskussion leider vor nicht vollbesetztem Hause stattfindet, ist bedauerlich. Wir wollen uns darüber klar sein, daß unsere Freunde im Lande von uns erwarten, daß wir über diese Fragen uns wirklich auseinandersetzen. Gerade in der lebendigen Auseinandersetzung drückt sich der Geist einer Partei aus.

Ich darf weiter meiner besonderen Freude Ausdruck geben, daß gerade hier in dieser Diskussion unsere Jugend so lebendig sich gezeigt und einen sehr lebhaften Anteil an diesen Ausführungen geleistet hat. Das beweist auch die Zusammensetzung der Delegationen. Im Lande ist sehr häufig die Anschauung verbreitet, die heutigen Parteien seien letzten Endes nur noch Konsortien von Menschen, die am Rande des Greisenalters ständen. Ich muß feststellen, daß das auf unsere Partei jedenfalls nicht zutrifft. Das ist eine der erfreulichsten Erscheinungen, die ich hier in Hamburg erlebt habe und die ich mit hinausnehme: Unter dieser Voraussetzung ist es mir um die Zukunft unserer ganzen Bewegung nicht bange. (Beifall.)

Wenn es uns gelingt, die breiten Schichten unserer ringenden Jugend auf unsere Seite zu bekommen und sie für uns zu interessieren, dann haben wir damit den Grundstein gelegt für eine wirklich tragbare politische Entwicklung in unserem Volke.

Nun ein Wort zur Jugendpflege. Hier möchte ich an einem ganz besonderen Punkt anknüpfen, der im Hauptreferat am Schluß gestreift wurde. Da hieß es: die Jugendpflege muß auf der Gemeindeebene ihren Haupttraggrund finden. Ich möchte diesen Gedanken ganz besonders unterstreichen. Es helfen uns keine Bundesjugendpläne, seien sie noch so schön ausgestaltet. Es helfen uns auch keine großen Bundesjugendrats mit noch so vielen Zahlen, wenn sich alle diese Dinge nicht umsetzen in lebendige motorische Kraft, die aber nur zur Entfaltung kommen kann auf der Ebene der Gemeinschaft, in der die Menschen miteinander leben. Das ist die Gemeinde. Ich möchte deshalb sagen — hier wende ich mich besonders an die Freunde, die im kommunalen Leben tätig sind —: Es darf heute in Deutschland keine kommunalpolitische Gemeinschaft mehr geben, in der diese Jugendpflege nicht zu einem ständigen Gegenstand der Sorge und der Beratung wird.

Ich komme aus einem ganz kleinen ländlichen Kreise. Ich darf Ihnen sagen, daß es uns durch die Initiative von wenigen Menschen im Laufe der Jahre gelungen ist, den Jugendpflegeetat zu einem wesentlichen Teilstück des gesamten Kreisetats auszubauen. (Beifall.) Das drückte sich nicht allein in Zahlen aus. Ich bin der Meinung, daß Zahlen nur dort einen Wert haben, wenn man mit ihnen wirklich als Kapital arbeitet. Es ist eine Freude, wenn man auf diese Weise erlebt, wie die Jugend plötzlich aufwacht und Interesse bekommt und sagt: die Menschen dort drüben in den Parteien, die wir bisher gar nicht gekannt haben, kümmern sich doch um uns. Wer mit der Jugend zu tun hat, muß sie unter allen Umständen ernst nehmen, und zwar so, daß er sich mit ihr in lebendige Aussprache einläßt und sie dann nach Kräften unterstützt.

Noch ein Wort zum Rundfunk. Ich möchte eine Seite des Rundfunkprogramms hier einmal hervorheben, die ausgezeichnet ist und wofür ich dem Rundfunk jeden Tag herzlich dankbar bin, das ist nämlich der Schulfunk. (Beifall.) Dieser Schulfunk interessiert mich am ganzen Tagesprogramm am meisten. Dort wird wirklich etwas geboten, was gut ist und was unmittelbar der Jugendentwicklung dient. Ich möchte an alle Eltern die Aufforderung richten, diejenigen Kinder, die zu Hause sitzen bei ihren Schularbeiten — das tun sie meistens, indem sie den Rundfunk neben sich haben —, darauf hinzuweisen, daß sie jedesmal die Rundfunksendungen morgens um 9 Uhr und nachmittags um 14 Uhr einstellen. Sie haben dadurch einen bleibenden Gewinn. Die Eltern wissen dann, daß die Schüler beschäftigt sind mit einer Unterhaltung, die etwas für ihre Zukunft bringt. (Beifall.)

Vorsitzende Frau Dr. Gröwel:

Ich glaube, wir sind alle herzlich froh darüber, daß heute nachmittag eine wirklich echte Diskussion stattfindet.

Nunmehr darf ich bitten, das Wort zu nehmen.

Fräulein Ursula Wilke, Junge Union:

Auch ich spreche für die Junge Union Deutschlands. Ich beziehe mich direkt auf das Referat von Herrn Kemmer, vor allem auf die Ausführungen zur Jugendgemeinschaftshilfe. Alles das, was im Zusammenhang mit dem Jugendgemeinschaftsdienst gesagt wurde, wird von uns durchaus bejaht. Etwas haben wir aber in der Darstellung vermißt. Das ist, daß wir nicht nur darauf Wert legen sollen, daß unsere Jungen und Mädchen, die in den Jugendgemeinschaftswerken stehen und dort leben müssen, eine Berufsausbildung bekommen und daß für ihre leibliche Notdurft gesorgt wird. Wir müssen auch darauf sehen — in erster Linie als Junge Union Deutschlands —, daß in den Jugendgemeinschaftsdiensten eine weltanschauliche Schulung und geistige Heimat geboten werden kann. Das kann in erster Linie dadurch geschehen, daß wir — wie hier schon sehr oft angeschnitten wurde — auf die Erzieher und die Jugendleiter, die in den Jugendgemeinschaftsdiensten verantwortlich arbeiten, den allergrößten Wert legen.

Es ist weiter gesagt worden, daß die Jugend in die Verantwortung hineinwächst und daß sie durchaus nicht allem so ablehnend und skeptisch gegenübersteht, wie es gemeinhin angenommen wird. Ich kann Ihnen sagen, daß das Wort, das Herr Kemmer geprägt hat von der Verantwortung der Jugend für diesen Staat, für alle Jugendlichen durchaus zu bejahen ist. Nur eines ist dabei zu beachten. Man muß dieser Jugend die Möglichkeit geben, an dieser Verantwortung aktiv teilzunehmen. Man muß ihr auch Vertrauen entgegenbringen, daß sie eine große Aufgabe meistern kann. Es wird Ihnen allen in Ihrem langen Leben vorgekommen sein, daß sie an einer Aufgabe, die Ihnen gestellt worden ist, wachsen

können und gewachsen sind. Nur dann, wenn man es mit dieser Jugend wirklich versucht, kann man mit ihr etwas leisten.

Es wurden hier viele Forderungen für die Jugend aufgestellt. Ich glaube, als junger Mensch sagen zu können, daß diese Jugend auch bereit sein muß, für die Bundesrepublik und für den Aufbau ihres Staates, in dem sie später leben wird und muß, Opfer zu bringen. Ich bin davon überzeugt, daß die deutsche Jugend gewillt ist, dieses Opfer zu bringen, das ihr ermöglichen soll, ein geeintes freies Deutschland zu schaffen, um dann in einem größeren Vaterland, Europa, zu leben. (Beifall.)

Frau Präsidentin Dr. Gröwel:

Die Wortmeldungen zu den Themen des heutigen Nachmittags sind abgeschlossen. Wir können in der Diskussion fortfahren und die Wortmeldungen, die zu den beiden Referaten von heute morgen übrig geblieben sind, jetzt vornehmen.

Ich darf Herrn Brauke bitten, als Vertreter des Kriegsofferausschusses zu uns zu sprechen.

Herr Brauke:

Als Vertreter des Kriegsofferausschusses habe ich die Aufgabe, zu den Problemen, die heute schon von verschiedenen Rednern angeschnitten wurden, kurz zu sprechen. Vor allem möchte ich der Bundesregierung, dem Bundestag und insbesondere dem Herrn Bundesarbeitsminister im Namen des Kriegsofferausschusses herzlichen Dank sagen für die in den vergangenen Jahren geleistete Arbeit. Wenn man einen Überblick erhält über das, was getan worden ist, dann muß man dafür die Anerkennung aussprechen. Vieles wurde getan, vieles ist noch zu tun.

Wenn einer als Vertreter der Kriegsoffer spricht, kommt er immer in die unangenehme Lage, an den Staat Forderungen zu stellen. Man tut es ungern. Das ist aber aus einer Situation entstanden, die nicht in eigenem Verschulden liegt. Ich glaube, wir als die CDU haben es in der Vergangenheit bewiesen und betrachten es auch als unsere Aufgabe für die Zukunft, den Menschen, die durch das Schicksal des Krieges zeitlebens zu leiden haben, besondere Hilfe zu gewähren. Wenn soeben über das Problem der Familie und der Jugend gesprochen worden ist, dann möchte ich vorab sagen, daß wir bei diesen Fragen die Mütter ohne Mann, die Kinder ohne Väter nicht vergessen dürfen, daß wir ganz besonders den vaterlosen Kindern bezüglich der Jugendhilfe unsere ganze besondere Aufmerksamkeit zuwenden müssen. (Beifall.)

Seit der Verabschiedung des Bundesversorgungsgesetzes, das selbst von der Sozialdemokratie seinerzeit anerkannt und dem sie in vollem Umfange zustimmte, haben sich die Verhältnisse geändert. Von unserem Freund Albers wurde heute früh klargestellt, daß in verschiedenen Sozialgesetzen diesen veränderten Verhältnissen Rechnung getragen wurde. Der Bundestag hat bereits vor Ende des Jahres 1952 auf Initiative der CDU den Verhältnissen durch Gewährung der halben dreizehnten Monatsrente Rechnung getragen und dadurch zum Ausdruck gebracht, daß bald ein Änderungsgesetz zum Bundesversorgungsgesetz vorgelegt werden soll. Es ist in der Zwischenzeit vom Bundesarbeitsministerium ausgearbeitet worden.

Es ist notwendig, daß auch die Kriegsoffer an dem Sozialprodukt ihren Anteil erhalten, wie wir aus dem Referat des Freundes Etzel entnehmen konnten. Es sind keine unbilligen Forderungen, die die Kriegsoffer hier stellen, die aber die CDU mit vollem Recht vertreten kann. Ich möchte an dieser Stelle erklären, daß die Sozialdemokratie in der Zeit, wo sie in den Ländern diese Frage in eigener Zuständigkeit regeln konnte, nicht das getan hat, was sie heute immer wieder zu versprechen sucht. (Beifall.)

Wir von der CDU sehen nicht die Parteitaktik, wir sehen die Menschen. Deshalb sind die dringenden Wünsche, die die Kriegsoffer erfüllt sehen möchten, daß eine gesunde Relation an das veränderte Lohn- und Preissegefüge gefunden wird und daß eine Berentung der Kriegerwitwen und Waisen erfolgt, die sich den beamtenrechtlichen Bestimmungen angleicht.

Ich darf nochmals zurückkommen auf die Jugend. Hier dürfen wir den Standpunkt vertreten, daß es Aufgabe der Allgemeinheit ist und sein muß, daß durch die Gewährung der Erziehungsbeihilfen den Kindern und Waisen der Vater ersetzt und ihnen die Berufsausbildung ermöglicht wird, die sie vornehmen würden, wenn der Vater noch am Leben wäre oder der Vater nicht schwerbeschädigt wäre. Das betrachten wir als eine besondere Aufgabe. Die Kinder Schwerbeschädigter werden in ihrem späteren Leben bestimmt durch die Eindrücke, die sie aus der Jugend von der Allgemeinheit mitbekommen.

Abschließend möchte ich ganz besonders die Bitte an die Bundespartei richten, hier den Kriegsofferausschuß nach Möglichkeit, wie es in der Vergangenheit in dankenswerter Weise geschehen ist, auch in Zukunft einzuschalten. Er kennt seine große Verantwortung. Er kennt auch die Grenzen des Möglichen, ist sich aber auch bewußt, daß den Menschen, die uns anvertraut sind, Hilfe gewährt werden muß.

Wir haben auch die Aufgabe, die Verwaltung so zu gestalten, wie es erforderlich ist, angemessen der Viermillionenzahl der Kriegsoffer. Ich glaube, wir müssen gerade auf diesem Gebiet darauf achten, daß nicht einmal eine Einnüpfung folgt in das Streben der Sozialisten, einen Einheitsstock zu schaffen. Um das zu verhindern, wäre es am zweckmäßigsten und geeignetsten, wenn im Bundesarbeitsministerium eine eigenständige Verwaltung für Kriegsofferversorgung geschaffen würde.

Abschließend darf ich erklären, daß auch wir das, was unser Freund Albers heute sagte, beherzigen, daß die Gewerkschaften und Organisationen nicht zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht werden dürfen, auch nicht die Aufgaben der politischen Opposition erfüllen sollen. (Beifall.)

Frau Präsidentin Dr. Gröwel:

Es hat das Wort Herr Strutzer, Westfalen.

(Zuruf zur Geschäftsordnung: Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit und auf die Leere des Hauses beantrage ich Schluß der Debatte.)

Das Wort hat

Dr. Heyn:

Wir haben vorhin von Frau Dr. Gröwel so glänzende Worte über die Notwendigkeit einer Debatte gehört. Die Zeit, die wir festgelegt haben, wird eingehalten werden. Ich bitte also die Diskussion bis dahin weiterzuführen.

Frau Präsidentin Dr. Gröwel:

schloß mit Zustimmung der Versammlung, gegen Einspruch von 4 Delegierten die Diskussion um 18.40 Uhr und dankte nochmals allen herzlich für die Mitarbeit.

Öffentliche Kundgebung in der Ernst-Merck-Halle

Einleitungsworte:

Auf allen Anmarschwegen zur Merckhalle sah man schon im Straßenbild Hamburgs am Abend des 21. April dichte Menschengruppen nach der gleichen Richtung ziehen. Mit über 7 000 Menschen war der riesige Bau schon vor Beginn der Kundgebung bis zum letzten Platz besetzt, als der Bundeskanzler unter einem Sturm des Jubels und der Begeisterung den gewaltigen Raum betrat. Ein Aufmarsch der Fahnen, getragen von den Vertretern der Jungen Union aus Hamburg und dem benachbarten Schleswig-Holstein, und Musikdarbietungen trugen zur Verstärkung der erwartungsvollen Stimmung bei. An der Ehrentafel hatten zahlreiche Bundesminister und führende Männer und Frauen der CDU Platz genommen.

Präsident Scharnberg:

Landesverbandsvorsitzender Hamburg

eröffnete um 20.30 Uhr die Kundgebung des Landesverbandes Hamburg aus Anlaß des 4. Bundesparteitages der Christlich-Demokratischen Union. Er begrüßte alle Besucher, insbesondere die Herren Bundesminister, Ministerpräsidenten, Minister der Länder, und unter ihnen die Herren Bundeswirtschaftsminister Professor Dr. Erhard und Bundesarbeitsminister Storch (Beifall.)

Unser besonders herzlicher Gruß jedoch gilt dem Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Konrad Adenauer. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Sie haben alle im Rundfunk und in der Presse den Besuch des Bundeskanzlers in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und in Kanada verfolgt. Dieser Besuch war tatsächlich alles andere als eine Vergnügungsreise. Er war vielmehr verbunden mit hohen und höchsten Ansprüchen an den Menschen und Politiker Adenauer. Er hat mit seiner Fahrt in die Vereinigten Staaten das deutsche Volk wieder in die Weltöffentlichkeit eingeführt. (Beifall.)

Sie, Herr Bundeskanzler, haben in einer erstaunlichen Steigerung Ihrer bisherigen Leistungen und in einer mutigen Fortsetzung Ihres bisherigen Weges dem deutschen Namen in einflußreichen Gebieten der Erde wieder Achtung und Vertrauen verschafft. (Sehr starker Beifall.) Dafür, Herr Bundeskanzler, danken wir Ihnen von ganzem Herzen! (Erneuter lebhafter Beifall.)

Wir Hamburger, insbesondere wir Angehörigen der CDU, die aus Anlaß des 4. Bundesparteitages der CDU zusammengekommen sind, wir sind glücklich darüber, daß Sie am Ende Ihrer Amerikareise zu uns nach Hamburg gekommen sind. Hamburg, Deutschlands Tor der Welt, war die würdige Eingangspforte in der Heimat und der Bundesparteitag der demgemäße Raum für eine solche Heimkehr. In diesem Sinne, Herr Bundeskanzler, nochmals vielen Dank und herzlichen Willkommensgruß. (Lebhafter Beifall.)

Der Staatsmann Adenauer ist aber auch ein Mensch mit einem warmen Herzen. Das wissen alle diejenigen, die ihn einmal bei der Pflege seiner Blumen im Rhöndorfer Garten erlebt haben. Das bestätigen auch alle jene, die ihn als Familienvater im Kreise seiner Kinder und seiner 12 Enkelkinder kennen. (Beifall.) Daß wir nun heute abend, lieber Herr Bundeskanzler, aus

Ihrer Kinderschar Ihre Tochter Fräulein Dr. Lotte Adenauer begrüßen können, ist uns eine ganz besondere Freude. (Lebhafter Beifall.)

Fräulein Dr. Adenauer, Ihres Vaters Erfolg in Amerika beruht ganz bestimmt auf der Wirkung seiner Persönlichkeit; ich glaube aber, es wird ihn und auch Sie, Fräulein Dr. Adenauer, freuen, wenn ich Ihnen sage, daß wir alle den Eindruck haben, daß Sie und Ihr liebenswürdiges Wesen diese persönliche Wirkung Ihres Vaters unterstrichen haben. (Beifall.) Dafür möchte ich Ihnen danken und Sie besonders herzlich in unserem Kreise begrüßen.

Ich erteile nunmehr das Wort

Bundeswirtschaftsminister Professor Dr. Erhard:

Die Christlich-Demokratische Union hat in diesen Tagen nicht nur vor den Vertretern der Partei, sondern vor dem ganzen deutschen Volke Rechenschaft abgelegt. Es ist selbstverständlich, daß ich in meiner Funktion vor allen Dingen für die deutsche Wirtschaftspolitik, für die Politik der sozialen Marktwirtschaft, spreche. Ich glaube, es kann heute im deutschen Vaterland kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß diese unsere Wirtschaftspolitik erfolgreich war. (Starker Beifall.) Sie hat uns eine Verdreifachung des deutschen Sozialprodukts gebracht; sie hat den deutschen Außenhandel in Höhe von 1,8 Milliarden Mark im Jahre 1948 auf nahezu 17 Milliarden Mark im Jahre 1952 gesteigert; sie hat uns erstmalig in diesem Jahre sogar einen Überschuß in unserer Handelsbilanz erzielen lassen.

Wir haben 2,5 Millionen neuer Arbeitsplätze geschaffen; wir haben den Lebensstandard und das Realeinkommen aller Schichten unseres Volkes, insbesondere der deutschen Arbeiterschaft, fortdauernd erhöhen und verbessern können. Wir haben rund 1,5 Millionen neuer Wohnungen erstellt. (Lebhafter Beifall.) Wir haben nach einem völligen Zusammenbruch unserer Währung heute wieder eine stabile deutsche Mark. Es ist selbstverständlich, daß man mit der Verleumdung der sozialen Marktwirtschaft im deutschen Volke keine Lorbeeren mehr ernten kann; damit sind keine Geschäfte mehr zu machen; denn die letzten Menschen bei uns haben eingesehen, daß wir mindestens auf dem rechten Wege sind. (Beifall.)

Wir werden auch, wenn wir uns selbst treu bleiben, noch die mannigfachen Aufgaben, die zu lösen übrig bleiben, erfolgreich anpacken. Es ist nicht uninteressant — ich glaube, das deutsche Volk muß darüber Bescheid wissen —, daß heute die Sozialdemokratische Partei, nachdem sie fünf Jahre lang die Marktwirtschaft mit Hohn, Spott und Haß verfolgt hat, nunmehr selber vor das deutsche Volk tritt und ihm eine Marktwirtschaft von links anbietet. Diese Marktwirtschaft mit Linksdrall hat mit der sozialen Marktwirtschaft, die wir repräsentieren, nicht das mindeste zu tun, — und ich habe ein Recht darauf, das deutsche Volk davor zu bewahren, daß es auf diese Gaukelei hereinfällt. (Lebhafter Beifall.)

Wenn dieses Programm, das die Sozialdemokratie jetzt verkündet, ehrlich und echt gemeint ist, dann sind alle meine Kritiker, auch ihre prominentesten Vertreter, Scharlatane gewesen. Weil ich aber diesen Vorwurf nicht erheben möchte, bleibt mir nur übrig, zu sagen, daß nach meiner festen Überzeugung dieses Programm der Marktwirtschaft von links sich eben doch wesentlich von dem unterscheiden muß, was bisher die Sozialdemokratie in ihrer wirtschaftspolitischen Haltung und Gesinnung bezeugt hat. Diese soziale Marktwirtschaft von links kann natürlich nur der sklavische Abklatsch von dem sein, was wir wollen.

Während sie uns vorwerfen, wir seien Monomanen — wobei in meinen Augen die Monomanie nichts anderes ist als die Konsequenz und die Treue

zur Idee und zu uns selbst — unterscheidet sich ihre Marktwirtschaft dadurch, daß sie „so viel freie Wirtschaft wie möglich und so viel Planwirtschaft wie nötig“ mit sich bringt. Es ist nur die Frage: wer entscheidet das? — Etwa die Tausende von Funktionären, die da ausgebildet worden sind und dauernd weiter ausgebildet werden von der SPD, um dann auf die Menschheit losgelassen zu werden?

Wenn dem so ist und wenn ich diese Bewertung nach dem beurteile, was die Sozialdemokratie bisher als notwendig an Planung erachtet hat, dann möchte ich hier doch einmal einige unverfängliche Zeugen nennen. So sagte z. B. Herr Agartz bei der Verlängerung des Wirtschaftsnotgesetzes bis Ende 1949, das sei eine Vorspiegelung falscher Tatsachen, ein parteipolitischer Trick; denn es sei selbstverständlich, daß die Zwangswirtschaft und die Rationierung noch viel länger aufrechterhalten bleiben müßten. Herr Schöttle — auch wieder ein unverdächtiger Zeuge — sagte, er würde sich der Auflösung der Zwangswirtschaft mit allen Mitteln widersetzen, weil die von uns vertretene Wirtschaftspolitik den Mangel zu einer permanenten Erscheinung mache.

Ich könnte noch viel mehr dazu sagen. Die Sozialdemokratie weiß natürlich sehr wohl, was sie tut, aber wir glauben ihr einfach nicht! Dieser Trick, den sie da anwendet, ist in meinen Augen nichts anderes als eine wirtschaftspolitische Falschmünzerei. (Starker Beifall.) Die Regie bei ihr klappt auch verhältnismäßig schlecht; denn auf einer Tagung der SPD sagten einige ihrer Vertreter, sie seien für die Preisbildung, für die Aufhebung der Bewirtschaftung, für die Wiederherstellung der Funktion des Marktes, während auf der gleichen Tagung Herr Ollenhauer erklärte, die Verteilung des Sozialprodukts über den Geldbeutel — d. h. also über die Funktion des Geldes — sei die brutalste Rationierung, die es gebe. Aber nun gibt es keinen Ausweg; entweder findet die Verteilung so statt, wie sie in der Marktwirtschaft üblich und notwendig ist, nämlich über das Geld, oder sie findet statt über den Bezugsschein und über die Bürokratie. — Und das deutsche Volk aus dieser Fron erlöst zu haben, darauf sind wir stolz. (Sehr starker Beifall.)

Es ist übrigens interessant, daß die Sozialdemokratie heute den Arbeiter nicht mehr so mit vollem Bewußtsein anspricht. Sie ist der Meinung: die haben wir sowieso, und jetzt wenden wir uns an den Mittelstand. — Es sind da und dort einmal Klagen und Forderungen an die Regierung laut geworden. Man glaubt daher, hier ein bereites Feld vorfinden zu können. Während wir uns bemühen, den deutschen Arbeiter aus dem materiellen Proletariatsdasein herauszureißen und seinen Lebensstandard fortdauernd zu verbessern, versuchen die Sozialdemokraten, andere Schichten mindestens in proletarisches Denken hineinzuziehen. Der materielle Lebensstandard ist heute kein Gradmesser mehr für ein proletarisches Dasein. Dafür hat der Erfolg unserer Wirtschaftspolitik gesorgt. Proletarisches Dasein drückt sich heute in dem Denken aus, wonach das persönliche Schicksal und die persönliche Würde zugunsten der Einordnung in das Kollektiv aufgegeben werden. Ich bin davon überzeugt, daß der deutsche Mittelstand gegen solche „Verlockungen“ immun sein wird. Ich bin auch der Auffassung, daß der deutsche Mittelstand in seinen breitesten Schichten unbedingt besser betreut werden muß, aber nicht in der Form, daß der Staat immer neue Hilfen und Unterstützungen gewährt, sondern dadurch, daß der Staat daran verhindert wird, in immer weitere Bereiche der privaten Lebensführung einzudringen. (Starker Beifall.)

Seit ungefähr 35 Jahren ist eine gefährliche Entwicklung in der Welt im Gange. Die öffentlichen Haushalte haben unter sozialen Vor-

zeichen eine fortdauernde Aufblähung immer mit der Begründung erfahren, die öffentlichen Aufgaben und die sozialen Verpflichtungen zwingen dazu. — Nun ist ganz bestimmt das eine richtig: wenn ein Ereignis wie etwa der Einstrom von 10 Millionen Flüchtlingen eintritt, dann ist es nicht nur die Aufgabe, sondern auch die Pflicht des Staates, zu helfen. Selbstverständlich ist es auch die Pflicht des Staates, für diejenigen zu sorgen, die, alt, krank und schwach, ihr Dasein nicht mehr aus eigener Kraft gestalten können. (Beifall.) Aber wir sind nach meiner Ansicht auf einem gefährlichen Weg, wenn aus den Kreisen der mittelständischen Existenzen, seien es freie Berufe, Handwerker, Händler, Industrielle oder Bauern — die gestern die Zumutung, daß der Staat einmal für sie zu sorgen hätte, mit Entrüstung als eine Beleidigung abgelehnt haben würden — der Ruf nach Sicherheit allzu laut wird.

Wir müssen uns überlegen, was hier getan werden kann. Irgend etwas scheint da nicht in Ordnung zu sein. Wenn wir die Politik der sozialen Marktwirtschaft so energisch und so konsequent weiterverfolgen, dann deshalb, weil wir den Motor des wirtschaftlichen Fortschritts und der sozialen Gesundung unseres Volkes nicht absterben lassen wollen, weil wir davon überzeugt sind, daß jeder Erfolg — vor allen Dingen jede Mehrung der sozialen Wohlfahrt — davon abhängt, daß wir den Gütegrad der deutschen Wirtschaft und die Qualität der deutschen Arbeitsleistung immer höher schrauben.

Wenn wir diesen Weg weiter beschreiten, dann werden wir immer weitere Schichten unseres Volkes in den Produktionsprozeß einbeziehen und ihnen auf Grund ihrer Arbeit ein materielles Dasein sichern können, damit sie sich vom Staat und seiner Hilfe weitgehend befreien. Wenn wir diese Politik verfolgen, daß auf der einen Seite die öffentlichen Haushalte auf Grund der zunehmenden Produktivität unserer Volkswirtschaft eine Entlastung erfahren, dann wird es auf der anderen Seite dank des größeren Sozialprodukts und des erhöhten Volkseinkommens auch möglich sein — bei aller Sicherung der öffentlichen Haushalte —, steuerliche Erleichterungen herbeizuführen.

Damit wird etwas sehr Wesentliches erreicht: nämlich die einzelnen Existenzen mehr und vor allem sichtbarer als heute zu überzeugen, daß sie ihr Leben für die Zukunft fest gestalten können. Es ist ein Widerspruch, wenn auf der einen Seite immer neue Forderungen an den Staat gelangen, auf der anderen Seite aber die Lasten, die der Staat seinen Bürgern auflegen muß, als unbillig und hart empfunden werden.

Ich sage noch einmal: was wir brauchen, ist nicht mehr Staat, sondern weniger Staat! (Lebhafter Beifall.) Hölderlin hat schon gesagt, daß diejenigen den Staat zur Hölle werden ließen, die ihn zu ihrem Himmel machen wollten. — Wir wollen dafür sorgen, daß der einzelne deutsche Staatsbürger aus sich selbst, aus seiner eigenen Kraft heraus seine Sicherheit und seine Zukunft gewährleisten kann. Damit beschreiten wir dann den Weg, der uns vom Kollektivismus wegführt.

Heute sind wir auf die Bahn geraten, wo viele keine persönliche Verantwortung tragen möchten, eine Bahn, bei der viele Menschen bereit sind, ihre Stimme dem Kollektiv zu geben und selbst in die Anonymität zu gehen. Die Demokratie aber lebt von verantwortungsbewußten Staatsbürgern, die auch die Zivilcourage aufbringen, für sich selbst einzustehen gegen jedermann, gegen das Kollektiv und selbst gegen den Staat, wenn es notwendig sein wird. (Beifall.)

Die Sozialdemokratie verkündet, daß sie auch für das Eigentum sei. Das glaubt sie wohl tun zu müssen, um vor allen Dingen bei mittelständischen Kreisen Anklang zu finden. Wenn aber die Sozialdemokratie

gleichzeitig sagt, die volkswirtschaftliche Kapitalbildung sei vorzüglich eine Aufgabe des Staates, der Staat müsse das Rückgrat der Kapitalbildung und der öffentlichen volkswirtschaftlichen Investitionstätigkeit sein, dann kann sich keine Kapitalbildung vollziehen; dann setzt jene groteske Umkehrung ein, daß der deutsche Staatsbürger seine Ersparnisse im Steuerwege an den Staat abliefert, um dann als Bittsteller zu erscheinen und das wieder als Kredit zurückzuerbitten, was füglich nach Recht und Moral sein Eigentum sein müßte. (Starker Beifall.)

Auch die gewerbliche Wirtschaft hat einen Anspruch darauf, daß sie die Fortentwicklung ihrer Betriebe — und das ist eine volkswirtschaftliche Aufgabe, die sie zu erfüllen hat — aus eigener Kraft und ohne den Einspruch des Staates vollziehen kann; denn wenn diese Entwicklung weitergeht — ein Problem, das die ganze freie Welt angeht —, daß nämlich der einzelne Staatsbürger vom Staate abhängig wird und in allen seinen Entscheidungen auf die Gnade der Bürokratie angewiesen ist, dann wird er zwangsläufig vom Staatsbürger zum Untertan. Dann sammelt sich in der Hand des Staates eine immer größere Macht, und der einzelne wird immer unfähiger, sein Leben in die Hand zu nehmen: Dann treiben wir auf kaltem Wege in eine Sozialisierung, in den Kollektivismus, in die Vermassung.

Nun hat die Sozialdemokratie gesagt, das Eigentum sei keine sittliche Institution, die in alle Ewigkeit gelten könne; man müsse das Eigentum, den Eigentumsbegriff, fortentwickeln. — Das ist ein neuer Terminus technicus. Wenn ich in Zukunft jemandem etwas aus der Tasche ziehe, dann sage ich nicht: ich hab's geklaut, — sondern: ich habe ihm das fortentwickelt! (Starker Beifall und Heiterkeit.)

Wir stehen zum Eigentum; wir wollen dafür sorgen, daß möglichst alle Menschen privates Eigentum sammeln können: denn daraus erwächst die Sicherheit, die die Demokratie braucht, um standes- und verantwortungsbewußte Staatsbürger hinter sich zu wissen.

Wir haben auch den Mut zu einem höheren Lebensstandard. Nur über die weitere Erhöhung der Produktivität sehen wir den Weg, auch die restlichen Schichten unseres Volkes aus der Armut zu erlösen. Wir wissen sehr wohl, daß da noch sehr viel Not zu überwinden ist. Hier können aber nicht irgendwelche Heilslehren helfen, sondern hier kann nur helfen die ehrliche Arbeit einer ganzen deutschen Volkswirtschaft. Wenn wir das sagen, dann ist das keine Phrase; denn wir haben fünf Jahre lang demonstriert, wie man es macht, und wir sind auf diesem Wege zu großen Erfolgen gekommen, die in der ganzen Welt anerkannt werden. (Beifall.) Wenn das ausgerechnet die deutsche Sozialdemokratie nicht sieht, dann habe ich dafür nur eine Erklärung: entweder liegt das an einem intellektuellen oder an einem moralischen Defekt. — Andere Erklärungen gibt es hierfür nicht. (Beifall.)

Die steigende Wohlfahrt hat zur Voraussetzung, daß wir die Produktion ausweiten. Ich bin sehr glücklich darüber, daß die Politik der Austerität — aus sozialistischen Bedenken entstanden — heute auch in Europa mehr und mehr in sich zusammensinkt. Der englische Schatzkanzler Butler hat Prinzipien entwickelt, die sich unserer wirtschaftspolitischen Auffassung weitgehend annähern, nämlich die Entlastung der öffentlichen Haushalte, die Zunahme der Produktion, die Erhöhung des Lebensstandards des Volkes. Das ist der einzig richtige Weg!

Wir wollen möglichst alle Schichten des Volkes — selbstverständlich nicht auf einmal, sondern stufenweise in der Entwicklung — an einem gehobenen Lebensstandard teilhaben lassen. Wenn die Sozialdemokratie

hiergegen einwendet: wie soll denn ein armer Sozialrentner sich ein Auto oder einen Kühlschrank leisten können, — dann muß ich erwidern: was soll man zu soviel Dummheit sagen! Die ersten Automobile sind auch nicht von Sozialrentnern gefahren worden; aber was heute Luxus ist, das ist morgen breiter gestreuter Verbrauch und übermorgen das Verbrauchs- und Gebrauchsgut aller Menschen.

Wenn sich nicht irgendwelche Schichten zuerst einem gehobenen Bedarf hingeben können, dann gibt es überhaupt keinen gehobenen Bedarf, sondern dann versinken wir alle in der Armut und finden uns zusammen in der allgemeinen Verelendung, wie das in den Jahren 1945 bis 1948 noch der Fall gewesen ist. Wenn ich das sage, dann bin ich mir bewußt, daß unsere Fähigkeit, von Deutschland aus den rechten Beitrag zur Verteidigung der freien Welt zu leisten, davon abhängig ist, wie wir in unserer wirtschaftlichen Entwicklung Fortschritte machen.

Wenn Amerika soviel für den Schutz der freien Welt tun kann, so ist das nicht deshalb möglich, weil es einen niedrigen Lebensstandard hat, sondern es ist nur möglich, weil es einen hohen Lebensstandard hat. Je mehr wir hier vorankommen, um so befähigter werden wir auch in der Entfaltung unserer Kraft, den notwendigen Teil zu unserem Schutze beizutragen. Wir sind auch bestrebt, die gleichen von uns im Innern verfolgten Prinzipien, die auf Freiheit beruhen, in unseren zwischenstaatlichen Beziehungen anzuwenden.

Unsere Erfolge im deutschen Außenhandel haben wir auch nur mit dem Prinzip der Freiheit erreicht. Wir sind aber noch nicht zufrieden mit dem, was bis heute geschaffen worden ist. Das ist auch nicht mehr eine spezifisch deutsche Aufgabe, sondern es ist die Aufgabe der ganzen freien Welt, in der ersten Stufe zunächst einmal aber die Aufgabe der uns verbundenen und befreundeten europäischen Völker.

Die Devisenzwangswirtschaft und alles, was uns daran hindert, mit anderen Völkern zusammenzukommen und uns friedlich mit ihnen zu messen und die vergiftete Atmosphäre zu bereinigen, wurzelt noch in der Doktrin der sozialistischen Wirtschaftspolitik, die mit ihren Fehlern und Irrtümern nur solange aufrechtzuerhalten war und ist, wie sich die einzelnen Volkswirtschaften abkapseln; denn in der freien und reinen Luft des internationalen Wettbewerbs werden diese Irrtümer sehr schnell zutage treten. Darum sind die sozialistisch orientierten Volkswirtschaften in sich verkrampft; sie sind reaktionsunfähig; sie sind nicht mehr funktionsfähig und nach außen durch starke Devisenkurse abgekapselt.

Jeder Staat hat die Verantwortung dafür, zuerst in seinen eigenen Reihen Ordnung zu schaffen, um dann auf der Grundlage der inneren wirtschaftlichen und finanziellen Stabilität reif und bereit zu sein, die Grenzen gegenüber der übrigen Welt weit zu öffnen. Wir alle wünschen, daß die politischen Ziele zu einer Neuformung und Neugruppierung Europas möglichst schnell von Erfolg begleitet sein mögen. Hier liegt auch eine Verantwortung auf der Wirtschaft. Hunderte von Millionen Menschen wollen eine freie Welt; sie wollen sich über die Enge ihres Raumes hinaus frei bewegen; sie möchten, daß die Segnungen der internationalen Arbeitsteilung sich zum Nutzen aller Menschen voll entfalten können.

Wir wollen eine freie Welt! Es darf aber nicht dahin kommen, daß zum Schluß nichts anderes herauskommt als ein zentralistisch und dirigistisch geleiteter Überstaat, der wieder über die Grenzen hinweg bis in die Schicksale der einzelnen Menschen eingreift. Deshalb kämpfen wir auch mit solcher Erbitterung für die Überwindung der Devisenzwangswirtschaft, weil diese Überwindung die Grundlage dafür schafft, daß die Menschen aus der Engstirnigkeit, aus dem Protektionismus und aus dem Autarkie-

wahn erlöst werden und sich ihrer Sehnsucht gemäß auch begegnen können in einer freien Welt.

In diesem Zusammenhang muß ich noch auf folgendes verweisen. Wir sind mitten in den Verhandlungen, in dem Ringen um die Verträge. Hier muß ich einmal mit aller Deutlichkeit sagen: die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk haben keine Lebensgrundlage und keine Zukunft, wenn über Deutschland noch ein Zwielflicht schwebt, wonach man nicht weiß, wie dieses Deutschland sich verhalten wird; ich brauche hier nicht zu betonen — denn es ist Geschichte geworden —, daß wir alle kein anderes Verlangen und keine andere Sehnsucht haben, als uns mit der übrigen Welt eins zu fühlen und uns innigst mit ihr zu verbinden, um unser Dasein und unsere Zukunft zu sichern. (Beifall.) Da darf aber kein diffuses Licht übrigbleiben. Das deutsche Volk hat keine Lebensgrundlage, wenn es nicht innig verbunden ist — auch rein ökonomisch gesehen — mit der freien Welt.

Denken Sie daran, daß wir unbedingt exportieren müssen, und zwar in sehr erheblichem Umfang, um überhaupt unsere Menschen beschäftigen zu können. Wir sind dabei — und ich glaube, wir haben einen guten Stand erreicht —, von der deutschen Volkswirtschaft aus mitzuhelfen an der Erschließung der übrigen Welt, an der Industrialisierung und der Technisierung. Kein Land in dieser Welt würde diese Verbindung pflegen, wenn es befürchten müßte, daß angesichts einer unklaren Haltung seines Partners eine Zusammenarbeit unmöglich sei. Aber wir brauchen die übrige Welt, weil wir hinsichtlich unserer Ernährung und nahezu aller anderen Rohstoffe auf die anderen Volkswirtschaften angewiesen sind. Keine Volkswirtschaft würde sich nach Deutschland hin orientieren, wenn auch nur ein Rest von Zweifeln übrigbliebe.

Jeder, der sich gegen diese Verträge stemmt, muß sich darüber klar sein, daß er mit dem deutschen Schicksal spielt, nicht zuletzt mit dem Schicksal des deutschen Arbeiters (starker Beifall); denn wir können bei unserer Rohstoffarmut im eigenen Land die deutschen Arbeitsplätze nur besetzt halten und neue dazugewinnen, wenn wir uns mit der übrigen freien Welt auf das innigste verbinden.

Wir haben guten Grund und ein Recht dazu, vor das deutsche Volk hinzutreten und Rechenschaft abzulegen. Wir können es mit reinem Herzen und mit freier Stirne tun. Wir haben nicht alle Probleme gelöst, aber wir haben gezeigt, daß wir auf dem rechten Wege sind. (Lebhafter Beifall.)

Wir haben die Verantwortung in einer Zeit übernommen, da kein Stern zu leuchten schien. Wir können immerhin sagen, daß wir das deutsche Volk auf die rechte Bahn geführt haben, soviel auch noch zu tun übrigbleibt. Wir wissen genau, daß noch sehr viele Probleme zu lösen sind. Wir wissen, daß in dem Grenzland noch sehr viel an Aufbau getan werden muß, um zu einer gesunden Struktur zu kommen. Wir wissen, daß wir die Konjunktur nicht absinken lassen dürfen. Wir müssen den Motor in Gang halten. Die Bundesregierung, getragen von der Christlich Demokratischen Union, hat allen diesen Fragen ihre ganze Aufmerksamkeit mit vollem Ernst gewidmet.

Das deutsche Volk in allen seinen Schichten kann beruhigt sein. Solange wir die Verantwortung tragen, solange werden wir uns treubleiben eingedenk unserer Verpflichtungen gegenüber dem deutschen Volk. (Beifall.) Das deutsche Volk hat ein Recht darauf, gerade in diesen Tagen Rechenschaft von der die Regierung tragenden Partei abgelegt zu bekommen.

Ich freue mich auf die kommende Auseinandersetzung; denn wir können vor das deutsche Volk hintreten. Wir haben etwas geleistet. Wir haben nicht nur geredet, sondern wir haben durch die Tat bewiesen, daß wir willens und in der Lage sind, dem deutschen Volke die Erleichterungen zu geben, damit es in Ruhe der Zukunft entgegensehen kann. Wir sind also für die kommende Auseinandersetzung gewappnet. (Starker, anhaltender Beifall.)

Seien Sie guten Mutes! Lassen Sie sich nicht durch das verführen, was da in düsteren Prognosen alles prophezeit wird. Gestern sah ich in Harburg auf der Straße Plakate mit der Inschrift: Wahlbetrug droht! — Ich kann das nur unterstreichen: Wahlbetrug droht! (Starker Beifall.) Ich hoffe, daß das deutsche Volk sich dessen bewußt ist.

Soviel auch noch zu tun übrigbleibt, wir können mit gutem Gewissen vor das deutsche Volk hintreten und sagen, daß wir in den vergangenen vier Jahren etwas geleistet haben. Ich glaube, wir haben das Vertrauen des deutschen Volkes verdient, daß es uns auch für die Zukunft sein Schicksal überantwortet. Wir sind uns unserer Verpflichtung und unserer Aufgabe bewußt. Ich bin der festen Gewißheit: wir werden diese Aufgabe lösen zum Segen und zum Nutzen des deutschen Volkes. (Langanhaltender, sehr starker Beifall.)

Präsident Scharnberg:

Wir danken dem Herrn Bundeswirtschaftsminister für seine Ausführungen, die uns die Problematik und die Zielsetzung, aber auch die Erfolge der von ihm geführten deutschen Wirtschaftspolitik gezeigt haben.

Ich erteile nunmehr das Wort

Bundesarbeitsminister Storch:

Als wir in Frankfurt die Verantwortung für die Geschicke des deutschen Volkes übernommen haben, fragten mich einmal amerikanische und englische Gewerkschaftler: Wie kannst du eigentlich mit Erhard und ähnlichen Leuten den Versuch unternehmen, das deutsche Volk aus seinem Elend herauszuführen? Du müßtest doch wissen, daß die heutigen Schwierigkeiten nur dadurch zu überwinden sind, daß der Staat jedem die Lebensmöglichkeit garantiert!

Ich habe diesen Freunden damals gesagt: Wenn wir der deutschen Arbeiterschaft und allen den Menschen helfen wollen, die bei uns auf der Schattenseite des Lebens stehen, dann müssen wir zunächst dafür sorgen, daß das Wirtschaftsprodukt bei uns nicht nur verdoppelt, sondern verdreifacht wird. Das Wirtschaftsprodukt betrug damals gegenüber dem des Jahres 1936 nur noch zwei Fünftel; hinzukommt noch, daß dieses Wirtschaftsprodukt von 1936 — entsprechend der heutigen Größe des Bundesrepublik — für 36 Millionen Menschen diente, während wir 48 Millionen Menschen mit Lebensgütern zu versorgen hatten.

Man hat uns damals gesagt: wenn ihr die Zwangswirtschaft beseitigt und in die freie Wirtschaft hineingeht, dann ist das zu vergleichen mit einem Sprung ins kalte Wasser. Ich habe damals darauf erwidert: wenn dieser Sprung ins kalte Wasser jedem deutschen Menschen seine Verantwortlichkeit klar vor Augen führt, dann hat auch dieser Schock seinen Wert gehabt. (Beifall.)

Wir wußten, daß das Wirtschaftsprodukt bei uns nur vergrößert werden konnte, wenn wir der Intelligenz und der Schaffensfreude jedes einzelnen im deutschen Volke die Freiheit gaben. Die Vergangenheit hat uns gezeigt, daß wir recht gehandelt haben. Es war noch nicht ein halbes Jahr vergangen, seitdem wir in Frankfurt die neue Wirtschaftsordnung eingeführt hatten, da konnten wir nachweisen, daß zum Beispiel in der Erstellung von Eisen und Stahl eine 50%ige Erhöhung eingetreten war. Wir

wußten sehr gut, daß dies dem Fleiße unseres Volkes zu verdanken war. Unsere Gegner im Frankfurter Wirtschaftsrat haben uns damals erklärt: Ihr müßt euch darüber klar sein, daß ihr das deutsche Volk mit diesen Methoden ins Unglück führt; ihr werdet keine wesentliche Verbesserung herbeiführen können. Als ihnen dann die ersten Bilanzen vorgelegt wurden, haben sie gesagt: Ihr habt das doch nicht gemacht, sondern das ist die Auswirkung des Fleißes unserer deutschen Menschen. Darauf haben wir erwidert: Ihr habt vollständig recht, nur nehmen wir das eine für uns in Anspruch, daß wir nämlich unseren deutschen Menschen wieder die Möglichkeit gegeben haben, frei zu wirtschaften und zu arbeiten.

Meine Aufgabe war es zunächst, dafür zu sorgen, daß den arbeitenden Menschen in dieser neuen Ordnung ihr Recht wurde. Wir haben damals nicht nur die Ware, sondern auch die Arbeitskraft des einzelnen Menschen aus der Zwangsbewirtschaftung herausgenommen. Heute will man es nicht mehr wahrhaben, daß es bis zu der Zeit, wo wir die Verantwortung übernahmen, bei den Arbeitsämtern noch eine Arbeitsbuchabteilung gab, und kein Arbeitnehmer konnte seine Arbeitsstelle ohne Genehmigung der Arbeitsbehörde verlassen.

Wir haben Schluß mit diesen Dingen gemacht. (Beifall.) Wir haben den Menschen, die als Unternehmer oder als Arbeitnehmer im Wirtschaftsleben standen, das Recht gegeben, von sich aus zu bestimmen, welche Lohn- und Arbeitsbedingungen in den einzelnen Gewerben gelten sollten.

Ich weiß noch, wie damals General Clay zu mir sagte, es sei doch unmöglich, in einer solchen Situation eine derartig grundsätzliche Wandlung herbeizuführen. Ich sollte es doch Schritt für Schritt machen und nicht glauben, daß ich es mit einem Schlage schaffen könne. — Ich habe damals dem General Clay erklärt: Ich kenne die deutschen Arbeitnehmer viel besser als Sie. Wenn man den Arbeitnehmern Vertrauen entgegenbringt, werden sie dieses Vertrauen auch zu würdigen wissen. Als ich ihn dann später bei der Einweihung der Friedensglocke in Berlin wiedertraf, sagte er mir: Ich habe das deutsche Volk, vor allen Dingen seine breiten Volksschichten, nicht so hoch eingeschätzt. Sie haben auch weniger Streiks gehabt als die Engländer. In England gelten heute noch die Kriegsbestimmungen, wonach nicht gestreikt werden darf. Als die englischen Hafenarbeiter gestreikt haben, hat man Militär einsetzen müssen. Zu solchen Streiks ist es bei uns nicht gekommen.

Ich habe damals meinen Kollegen in Frankfurt gesagt, wir müssen in unseren Arbeitern, die diese wesentliche Verbesserung unserer wirtschaftlichen Leistung vollbracht haben, das Bewußtsein wecken, daß auch für sie durch die neue Ordnung eine bessere Zeit kommen wird. Wir haben damals in einem sehr großzügig gehaltenen Gesetz den gewerblichen Arbeitnehmern, nämlich in dem Sozialversicherungsanpassungsgesetz, das gleiche Sozialrecht, gegeben, das früher die Angestellten hatten. Von der Opposition wurde mir damals in Frankfurt gesagt: Das geht ja gar nicht. Das haben wir in der Weimarer Zeit nicht gekonnt, und wir werden es auch heute nicht können. Setzen Sie doch die Sozialleistungen für die Angestellten herunter und heben Sie diejenigen für die gewerblichen Arbeiter. Dann kommen wir zu einer großen Mittellinie, und alle sind gleich! Mir kam es gar nicht darauf an, daß alle gleich waren, sondern mir kam es darauf an, daß eine soziale Gerechtigkeit in unserem deutschen Volke herbeigeführt wurde.

Nach Bildung der Bundesregierung bestand schon in der ersten Kabinettsitzung kein Zweifel darüber, vor allen Dingen die Demontagen bei uns abzustoppen, um bestehende Arbeitsplätze zu erhalten bzw. in der Zukunft neue zu schaffen. Wir hatten 2 Millionen Arbeitslose. Wir sind dann einen

bitteren Weg gegangen und haben uns anfeinden lassen von denjenigen Leuten, die meinten, einen Zauberstab in der Tasche zu haben, mit welchem sie glaubten, eine Planwirtschaft herbeiführen zu können, um auf diese Weise die Arbeitslosen von Schleswig-Holstein nach dem nordrhein-westfälischen Gebiet zu bringen. Dabei hatten wir für die eigenen Leute in diesem Gebiet keine Wohnungen. Aber diese Gesichtspunkte spielten bei den betreffenden Leuten keine Rolle. Man rechnete und sah die Welt um sich nicht. Wir haben uns die Welt angesehen und haben dann gerechnet. Es ist uns gelungen, in diesen vier Jahren die Zahl der Beschäftigten von 12,5 Millionen auf 15 Millionen zu erhöhen. (Beifall.)

Das ist eine Leistung, die allerdings draußen in der Welt nicht richtig gewürdigt und nicht entsprechend anerkannt wird. Man hatte uns vorher so oft gesagt: Ihr braucht doch nur das englische Muster nachzumachen. Dort hat man durch eine sozialistische Planwirtschaft die Vollbeschäftigung erreicht. Warum macht Ihr es nicht auch so? Lord Beveridge, der Vater dieses Gedankens, hat uns im vergangenen Jahre besucht. Ich habe ihn in Gegenwart der Arbeitsminister der elf Länder gefragt, wieviel Arbeitsplätze geschaffen werden mußten, um das System der Vollbeschäftigung durchzuführen, worauf er mir erklärte: 420 000.

Es ist bestimmt eine große Leistung, 420 000 Arbeitsplätze zu schaffen, aber wenn Sie von unseren zehn Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen nur jeden vierten als Arbeitnehmer ansprechen, dann hatten wir allein für diese Gruppe 2,5 Millionen Arbeitsplätze notwendig. Wer nun glaubt, daß man derartige Größen ohne weiteres miteinander vergleichen könne, der sieht eben die wirklichen Verhältnisse nicht.

Wir hatten dann die Aufgabe, dafür zu sorgen, unseren Kriegsgeschädigten und Kriegshinterbliebenen — die von der Besatzungsmacht nach Kriegsende besonders schlecht behandelt wurden — größere Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. 40 DM Rente über die Invalidenversicherung, — das war das, was man den schwerbeschädigten Kriegsoffizieren zugemutet hat; eine Versorgung für die Hinterbliebenen war nur auf dem Wege über die Wohlfahrtsämter möglich. Wir haben dann auf Grund von Verhandlungen mit den Besatzungsmächten den Rentensatz auf 100 DM monatlich heraufgesetzt. Als wir uns dann auf der Bundesebene damit beschäftigten, stellte sich heraus, daß die Länder, die bis dahin diese Aufgaben zu erfüllen hatten, für die Kriegsoffiziere im Jahr rund 1,9 Milliarden Mark ausgegeben hatten. Das ist bestimmt eine große Leistung, insbesondere dann, wenn Sie daran denken, daß für die Kriegsoffiziere nach dem ersten Weltkrieg — als Deutschland eine Bevölkerung von 68 Millionen Menschen hatte — nur 1,6 Milliarden Mark ausgegeben wurden.

Als wir dann ein neues Gesetz ausarbeiteten, habe ich meinen Freund Schäffer — der hier sitzt — gefragt, was er denn aus seinem Steuersäckel für die Kriegsoffiziere herausgeben könne. Zum Schluß mußte er — er hat dann auch selber zugestimmt — 3,2 Milliarden Mark ausgeben. (Beifall.)

Wir haben im diesjährigen Etat für Renten, Verwaltung, Heilbehandlung für die Kriegsgeschädigten usw. bestimmt einen Betrag von 3,6 Milliarden DM notwendig.

Aber auch unsere Arbeitsinvaliden mußten bessergestellt werden. Wir haben deshalb ein Gesetz erlassen, wonach auf Kosten des Staates die Leistungen aus der Sozialversicherung um 25 % erhöht wurden. Auch hier wurde wieder ein großer Kampf, allerdings in freundschaftlichster Form, zwischen dem Bundesfinanzminister und mir geführt. Ich mußte ihm sagen: Mein lieber Fritz Schäffer, das kostet Dich 860 Millionen Mark! — (Beifall und Heiterkeit!) Weil sich das ganze Kabinett darüber einig war, daß wir auch diese Menschen an dem wirtschaftlichen Aufstieg teilnehmen lassen

müßten, hat er gesagt: wenns gar nicht anders geht, dann muß ich es halt zusammenkratzen! (Erneute Heiterkeit.)

Inzwischen haben wir wiederum zwei Gesetze für die Sozialversicherung fertiggestellt, einmal das Grundzulagengesetz vom Dezember des vergangenen Jahres mit einem Kostenaufwand von 305 Millionen und zum anderen das neue Fremdrentengesetz mit 317 Millionen. Wenn Sie diese Zahlen aus den beiden letzten Jahren zusammenzählen, dann finden Sie, daß wir den Rentnern aus Steuermitteln über 1,5 Milliarden DM zur Verfügung gestellt haben. (Beifall.)

Vor einiger Zeit habe ich auf einer Tagung unserer Sozialausschüsse in Köln gesagt, es sei an der Zeit, das ganze Gebilde unserer Sozialversicherung in eine gewisse neue Ordnung zu bringen. Daraufhin wurde mir in meinem Ministerium folgende Notiz einer führenden sozialdemokratischen Zeitung vorgelegt: Der Bundesarbeitsminister will jetzt einen Sozialplan fertigstellen. Vier Jahre hat er Zeit gehabt! Aber nur unser Sozialplan hat ihn dazu gebracht, auch einen Plan aufstellen zu wollen. Wenn man mit so viel Naivität an die breiten Volksschichten herangeht, dann muß man sich darüber wundern, was das eigentlich für Leute sind die den deutschen Arbeiter für so dumm und dämlich halten. (Beifall.)

Wenn wir auf Grund des damaligen Sozialprodukts, das ein Drittel des heutigen betrug, einen Sozialplan hätten aufstellen wollen, dann wären die Leistungen, die man hätte versprechen können, so minimal gewesen, daß die Menschen den Glauben an die Zukunft verloren haben würden. Wir haben in der Zeit der Entwicklung durch Einzelmaßnahmen geholfen. Sie können sich aber darauf verlassen, daß wir jetzt, wo wir auf gesundem Boden stehen, das ganze Gebäude unserer Sozialversicherung so neugestalten, daß jeder in unserer Sozialversicherung seine Sicherstellung für die Wechselfälle des Lebens sehen kann. (Beifall.) Auch ich bin mir wie der Kollege Erhard darüber klar, daß wir noch manches zu tun haben werden; aber in dem gleichen Umfang, wie wir unser Sozialprodukt erhöhen, werden wir auch die sozialen Leistungen des Bundes erhöhen. (Beifall.)

Der Arbeitnehmer fühlt sich nicht nur auf Grund seiner Renten gerecht behandelt, sondern seine Wertschätzung im Wirtschaftsleben ist auch entscheidend für ihn. Wir haben dem deutschen Arbeitnehmer ein Kündigungsschutzgesetz gegeben, wodurch er in seinem Betrieb ein Heimatrecht erhält. Das ist eine Leistung, die Sie in der ganzen Welt nicht mehr finden werden. Wir haben darüber hinaus versucht, den arbeitenden Menschen in Form des Betriebsverfassungsgesetzes ein Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaft zu geben. Oh, was ist man gegen dieses Gesetz angegangen — einzig und allein deshalb, weil man unserer Grundkonzeption nicht folgen wollte, die dahin ging, dem arbeitenden Menschen selbst größere Rechte zu geben. Die Sozialdemokratie kam mit ihrem Gesetzesvorschlag; sie wollte politische Macht für die Gewerkschaften haben. (Pfeif-Rufe.)

Ich bin seit meinem 18. Lebensjahre gewerkschaftlich organisiert; ich bin es auch heute noch. Ich fühle mich aber verpflichtet, diesen Organisationen der Arbeitnehmer zu sagen: Ihr seid auf dem falschen Weg, wenn ihr die Macht der Organisation als Selbstzweck seht und nicht mehr die eigene Aufgabe richtig wertet, nämlich dem Arbeiter zu helfen! (Starker Beifall.)

Wir haben uns nicht täuschen lassen. Wir haben das Gesetz über die Bühne gehen lassen, weil wir eben der Meinung sind, daß wir an einem Wendepunkt in der Geschichte des deutschen Volkes stehen. Entweder gelingt es uns, unser Volk in allen seinen Schichten gegenüber dem Kollektiv immun zu machen und den einzelnen wieder als Menschen herauszustellen,

oder wir gehen im Kollektiv zugrunde. (Beifall.) Dabei kommt es gar nicht darauf an, ob das Kollektiv von Nationalsozialisten, von Sozialisten oder von Kommunisten herbeigeführt wird. Das neue Kollektiv führt uns spätestens in fünf Jahren in den Kommunismus hinein.

Bleiben wir uns treu und sehen wir die Dinge so, wie wir sie als Christen sehen müssen: den Menschen mit seiner Eigenverantwortlichkeit, mit seinem Gewissen und seiner Verantwortlichkeit vor dem Herrgott! (Beifall.)

Wenn wir diesen Weg gehen, dann braucht uns um unser Volk nicht bange zu sein. Dann werden wir vielleicht der Welt einmal zeigen, daß man ohne Hochkapitalismus und ohne Kommunismus die Menschen in eine glücklichere Zukunft führen kann. Ich bin der Überzeugung wie mein Kollege Erhard. Wir werden in diesem Jahr vor der Wahl dem deutschen Volke die Wahrheit in der brutalsten Form sagen. Ich bin davon überzeugt, daß unsere Menschen uns glauben werden, weil wir ihnen nachweisen können, daß wir nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf sozialem Gebiete unsere Versprechungen gehalten haben. (Starker Beifall.)

Präsident Scharnberg:

Ich danke Ihnen, Herr Bundesarbeitsminister Storch, für Ihre Ausführungen. Sie haben uns überzeugend dargetan, was unser junger Staat in kaum vier Jahren seines Bestehens auf dem Gebiete der Sozialpolitik für den sozialen Frieden und die Wohlfahrt unseres Volkes, insbesondere für den deutschen Arbeiter, getan hat.

Das Wort hat nunmehr

Bundeskanzler Dr. Adenauer:

(Mit anhaltenden Ovationen begrüßt.)

Meine lieben Parteifreunde! Ehe ich Ihnen über meine Reise nach den Vereinigten Staaten und nach Kanada berichte und ehe ich Ihnen die außenpolitische Lage in der Welt und Deutschland zu skizzieren versuche, lassen Sie mich ein Wort an die Adresse der Hamburger, an ihren Fleiß, ihre Klugheit und ihre Tüchtigkeit sagen. (Beifall.)

Ich habe Hamburg in den Jahren kennengelernt, als der Zonenbeirat hier tagte. Ich kann Ihnen sagen, da haben wir gefroren und gehungert. Zuletzt bin ich im Jahre 1951 durch Hamburg gefahren. Und nun habe ich mir gestern und heute in einer stillen Stunde etwas von Hamburg angesehen. Ich kann nur sagen, Ihre Stadt steht höchstwahrscheinlich — ich sage höchstwahrscheinlich, damit ich nicht von anderer Seite Beschwerden bekomme — an der Spitze der deutschen Städte. (Beifall.)

Ich muß über Ihre Tüchtigkeit noch ein besonderes Wort sagen, weil es Ihnen gelungen ist, Ihren Hafen nicht nur wieder aufzubauen, sondern ihn auch mit solchem Leben zu erfüllen, obwohl das Hinterland abgeschnitten ist. Hut ab vor dieser Leistung! (Starker Beifall.)

Etwas haben wir für die Hamburger auch mitgebracht aus Washington. Ich habe zu meiner großen Freude gehört, daß unter den 350 Schiffen, die die Vereinigten Staaten an Deutschland zurückgeben, doch mehrere sehr respektable und schöne Schiffe sind. Das ist, glaube ich, für die Hamburger und die deutsche Schifffahrt ein sehr wesentlicher und guter Zuwachs. (Beifall.)

Ich bin in die Vereinigten Staaten als Botschafter guten Willens gegangen, weil ich im Innersten die Verpflichtung fühlte, den Vereinigten Staaten, dem amerikanischen Volke und seiner Regierung für die planmäßige Hilfe zu danken, die sie uns nach unserem fürchterlichen

Zusammenbruch haben zuteil werden lassen. (Beifall.) Ich glaube, es ist sehr selten, wenn überhaupt, in der Geschichte erhört worden, daß ein Siegerland dem Besiegten, der — daran kommen wir ja nicht vorbei — den Krieg in Szene gesetzt hat, nach so verhältnismäßig kurzer Zeit die Hand entgegengestreckt hat, um den Besiegten wieder in den Kreis der übrigen einzuführen. (Beifall.)

Nun werden Sie aus den Berichten der deutschen Presse und vom Rundfunk her ungefähr wissen, wo wir gewesen sind, nämlich in New York, in Washington, in San Franzisko, in Ottawa, in Chicago, vor allem auch im mittleren Westen. Überall in diesen so verschiedenen Teilen des großen Landes haben wir die denkbar beste Aufnahme gefunden von jedermann. (Beifall.)

Aber es lag mir daran, nicht nur Wolkenkratzer zu sehen, sondern ich wollte auch das geistige Leben in den USA kennen lernen, weil ein Volk, das nur auf Geschäfte ausgeht, nicht diese Größe des Handelns aufbringen kann, die die Vereinigten Staaten aufgebracht haben. So habe ich mir mehrere Universitäten angesehen, in Washington, in Chicago, die Harvard-University, und in Ottawa; ich war ja auch in Kanada. Ich habe mir auch, wo ich es irgendwie konnte, in den Städten die Museen angesehen. Ich kann Ihnen nur sagen, daß wir Durchschnittseuropäer uns — wie ich fürchte — von dem amerikanischen Volke eine ganz falsche Vorstellung machen. Natürlich, das amerikanische Volk will verdienen, aber das amerikanische Volk hat auch einen weit offenen Sinn für die geistigen Werte des Lebens und insbesondere für die Freiheit der Menschheit. Ich bin fest davon überzeugt, daß ein sehr großer Teil der Politik der Vereinigten Staaten getragen wird von der Überzeugung, daß die Freiheit und das Recht das wahre Fundament menschlichen Zusammenlebens bilden.

Ich habe selbstverständlich mit den Vereinen der Amerikaner deutscher Abstammung Fühlung aufgenommen und bin auch dort, namentlich in Chicago und in New York, sehr warm und sehr herzlich begrüßt worden. Es ging mir sehr zu Herzen, als in New York mehrere Männer zu mir kamen und mir sagten: Wir danken Ihnen dafür, daß Sie zu uns gekommen sind. Jetzt ist der letzte Schatten von uns Amerikanern deutscher Herkunft genommen worden, der seit dem Kriege auf uns lastete. (Beifall.)

Ich habe dann einen Vortrag in dem Senatskomitee für Auswärtige Angelegenheiten gehalten und die mir dort gestellten Fragen beantwortet. Auch dort habe ich wie überall — ich kann das nur sehr nachdrücklich betonen — ganz großes Verständnis für die Lage Deutschlands, für die Lage Europas und für alle die Fragen, die uns bedrücken, gefunden. Sie wissen, daß ich Verhandlungen im Weißen Haus und im State Department geführt habe. Diese Verhandlungen sind so ausgezeichnet verlaufen, wie ich es mir niemals vorgestellt habe. (Beifall.)

Unvergesslich wird mir der Morgen bleiben, an dem ich den Heldenfriedhof in Arlington bei Washington besucht und vor dem Grabe des Unbekannten Soldaten — während die deutsche Fahne hinter mir hergetragen wurde — zusammen mit einem amerikanischen General den dort beerdigten amerikanischen Soldaten meine Huldigung dargebracht habe. Zum ersten Mal wurden dort die deutsche Nationalhymne und die amerikanische Nationalhymne gespielt. (Lebhafter Beifall.)

Wo ich gewesen bin und welche Vorträge ich gehalten habe, kann ich in der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit nicht sagen; es hat mich nur interessiert, aus amerikanischen Zeitungen zu erfahren, daß ich in 12 großen Reden 280 000 Worte gesprochen hätte. (Heiterkeit.) Aber ich wollte Ihnen einleitend eine kleine Übersicht über die Atmosphäre der Herzlichkeit, der Freundschaft und des Vertrauens, die wir Deutsche uns

nunmehr im Osten, im mittleren Westen und im Westen der Vereinigten Staaten erworben haben, geben. (Beifall.)

Es ist ein langes Kommuniqué über die dreitägigen Verhandlungen in Washington verfaßt worden. Dieses Kommuniqué ist nicht schnell hingeschrieben worden, sondern der Inhalt wurde sehr gut überlegt. In einer gemeinsamen Sitzung, in der die amerikanische Delegation von dem Präsidenten Eisenhower geführt wurde, wurden dann die letzten Ausfeilungen dieses Kommuniqués vorgenommen. In diesem Kommuniqué wurde auch hervorgehoben, und zwar am Anfang wie am Schluß, daß die Gespräche im Geiste der Freundschaft und der Zusammenarbeit stattgefunden und daß sie eine weitreichende Übereinstimmung der Ansichten und Ziele ergeben haben. Am Schluß dieses Kommuniqués ist noch einmal ausführlich die Rede von den so glücklich wieder angeknüpften Banden der Freundschaft zwischen den beiden Ländern, die durch diese Verhandlungen gefestigt worden seien. (Beifall.)

Ich höre, daß man sich in unserem lieben Vaterlande so hier und da darüber etwas lustig gemacht hat, daß ich mit den Amerikanern so verhandelt habe. Die „Welt“ hat sogar eine ganz witzige Notiz gebracht. In der Oppositionspresse hat man bedingt etwas anerkannt. Aber es ist doch in Wirklichkeit so — und darüber müssen wir uns klar sein bei unserer ganzen Politik —: es gibt heute in der Welt eine Macht, die an der Spitze steht, das sind die Vereinigten Staaten von Nordamerika, und das ist das Land, das unseren Zielen, unserer Auffassung vom Menschenleben am nächsten steht. (Beifall.) Dann kommt die Sowjetunion, die bis jetzt alle Völker, die sie in ihre Hände bekommen hat, versklavt hat. Dann kommt Großbritannien, — noch immer ein großes Reich. Aber was kommt dann?

Denken Sie bitte einmal daran, wie die Welt noch ausgesehen hat vor dem Jahre 1914, als England die größte Flotte der Welt besaß, als Deutschland die stärkste Armee der Welt hatte, als Frankreich und Italien Großmächte ersten Ranges waren, als Rußland in der Hauptsache zu Asien gehörte und bei weitem nicht die Macht hatte wie jetzt, als Österreich noch bestand. Denken Sie bitte daran, wie damals die Welt aussah und wie sie jetzt aussieht. Überlegen Sie sich einmal in Ruhe, wie dieses Gleichgewicht auf der Welt auseinandergebrochen ist und sich zur Zeit als zwei Antipoden die Vereinigten Staaten und Sowjetrußland gegenüberstehen, und wir, geteilt, entwaffnet, noch besetzt, mitten in der Gefahrenzone und mitten in dem Spannungsfeld drinliegend.

Wir Deutsche haben in der Vergangenheit viele Fehler in der auswärtigen Politik gemacht. Wir würden aber den schlimmsten aller Fehler begehen, wenn wir jetzt nicht Anschluß an die Macht suchten, die die führende Macht auf der Erde ist und die Freiheit und Gerechtigkeit für alle, auch für uns, will. (Starker Beifall.)

Lassen Sie mich aus diesem Kommuniqué noch einiges hervorheben, was vom deutschen Volke und der Wählerschaft nicht vergessen werden darf, und zwar zunächst einmal, daß sich die Vereinigten Staaten in diesem Kommuniqué rückhaltlos für die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit ausgesprochen haben. (Stürmischer Beifall.)

Man sagt uns nach, daß wir durch den Anschluß an den Westen die Trennung Deutschlands verewigen würden. Ist denn irgend ein Mensch in Deutschland, der wirklich glaubt, daß Sowjetrußland uns eines Tages sagt: Hier, liebe Bundesrepublik Deutschland, hast du den Teil, den wir dir genommen haben, in Frieden und Freiheit zurück! — Ich glaube es nicht! (Beifall.)

Noch einen anderen Kernsatz dieses Kommuniqués muß ich hier hervorheben, nämlich die Feststellung, daß man zwar sehr sorgsam prüfen müsse, ob Sowjetrußland wirklich den Frieden wolle, daß man aber keinen Augenblick lang vergessen dürfe, den Westen stark und einig zu machen.

Ein totalitärer Staat verhandelt nur mit einem starken Partner. (Zurufe: sehr richtig!) Das haben wir ja nun doch — weiß Gott — an Hitler gesehen. Und der Totalitarismus asiatischer Prägung, mit dem wir es in Sowjetrußland zu tun haben, der kennt doch nur eins in der Welt: die Macht! Daher ist es eine absolute Notwendigkeit, daß der Westen, trotz aller Friedensfühler — so will ich sie einmal nennen —, in seiner Bemühung, einig und stark und stärker zu werden, weiter fortfährt. Das ist der einzige Weg zum Frieden, zur friedlichen Verständigung mit Sowjetrußland.

Die Vereinigten Staaten haben bei diesen Verhandlungen auch erkannt, daß wir Deutsche nicht in der Lage sind, aus eigener Kraft die damals Vertriebenen und die jetzigen Sowjetzonenflüchtlinge in das wirtschaftliche Leben wieder einzugliedern. Ich bin ganz überzeugt davon, daß dieser Anerkenntnis in Worten die Taten folgen und daß wir von der freien Welt, insbesondere von den Vereinigten Staaten, Hilfe bekommen werden für diese so unendlich schwere Arbeit, die uns auf dem Herzen lastet. (Beifall.)

Ich war heute nachmittag in Wentorf bei den rund 9 000 bis 10 000 Sowjetflüchtlingen. Obwohl das Lager einen ausgezeichneten Eindruck machte, hat sich mir das Herz im Leibe vor Schmerz zusammengezogen, als ich daran dachte, wie diese Menschen — Mann, Frau und Kind — durch die Russen gezwungen worden sind, ihre Heimat zu verlassen und in eine ungewisse Zukunft zu gehen. Wir wollen ihnen helfen nach besten Kräften. Wir werden die Hilfe wiederbekommen von der freien Welt. Aber eines möchte ich auch hier erklären — ich denke, hier werden auch Vertriebene und Sowjetzonenflüchtlinge sein —, was ich den zehntausend Menschen gesagt habe: Verliert nicht den Mut! Verliert nicht die Hoffnung! Denkt an eure Heimat! Ihr werdet eines Tages in eure Heimat zurückkehren! (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Es ist dann zwischen dem Präsidenten Eisenhower, dem Staatssekretär Dulles und uns die Frage der Wiedererneuerung des Freundschafts-, Handels- und Schiffsverkehrsvertrages vom Jahre 1923 erörtert worden. Seit zwei Jahren haben wir vergebens versucht, die Wiederherstellung dieses Vertrages zu erreichen. Jetzt hat man uns in Washington zugesagt: Die Verhandlungen sind abgeschlossen. Die Regierung der Vereinigten Staaten braucht nur noch dem Senat die Sachen vorzulegen. Wir sind überzeugt, daß der Senat dem zustimmen wird. — Dann sind wir, meine Freunde, und namentlich Sie in Hamburg, einen ganz großen Schritt weiter. (Lebhafter Beifall.) Der deutsche Kaufmann kann dann wieder Niederlassungen in den Vereinigten Staaten gründen; er bekommt sein Visum wie jeder Angehörige eines anderen Staates. Auch auf dem Gebiete des Markenzeichens und des Urheberrechts sind wir einen weiten Schritt vorangekommen. Wir haben ein Kulturabkommen geschlossen. Die 350 Schiffe, die unser Eigentum waren, habe ich schon erwähnt: sie wurden uns gegeben mit einer wirklich freundschaftlichen Geste. (Beifall.)

Ich will Ihnen dann noch kurz berichten über die Atmosphäre in Kanada. Sie wissen um die großen Zukunftsaussichten Kanadas. Die kanadische Regierung hatte mir ein Sonderflugzeug nach Boston entgegengeschickt. Ich konnte nur 24 Stunden dort bleiben. Auf dem Flugplatz wurde ich von dem kanadischen Ministerpräsidenten und sämtlichen kanadischen Ministern empfangen. (Beifall.) Ich, der Bundeskanzler des Deutschen

Reiches (Heiterkeit) — so nenne ich ihn schon; es ist ein bißchen verfrüht, sagen wir: Deutschlands —, wurde auf dem Flugplatz mit allen militärischen Ehren empfangen. (Lebhafter Beifall.)

Die Verhandlungen, die wir dort geführt haben, verliefen im denkbar freundschaftlichsten Sinne. Ich glaube, daß wir gerade für unsere vertriebenen Bauern aus der Ostzone etwas in Kanada erreicht haben, daß sie nämlich dort ihrem Berufe — sei es für Jahre, sei es für immer — nachgehen können. (Beifall.)

Ich habe in Washington auch das Kriegsverbrecherproblem angeschnitten. Gerade hier möchte ich besonders betonen: Die Vereinigten Staaten haben uns zugesagt, sobald Deutschland ratifiziert hat, eine summarische Nachprüfung der Verurteilten vorzunehmen, und zwar in einem ähnlichen Verfahren — unter deutscher Beteiligung —, wie es in den Verträgen vorgesehen ist. (Beifall.) Ich möchte das hier bei meinem ersten öffentlichen Sprechen seit meiner Rückkehr gerade deswegen betonen, weil mir von früheren deutschen Soldaten aller Ränge oft geklagt worden ist, wie sehr sie sich bedrückt fühlen, daß noch Leute jeden Grades als Verurteilte in Landsberg sind, von denen man annehmen kann, daß sie damals unter dem Eindruck des Krieges verurteilt worden sind, wo vielleicht etwas vorschnell der Stab gebrochen wurde. Ich glaube, unsere früheren deutschen Soldaten können durchaus zufrieden sein, daß dann — wenn überhaupt — auch der letzte Makel von ihnen genommen werden wird. (Sehr starker Beifall.)

Lassen Sie mich nun einige sehr ernste Worte an Sie richten. Das Jahr 1953 wird aller Wahrscheinlichkeit nach eines der entscheidendsten Jahre der neueren Geschichte werden. Im Jahre 1953 wird die Entscheidung darüber fallen, ob die Periode der Kriege, die 1914 begonnen hat, die Periode des heißen und des kalten Krieges, der furchtbaren Weiterentwicklung der Waffen, des Wettrüstens, der Furcht und der Sorge, ihr Ende nimmt oder nicht.

Wenn sie zu Ende geht, wenn die Machtverteilung auf der Erde wieder eine ausgeglichene wird, wenn eine kontrollierte Einschränkung der Rüstungen erfolgt, wenn Ruhe und Sicherheit an die Stelle von Sorge und Angst treten, dann wird für die Menschheit, insbesondere für das deutsche Volk, eine neue geschichtliche Periode des Aufstiegs, der sozialen Fortentwicklung und eines wirklichen Fortschritts von Kultur und Gesittung beginnen. Wenn wir die Art unserer Zeit, Kriege im Sinne einer totalen Zerstörung vorzubereiten und durchzuführen, mit den Kriegen, die im 19. Jahrhundert geführt worden sind, vergleichen, dann wird man sich erst über den schrecklichen Absturz der Menschheit in den letzten Jahrzehnten klar. Es ist notwendig, daß jeder denkende Mensch — nicht nur die zunächst politisch Verantwortlichen — in einer ruhigen Stunde sich einmal Rechenschaft über den Tiefstand unserer Zeit, gemessen an den wahren und unveränderlichen Werten des menschlichen Seins, gibt. (Beifall.)

Diese Rechenschaft müssen wir uns selbst geben bei ruhigem Nachdenken, damit wir alles, aber auch alles, was in unserer Macht steht, tun, um die Menschheit abzubringen von dem Wege, den sie eingeschlagen hat, um sie zurückzureißen von dem Abgrund, in dessen Tiefe sie zu stürzen droht.

Das Jahr 1953 wird diese Entscheidung bringen. Es wird ein Schicksalsjahr der Menschheit werden. Für das deutsche Volk wird es mehr als für jedes andere Volk ein Schicksalsjahr werden. Wenn die Menschheit den Weg der Vernunft, den Weg des Rechts, den Weg des Friedens, den Weg der Freiheit wieder einschlägt, dann sind wir Deutsche gerettet. Wenn die Menschheit es nicht tut, dann wird der

Weg des deutschen Volkes in ein tiefes Dunkel hinabführen. Der Nationalsozialismus hat die Brandfackel geschwungen, die alles in Brand gesetzt hat. Das deutsche Volk wird jetzt vor die Entscheidung gestellt, in diesem Jahre, ob es die Zeichen der Zeit wiederum nicht verstehen will, oder ob es begreift, daß ein gütiger Gott ihm die helfende Hand entgegenstreckt und ihm jetzt Gelegenheit gegeben wird, Entscheidendes beizutragen für den Frieden in der ganzen Welt. (Beifall.)

Zwei Ereignisse sind es, die diesem Jahr 1953 schon in seinen ersten Monaten ihr Gepräge gegeben haben, einmal der Tod Stalins und zum anderen die Magna Charta des Friedens, die der Präsident der Vereinigten Staaten am 16. April 1953 verkündet hat. (Beifall.)

Keiner von uns weiß genaueres darüber, was in Sowjetrußland vorgeht; aber ich glaube, wir können uns doch, wenn wir in Ruhe überlegen, wenigstens ein gewisses Bild davon machen, wie jetzt dort die psychologische Lage ist. Der Tod Stalins hat eine große Lücke in Sowjetrußland hinterlassen. So sehr war durch den Aufbau der Staatsmacht in Sowjetrußland alle Macht auf Stalins Person konzentriert, daß sein Tod Unsicherheit und Unruhe im staatlichen und parteilichen Gefüge des ungeheuren Landes mit sich bringen mußte. So sehr war durch eine für uns Westeuropäer ganz unvorstellbare Propaganda und durch seine Vergottung die Psyche des russischen Volkes auf seine Person als den Inbegriff aller Macht, aller Voraussicht, aller Klugheit, gerichtet, daß sein Tod in dem Denken, Fühlen und Empfinden der russischen Volksmassen eine schwere Erschütterung zur Folge haben mußte.

In der Tat, das Wort Eisenhowers in seiner Rede vom 16. April ist richtig: mit dem Tode Stalins ist ein Zeitabschnitt zu Ende gegangen. Das Sowjetsystem — so ungefähr führt er aus —, gestaltet von Stalin und seinen Vorgängern, wurde aus einem Weltkrieg geboren; es überlebte einen zweiten Krieg, und es lebt, um einen dritten Weltkrieg vorzubereiten. Diese Periode kann vielleicht — wir hoffen es im Interesse der Menschheit, im Interesse auch des russischen Volkes — mit dem Tode Stalins ihr Ende gefunden haben. Die Bindungen der neuen Führerschaft der Sowjetunion an das Werk und an die Person Stalins ergeben keine vollkommene Gebundenheit. Die Nachfolger Stalins müssen sich ihre Zukunft erst selber schaffen. Sie können nicht das russische Volk darauf hinweisen, wie Stalin das gekonnt hat, daß er in den Jahren seiner Regierung Rußlands Macht und Gebiete ins Ungeheure vermehrt und ausgedehnt hat. Die neuen Machthaber, die Nachfolger Stalins, stehen jetzt vor der Wahl, ob sie den von Stalin betretenen Weg der Furcht und der Macht — der allerdings unter Umständen, die Sowjetrußland besonders günstig waren, diesen Machtzuwachs beschert hat — einfach fortsetzen sollen auf die Gefahr hin, daß ein Zusammenstoß mit der infolge der sowjetrussischen Bedrohung geeinten und gestärkten freien Welt alles das gefährdet oder wahrscheinlich sogar vernichtet, was sie an Macht von Stalin übernommen haben. Sie stehen vor der Frage, ob sie diesen Weg gehen sollen, oder ob es nicht für sie auch einen anderen Weg gibt, nämlich den der Verständigung mit der freien Welt, den Weg der inneren Konsolidierung, die Sowjetrußland, insbesondere wegen der Lücke, die der Tod Stalins gerissen hat, absolut notwendig hat.

Das ist die Lage in Sowjetrußland, wie man sie ohne viel Phantasie — aber annähernd richtig — beurteilen muß. Zu Ende gegangen ist das Zeitalter Stalins. Seine Nachfolger stehen jetzt vor der Entscheidung, auf demselben Weg weiterzugehen oder einen anderen Weg einzuschlagen. Sie sind und müssen sich darüber klar sein, daß die Welt seit Stalins Herrschaftsbeginn eine andere geworden ist, daß sich unter dem Druck der sowjetrussischen Drohungen die freie Welt in der Weise zusammengeschlossen hat,

kein Opfer zu scheuen, um die Freiheit in der Welt zu retten. (Lebhafter Beifall.)

Lassen Sie mich nun zu dem zweiten Ereignis übergehen, das diesem Jahre 1953 das Gepräge gibt. Das ist die Deklaration Eisenhowers. Ich fürchte, diese Erklärung Eisenhowers ist auch in der deutschen Öffentlichkeit nicht genügend studiert und beachtet worden. Jeder Deutsche sollte diese Erklärung Satz für Satz und Wort für Wort lesen. Es war nicht eine oratorische Geste, aus einem Augenblick der Begeisterung geboren, sondern an dieser Erklärung ist im Weißen Haus von Eisenhower persönlich lange gearbeitet, überlegt und gefeilt worden. Das ist nunmehr das Programm der Regierung Eisenhowers für die nächsten vier Jahre. Ich bitte darum — namentlich bei den großen Entscheidungen, die wir als deutsches Volk auch zu treffen haben —, diese Magna Charta der Freiheit, so kann man die Erklärung Eisenhowers nennen, sehr genau zu studieren.

Eisenhower hat eingangs seiner Erklärung festgestellt, daß die Wege der früheren Alliierten — der Sowjetunion einerseits und der freien Welt andererseits — sich nach diametral entgegengesetzten Richtungen entwickelt haben. Er hat in seiner Rede dargelegt, daß die freie Welt erwacht sei wie selten in ihrer Geschichte, daß sie geeint sei durch den Willen, frei zu bleiben, und jedes Risiko dafür auf sich nehme, und daß sie stark genug sei, um jeder anderen Macht zu widerstehen, jetzt und für immer. Es ist ein Satz darin, der auch von jedem beachtet werden muß, daß nämlich die freie Welt durch die sowjetrussische Bedrohung gezwungen worden sei, Kriegsmaterial zu entwickeln, mit dem man jetzt in der Lage sei, sofort schreckliche Wirkungen auf einen Angreifer auszuüben. Sie alle wissen, was damit gemeint ist.

Er hat aber in dieser Erklärung ausdrücklich betont, daß die freie Welt, insbesondere die Vereinigten Staaten, bereit sei, jeden aufrichtigen und ehrlichen Beweis eines friedlichen Willens willkommen zu heißen, der alle Völker in die Lage versetze, ihre gemeinsamen Bestrebungen nach Recht und Frieden fortzusetzen. Er hat insbesondere betont, daß der Zusammenschluß der freien Welt niemals einen aggressiven Charakter hatte oder haben werde, — eine Befürchtung, die hier und da bei uns früher geäußert worden ist. (Lebhafter Beifall.)

Er hat auch sehr nachdrücklich das erklärt, was wir Deutsche alle sagen müssen: Reden helfen nichts! Wir wollen keine Reden, die Sowjetrußlands Friedenswillen beteuern, sondern wir wollen reale Taten sehen! (Beifall.) Als eine solche Tat, als Test für den wirklichen Friedenswillen Sowjetrußlands bezeichnet er die Durchführung von wahrhaft freien Wahlen in den beiden Teilen Deutschlands mit dem Ziele einer freien Wiedervereinigung unter einer freien Regierung. (Sehr starker Beifall.)

Dann sagt er, ein weiterer Beweis für einen wirklichen Friedenswillen des russischen Systems sei die Rückgabe der Kriegsgefangenen, die es noch immer zurückhalte. (Stürmischer Beifall.) Sie wissen, daß das Deutsche Rote Kreuz die Namen von über 300 000 deutschen Kriegsgefangenen und verschleppten Personen, die von Sowjetrußland zurückgehalten werden, kennt; von hunderttausend weiß es, in welchen Lagern sie sich befinden, von zweihunderttausend nicht.

Wir sind im Jahre 1953. Der Krieg ist zu Ende gegangen im Jahre 1945. Wenn Sowjetrußland es wirklich ernst meint mit dem Frieden, dann soll es doch endlich unsere Leute der Heimat und ihren Angehörigen zurückgeben! (Anhaltender, brausender Beifall.)

In dieser Rede Eisenhowers und in dem Communiqué, das im Weißen Haus von der amerikanischen Regierung und von der deutschen Regierung gemeinsam vereinbart wurde, ist ausdrücklich festgestellt, daß ein wesent-

liches Fundament für die amerikanische Politik und für den Zusammenschluß des Westens die baldige Ratifizierung des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft sei. (Beifall.)

So ist denn die jetzige Situation geworden; sie hat sich noch viel klarer entwickelt als vor einem halben Jahr. Hier steht jetzt Sowjetrußland und sagt: ich will mit den westlichen Völkern zusammenleben. Dort stehen die Vereinigten Staaten — hinter die sich hundertprozentig in einer Rede Churchill gestellt hat — und Großbritannien und sagen: der Zusammenschluß Europas, die möglichst schnelle Ratifizierung des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ist ein entscheidendes Moment in unserer Politik des Widerstandes gegen Sowjetrußland.

Und jetzt möchte ich den Deutschen sehen, wie er vor der deutschen Geschichte bestehen will, wenn er, weil ihm unter den tausend Artikeln dieser oder jener nicht gefällt — mir gefällt auch dieser oder jener nicht —, sagt: nein, wir machen nicht mit! Das kann Folgen haben von einer unerhörten Tragweite. Darum steht das deutsche Volk jetzt mit der Frage der Ratifizierung dieser Verträge vor einer Entscheidung größten Ausmaßes für seine Zukunft und für die Zukunft Europas und für Frieden und Freiheit in der Welt. (Beifall.)

Aber Amerika geht noch weiter. Es schlägt eine allgemeine Abrüstung, eine kontrollierte Abrüstung vor. Es schlägt vor, die UNO mit Mitteln zu versehen, damit sie über die Wahrung des Rechts unter den Völkern wachen kann. Es schlägt dann weiter vor, einen Teil der so ersparten Kosten in einen allgemeinen Fonds zu tun, aus dem dann durch den Bau von Wohnungen, Krankenhäusern und Schulen den Völkern geholfen werden kann, und aus dem dann die Völker, die unter dem Krieg gelitten haben, wieder zur Wohlfahrt emporgeführt werden können. (Beifall.) Ich bitte Sie — und ich glaube, unsere Partei hat insbesondere die Aufgabe, das zu tun —, die deutsche Öffentlichkeit aufzuklären über die Lage, in der sich in diesem Jahr das deutsche Volk befindet.

Man stelle sich doch einmal vor, Deutschland würde nicht ratifizieren. Was wäre die Folge? — Ein Zusammenbruch nicht nur unserer bisherigen Politik, sondern auch ein Zusammenbruch der Politik der freien Völker der Welt, — und das wiederum herbeigeführt durch die Dummheit und die Unfähigkeit des deutschen Volkes, zu sehen, was notwendig ist, und es zu tun. (Beifall.) Kann denn einer glauben, daß man dem deutschen Volke noch weiter helfen würde, wenn durch seine Schuld in irgend einer Instanz der Zusammenbruch dieser Politik herbeigeführt würde? Liegt es da nicht ganz nahe, zu sagen: Nun, wenn das deutsche Volk nicht will, dann müssen wir uns halt mit Sowjetrußland schließlich verständigen ohne Deutschland. Was das aber bedeutet, das hat Sowjetrußland in den verschiedenen Noten vom Herbst 1952 sehr klar dargelegt. Da hat es ja verlangt, daß ein Friedensvertrag unter den früheren vier Alliierten ohne Hinzuziehung Deutschlands beschlossen werden soll auf dem Boden der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens.

Das Potsdamer Abkommen bedeutet den Untergang, die Sklaverei des deutschen Volkes. Wie die Dinge nun einmal liegen, kann darüber gar kein Zweifel bestehen. Wenn wir uns nicht eingliederten in die starke Welt der Freiheit des Westens, wenn etwa die Leute, die die Verantwortung dafür haben, den törichten Versuch unternähmen, uns in unserer Schwäche als neutrales Land — dessen Neutralität von Sowjetrußland und den Vereinigten Staaten zu garantieren wäre — mitten in diesem Spannungsfeld liegen zu lassen, dann wären sie auch dafür verantwortlich, wenn das deutsche Volk in wenigen Jahren ein Satellitenstaat Sowjetrußlands würde. Diejenigen, die so denken, die sollten einmal zu den Vertriebenen

und den Flüchtlingen aus der Sowjetzone gehen (starker Beifall), sie sollten denen mal ihre politischen Gedanken und Thesen vortragen.

Es lag mir daran, mit großem Ernst zu Ihnen zu sprechen; denn die Zeit und die Stunde sind ernst. Es fallen in Wahrheit jetzt Entscheidungen von ungeheurer Tragweite für eine nicht abzusehende Zukunft. Ich kann nur nochmals wiederholen, was ich eben gesagt habe: Ist es nicht ein gütiges Geschick, das dem deutschen Volke — das durch den Nationalsozialismus soviel Unheil in die Welt gebracht hat — jetzt die Möglichkeit gibt, für Freiheit und Frieden nicht nur für sich selbst, sondern auch für Europa und für die ganze Welt einzutreten. (Beifall.)

Wir dürfen die Frage der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft nicht allein unter dem gegenwärtigen Spannungszustand betrachten. Wir müssen daran denken, daß dieses Europa, in dem wir unsere Heimat haben, in dem das Christentum die Prägung bekommen hat, die uns Deutschen die angemessene ist, so zerrissen und so zerstückelt ist — während dort der ungeheure Sowjetblock steht —, daß es nicht weiter bestehen kann; es würde zugrunde gehen. Darum müssen wir auf dem Wege über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft zu der politischen Gemeinschaft für ganz Europa kommen. (Beifall.)

Gerade unsere Jugend hat dafür ein Gefühl, weil sie weiß, daß ihre Zukunft in einem vereinigten Europa liegt. (Beifall.) Sie weiß aber auch, daß ihre Zukunft eng, trübe und finster sein wird, wenn sich dieses Europa nicht einigt.

Darum glaube ich, wir handeln getreu nach unseren christlichen Grundsätzen für die Freiheit und den Wert der Person, wenn wir alles, was wir tun können, daransetzen, damit unsere Kinder und Kindeskinde in Freiheit und Menschenwürde in einem geeinten Europa leben können. (Starker Beifall.)

Dieses Europa hat der ganzen Welt viel zu geben. Auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika würden geistig verarmen, wenn dieses Europa zugrunde ginge. Die Dinge in der Welt sind durch die Fortschritte der Technik und des Verkehrs so eng aneinandergerückt, daß jeder Teil der Erde an dem Schicksal des anderen beteiligt ist.

Wir sind die Träger dieser Politik. Wir bleiben ihr treu. Wir wollen sie durchführen im Sinne unserer Prinzipien! Wir wollen sie durchführen für Europa, aber auch für das deutsche Volk und für unser über alles geliebte Vaterland (starker Beifall), damit die Worte unserer Nationalhymne „Einigkeit und Recht und Freiheit“ wieder Geltung bekommen für ganz Deutschland. (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Die Versammlung singt das Deutschlandlied.

Präsident Scharnberg

schloß die Kundgebung um 22.45 Uhr.

5. Tag: Mittwoch, 22. April 1953

Vor der Plenarsitzung fand eine Sitzung des Bundesparteiausschusses statt. Der Bundesparteiausschuß nahm von der Fassung des Hamburger Programms Kenntnis. Ebenso billigte er die dem Parteitag zuleitenden Entschlüsse.

Die nach dem Parteistatut notwendigen Vorstandswahlen hatten in Berlin die Wiederwahl des ersten Vorsitzenden, Dr. Adenauer, und des stellvertretenden Vorsitzenden, Jakob Kaiser, sowie die Wahl von Bundestagspräsident Dr. Ehlers, ebenfalls zum stellvertretenden Vorsitzenden, erbracht. Die dem Bundesparteiausschuß übertragenen Wahlen der übrigen Vorstandsmitglieder waren auf den Hamburger Parteitag vertagt worden.

Der Bundesparteiausschuß beschloß, dem Parteitag eine Änderung des Paragraphen 9 des Parteistatuts vorzuschlagen, mit dem Ziel einer Erweiterung des Parteivorstandes und der Hinzuwahl der Vorsitzenden der Landesverbände, die durch ihre Stellvertreter stimmberechtigt vertreten werden können. Dementsprechende namentliche Vorschläge wurden dem Vorstand unterbreitet. In einer weiteren Sitzung wählte der Bundesparteiausschuß folgende Persönlichkeiten, bzw. deren Vertreter: Albers (Winkelheide), Bauknecht (Wehking), Dr. Gradl (Dr. Hofmeister), Frau Heiler (Praetorius), Majonica (Benda), Samsche (Dr. Hellwig), Dr. Strickrodt (Heurich), Wackerzapp (Röskau), Dr. Helene Weber (Frau Pietz), Dr. Zimmer (Prof. Dr. Süsterhenn). Die Wahl gilt bis zum Parteitag 1955.

5. Plenarsitzung

Die Plenar-Sitzung wurde um 10.40 Uhr eröffnet durch

Präsident Dr. Tillmanns.

Gegen Schluß der Plenarsitzung gestern Nachmittag war es nicht möglich, daß alle Delegierten noch vollzählig hier versammelt waren. Das war in erster Linie darauf zurückzuführen, daß eine wichtige und dringende Sitzung des Bundesparteivorstandes während der Plenarsitzung abgehalten werden mußte. Ich bin vom Bundesparteivorstand gebeten worden, noch einmal ausdrücklich heute vormittag darauf hinzuweisen und gleichzeitig die Delegierten, insbesondere die Redner der gestrigen Plenarsitzung am Nachmittag zu bitten, Verständnis dafür zu haben, ich darf damit die Bitte verbinden, daß wir um so mehr uns gemeinsam bemühen müssen, heute vormittag unsere Arbeit in guter Weise abzuschließen.

Wir haben noch eine Reihe von wichtigen Dingen zu erledigen. Ich glaube, es liegt uns allen sehr viel daran, daß diese unsere Hamburger Tagung, die so eindrucksvoll verlaufen ist, auch in entsprechender Weise zu Ende gebracht wird. Ich habe diesen Wunsch, ich denke Sie alle auch, für die öffentliche Schlußsitzung, die heute nachmittag um 14 Uhr im Schauspielhaus stattfindet. Wir müssen uns also bemühen, die heutige Vormittags-sitzung spätestens bis 12.30 Uhr zu Ende zu bringen.

Es ist Ihnen wahrscheinlich bekannt geworden, daß der Herr Bundeskanzler zur Wahrnehmung dringender politischer Aufgaben bereits Hamburg verlassen mußte, um nach Bonn zurückzukehren. Ich darf also den Herrn Bundeskanzler für die heutige Nachmittagssitzung entschuldigen.

Der Bundesparteivorstand hat gestern noch einmal den Herrn Bundeskanzler gebeten, wenn irgendmöglich bis heute Nachmittag zu bleiben. Aber auch der Bundesparteivorstand hat sich den wichtigen Gründen des Herrn Bundeskanzlers nicht verschließen können. Ich glaube, wir alle sind

davon überzeugt, daß der Herr Bundeskanzler unter uns geblieben wäre, wenn es sich hätte irgendwie ermöglichen lassen.

Die Tagesordnung dieser Sitzung lautet:

Beschlußfassung über das Programm

der Christlich Demokratischen Union für den Zweiten Deutschen Bundestag

Ich habe Ihnen folgende Ergänzung dieser Tagesordnung vorzuschlagen:

1. Änderung des Parteistatuts,
2. Entschließungen.

Ich schlage vor, daß wir als dritten Punkt die Beschlußfassung über das Programm vornehmen.

Der Parteitag erklärte sich mit dieser Änderung der Tagesordnung einverstanden.

Wir kommen also zum ersten Punkt:

Änderung des Parteistatuts.

Ich darf dazu aus dem Vorstand und Parteiausschuß folgendes berichten. Unser Parteistatut bestimmt in § 9 die Zusammensetzung des Vorstandes:

„Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden, den drei geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern, dem Schatzmeister und zehn weiteren Mitgliedern. Für diese zehn Mitglieder wird je ein Stellvertreter gewählt. Der jeweilige Vorsitzende der Bundestagsfraktion der CDU/CSU gehört dem Vorstand als stimmberechtigtes Mitglied an.“

Nach § 7 unseres Statuts sind der Schatzmeister, die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder sowie die 10 weiteren Mitglieder vom Bundesparteiausschuß zu wählen. Die 3 Vorsitzenden werden vom Parteitag gewählt. Das ist auf dem letzten Parteitag in Berlin vorgenommen worden. Der Bundesparteiausschuß hat in Berlin beschlossen, die von ihm zu tätige Wahl der Vorstandsmitglieder auf diesem Parteitag vorzunehmen. Bei den Beratungen über diese Wahl, die der Bundesparteiausschuß vorzunehmen hatte, hat sich folgendes ergeben:

Bisher haben dem Bundesparteivorstand, also den 10 Mitgliedern und Stellvertretern einige Landesverbandsvorsitzende angehört, dagegen andere Landesverbandsvorsitzende nicht, weil es wegen der beschränkten Zahl nicht möglich war, sämtliche Landesverbandsvorsitzende als Vorstandsmitglieder zu wählen. Es hat sich im Verlaufe der Arbeit des Bundesparteivorstandes als dringend wünschenswert herausgestellt, daß alle Landesverbandsvorsitzenden kraft Amtes Mitglieder des Bundesparteivorstandes sind. Das entspricht dem Charakter im Aufbau unserer Partei.

Wenn wir das beschließen, dann geben wir damit dem Bundesparteiausschuß die Möglichkeit bezüglich der Wahl der 10 Mitglieder und ihrer Stellvertreter, etwas weiter zu gehen. Das heißt, eine ganze Reihe von Freunden, die wir gerne im Bundesparteivorstand hätten, auch Mitglieder der Jungen Union, Vertreterinnen der Frauen, der verschiedenen Berufsstände, stärker als es bisher möglich war, in der Zusammensetzung des Vorstandes zu berücksichtigen. Der Vorstand und der Parteiausschuß sind der Meinung, daß das im Interesse der Arbeit des Bundesparteivorstandes gut wäre.

Aus diesen Gründen schlagen Ihnen Parteivorstand und Parteiausschuß vor, den § 9, den ich eben verlesen habe, dadurch zu erweitern, daß die Vorsitzenden der Landesverbände bzw. im Falle der Verhinderung ihre

Stellvertreter kraft Amtes Mitglieder des Bundespartei Vorstandes sind. Das ist es, was Ihnen als Satzungsänderung vorgeschlagen wird. Im übrigen soll der § 9 unverändert bleiben. Der § 9 würde dann folgendermaßen lauten:

„Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden, drei geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern, dem Schatzmeister, den Vorsitzenden der Landesverbände und 10 weiteren Mitgliedern. Für diese 10 Mitglieder wird je ein Stellvertreter gewählt. Die stellvertretenden Vorsitzenden der Landesverbände sind berechtigt, die Vorsitzenden stimmberechtigt im Vorstand zu vertreten. Der jeweilige Vorsitzende der Bundestagsfraktion der CDU/CSU gehört dem Vorstand als stimmberechtigtes Mitglied an.“

Das ist der Antrag, der vom Parteivorstand und Parteiausschuß gestellt wird.

(Der Antrag wird ohne Aussprache mit einer Gegenstimme angenommen.)

Ich habe dann im Anschluß an diesen Punkt noch mitzuteilen, daß der Parteiausschuß in seiner Sitzung heute vormittag folgende Damen und Herren zu Mitgliedern des Vorstandes gewählt hat:

Zunächst die 10 Mitglieder bzw. ihre Stellvertreter.

Zu ordentlichen Mitgliedern des Bundespartei Vorstandes sind gewählt worden:

Die Freunde Albers, Bauknecht, Dr. Gradl, Frau Heiler, Majonica, Samsche, Dr. Strickrodt, Wackerzapp, Frau Dr. Weber und Dr. Zimmer.

Zu stellvertretenden Mitgliedern sind gewählt worden:

Die Freunde Winkelheide, Wehking, Hoffmeister, Frau Praetorius, Benda, Hellwig, Heurich, Frau Röskau, Frau Pitz und Dr. Süsterhenn.

Zum Bundesschatzmeister hat der Parteiausschuß Oberbürgermeister Ernst Bach wiedergewählt. (Beifall.)

Zu geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern hat der Bundesparteiausschuß auch wiedergewählt die Herren Kiesinger, Dr. Tillmanns und Dr. Wuermeling. (Beifall.)

Der Bundesparteiausschuß hat beschlossen: Die Amtsdauer dieser so gewählten Vorstandsmitglieder läuft bis zum Bundesparteitag des Jahres 1955.

Ich komme damit zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Entschlieûungen.

Dem Bundesparteitag sind eine Reihe von Entschlieûungen vorgelegt worden. Mit diesen Entschlieûungen hat sich sowohl der Vorstand, als auch der Parteiausschuß befaßt und außerdem das von Ihnen eingesetzte Redaktionskomitee. Ich schlage vor, daß über die vorgelegten Entschlieûungen einzeln die vom Redaktionskomitee bestellten Berichterstatter kurz hier berichten und daß wir dann im Anschluß an diesen Bericht die Abstimmung über die jeweilige Entschlieûung vornehmen.

Als erste rufe ich auf einen Antrag von Dr. Ehlers, Dr. von Brentano, Dr. Lehr, Scharnberg, Dr. Schröder, Dr. Wuermeling, Cillien, Dr. Krone, Bach, Dr. Fricke bezüglich des Wahlrechts.

Als Berichterstatter darf ich bitten

Dr. Wuermeling, M.d.B.:

Wir haben uns im Verlaufe der Beratungen im Bundestag über das Wahlgesetz leider davon überzeugen müssen, daß eine Mehrheit für das von uns gewünschte Mehrheitswahlrecht bei der derzeitigen parlamentarischen Situation nicht zu erreichen ist.

Über das Bedauern, das wir darüber haben, lange zu sprechen hat wenig Zweck. Ich habe in meinem Referat hier vor dem Parteitag bereits dargelegt, daß die Verhandlungen über das Wahlgesetz unter dem Leitgedanken stehen: soviel Mehrheitswahlrecht durchzusetzen, wie heute parlamentarisch erreichbar ist, ohne daß wir das Endziel dabei aus dem Auge lassen. Der jetzige Gesetzentwurf, den die Bundesregierung vorgelegt hat, soll durch einen vom Kollegen Scharnberg im Wahrechtsausschuß des Deutschen Bundestages gestellten Antrag wesentliche Veränderungen erfahren. Vor allem soll die draußen völlig mißverständene Hilfsstimme entfallen und durch die echte Stichwahl in einem zweiten Wahlgang ersetzt werden. (Beifall.) Ich glaube, gerade alle Anhänger des Mehrheitswahlrechts können diese Verdeutlichung des Mehrheitswahlrechtsgedankens nur begrüßen.

Ich möchte aber doch hier vor dem Parteitage einen Satz wenigstens bezüglich des früheren Planes der Hilfsstimme gesagt haben. Der Vorwurf, der von der Opposition gemacht wurde, daß diese Hilfsstimme irgendwie hintergründige Absichten verfolge, ist völlig ungerechtfertigt gewesen. Die Absicht dieser Hilfsstimme war ja lediglich, dem Wähler den zweiten Wahlgang zu ersparen und ihm die Abgabe der Stichwahlstimme in Form der Hilfsstimme schon im ersten Wahlgang zu ermöglichen. Nun ist die Sache ja erledigt und gefallen. Aber ich glaube doch, daß es wichtig ist, diesen Punkt aus der Kabinettsvorlage, wenigstens atmosphärisch, einmal richtigzustellen.

Dann sieht der Antrag Scharnberg ein weiteres vor, was wesentlich ist. Gegen den bisherigen Entwurf wurde geltend gemacht, daß die Auswertung der abgegebenen Stimme sowohl im Mehrheitswahlrechtssektor als auch im Verhältniswahlrechtssektor nicht unbedenklich sei, da ja der Wähler dadurch gezwungen wird, bei der Mehrheitswahl denselben Mann und dieselbe Partei zu wählen, wie im Verhältniswahlsektor. Deswegen sieht der Entwurf vor, daß bei der Stimmabgabe abgegeben werden 2 Stimmen, eine für den Wahlkreisandidaten im Mehrheitswahlsektor und eine für die Listenwahl. Das ermöglicht also dem Wähler, nunmehr im Wahlkreis — unabhängig von allen politischen Gedankengängen — den Mann des persönlichen Vertrauens zu wählen und bei der Listenwahl eine politische Partei, die ihm aus sonstigen Gründen vielleicht lieber sein mag.

Das sind die beiden wesentlichen Punkte, um die es bei dem Vorschlag des Kollegen Scharnberg geht. Grundsätzlich bleibt das Bild jetzt das, daß wir die Hälfte der Abgeordneten in 242 Wahlkreisen, d. h. in den bisherigen Wahlkreisen, nach dem Mehrheitswahlrecht wählen. Wer die absolute Mehrheit im Wahlgang bekommt, ist gewählt. Wenn die absolute Mehrheit nicht zustande kommt, findet eine Stichwahl statt, wobei die beiden Kandidaten mit den höchsten Stimmziffern in die Stichwahl kommen. Die andere Hälfte der Abgeordneten, auch 242, werden nach dem Listensystem gewählt. Es erfolgt dann eine prozentuale Aufteilung der Mandate.

Wir möchten nicht, daß hier auf dem Parteitag ein Beschluß gefaßt wird, der nun die Fraktion bis zu den letzten Einzelheiten schon bindet. Wir hätten aber den Wunsch und den Vorschlag, daß der Fraktion eine grundsätzliche Richtlinie in dem Sinne gegeben wird, daß auf der Grundlage des Scharnberg'schen Vorschlages eine Abänderung des bisherigen Wahlrechtes erfolgt.

Deswegen wird folgende Entschließung dem Parteitag vorgeschlagen:

„Der 4. Parteitag der CDU bittet die Bundestagsfraktion der CDU/CSU sich geschlossen für eine Reform des bisherigen Wahlrechtes auf der Grundlage des vom Abgeordneten Scharnberg im Wahrechtsausschuß des Bundestages am 17. 4. gemachten Vorschlages einzusetzen.“

Dieser Vorschlag erstrebt eine echte Synthese zwischen den demokratischen Rechten des Wählers und seiner Verantwortung für den Staat. Er bannet die Gefahr, daß durch die Bildung von Splitterparteien der demokratische Gedanke verfälscht wird. Er setzt das Personen- und Mehrheitswahlrecht im heute erreichbaren Ausmaße durch."

Der Antrag wird mit einigen Enthaltungen angenommen.

Präsident Tillmanns:

Weiter liegt ein Entschließungsantrag von der Exil-CDU vor. Als Berichterstatter bittet ums Wort

Dr. Gradl, Exil-CDU:

Als Berichterstatter des Redaktionskomitees habe ich Ihnen zunächst den Wortlaut der ersten von der Exil-CDU vorgelegten Entschließung zu verlesen, der die Repräsentation der Sowjetzone im Bundestag und in den europäischen Gremien betrifft:

"Die Bundesrepublik ist der Staat aller Deutschen, auch derer, die heute noch der kommunistischen Tyrannei in der sowjetischen Besatzungszone ausgeliefert sind. Durch Aufnahme von Sprechern für die Sowjetzone in den künftigen Bundestag soll das vor aller Welt und insbesondere vor der Sowjetzone selbst sichtbar dokumentiert werden.

Zu diesem Zweck und um den gesamtdeutschen Charakter des Bundestages sinnfällig zum Ausdruck zu bringen, soll in den künftigen Deutschen Bundestag eine Anzahl Männer und Frauen stellvertretend für die sowjetische Besatzungszone aufgenommen werden.

Für die Repräsentation der Sowjetzone im kommenden Bundestag werden folgende Richtlinien empfohlen:

1. Dem Bundestag werden etwa dreißig Sprecher für die Sowjetzone als Abgeordnete beigegeben, und zwar so wie die Berliner Abgeordneten mit Sitz ohne Stimmrecht.
2. Die Aufteilung auf die Parteien vollzieht sich in der Weise, daß CDU, SPD und FDP je die gleiche Zahl der Sprecher-Abgeordneten stellen. Die Beschränkung auf diese drei Parteien ergibt sich aus der Tatsache, daß bisher ein eigener politischer Wille mit deutschem Charakter in der sowjetischen Besatzungszone nur aus den Bereichen der Christlichen, der Freien und der Sozial-Demokraten geltend gemacht werden konnte.

Der Bundesparteivorstand der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und die Bundestagsfraktion der CDU/CSU werden beauftragt, umgehend die erforderlichen Schritte zu unternehmen, um die Repräsentation der Sowjetzone im kommenden Bundestag im Sinne dieser Richtlinien herbeizuführen.

Bundesparteivorstand und Bundestagsfraktion werden weiterhin beauftragt, darauf zu achten und dafür einzutreten, daß die Zugehörigkeit der sowjetischen Besatzungszone zum freien Deutschland und damit zum freien Europa ihren politischen Ausdruck auch in der Einbeziehung von Sprechern für die Sowjetzone in die europäischen Gremien findet." (Beifall.)

In dem Antrag selbst ist die Begründung schon enthalten, so daß ich weitere Erklärungen dazu nicht zu machen brauche mit Ausnahme der folgenden Feststellung: Die Verwirklichung dieses Antrages macht, wie eine gründliche Aussprache bzw. wiederholte Aussprachen gezeigt haben — auch gestern im Bundesparteivorstand — noch eine Reihe von staats- und verfassungsrechtlichen Überlegungen notwendig. Dabei muß man sich darüber klar sein, daß rechtliche Fragen in diesem Falle mit anderen Maßstäben zu messen sind als sonst. Denn das, was seit 1945 in der Sowjetzone und

an der Sowjetzone geschehen ist und was dort heute noch geschieht, hat mit Recht, so wie es der normale Menschenverstand zu verstehen pflegt, absolut nichts zu tun. Unter diesen Umständen brauchen wir auch in formalrechtlichen Dingen jedenfalls nicht allzu empfindlich zu sein. (Dr. Ehlers: Gerade darum!)

Auf Vorschlag des Bundesparteivorstandes und der Redaktionskommission wird nunmehr dem Bundesparteitag vorgeschlagen, den Antrag dem Bundesparteivorstand zu überweisen zur Prüfung, in welcher Weise eine Repräsentation des ganzen deutschen Volkes im Parlament geschaffen werden kann. (Beifall.)

Präsident Dr. Tillmanns:

Es wird vorgeschlagen, diese EntschlieÙung, die nicht zuletzt auch auf Grund von entsprechenden Wünschen unserer Freunde des Landesverbandes Oder-NeiÙe noch einmal einer gründlichen Prüfung bedarf, dem Bundesparteivorstand zu überweisen zur Prüfung darüber, in welcher Weise eine Repräsentation des ganzen Deutschlands im Parlament geschaffen werden kann. (Beifall.)

Wird dazu das Wort gewünscht?

Ein Delegierter

(Name nicht bekanntgegeben):

Ich bedauere lebhaft, daß die letzte EntschlieÙung den Delegierten nicht wenigstens gestern abend schon schriftlich zugeleitet worden ist; man hätte sich darüber einige Gedanken machen können. Aus dem Stegreif kann man zu einem solchen Antrag schlecht Stellung nehmen. Ich möchte bitten, daß in Zukunft diese Anträge den Delegierten wenigstens am Abend vorher zugeleitet werden.

Präsident Dr. Tillmanns:

Ich glaube, daß diese Ausführungen durchaus berechtigt sind. Es wäre auch unser Wunsch bzw. der Wunsch der Tagesleitung gewesen, die EntschlieÙungen rechtzeitig vervielfältigt vorzulegen. Es war einfach deshalb nicht möglich, weil bezüglich der zu machenden Vorschläge und auch der von der Redaktionskommission zu beschließenden Fassung bis zur letzten Minute buchstäblich gearbeitet worden ist. Ich bitte Sie dafür Verständnis zu haben. Gerade der Redaktionsausschuß war vor allen Dingen durch die außerordentlich große und umfangreiche Arbeit an dem Wahlprogramm derartig belastet, daß die Damen und Herren dieses Ausschusses buchstäblich Tag und Nacht gearbeitet haben. Ich bitte also mit Rücksicht auf diese Umstände in dieser Angelegenheit Nachsicht zu üben. Sie werden sehen, daß alle weiteren EntschlieÙungen verhältnismäßig kurz sind, so daß der Inhalt, auch wenn sie vorgelesen werden, von allen Beteiligten im großen und ganzen gewürdigt werden kann.

Zu dem Bericht von Dr. Gradl erhält das Wort

Dr. Seffrin:

Noch etwas, das mich persönlich berührt, und zwar, daß wir als Vertretung 10 Leute von der CDU, 10 Leute von der FDP und 10 Leute von der DP benennen. (Dr. Kiesinger: Nein.)

Präsident Dr. Tillmanns:

Zur Prüfung aller dieser Fragen soll der Antrag dem Vorstand überwiesen werden. Ich glaube, es ist nicht zweckmäßig, daß wir hier jetzt in eine Einzeldiskussion eintreten.

Die Überweisung des Antrages an den Vorstand wird bei einer Gegenstimme und einigen Enthaltungen angenommen.

Dr. Gradl:

Es liegt ferner ein Antrag vor, der die Einsetzung einer Kommission der Vereinten Nationen gegen die kommunistischen Terrorakte in der Sowjetzone betrifft. Er hat folgenden Wortlaut:

„Der politische Kampf um die Befreiung der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands fordert, daß die Aufmerksamkeit der Welt in erhöhtem Maße auf die Verbrechen gegen die Menschlichkeit gelenkt wird, die ständig von den kommunistischen Machthabern in der Sowjetzone begangen werden. Die Urheber und die Helfershelfer der Verbrechen des Pankower Systems müssen wissen, daß ihre Untaten immer wieder vor das Forum der Welt gestellt und daß ihre Terrorakte und Verbrechen auch im einzelnen ständig geprüft und verfolgt werden. Der Bundesparteivorstand und die Bundestagsfraktion der CDU/CSU werden deshalb ersucht, bei der Bundesregierung dahin zu wirken, sie möge bei den Mächten der freien Welt darauf dringen, daß die Vereinten Nationen eine besondere und ständige Kommission damit befaßt.“

Ein besonderes Wort der Erklärung oder Begründung ist, glaube ich, in unserer Gemeinschaft nicht mehr notwendig. Wenn es überhaupt noch eines Beweises dafür bedurft hätte, daß es einem solchen gründlichen Nachgehen gegenüber den ständigen kommunistischen Terrorakten in der Zone bedarf, dann ist es die Tatsache, daß ab 1. Mai in der Sowjetzone viele hunderttausende von Menschen einfach um ihre Lebensmittelkarten gebracht werden und vor die Frage gestellt sind, wie sie überhaupt die notwendigsten Lebensmittel beziehen sollten. Das ist wohl Beweis genug dafür, daß es einer solchen Initiative bedarf.

Bundesparteivorstand und Redaktionskomitee schlagen deshalb dem Parteitag vor, die EntschlieÙung so, wie sie Ihnen vorgelesen worden ist, anzunehmen. (Beifall.)

Der Antrag wird vom Bundesparteitag einstimmig angenommen. (Beifall.)

Als Berichterstatter über einen Antrag des Landesverbandes Berlin zur Frage der Unterstützung Berlins erhält das Wort

Kurt G. Kiesinger, M.d.B.:

Der Landesverband Berlin hat folgenden EntschlieÙungsentwurf eingebracht:

„Der Bundesparteitag dankt dem Kanzler und der Bundesregierung für die bisherige Hilfe, die Berlin in seinem Existenzkampf gestützt hat.

Zur dringend nötigen, weiter verstärkten Hilfe gehört es, die Konsumkraft Berlins zu erhöhen, die Eigenmittel seiner Unternehmen zu verstärken, einen zusätzlichen Anreiz für die Betätigung von Unternehmen und qualifizierten Arbeitskräften in Berlin zu bieten, um dadurch die drückende Arbeitslosigkeit zu lindern.

Der Parteitag setzt sich für diese Forderung ein und verlangt daher die baldige Vorlage eines steuerpolitischen Förderungsprogrammes, welches die Einkommen- und Lohnsteuer in Berlin gleichermaßen und wesentlich senkt; die Einführung der Frachtbasis Helmstedt und die Er-streckung der Alibankengesetzgebung auf Berlin.

Berlin hat Schäden erlitten, die schwerer sind als die Schäden der Notstandsgebiete des Westens. Trotz dieser unvergleichlichen Belastung sind Berlin politische Aufgaben gesetzt, für deren Erfüllung das deutsche Volk dankbar ist. Deshalb wollen wir, daß ein Weg beschritten wird, der es Berlin ermöglicht, seinen Kampf um die Freiheit aus eigenen Kräften weiterzuführen und zu bestehen.“

Der Bundesparteivorstand, der Parteiausschuß und das Redaktionskomitee haben sich mit der Entschliebung befaßt. Sie sind übereinstimmend zu dem Ergebnis gekommen, die Annahme dem Parteitag zu empfehlen. (Beifall.)

Der Antrag wurde einstimmig vom Bundesparteitag angenommen. (Beifall.)

Zu einem Entschliebungsantrag einiger Berliner Freunde zur Frage der Leibesübungen in Deutschland erhielt als Berichterstatter das Wort **Bundesgeschäftsführer Dr. Heck:**

Einige Freunde aus Berlin haben zur Frage der Leibesübungen folgenden Antrag gestellt:

„Der deutsche Sport hat in den vergangenen Jahren viel dazu beigetragen, die Isolierung Deutschlands zu überwinden. Die Einladung Deutschlands zu den Olympischen Spielen und die Teilnahme an zahlreichen internationalen Wettkämpfen haben mitgeholfen, den Ring des Mißtrauens zu sprengen und die Bande der Freundschaft neu zu knüpfen. Unser Dank gilt all denen, die in ritterlichem Kampf Achtung und Vertrauen für unser Land zurückgewonnen haben. Die Christlich Demokratische Union ist entschlossen, das Ansehen des Sports in der Öffentlichkeit soweit zu fördern, wie es in ihren Kräften steht. Der erzieherische Wert und die Bedeutung der Leibesübungen für die Gesundheit jedes einzelnen können nicht genug betont werden. Wir richten unser Augenmerk deshalb vor allem auf die sportliche Breitenarbeit. Nur aus ihr wachsen Spitzenleistungen, mit denen wir bei internationalen Wettkämpfen bestehen können. Um sie zu fördern, ruft die Christlich Demokratische Union Bund, Länder und Gemeinden auf, in gemeinsamer Bemühung mehr Sportplätze, Schwimmbäder und Turnhallen zu schaffen.

Unsere besondere Bitte gilt auch hier der Unterstützung Berlins. Wie der Sport im internationalen Rahmen dem allgemeinen Interesse Deutschlands dient, so sollte er auch innerhalb Deutschlands durch häufigere Benutzung der Olympischen Sportstätte Berlins dieser schwergeprüften Stadt in ihrem Kampf helfen, dessen Ausgang über unser aller Schicksal entscheidet.

Um der hohen Bedeutung der Leibesübungen für unser öffentliches Leben gerecht zu werden, wird die Christlich Demokratische Union im neugewählten Bundestag die Errichtung eines „Ausschusses für Fragen der Leibesübungen“ beantragen.“

Bundesparteivorstand, Bundesparteiausschuß und Redaktionskomitee empfehlen die Annahme dieses Antrages. (Beifall.)

Der Antrag wurde bei einigen Enthaltungen angenommen.

Zu einem Entschliebungsantrag der Vorsitzenden des Kulturpolitischen Ausschusses erhielt als Berichterstatter das Wort

Dr. Heck:

Die beiden Vorsitzenden des Kulturpolitischen Ausschusses, Professor Stier und Dr. Hoffmann, haben folgende Entschliebung eingebracht:

„Alle praktische Politik der Christlich Demokratischen Union gründet auf dem Fundament einer Kulturpolitik, die die von Gott gesetzten Ordnungen ehrfürchtig achtet.

Zu diesen Ordnungen gehört das natürliche Recht der Eltern, die Erziehung ihrer Kinder entsprechend ihrer Verantwortung vor Gott zu bestimmen. Dieses Recht darf durch keine staatlichen Gesetze eingeschränkt werden. Wo von den Eltern private den öffentlichen Schulen vorgezogen werden, haben sie Anspruch auf gleiche finanzielle Förderung.

Der Parteitag der Christlich Demokratischen Union stellt mit Befriedigung fest, daß die schwersten geistigen Schäden unseres deutschen Schulwesens aus der nationalsozialistischen Zeit und der von ihr verschuldeten Kriegszeit überwunden werden konnten, und daß auch eine erhebliche Koordinierung zwischen den Ländern fortschreitend stattgefunden hat.

Diese Arbeit muß fortgesetzt werden. Ihr Ziel muß ein organisch gegliedertes Schulwesen sein, das klare eigenständige Formen aufweist.

Der Kulturpolitische Ausschuß der Bundespartei wird beauftragt, durch ein arbeitsfähiges Gremium auf längere Sicht hin unter Heranziehung bester Fachkräfte die Grundlinien eines Erziehungs- und Bildungsprogramms für Schule und Hochschule zu erarbeiten, das die Unruhe und das Experimentieren durch echte neue Formung beendet und das der deutschen Jugend hilft, die auf sie zukommenden Aufgaben zu bewältigen."

Der Landespartei Vorstand, der Bundesparteiausschuß und die Redaktionskommission empfehlen dem Parteitag diese Entschließung. (Beifall.)

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. (Beifall.)

Zu einem Entschließungsantrag des Landesverbandes Hamburg zur Sozialversicherung erhielt das Wort als Berichterstatter

Heinrich Lünendonk:

Der Landesverband Hamburg hat folgende Entschließung eingebracht:

„Der Landesvorstand Hamburg der Christlich Demokratischen Union lenkt besonders nachdrücklich die Aufmerksamkeit des Bundesparteitages auf den von der SPD herausgegebenen Sozialplan, der im diametralen Gegensatz zu der von der Bundesregierung so erfolgreich durchgeführten sozialen Marktwirtschaft steht. Unsere Partei hat sich in Übereinstimmung mit den anderen Parteien der Regierungskoalition schon in der Bundestagssitzung vom 21. Februar 1952 mit erfreulicher Deutlichkeit gegen die — nunmehr auch im Sozialplan zutage getretenen — Absichten der SPD auf Umwandlung der in zwei Weltkriegen hervorragend bewährten deutschen Sozialversicherung in eine allgemeine Staatsbürgerversorgung und einen allgemeinen Gesundheitsdienst ausgesprochen. Das ist aus der Erkenntnis geschehen, daß unsere Sozialversicherung als Versicherung mit Rechtsanspruch vernichtet werden würde, wenn die Unterschiede zwischen Versicherung, Versorgung und Fürsorge beseitigt werden unter Ausweitung des Versorgungszwanges auf das ganze Volk.

Leider scheinen uns aber in den vom Bundestag verabschiedeten Sozialversicherungsgesetzen wie schon im Sozialversicherungs-Anpassungsgesetz des früheren Wirtschaftsrats nicht diese konstruktiven Gedanken enthalten zu sein. Wir bitten deshalb, zur Klarstellung der von unserer Partei im neuen Bundestag zu vertretenden Sozialversicherungspolitik den Bundesparteitag folgenden Beschluß zu fassen:

- a) Es ist ein Ausschuß aus sachverständigen Persönlichkeiten zu bilden, die außer von der Bundesparteileitung von den Landesverbänden zu nominieren sind;
- b) Bei der Auswahl der Sachverständigen sollen neben den Sozialpolitikern auch die Wirtschafts- und Finanzpolitiker unserer Partei berücksichtigt werden, da der Verlauf der Gesetzgebung gezeigt hat, daß durch die Vorgänge auf dem Gebiete der Sozialversicherung auch die Wirtschafts- und Finanzpolitik des Bundes erheblich berührt werden."

Gestern hat sowohl in dem einleitenden Referat Herr Bundestagsabgeordneter Johannes Albers wie auch verschiedene Diskussionsredner ausgeführt, daß die deutsche Sozialversicherung in ihrer gegliederten Form beibehalten werden soll, daß andererseits aber, um einen Überblick über die Leistungen und die Auswirkungen der verschiedenen Versicherungs-, Versorgungs- und Fürsorgezweige zu erhalten, die Durchführung einer Sozialenquete erforderlich ist mit dem Ziel einer Reform der Sozialversicherung.

Der Bundesausschuß für Sozialpolitik hat sich am 23. Februar mit der gleichen Frage befaßt und hat da schon die Sozialenquete gefordert. Jedenfalls haben die Sozialausschüsse auf ihrer Bundestagung am 28. 2. und 1. 3. 1953 einen ähnlichen Antrag gestellt. Ich bin der Auffassung, um die Verfilzung der Gesetzgebung zu beseitigen und die Überschneidung der Leistungen zu beheben und eine bessere Übersicht zu bekommen, ist Voraussetzung die Sozialenquete, um damit zu einer wirksameren und besseren Hilfe für die wirklich Schutzbedürftigen zu gelangen.

Der Bundesparteivorstand und auch die Redaktionskommission haben sich mit der Entschliebung des Landesverbandes Hamburg befaßt. Es wird gebeten, daß der Parteitag dieser Entschliebung zustimmt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Zur nächsten Entschliebung auf Antrag des Landesverbandes Hamburg betr. allgemeine Verkehrs- und Schifffahrtspolitik, erhielt das Wort

Erik Blumenfeld, M.d.B.:

Es liegt leider in der Natur eines so konzentriert arbeitenden Parteitages, daß manche Themen und Sorgen, die besser und ausführlicher hätten diskutiert werden sollen, nicht zur Diskussion gebracht werden konnten. So ist es auch mit der allgemeinen Verkehrspolitik geschehen. Es ist nicht so, daß der Bundeswirtschaftsausschuß unserer Partei und der Verkehrsausschuß sich nicht eingehend etwa mit der verkehrspolitischen Lage befaßt hätte. Es ist in vielen Sitzungen zur Verkehrspolitik Stellung genommen worden und große Beratungen haben stattgefunden.

Wir sind jedoch zusammen mit dem Bundesparteivorstand und dem Bundesausschuß der Auffassung, daß die allgemeine Verkehrspolitik und die Gesamtkonzeption, die dringend erforderlich und erwünscht wäre, doch noch einer näheren Überprüfung bedarf, bevor sie in Form einer Entschliebung vorgetragen werden kann. Gerade unter den gestern von unserem Freunde Etzel dargelegten Ausführungen zur Wirtschaftspolitik wollen wir unter dem Gesichtspunkteiner arbeitsteiligen Wirtschaft, ebenso in der Verkehrspolitik, eine Zusammenarbeit unter den Gesichtspunkten echter Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsteilung herbeiführen. Daß hierbei insbesondere das große und sorgenvolle Problem der Bundesbahn uns am Herzen liegt, möchte ich ausdrücklich erwähnen. (Beifall.)

Bundesparteivorstand und Bundesausschuß sind daher zu der Auffassung gelangt, daß die erarbeiteten Ergebnisse, die sehr eingehend und weitgehend gefördert sind, nunmehr in den kommenden Wochen einer weiteren Prüfung und Ausarbeitung bedürfen und daß dann die CDU hier zur Verkehrspolitik in der geeigneten Form noch Stellung nehmen wird.

Bundesparteivorstand und Bundesausschuß sowie das Redaktionskomitee haben jedoch zu den besonders aktuellen Fragen unserer Handelschifffahrt und großen Seehäfen Stellung genommen, und zwar aus der Gesamtkonzeption unserer Partei heraus, der europäischen Aufgabe und der Aufgabe, die unsere Handelschifffahrt hat, Botschafter guten Willens unserer Arbeitsleistung und der Arbeitsleistung des deutschen Volkes.

Daher darf ich namens und im Auftrage des Bundesparteiausschusses Ihnen folgende Entschließung zur Annahme empfehlen:

„Handelsschifffahrt.

Der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte als besonders wichtiger Devisenbringer hat durch die gemeinsamen Anstrengungen aller Beteiligten in wenigen Jahren einen beachtlichen Anfangserfolg erzielen können. Jetzt handelt es sich darum, diesen Erfolg zu sichern und auszubauen. Zur Erreichung dieser beiden Ziele ist erforderlich:

1. Ersatz überalterter Schiffe, insbesondere mittels steuerlicher Förderungsmaßnahmen.
2. Die stetige Fortsetzung der Neubautätigkeit im Anschluß an das Programm 1952/54, damit ein organischer Ausbau der deutschen Handelsflotte in allen ihren Teilen gewährleistet wird.
3. Die weitere Bereitstellung von Wiederaufbaudarlehen nach unveränderter Maßgabe der Vorschriften des Gesetzes vom 27. September 1950.
4. Die Erschließung von öffentlichen oder privaten steuerlich begünstigten Finanzierungsquellen, aus denen der durch Wiederaufbaudarlehen nicht gedeckte Teil der Neubaukosten entnommen werden kann.
5. Wettbewerbsfähige Preise für den Schiffbau im Vergleich zum internationalen Stand.
6. Kapitalmäßige Stärkung der Schifffahrtsunternehmen, damit sie im internationalen Konkurrenzkampf bestehen können.
7. Eine Sozialpolitik, die der besonderen Lage und Eigenart der Seeschifffahrt gerecht wird.

Noch ist die deutsche Handelsflotte nicht groß und modern genug, um in jedem Falle die Befriedigung der seewärtigen Verkehrsbedürfnisse der deutschen Volkswirtschaft gewährleisten zu können. Ohne unbedingte Sicherung der Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen und der Ausfuhr von Fertigwaren aber ist die Existenz des deutschen Volkes nicht gesichert. Die CDU hält es daher für unerlässlich, die deutsche Handelsflotte gemäß den vorstehenden sieben Forderungen weiter auszubauen und ihr hierfür jegliche Förderung zuteil werden zu lassen.

Seehäfen.

Eine aktive deutsche Seehafenpolitik ist die weitere Voraussetzung für den Aufbau der Handelsflotte. Ohne Basis Häfen und entsprechend großes Ladungsaufkommen ist ein wirksamer und rentabler Einsatz der deutschen Handelsschifffahrt nicht möglich. Die Aufgaben der größten deutschen Seehäfen Hamburg und Bremen sind europäischer Natur. Aus der Gesamtpolitischen Entwicklung heraus hat sich die verkehrspolitische Situation Hamburgs und auch Bremens grundlegend geändert. Sowohl der Bund als auch das übrige Europa werden diesen Tatsachen Rechnung tragen müssen. Der Hafen Hamburg muß sich mit europäischer Unterstützung bereithalten, für den Augenblick der Wiedervereinigung mit dem Osten und damit der Aufnahme normaler Handelsbeziehungen."

Bundesvorstand, Bundesparteiausschuß und Redaktionskomitee empfehlen Ihnen die Annahme dieser Entschließung. (Beifall.)

Zu diesem Antrag erhielt das Wort

Valentin Brück, Rheinland:

Wir haben soeben die Ausführungen, insbesondere über die Schifffahrt, gehört. Auch die Bundesbahn hat in diesem Zusammenhang einige Worte

gewidmet bekommen. Ich möchte den Antrag unter dem laufenden Punkt unseres Freundes dahin erweitern, daß noch aufgenommen wird unter Punkt 8 eine echte Koordinierung des Verkehrs nach den Verkehrserfordernissen auf Bundesebene. Das scheint mir außerordentlich wichtig zu sein bei dem Wirrwarr, der zur Zeit immer noch im Verkehr besteht.

Ich möchte Sie bitten, daß Sie auch im Interesse des größten Unternehmens Europas, nämlich der deutschen Bundesbahn, die 540 000 Menschen beschäftigt und mit ihren Familienangehörigen rund 2 Millionen Menschen umfaßt, auch diesem Personenkreis in etwa Rechnung tragen. Das ist parteipolitisch unbedingt notwendig. Der Verkehr ist überall die Verbindung zur Welt. (Beifall.)

Erik Blumenfeld:

Ich unterstütze selbstverständlich sehr, was eben gesagt wurde. Nur darf ich darauf aufmerksam machen, daß wir das nicht formell unter Punkt 8 bringen können. Die sieben Punkte beziehen sich ausdrücklich auf die Schifffahrt. Die Aufgaben der Schifffahrt sind in diesem Falle nicht zu verwechseln mit den besonderen Aufgaben der Bundesbahn. Es müßte schon ein Zusatz zur allgemeinen Entschließung gemacht werden, der dieses Thema als Sondersatz behandelt.

Der Antrag des Landesverbandes Hamburg wurde mit einigen Enthaltungen angenommen.

Präsident Dr. Tillmanns:

Damit sind die Entschließungsanträge, die vorgelegt worden sind, erledigt, und zwar alle diejenigen, die rechtzeitig dem Bundesparteivorstand, dem Bundesparteiausschuß und dem Redaktionsausschuß zugeleitet wurden.

Es ist mir soeben noch ein Entschließungsantrag des Landesverbandes Niedersachsen vorgelegt worden. Im Hinblick auf die Bedeutung dieses Antrages bitte ich sie um die Zustimmung, daß ich ihn hiermit zur Behandlung stelle, obwohl er, wie gesagt, bisher nicht den geschäftsordnungsmäßigen Gang durchlaufen konnte. Der Entschließungsantrag des Landesverbandes Niedersachsen lautet:

„Der Bundesparteitag unterstützt die Forderungen der Grenzbevölkerung nach erhöhter Sicherheit im Zonengrenzgebiet durch sofortige Verstärkung des Bundesgrenzschutzes.“ (Beifall.)

Der Antrag wurde vom Bundesparteitag einstimmig angenommen. (Beifall.)

Präsident Dr. Tillmanns:

Ich habe zu dem Punkt „Satzungsänderungen“ noch eine Mitteilung zu machen. Bitte entschuldigen Sie, daß ich das vergessen habe. Bei der Neuwahl zum Vorstand ist der Bundesparteitag davon ausgegangen, daß das bisherige Mitglied des Bundesvorstandes, Fräulein Dr. Gröwel, Hamburg, sich nicht mehr in der Lage sah, ihre Aufgaben im Bundesparteivorstand weiterzuführen. Fräulein Dr. Gröwel übernimmt nämlich das Amt eines Konsuls der deutschen Bundesrepublik im Staate Texas in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. (Beifall.)

Ich benutze diese Gelegenheit, ihr für ihre künftige Tätigkeit unsere herzlichsten Glückwünsche auszusprechen, und benutze die Gelegenheit außerdem, ein weiter Versäumtes nachzuholen, nämlich all den Damen und Herren, die bisher im Bundesparteivorstand mitgearbeitet haben und die zukünftig dem Bundesparteivorstand nicht mehr angehören werden, den herzlichen Dank der Christlich Demokratischen Union Deutschlands für ihre bisher geleistete Arbeit auszusprechen. (Beifall.)

Wir kommen nunmehr zum Hauptpunkt der heutigen Tagesordnung, nämlich der

Verabschiedung des Programms für den zweiten Deutschen Bundestag

Bevor ich den Herrn Berichterstatter um seinen Bericht bitte, möchte ich noch folgendes sagen: Es war nicht möglich, das wird jeder sagen, sämtliche Vorschläge, die zu dem Programm gemacht wurden, bei der Fassung zu berücksichtigen. Es wird also möglich sein, daß der eine oder andere gewisse Punkte im Wahlprogramm vermißt.

Ich möchte vorschlagen, zu beschließen, daß das gesamte von den Ausschüssen erarbeitete Material die Zustimmung dieses Parteitages findet, ohne daß wir uns damit auf Einzelforderungen festlegen. Ich bitte dem Parteivorstand zu überlassen, dieses Material evtl. für Sonderbroschüren und Sonderveröffentlichungen für den Wahlkampf zu benutzen.

(Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen.)

Dieser von Ihnen soeben gefaßte Beschluß erleichtert uns die Behandlung des Wahlprogramms insofern, als wir nun keine Sorge mehr zu haben brauchen, daß irgendwelche Gesichtspunkte und Forderungen untergegangen wären.

(Dr. Even: Ich bitte, das Material auch der Jungen Union zur Verfügung zu stellen.)

Der geschäftsführende Vorstand hat den Wunsch geäußert, daß der Antrag der Jungen Union bezüglich des Familienrechts den beteiligten Ausschüssen der Partei vorgelegt wird, damit sie sich mit ihm beschäftigen und dazu Stellung nehmen können, bevor er dem Bundesparteitag vorgelegt wird. Die berufenen Ausschüsse können dann Vorschläge machen.

Das Wort erhielt

Frau Gehrmann:

Ich freue mich immer, wenn die Jugend die Initiative ergreift. Ich finde, daß wir eine glückliche Partei sind, in der die Jugend selbständig Anträge stellt und uns zeigt, daß noch mehr gearbeitet werden kann. Ich glaube, ich kann mich dem Wunsche des Herrn Präsidenten anschließen, daß der Antrag heute vertagt wird.

Einige Gründe sachlicher Art möchte ich hinzufügen. Wir haben uns in mehreren Sitzungen mit den Dingen befaßt und sind nach langen Überlegungen dazu gekommen, noch keine Entschliebung zu fassen.

Noch zwei Dinge. Wir sind nicht nur hier zusammengekommen, um die verschiedenen Meinungen vorzutragen, sondern würden draußen im Lande einen schlechten Eindruck machen — um einige Freunde nicht in einen Wissenskonflikt zu bringen —, wenn wir hier diese Entschliebung annehmen. Viele von Ihnen kennen die Gedanken einer katholischen Ehefrau zur Familienrechtsreform von Frau Dr. Krauß-Platten aus Köln. Sie vertritt eine andere Ansicht, als diese Entschliebung enthält.

Weiter kennen Sie die mit unendlichem sittlichem und religiösem Ernst gefaßte Entschliebung der evangelischen Frauenarbeit in Deutschland. Ich möchte Sie aber noch auf ein letztes hinweisen. Der internationale katholische Frauenbund St. John-Lains, deren Vizepräsidentin für Deutschland die von uns allen so sehr verehrte Frau Dr. Schlüter-Hermkes ist, steht in seinem Programm und seiner Ansicht auf dem Standpunkt, daß jedenfalls die alte Gesetzgebung, nach dem man kraft Gesetzes — ich betone kraft Gesetzes — den Mann zum Oberhaupt der Familie macht, in der heutigen Zeit nicht aufrechtzuerhalten ist. (Oho-Rufe im Hause.)

Wenn nun der internationale katholische Frauenbund auf diesem Standpunkt steht, so sollten wir auch im Interesse eines Gesamteuropas nicht leichtfertig uns in den Gegensatz zum katholischen Frauenbund setzen. (Beifall.)

Präsident Dr. Tillmanns:

Es scheint mir unmöglich, daß wir in diesem Augenblick wieder in eine Sachdiskussion über die Fragen der Familien eintreten. Ich bitte Sie, daß wir jetzt so verfahren, daß wir zunächst die Fragen offenlassen und den Bericht von Herrn Kiesinger zum Wahlprogramm hören. Wird hinterher gewünscht, die Diskussion fortzusetzen, bin ich bereit, dazu das Wort zu erteilen. Das Wort hat

Bundestagsabgeordneter Kiesinger:

Bevor ich mit meinem Bericht beginne, möchte ich Ihre Meinung darüber hören, wie wir am zweckmäßigsten dabei verfahren. Es gibt mehrere Möglichkeiten. Die eine wäre die, daß alles, was erarbeitet worden ist, hier Abschnitt für Abschnitt verlesen würde, so daß Sie das ganze Hamburger Programm noch einmal im Wortlaut hörten.

Nun ist Ihnen ja schon gestern Abend das Programm zur Verfügung gestellt worden. Deswegen würde ich es wagen, Ihnen den Vorschlag zu machen, daß ich Ihnen in einem Auszug das Wesentliche dieses Programmes hier vortrage. Es soll ja heute Nachmittag auf der Kundgebung noch im vollen Wortlaut verlesen werden. Ich habe mir einen Auszug gemacht, bei dem ich mir Mühe gegeben habe, daß alles Wesentliche darin enthalten ist.

Ich bitte Sie also zunächst um Ihre Willensäußerung darüber, ob wir das ganze Programm hier verlesen sollen, oder ob Sie vorlieb nehmen wollen mit meinem Bericht, der das Programm auszugsweise wiedergibt. (Zurufe: Auszug!) Ich höre also in den Zurufen den Wunsch nach dem Auszug. (Beifall.)

Präsident Dr. Tillmanns:

Ich darf also feststellen, daß eine auszugsweise Bekanntgabe erfolgt.

Kurt G. Kiesinger, M.d.B.:

Ich darf Ihnen eine kurze Vorgeschichte über die Entstehung dieses sogenannten Hamburger Programmes geben. Wir hatten im Dezember vorigen Jahres die Ausschüsse unserer Bundespartei damit beauftragt, für ihr Arbeitsgebiet ein Teilprogramm zu entwerfen. Das ist dann in den folgenden Monaten geschehen. Der geschäftsführende Vorstand hat in Zusammenarbeit oder aus dieser Arbeit der Ausschüsse dann einen ersten Entwurf gefertigt. Dieser erste Entwurf ist dann noch einmal mit den Ausschußvorsitzenden durchgearbeitet, abgestimmt und zum Teil umgeändert worden. Das war der zweite Entwurf. Dieser zweite Rohentwurf lag hier vor, als dieser Parteitag begann. Auf Grund der hier gehaltenen Referate und der Diskussionen wurde dann vom Redaktionskomitee und vom Vorstand ständig an dem Entwurf weitergearbeitet.

Was uns jetzt vorliegt, ist das Ergebnis der umfangreichen Vorarbeiten, als auch der Arbeitsergebnisse dieses Parteitages. Es ist ganz klar, daß man in einen solchen Entwurf, auch wenn er immerhin den Umfang von 21 Schreibmaschinenseiten erreicht hat, bei weitem nicht alle Wünsche aufnehmen kann. Deshalb bitte ich von vornherein diejenigen, die gern den einen oder anderen sicher wichtigen Punkt in dem Programm gesehen hätten, Verständnis dafür zu haben, daß er nicht aufgenommen werden können. Die eine oder andere Frage, die noch nicht

ganz ausgegoren ist, ist ebenfalls nicht aufgenommen worden. Zum Beispiel haben wir das Kapitel der Heimkehrergesetzgebung, weil es in den zuständigen Gremien der Partei noch nicht ausdiskutiert worden ist, in diesen Entwurf nicht mit aufgenommen. Das soll aber keineswegs heißen, daß wir der Frage in der Zwischenzeit zwischen dem Parteitag und dem kommenden Bundestag nicht unsere stärkste Aufmerksamkeit schenken würden. Wir haben das Programm mit einer selbstbewußten, man könnte sogar sagen, stolzen Feststellung begonnen:

„Unter der Kanzlerschaft Konrad Adenauers hat die Christlich Demokratische Union in den letzten vier Jahren das deutsche Volk in der Bundesrepublik aus Hunger, Not und tödlicher Vereinsamung herausgeführt.

Wir geben angesichts der kommenden Bundestagswahl Rechenschaft von dem Geleisteten und verkünden für den nächsten Bundestag unser Programm.“

Dieses stolze Bekenntnis soll keineswegs eine Anmaßung sein. Wir haben aber auch keinen Anlaß, unser Licht ungebührlich unter den Scheffel zu stellen. (Sehr richtig!) Wir verkennen dabei keineswegs die außerordentlich wertvolle Mitarbeit und Unterstützung anderer Gruppen und Kräfte, vor allen Dingen auch unserer Koalitionspartner während dieses Bundestages. Wir haben außerdem bekannt und wissen, daß die Erfolge dem ganzen Volke, den Schaffenden in allen Berufen, den deutschen Müttern und Hausfrauen und der Hilfe des Auslandes mitzuverdanken sind. Es bleibt nun eben einmal die Tatsache, daß die führende Kraft der letzten 4 Jahre die Christlich Demokratische Union unter der Führung des Kanzlers Konrad Adenauer war. (Beifall.)

Wenn Sie sich die Einteilung des Programmes ansehen, dann werden Sie bemerken, daß nach der Einleitung 6 Kapitel folgen:

- I. Staatspolitische Grundforderungen,
- II. Eingliederung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge.
(Wir haben sie dahin genommen, weil wir glauben, daß es nicht ein kleiner Sektor ist, sondern daß diese Politik in das Ganze hineingehört.)
- III. Wirtschafts- und Sozialpolitik.
- IV. Eigentum für alle Schichten des Volkes.
(Das ist ein besonderes Kapitel, um die Dringlichkeit dieses Anliegens der Christlich Demokratischen Union zu betonen.)
- V. Unsere Forderungen für die Jugend.
- VI. Deutschland in der Gemeinschaft der freien Völker.

Erlauben Sie mir nun, daß ich Ihnen das Wesentliche dieses durch sehr viele Kräfte erarbeiteten gemeinsamen Programmes vortrage. Daß dieses Programm keine Sensationen enthält, ist ganz klar. Die CDU bringt keine Sensationen, dafür um so mehr Solides. (Beifall.)

Die Christlich Demokratische Union hat in diesem Programm selbstverständlich anders sprechen müssen, als es eine Oppositionspartei getan hätte und hat. Sie konnte nämlich mit Stolz darauf verweisen, was sie in den letzten 4 Jahren geleistet hat und konnte mit noch größerem Stolz nachweisen, daß nichts von dem, was wir versprochen hatten, was insbesondere in dem Regierungsprogramm unseres Kanzlers versprochen wurde, etwa unter den Tisch gefallen ist. Wir haben nicht nur gehalten, was wir versprochen haben, sondern darüber hinaus noch sehr viel mehr getan. (Beifall.)

Ich bringe nun im Vortrag das Wichtigste in Auszügen:

Unter der Kanzlerschaft Konrad Adenauers hat die Christlich Demokratische Union in den letzten vier Jahren das deutsche Volk in der

Bundesrepublik aus Hunger, Not und tödlicher Vereinsamung herausgeführt.

Wir werden das begonnene Werk mit der Zustimmung des Volkes nach den bewährten Grundsätzen unserer Politik fortsetzen. Die Staatsgewalt hat keinen Totalitätsanspruch. Die öffentlichen Aufgaben sind zunächst von der gemeindlichen Selbstverwaltung zu erfüllen. Die Staatsgewalt hat nur die Aufgaben, die im Bereich der Selbstverwaltung nicht gelöst werden können und die auch im Bereich der Familie nicht gelöst werden können. Die Kirchen haben im öffentlichen Leben eine wichtige Aufgabe. Ihre Erfüllung in voller Freiheit und Unabhängigkeit von der Staatsgewalt muß gesichert sein.

Zum Parteiensystem.

Interessenparteien sind Totengräber der staatlichen Ordnung. Splitterparteien stören die Voraussetzungen für echte politische Entscheidungen. Wir erstreben daher das Personen- und Mehrheitswahlrecht. Es schafft klare Mehrheitsverhältnisse im Parlament und sichert durch sie die Regierungsarbeit.

Unsere Rechtsordnung ist fortzubilden. Bei der Anpassung des Familienrechts an die von uns bejahte Gleichberechtigung von Mann und Frau ist die natürliche Ordnung der Familie und Ehe Ausgangspunkt.

Dies immerhin zum Trost für den Antrag der Jungen Union.

Ein Richtergesetz soll dem Richter die gebührende Stellung verschaffen. Verfahren und Organisation der Gerichte müssen verbessert und die längst fällige Strafrechtsreform, eine so wichtige Aufgabe, noch für diesen Bundestag, muß durchgeführt werden.

Die Entschädigungsgesetzgebung zugunsten der vom Nationalsozialismus Verfolgten muß noch von diesem Bundestag abgeschlossen werden. Aber auch gewisse Unbilligkeiten und Härten, die sich dabei ergeben haben, müssen angemessen ausgeglichen werden.

Wir wollen das Berufsbeamtentum fördern und seine Existenz durch eine Besoldungsreform gewährleisten.

Wir stehen zu den deutschen Soldaten, die ihrer besten Überlieferung getreu sich dem Volk in sittlicher Verpflichtung verbinden. Das dem pflichttreuen deutschen Soldaten nach dem Zusammenbruch 1945 geschehene Unrecht hat seine Ehre nicht berührt. Die gerechte Bereinigung der Kriegsverurteiltenfrage ist uns ein besonderes Anliegen. Eine sofortige Ergänzung zum Gesetz zu Artikel 131 muß Unbilligkeiten in der Versorgung der ehemaligen Berufssoldaten, insbesondere der Berufsunteroffiziere, ausgleichen.

Die wirtschaftliche Stellung der geistigen und künstlerischen Berufe, namentlich des Nachwuchses, muß gefestigt und gestärkt werden.

Wir haben Gelegenheit genommen, in diesem Programm noch einmal die unbedingte Verbundenheit der beiden Konfessionen, die sich nach dem Kriege zu einem politischen Bunde zusammengeschlossen haben, zu betonen und die, wie ich an anderer Stelle sagte, tatsächlich die Christlich Demokratische Union zu der tragenden neuen politischen Kraft gemacht hat, aufs neue zu unterstreichen. (Beifall.)

Wir haben ausgedrückt:

Alle Versuche, den überwundenen konfessionellen Hader neu zu entfachen, lehnen wir einmütig und entschlossen ab. (Beifall.)

Zur Vertriebenenpolitik:

Die Vertriebenenpolitik steht auf dem Grundsatz des unverzichtbaren Rechtes auf die Heimat. Die Früchte der bisherigen Vertriebenengesetzgebung müssen schnellstens den Berechtigten zugute kommen, vor allem die Hausratshilfe und der Wohnungsbau. Die Lager müssen so schnell wie möglich geräumt werden. Eine großzügige landwirtschaftliche Siedlung für die Vertriebenen und geflohenen Bauern ist notwendig.

Wir stehen zu unserer bisherigen so erfolgreichen Wirtschaftspolitik. Wir bejahen die planvolle Wiedereingliederung der Wirtschaft mit marktgerechten Mitteln und die gesetzliche Sicherung des Leistungswettbewerbs. Nach Abschluß der ersten erfolgreichen Phase des Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft sind folgende Aufgaben zu lösen:

Weitere Steigerung und Verbilligung der Gütererzeugung; Verbesserung des Lebensstandards — damit im Zusammenhang für alle —;

Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung, des freien Bauern und des mittelständischen Gewerbes;

Ausbau der sozialen Sicherung, insbesondere für jene, die auf unsere Hilfe besonders angewiesen sind, für ältere Angestellte, Pensionäre, die Opfer des Krieges und seiner Folgen.

Ein außerordentlich wichtiger Punkt ist uns:

die Bildung von persönlichem Eigentum für breite Schichten des Volkes. (Beifall.)

Die Verbrauchsgüterproduktion muß verbilligt und die Qualität der billigen Waren weiter verbessert werden. Rationalisierung und Produktivitätssteigerung sind die Voraussetzungen für Kostensenkungen und für eine echte Mengenkonjunktur, die das Ziel der nächsten Phase der sozialen Marktwirtschaft ist.

Die Behinderung des Leistungswettbewerbs durch Kartelle und ähnliche Marktabreden wird von der Christlich Demokratischen Union abgelehnt. Wir fordern beschleunigte Verabschiedung des Kartellgesetzes.

Ein Wort zu den marktbeherrschenden Einzelunternehmungen. Ich muß darauf aufmerksam machen, daß hier eine Änderung des Textes, der Ihnen vorliegt, erfolgt ist. Es heißt auf Seite 6 im sechsten Absatz, wo es um den Leistungswettbewerb und die Kartelle geht, nicht mehr wie bisher:

„Marktbeherrschende Einzelunternehmungen und Regiebetriebe sind gleichfalls zum Leistungswettbewerb zu verpflichten“,

sondern:

„Die Monopolkontrolle hat sicherzustellen, daß marktbeherrschende Einzelunternehmungen und Regiebetriebe nicht gegen die Grundgesetze des Wettbewerbes verstoßen.“

Die Arbeitslosigkeit ist mit allen Mitteln zu bekämpfen, im Bedarfsfalle auch durch aktive Beschäftigungspolitik der öffentlichen Hand.

Alle Anstrengungen müssen auf Erhöhung des deutschen Anteils am Welthandel gerichtet werden. Die Export-Risiken müssen tragbar gemacht werden. Für die Seeschifffahrt — das sagen wir besonders gerne in dieser alten und ehrwürdigen Hansestadt — verlangen wir nach dem Wegfall der letzten Hemmungen besondere Förderung.

In der Landwirtschaft müssen die bäuerlichen Wirtschaften — insbesondere die Familienbetriebe — gefestigt und gefördert werden. Ein einheitliches Agrar- und Bodenrecht unter Anerkennung des privaten Eigentums muß schnell geschaffen werden. Der Bau von Landarbeiterwohnungen ist dringend notwendig. Bei erheblichen wirtschaftlichen Störungen in einzelnen Produktionszweigen der Landwirtschaft hat die Bundesregierung durch Sofortmaßnahmen helfend einzugreifen. Beschleunigte Flurbereinigung und steuerbegünstigte Technisierung sind erforderlich.

Wir treten ein für die Erhaltung der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften und Landkrankenassen.

Durch eine abgewogene Zoll- und Handelspolitik muß die Einfuhr von Nahrungsgütern zeit- und mengenmäßig dem echten Bedarf angepaßt werden.

Zum Mittelstand.

Für den Mittelstand sind Gewerbeförderungsmaßnahmen notwendig. Im Wettbewerb müssen gleiche Startbedingungen für alle, ohne Rücksicht auf die Betriebsgröße, herrschen. Vom Steuersystem her darf kein Zwang zur Konzentration der Betriebe ausgehen. Die betrieblichen Investitionen müssen durch eine verständige Steuer- und Kreditpolitik gefördert werden.

Für die mittelständische Wirtschaft muß ausreichende Beteiligung an öffentlichen Aufträgen sichergestellt werden. Soweit Belegschafts- und Behördenhandel den Wettbewerb verfälscht, ist er zu unterbinden. Regiebetriebe müssen weitestgehend eingeschränkt werden und dürfen keine steuerlichen Vorteile genießen. Die Schwarzarbeit ist durch gesetzliche Maßnahmen zu verbieten.

Der Wohnungsbau, dieses ungeheuer wichtige Problem, muß mit allen Mitteln fortgesetzt werden. Baumethoden sind zu rationalisieren. Die private Bautätigkeit ist zu beleben, die Wirtschaftlichkeit des Hausbesitzes wiederherzustellen. Kapitalzuschüsse aus öffentlichen Mitteln müssen den verschiedenen Bauträgern gleichmäßig zufließen.

Wohnungseigentum und Dauerwohnrecht müssen mehr als bisher gefördert werden.

Auch in diesem Kapitel zeigt sich die besondere Betonung und Bedeutung, die wir der Familie im Leben unseres Volkes zuwenden, wie überhaupt der Gedanke der Stärke und Förderung der Familie sich wie ein roter Faden durch dieses ganze Programm hindurchzieht.

Die Christlich Demokratische Union tritt für eine wirtschaftlich sinnvolle Steuerreform ein, die das Steuersystem vereinfacht, überhöhte Steuersätze abbaut und insbesondere die unteren Einkommen entlastet. Sie muß gleichzeitig die Leistungsfähigkeit der Familie stärken. Das Schwergewicht aller finanzpolitischen und steuerpolitischen Förderungsmaßnahmen hat dem Wiederaufbau des Kapitalmarktes zu dienen.

Die Familie hat ein Recht auf gesetzliche Sicherung eines ausreichenden Einkommens. Die Gesetze über die Familienausgleichskassen und zur Schaffung von Familienheimen müssen bald verabschiedet werden. Steuern, öffentliche Lasten, Zuschüsse, Unterstützungs- und Altersversorgung dürfen nicht nur für den einzelnen, sondern müssen unter Berücksichtigung der Familien festgelegt werden.

Wir setzen uns ein für wirtschaftliche Selbstverwaltung nach dem Grundsatz der sozialen Partnerschaft in der gesamten Wirtschaft. Für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes werden wir

ein Mitbestimmungsrecht schaffen, das der Mitbestimmung der Arbeitnehmer gleichwertig ist.

Kriegsopfer.

Sie müssen Anteil haben an dem wachsenden Sozialprodukt. Die Angleichung der Versorgungsrenten und der Einkommensfreigrenzen an das gestiegene Preis- und Lohngefüge und die Anhebung der übrigen Sozialgesetze ist weitestgehend zu vollziehen, unter besonderer Berücksichtigung der Witwen-, Eltern- und Waisenrenten.

Wir werden die bewährte Form der gegliederten Sozialversicherung im Gegensatz zu Bestrebungen, insbesondere der Sozialdemokratie, beibehalten.

In der Altersversorgung

muß das Zulagesystem in der Rentenversicherung in ein übersichtliches Berechnungssystem übergeführt werden, das eine Selbstberechnung auch für die Empfänger der Altersrenten ermöglicht. Das Verhältnis zwischen dem Arbeitseinkommen, aus welchem die Beiträge zur Rentenversicherung geleistet werden, und den gewährten Rentenleistungen, ist zu verbessern.

Das Eigentumsproblem.

Wir verlangen Eigentum für die breitesten Schichten unseres Volkes.

Auch bei der Neubildung von betrieblichem Eigentum sind Arbeiter und Angestellte zu beteiligen. Die Bildung von Miteigentum darf aber den Lohnstandard nicht beeinträchtigen. Die Schaffung von Miteigentum ist durch den Staat zu fördern und durch freiwillige Vereinbarungen auf der Grundlage einer Rahmengesetzgebung zu verwirklichen.

Neben dem Miteigentum am eigenen Betriebe, dem man angehört, ist ein System des mittelbaren Eigentums da zu ermöglichen, wo direkte Beteiligungen nicht zu verwirklichen sind.

Für Lehrlinge müssen mehr Wohnheime geschaffen werden. Die Grundausbildungslehrgänge sind erheblich zu erweitern.

Ich sehe, ich habe da etwas vorweggenommen, das betrifft unser Jugendprogramm. Von welcher Bedeutung die Jugendfrage für unser ganzes deutsches Volk ist, das wissen Sie, auch für die Zukunft unserer eigenen Partei. Diese Jugend, die vom nationalsozialistischen Staat schwer mißbraucht worden ist, muß von uns die Möglichkeit gegeben erhalten, den demokratisch-sozialen Rechtsstaat, um den wir kämpfen, als ihren Staat zu finden und innerlich anzuerkennen. Dann muß man aber dieser Jugend auch von diesem Staate her das Entsprechende anbieten, nicht im Sinne des Renten- und Versorgungsstaatsideals, sondern man muß ihr das Ideal einer Mitarbeit im demokratischen Staatswesen unter Aufruf an ihre Verantwortung und Hingabefähigkeit, an ihren Idealismus vorhalten. Natürlich gehört dazu auch, daß Berufs- und Ausbildungsmöglichkeiten dieser Jugend gegeben werden, damit sie nicht einem ungewissen beruflichen Schicksal der Arbeitslosigkeit, der Straße, überlassen werden.

Deshalb enthält das Jugendprogramm eine Reihe von sehr eingehend besprochenen und diskutierten Forderungen, unter anderem zu sorgen für das materielle Wohl unserer Jugend, Arbeitslosenfürsorge, Arbeitsschutz für die Jugend, Einrichtung von Jugendgemeinschaftswerken. Die aus der Sowjetzone geflüchtete Jugend bedarf besonderer Betreuung.

Wir müssen dafür sorgen, daß diese Jugend geschützt wird vor dem Einfluß von Schmutz- und Schundliteratur. Zusammenfassend: Wir

müssen für ihr materielles und geistiges Wohl besorgt sein und sie gleichzeitig zur tätigsten Mitarbeit aus eigener Verantwortung aufrufen.

Schließlich endet unser Programm mit dem außenpolitischen Teil. Nichts ist natürlicher, als daß gerade dieser Teil einen stolzen Rückblick enthält auf das Geleistete, auf die ungeheure Wegstrecke, die in den wenigen vergangenen Jahren zurückgelegt worden ist unter der Führung der Christlich Demokratischen Union und ihres Kanzlers Konrad Adenauer. Es bleibt dazu nur zu sagen, daß alle Argumente, die unsere Gegner gegen diese Außenpolitik vorgetragen haben, von Anfang an unbewiesen geblieben sind. Die Opposition hat niemals eine echte eigene Konzeption dagegensstellen können (Beifall); ihre düsteren Prophezeiungen von den ersten Anfängen an — ich erinnere Sie an die Tage des Petersberger Abkommens, des Beitrittes zum Europarat und was alles damit zusammenhängt — sind durch die Ereignisse schlagend widerlegt worden. (Beifall.)

Wir haben daher die Entschlossenheit ausgesprochen, den begonnenen Weg unbeirrbar, gleichgültig, welche Hindernisse sich noch in den Weg stellen werden, zu Ende zu gehen. (Beifall.)

Dieser Weg ist auch der Weg zur deutschen Wiedervereinigung. Wir sind überzeugt davon, daß es notwendig war, diese Politik zu führen, um das große Ziel der deutschen Wiedervereinigung zu erreichen. Wir weisen mit aller Entschiedenheit jenes falsche und mitunter sehr demagogische Argument zurück, daß die von uns geführte Politik der europäischen Integration etwa die deutsche Wiedervereinigung gefährdet. Sie gefährdet sie nicht nach unserer Überzeugung, sondern sie ermöglicht die Politik der Wiedervereinigung. (Beifall.)

Wir gehen den Weg nach Europa. Sicher hat die europäische Idee an Kraft gewaltig gewonnen durch die gemeinsame Bedrohung vom Osten her. Aber Europa bleibt uns, unabhängig davon, daß wir unter der gemeinsamen Bedrohung uns zusammenschließen, ein eigenes großes Ziel. (Beifall.)

Dies ist ein kurzer Auszug — das andere können Sie ja im einzelnen nachlesen —, der Inhalt dessen, was wir Ihnen als Programm der kommenden Bundestagswahlen vorlegen wollen. Wir sind felsenfest davon überzeugt, daß dieses grundsätzliche Programm, das in keinem Augenblick den Versuch gemacht hat, demagogische Versprechungen, die nachher nicht eingehalten werden können, zu machen, so, wie wir es jetzt annehmen werden und in den nächsten Monaten vor dem deutschen Volk vertreten, die Zustimmung dieses Volkes finden wird. Da wir bisher, was wir versprochen haben, gehalten haben, weiß das deutsche Volk, daß wir auch halten werden, was wir nunmehr versprechen. Es wird uns bei der nächsten Bundestagswahl, dessen bin ich gewiß, erneut den Auftrag zur Führung der deutschen Politik in den kommenden 4 Jahren geben. (Starker Beifall.)

Das Wort erhielt

Dr. Strickrodt:

Es ist ein gewichtiges Dokument, das uns jetzt hier zur Beschlußfassung vorgelegt worden ist. Wer den Text aufmerksam liest, wird mir zustimmen, wenn ich sage: es sind nicht Gemeinplätze oder Selbstverständlichkeiten, die man hier aneinandergereiht hat, sondern es sind zum Teil sehr gewichtige Aussagen und Willensbezeugungen.

Ich muß daran die Folgerung knüpfen, daß für viele unter uns die Zustimmung zu dem Programm, wie es hier vorliegt, nicht in jedem Falle eine Selbstverständlichkeit sein kann. Gerade wer gewissenhaft die Probleme betrachtet, die hier gestellt sind, wird eine ganze Fülle von ernststen Fragen zu stellen haben. Als einer, der mitgewirkt hat an den Vorbereitungen dieses Programmes, habe ich Verständnis auch für solche Fragen, die an mich herangetragen worden sind bis in die letzte Stunde herein.

So möchte ich, um Ihnen die Entscheidung zu erleichtern und auch um Ihr Gewissen zu entlasten, sagen: Nehmen Sie jedes Wort, das in dem Programm steht, ernst. Aber pressen Sie nicht den einzelnen Begriff und Satz, der dort steht, sondern versuchen Sie, das einzelne, was das Programm enthält, zu verstehen auf dem Hintergrund unserer gesamten politischen Arbeit. Ich darf schon sagen: viele der Fragen, die beim Lesen des Textes entstehen, werden ihren richtigen Platz und Eingliederung finden, wenn Sie die Fülle des Materials, das in den Ausschüssen erarbeitet worden ist, durchsehen. Sie werden dann sehen, daß dieses Detailprogramm eine Rechtfertigung für vieles von dem enthält, was so in einem kurzen Satz zu Fragen Anlaß geben muß.

Gerade auf dem Gebiete der Finanzen und Steuern in dem Programm, an dem ich mit einer Reihe von Freunden gearbeitet habe, wird es notwendig sein, daß Sie das Gesamte der Konzeption aus dem Ausschußbericht entnehmen. Dieses vorausgeschickt, muß man aber auch sagen, daß das, was hier erarbeitet worden ist, eine Einheit darstellt. Gerade die Einheit der Grundauffassung ist es, die dieses Programm zu einem Meilenstein auf dem Wege unserer Partei macht.

Die Einheit der politischen Auffassung, die in dem Programm zum Ausdruck kommt, ist nicht eine rein logische. Es ist auch kein Katalog naturrechtlicher Forderungen zusammengestellt. Was hier festgestellt wird, ist aus der Lebenspraxis gesagt; es ist durchaus realistisch gemeint. Das ist ja die Grundlage für das Vertrauen, das wir in der deutschen Öffentlichkeit für uns erwerben wollen.

Mit Schlagworten und Gemeinplätzen gewinnt man ein Vertrauen nicht, sondern nur mit klaren Worten, hinter denen auch der Ernst des Willens steht. So kommt denn, wenn wir dieses Programm auf dem Hintergrund der Gesamtarbeit unserer Partei verstehen, auch alles darauf an, daß wir in der Durchführung auch die nötige Kraft und Konsequenz zeigen. Die Durchführung des Programmes ist auch nicht nur eine Sache der Logik. Wenn dieses Programm in die Welt treten soll, gehört dazu eine überlegene Staatskunst.

Wir müssen fordern, daß zur Einheit des Programmes auch die Einheit der Programmverwirklichung kommt. Damit ist ein sehr ernster und schwerer Auftrag gegeben an den Vorstand der Partei und an die Freunde, die wir in das politische Leben gestellt haben, in einheitlicher Kraft und Überzeugung dieses Programm in die Wirklichkeit umzusetzen. Eines ist dazu in dieser Stunde zu sagen. Nach vier Jahren in der Regierung und im Parlament getragener Verantwortung kommt die Aufgabe und die Verantwortung zurück an die Partei.

So muß in den nächsten Monaten die Partei dieses Programm ergreifen und es zu verwirklichen versuchen. Es muß aus dem Beschluß, der hier gefaßt wird, ein klarer Auftrag für diejenigen gegeben werden, die nach der Wahl die Verantwortung für eine neue Regierung zu übernehmen haben. Nur wenn dieser ernste Wille in einem solchen Programm steht, können wir den Glauben der deutschen Bevölkerung für uns verlangen.

Ich bitte Sie alle, auch soweit Sie an die einzelnen Fragen Ihre eigenen Probleme anknüpfen, was durchaus berechtigt ist, diese heute zurückzustellen, aber damit zu bekräftigen, daß es nicht nur um ein Programm geht, sondern um die Einheit und Konsequenz der Durchführung. (Beifall.)

Präsident Dr. Tillmanns:

Bevor ich das Wort weiter erteile, erlaube ich mir, auf die verhältnismäßig weit vorgerückte Zeit hinzuweisen. (Sehr richtig!)

Außerdem wird mir eben vorgelegt die heutige Ausgabe des „Hamburger Anzeigers“, die im Hause verteilt wird. Diese Nummer des „Hamburger Anzeigers“ enthält an der Spitze folgende Nachricht:

„Das Programm der Christlich Demokratischen Union für die kommenden 4 Jahre, das in den Debatten und Referaten auf dem Parteitag in Hamburg vielfach als Regierungsprogramm bezeichnet wurde, ist heute vormittag in der Plenarsitzung im Curio-Haus unter großem Beifall der Delegierten angenommen.“

(Lebhafte Heiterkeit des Hauses. — Zuruf: Flott gearbeitet.)

Ich darf feststellen, daß hier die Presse wieder einmal mehr als flott gearbeitet hat. Ich möchte aber, damit keine Mißverständnisse entstehen, hinzufügen, daß von keiner Stelle dieses Parteitages — etwa von der Leitung oder der Pressestelle — diese Meldung veranlaßt worden ist. Das hindert mich aber nicht daran, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß der „Hamburger Anzeiger“ sich hier als ein weiser Prophet betätigt hat. (Beifall.)

Das Wort erhielt

Frau Eisengarten:

Vor uns liegt unser Hauptanliegen, das uns hier in Hamburg zusammengeführt hat. Ich glaube, daß auch diejenigen, die nicht an den Beratungen haben teilnehmen können, sich inzwischen durch Lektüre oder durch die Ausführungen des Herrn Kiesinger ein eingehendes Bild haben machen können von dem, was von dem politischen Wollen hier zusammengefaßt worden ist.

Von einem Programm muß man zwei Dinge verlangen, daß es unser politisches Wollen in Kürze darstellt und daß es auf der anderen Seite uns selbst eine solide Arbeitsgrundlage gibt. Unter diesen beiden Gesichtspunkten gesehen, glaube ich, können wir dieses Hamburger Parteiprogramm als sehr brauchbar für uns bezeichnen.

Ich persönlich betrachte dieses Programm noch unter zwei Gesichtspunkten; was kann es mir selber bieten bei meiner aktiven Parteiarbeit, die ja jetzt darin besteht, daß wir die politisch noch abseitsstehenden Kreise interessieren können und bis zur Bundestagswahl über alles informieren, was uns am Herzen liegt.

Ich glaube auch, unter diesen Gesichtspunkten gesehen, haben wir ein gutes Rüstzeug mitbekommen.

Auf der anderen Seite bewegt mich aber noch etwas anderes. Ich bin Angehörige der Exil-CDU. Wenn ich in der politischen Tätigkeit mich hier auszuwirken bestrebt bin, so tue ich es immer in dem Gedanken daran, was wohl meine Freunde in der sowjetischen Zone von mir erwarten. Ich hoffe sehr, daß sie heute Nachmittag in großer Zahl in der Lage sein werden, am Lautsprecher dieses Programm mithören zu können. Sie wissen alle, daß die Bewohner der sowjetisch besetzten Zone von der CDU viel, ja sogar alles erwarten. Ich glaube, daß sie in diesen Erwartungen nicht getäuscht werden, wenn sie dieses Programm anhören. Es sind besonders zwei Sätze aus dem letzten und wichtigsten Abschnitt dieses Programmes, die ich noch besonders hervorheben möchte. Es ist der erste und der letzte Satz:

„Die Bundesrepublik handelt stellvertretend.“

Hier möchte ich besonders unterstreichen das Wort „handelt“. Es kommt immer auf das Wort „Handeln“ an.

Ganz zum Schluß steht dann noch der Satz, den bitte ich Sie über Ihr Parteiprogramm ganz deutlich zu schreiben und niemals zu vergessen:



*Vertreter der Jungen Union im Gespräch mit Staatssekretär Dr. Lenz,
rechts Ernst Majonica MdB., Bundesvorsitzender der Jungen Union*



*Mitarbeiter des Organisationsstabes, im Vordergrund
rechts Organisationsleiter Peter Müllenbach*



Öffentliche Kundgebung in der Ernst-Merck-Halle



Die Tribüne der Pressevertreter im Plenarsaal

„Wir gehen auf dem eingeschlagenen Wege mutig und unbeirrt weiter.“
(Beifall.)

Das Wort erhielt

Herr Jean Flohr, Köln:

Ich stehe hier vor Ihnen als ein einfacher Mann aus dem Betrieb. Ich bin vom Sozialausschuß und möchte im großen und ganzen das Parteiprogramm bejahen. Wenn wir noch etwas besonders zufügen, dann aus der Erkenntnis der Erfahrung heraus, daß es wirklich wichtig ist und gesagt werden muß, daß vor allen Dingen die kleinen und die großen Arbeitgeber von sich aus schon manche Reform in den Betrieben bis zur bevorstehenden Wahl durchführen. Denn letztlich kommt die Masse der Stimmen aus den Betrieben. Unser Kampf ist nicht der leichteste. Wenn einer weiß, da steht der Schwarze, dann wird dieser besonders scharf unter die Lupe genommen.

Wenn wir in den Betrieben die Säulen — das sei gleich ein Dankeswort an die Herren Kaiser, Arnold und unseren Freund Albers — nicht hätten, dann würde es uns manchmal sehr schlecht gehen.

Einen Wunsch hätten wir noch an die Versammlung. Das ist der, mit dafür zu sorgen, daß das Betriebsverfassungsgesetz auch für den öffentlichen Dienst baldigst verabschiedet wird. Wir sagen das, weil wir wissen, daß durch dieses Moment noch eine große Unruhe in den betreffenden Betrieben der öffentlichen Dienste vorhanden ist.

Wir schließen uns dem Programm voll und ganz an. (Beifall.)

Das Wort erhielt

Dr. Bert Even:

Für die Junge Union darf ich betonen, daß wir positiv zu dem Entwurf des Hamburger Programms stehen. Ich darf mich insofern kurz fassen, ohne eine ins einzelne gehende Begründung zu geben. Insbesondere hinsichtlich der Jugendpolitik, die dort angeschnitten ist, sind gerade ureigenste Forderungen der Jungen Union, die in Zusammenarbeit mit dem Bundestagsabgeordneten Kemmer aufgestellt worden sind, verwirklicht worden.

Nur das eine haben wir vermißt, was heute vormittag bereits die Gemüter etwas in Spannung versetzt hat. Ich glaube, daß diese Spannung eine durchaus fruchtbare gewesen ist, um hinsichtlich des Familienrechts vielleicht eine etwas konkretere Form zu finden. Ich glaube deshalb, daß dieses Hamburger Programm in dieser Hinsicht etwas ergänzungsbedürftig ist.

Ich möchte daher den Antrag nochmals stellen als Ergänzungsantrag der Jungen Union, bin allerdings bereit, wenn Dr. Wuermeling gesprochen hat, ihn als eine Sonderentschließung an das Programm anzuhängen, um damit redaktionellen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen.

Das eine darf ich vielleicht grundsätzlich dazu sagen. Ich bin der Meinung, daß die christlichen Wählermassen von uns in dieser Frage der Gleichberechtigung von Mann und Frau ein klares Wort erwarten. (Beifall.) Man löst die Probleme nicht dadurch, daß man ihnen aus dem Wege geht. (Sehr gut!)

Ich glaube, daß unser Volk weniger anläßlich des Hamburger Parteitages daran interessiert ist, was dieser oder jener Verband zu der Frage sagt, sondern man will wissen, was die CDU Deutschlands zu dieser Frage sagt. (Beifall.)

Hinsichtlich der Sicherung der Rechte der Familien bitten wir nur um einen redaktionellen Zusatz, nämlich, daß diese Maßnahmen zur Unterstützung und Förderung der Familien mit besonderer Dringlichkeit für die jungen Familien ergriffen und durchgeführt werden.

Unter dieser Gesamtkonzeption stimmen wir dem Hamburger Programm zu. Ich bitte aber, daß über den Ergänzungsantrag abgestimmt wird. (Beifall.)

Das Wort erhielt

Fräulein Helmi van Megern, Rheinland:

Ich möchte hier nur folgendes als Vertreterin der jungen Frauen sagen. Wir als Junge Union sind der Meinung, daß das kommende Gesetz vornehmlich die junge Generation angeht. Wir, die junge Generation, haben unter diesem kommenden Gesetz zu leben. Wir können sagen, daß so gut wie geschlossen die junge Frauengeneration hinter diesem Antrag der Jungen Union steht. (Beifall.) Wir sollten doch darin erkennen, daß die jungen Frauen sich zur sittlichen natürlichen Ordnung der Familie hinwenden. Das sollten wir dabei dankbar anerkennen. (Beifall.)

Wir sind der Überzeugung, daß die Stellung des Mannes als Haupt der Familie ihm nicht nur Rechte, sondern vornehmlich Verantwortung und Verpflichtung zum Schutze der Familie und zum Schutze der Frau auferlegen. (Lebhafter Beifall.) Gerade dadurch erhält die gefährdete Familie einen besseren Schutz.

Wir bitten deshalb als junge Frauen diesem Antrag zuzustimmen. (Beifall.)

Das Wort erhielt

Dr. Wuermeling, M.d.B.:

Die Zeit schreitet fort. Um 14 Uhr ist die nächste Tagung. Deshalb glaube ich, daß wir uns kurz fassen müssen. Darf ich einen Vorschlag machen über die abschließende Behandlung dieser Angelegenheit und ihn kurz begründen.

Wir haben im Programm auf Seite 2 den Satz stehen: „Bei der Anpassung des Familienrechts an die von uns bejahte Gleichberechtigung von Mann und Frau ist die natürliche Ordnung der Familie und Ehe für die Christlich Demokratische Union Ausgangspunkt und Richtschnur.“

Wir waren an sich des Glaubens, daß damit das Anliegen, das hier vorgetragen wurde, materiell bereits bejaht sei. Aber es scheint, nachdem die Sache hier diskutiert worden ist, doch richtig zu sein; daß wir eine förmliche Auslegung dieses Passus gerade in dieser wichtigen Frage geben. Ich schlage Ihnen im Einvernehmen mit den Antragstellern vor, daß wir diese Erläuterung in Form einer Sonderentschließung geben, die damit das Problem noch besonders unterstreicht. Darf ich dafür folgenden Wortlaut vortragen:

„Der Parteitag bittet die Bundestagsfraktion der CDU/CSU, bei der Familienrechtsreform folgende Grundlinie einzuhalten:

Durch die Familienrechtsreform darf das natürliche Ordnungsbild der Familie nicht angetastet werden. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist nicht als schematische Gleichsetzung, sondern durch den Leitsatz „Jedem das Seine“ zu verwirklichen. Zum Schutze der Familie ist die Stellung des Mannes als verantwortliches Familienhaupt anzuerkennen.“

Wenn wir den Beschluß so fassen, dann bejahen wir damit die allen Sachverständigen bekannte grundsätzliche Stellungnahme der beiden christlichen Kirchen, die uns zugegangen sind durch Schreiben des Rates der Evangelischen Kirche und der katholischen Bischöfe. (Beifall.)

Ich glaube, daß es ein besonderes Anliegen dieses Parteitages ist, sich in dieser Stunde und in den Monaten des Ringens um die christliche Ehe und Familie zu diesen Grundsätzen der beiden christlichen Kirchen in aller Deutlichkeit zu bekennen. Darum empfehle ich die Annahme dieser Entschließung. (Lebhafter Beifall.)

Das Wort erhielt

Bundestagspräsident Dr. Ehlers:

Ich hatte eigentlich nicht um das Wort gebeten. Aber manchmal macht die Führung das notwendig.

Ich möchte mich dem Antrage des Herrn Kollegen Dr. Wuermeling anschließen, und zwar aus den Erfahrungen heraus, die wir in den Beratungen des Unterausschusses „Familienrechtsreform“ des Rechtsausschusses des Bundestages gehabt haben. Es ist dort deutlich geworden, daß hier nicht in erster Linie technisch-taktische Unterschiede ausgetragen wurden, sondern ein sehr grundsätzlicher Unterschied zwischen der Opposition und über das Wesen der Familie, Ehe, über das Verständnis der Einordnung der Familie in das Volksleben überhaupt.

Darum meine ich, daß es gut wäre, wenn der Parteitag in dieser Form sich zur Grundlage dieser Erkenntnisse bekennt und der Bundestagsfraktion insofern in ihrer Auseinandersetzung und Kampf um die Durchsetzung dieser Grundsätze eine Unterstützung verleiht.

Ich schlage Ihnen vor, diesen Entschließungsentwurf als einen besonderen Entschließungsentwurf neben dem Wahlprogramm anzunehmen. (Beifall.)

Präsident Dr. Tillmanns:

Ich schlage Ihnen vor, daß wir die Abstimmung über diesen von Herrn Dr. Wuermeling vorgelegten besonderen Entschließungsentwurf vorwegnehmen. Darf ich fragen, ob noch das Wort gewünscht wird?

Das Wort erhielt

Frau Pitz:

Ich möchte nicht zu diesem Thema sprechen. Ich wende mich dagegen, daß heute schon in dieser Frage hier eine Abstimmung erfolgt. Wir sind noch gar nicht so weit, da wir in ersten Beratungen die Frage geprüft haben, daß wir hier in diesem Augenblick, ohne daß eine gründliche Diskussion zu diesem Thema vorausgegangen ist, eine Abstimmung vornehmen.

Ich muß Ihnen sagen, daß wir als Frauenausschuß darauf verzichtet haben, eine eigene Entschließung vorzulegen, weil man uns sagte, die Beratungen würden in den Fachausschüssen geführt. Es ist deshalb nach unserem Standpunkt nicht richtig, daß nun eine andere Gruppe innerhalb der Partei kommt, eine Entschließung vorlegt und das tut, was wir aus wohlwollenden Gründen unterlassen haben.

Ich wende mich gegen die Abstimmung und werde mich daran nicht beteiligen. Ich heiße sie nicht gut. (Beifall.)

Präsident Dr. Tillmanns:

Es ist der Antrag gestellt worden, daß wir eine Abstimmung über den von Herrn Dr. Wuermeling vorgelegten Entschließungsantrag nicht vornehmen sollen. Ich bitte diejenigen, die diesem Antrag auf Aussetzung der Abstimmung — so fasse ich ihn auf, also nicht Ablehnung, sondern Aussetzung der Abstimmung — zustimmen, das Handzeichen zu geben. — Ich bitte um die Gegenprobe.

Das letztere ist die Mehrheit. (Beifall.)

Wir kommen dann zur Abstimmung über den von Dr. Wuermeling vorgelegten Entschließungsantrag. Ich bitte diejenigen, die diesem Antrag zustimmen, das Handzeichen zu geben. — Die Gegenprobe. — Enthaltungen?

Der Antrag ist bei zahlreichen Enthaltungen und einigen Gegenstimmen angenommen worden.

Wir fahren in der Beratung des Wahlprogramms fort.
Das Wort erhielt

Dr. Dittmar:

Es hätte mir obgelegen, einen Antrag einzubringen, den ich Ihnen eben kurz vorlesen darf auf Grund eines Beschlusses des Ausschusses „Eigentumsbildung“:

„Auf dem Hamburger Parteitag soll im Zusammenhang mit der Miteigentumsfrage der Antrag gestellt werden, daß möglichst bald ein Sachverständigenausschuß berufen wird, der sich mit allen aus den Forderungen nach dem Miteigentum ergebenden Fragen eingehend befaßt: Steuerrecht, Handelsrecht, Genossenschaftsrecht, Gesellschaftsrecht und anderes.“

Es wäre notwendig, diesen Antrag hier einzubringen. Da er nicht die Redaktionskommission durchlaufen hat, verzichte ich darauf. Ich wollte die Dinge nur erwähnt haben, damit die Öffentlichkeit weiß, daß wir nicht nur bei einer proklamatorischen Erklärung stehen bleiben wollen, sondern auch zu Taten schreiten. (Beifall.)

Das Wort erhielt

Herr Selgen:

Ich habe eine kurze Anregung für den geschäftsführenden Bundesvorstand zu geben. Es wurde eben mit Recht darauf hingewiesen, daß die CDU in den verflossenen 4 Jahren ihre Versprechungen wahrgemacht hat. Es fehlen uns aber weitgehendst die Unterlagen, um in einer Diskussion mit hieb- und stichfesten Beweisen evtl. Gegnern dienen zu können.

Ich würde daher vorschlagen, daß das Wahlprogramm von 1949 und die Regierungserklärung in der ersten Bundestagssitzung den einzelnen Kreisverbänden zur Benutzung im Wahlkampf zugestellt werden. (Beifall.)

Präsident Dr. Tillmanns:

Der eben gemachte Vorschlag ist sehr wertvoll. Ich darf daher den geschäftsführenden Vorstand bitten, daß diesem Vorschlag entsprochen wird.

Als letzter hat sich zum Wort gemeldet

Dr. Bock:

Ich war gestern gezwungen, in 5 Minuten einige grundsätzliche Ausführungen über die Integration der Marktwirtschaft zu sagen.

Ich sehe mich gezwungen, heute ein paar verdeutlichende Worte anzufügen aus der Erkenntnis heraus, daß die wirtschaftspolitische Bedeutung dieses Hamburger Parteitages meiner Auffassung nach darin zu liegen scheint, daß es nicht nur, wie es gestern Herr Prof. Erhard mit Recht glosierte, keine Marktwirtschaft von links, sondern auch keine Marktwirtschaft des rechten und linken Flügels der CDU gibt, sondern heute, ganz klar ausgesprochen, eine Wirtschaftspolitik der Christlich Demokratischen Union.

Wir sollten das auch entsprechend unterstreichen dort, wo wir es können. Ich schlage Ihnen folgende redaktionelle Änderungen vor.

Auf Seite 11 heißt es: „Wir setzen uns ein für wirtschaftliche Selbstverwaltung nach dem Grundsatz der sozialen Partnerschaft in der gesamten Wirtschaft.“

Der Grundsatz der sozialen Partnerschaft hat einen guten Kern, ist aber ein falsches Gesetz. Wenn darin verstanden werden könnte, daß wir hinterücks die paritätische Mitbestimmung wieder einführen könnten, habe ich

ernsteste Bedenken aus langer Überlegung über die Neuordnung der Mitbestimmung im überbetrieblichen Raum. Ich schlage Ihnen daher vor, zu formulieren: „Nach dem Grundsatz allseitiger Partnerschaft in der gesamten Wirtschaft“. Das scheint mir deutlicher und klarer zu sein.

Weiter schlage ich Ihnen aus der gleichen Erwägung heraus auf Seite 16 vor „eigentumsrechtliche Untermauerung der sozialen Marktwirtschaft“ folgende Formulierung vor: „Miteigentum am Betrieb ist soziale Tat jenseits von Kapitalismus und Sozialismus und untermauert die soziale Marktwirtschaft“, oder, zweiter Vorschlag: „... dient der sozialen Ausgestaltung der Marktwirtschaft“. Das letztere scheint mir die bessere zu sein.

Präsident Dr. Tillmanns:

Sie haben den Vorschlag gehört, der gewisse kleine Formulierungswünsche enthält, ohne daß der Sinn und Inhalt des Programms damit in irgendeiner Weise geändert wird. Ich glaube, es ist nicht nötig, daß wir im Augenblick über eine endgültige Formulierung abstimmen. Ich schlage Ihnen vor, daß der Bundesparteivorstand diese Wünsche bei der Veröffentlichung tunlichst berücksichtigt. Ich glaube, daß wir dann auf diese Weise am besten diese Vorschläge behandeln. Es ist unmöglich, einem so großen Gremium eine genaue exakte Formulierung vorzulegen. Darf ich fragen, ob der Parteitag damit einverstanden ist. (Zustimmung.)

Damit wären wir am Ende der Aussprache über das Programm der Christlich Demokratischen Union für den zweiten Deutschen Bundestag.

Ich glaube, wir alle sind uns der großen Bedeutung der Abstimmung, die wir jetzt vornehmen, bewußt. Ich bitte daher diejenigen Delegierten, die diesem amtlichen Programm ihre Zustimmung geben, sich von ihren Plätzen zu erheben. — Bitte um die Gegenprobe. — Enthaltungen?

Ich darf feststellen, daß der Parteitag das Programm bei einer Enthaltung, also einstimmig, angenommen hat!

(Starker Beifall. — Zuruf: Mit Rücksicht auf die ausgelassene Entschließung der Frauen habe ich mich der Stimme enthalten.)

In diesem Programm, dem Sie soeben Ihre einstimmige Zustimmung gegeben haben, ist am Anfang, ich glaube mit vollem Recht, die Rede von den großen Erfolgen unserer Politik, und der Arbeit, die wir im Dienste für das deutsche Volk geleistet haben. Ich glaube, wenn wir das vor dem deutschen Volk erklären, dann tun wir das und wir alle keineswegs in irgend einer Haltung eines falschen Stolzes. Wir wissen, daß der Dienst, den wir in der Politik für unser Volk geleistet haben und leisten werden, von uns getragen wird im Auftrage eines Höheren und daß wir infolgedessen die Erfolge, die uns zuteil geworden sind, auch demütig bekennen als den Segen Gottes, der uns in unserer Arbeit zuteil geworden ist. (Beifall.)

Ich möchte nicht versäumen — ich rede hier in Ihrer aller Namen —, nachdem wir das Programm verabschiedet haben, allen denen, die an der Arbeit dieses Programmes mitgewirkt haben, den aufrichtigen und herzlichen Dank des Bundesparteitages auszusprechen.

Es hat nunmehr noch ums Wort gebeten

Bundesinnenminister Dr. Lehr:

Unser lieber Vorsitzender hat vorhin von einer prompten und prophetischen Pressearbeit gesprochen. Ich muß auch von einer prompten aber weniger prophetischen sprechen. Es geistert durch unser Haus durch die Presse das Gerücht von einer Vorverlegung des Wahltermins und von einem Abirren der CDU von ihrer alten Meinung in bezug auf das

Wahlrecht. Sie haben ja durch die heute von Ihnen angenommene Entschließung und durch die Vorberatungen im Parteivorstand und Parteiausschuß bereits gehört, daß wir uns grundsätzlich immer wieder in allen Instanzen bekennen zum Mehrheitswahlrecht in dem heute erreichbaren Umfang.

Zu dem Wahltermin darf ich folgendes sagen. Wir sind im Augenblick in den Beratungen im Bundesausschuß, nachdem das Plenum mit einer knappen Mehrheit beschlossen hat, den Regierungsentwurf zunächst einmal in den Ausschuß zu überweisen. Die Ausschußberatungen werden nach dem vorliegenden Programm vermutlich dahin führen, daß wir am 6. oder 7. Mai im Plenum über das Gesetz beraten in der erfreulicherweise jetzt schon fortgeschrittenen Form. Es ist anzunehmen, daß, wenn dieser Termin eingehalten wird, wir etwa 10 Wochen benötigen müssen, um die Vorarbeiten für eine so umfassende Neuordnung und eine prompte Ausführung der Wahl zu schaffen. Das würde bedeuten, daß wir etwa rechnen können, am Sonntag, dem 30. August, mit der Hauptwahl und mit der Stichwahl dann am nächsten Sonntag, am 6. September.

Ich möchte das hier klarstellen, damit Irrtümer bei uns in unseren Reihen und in der Presse vermieden werden. Am Schlusse darf ich aus der Erfahrung der Bekämpfung des Wahlrechtes noch sagen: Als wir die Wahlgesetzesentwürfe im engeren Regierungskreise berieten, da wußten wir ganz genau, daß auch die Opposition mit Rechenstift dabei war und sich für das Verhältniswahlrecht als das für sie günstigste erklärte. Wir sind aber nun keineswegs, weder Regierung noch bei uns in der Partei verpflichtet, die Geschäfte der Opposition zu besorgen. (Beifall.)

Das Wort erhielt

Minister Dr. Zimmer:

Liebe Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Wir haben ereignisreiche, erhebende Tage hinter uns, und wir sind zu einem glücklichen Ende der Arbeiten gekommen. Ich glaube, wir würden uns einer Unterlassung schuldig machen, wenn wir nicht jetzt bei der letzten geschlossenen Sitzung der Delegierten unsere aufrichtigen Gefühle des Dankes zum Ausdruck bringen würden für die vorzügliche Leitung, die das Präsidium für diesen Parteitag gewesen ist. (Lebhafter Beifall.)

Die Damen und Herren des Präsidiums haben es verstanden, die außerordentlich vielfältige Arbeit nicht nur zu einer formal-glatten, guten Abwicklung zu führen unter Ausschöpfung aller zeitlichen Möglichkeiten, sondern auch einen harmonischen und erfolgreichen Verlauf des Parteitages zu sichern. Dafür dem Präsidium, allen Damen und Herren, unseren aufrichtigen Dank. (Beifall.)

Ich glaube aber, einer zweiten Instanz namens aller Delegierten der Partei danken zu müssen, wenn es auch da und dort am Rande schon angeklungen ist. Ich selbst sitze seit fast 2 Jahren im Bundesrat und vermag es nun aus nächster Nähe zu ermessen, welche geradezu unwahrscheinliche Arbeit von unserer Bundestagsfraktion in diesem Jahre geleistet worden ist. (Beifall.)

Es ist viel draußen im Lande kritisiert worden. Aber es gibt, glaube ich, kaum ein Beispiel in der Parlamentsgeschichte, daß in so wenigen Jahren eine solche Fülle schwierigster Probleme angepackt und gelöst werden konnte, selbstverständlich unter tatkräftiger Führung und Mitwirkung der Mitglieder der Bundesregierung, insbesondere derjenigen Minister, die aus der CDU hervorgegangen sind. Deshalb hat die Partei allen Anlaß, gegenüber allen destruktiven und demagogischen Redereien draußen im Lande das herauszustellen.

Da wir nun das Programm verabschiedet haben, glaube ich — auch das ist eben vielleicht etwas zu kurz gekommen — außerdem noch Dank sagen zu sollen allen denen, die in monatelanger Arbeit dieses Programm in den Ausschüssen erarbeitet haben und damit die Möglichkeit uns gaben, daß dieser Parteitag in so kurzer Zeit ein so fülliges Programm erstellen konnte. Hierbei darf der tätigen und wichtigen Mitarbeit der Bundesgeschäftsstelle, des Bundesgeschäftsführers und seiner Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, und der 3 Herren des geschäftsführenden Vorstandes in ganz besonderer Weise gedacht werden. (Beifall.)

Herzlichen Dank! Wir hoffen, daß wir auf dem kommenden Parteitag mit dem gleichen frohen Gefühl eintreffen können, wie wir heute befriedigt von Hamburg wieder in unsere heimatlichen Gauen zurückfahren können.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Tillmanns:

Ich darf namens des Präsidiums und vor allen Dingen namens des Herrn Präsidenten für den Dank, den Sie dem Präsidium ausgesprochen haben, ebenfalls herzlichen Dank sagen. Leider stehen wir noch nicht ganz am Ende unserer heutigen Arbeit; es wird aber nur eine kurze Minute dauern.

Wir haben noch Beschluß zu fassen über den Ort des Parteitages der Christlich Demokratischen Union 1954. Es liegen hierzu 2 Anträge vor: Köln und Dortmund. Die Situation wird dadurch erleichtert, daß beide Städte im Lande Nordrhein-Westfalen liegen. Mit Rücksicht auf die Bedeutung Nordrhein-Westfalens und darauf, daß bisher noch kein Parteitag in Nordrhein-Westfalen stattgefunden hat, außerdem im kommenden Jahre in Nordrhein-Westfalen Landtagswahlen stattfinden, hat der Vorstand und der Bundesparteiausschuß beschlossen, daß auf jeden Fall es unsere Meinung ist, daß der Parteitag 1954 in Nordrhein-Westfalen stattfinden soll. (Beifall.)

Wir bitten die Entscheidung darüber, ob Köln oder Dortmund, nach einer guten Übung, die wir schon einmal in Karlsruhe beobachtet haben, dem Parteivorstand zu überlassen. In Karlsruhe lagen ebenfalls 2 Anträge vor, nämlich Berlin und Hamburg. Sie sehen, daß der Vorstand sich bemüht hat, beiden Vorschlägen gerecht zu werden. Ich hoffe, daß es in der einen oder anderen Weise auch diesmal möglich ist. (Zuruf: Düsseldorf.)

Ich möchte bitten, daß der Bundesparteitag sich damit einverstanden erklärt, daß der Parteitag des nächsten Jahres in Nordrhein-Westfalen stattfindet, aber die endgültige Festlegung des Tagungsortes dem Parteivorstand und dem Bundesparteiausschuß überläßt.

Darf ich fragen, ob der Parteitag damit einverstanden ist? — Das ist der Fall!

Wir sind noch nicht am Ende, sondern der Schluß unserer Tagung findet heute nachmittag nach Abschluß der Kundgebung im Schauspielhaus statt. Da die Kundgebung öffentlich ist, sind wir zum letzten Mal hier im Kreise der Delegierten versammelt. Ich glaube, wir würden ein Versäumnis begehen, wenn wir nicht am Ende dieser Sitzung neben dem Dank, den Herr Dr. Zimmer bereits ausgesprochen hat, allen denjenigen danken, die sich in den Dienst der Vorbereitung und vor allem auch der Durchführung dieses Parteitages gestellt haben und in so ausgezeichnete Weise bei dem Aufbau und Durchführung der Organisation geholfen haben. (Beifall.)

Ich darf der Bundesgeschäftsstelle, allen ihren Mitarbeitern und Mitgliedern danken, vor allem auch der Geschäftsstelle des Landesverbandes Hamburg (Beifall) für die ungeheure Arbeit, die sie bei der Durchführung des Parteitages geleistet hat. Ich danke der Jungen Union Hamburgs und Schleswig-Holsteins, (Beifall), die bei unseren

Tagungen den Ordnungsdienst übernommen hat, auch bei der gestern so großartig verlaufenen Kundgebung. Ich danke vor allen Dingen auch von hier aus dem Sicherheitsdienst der Schutzpolizei und den übrigen Polizeikräften der Stadt Hamburg für die ausgezeichnete Durchführung des Schutzes der gestrigen Großkundgebung. (Lebhafter Beifall.) Ich danke auch den Studenten der Hamburger Hochschule, die uns hier in ausgezeichneter Weise geholfen haben, (Beifall), der Studentenhilfe und beteiligten Hamburger Studentenverbänden für ihren Dienst. (Beifall.)

Zuletzt danke ich auch allen Angestellten, den Damen, die den Schreibdienst und Sekretariatsdienst während dieser Tage übernommen haben, die, das kann ich Ihnen versichern, Tag und Nacht während der letzten Tage ihren Dienst versehen haben. (Beifall.)

Vor allem habe ich aber Ihnen allen, den Delegierten dieses Parteitages, den Referenten und den Rednern, den herzlichen Dank der Christlich Demokratischen Union Deutschlands zum Ausdruck zu bringen dafür, daß Sie diese große gemeinsame Arbeit geleistet haben.

Ich glaube, dieser Parteitag hat entgegen alledem, was über die Christlich Demokratische Union behauptet wird, gezeigt, daß hier eine echte Gemeinschaft von Menschen ist, die in gemeinsamer Arbeit und in freier Diskussion ihre Auffassungen in die große Gemeinschaft der Christlich Demokratischen Union tragen. Das hat dieser Parteitag in einer großen und eindrucksvollen Weise bewiesen.

Ich schließe die Sitzung.

Ende der Tagung: 13.15 Uhr.

Schlußsitzung des Parteitages

Präsident Scharnberg

eröffnete um 14 Uhr die Schlußsitzung des 4. Deutschen Parteitages der Christlich-Demokratischen Union im Deutschen Schauspielhaus.

Tage harter Arbeit liegen hinter uns. Manche von uns haben Nächte geopfert, um das Programm und die Entschließungen fertigzustellen und die Organisation des Parteitages zu bewerkstelligen.

Allen, die hierhergekommen sind, um als Delegierte oder als unsere Gäste an den Beratungen teilzunehmen, gilt mein Dank. Ganz besonders möchte ich an dieser Stelle noch einmal den Damen und Herren danken, die an der Ausarbeitung des Programms, das sogleich verkündet werden wird, beteiligt waren, sowie auch denen, die den Parteitag organisatorisch vorbereitet haben. (Beifall.)

Wenn auch harte Arbeitstage hinter uns liegen, so hoffe ich doch, daß viele von Ihnen Gelegenheit hatten, sich etwas unsere Vaterstadt — auf die wir Hamburger immer stolz sind — anzuschauen. Ich hoffe weiter, daß die Delegierten und unsere Gäste mit dem Eindruck nach Hause fahren, daß hier in Hamburg eine zwar nüchterne, aber arbeitsame Bevölkerung sitzt, die aber auch — das hat sich gezeigt — überall dort, wo sich der Bundeskanzler sehen ließ, gar nicht so kühl war, wie man uns das immer nachsagt. Unsere Hamburger haben dem Bundeskanzler begeisterte Kundgebungen bereitet.

Wir alle bedauern, daß der Bundeskanzler an unserer Schlußkundgebung nicht mehr zu uns sprechen kann. Wichtige Regierungsgeschäfte haben es notwendig gemacht, daß er vorzeitig heute in aller Frühe Hamburg verlassen mußte, um nach Bonn zu reisen. Ich möchte ihm von dieser Stelle aus, auch wenn er nicht zugegen ist, unseren Gruß und unseren Dank entbieten. (Lebhafter Beifall.) An seiner Stelle wird Herr Bundestagspräsident Dr. Ehlers, den ich hier begrüßen darf, die Schlußworte sprechen. (Beifall.)

Das Programm, das Ihnen nun Bundestagsabgeordneter Kiesinger (Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes) vortragen wird, ist sehr umfangreich und umfaßt alle Gebiete des politischen Lebens. Die CDU wird verkünden, welche staatspolitischen Grundforderungen sie stellt, was sie für Vertriebene und Flüchtlinge, was sie in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu tun gedenkt. Einen besonderen Raum in unserem Programm nehmen die Forderungen hinsichtlich des Eigentums, der Familie und der Jugend ein. Zum Schluß finden Sie unser Bekenntnis zu der Außenpolitik unseres Kanzlers, unser Bekenntnis zu Europa.

Ich erteile nunmehr Herrn Kiesinger das Wort. (Beifall.)

Bundestagsabgeordneter Kiesinger:

Meine Damen und Herren! Der Hamburger Parteitag der Christlich Demokratischen Union hat heute

Das Hamburger Programm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands für den Zweiten Deutschen Bundestag

beschlossen. In gebe es Ihnen hiermit bekannt:

Unter der Kanzlerschaft Konrad Adenauers hat die Christlich-Demokratische Union in den letzten vier Jahren das deutsche Volk

in der Bundesrepublik aus Hunger, Not und tödlicher Vereinsamung herausgeführt.

Wir geben angesichts der kommenden Bundestagswahl Rechenschaft von dem Geleisteten und verkünden für den nächsten Bundestag unser Programm.

Auf allen Lebensgebieten wurden große und entscheidende Erfolge erzielt.

Wir wissen, daß diese Erfolge dem ganzen Volk, den Schaffenden in allen Berufen, den deutschen Müttern und Hausfrauen und der Hilfe des Auslandes mit zu verdanken sind.

Die Kraft unseres Volkes konnte sich aber nur deswegen so entfalten, weil wir seinem Fleiß und seiner Tüchtigkeit mehr vertraut haben als kollektivem Zwang und bürokratischer Bevormundung.

Es ist das geschichtliche Verdienst der Christlich-Demokratischen Union, daß unter ihrer Führung die innen- und außenpolitischen Voraussetzungen für den deutschen Wiederaufbau geschaffen wurden. Wir werden das begonnene Werk mit der Zustimmung des Volkes nach den bewährten Grundsätzen unserer Politik weiterführen.

I. Staatspolitische Grundforderungen

Es ist Aufgabe des Staates, dem Menschen zu dienen. Der einzelne soll als freier Bürger Träger der Verantwortung für das Ganze sein.

Die Staatsgewalt hat keinen Totalitätsanspruch.

Deswegen kämpfen wir für die Rechte der Familie und den freien Lebensbereich des einzelnen, in dem sittlich-verantwortliche Entscheidungen möglich sind. Gleiches gilt für den Eigenbereich freier Organisationen im sozialen Leben.

Die öffentlichen Aufgaben sind zunächst von der gemeindlichen Selbstverwaltung zu erfüllen. Die Staatsgewalt hat nur die Aufgaben, die im Bereich der Selbstverwaltung nicht gelöst werden können.

Die Kirchen haben im öffentlichen Leben einen wichtigen Auftrag, dessen Erfüllung in voller Freiheit und Unabhängigkeit von der Staatsgewalt gesichert sein muß.

Jedes einseitige Machtstreben von Interessengruppen lehnen wir ab, weil nur das Wohl des Ganzen Ziel der Politik sein darf. Interessensparteien sind Totengräber der staatlichen Ordnung. Splitterparteien stören die Voraussetzungen für echte politische Entscheidungen.

Wir erstreben das Personen- und Mehrheitswahlrecht. Es fördert echte politische Willensbildung, wirkt der Zersplitterung entgegen und schafft klare Mehrheitsverhältnisse im Parlament, die stetige Regierungsarbeit sichern. Es verbindet die Wähler mit ihren Abgeordneten, mit der Volksvertretung und den Parteien.

Unsere Rechtsordnung ist fortzubilden. Bei der Anpassung des Familienrechts an die von uns bejahte Gleichberechtigung von Mann und Frau ist die natürliche Ordnung der Familie und Ehe für die Christlich-Demokratische Union Ausgangspunkt und Richtschnur.

Wir wollen dem deutschen Richter durch ein Richtergesetz die ihm nach dem Grundgesetz gebührende Stellung verschaffen, Verfahren und Organisation der Gerichte verbessern und die längst fällige Strafrechtsreform durchführen.

Die Entschädigung der vom Nationalsozialismus Verfolgten ist noch von diesem Bundestag zu regeln. Die bei der Rückerstattung entstandenen unbilligen Härten müssen angemessen ausgeglichen werden.

In der Verwaltung wollen wir das bewährte, dem Dienst am Volke verpflichtete Berufsbeamtentum fördern, seine fachliche Leistungsfähigkeit sichern und seine wirtschaftliche Existenz durch eine Besoldungsreform gewährleisten, die der Verantwortung des einzelnen und der Sicherung der Familie gerecht wird.

Wir stehen zu den deutschen Soldaten, die, ihrer besten Überlieferung getreu, sich dem Volk in sittlicher Verpflichtung verbinden. Das den pflichttreuen deutschen Soldaten nach dem Zusammenbruch von 1945 geschehene Unrecht hat ihre Ehre nicht berührt. Die gerechte Bereinigung der Kriegsverurteiltenfrage ist uns ein besonderes Anliegen. Eine sofortige Ergänzung des Gesetzes zu Artikel 131 muß Unbilligkeiten in der Versorgung der ehemaligen Berufssoldaten, insbesondere der Berufsunteroffiziere, ausgleichen.

Unserem Volk droht die schwere Gefahr einer sozialen Verkümmern der geistigen und künstlerischen Berufe, insbesondere des Nachwuchses. Dieser Gefahr müssen wir dadurch begegnen, daß wir die wirtschaftliche Stellung dieser Berufe festigen und stärken. Das gilt sowohl für Ärzte, Künstler und andere freie Berufe als auch für die Lehrer, Hochschullehrer und den gesamten wissenschaftlichen Nachwuchs.

Die Christlich-Demokratische Union erstrebt eine vom Christentum getragene Lebensgemeinschaft des ganzen deutschen Volkes.

Alle Versuche, den überwundenen konfessionellen Hader neu zu entfachen, lehnen wir einmütig und entschlossen ab.

II. Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge

Eine entschiedene Vertriebenenpolitik dient dem Wohle des Gesamtvolkes. Auch das unverzichtbare Recht auf die Heimat ist ein Anliegen des ganzen deutschen Volkes.

Durch die Gesetzgebung des Bundes sind die Grundlagen für eine beschleunigte Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge geschaffen worden. Es muß sichergestellt werden, daß die Früchte dieser Gesetzgebung den Berechtigten unverzüglich zugute kommen. Das gilt besonders für die Hausratshilfe und den Wohnungsbau, der bisher schon den Vertriebenen 375 000 eigene Neubauwohnungen gebracht hat. Lagerunterkünfte müssen so schnell wie möglich geräumt werden und die Alten und Erwerbsunfähigen in den Genuß ihrer Ansprüche kommen.

Eine großzügige landwirtschaftliche Siedlung für die vertriebenen und geflohenen Bauern ist durch Lastenausgleich- und Vertriebenengesetz ermöglicht worden. Sie muß mit Nachdruck vorangetrieben werden. Das gilt auch für Maßnahmen in der gewerblichen Wirtschaft, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die innere und äußere Umsiedlung und die Ausbildung und Förderung der Vertriebenen- und Flüchtlingsjugend, für die ebenfalls durch die gleichen Gesetze die finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen worden sind.

Überall, wo es möglich ist, muß auf die Bildung von Eigentum hingearbeitet werden.

Wir erstreben auf jedem möglichen Wege die Mithilfe des Auslandes zur befriedigenden Lösung dieses gewaltigen Problems, das die Kräfte des deutschen Volkes übersteigt.

III. Wirtschafts- und Sozialpolitik

In einer Zeit lebensgefährlichen Tiefstandes von Produktion und Versorgung hat die Christlich-Demokratische Union die Hauptverantwortung für die deutsche Wirtschaftspolitik übernommen.

Durch die soziale Marktwirtschaft haben wir die produktiven Kräfte des Volkes von den Lähmungen der Zwangswirtschaft befreit und durch Leistungswettbewerb zur Entfaltung gebracht.

Die Herstellung von Wirtschaftsgütern wurde verdreifacht; in der Landwirtschaft haben die Bodenerträge den Vorkriegsstand überschritten.

2½ Millionen Arbeitsplätze wurden neu geschaffen:

die Kaufkraft des Lohnes der Industriearbeiterschaft ist über den Vorkriegsstand gestiegen;

die Spareinlagen sind auf rund 8 Milliarden DM angewachsen;

im Außenhandel ist die Einfuhr seit 1948 von 3,2 Mrd. auf über 16 Mrd. DM, die Ausfuhr von 1,3 Mrd. auf fast 17 Mrd. DM gestiegen.

Diese Stärkung der Wirtschaft hat die Steigerung unserer Sozialleistungen ermöglicht. Diese sind innerhalb von zwei Jahren um 7 Mrd. DM gewachsen;

die Leistungen für Vertriebene und Flüchtlinge sind von 4,36 Mrd. (1949) auf 6,76 Mrd. DM (1951) gestiegen;

fast 1,5 Millionen neuer Wohnungen wurden in den drei Jahren gebaut.

Wir haben wieder eine leistungsfähige Wirtschaft. Auf diesem Fundament haben wir nunmehr nach den bewährten Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft folgende Aufgaben zu lösen:

weitere Steigerung und Verbilligung der Gütererzeugung;

Verbesserung des Lebensstandards für alle;

die Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung, des freien Bauern und des mittelständischen Gewerbes;

Ausbau der sozialen Sicherung, insbesondere für ältere Angestellte, Rentner, Pensionäre, die Opfer des Krieges und seiner Folgen;

Bildung von persönlichem Eigentum für breite Schichten des Volkes.

Eine durch staatlichen Zwang zentral gelenkte Wirtschaftspolitik lehnen wir ab, weil sie die produktiven Kräfte lähmt, statt sie zu fördern, und weil sie mit einer freiheitlichen Rechtsordnung unvereinbar ist. Wir bejahen die planvolle Beeinflussung der Wirtschaft mit marktgerechten Mitteln, die gesetzliche Sicherung des Leistungswettbewerbs und die Erfüllung der uns aufgegebenen sozialen Verpflichtungen.

Aus dieser Grundlage erstreben wir:

1. Erhöhung der Produktivität und des Lebensstandards

Die gewonnene Versorgungsbasis muß ausgebaut, die Verbrauchsgüterproduktion verbilligt und die Qualität der billigen Waren weiter verbessert werden. Den Gütern eines gehobenen Verbrauches müssen neue Käuferschichten erschlossen werden.

Der Bedarf des Verbrauchers, nicht der Befehl der Behörden, soll die Richtung der Produktion bestimmen.

Die deutsche Wirtschaft kann in der internationalen Entwicklung zur Rationalisierung und zur Erhöhung der Produktivität nicht zurückstehen. Die Produktion muß weiter erhöht werden.

Rationalisierung und Produktivitätssteigerung sind die Voraussetzung für Kostensenkungen und für eine echte Mengenkonjunktur, die das Ziel der nächsten Phase der sozialen Marktwirtschaft ist.

Die Christlich-Demokratische Union lehnt die Behinderung des Leistungswettbewerbs durch Kartelle und ähnliche Markttabreden ab. Der Leistungswettbewerb ist durch beschleunigte Verabschiedung des Kartellgesetzes sicherzustellen. Die Monopolkontrolle muß dafür sorgen, daß marktbeherrschende Einzelunternehmungen und Regiebetriebe nicht gegen die Grundsätze des Wettbewerbs verstoßen. Der Schutz gegen unlauteren Wettbewerb ist zu verstärken.

Die Arbeitslosigkeit ist mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen, im Bedarfsfalle auch durch aktive Beschäftigungspolitik der öffentlichen Hand. Die bisherige erfolgreiche Arbeitsbeschaffungspolitik — vor allem in Notstandsgebieten — ist weiterzuführen. Die Umschulung von Arbeitslosen auf neue Produktionszweige ist mit Nachdruck zu fördern.

Alle Anstrengungen müssen darauf gerichtet werden, den Anteil Deutschlands am Welthandel weiter zu erhöhen. Die Exportrisiken müssen tragbar gemacht werden. Für die Seeschifffahrt verlangen wir nach dem Wegfall der letzten Hemmungen besondere Förderung.

Eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Lösung aller dieser Aufgaben ist eine Wirtschafts- und Sozialenquete zur Erlangung klarer Vorstellungen über die wirtschaftliche und soziale Wirklichkeit.

Agrarpolitik

Wesentlicher Bestandteil unserer Volkswirtschaft ist eine leistungsfähige Landwirtschaft als Grundlage der Volksernährung. Ihr wichtigster Träger — das dem eigenen Boden verbundene Bauerntum — ist zugleich ein Grundpfeiler des gesellschaftlichen und geistigen Lebens des Volkes.

Daher müssen die bäuerlichen Wirtschaften — insbesondere die Familienbetriebe — erhalten, gefestigt und gefördert werden. Ein einheitliches Agrar- und Bodenrecht unter Anerkennung des Grundsatzes des privaten Eigentums muß schnell geschaffen werden.

Wir brauchen einen wirtschaftlich und sozial gesunden Landarbeiterstand. Deshalb ist der Bau von Landarbeiterwohnungen dringend notwendig. Betriebsfremd genutzte landwirtschaftliche Werkwohnungen sind ihrem ursprünglichen Zwecke wieder zuzuführen. Durch Schaffung von Siedlungen müssen Aufstiegsmöglichkeiten gegeben werden.

Das bäuerliche Schulwesen ist weiter zu fördern. Es findet seine Ergänzung in Bauernhochschulen, die zugleich der Erwachsenenbildung und der staatsbürgerlichen Erziehung zu dienen haben.

Wir wollen die Befreiung der Bäuerin von übermäßiger Arbeitsbelastung und deshalb eine verstärkt steuerbegünstigte Anwendung der Technik in Haus und Hof.

Die landwirtschaftliche Erzeugung ist mit Nachdruck zu steigern bei gleichzeitiger Senkung der Produktionskosten. Zu diesem Zweck müssen die landwirtschaftlichen Marktordnungsgesetze so angewandt werden, daß sie einen Ausgleich der Märkte herbeiführen und stabile, angemessene Preise sichern.

Durch eine abgewogene Zoll- und Handelspolitik muß die Einfuhr von Nahrungsgütern zeit- und mengenmäßig dem echten Bedarf angepaßt werden.

Bei erheblichen wirtschaftlichen Störungen in einzelnen Produktionszweigen der Landwirtschaft hat die Bundesregierung durch Sofortmaßnahmen helfend einzugreifen.

Zur weiteren Rationalisierung der landwirtschaftlichen Betriebsführung sind notwendig: Beschleunigte Flurbereinigung, Hebung der Landeskultur durch Bund und Länder, steuerliche Begünstigung der Technisierung, Ausbau des landwirtschaftlichen Kredit- und Genossenschaftswesens, verstärkter Einsatz von Betriebsmittelkrediten und von Realkrediten zur Erleichterung von Hofübergaben.

Maßnahmen zur Erreichung der wirtschaftlichen Gleichstellung der Landwirtschaft und der sozialen Gleichwertung der Landarbeit im Rahmen der Gesamtwirtschaft sind unverzüglich in Angriff zu nehmen.

Die Sozialpolitik in der Landwirtschaft muß sowohl für den Betriebsinhaber wie für den mitarbeitenden Familienangehörigen und für die familienfremden Arbeitskräfte die notwendigen Sicherungen schaffen. Wir treten ein für die Erhaltung der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften und Landkrankenkassen, ebenso für eine Sonderregelung der Arbeitslosenversicherung bei langfristigen Arbeitsverträgen.

Mittelstandspolitik

Der Mittelstand ist für eine gesund gegliederte Gesellschaft ein unentbehrliches, aufbauendes und verbindendes Element. Tüchtige und verantwortungsfreudige Menschen sollen sich im eigenen Betrieb erfolgreich entfalten können.

Die mittelständischen Berufe haben Anspruch auf eine Ordnung, die auf der Grundlage der Selbstverwaltung das ständische Gemeinschaftsgefühl pflegt und eine fachliche Leistungssteigerung gewährleistet. Durch geeignete Gewerbeförderungsmaßnahmen soll auch besonders die Ausbildung des Nachwuchses intensiviert werden.

Im Wettbewerb müssen gleiche Startbedingungen für alle ohne Rücksicht auf die Betriebsgröße herrschen. Vom Steuersystem her darf kein Zwang zur Konzentration der Betriebe ausgehen. Die betrieblichen Investitionen, besonders zum Zwecke der Rationalisierung, sind durch eine verständige Steuer- und Kreditpolitik zu fördern.

Für die mittelständische Wirtschaft muß eine ihrer Bedeutung entsprechende Beteiligung an öffentlichen Aufträgen sichergestellt werden. Soweit Belegschafts- und Behördenhandel den Wettbewerb verfälscht, ist er zu unterbinden. Regie-Betriebe müssen weitestgehend eingeschränkt werden und dürfen keine steuerlichen Vorteile genießen. Die Schwarzarbeit ist durch gesetzliche Maßnahmen zu verbieten.

In der Sozialgesetzgebung sind die Bedürfnisse der kleineren selbständigen Unternehmer zu berücksichtigen. Sie sollen am Familienausgleich beteiligt werden.

Wohnungsbau

Trotz außerordentlicher Leistung im Wohnungsbau fehlen noch Millionen von Wohnungen.

Der Wohnungsbau muß darum mit allen Mitteln fortgesetzt werden. Baumethoden sind zu rationalisieren, die private Bautätigkeit zu beleben und die Wirtschaftlichkeit des Hausbesitzes wiederherzustellen. Kapitalzuschüsse aus öffentlichen Mitteln müssen den verschiedenen Bauträgern gleichmäßig zufließen.

Wohnungseigentum und Dauerwohnrecht müssen mehr als bisher gefördert werden. Dazu müssen ein zweites Wohnungsbaugesetz, ein Baulandbeschaffungs- und ein Bodenbewertungsgesetz erlassen werden.

Finanz- und Steuerpolitik

Der Schutz der Währung ist die vordringliche Verpflichtung von Regierung und Notenbankleitung. Voraussetzung dafür ist, daß die bewährte Politik des Ausgleichs der öffentlichen Haushalte beibehalten wird.

Wir treten für eine wirtschaftlich sinnvolle Steuerreform ein, die das Steuersystem vereinfacht, überhöhte Steuersätze abbaut und insbesondere die unteren Einkommen entlastet. Sie hat die produktive wirtschaftliche Leistung zu fördern und die soziale Leistungsfähigkeit der Familie zu stärken.

Grundlage für die weitere Hebung des Lebensstandards ist eine ausreichende Kapitalbildung. Sie allein ermöglicht die Investitionen, die nötig sind, um die Produktion zu rationalisieren und auszuweiten, die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das Schwergewicht der Förderungsmaßnahmen hat dem Wiederaufbau des Kapitalmarktes zu dienen; diese Maßnahmen müssen dem Sparwillen der breitesten Schichten der Bevölkerung zugute kommen.

2. Sicherung des sozialen Friedens

Unsere Sozialpolitik ist kein Anhängsel an die soziale Marktwirtschaft, sondern deren Ziel.

Das ungeheure soziale Elend, das durch die hinter uns liegende Katastrophe verursacht worden ist, konnte nicht mit einem Schlag beseitigt werden. Wir haben aber durch die Gesetzgebung der letzten vier Jahre in der Linderung und Überwindung der Not große Erfolge erzielt.

Wir haben eine materielle und ideelle Besserstellung der Arbeitslosen, der Kranken, Invaliden, Berufsunfähigen, Witwen und Waisen erreicht. Die Renten wurden wesentlich erhöht.

Fortschrittliche Gesetze zur gerechten Gestaltung des Verhältnisses zwischen Arbeitnehmer und Unternehmer wurden verabschiedet. In der Sozialversicherung wurde die Selbstverwaltung der Beteiligten wiederhergestellt.

Betriebsverfassung und Mitbestimmung

Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist maßgebend durch die Christlich Demokratische Union gestaltet worden. Damit haben wir einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung des sozialen Friedens in Betrieb und Wirtschaft geleistet.

Für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes werden wir ein gleichwertiges Recht schaffen.

Wir setzen uns ein für wirtschaftliche Selbstverwaltung nach dem Grundsatz allseitiger Partnerschaft in der gesamten Wirtschaft.

Sicherung der Rechte der Familie

Die Familie ist auf jede Weise zu fördern, sie hat ein Recht auf gesetzliche Sicherung eines ausreichenden Einkommens.

Das Gesetz über die Familienausgleichskassen muß verabschiedet werden.

Steuern, öffentliche Lasten, Zuschüsse, Unterstützung und Altersversorgung dürfen nicht nur für den einzelnen, sondern müssen unter Berücksichtigung der Familien festgelegt werden.

Die Familie hat ein Recht auf ausreichenden Wohnraum. Der Gesetzentwurf der Christlich-Demokratischen Union zur Schaffung von Familienheimen bietet die Gewähr dafür, daß die Familie mit allen

ihren Erfordernissen in den Mittelpunkt der künftigen Wohnungspolitik gestellt ist. Die Verabschiedung dieses entscheidend wichtigen Gesetzesentwurfes ist darum ein dringende Erfordernis.

Auch Mietwohnungen müssen in Ausstattung und Größe so gehalten sein, daß sie Raum für eine gesunde Familie bieten. Die Hergabe öffentlicher Mittel muß nach den Erfordernissen der Familie und nicht nach dem Maßstab der Wohneinheit erfolgen.

Kriegsopflerversorgung

Die Christlich-Demokratische Union bekennt sich zu dem Anspruch der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen auf eine der Größe des gebrachten Opfers entsprechende Versorgung durch die Gemeinschaft unseres Volkes. Sie befürwortet eine den Lebensverhältnissen angepaßte Fortentwicklung des bestehenden Rechts.

Die Gestaltung der Versorgung muß so individuell wie möglich sein. Sie darf weder in einem kollektiven Einheitsrentensystem erstarren, noch sich am untersten Lohnniveau orientieren.

Die erwerbsunfähigen Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen haben Anspruch auf Sicherung des Lebensunterhalts unter Gewährleistung des ihnen zustehenden Anteils an dem kulturellen Leben unseres Volkes.

Die Kriegsopfer müssen Anteil haben an dem wachsenden Sozialprodukt. Die Versorgungsrenten und die Einkommensfreigrenzen sind an das gestiegene Preis- und Lohngefüge anzugleichen, ebenso an die Verbesserung der übrigen Sozialgesetze unter besonderer Berücksichtigung der Witwen-, Eltern- und Waisenrenten.

Die Möglichkeiten der sozialen Fürsorge sind auszuschöpfen und weiter zu entwickeln. Im Arbeitsprozeß ist den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen ein spezifischer Schutz bei ausreichenden Einstellungsquoten zu gewähren.

Die Verwaltung muß der Bedeutung und Besonderheit des Kriegsopferproblems Rechnung tragen.

Sozialversicherung

Die Sozialversicherung ist ein fester Bestandteil unserer Sozialordnung.

Wir werden die bewährte Form der gegliederten Sozialversicherung beibehalten.

Um einen Überblick über die Leistungen und die Auswirkungen der verschiedenen Versicherungs-, Versorgungs- und Fürsorgezweige zu erhalten, ist die Durchführung einer Sozialenquete dringend erforderlich.

In der sozialen Krankenversicherung ist die verantwortungsvolle Zusammenarbeit zwischen Versicherten, Kassen, Ärzten und Krankenhäusern zu gewährleisten.

Der Arzt darf in seinem Wirken für den Kranken nicht durch bürokratische Fesseln beeinträchtigt werden. Seine berufliche Existenz ist durch angemessene Honorierung zu sichern.

Die Gesundheitsfürsorge und -vorsorge bedarf eines weiteren Ausbaues, um die Volkskrankheiten wirksam zu bekämpfen.

Altersversorgung

Wir fordern für die Alten und Invaliden ausreichende Sicherung.

Dazu ist notwendig:

Überführung des bisherigen, von der Not aufgezwungenen Zulagesystems in der Rentenversicherung in ein übersichtliches Berechnungs-

system, das eine Selbstberechnung auch für die Empfänger der Altersrenten ermöglicht.

Für die Grundrenten und die Steigerungsbeträge sind klare Abgrenzungen einzuführen, wobei die staatlichen Grundrentenbeträge nur jenen Alten und Invaliden voll zu gewähren sind, welche ein Leben lang der Versicherung auf Grund der Versicherungspflicht angehört haben.

Für den geleisteten Beitrag muß auch die volle Gegenleistung gewährt werden. Das Verhältnis zwischen dem Arbeitseinkommen, aus welchem die Beiträge zur Rentenversicherung geleistet werden, und den gewährten Rentenleistungen ist zu verbessern.

IV. Eigentum für alle Schichten des Volkes

Menschliche Würde und Existenz sind schwer bedroht durch die kollektivistischen Tendenzen unserer Zeit. Deswegen verlangen wir Eigentum für alle Schichten unseres Volkes. Persönliches Eigentum fördert eine verantwortungsvolle Lebensführung des Menschen und seiner Familie. Je mehr Eigentümer, desto ausgewogener ist das soziale Gefüge und desto gesicherter der soziale Friede.

Daher fordern wir Eigentum an der Wohnung. Wir fordern, wo immer nur möglich, den Bau von Eigenheimen. Darum führt die Christlich-Demokratische Union den Kampf um ihr Gesetz zur Schaffung von Familienheimen mit aller Entschlossenheit. Nur so ist es möglich, breiten Schichten unseres Volkes persönliches Eigentum an Herd und Heim zu schaffen. Durch weitere gesetzliche Maßnahmen ist sicherzustellen, daß vor allem den Vertriebenen, Ausgebombten und jungen Familien die Möglichkeit gegeben wird, Eigentum an Wohnungen zu erwerben.

Bei Neubildung von betrieblichem Eigentum sind Arbeiter und Angestellte zu beteiligen. Dadurch erhält die Gleichberechtigung und verantwortliche Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft in der Wirtschaft ihre sichere Fundierung.

Die Verbindung von Mitbestimmung und Miteigentum ist die beste Verwirklichung des machtvorteilenden Prinzips in der Wirtschaft.

Die Bildung von Miteigentum darf den Lohnstandard nicht beeinträchtigen.

Die Schaffung von Miteigentum ist durch den Staat zu fördern und durch freiwillige Vereinbarungen auf der Grundlage einer Rahmengesetzgebung zu verwirklichen.

Neben dem Eigentum am eigenen Betrieb ist ein System des mittelbaren Eigentums da zu ermöglichen, wo direkte Beteiligungen nicht zu verwirklichen sind.

Verstaatlichung und sozialistisches Gemeineigentum sind keine Lösung der sozialen Frage. Miteigentum am Betrieb ist soziale Tat jenseits von Kapitalismus und Sozialismus und dient der sozialen Ausgestaltung der Marktwirtschaft.

V. Unsere Forderung für die Jugend

Der Jugend, die vom nationalsozialistischen Staat schwer mißbraucht worden ist, muß jede Möglichkeit gegeben werden, den sozialen Rechtsstaat, um den wir uns bemühen, als ihren Staat zu empfinden und anzuerkennen.

Allen Jugendlichen muß die Berufsausbildung und die Begründung einer wirtschaftlichen Existenz ermöglicht werden. Wir brauchen mehr Wohnheime für Lehrlinge; Grundausbildungslehrgänge müssen erheblich erweitert werden. Arbeitslosen Jugendlichen muß im Rahmen der öffentlichen Arbeitsbeschaffung durch Einrichtung von Jugendgemein-

schaftswerken der Weg zur wirtschaftlichen Sicherung eröffnet werden. Wir fordern ein Jugendarbeitsschutzgesetz und ein Berufsausbildungsgesetz.

Die aus der Sowjetzone geflüchtete Jugend bedarf in den Aufnahmелagern des Bundes und der Länder besonderer Betreuung und Beratung. Ihre Einordnung muß über Aufnahmeheime und Jugendgemeinschaftswerke gefördert und notfalls durch gesetzliche Einstellungspflicht gesichert werden. Die besondere Lage dieser Jugendlichen erfordert eine weitere Betreuung und Hilfeleistung am neuen Heimatort. Diese Aufgaben können nur erfüllt werden, wenn die Mittel für den Bundesjugendplan wesentlich erhöht und die Richtlinien für die Verteilung der Mittel den gestellten Aufgaben entsprechend neu gefaßt werden.

In einem Jugendhilfsgesetz ist sicherzustellen, daß die Leistungen der Kriegsfolgehilfe für die Jugend aus dem Fürsorgerecht herausgelöst werden, und daß die notwendige Unterstützung in gleicher Weise allen hilfsbedürftigen Jugendlichen zugute kommt.

Der zersetzende Einfluß von Schmutz und Schund auf unsere Jugendlichen muß eingedämmt und durch umfassende Förderung des guten Jugendschrifttums und Jugendfilms überwunden werden.

Alle Bemühungen der Jugendverbände im Kampf gegen geistige und materielle Not unserer Jugend sind auf jede Weise zu fördern.

VI. Deutschland in der Gemeinschaft der freien Völker

Die Bundesrepublik Deutschland handelt stellvertretend für alle Deutschen in Ost und West, denen es versagt ist, in einem freien, sozialen Rechtsstaat zu leben. Es bleibt unsere Kernaufgabe, auf friedlichem Wege allen Deutschen die gemeinsame Heimat zu geben.

Die Politik der Sowjetunion hat bis jetzt die Vereinigung Deutschlands in einem freien, auf der Achtung der Menschenrechte beruhenden deutschen Staate verhindert. Die Christlich-Demokratische Union wird nicht aufhören, mit allen Kräften und letzter Entschlossenheit weiter für die Wiedervereinigung zu arbeiten. Dabei ist die Stärkung, Sicherung und Behauptung des freien Berlin eine dringende Pflicht. Wir müssen mit allen Mitteln die Berliner Wirtschaft weiter stärken und die Arbeitslosigkeit überwinden.

Die von der Christlich-Demokratischen Union getragene Außenpolitik hat das deutsche Volk aus der tödlichen Vereinsamung, in die es durch die Katastrophe von 1945 geraten war, wieder in die Gemeinschaft der übrigen Völker zurückgeführt.

Angesichts des sich immer schärfer abzeichnenden Gegensatzes zwischen den freien demokratischen Völkern und dem von der Sowjetunion beherrschten Teil der Erde konnte ein freies Deutschland seinen Platz nur in der Gemeinschaft der freien Völker suchen. Der Glaube an die Möglichkeit einer neutralen Existenz Deutschlands ist irreal, solange die gegenwärtige Weltspannung fortbesteht.

Die Christlich-Demokratische Union hat die Bestrebungen zur Einigung Europas von Anfang an mit allen Kräften unterstützt und ihnen eigene starke Impulse gegeben. Der Beitritt der Bundesregierung zum Europarat, die Gründung der Montanunion und die Annahme des Deutschland-Vertrages und des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft waren die wichtigsten Stationen des von uns mit unbeirrbarer Entschlossenheit beschrittenen Weges.

Die Zusammenfassung dieser Institutionen zur Europäischen Politischen Gemeinschaft ist unsere nächste große Aufgabe. Zwar

wurde die von uns im Bunde mit den gleichgesinnten Europäern erstrebte Einigung in der Not einer gemeinsamen Bedrohung geboren. Sie bleibt uns jedoch auch unabhängig davon ein selbständiges großes Ziel. Vor allem wird sie die lange unselige Epoche der europäischen Bruderkriege beenden.

Die politische und wirtschaftliche Einigung Europas müssen Hand in Hand gehen. An die Stelle nationalstaatlicher Einzelwirtschaften mit ihrer Neigung zur gegenseitigen Abschließung und Behinderung des Warenaustausches muß der einheitliche europäische Markt treten, damit die produktiven Kräfte sich frei entwickeln und den Wohlstand der Völker sichern können.

Die Christlich-Demokratische Union begrüßt daher die hoffnungsvollen Anfänge europäischer wirtschaftlicher Zusammenarbeit, insbesondere die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Wir werden allen weiteren Schritten auf diesem Wege unsere nachdrückliche Unterstützung geben zur Verwirklichung eines freien Wettbewerbs und Leistungsaustausches unter den Völkern Europas.

Die Einigung der freien Völker des europäischen Kontinents würde für sich allein nicht zur Abwehr eines eventuellen bolschewistischen Angriffs genügen. Daher muß sie notwendig im engen Zusammenhang mit der übrigen freien Welt, vor allem mit der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft, erfolgen.

Diese Politik hat keinen aggressiven Charakter. Auch wenn im Laufe ihrer Verwirklichung Deutsche wie andere Europäer Verteidigungswaffen tragen, bleibt sie Politik des Friedens. Es gibt in der heutigen Welt kein Gebiet, das stärker an der Sicherung des Friedens interessiert wäre als Deutschland und die anderen freien Völker Europas.

Die Gefahr eines auf europäischem Boden ausgetragenen Krieges wird eher heraufbeschworen durch eine Politik der Uneinigkeit und der Rat- und Tatenlosigkeit, als durch die entschiedene Bereitschaft des deutschen Volkes, in der Gemeinschaft der freien Völker für die Erhaltung des Friedens und die Verteidigung ihrer Freiheit einzutreten.

Wir sind fest davon überzeugt, daß die von uns verfolgte Politik dem Ziele der politischen Einigung Gesamtdeutschlands in Freiheit am besten dient, ja, daß sie zur Erreichung dieses Zieles geradezu notwendig ist.

Es ist ein ebenso leichtfertiges wie unzutreffendes Argument unserer politischen Gegner, die Politik der europäischen Einigung gefährde die deutsche Wiedervereinigung.

Niemand hat dem deutschen Volke einen Weg gewiesen, auf dem die deutsche Einheit in Freiheit anders als auf die von uns vertretene Weise zu erreichen wäre. Wir befürworten Verhandlungen mit der Sowjetunion, an denen die Bundesrepublik nach Inkrafttreten der Verträge beteiligt sein wird, mit dem Ziel der deutschen Wiedervereinigung in Freiheit. Wir sind überzeugt, daß sich die Sowjetunion zu ernsthaften Verhandlungen dann bereitfinden wird, wenn sie mit der Fortdauer der europäischen Zersplitterung und Schwäche nicht mehr rechnen kann. Die Behauptung, es gäbe dann nichts mehr zu verhandeln, weil durch unsere Politik der europäischen Einigung unabänderliche Tatsachen geschaffen worden seien, ist durch nichts zu beweisen.

Wir werden nicht aufhören, uns mit allen Kräften für die deutschen Kriegsgefangenen und Internierten einzusetzen, die acht Jahre nach Kriegsende immer noch festgehalten werden.

Die Christlich-Demokratische Union hatte auf jeder Strecke ihres außenpolitischen Weges gegen eine erbitterte Opposition zu kämpfen.

Alle Kritiken, Befürchtungen und Warnungen, die die Opposition bei jedem wichtigen Schritt kundtat, wurden durch die Ereignisse widerlegt.

Die Opposition vermochte auch niemals, eine eigene außenpolitische Lösung vorzuschlagen.

Auf dem Wege zu unserem Ziel: Freiheit und Frieden für alle Deutschen, sind wir ein großes Stück vorwärts gekommen. Wir können es nur erreichen, wenn wir auf dem eingeschlagenen Wege mutig und unbeirrt weitergehen.

Der Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands hat am 22. April 1953 in Hamburg dieses Programm für den zweiten Deutschen Bundestag einmütig beschlossen. Wir legen es dem deutschen Volke vor und rufen es auf, mit uns zusammen das große Werk zu vollenden:

DEUTSCHLAND **sozialer Rechtsstaat im geeinten Europa**

(Die Verlesung erfolgte unter immer wieder erneutem starkem Beifall, der am Schluß besondere Stärke erreichte.)

Präsident Scharnberg:

Ich danke Herrn Kiesinger für die Verkündung des CDU-Programms für den neuen Bundestag.

Das Wort hat nunmehr der stellvertretende Vorsitzende der Christlich Demokratischen Union und Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen zu einem Vortrag.

Bundesminister Jakob Kaiser:

Dieser Bundesparteitag faßt den Willen der christlichen Demokraten für das ganze Deutschland unter dem Kennwort „sozialer Rechtsstaat“ zusammen. Schon 1946 suchten wir in der Auseinandersetzung mit den Sowjets und ihrem bolschewistischem Dogma, von Berlin aus die Politik der Union im Grunde im Sinne dieses Leitmotivs zu charakterisieren. Ich sagte damals:

„Wir in der Union werden es uns doppelt angelegen sein lassen, so undogmatisch wie möglich zu sein; denn die christliche Idee, in ihrer Anwendung auf das politische Leben ist von kluger und weiser Großzügigkeit. Diese Großzügigkeit gibt gesunden Spannungen und fruchtbaren Eigenheiten durchaus Raum. Nur gegen die Reaktion im Politischen und Sozialen und gegen Untreue gegenüber dem Lebensgesetz unseres Volkes wollen wir unerbittlich sein.“

Über die Notwendigkeit und Fruchtbarkeit von gesunden Spannungen hat unser Freund Ehlers am Sonntag eindrucksvoll gesprochen. Ihre Notwendigkeit ist uns unter Hitler und in der unmittelbaren Auseinandersetzung mit den Sowjets doppelt und dreifach aufgegangen. Undogmatisch — d. h. ganz der Wirklichkeit angepaßt — sollte unsere Politik sein. Wir hatten damals, wie auch heute noch, das Verhängnis fanatischer Doktrinäre in doppelter Ausführung vor Augen. Wir standen vor den Trümmern unseres Landes, deren Urheber Rassenwahn und fanatischer Führerglaube waren. Wir standen in ständiger Auseinandersetzung mit den Fanatikern des Bolschewismus, dessen noch verhängnisvollere Brutalität uns wachsend klar wurde. Ich wünschte, ich fände hier in Hamburg die rechten Worte, um wirklich anschaulich machen zu können, wie sehr uns damals Kraft und Fülle des christlich-demokratischen Gesetzes für das Leben des Volkes und der Völker aufgingen und wie sehr sein Inhalt uns Richtschnur wurde in den Auseinandersetzungen um die Lebensform unseres Volkes, aber auch um das Recht unseres Volkes. Die Männer und Frauen dieser — ich möchte fast sagen — heroischen Zeit der christlich-demokratischen Idee aus Berlin und der Sowjetzone, die hier im Hause sind, wissen davon.

Wenn wir uns gegen die Reaktion im Politischen und Sozialen wenden, so gilt unsere Absage allen Kräften, die unser Volk auf alte überlebte Formen festlegen wollen. Für alle christlichen Demokraten stand schon in der Zeit des Widerstandes gegen Hitler fest: es darf keine Restauration geben! So sahen es übrigens alle Männer und Frauen der Widerstandsbewegung, auch die konservativen, wie Gerdeler und Graf Moltke, unter ihnen, aber auch die Soldaten, wie Beck und Stauffenberg. Im Willen zur Neugestaltung unseres staatlichen und sozialen Lebens waren sich alle einig. (Beifall.)

Was damals galt, gilt auch heute noch. Auch heute gilt unsere Ablehnung jenem Liberalismus, der maß- und hemmungsloses Konkurrenzstreben auf Kosten des Schwächeren zur Weltanschauung erhebt; jenem Liberalismus, der vor allem das 19. Jahrhundert kennzeichnete, der soziale Verantwortung für die Habenichtse ablehnt. Übersteigertes liberalistisches Wirtschaftsdenken gepaart mit staatspolitischer Herrschsucht waren es ja schließlich auch, die Hitler den Weg zur Macht ebnen halfen. Durch ihn sollte vor allem die vorwärtstrebende Arbeiterschaft gelähmt werden. Sie sollte von der echten Mitverantwortung für Staat, Wirtschaft und Volk ferngehalten werden.

Wohin dieser Weg geführt hat, wissen wir alle. Es muß achtgegeben werden in unserem Volke, daß einer solchen Gefahr nicht auch heute wieder Türen geöffnet werden. (Beifall.) Deshalb verfolgen wir auch gewisse Erscheinungen und Auseinandersetzungen in dieser und jener Partei mit besorgter Aufmerksamkeit.

Männer und Frauen verantwortungsbewußter liberaler Gesinnung hätten sich im übrigen manche Sorge ersparen können, wenn sie gleich Quartier bei den christlichen Demokraten bezogen hätten (Beifall), wie das viele ja auch getan haben. Was echt und unentbehrlich am liberalen Denken ist, hat bei den christlichen Demokraten eine Heimat; denn persönliche Freiheit, Toleranz und freie Initiative sind uns heute kostbarer denn je geworden. Wir haben schmerzlich genug gelernt, was ihr Verlust für unser Volk bedeutet.

Die Ablehnung jeder Reaktion in unserem Lande gilt selbstverständlich vor allem dem orthodoxen Marxismus; denn er ist die schlimmste Reaktion. (Beifall.) Unsere Ablehnung gilt aber auch gegenüber allem, was an überlebten marxistischen Beständen sonst noch lebendig ist. Deutsches Land und Volk hat man in die Hände des Bolschewismus, des Kollektivismus in Reinkultur, fallen lassen. Das Schicksal dieser unserer Menschen, dieses unseres Landes, ist so grauenhaft, daß wir verpflichtet und entschlossen sind, jede Erscheinung, jeden Weg zu bekämpfen, der zum Kollektivismus führen könnte, oder der ihm sein Werk hinter dem Eisernen Vorhang auch nur irgendwie erleichtern könnte.

Im Gegensatz zur Sozialdemokratie ist die Gemeinschaft der christlichen Demokraten nicht aus der Dissonanz des Klassenkampfes entstanden. Sie ist entstanden aus der Erkenntnis der Gemeinsamkeit der Konfessionen und aus der Gemeinsamkeit aller Schichten. Sie ist entstanden aus der Erkenntnis der gemeinsamen Verantwortung, die allen Ständen — Bürgern, Bauern und Arbeitern — für Volk und Staat aufgegeben ist. Die Betonung der Gemeinsamkeit aller Schichten gehört als stärkster charakteristischer Zug zur Gemeinschaft der christlichen Demokraten. (Beifall.)

Stets war — und ich sage das als ein Mann der Arbeiterschaft — auch die Arbeitnehmerschaft Mitträger und Mitgestalter der christlich-demokratischen Bewegung. Wenn die politische Gemeinschaft, die wir bilden, wenn die Partei in ihrer heutigen Form auch jung ist, so schaut sie doch auf eine lange soziale Tradition zurück. Christlich-soziale

Persönlichkeiten beider Konfessionen standen als Kämpfer gegen die Auswüchse eines liberalistisch-kapitalistischen Zeitalters auf. Sie waren Anreger und Wegbereiter einer christlich-demokratischen Arbeiterbewegung. Diese Tradition sicherte den christlichen Demokraten von Anfang an einen starken Anhang in der Arbeitnehmerschaft. (Beifall.) Das gibt unserer Gemeinschaft ihr eigenes politisches und soziales Gewicht. Das macht sie zur echten Volkspartei. (Beifall.) Das macht sie zum lebensnotwendigen Element der wiedererstandenen deutschen Demokratie, insbesondere in einer Zeit, in der die Klassenkampfadeologie sich in einem Teile unseres Landes austobt. Ich kann nur wünschen, daß es uns gelingt, noch eine weit breitere Schicht der Arbeitnehmerschaft für unsere politische Gemeinschaft der christlichen Demokraten zu gewinnen. Um so leichter würde der Ausgleich in unserem Volke zu erreichen sein.

Aus der sozialen Tradition der christlichen Demokraten ist das Bild dessen gewachsen, was wir den Willen zum sozialen Rechtsstaat nennen, den Willen zum sozialen Rechtsstaat, der den liberalistischen Rechtsstaat des 19. Jahrhunderts abzulösen berufen ist. Der Weg vom liberalistischen zum sozialen Rechtsstaat entspringt einer unausweichlichen Notwendigkeit. Die vergangenen Jahrzehnte haben bewiesen, daß da, wo schroffe Klassengegensätze, wo verbreitet Armut herrscht, das Bewußtsein von Recht und Rechtsstaatlichkeit schwindet. Armut, Verelendung und soziale Unsicherheit drücken ein Volk zur Masse herunter. Sie machen es reif für Diktaturen und totalitäre Systeme.

Für einen wohlfundierten Rechtsstaat müssen wir eine wohlfundierte soziale Ordnung haben. (Beifall.) Ihr Wesenszug besteht darin, daß neben das Recht der persönlichen Freiheit die soziale Sicherheit gestellt wird. Der soziale Rechtsstaat wird damit der überzeitlichen christlichen Auffassung von der Doppelnatur des Menschen gerecht. Als Einzelpersönlichkeit und als ein der Gemeinschaft verpflichtetes Wesen ist der Mensch sein Leben gestellt. Deshalb unser Bekenntnis zur Persönlichkeit und zur Möglichkeit ihrer Auswirkung in Familie, Wirtschaft und Staat; deshalb unser Bekenntnis zum Privateigentum; deshalb die Pflege der natürlichen Gemeinschaften, der Familie vor allem. Deshalb das Bekenntnis zu Mitbestimmung und Miteigentum der Arbeitnehmerschaft; deshalb auch das Bestreben, die sozialen Schichten und Verbände durch positive Aufgaben in Staat und Gesellschaft dem Volksganzen organisch zu verbinden. Deshalb heute auch die zwingende Verpflichtung, Heimatvertriebene und politische Flüchtlinge vollberechtigt in unsere Gemeinschaft aufzunehmen. (Beifall.)

Alle diese Grundsatzverpflichtungen eines sozialen Rechtsstaates hat diese unsere Tagung herausgearbeitet. Daß dabei die praktischen Anwendungen in der Zusammenarbeit aller Schichten — ja sogar in Auseinandersetzungen und Spannungen zwischen den einzelnen Schichten und Ständen — gefunden werden müssen, ist selbstverständlich. Sie sind der lebendige Wesensausdruck einer echten Volkspartei und einer echten Demokratie.

Es erscheint uns als unausweichliche Notwendigkeit, den sozialen Rechtsstaat im Rahmen der Bundesrepublik so vollkommen wie möglich zu verwirklichen, aber nicht nur um der 50 Millionen Deutscher willen, die sie beherbergt, sondern vor allem auch um der 18 Millionen Menschen willen hinter dem Eisernen Vorhang. Ihre seelische, geistige und materielle Existenz droht im Bolschewismus erstickt zu werden. Ich weiß um ihre Not, und ich weiß, daß sie wie Ertrinkende ihre Hoffnung und Erwartung auf die Bundesrepublik richten. Das Zeugnis von Tausenden und Abertausenden bekundet, wie sehr sich ihre Hoffnung insbesondere auf den Wirklichkeitssinn, auf das politische und soziale Verantwortungsbewußtsein unserer Gemeinschaft der christlichen Demokraten richtet.

Sie wollen und können nicht das ständige Nein in der Politik um unser Volk hören. (Beifall.) Sie wollen das verantwortungsbewußte Ja zur politischen und sozialen Tat. Ohne Überheblichkeit dürfen wir es sagen: das Vertrauen der 18 Millionen in Mitteldeutschland haben wir uns erarbeitet, erarbeitet durch das Werk, das wir in den letzten vier Jahren getan haben, nicht nur wirtschaftlich und politisch, sondern auch sozial. Das unterdrückte Mitteldeutschland ist ebenso wie wir von der Mission der Bundesrepublik erfüllt. Mission ist gewiß ein großes Wort, aber die Bundesrepublik hat nun einmal eine Mission. Sie hat eine einzige, umfassende Aufgabe, sie hat den gesamtdeutschen Staat so vorzubilden, daß er in seiner politischen Form und in seinem sozialen Inhalt die Verwirklichung eines gesunden Gesamtdeutschlands ermöglicht. (Beifall.)

Diese Verwirklichung wird gewiß nicht leicht sein. Sie fordert gewiß Opfer von allen jenen, die sich hier in der Bundesrepublik geborgen wissen. Aber — so fragen wir in dieser Stunde — was wäre ein Volk wert, das nicht zu sozialen und materiellen Opfern bereit wäre, um 18 Millionen Menschen — Menschen unseres eigenen Geistes und Blutes — für ein Leben in Freiheit und Würde zurückzugewinnen? (Beifall.)

Darüber hinaus ist klar: ein mit den Mitteln der Politik wiedervereinigtes freies Deutschland wird auch die Hilfe der Welt finden; denn der teuerste Friede ist noch immer billiger als der kalte Krieg; vom heißen Krieg ganz zu schweigen. Je mehr sich der soziale Rechtsstaat auf dem Boden der Bundesrepublik stabilisiert, um so erfolgreicher wird unsere Wiedervereinigungspolitik sein. Durch die Blindheit und Hartnäckigkeit des sowjetischen Bolschewisierungswillens ist der Eiserner Vorhang, der unser Land teilt, immer dichter geworden. Nun ist durch den Tod Stalins das in der Geschichte immer wieder auftauchende Element der Überraschung gekommen. Ob die Veränderungen, die damit eingetreten sind, zu grundlegenden Wandlungen führen werden, vermag im Augenblick noch niemand zu sagen. Sicher ist jedenfalls, daß das neue System im Kreml sich müht, durch bestimmte friedfertige Gesten Eindruck zu machen. Aber uns Deutschen sagen Gesten wenig, solange ein Teil unseres Landes dem kommunistischen Joch unterworfen bleibt, solange Hunderttausende von Kriegsgefangenen und Zivilinternierten festgehalten werden, solange Tausende in den Zuchthäusern schmachten und täglich weitere Unschuldige zu Zuchthausstrafen und sogar zum Tode verurteilt werden; mit einem Wort: solange die Ulbrichte und Grotewohls noch als Fronvögte in Mitteldeutschland amtieren dürfen.

In dem Rätseln um die weltpolitische Situation hat Präsident Eisenhower initiativ eingegriffen. Seine umfassenden Vorschläge stellen für jeden, der verhandeln will, eine Verhandlungsgrundlage dar. Da wir um die Furchtbarkeit des Krieges wissen, erscheint es uns selbstverständlich, daß an der Spitze aller Bemühungen um den Ausgleich zwischen West und Ost die Beendigung des Krieges auf den asiatischen Kriegsschauplätzen — insbesondere in Korea — steht.

Niemand aber wird es uns verargen, wenn wir als Deutsche und Europäer die deutsche Frage im Mittelpunkt aller politischen Probleme sehen. Es wäre Untreue gegenüber unserem Volk, gegenüber den 18 Millionen in der Sowjetzone, würden wir das verschweigen. Europa wird auch erst dann wirklich gesichert sein, wenn Deutschland wieder vereinigt ist. (Beifall.)

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat in umfassender Konzeption von der Einbeziehung Osteuropas gesprochen. Darin liegt Ermutigung

und Hoffnung, auch unser Land jenseits der Oder-Neiße wieder mit uns vereinigt zu sehen. Unserer Wiedervereinigungspolitik sind ja zwei Ziele aufgegeben: erstens die Wiedervereinigung aller Deutschen in einem freien demokratischen Staat ohne Ausgliederung irgendeines Volksteils, zweitens die Ermöglichung der friedlichen Rückkehr unserer Heimatvertriebenen in eine freie Heimat jenseits der Oder und Neiße.

Wichtig für unsere Politik der Wiedervereinigung ist das Vertrauen der Welt zu Deutschland. Es besteht kein Zweifel darüber, daß dieses Vertrauen im Wachsen begriffen ist. Das verdanken wir nicht zuletzt der Persönlichkeit Konrad Adenauers. (Beifall.) Wir können nur hoffen und wünschen, daß alle verantwortlichen Kräfte in unserem Volk dieses Kapital an erreichtem Vertrauen nicht nur zu werten, sondern auch zu nützen wissen, zu nützen für die Wiedervereinigung unseres Volkes. (Beifall.)

Die Welt muß erkennen: die deutsche Wiedervereinigung bedeutet keine Gefahr, sondern Gefahr liegt nur in einem geteilten Deutschland. Es gäbe kein größeres Unglück für die Sicherheit und den Frieden, als wenn die Demarkationslinie zwischen dem östlichen und dem westlichen System noch lange mitten durch Deutschland verlief. Das müssen wir der Welt täglich neu zum Bewußtsein bringen. (Beifall.)

Deutschland kann um seiner selbst und um Europa willen nicht das Experiment des sogenannten friedlichen Nebeneinanders von Kommunismus und sozialem Rechtsstaat auf seinem Boden sehen. Wir wollen nichts anderes, als daß der soziale Rechtsstaat der Staat aller Deutschen wird, diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges, ein Staat, meine Freunde, der getragen wird durch Einigkeit und Recht und Freiheit für das ganze deutsche Volk. (Starker Beifall.)

Präsident Scharnberg

dankt Bundesminister Jakob Kaiser für seine Ausführungen und erteilt das Wort dem stellvertretenden Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union

Bundestagspräsident Dr. Ehlers:

(Mit starkem Beifall begrüßt.)

Wir sind am Ende dieses Parteitages, zu dem wir mit großen Erwartungen gekommen sind. Wir haben aus dem sehr gekürzten und zusammengestrichenen Ertrag der Arbeit, den Herr Kollege Kiesinger uns verlesen hat, zweifellos den Eindruck gewonnen, daß der Verbrauch an Worten auf dem Parteitag und auch der Verbrauch an Papier seiner historischen Bedeutung entsprechend gewesen ist. (Heiterkeit.)

Ich habe nicht die Absicht, diese politische Problematik im einzelnen noch einmal zu entfalten, sondern möchte nur einige Schlussbemerkungen machen.

Ich habe mir überlegt, was neben dem vielen, das wir nun politisch gesagt und gehört haben, die musikalische Umrahmung dieser Tage bedeutet hat, daß wir uns nämlich in einer Art Echternacher Springprozession von Hindemith über Karl Maria von Weber zu Richard Wagner durchgearbeitet haben. (Heiterkeit.)

Daß wir trotz unserer politischen Nüchternheit Romantiker sind, hat Karl Maria von Weber bestimmt gerechtfertigt. Über Hindemith ist schon einiges von unserem Herrn Präsidenten zur Einleitung gesagt worden. Ich frage mich nun, was hat Richard Wagner uns zu sagen, — sicherlich nicht das, was er Adolf Hitler zu sagen hatte; aber er hat doch einige aktuelle Hinweise zu geben.

Ich erinnere mich daran, daß ich vor acht Jahren, in den gleichen Tagen wie jetzt, mit in der letzten Verteidigung dieser Stadt stand. Diese Verteidigung hatte nach dem Willen der Männer — die sie zu verantworten hatten und die ihren Willen durchgesetzt haben — den einzigen Zweck, diese Stadt nicht noch einmal zum unmittelbaren Kampfgebiet werden zu lassen. Vielleicht ist uns damals die Stelle aus dem Schluß der „Meistersinger“ durch den Kopf gegangen: „Habt acht, uns dräuen üble Streich!“

Es wäre gut, wenn wir uns manchmal an diese Situation in ihrer Bedrohlichkeit und in ihrer Not auch heute noch erinnerten. In diesem Augenblick denke ich jedoch an etwas anderes, nämlich an die Festwiese aus den Meistersingern. Ich meine, es ist auch einmal nötig, daß nicht nur die Zünfte in Nürnberg, sondern auch politische Parteien sich in der Öffentlichkeit repräsentieren und auf eine Art Festwiese ziehen und dort darstellen, was sie sind, jeder in seiner Art.

Ich glaube, daß wir hier wirklich die Aufgabe gehabt haben, unsere Partei in der Öffentlichkeit dieser Stadt und Deutschlands zu repräsentieren. Man hat manchmal den Eindruck, daß die Vorkehrungen für das Echo, das diese Repräsentanz in dieser Stadt hatte, nicht ganz ausreichten; aber das wird nächstes Mal sicher besser werden! (Beifall.)

Wir haben zweitens in dieser Stadt etwas zum Ausdruck gebracht, was man uns Deutschen meist nicht zutraut und was wir uns auch selbst nicht zutrauen: echte Leistung zu würdigen und anzuerkennen. (Lebhafter Beifall.)

Wenn auch die politischen Entscheidungen dieser Tage uns die Anwesenheit des Bundeskanzlers zum Schluß dieses Parteitages gekostet haben, dann haben wir doch deutlich gemacht, daß wir den Ertrag seiner Amerika-reise und die persönliche, menschliche und politische Leistung, die dahinter steckt zu würdigen verstehen, und die Stadt Hamburg und ihre Bevölkerung haben das gleiche getan. (Beifall.)

Wir haben damit einen echten Beitrag zur Demokratie geleistet; denn die Stadt hat deutlich gemacht, daß es in ihr eine ungesteuerte, nicht organisierte und unabhängige Zustimmung zur politischen Tat geben kann. (Beifall.)

Ich kann es mir nicht versagen, in diesem Zusammenhang ein Wort zu dem zu sprechen, was uns in ihrer bekannten satzungsmäßig festgelegten Unabhängigkeit die Deutsche Presse-Agentur gestern abend zur Kenntnis gebracht hat, die an Echo über den Empfang Dr. Adenauers in Hamburg nur zwei Berichte zu bringen hatte: 1. daß die Brüsseler Abendzeitung „Le Soir“ von einer beginnenden Adenauer-Legende gesprochen hätte, und 2. daß „Le Monde“ in Paris vom CDU-Parteitag geschrieben hätte, die Huldigungen der deutschen Bevölkerung und ihrer Führer an die Qualitäten eines deutschen Staatsmannes — Dr. Adenauer nämlich — arteten in einen blinden Kult seiner Person aus. (Hört-Hört-Rufe.) Ich habe das Gefühl, nein, ich weiß sogar, daß es auch noch einige andere Stimmen in der Weltpresse zu diesem Thema gibt. Und ich frage mich, warum nur diese Stimmen zum Ausdruck gebracht worden sind.

(Zurufe: Sehr gut! — Weiterer Zuruf: Weiß man doch!)

Natürlich wissen wir es. Aber da es nun einmal so ist, möchte ich es doch nicht unterlassen, ein auf einem Schmucktelegramm mit dem postalisch künstlerisch gestalteten Wort „Viel Glück“ dem Bundesparteitag zugegangenes Telegramm aus München-Pasing bekanntzugeben. Ich wage es, auf einem CDU-Parteitag ein Telegramm aus München-Pasing zu verlesen (Heiterkeit), das nun nicht gerade in dichterisch einwandfreier Form, aber immerhin folgendes sagt:

Herr Bundeskanzler ist heimgekehrt
nach einer Fahrt von historischem Wert.
Er brachte uns eine Kostbarkeit mit,
die uns in dunklen Zeiten entglitt:
Des mächtigsten Staates der Welt Vertrauen,
um Frieden und Freiheit darauf zu bauen.
Er hat bei unseren Bundesgenossen
Millionen Herzen der Freundschaft erschlossen.
Manch' Deutscher, aus blinder Erstarrung erweckt,
ist endlich im Bilde und hat entdeckt,
was dieser global geachtete Mann
zum Wohle Deutschlands bewirken kann.
Und mit der Dankbarkeit tiefempfunden
ist das Willkommen daheim verbunden.
So grüßt, die Hand an der Hosennaht,
der unbekannte alte Soldat.

(Stürmische Heiterkeit.)

Das ist die demokratische Freiheit der Entscheidung und die demokratische Zustimmung, die wir wollen. Und Ausländer und Deutsche, die nur die oben erwähnten Stimmen zu zitieren wissen, mögen sich das freundlichst hinter die Ohren schreiben! (Sehr starker Beifall.)

Wir haben als drittes in diesen Tagen die Einheit unserer Partei dargestellt und sie aus einer echten Auseinandersetzung erwachsen lassen: Wir sind nun einmal keine totalitäre Führerpartei, in der es nur eine Meinung gibt. Ich erinnere wieder an die Festwiese und die aufmarschierenden Zünfte, von denen jede behauptet, daß sie allein die Grundlage des Lebens, der Ernährung und der Existenz des Volkes sei. Zum Schluß bleibt doch nur übrig, daß sie erkennen, als Zünfte gemeinsam zu handeln.

Es ist uns auf diesem Parteitag — Unternehmern und Arbeitern, Männern und Frauen, alt und jung, Flüchtlingen und Einheimischen, Bauern und Verbrauchern, Mittelständlern und wer es denn sonst sei — nichts anderes übrig geblieben als diese Erkenntnis. Sie wollen wir bewahren. Das ist das Ziel, was wir uns gesetzt haben: was Herr Kiesinger uns vorgetragen hat, nicht als eine Deklamation hier entgegenzunehmen, sondern als einen Auftrag des Volkes an die Menschen, die aus der Verantwortung unserer Partei heraus in den nächsten Jahren eine politische Aufgabe wahrzunehmen haben. (Beifall.)

Wir haben in diesen Tagen die prägende Kraft unserer Partei und unserer Bewegung im Blick auf das ganze Volk kennen gelernt. Wir haben dabei etwas davon gemerkt, da wir eine politische Entscheidung einer jungen Generation heranwachsen sehen, die nicht mehr mit den Rezepten der alten Generation betrieben werden kann, sondern die sich neuen Ideen zuwendet. (Lebhafter Beifall.)

Was wir hier dargelegt haben, ist die überzeugende Kraft der Zielsetzung einer politischen Partei. Diese überzeugende Kraft tritt an die Stelle einer Propaganda und einer politischen Gleichschaltung im Raum und im Rahmen verstaubter Ideologien von gestern. Wir wollen die Kraft für unser Handeln aus den Erkenntnissen des Tages und aus den ewigen Fundamenten ziehen, auf denen wir gewachsen sind.

Wir haben in diesen Tagen erkannt, daß Europa eine praktikable Forderung ist. Ich darf noch einmal darüber unserer ganz besonderen Freude Ausdruck geben, daß unsere Freunde aus den befreundeten Parteien Hollands, Belgiens, Frankreichs, Österreichs, Italiens und der Schweiz zu einem großen Teil bis heute mit uns zusammen waren und daß sie auch heute wieder unter uns sind. (Starker Beifall.)

Dieses Europa hat das Fundament der gemeinschaftlichen Arbeit an der wirtschaftlichen Stärkung und an der gemeinschaftlichen Ordnung der sozialen Gerechtigkeit. In diesem Europa wollen wir die marxistische Absage an den Staat und die Ideen des Klassenkampfes überwinden und an deren Stelle eine echte, natürliche, geprägte föderalistische Ordnung unserer Staaten setzen. (Beifall.)

Ich will nicht noch einmal von dem christlichen Fundament unserer Partei sprechen, aber, meine Freunde, eins liegt mir doch am Herzen, deutlich zu machen, daß wir uns davor zu hüten haben, dieses christliche Fundament zu einem Aushängeschild oder einem werbekräftigen Plakat zu machen. (Beifall.) Wir sind aus der Zeit heraus, wo deutsches Bürgertum noch meinen konnte, man könnte seine christliche Haltung mit einer gewissen sympathischen Einstellung und mit der Feststellung verbinden und ausgleichen, man müsse die Religion dem Volke erhalten, damit das Volk in Räten bleibe. Das reicht uns nicht mehr aus, es geht um die persönliche Entscheidung! (Sehr starker Beifall.)

Glauben ist keine Sache, die man aus der Distanz wahrnehmen kann. Man kann ihn auch nicht in der Distanz in eine praktische Verantwortung in der Öffentlichkeit umsetzen, sondern muß das dann schon selbst unter vollem Einsatz der eigenen Persönlichkeit tun. (Beifall.)

Das letzte, was wir in beglückender Weise erlebt haben, ist die Bekräftigung des Willens zum ganzen Deutschland. Meine Freunde! Wir sagen nun endgültig ab dem Versuch, durch immer lautere und überzeugungskräftigere Deklamation, wie manche andere es tun, unseren Willen zum ganzen Deutschland zu beteuern. Wir haben den Weg klargelegt, daß man dieses Deutschland nur erreicht, wenn man nüchtern, tapfer und in klarer Erkenntnis der Möglichkeiten die Ziele ansteuert, die realisiert werden können, und die politischen Voraussetzungen für die Wiedervereinigung schafft. Wir werden in dem Wettbewerb der großen Worte um die Wiedervereinigung Deutschlands nicht mehr mitmachen, sondern wir werden tun, was von uns gefordert ist. (Beifall.)

Wir haben ja Gott sei Dank jeder einzelne die Gelegenheit, jeden Tag das zu beweisen. Wir haben nicht zu sagen: Konrad Adenauer oder die CDU wird es machen, — sondern der Wille zur deutschen Einigung bei uns ist so groß wie die Bereitschaft zur persönlichen Tat und Hilfe gegenüber dem Bruder hier und drüben, der in Not ist. Dazu rufe ich hier auf! (Starker Beifall.) Wir haben nicht von einem sozialen Rechtsstaat im geeinten Europa zu reden, wenn wir auch nur eine Möglichkeit auslassen, die unserer Kraft, unserer Bereitschaft zur Hilfe, unserem Geldbeutel gegeben ist, heute und hier das zu tun, was von uns gefordert ist. Das ist die Vorbereitung, nein, das ist schon die Verwirklichung der deutschen Gemeinschaft. (Beifall.)

Da wir bei Richard Wagner und den Meistersingern waren, noch eins zum Schluß. Als dann die Zünfte aufmarschiert waren und die Vielheit sich zur Einheit versammelte, da klang das Lied des Volkes auf, das Lied, das auch uns irgendwie gilt, das Lied des alten Hans Sachs: Wacht auf, es naht der Tag! Und dieser Tag ist: Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland!

(Anhaltender, brausender Beifall.)

Die Versammlung singt die dritte Strophe des Deutschlandliedes.

Dr. Tillmanns:

Vom Turme des Berliner Rathauses läutet täglich die Freiheitsglocke. Wir sammeln uns am Schluß unseres Parteitages (unter den Klängen dieser Glocke) im Gedenken an alle Deutschen, die noch in Unfreiheit leben.

an die jungen, die sich nicht beugen 267

mit auf die Höhe der Freiheit
das unüberwindliche Band der Freiheit

Oben steht die Glocke für die Freiheit
Für die Freiheit

16 Millionen amerikanische Staatsbürger haben diese Glocke gestiftet mit einer Freiheitserklärung, in der es heißt:

„Ich glaube an die Würde und Unantastbarkeit jedes einzelnen Menschen.

Ich glaube, daß allen Menschen von Gott das gleiche Recht auf Freiheit gegeben wurde.

Ich gelobe, mich der Aggression und Tyrannei zu widersetzen, wo immer sie sich auf Erden auch zeigen mögen.“

Wir machen dieses Gelöbnis zu unserem eigenen, und wir werden nicht ruhen, bis alle Deutschen in einem freien Staat zusammenleben.

Die Inschrift der Freiheitsglocke lautet:

Möge diese Welt unter Gott eine Wiedergeburt der Freiheit erleben!

Wir schließen unsere Herzen zusammen in dieser Bitte!

(Die Berliner Freiheitsglocke läutet.)

Präsident Dr. Tillmanns:

Der 4. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union ist geschlossen.

Ende: 16 Uhr.

ENTSCHLIESSUNGEN

des 4. Bundesparteitages

Zum Wahlrecht.

Entschließung 1

Der 4. Parteitag der CDU bittet die Bundestagsfraktion der CDU/CSU, sich geschlossen für eine Reform des bisherigen Wahlrechtes auf der Grundlage des vom Abgeordneten Scharnberg im Wahlrechtsausschuß des Bundestages am 17. 4. gemachten Vorschlages einzusetzen.

Dieser Vorschlag erstrebt eine echte Synthese zwischen den demokratischen Rechten des Wählers und seiner Verantwortung für den Staat. Er bannt die Gefahr, daß durch die Bildung von Splitterparteien der demokratische Gedanke verfälscht wird. Er setzt das Personen- und Mehrheitswahlrecht im heute erreichbaren Ausmaße durch.

Repräsentation der Sowjetzone im Bundestag und in den europäischen Gremien.

Für die Repräsentation der Sowjetzone im kommenden Bundestag werden folgende Richtlinien empfohlen:

1. Dem Bundestag werden etwa dreißig Sprecher für die Sowjetzone als Abgeordnete beigegeben, und zwar so wie die Berliner Abgeordneten, mit Sitz ohne Stimmrecht.
2. Die Aufteilung auf die Parteien vollzieht sich in der Weise, daß CDU, SPD und FDP je die gleiche Zahl der Sprecher-Abgeordneten stellen. Die Beschränkung auf diese drei Parteien ergibt sich aus der Tatsache, daß bisher ein eigener politischer Wille mit deutschem Charakter in der sowjetischen Besatzungszone nur aus den Bereichen der Christlichen, der Freien- und der Sozial-Demokraten geltend gemacht worden ist und werden konnte.
3. Die Auswahl der Abgeordneten können die drei Parteileitungen nach Anhören ihrer für die Sowjetzone zuständigen politischen Gremien treffen. Die Zuwahl müßte aber auf den Vorschlag der drei Parteileitungen vom Bundestag erfolgen.

Der Bundesparteivorstand der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und die Bundestagsfraktion der CDU/CSU werden beauftragt, umgehend die erforderlichen Schritte zu unternehmen, um die Repräsentation der Sowjetzone im kommenden Bundestag im Sinne dieser Richtlinien herbeizuführen.

Bundesparteivorstand und Bundestagsfraktion werden weiterhin beauftragt, darauf zu achten und dafür einzutreten, daß die Zugehörigkeit der sowjetischen Besatzungszone zum freien Deutschland und damit zum freien Europa ihren politischen Ausdruck auch in der Einbeziehung von Sprechern für die Sowjetzone in die europäischen Gremien findet.

(Diese Entschließung wurde vom Bundesparteitag dem Bundesparteivorstand zur Prüfung überwiesen.)

UN-Kommission gegen kommunistische Terrorakte

Entschließung 2a

Auf Grund eines Beschlusses des Exil-Parteitag 1953 (Bonn, 22. bis 24. 3. 1953) bittet der legale Hauptvorstand der CDU der sowjetischen Besatzungszone (Exil-CDU) den Bundesparteitag 1953 der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, sich den folgenden Antrag zu eigen zu machen:

Entschließung 2

Auf Grund eines Beschlusses des Exil-Parteitag 1953 (Bonn, 22. bis 24. 3. 1953) bittet der legale Hauptvorstand der CDU der sowjetischen Besatzungszone (Exil-CDU) den Bundesparteitag 1953 der Christlich-DEMokratischen Union Deutschlands sich den folgenden Antrag zu eigen zu machen:

Die Bundesrepublik ist der Staat aller Deutschen, auch derer, die heute noch der kommunistischen Tyrannei in der sowjetischen Besatzungszone ausgeliefert sind. Durch Aufnahme von Sprechern für die Sowjetzone in den künftigen Bundestag soll das vor aller Welt und insbesondere vor der Sowjetzone selbst sichtbar dokumentiert werden.

Zu diesem Zweck und um den gesamtdeutschen Charakter des Bundestages sinnfällig zum Ausdruck zu bringen, soll in dem künftigen Deutschen Bundestag eine Anzahl Männer und Frauen stellvertretend für die sowjetische Besatzungszone aufgenommen werden.

Der politische Kampf um die Befreiung der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands fordert, daß die Aufmerksamkeit der Welt in erhöhtem Maße auf die Verbrechen gegen die Menschlichkeit gelenkt wird, die ständig von den kommunistischen Machthabern in der Sowjetzone begangen werden. Die Urheber und die Helfershelfer der Verbrechen des Pankower Systems müssen wissen, daß ihre Untaten immer wieder vor das Forum der Welt gestellt und daß ihre Terrorakte und Verbrechen auch im einzelnen ständig geprüft und verfolgt werden.

Der Bundesparteivorstand und die Bundestagsfraktion der CDU/CSU werden deshalb ersucht, bei der Bundesregierung dahin zu wirken, sie möge bei den Mächten der freien Welt darauf dringen, daß die Vereinten Nationen eine besondere und ständige Kommission damit befassen.

Hilfe für Berlin

Entschließung 3

Der Bundesparteitag dankt dem Kanzler und der Bundesregierung für die bisherige Hilfe, die Berlin in seinem Existenzkampf gestützt hat.

Zur dringend nötigen, weiter verstärkten Hilfe gehört es, die Konsumkraft Berlins zu erhöhen, die Eigenmittel seiner Unternehmen zu verstärken, einen zusätzlichen Anreiz für die Betätigung von Unternehmen und qualifizierten Arbeitskräften in Berlin zu bieten, um dadurch die drückende Arbeitslosigkeit zu lindern.

Der Parteitag setzt sich für diese Forderung ein und verlangt daher die baldige Vorlage eines steuerpolitischen Förderungsprogrammes, welches die Einkommen- und Lohnsteuer in Berlin gleichermaßen und wesentlich senkt; die Einführung der Frachtbasis Helmstedt und die Erstreckung der Altbankengesetzgebung auf Berlin.

Berlin hat Schäden erlitten, die schwerer sind als die Schäden der Notstandsgebiete des Westens. Trotz dieser unvergleichlichen Belastung sind Berlin politische Aufgaben gesetzt, für deren Erfüllung das deutsche Volk dankbar ist. Deshalb wollen wir, daß ein Weg beschritten wird, der es Berlin ermöglicht, seinen Kampf um die Freiheit aus eigenen Kräften weiterzuführen und zu bestehen.

Förderung der Leibesübungen

Entschliebung 4

Der deutsche Sport hat in den vergangenen Jahren viel dazu beigetragen, die Isolierung Deutschlands zu überwinden. Die Einladung Deutschlands zu den Olympischen Spielen und die Teilnahme an zahlreichen internationalen Wettkämpfen haben mitgeholfen, den Ring des Mißtrauens zu sprengen und die Bande der Freundschaft neu zu knüpfen. Unser Dank gilt all denen, die in ritterlichem Kampf Achtung und Vertrauen für unser Land zurückgewonnen haben. Die CDU ist entschlossen, das Ansehen des Sports in der Öffentlichkeit soweit zu fördern, wie es in ihren Kräften steht. Der erzieherische Wert und die Bedeutung der Leibesübungen für die Gesundheit jedes einzelnen können nicht genug betont werden. Wir richten unser Augenmerk deshalb vor allem auf die sportliche Breitenarbeit. Nur aus ihr wachsen Spitzenleistungen, mit denen wir bei internationalen Wettkämpfen bestehen können. Um sie zu fördern, ruft die CDU Bund, Länder und Gemeinden auf, in gemeinsamer Bemühung mehr Sportplätze, Schwimmbäder und Turnhallen zu schaffen.

Unsere besondere Bitte gilt auch hier der Unterstützung Berlins. Wie der Sport im internationalen Rahmen dem allgemeinen Interesse Deutschlands dient, so sollte er auch innerhalb Deutschlands durch häufigere Benutzung der Olympischen Sportstätte Berlins dieser schwergeprüften Stadt in ihrem Kampf helfen, dessen Ausgang über unser aller Schicksal entscheidet.

Um der hohen Bedeutung der Leibesübungen für unser öffentliches Leben gerecht zu werden, wird die CDU im neugewählten Bundestag die Errichtung eines „Ausschusses für Fragen der Leibesübungen“ beantragen.

Erziehungs- und Bildungswesen

Entschliebung 5

Alle praktische Politik der Christlich Demokratischen Union gründet auf dem Fundament einer Kulturpolitik, die die von Gott gesetzten Ordnungen ehrfürchtig achtet.

Zu diesen Ordnungen gehört das natürliche Recht der Eltern, die Erziehung ihrer Kinder entsprechend ihrer Verantwortung vor Gott zu bestimmen. Dieses Recht darf durch keine staatlichen Gesetze eingeschränkt werden. Wo von den Eltern private den öffentlichen Schulen vorgezogen werden, haben sie Anspruch auf gleiche finanzielle Förderung.

Der Parteitag der Christlich Demokratischen Union stellt mit Befriedigung fest, daß die schwersten geistigen Schäden unseres deutschen Schulwesens aus der nationalsozialistischen Zeit und der von ihr verschuldeten Kriegszeit überwunden werden konnten und daß auch eine erhebliche Koordinierung zwischen den Ländern fortschreitend stattgefunden hat.

Diese Arbeit muß fortgesetzt werden. Ihr Ziel muß ein organisch gegliedertes Schulwesen sein, das klare eigenständige Formen aufweist.

UNDERBERG

in

Kaltgetränke



zum Bier

in den

Kaffee



Täglich

UNDERBERG

und

Du fühlst Dich wohl!

Der Kulturpolitische Ausschuß der Bundespartei wird beauftragt, durch ein Gremium auf längere Sicht hin unter Heranziehung bester Fachkräfte die Grundlinien eines Erziehungs- und Bildungsprogramms für Schule und Hochschule zu erarbeiten, das die Unruhe und das Experimentieren durch echte neue Formung beendet und das der deutschen Jugend hilft, die auf sie zukommenden Aufgaben zu bewältigen.

Sozialversicherung

EntschlieÙung 6

Der Landesvorstand Hamburg der Christlich Demokratischen Union lenkt besonders nachdrücklich die Aufmerksamkeit des Bundesparteitages auf den von der SPD herausgegebenen Sozialplan, der im diametralen Gegensatz zu der von der Bundesregierung so erfolgreich durchgeführten sozialen Marktwirtschaft steht. Unsere Partei hat sich in Übereinstimmung mit den anderen Parteien der Regierungskoalition schon in der Bundestagssitzung vom 21. Februar 1952 mit erfreulicher Deutlichkeit gegen die — nunmehr auch im Sozialplan zu Tage getretenen — Absichten der SPD auf Umwandlung der in zwei Weltkriegen hervorragend bewährten deutschen Sozialversicherung in eine allgemeine Staatsbürgerversorgung und einen allgemeinen Gesundheitsdienst ausgesprochen. Das ist aus der Erkenntnis geschehen, daß unsere Sozialversicherung als Versicherung mit Rechtsanspruch vernichtet werden würde, wenn die Unterschiede zwischen Versicherung, Versorgung und Fürsorge beseitigt werden unter Ausweitung des Versorgungszwanges auf das ganze Volk.

Leider scheinen uns aber in den vom Bundestag verabschiedeten Sozialversicherungsgesetzen wie schon im Sozialversicherungs-Anpassungsgesetz des früheren Wirtschaftsrats nicht diese konstruktiven Gedanken enthalten zu sein. Wir bitten deshalb, zur Klarstellung der von unserer Partei im neuen Bundestag zu vertretenden Sozialversicherungspolitik den Bundesparteitag folgenden Beschluß zu fassen:

- a) Es ist ein Ausschuß aus sachverständigen Persönlichkeiten zu bilden, die außer von der Bundesparteileitung von den Landesverbänden zu nominieren sind.
- b) Bei der Auswahl der Sachverständigen sollen neben den Sozialpolitikern auch die Wirtschafts- und Finanzpolitiker unserer Partei berücksichtigt werden, da der Verlauf der Gesetzgebung gezeigt hat, daß durch die Vorgänge auf dem Gebiete der Sozialversicherung auch die Wirtschafts- und Finanzpolitik des Bundes ganz erheblich berührt werden.

Verkehrs- und Schiffahrtspolitik

EntschlieÙung 7

In der deutschen Verkehrswirtschaft fehlt es bislang an einer Gesamtkonzeption und sinnvollen Ordnung, infolgedessen auch an der notwendigen Abstimmung der verschiedenen Verkehrsmittel aufeinander. Die Folge ist ein im Interesse der Volkswirtschaft nachteiliges Gegen- und Nebeneinander von Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehr. Ziel einer Neuordnung der Verkehrswirtschaft muß sein, jeden unnötigen Verkehrsaufwand zu vermeiden und die einzelnen Verkehrsmittel in die Bedienung der Wirtschaft so einzuspannen, daß sie in ihrer Zusammenarbeit und Arbeitsteilung mit möglichst hohem Wirkungsgrad und mit möglichst geringen Kosten arbeiten. Die CDU tritt daher mit Nachdruck dafür ein, daß auch in der Verkehrswirt-

schaft echte Wettbewerbsverhältnisse hergestellt werden. Die verschiedenen Verkehrsmittel müssen gleichmäßig zu den gemeinwirtschaftlichen Aufgaben des Verkehrs beitragen. Die einseitige Belastung der Bundesbahn mit politischen, gemeinwirtschaftlichen und Kriegsfolgelasten gefährdet einen wesentlichen Teil des deutschen Volksvermögens in seiner Existenz und Ertragslage.

Handelsschifffahrt

Der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte als besonders wichtiger Devisenbringer hat durch die gemeinsamen Anstrengungen aller Beteiligten in wenigen Jahren einen beachtlichen Anfangserfolg erzielen können. Jetzt handelt es sich darum, diesen Erfolg zu sichern und auszubauen. Zur Erreichung dieser beiden Ziele ist erforderlich:

1. Ersatz überalterter Schiffe, insbesondere mittels steuerlicher Förderungsmaßnahmen.
2. Die stetige Fortsetzung der Neubautätigkeit im Anschluß an das Programm 1952/54, damit ein organischer Ausbau der deutschen Handelsflotte in allen ihren Teilen gewährleistet wird.
3. Die weitere Bereitstellung von Wiederaufbaudarlehen nach unveränderter Maßgabe der Vorschriften des Gesetzes vom 27. September 1950.
4. Die Erschließung von öffentlichen oder privaten steuerlich begünstigten Finanzierungsquellen, aus denen der durch Wiederaufbaudarlehen nicht gedeckte Teil der Neubaukosten entnommen werden kann.
5. Wettbewerbsfähige Preise für den Schiffbau im Vergleich zum internationalen Stand.



**Betriebssichere Schaltgeräte
und Schaltanlagen für Niederspannung
Verteiler bis 1000 Ampere Sammelschienen-
belastung
Gekapselte Steuerungen
für Werkzeug- und Arbeitsmaschinen
Großschaltschränke**

**KLÖCKNER-MOELLER
BONN**



IMMENBURGSTRASSE 7-11 · TELEFON 52901 · FERNSCHREIBER 089877

6. Kapitalmäßige Stärkung der Schiffahrtsunternehmen, damit sie im internationalen Konkurrenzkampf bestehen können.
7. Eine Sozialpolitik, die der besonderen Lage und Eigenart der Seeschifffahrt gerecht wird.

Noch ist die deutsche Handelsflotte nicht groß und modern genug, um in jedem Falle die Befriedigung der seewärtigen Verkehrsbedürfnisse der deutschen Volkswirtschaft gewährleisten zu können. Ohne unbedingte Sicherung der Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen und der Ausfuhr von Fertigwaren aber ist die Existenz des deutschen Volkes nicht gesichert. Die CDU hält es daher für unerlässlich, die deutsche Handelsflotte gemäß den vorstehenden sieben Forderungen weiter auszubauen und ihr hierfür jegliche Förderung zuteil werden zu lassen.

Seehäfen.

Eine aktive deutsche Seehafenpolitik ist die weitere Voraussetzung für den Aufbau der Handelsflotte. Ohne Basishäfen und entsprechend großes Ladungsaufkommen ist ein wirksamer und rentabler Einsatz der deutschen Handelsschifffahrt nicht möglich.

Die Aufgaben der größten deutschen Seehäfen Hamburg und Bremen sind europäischer Natur. Aus der gesamtpolitischen Entwicklung heraus hat sich die verkehrspolitische Situation Hamburgs und auch Bremens grundlegend geändert. Sowohl der Bund als auch das übrige Europa werden diesen Tatsachen Rechnung tragen müssen. Der Hafen Hamburg muß sich mit europäischer Unterstützung bereithalten, für den Augenblick der Wiedervereinigung mit dem Osten und damit der Aufnahme normaler Handelsbeziehungen.

Darüber hinaus soll eine Koordinierung des Verkehrs nach den verkehrlichen Erfordernissen auf Bundesebene erfolgen.

Bundesgrenzschutz.

Entschließung 8

Der Bundesparteitag unterstützt die Forderungen der Grenzbevölkerung nach erhöhter Sicherheit im Zonengrenzgebiet durch sofortige Verstärkung des Bundesgrenzschutzes.



BAD NEUENAH

das schöne Heilbad im Ahrtal

gegen Zucker, Gicht, Gallen-, Leber-, Magen-, Darm-, Nieren- und Blasenleiden sowie Herz- und Kreislauferkrankungen

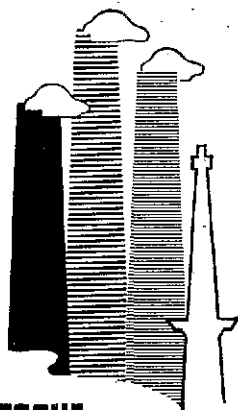
Ganzjährige Trink- und Badekur mit alkalisch-erdigen Thermen (36° Celsius)

Herbst- und Winterkuren erfolgreich und preisgünstig

Verbilligte Pauschalkuren vom 1. Oktober bis 31. März

Haustrinkuren mit „Bad Neuenahrer Sprudel“

Prospekte durch Kurverwaltung Bad Neuenahr, Ruf 291/292



**DEUTSCHE
INDUSTRIE AUSSTELLUNG
BERLIN 1953**

26. SEPTEMBER
BIS 11. OKTOBER

Dujardin



Imperial
Weinbrand

*

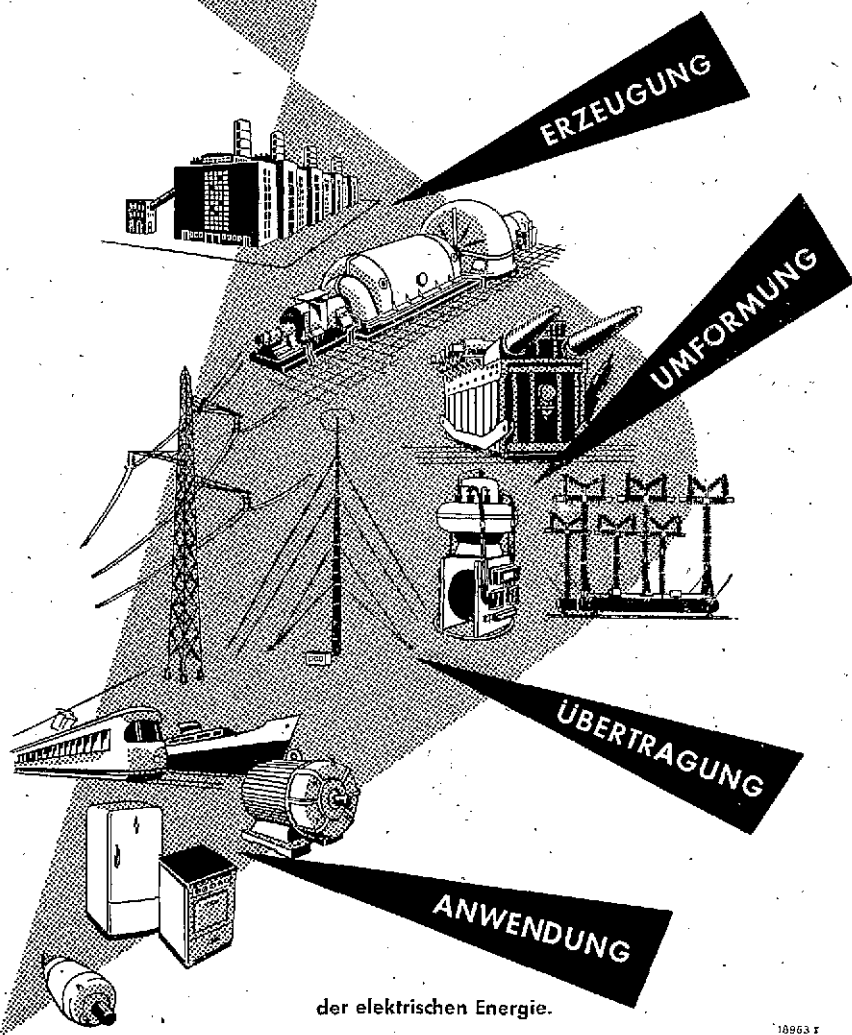
Triple Sec
Curaçao

INHALT

	<i>Seite</i>
<i>Dr. Adenauer:</i>	Zum Geleit 4
<i>Dr. Bruno Heck:</i>	Der Hamburger Parteitag 5
<i>Erster Tag</i>	7
<i>Zweiter Tag</i>	7
<i>Dr. Herm. Ehlers:</i>	Die Verantwortung der CDU für Deutschland und Europa 14
<i>Dritter Tag</i>	29
<i>Dr. R. Tillmanns:</i>	Arbeitsbericht des Bundespartei Vorstandes.... 29
<i>Dr. v. Brentano:</i>	Arbeitsbericht der Bundestagsfraktion 36
<i>Dr. Adenauer:</i>	Referat 50
<i>Dr. F. J. Wuermeling:</i>	Unsere Staatspolitik 67
<i>Dr. L. Kather:</i>	Probleme der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen 76
<i>Vierter Tag</i>	112
<i>Franz Etzel:</i>	Unsere Wirtschaftspolitik 112
<i>Joh. Albers:</i>	Unsere Sozialpolitik 126
<i>G. Praetorius:</i>	Familie und Erziehung 168
<i>Emil Kemmer:</i>	Unsere Forderungen für die Jugend 173
<i>Prof. Dr. Erhard:</i>	Öffentliches Referat 200
<i>Anton Storch:</i>	Öffentliches Referat 206
<i>Dr. Adenauer:</i>	Öffentliches Referat 210
<i>Fünfter Tag</i>	219
<i>K. G. Kiesinger:</i>	Das Hamburger Programm der CDU 249
<i>Jacob Kaiser:</i>	Der soziale Rechtsstaat für das ganze Deutschland 260
<i>Dr. Herm. Ehlers:</i>	Schlußwort 264
<i>Anhang</i>	Entschließungen 269

BBC

baut Maschinen, Geräte und Anlagen zur



18963 r

BROWN, BOVERI & CIE. AG., MANNHEIM

Immer und überall dabei, zeigt die
Münchner Illustrierte ihren Lesern
in Wort und Bild, aktuell und objek-
tiv, Geschehen, Leben und Treiben in
allen Ländern der Welt. Berichtet
interessant und unterhaltend aus



Münchner

Illustrierte mit Filmschau

sämtlichen Lebens- und Wissensge-
bieten. Ist mit der Kamera stets dort
zur Stelle, wo Fortschritt, Forscher-
und Erfindergeist das neue Weltbild
formen. — Fesselnde Tatsachenbe-
richte, gute Romane erfolgreicher
Autoren machen die MÜNCHNER
zusammen mit ihrer lebendigen
Berichterstattung zu einer modernen
deutschen Illustrierten. Anekdoten,
Kurzgeschichten, die aktuelle Film-
schau und vor allem viel Witz und
Humor unterstützen die optimistische
Note dieser Zeitschrift, die auf viel-
seitige Art angenehm und spannend
zu unterhalten versteht! .



Kostenloser Lieferantennachweis durch BAO Berliner Absatz-Organisation, Berlin-Charlottenburg 2, Uhlandstr. 7



Über 100 Jahre

Schultheiss

Berliner Bier von Weltruf



DIE MARKE
FÜR

QUALITÄTS-ERZEUGNISSE

- DESTILLATE, TYPAGEN, GRUNDSTOFFE -
DES HAUSES

WILH. JOS. RICHARZ KG

WEINBRENNEREI
GEGR. 1861

KÖNIGSWINTER / RH.

Kauft immer mehr aus

BERLIN

GAENSLEN & VÖLTER

Tuchfabrik

METZINGEN / WÜRTT.

»Gevdu-Tuche bürgen für Qualität«

PRÜFAPPARATE

für die Textilindustrie

K. ZWIGLE · REUTLINGEN



Gaststätten und Cafés. Günstige Verkehrsverbindung nach dem Bodensee, Allgäu und Schwarzwald.

Besuchen Sie

SIGMARINGEN

an der oberen Donau.

Fürstenschloß mit wertvollen Sammlungen. Schloßbesichtigungen tägl. Gute



Das Gütezeichen

für

BETTFEDERN

KAPOK

WATTE

*Heinrich Häussling
Lambrecht (Hfals)*



Mandruck München

Theodor Dietz

Graphischer Großbetrieb

*Herstellung hochwertiger Satz-
und Druckerarbeiten*

*Mehrfarbendrucke in Buch-
und Offsetdruck*

Photolithographie

*Notenstich und Notendruck
Großbuchbinderei*

München 2, Theresienstraße 75
Telefon 5 31 21

Hohenzollerische

Kammgarnspinnerei GmbH.

BURLADINGEN / HOHENZOLLERN



Kammgarne
und Sportwolle

ENTSCHEIDUNG

FÜR DEUTSCHLAND UND EUROPA

Die Berliner Monatszeitschrift
für Politik, Freiheit und Menschenwürde

Herausgeber: Werner Jöhren

VERLAG ENTSCHEIDUNG

Berlin-Tempelhof
Schulenburgring 128 · Fernruf: 66 06 44/45

Die soziale

MARKTWIRTSCHAFT

der Schlüssel zum

Wohlstand unseres Volkes

PETER BAMM

Die unsichtbare Flagge

51.-70. Tausend. 374 Seiten. Ln. DM 14,80

Dr. Hermann Ehlers:

„Selten ist mit solcher Klarheit und Sauberkeit gesprochen worden. Daß solche Bücher aus dem Erleben dieses Krieges heraus geschrieben werden konnten, ist in allem Wirrwarr der Zeit eine Hoffnung.“

KÖSEL-VERLAG MÜNCHEN

Pilger-Druckerei G. m. b. H.

Pilger-Verlag

S P E Y E R A M R H E I N

Rich. Hofheinz & Co. · Haan/Rhld.

MASCHINENFABRIK



BOHRMASCHINEN

STUFENLOSE EL-GETRIEBE



RÜHR- U. SCHLAG-
MASCHINEN



SATOR WERBE-VERLAG

Hans Günther Imlau

Hamburg 1 · Gänsemarkt 44 · Ruf 35 50 67

WERBEBROSCHÜREN

Festschriften · Tagungsprogramme

ANZEIGEN-WERBUNG

Anzeigenvertreter in allen Bundesländern

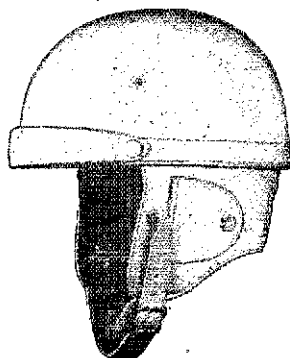
PLAKATE · PROSPEKTE

Entwurf · Druck · Plakatanschlag

WERBEFILME

Eigene Redaktion · Grafisches Atelier · Pressebild-Dienst

FAHRER VON MOTORRÄDERN UND MOTORROLLERN



schützt euren Kopf,

wenn nicht für Euch, dann
wenigstens für Frau und
Kind!

Setzt Euch über das ab-
fällige Urteil der Unver-
ständigen und Unbelehr-
baren hinweg!



RÖMER- SICHERHEITSHELME

werden von zivil bis sportlich in vielen Modellen
und Farben für jeden Geschmack und unter stän-
diger Kontrolle der Druckaufnahme hergestellt;
sie sind schon ab DM 19.80 über den Fachhandel
zu beziehen.

Bezugsquellennachweis u. technische Auskunft auf Wunsch vom Alleinhersteller

HANS RÖMER · Lederwarenfabrik · Neu-Ulm/Do., gegr. 1871

Schokinag

Schokolade-Industrie
Gesellschaft mit beschränkter Haftung

MANNHEIM



Drahtverarbeitungs-
Maschinen
zur Herstellung von
Nadeln, Krätzen,
Speichen und Nippeln
Zentralheizungen aller Art
Rohrleitungsbau

**AACHENER MASCHINENBAU
HEINRICH SCHIRP**

AACHEN · RUDOLFSSTRASSE 1-11
Ruf: Sa.-Nr. 371 44 / Drahtwort: AMBA Aachen



HOLZFASER

GUTEX

BAUPLATTEN



H. HENSELMANN KG.

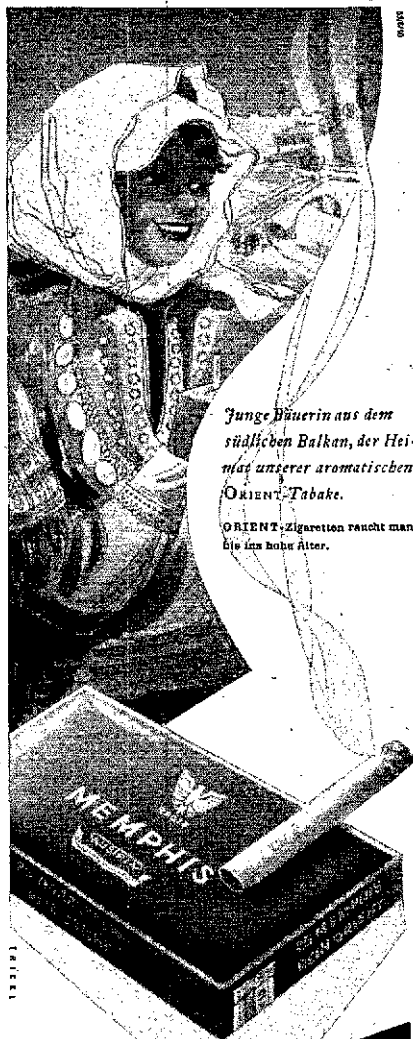
(17 b) Gutenburg, Tiengen - Oberrhein



Hoher Blutdruck

Arterienverkalkung
Herzanruhe, Schwindel, Ohren-
sauen, Kopfschmerzen, Benom-
menheit, Schlafmangel, Reizbar-
keit, Rückgang der Leistung
vermindern Lebenslust u. Schlaf-
ensfreund. Dagegen hilft Anti-
sklerotin - eine Blutsalzkomp-
osition angereichert mit den biolo-
gisch wirksamen Heilpflanzen
Weißdorn, Mistel und Medorutin,
welches die Adernwände auf na-
turgemäße Weise abdichtet. Anti-
sklerotin senkt den Blutdruck,
fördert den Kreislauf, beruhigt
Herz und Nerven. 60 Dragees

DM 2,45 in allen Apotheken erhältlich.



Junge Bäuerin aus dem
südlichen Balkan, der Hei-
mat unserer aromatischen
ORIENT-Tabake.

ORIENT-Zigaretten raucht man
bis ins hohe Alter.

REIN ORIENT 10 PI

JETZT



RHEINLAND Versicherungen

Neuß a. Rhein · Marienkirchplatz 4

*Bezirks-Direktionen in: Berlin, Bielefeld, Bremen, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg,
Frankfurt, Hagen, Hamburg, Hannover, Koblenz, Köln, Mannheim, München*

Ein echter

Knirps

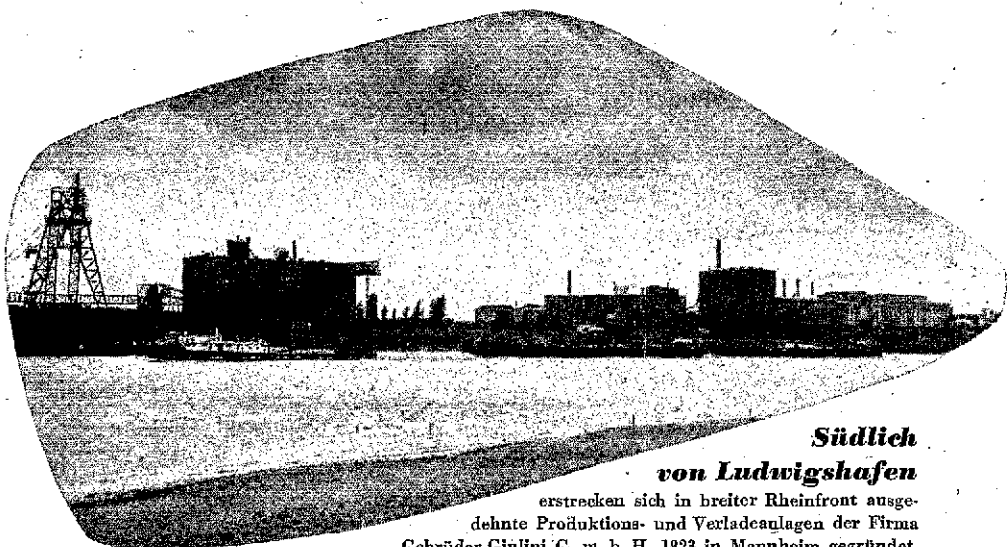
muß es sein

DECHAMPS & DROUVEN NACHF.

Tuchfabrik

GEGRÜNDET 1872

AACHEN · RUDOLFSTRASSE 51



Südlich von Ludwigshafen

erstrecken sich in breiter Rheinfront ausgedehnte Produktions- und Verladeanlagen der Firma Gebrüder Giuliani G. m. b. H. 1823 in Mannheim gegründet, gehört das Haus Giuliani zu den ältesten Chemie-Unternehmen Deutschlands. Täglich übernehmen hier zahlreiche Verladekräne Kohle, Bauxit, Rohphosphat, Schwefelkies und andere Rohstoffe aus den Transportschiffen, um eine Vielfalt von Giuliani-Erzeugnissen, vor allem Tonerde und Tonerdeverbindungen, Düngemittel, technische Phosphate, Gasreinigungsmassen, Füllstoffe für die Gummi-Industrie und andere mehr, entstehen zu lassen. Giuliani-Arzneimittel erfreuen sich des Vertrauens unzähliger Ärzte. So sind die Marke „GIULINI“ und das „TURMZEICHEN“ heute wie ehemals Gewähr für erstklassige Chemieerzeugnisse und Symbole für die weltweiten Beziehungen der Chemie-Wirtschaft.

GEBRÜDER GIULINI GMBH · LUDWIGSHAFEN AM RHEIN



Schlafhorst

für moderne Maschinen zum
Spulen Zetteln Schüren

W. SCHLAFHORST & CO. · M.-GLADBACH

HUWIL

MÖBELBESCHLÄGE
MÖBELSCHLÖSSER
MÖBELSCHLÜSSEL
HOLZSCHRAUBEN
LADENBAUBESCHLÄGE

HUWIL-WERKE

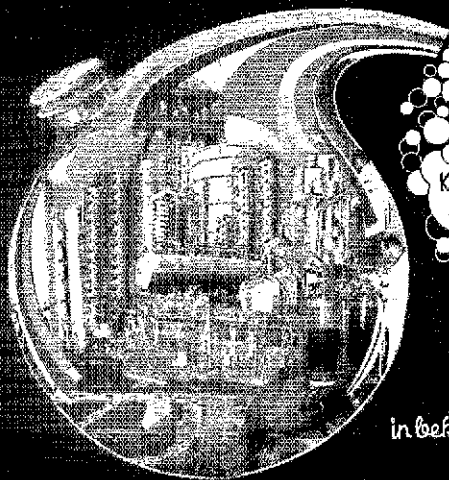
HUGO WILLACH & SÖHNE

SCHLOSS- UND BESCHLÄGEFABRIKEN

RUPPICHTEROTH / BEZ. KÖLN

FERNRUF: 190 . 199 . 251 • TELEGRAMM-ADR.: HUWIL

POSTANSCHRIFT: HUWIL • 22c RUPPICHTEROTH / BEZ. KÖLN



KUNSTHARZE
SCHMIERFETTE
PHARMAZEUTIKA
WASCHROHSTOFFE
INDUSTRIELLE ALKOHOLE
KOHLENWASSERSTOFF-SYNTHESE
SCHÄDLINGS-BEKÄMPFUNGSMITTEL

**KOHLE-KOKS
CHEMIE**

in bekannter

Rheinpreußen

Qualität



NEUSSER- EISENBAU

BLEICHERT-K.G. NEUSS a./RH.

Eisenhoch- und Brückenbau
Behälterbau - Gittermaste



Groove & Welter K.G.

Zinkwalzwerk

N E U S S / R H E I N

● Zinkbleche	● Zinkdruckplatten
● Zinkbänder	● Galvanisch veredelte
● Zinktaetzplatten	Zink- und Walzbleche

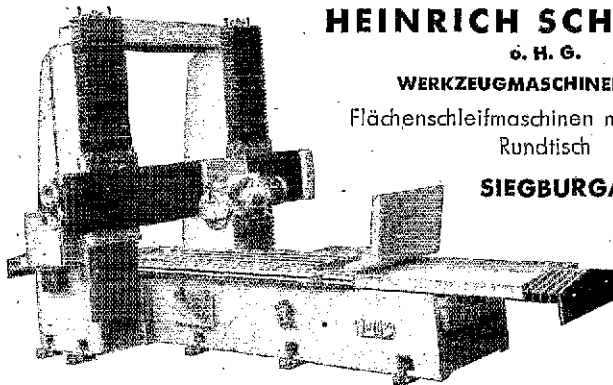


DER GUTE SCHUH FÜR ALLE

Wieder in 34 Verkaufsstellen im Bundesgebiet und Westberlin

Berlin N 20	Badstraße 52	M.-Gladbach	Hindenburgstr. 168
B.-Charlottenburg	Wilmsdorferstr. 62/3	Münster/Westf.	Prinzipalmarkt 38/39
B.-Neukölln	Karl-Marxstraße 126	Nürnberg	Breite Gasse 74
B.-Wilmsdorf	Uhlandstraße 95	Oberhausen/Rhld.	Marktstraße 57
B.-Steglitz	Schloßstraße 29	Oldenburg	Achternstraße 48
Aschaffenburg	Steingasse 2	Paderborn	Schildern 15
Bremerhaven-Lehe	Langestraße 120	Schleswig	Stadtweg 24
Darmstadt	Ernst-Ludwig-Straße 25	Trier	Fleischstraße 29
Düren	Wirtelstraße 34	Wiesbaden	Kirchgasse 33 c
Flensburg	Holm 23	Würzburg	Juliuspromenade 66
Celle b. Hann.	Markt 7	Ulm/Donau	Langmühlbau
Hannover	Podbielskystraße 350	Augsburg	Maximilianstr. 6-8
Koblenz	Firmungstraße 27	Aachen	Markt 54
Köln/Rhein	Breitestraße 70	Frankfurt a. M.	Leipzigerstraße 31
Krefeld	Hochstraße 77	Offenbach a. M.	Biebererstraße 6
Mannheim	P 6, 1	W.-Barmen	Werth 77
München	Rosental 10	Gelsenkirchen	Bahnhofstraße 6

Hauptverwaltung Conr. Tack & Cie. G.m.b.H., Offenbach/Main, Siemensstraße



HEINRICH SCHNEIDER

o. H. G.

WERKZEUGMASCHINENFABRIK

Flächenschleifmaschinen mit Lang- und
Rundtisch

SIEGBURG/RHEINLAND

SCHUTZ-



MARKE

A. BRESGES

Baumwollspinnerei · Zwirnerei

Schlichterei

Färberei und Mercerisieranstalt

RHEYDT/RHLD. · TEL. SA.-NR. 443 21



*Köstliche Fruchtgelees
und Kremspeisen
delikate Fleischsülzen
schmackhafte Fisch-Aspiks
und bekömmliche Gemüsesülzen*

gelingen vorzüglich mit

GELITA-SPEISEGELATINE

dem reinen, ergiebigen Qualitätserzeugnis. Verlangen Sie bitte unsere Rezeptsammlung

DEUTSCHE GELATINE-FABRIKEN

Schweinfurt · Göppingen · Monzingen

Göppingen/Württ.

Ettlinger
Handschraper

für
Massenumschlag
von Schüttgütern.
Verdient in
60 Tagen mehr als
er kostet.



Waggon-
Entladung
30 to/Stunden

ELBA-WERK
ETTlingen/BADEN

*„Eigne Vorsicht,
bester
Unfallschutz“*

Chemische Fabrik Badenia

Philipp Keilmann & H. G.

Mannheim-Industrie-hafen



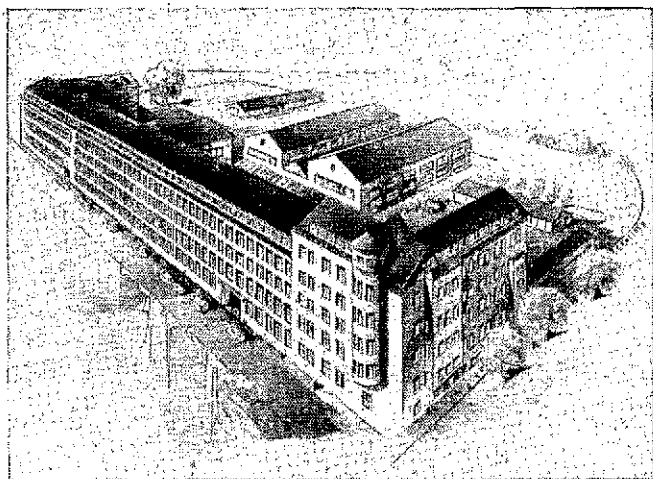
Dachpappen-
fabrik
Teerdestillation



*Korallit
Corabin
Diamant
Metavit*

**SCHLEIFPAPIER
u. SCHLEIFGEWEBE**

**RHEINISCHE SCHMIRGEL-WERKE
G.M.B.H. BEUEL-BONN**



RODENSTOCK-QUALITÄTS-OPTIK

*Brillengläser, Brillenfassungen, Theatergläser, Sportgläser,
Objektive für Foto, Kino und Projektion, Ophthalmolog: Geräte*

OPTISCHE WERKE G. RODENSTOCK · MÜNCHEN 5

Gas

DER
MODERNE EDELBRENNSTOFF AUS KOHLE
**FÜR HAUSHALT,
GEWERBE UND INDUSTRIE**

Auskunft und Beratung in allen Fragen der Gasversorgung
hinsichtlich
der Beschaffung, der Installation,
der richtigen Bedienung und Pflege der
alten und neuen Geräte

SAUBER · BILLIG · SCHNELL · BEQUEM

Thyssensche Gas- und Wasserwerke

G. m. b. H.
DUISBURG-HAMBORN



CRONDA-SCHUHFABRIK

Franz. Nic. Cronauer

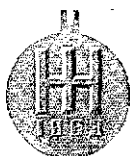
DAHN (PFALZ)

HOFFMANN & ENGELMANN

Aktiengesellschaft

NEUSTADT AN DER WEINSTRASSE

Die Fabrik der Qualitätspapiere - Technische Spezial-Papiere



HEINRICH HÄBERLE

Metallwarenfabrik

FRANKENTHAL/PFALZ

Telegr.-Adr.: Schwimmhäberle

ZSCHOCKE - WERKE

Schulmöbel in Holz- und Stahlrohrbauart
Elektrofilter und Desintegratoren zur Gasreinigung
Reiniger- und Wascherhorden - Kaminkühlerbau

KAISERSLAUTERN/PFALZ

Telefon 2721-23

UHU-Line

im Wasser gelöst
gibt den Hemden eine feine,
angenehme Dauerappretur,
macht sie schmutzabweisend,
gibt ihnen
Griff und Eleganz...
wie neu
aus dem Laden.



steift ideal:
Blusen,
Herrenhemden,
(Kragen und Manschetten),
Waschkleider,
Gardinen,
Tisch- und Bettwäsche,
Dauerfalten
in Hosen und Faltenröcken.

UHU-Werk H. u. M. Fischer, Bühl (Baden) Überall in Tuben zu DM 1,— und DM 1.60

Peter August Lückenhaus
MECHANISCHE WEBEREI WUPPERTAL-BARMEN

Herrenfutterstoffe

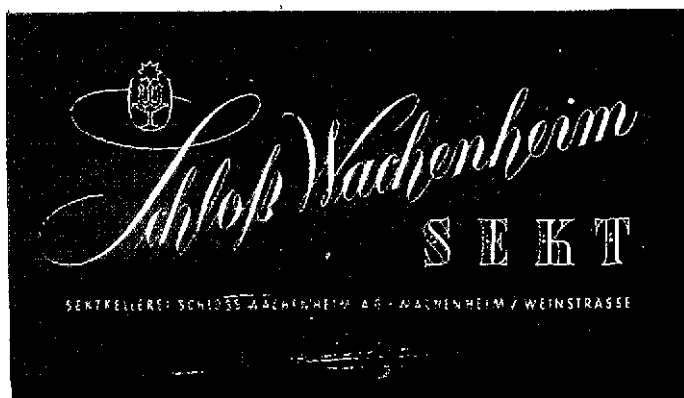
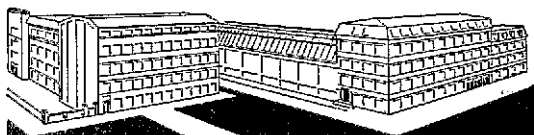
Damenfutterstoffe



Hemden- und Wäschestoffe

Kleiderstoffe

perlon - Gewebe





*Das neue
Mister Modell*

aus der modischen Triumph-Serie

Triumph -1953

BASALT-UNION G.M.B.H.

Wesselstraße 1

BONN

Fernruf 33651

liefert alle Sorten von Basaltmaterialien,
auch geteert und asphaltiert für
den Bahn-, Wege-, Wasser- und Betonbau

BOHLER



EDELSTÄHLE

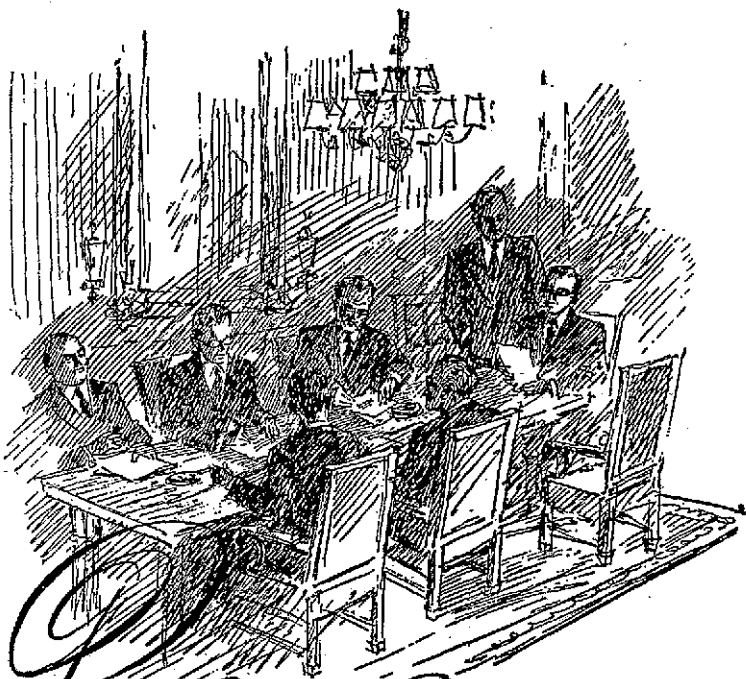
GEBR. BÖHLER & CO. AKTIENGESELLSCHAFT - Berlin, Düsseldorf, Leipzig, Stuttgart, Wien



GUILLEAUME-WERK

Atlantic Schleifscheiben

BEUEL AM RHEIN



*Bei Konferenzen, Besprechungen,
Versammlungen, Debatten—*

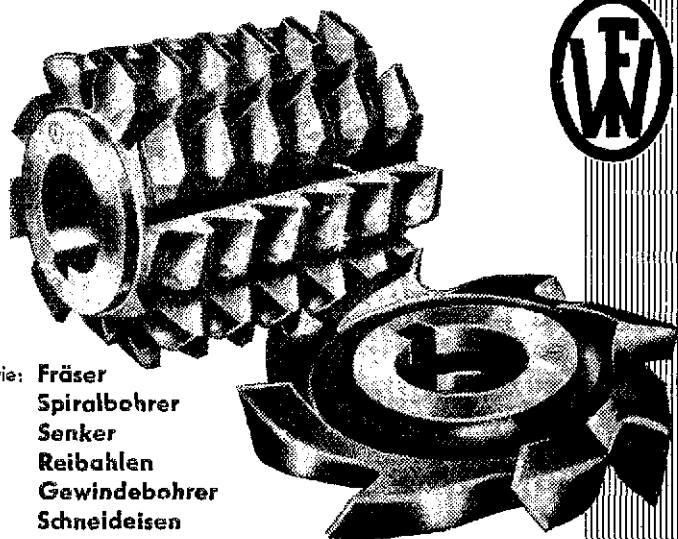
IST UNENTBEHRlich DER ROTBERINGTE

Vinten-KULI

**DENN: ER IST IMMER BEREIT-STETS
ZUVERLÄSSIG-SAUBER-UND SCHREIBT WIE
EIN BLEISTIFT, ABER MIT FLÜSSIGER TINTE**

In erstklassiger Qualität fertigen wir

Präzisionswerkzeuge für die Metallbearbeitung



wie: **Fräser**
Spiralbohrer
Senker
Reibahlen
Gewindebohrer
Schneideisen
Lehren

sowie für die verschiedensten Zwecke:

Vorrichtungen
Schnitt- und Stanzwerkzeuge
Spezialmaschinen

und als Neuentwicklung:

Gewinde-Rollköpfe für die
spanlose Gewindeherstellung

WILHELM FETTE

PRÄZISIONSWERKZEUG-FABRIK SCHWARZENBEK-HAMBURG